



# Chambre des Députés

L U X E M B O U R G

COMPTE RENDU DES SÉANCES PUBLIQUES N°9  
SESSION ORDINAIRE 2007-2008

26<sup>e</sup> séance, jeudi 31 janvier 2008  
27<sup>e</sup> séance, mardi 19 février 2008  
28<sup>e</sup> séance, mercredi 20 février 2008

## ► Oppe Gespréicher mat Police ...

Parlamentspräsident empfängt neuen Generaldirektor der Polizei



Nach seinem offiziellen Amtsantritt als Generaldirektor der Polizei stattete Romain Nettgen Parlamentspräsident Lucien Weiler einen Besuch ab.

Bei dem sehr offenen Gespräch ging es vor allem um die Herausforderungen, die sich der Polizei gegenwärtig stellen. Lucien Weiler beglückwünschte Romain Nettgen zu seiner Nominierung und zeigte sich überzeugt, dass der neue Generaldirektor die ihm anvertrauten Aufgaben mit Kompetenz und Verantwortungsgefühl erfüllen werde.

## ... an Arméi

Generalstabschef der Armee im Parlament

Vor kurzem hat Parlamentspräsident Lucien Weiler den neuen Chef des Generalstabs der Luxemburger Armee Colonel Gaston Reinig empfangen.

Beim Gespräch ging es vor allem um die internationalen Herausforderungen für die Luxemburger Armee im Rahmen der EU- und NATO-Missionen in den derzeitigen Krisengebieten in Afghanistan und dem Kosovo. Auch nationale Themen wurden angesprochen, so zum Beispiel die Reform der Armee, die im Dezember vom Parlament verabschiedet wurde.

Der Parlamentspräsident wünschte Colonel Gaston Reinig viel Glück in seinem hohen Amt.

Colonel Gaston Reinig, bislang Kommandant des Diekircher Ar-



meezentrums, wurde am 21. Januar 2008 in der Abtei Neumün-

ter offiziell in das Amt des Generalstabschefs eingeführt.

## ► Jonk Leit an Europa - déi Drëtt!

Studentinnen a Studente vun der Universitéit Lëtzebuerg hunn den

22. Februar am Chambersplenium mat Lëtzebuurger Deputéierten an

Europadeputéierten iwver Europa geschwat. Et war déi drëtt Audioun an deem Genre. Virdu war schonn zweemol mat Lycéesschüler aus der Stad a vun Esch-Uelrecht diskutéiert ginn. Koum d'Konstitioun net ze fréi? - Mat anere Wieder: Waren d'Leit vläicht nach net prett fir eng europäesch Verfassung? Wéi kann een Europa dem Bierger méi no bréngen? Dëst ware Froen, déi d'Studente gestallt hunn. En Échange gouf et iwver Aspekter wéi d'Delokalisatioun vu Betriber oder d'Mobilitéit vun de Studenten.

D'Audioun huet sech ageschriwwen an d'Beméiung vun der ausen- an europapolitescher Chamberskommissioun, bei Geleeënheet vun der Adoptioun vum Traité vu Lissabon nees mat de Leit iwver Europa an d'Gespréich ze kommen. Den Dialog mat der Jugend war den Optakt; aner Initiativ sollen nokommen.



## ► Winter-Meeting der OSZE-PA Geteilte Meinungen zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo



Alex Bodry und Patrick Santer nahmen am Winter-Meeting der OSZE-PA teil.

Die luxemburgischen Abgeordneten Alex Bodry (LSAP) und Patrick Santer (CSV) nahmen am Winter-Meeting der Parlamentarischen Versammlung der OSZE am 21. und 22. Februar 2008 in Wien teil.

Mit Spannung wurde die für Freitagnachmittag anberaumte Diskussion über die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo erwartet. Die Wortmeldungen waren so zahlreich, dass die Redezeit auf zwei Minuten pro Redner eingeschränkt wurde.

Die Vertreter Serbiens erklärten, dass mit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo die territoriale Integrität Serbiens in Frage gestellt sei. Mit der Anerkennung der Unabhängigkeit durch andere Länder werde ein Präzedenzfall geschaffen, der auch andere Regionen zu einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung anstiften könne. Die Meinung, dass durch die einseitige Unabhängigkeitserklärung internationales Recht missachtet wird, wurde von verschiedenen ost- und westeuropäischen Delegierten geteilt.

Die Befürworter der Unabhängigkeit des Kosovo führten dagegen an, dass es sich um einen Einzelfall handle, der aufgrund der historischen Gegebenheiten nicht auf andere Länder übertragbar sei. Man dürfe bei der Beurteilung nicht vergessen, dass die Region Kosovo bereits seit 1999 unter internationale Administration gestellt worden sei, betonte ein dänischer Delegierter.

Die Arbeiten des zweitägigen Winter-Meetings dienten zur Vorbereitung der Jahresversammlung der OSZE-PA, die vom 29. Juni bis 4. Juli in Astana, der Hauptstadt Kasachstans, stattfinden wird. Diese Ortswahl soll als Zeichen dafür gelten, dass die zentralasiatischen Staaten weiter in die Arbeiten der OSZE-PA eingebunden werden sollen, sagte der Präsident der OSZE-PA Göran Lennmarker in seiner Ansprache. Auf die Gefahren neuer Trennlinien im OSZE-

Raum, die durch ungelöste Probleme entstehen können, wies die Vertreterin der finnischen Präsidentschaft der OSZE hin. Die OSZE biete den Teilnehmerstaaten ein wichtiges Mittel zur Konfliktvermeidung an. Das Bekenntnis zu Sicherheit durch Zusammenarbeit beinhalte auch ein Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Den 240 Delegierten aus 48 Staaten wurden die Arbeitsberichte seit der letzten Jahresversammlung in Kiew vorgestellt. Ein Hauptarbeitsfeld der OSZE-PA sind die Wahlbeobachtungsmissionen. Bedauert wurde, dass ein Land derartige Einschränkungen auferlegt hat, dass eine Langzeitbeobachtung nach den Kriterien von Kopenhagen nicht möglich sei. Somit müsse die OSZE-PA auf eine Beobachtung der Präsidentschaftswahlen in Russland verzichten.

Stellungnahme des Außenministers Jean Asselborn zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo und anschließende Debatte – siehe Seite 338 des Kammerberichtes.

### DANS CE NUMÉRO

Soins palliatifs p. 318

Droit de mourir en dignité p. 327

Indépendance du Kosovo p. 338

Sommaire des séances publiques N°s 26 à 28 p. 351

Sommaire des questions parlementaires p. Q98

### ► Mazedonische Sorgen und Hoffnungen



Der mazedonische Außenminister Antonio Milošoski (Mitte) wurde von Jacques-Yves Henckes, Marcel Gleesener, Ben Fayot, Norbert Hauptert, Marcel Oberweis und Charles Goerens, Mitglieder des parlamentarischen Außenausschusses, empfangen.

Darf die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien sich Mazedonien nennen?

Griechenland stellt dieses Recht in Frage: Mazedonien sei der Name einer griechischen Provinz und könne folglich nicht auch der Name eines Nachbarlandes sein.

Der mazedonische Außenminister Antonio Milošoski, der am 14. Februar im Rahmen seines offiziellen Besuchs in Luxemburg auch mit Abgeordneten des parlamentarischen Außenausschusses zusammentraf, widmete einen großen Teil seiner Ausführungen dem -

aus seiner Sicht bedauerlichen - Namensstreit, den er als „unilaterales Problem Griechenlands“ darstellte, das keinerlei internationale Dimension habe. Er hoffe auf ein baldiges Ende der Verstimmung, sagte Milošoski, und verwies auf die mazedonische Initiative einer gemeinsamen Erklärung über gutnachbarschaftliche Beziehungen. Der Vorschlag sei Griechenland vor einigen Wochen zugestellt worden; Mazedonien warte nun auf eine Reaktion aus Athen.

Milošoski sprach auch über die europäischen Ambitionen seines Landes: Umfragen hätten ergeben,

dass sich 93% der mazedonischen Bevölkerung für einen EU-Beitritt ihres Landes aussprechen. „Wir fühlen uns als Teil Europas und hoffen auf ein baldiges Aufnehmen der Beitrittsverhandlungen“, sagte der mazedonische Außenminister. Er sei sich jedoch bewusst, dass sich innerhalb der Europäischen Union eine gewisse Skepsis gegenüber weiteren Beitritten breitgemacht habe. Ein Beitritt Mazedoniens zur NATO scheint indes in Kürze denkbar: Er hoffe, so Milošoski, dass der NATO-Gipfel im April in Bukarest seinem Land die Mitgliedschaft anbiete.

### ► Montenegro: ein kleines Land mit großem Ziel



Vizepräsident Jos Scheuer empfing den montenegrinischen Außenminister Milan Roćen (links).

Der montenegrinische Außenminister Milan Roćen war am 19. Februar zu Besuch in der Abgeordnetenkammer, wo er von Vizepräsident Jos Scheuer empfangen wurde.

Der Außenminister betonte dabei, dass es wichtig sei, dass zwei kleine Länder gute Beziehungen unterhielten, wobei Luxemburg für Montenegro als Musterbeispiel der Demokratie und der Wirtschaftsentwicklung gelte. Luxemburg sei außerdem auch das Land, in dem am 15. Oktober 2007 das Assoziations- und Stabilisationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Montenegro unterzeichnet wurde. Der montene-

grinische Außenminister hofft, dass Luxemburg dieses Abkommen schnellstmöglich ratifizieren wird.

Montenegro hat ganz klar als Ziel, Mitglied der EU zu werden, und hat angekündigt, noch während der slowenischen Ratspräsidentschaft seine Kandidatur zu stellen. Am 1. Januar dieses Jahres traten des Weiteren die Visavereinbarungen zwischen der EU und den Westbalkanländern, darunter auch Montenegro, in Kraft. Die Tatsache, dass sich eine ganze Reihe von ausländischen Botschaften seit der Unabhängigkeit in Montenegro niedergelassen haben und dass das Land etliche Vertretungen

im Ausland zählt, ist ein Beweis für seine Verankerung auf der internationalen politischen Ebene.

In Bezug auf die Verhältnisse zu seinen Nachbarländern erklärte der montenegrinische Außenminister, dass die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo die wirtschaftlichen Beziehungen durch die Herstellung einer direkten Verkehrslinie wesentlich verbessern könnte.

Vizepräsident Scheuer nahm zum Schluss noch eine Einladung des montenegrinischen Parlamentspräsidenten entgegen und versprach, sich für einen Austausch zwischen beiden Parlamenten einzusetzen.

### ► «Utilisons notre „carton orange“ avec circonspection!»

Tel est le message que M. Laurent Mosar, président de la délégation luxembourgeoise auprès de la COSAC (Conférence des Organes Spécialisés dans les Affaires Communautaires), a donné à ses homologues lors de la réunion des présidents des commissions des affaires européennes des parlements nationaux de l'Union européenne, des pays candidats ainsi que du Parlement européen, réunion qui s'est déroulée le 18 février 2008 à Ljubljana (Slovénie).

Dans le cadre de leurs travaux, les parlementaires ont analysé le résultat du quatrième test de subsidiarité sur la proposition de décision-cadre du Conseil modifiant la décision-cadre 2002/475/JAI relative à la lutte contre le terrorisme. Plusieurs membres ont mis en garde contre un recours trop fréquent au «carton orange» pour éviter de le banaliser. Suivant ce mécanisme du «carton orange», lorsque la moitié des parlements nationaux émet un avis de non-conformité, le Conseil et le Parlement européen doivent, en pre-

mière lecture, examiner si la proposition législative européenne est conforme au principe de subsidiarité. Ils peuvent le rejeter à la majorité de 55% des membres du Conseil ou à la majorité des suffrages exprimés au Parlement européen.

«Tout le problème réside dans l'interprétation du principe de subsidiarité et du principe de proportionnalité», a expliqué M. Laurent Mosar, en insistant sur le fait qu'il s'agit de notions politiques.

Les représentants des parlements ont par ailleurs profité de l'occasion pour procéder à un échange de vues avec M. Franco Frattini, Vice-Président de la Commission européenne en charge de la Justice, de la Liberté et de la Sécurité, qui s'est notamment félicité dans le contexte de la coopération entre la Commission européenne et les parlements nationaux que les membres de la Commission n'aient effectué pas moins de 350 visites auprès des parlementaires nationaux.



Le président de la délégation luxembourgeoise, M. Laurent Mosar, et la secrétaire, Mme Isabelle Barra.

### ► Agenda de Lisbonne

Le bon fonctionnement du marché intérieur et l'appropriation des objectifs de l'agenda de Lisbonne étaient au cœur d'un débat entre députés européens et nationaux, qui se réunissaient pour la quatrième rencontre interparlementaire sur la stratégie de Lisbonne.

Intervenant devant les députés, le Président de la Commission européenne, M. José Manuel Durão Barroso, a souligné que la révision à mi-chemin de la stratégie de Lisbonne en 2005 a permis de s'approcher des objectifs notamment en ce qui concerne la stratégie

pour la croissance et l'emploi, mais que des efforts supplémentaires étaient nécessaires.

Pour éviter que la stratégie de Lisbonne ne devienne un simple exercice bureaucratique, la Commission propose une série «d'actions phares», comme par exemple des initiatives destinées à redynamiser le secteur des petites et moyennes entreprises, à encourager une recherche de niveau mondial, à promouvoir l'utilisation de l'Internet à haut débit et à développer une efficacité énergétique accrue.



La délégation luxembourgeoise était composée de M. Alex Bodry, M. Jacques-Yves Henckes et M. Marcel Sauber.

«Muppegesetz»

4985 - Projet de loi relatif aux chiens

Suite à une série d'accidents graves causés en l'an 2000 par des chiens dits d'attaque dans les pays voisins et face au constat d'une propre législation lacunaire en la matière, le Gouvernement a décidé d'élaborer un projet de loi relatif aux chiens. Ce projet vise à répondre à une évolution sociale en ce qui concerne la tenue de chiens de compagnie qui se caractérise par la multiplication, depuis les années 1990, des chiens de races ou de croisements susceptibles d'être dangereux.

Le projet de loi prévoit notamment

a) pour tous les chiens:

- l'introduction de l'identification électronique obligatoire;

- la tenue en laisse obligatoire à l'intérieur des agglomérations, dans les parties communes des immeubles collectifs, dans les transports en commun, sur les stations de service et les parkings ouverts au public;

- la mise en place d'un ensemble d'obligations pour leur détention (déclaration, couverture par une assurance de responsabilité civile, ...);

- le paiement d'une taxe annuelle d'un montant de 10 euros au moins;

- qui sont déclarés dangereux, la possibilité de contraindre son détenteur à certaines mesures (tenue en laisse en tout lieu, muselage, cours de dressage ou de formation).

b) pour les chiens susceptibles d'être dangereux:

- la définition de certaines races et croisements de chiens susceptibles d'être dangereux;

- la mise en place d'un ensemble d'obligations supplémentaires pour la détention de ces chiens, afin de responsabiliser leurs détenteurs;

- la soumission de l'acquisition, de la cession, de l'importation et de l'introduction des chiens d'attaque sur le territoire luxembourgeois à une autorisation spéciale;

- la restriction de la liberté de circulation des chiens potentiellement dangereux;

- la limitation du dressage des chiens au mordant à certaines activités et aux titulaires d'un certificat de capacité.

c) des sanctions pénales:

- afin de pouvoir garantir la bonne exécution du dispositif légal un dispositif pénal complet et plus répressif est introduit;

- un service de fourrière au niveau communal ou intercommunal est instauré, permettant d'accueillir les chiens saisis en exécution de la présente loi.

Partenariat UE - Turkménistan

5769 - Projet de loi portant approbation de l'Accord de partenariat et de coopération établissant un partenariat entre les Communautés européennes et leurs États membres, d'une part, et la République du Turkménistan, d'autre part et de l'Acte final, signés à Bruxelles, le 25 mai 1998

Le projet de loi a pour objet d'approuver l'Accord de partenariat et de coopération que les Communautés européennes ont conclu avec le Turkménistan.

L'Accord a été signé le 25 mai 1998. En attendant l'accomplissement des procédures de ratification, un accord intermédiaire a été signé le 10 novembre 1999, qui prévoyait la mise en vigueur des dispositions commerciales de l'Accord. Or, en raison de la détérioration de la situation des droits de l'Homme au Turkménistan, l'entrée en vigueur de l'accord intermédiaire ainsi que les procédures de ratification de l'Accord furent suspendues. Les réunions du comité conjoint UE-Turkménistan n'ont repris qu'en janvier 2004. Suite à l'élection présidentielle de février 2007, l'Union s'est déclarée prête à mener un dialogue politique avec le nouveau Gouvernement turkmène afin d'aider le pays à mettre en œuvre des réformes.

L'Accord vise à établir un partenariat entre le Turkménistan et l'Union européenne. Il est destiné à régler les relations politiques, éco-

nomiques et commerciales entre les deux parties et établit les bases pour une coopération sociale, financière, scientifique, technologique et culturelle. Il s'agit d'un accord non préférentiel, qui ne contient pas de clause de «rendez-vous» pour le début de négociations sur l'établissement d'une zone de libre-échange.

Les objectifs de l'Accord sont notamment:

- le soutien à l'indépendance et à la souveraineté du Turkménistan;

- le soutien aux efforts accomplis par le pays pour consolider sa démocratie, pour développer son économie et son infrastructure sociale et pour mener à terme son processus de transition vers une économie du marché;

- la promotion des échanges et des investissements, en particulier dans le secteur de l'énergie.

Comme pour les accords de partenariat conclus avec d'autres pays, une triple structure institutionnelle est mise en place:

- le Conseil de coopération, qui se réunit au niveau ministériel pour superviser la mise en œuvre de l'Accord;

- le Comité de coopération, composé de hauts fonctionnaires, qui en prépare les travaux;

- la Commission parlementaire de coopération, qui constitue une enceinte de dialogue entre des membres du Parlement turkmène et du Parlement européen.

Dépôt par M. Fernand Boden, Ministre de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural, le 04.07.2002

Rapporteur: M. Marcel Oberweis

Travaux de la Commission de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural (Président: M. Marcel Oberweis):

12.09.2002 Désignation d'un rapporteur

18.01.2007 Désignation d'un nouveau rapporteur

Examen du projet de loi et de l'avis complémentaire du Conseil d'État

30.01.2007 Échange de vues avec des représentants des pétitionnaires au sujet de la pétition N°276 contre le projet de loi relatif aux chiens

17.04.2007 Échange de vues avec des représentants de la Centrale Luxembourgeoise du Sport pour Chiens d'Utilité

06.06.2007 Échange de vues avec des représentants du «Club Luxembourgeois pour Agility»

30.01.2008 Examen du deuxième avis complémentaire du Conseil d'État

13.02.2008 Présentation et adoption d'un projet de rapport

Vote en séance publique: 20.02.2008

Dépôt par M. Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, le 04.09.2007

Rapporteur: M. Marc Angel

Travaux de la Commission des Affaires étrangères et européennes, de la Défense, de la Coopération et de l'Immigration (Président: M. Ben Fayot):

17.10.2007 Désignation d'un rapporteur

Examen du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État

11.02.2008 Présentation et adoption d'un projet de rapport

Vote en séance publique: 20.02.2008

Pollution causée par les navires

5686 - Projet de loi transposant la Directive 2005/35/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la pollution causée par les navires et à l'introduction de sanctions en cas d'infractions et la Décision-cadre 2005/667/JAI du Conseil du 12 juillet 2005 visant à renforcer le cadre pénal pour la répression de la pollution causée par les navires

Le projet de loi sous rubrique a pour objet de transposer en droit luxembourgeois deux textes communautaires visant à renforcer le cadre pénal pour la répression de la pollution causée par les navires.

Le Luxembourg est directement concerné par toute nouvelle législation européenne ou internationale en matière de sécurité maritime et de protection de l'environnement marin du fait qu'il s'est doté, à côté du registre public des navires de plaisance créé par une loi du 23 septembre 1997, par le biais de la loi du 9 novembre 1990, d'un registre public maritime. Depuis la création de ce registre, un nombre toujours croissant de navires commerciaux sillonne les mers et les océans sous drapeau luxembourgeois.

À titre de référence, la flotte marchande battant pavillon luxembourgeois comptait 148 navires (navires de croisière, vraquiers, porte-conteneurs, bateaux citernes, etc.) fin 2007, représentant un tonnage total d'environ 932.000 t.

Dépôt par M. Jeannot Krecké, Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur, le 16.02.2007

Rapporteur: M. Jos Scheuer

Travaux de la Commission de l'Économie, de l'Énergie, des Postes et des Sports (Président: M. Alex Body):

11.10.2007 Désignation d'un rapporteur

10.01.2008 Présentation du projet de loi et examen des amendements gouvernementaux et des avis du Conseil d'État

24.01.2008 Présentation et adoption d'un projet de rapport

Vote en séance publique: 20.02.2008



Chambre des Députés L U X E M B O U R G

d'Chamber live Chamber TV och an der Rediffusioun all Sëtzungsdag vun 19:00 Auer un

d'Chamber online op [www.chd.lu](http://www.chd.lu) mat de Rubriken

- Composition & Organisation
- Séances publiques & Commissions
- Hôtel de la Chambre
- Portail documentaire
- Web TV live

**Présidence: M. Lucien Weiler, Président**  
**M. Laurent Mosar, Vice-Président, M<sup>me</sup> Colette Flesch, Vice-Président**

## Sommaire

### 1. Communication

### 2. 5380 - Projet de loi sur la commercialisation des semences et plants ainsi que sur la coexistence des cultures génétiquement modifiées, conventionnelles et biologiques

5681 - Proposition de loi relative à la modification de la loi modifiée du 20 juillet 1992 portant modification du régime des brevets d'invention

- *Rapport de la Commission de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural sur le projet de loi 5380: M. Jean-Paul Schaaf*
- *Rapport de la Commission de l'Économie, de l'Énergie, des Postes et des Sports sur la proposition de loi 5681: M. Henri Kox*
- *Discussion générale: M. Marcel Oberweis, M. Carlo Wagner, M. Romain Schneider, M. Henri Kox (motion 1), M. Robert Mehlen, M. Fernand Boden, Ministre de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural*
- *Motion 1: M. le Ministre Fernand Boden, M. Henri Kox, M. Fernand Boden*

### 3. Ordre du jour

- *M. le Président, M. Aly Jaerling, M. Carlo Wagner*

### 4. 5748 - Projet de loi ayant pour objet d'autoriser le Gouvernement à subventionner l'exécution d'un huitième programme quinquennal d'équipement de l'infrastructure touristique

- *Rapport de la Commission des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement: M. Lucien Clement*
- *Discussion générale: M. Marco Schank, M. Fernand Etgen*

### 5. 5380 - Projet de loi sur la commercialisation des semences et plants ainsi que sur la coexistence des cultures génétiquement modifiées, conventionnelles et biologiques (suite)

5681 - Proposition de loi relative à la modification de la loi modifiée du 20 juillet 1992 portant modification du régime des brevets d'invention (suite)

- *Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel*
- *Vote sur l'ensemble de la proposition de loi et dispense du second vote constitutionnel*
- *Motion 1: M. Jean-Paul Schaaf, M. Henri Kox, motion 1 modifiée adoptée*

### 6. 5748 - Projet de loi ayant pour objet d'autoriser le Gouvernement à subventionner l'exécution d'un huitième programme quinquennal d'équipement de l'infrastructure touristique (suite)

- *Discussion générale (suite): Mme Claudia Dall'Agnol (à qui répond M. le Ministre Fernand Boden), M. Henri Kox, M. Jacques-Yves Henckes, M. Fernand Boden, Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement, Mme Claudia Dall'Agnol*
- *Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel*

Au banc du Gouvernement se trouvent: M. Fernand Boden, Ministre; Mme Octavie Modert, Secrétaire d'État.

**(Début de la séance publique à 14.32 heures)**

» M. le Président. - Dir Dammen an Dir Hären, d'Sitzung ass op.

Ech wëll de Minister Fernand Boden froen, ob d'Regierung der Chamber eppes matzedeele huet.

» M. Fernand Boden, Ministre de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural. - Neen, Här President.

## 1. Communication

» M. le Président. - Ech hunn der Chamber eng Kommunikatioun ze maachen:

«Les 'listes noires', décidées à l'échelon international, sont un des instruments que nous avons mis au point pour faire face à la menace du terrorisme. Si l'utilité même des listes n'est pas concernée par ce rapport, car elle n'est pas mise en discussion, en revanche l'utilisation des listes est fortement contestée.»

Après ces mots introductifs au débat sur les listes noires du Conseil de Sécurité des Nations Unies et de l'Union européenne, le rapporteur, M. Dick Marty, a expliqué que: «Ces listes ont créé un système où n'existent ni le droit d'être entendu, ni le droit de recours, ni celui de connaître les véritables motifs de l'inscription sur ces listes.

Les conséquences, c'est le gel total de tous les biens dans le monde entier, c'est l'impossibilité de franchir une frontière. En outre, ce système ne prévoit pas de véritable procédure de 'delisting'.»

Il souligne que le point inquiétant de ce système qui a été mis sur pied en dehors de toute procédure, de toute garantie et de toute légitimité démocratique et sans qu'aucun parlement puisse en discuter et en décider, est celui qu'il se trouve aujourd'hui dans le monde entier des autorités démocratiques pour dire qu'elles doivent l'appliquer au motif qu'il a été décidé dans le cadre international des Nations Unies. Un autre constat très inquiétant qui devrait révolter les membres de l'Assemblée parlementaire consiste dans le fait que «le Conseil de Sécurité a estimé que la lutte contre le terrorisme exige de définir des moyens en dehors de toute légitimité démocratique et de tout système fondé sur la primauté de droit.»

Par la suite il invite l'Assemblée à se prononcer clairement sur ce système et son absence de garanties tout en lui rappelant que: «Il est absolument évident que nous devons combattre le terrorisme, mais n'oublions pas qu'un des principaux alliés du terrorisme est l'injustice. Dès lors, il faut combattre aussi l'injustice. Nous en avons la possibilité.»

Son appel a été largement suivi; ainsi la résolution y relative a été adoptée par 101 voix pour 3 contre et 4 abstentions et la recommandation au Comité des Ministres a été adoptée par 110 voix pour et 2 contre et 3 abstentions.

L'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe s'est réunie en première partie de session à Strasbourg du 21 au 25 janvier 2008. Y ont participé la Présidente de la délégation, Mme Lydie Err, les membres effectifs, MM. Marcel Glesener et Charles Goerens, ainsi que les membres suppléants,

MM. Jean Huss et Norbert Hauptert et Mme Anne Brasseur.

Après l'ouverture de la session par le doyen d'âge, M. Miguel Barceló Pérez, il est procédé à l'élection du Président de l'Assemblée, fonction que revêtra dorénavant M. Luíis Maria de Puig.

Ensuite le Président sortant, M. René Van der Linden, a présenté le rapport d'activité du Bureau de l'Assemblée et de la Commission permanente.

À ce point à l'ordre du jour étaient joints les rapports des commissions ad hoc du Bureau sur l'observation des élections législatives en Fédération de Russie du 2 décembre 2007 et de l'élection présidentielle en Géorgie du 5 janvier 2008.

En dehors des points précités, figuraient à l'ordre du jour de la session les thèmes suivants:

- les développements concernant le statut futur du Kosovo,

- environnement: discussion commune des deux rapports ayant comme sujet

- réchauffement climatique et catastrophes écologiques,

- protection de l'environnement dans la région arctique,

- relations extérieures de l'Assemblée parlementaire: discussion commune des trois rapports ayant pour titre

- renforcer la coopération avec les pays du Maghreb avec l'intervention de M. Abdelaziz Ziari, Président de l'Assemblée populaire nationale de l'Algérie,

- la situation dans les républiques d'Asie centrale,

- le Conseil de l'Europe et ses États observateurs: situation actuelle et perspectives

- lignes directrices procédurales sur les droits et devoirs de l'opposition dans un parlement démocratique,

- disparition de nouveau-nés aux fins d'adoption illégale en Europe,

- nécessité de préserver le modèle sportif européen avec l'intervention de M. Michel Platini, Président de l'Union des associations européennes de football (UEFA),

- projet de protocole additionnel à la Convention sur les droits de l'Homme et la biomédecine relatif aux tests génétiques à des fins médicales,

- la coopération transfrontalière et

- vidéosurveillance des lieux publics.

L'audience a pu suivre au cours des séances

- le discours de M. Robert Fico, Premier Ministre de la Slovaquie,

- le discours de M. Frans Timmermans, Ministre des Affaires européennes des Pays-Bas,

- le discours de M. Ferenc Gyurcsány, Premier Ministre de la Hongrie,

- la communication de M. Ján Kubiš, Ministre des Affaires étrangères de la Slovaquie et Président du Comité des Ministres,

- la communication de M. Terry Davis, Secrétaire général du Conseil de l'Europe sur l'état du Conseil de l'Europe,

- le discours de M. Bamir Topi, Président de l'Albanie,

- le discours de M. Mikhaïl Saakashvili, Président de la Géorgie, suivi d'un point sur le respect des obligations et engagements de la Géorgie.

Au cours de cette session l'Assemblée a procédé à l'élection de cinq juges à la Cour européenne des Droits de l'Homme au titre de la Bulgarie, de l'Irlande, de la Lettonie, de la Moldova et de la Turquie.

En outre, il reste à souligner que, d'une part, Mme le Député Anne Brasseur a été nommée Présidente de la Commission de la Culture, de la Science et de l'Éducation et que, d'autre part, certains de nos délégués sont intervenus au cours de cette session, à savoir la Présidente de notre délégation, Mme Lydie Err, lors du débat sur le rapport d'activité du Bureau de l'Assemblée, M. Jean Huss lors du débat sur les listes noires du Conseil de Sécurité des Nations Unies et de l'Union européenne, et M. Norbert Hauptert lors du débat sur la nécessité de préserver le modèle sportif européen.

Lors de cette première partie de session l'Assemblée a adopté dix résolutions et neuf recommandations et un avis en rapport avec les points à l'ordre du jour.

Dir Dammen an Dir Hären, mir kommen elo zur Diskussioun vum Projet de loi 5380 iwwert den Ubau vu genmodifizéierte Planze souwéi zur Proposition de loi 5681 iwwert d'Brevets d'invention. Béid Projekte ginn an enger Diskussioun behandelt. D'Riedezeit ass nom Modell 2 festgeluecht. Et si bis elo ageschriwwen: déi Hären Oberweis, Wagner, Schneider, Kox a Mehlen. D'Wuert huet elo de Rapporteur, den honorabelen Här Jean-Paul Schaaf. Här Schaaf, wann ech gelift.

## 2. 5380 - Projet de loi sur la commercialisation des semences et plants ainsi que sur la coexistence des cultures génétiquement modifiées, conventionnelles et biologiques

### 5681 - Proposition de loi relative à la modification de la loi modifiée du 20 juillet 1992 portant modification du régime des brevets d'invention

**Rapport de la Commission de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural sur le projet de loi 5380**

» M. Jean-Paul Schaaf (CSV), rapporteur. - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, de Gesetzesprojet, dee mer de Mëtteg hei diskutieren an ofstëmme, ass den 10. September 2004 vum Landwirtschaftsminister an der Chamber déposéiert ginn. De Projet ass also quasi genesou laang heibannen ennerwee an deser Chamber, wéi ech selwer. Fir e Projet ass dat jo méi laang. Mir kënn déi Zäit net esou laang vir - et sinn also gutt dräi Joer.

Ech wëll direkt am Ufank awer a menger Interventioun als Rapporteur e grouse Merci ausdrécken un d'Membere vun der Agrarkommissioun an och un déi vun der Ekonomieskommissioun, iwwert déi laang Zäit, wou mer an där komplexer Matière ganz konstruktiv diskutiert hunn. D'selwecht un d'Adress vum Landwirtschaftsminister a vu senge Beamten, ëmmer mat der Suerg, e gudden Text hei hinzekréien, dee souwuel den Exigence vum Maart op där enger Säit wéi awer och de Suerge vun de Leit a vun der Landwirtschaft op där anerer Säit Rechnung droe kann.

Mir hunn eis intensiv mat der Koexistenz ofginn. Dat beweisen net nëmme déi sëllech Kommissiounssätzungen, déi mer hatten - zéng, fir genee ze sinn -, mä och de Fait, dass dräimol Amendementer zu diesem Gesetzesprojet un de Statsrot weidergeleet gi sinn; eng Serie Regierungsamendementer an zwou Serië vun der Kommissioun.

Des Weideren hunn eis gréng Kollegeen am Kader vum Gesetz och Amendementer ageerecht, déi hiren Nidderschlag an enger Gesetzespropositioun zum Brevetsgesetz fonnt hunn, déi den Deputéierten Henri Kox duerno nach wäert presentéieren an déi ech als komplementar zu diesem Projet de loi gesinn.

Dee ganze Werdegang vum Projet kann een am schréfftleche Rapport noliesen.

Här President, dese Gesetzesprojet 5380 huet en duebelt Zil:

Éischtens gëtt d'Gesetz vum 9. November 1971 iwwert de Commerce vu Geseems a Planzen ersat. Dëst ass d'Basisgesetz, dat an deene leschte 36 Joer dofir gesuergt huet, fir déi deementspriedend EU-Direktiven an Zortekatalogen émssetzen. Mir passen ons national Gesetzgebung domadder der europäescher Entwécklung, der EU-Gesetzgebung an dem Bannemaart un. Dës Domäner sinn an deene leschte Jore staark evoluéiert. Duerch dese Gesetzestext gëtt also d'Gesetz vun 1971 duerch een neien a méi kohärenten Text ersat.

**(Coups de cloche de la Présidence)**

Dat zweet Zil vun dësem Projet ass dat, wat an der öffentlecher Duerstellung déi gréisste Béuechtung féint, d'Regelung vun der Koexistenz, also dem Mateneen oder dem Niewenteneen - jee nodeem! -, vun den dräi méiglechen UbaufORMen an der Landwirtschaft. Dat ass engersäits déi traditionell Landwirtschaft, anerersäits déi biologesch Landwirtschaft, an drëtters den Ubau vu genetesch modifizéierten Organismen an eiser Landwirtschaft.

Et ass net fir d'éischte Kéier, dass an der Chamber iwwer genetesch modifizéiert Organismen diskutéiert gëtt. Den 13. Januar 1997 ass d'Gesetz iwwer de Gebrauch an d'Festsetzung vun OGMen gestëmmt ginn. Sechs Joer méi spéit gouf dëst Gesetz erëm op de Leescht geholl a souwuel d'Utilisation confinée vun den OGMen wéi och d'Mise sur le marché goufe méi streng geregelt.

D'Gesetz vun 2004 ass drop ausgerichtet, fir d'Mise sur le marché och zu Lëtzebuerg ze regelen am Fall wou e Produzent vun engem OGM dëse wéilt zu an duerch Lëtzebuerg um europäesche Maart zougelooss kréien. Fir dëse Fall ass e Regelwierk fixéiert gi mat den noutwendegen Etüde vum Impakt op d'Gesondheet, op d'Biodiversitéit an d'Ëmwelt. Et ass am Kader vum Ëmsetze vun der Direktiv 2001/18/CE, wou dëst geregelt ass.

Wéi gesot, 2004 huet d'Chamber sech heimmadder befaasst a sech kloer fir de Principe de précaution ausgeschwat. Deeselwechte Prinzip war och d'Grundlag beim Ausschaffe vum Gesetzesprojet, iwwer deem mer haut schwätzen, an et war de roude Fue dem duerch déi laang Diskussiounen an der Kommissioun.

Här President, d'Gesetz vun 2004 steet fir méi Sécherheet an eng besser Iwwerwachung bei der éischer Zouloossung vun OGMen an et gëtt dofir gesuergt, dass de Risiko op e Minimum beschränkt gëtt. Dat wat an deem Gesetz awer net behandelt gëtt, dat ass d'Problematik vun der Koexistenz tëschent der traditioneller a biologescher Landwirtschaft an där mat OGMen. Dës Koexistenz regele mer mam Projet de loi, deem haut zur Debatt steet.

Et ass awer net esou, wéi wa mat dësem Gesetz vun haut den Ubau vun OGMen elo op eemol géif zu Lëtzebuerg méiglech gemaach ginn. Am Moment hu mer keng Regelung an och keng Beschränkung. Et ass also theoretisch méiglech, dass e Bauer haut OGMen kann upflanzen ouni mussen iergendwellech Rücksicht op Nopeschfelder ze huelen.

Da versteet een och d'Angscht an d'Oflehnung vu ville Baueren, well se fäerten, dass d'OGMe sech iwwer de Wee vu Pollen oder iwwer soss een anere Wee op eng onkontrolléiert Aart a Weis ausbreeden an hir genetesch fräi Felder contaminéieren. Op laang Siicht géif domadder déi traditionell Landwirtschaft onméiglech gemaach a beispillsweis d'Biobauere géifen hir schwéier erkämpfte Labeler verléieren, mat deene wirtschaftleche Konsequenzen, déi sech doraus erginn.

An enger fräier Maartwirtschaft steet et engem Bauer natierlech awer fräi, déi Aart vu Landwirtschaft ze bedriewen an déi Zort vu Planzen unzuebauen, déi hie wéilt. D'Viraussetzung ass just, dass et Planze respektiv Geseems ass, dat zougelooss ass. Déi Zouloossung gëtt duerch déi europäesch Autoritéit vun der Liewensmittelsécherheet EFSA kontrolléiert an aviséiert, iert d'Politik hir Zouloossung virhält. Ginn also zougelooss respektiv an der europäescher Landwirtschaft agesat nëmmen déi Organismen, déi gesondheetlech als onbedenklech agestuift goufen.

Ze bemerken an dësem Kontext ass awer, dass Lëtzebuerg ëmmer Nee gestëmmt huet bei der Ofstëmmung iwwer d'Zouloossung vun OGMen an Europa.

Mat dem Gesetz vun haut regele mer also d'Bedingungen, déi ee beim Uplanze vun engem OGM zu Lëtzebuerg erfëlle muss. Mir kommen domadder och der Fuerderung vun alle Parteien no, déi sech beim Vote vum 2004er Gesetz an enger Resolutioun dofir ausgeschwat hunn, dës Koexistenz, wa méiglech, ze reglementéieren.

Vu dass an Europa de Prinzip vun der libre circulation des biens gëllt an de Fait, dass

d'Europäesch Kommissioun virginn huet, dass keng Form vu Landwirtschaft, sief et déi traditionell, déi biologesch oder déi, déi op OGMen berout, ausgeschloss ka ginn, huet sech d'Regierung beim Ausschaffe vun dësem Gesetzesprojet ganz op de Principe de précaution baséiert, esou wéi et an der Regierungserklärung vum 4. August 2004 ugekënnegt gouf.

Ech zitieren: «En matière de coexistence entre plantes génétiquement modifiées et cultures traditionnelles le Gouvernement se laissera guider par les principes de précaution, de préservation de la diversité biologique naturelle et de la responsabilité économique.»

Här President, de Conseil d'État begreißt a sengem Avis den éischen Objectif vun dësem Projet de loi, deem, fir d'Gesetz iwwer d'Commercialisation vu Geseems a Planzen aus dem Joer 1971 duerch en neie kohärenten Text ze ersetzen.

Wat den zweeten Objectif ubelaangt, fir d'Koexistenz tëschent OGMen an den traditionelle Kulturen am Kader vun dësem Projet de loi ze reglementéieren, well d'Gesetz vu '97 dës Problematik net behandelt, esou gëtt dëse Punkt awer net vum Statsrot gedeelt.

Déi héich Kierperschaft ass der Meinung, dass dat Gesetz vu '97 den internationalen europäesche Recommendationen vun der Kommissioun Rechnung dréit, dass keng Zort vu Landwirtschaft, ob traditionell oder OGM, ausgeschloss ass, och wann d'Fro iwwer de Gebrauch vun OGMen an der Landwirtschaft an deem Gesetz net explizit traitéiert gëtt. Dofir huet de Statsrot sech d'Fro gestallt, ob dëse Gesetzestext vun haut déi richteg Plaz wier, fir d'Fro vun der Koexistenz ze regelen. Hien hätt et léiwer gesinn, wann dës Problematik an der Rumm vum Gesetz vu '97 geregelt gi wier, eng Meinung, déi awer vun der Kommissioun net gedeelt ginn ass.

Ech wëll net nach eng Kéier op de Commentaire des articles souwéi op all aner Remarque vum Statsrot agoen, ech wëll just soen, dass mer op deene meeschte Punkten de Statsrot suivéiert hunn. Den Detail, wéi gesot, kann een am schrëftleche Rapport noliesen.

A Kuerzform awer elo déi Hauptpunkte vum Gesetzesprojet am Résumé:

D'Artikelen 2 bis 11 handelen iwwer de Commerce mam Geseems a mat de Planzen. Dës Artikelen ersetzen also dat aalt Gesetz vun '71 a beschreiwen ënner anere, wéi eng Kategorie an ernéiert wéi enge Konditiounen d'Geseems a Planzen duerfe commercialiséiert, vermaart, etikettéiert an uegebaut ginn. Fir d'Zertifikatioun vu Geseems a Planzen an och déi technesch Kontrollen zeechent hei d'ASTA responsabel. Wann et sech ëm d'Commercialisatioun vu genetesch modifizéierten Organismen handelt, da muss d'ASTA am Virfeld och kontrolléieren, ob déi néideg Autorisatiounen, esou wéi se am modifizéierte Gesetz vu '97 virgesi sinn, virleien.

D'Artikelen 12 bis 15 vun dësem Gesetz treffen den zweeten Objectif vum Projet, d'Ubaue vu genmodifizéierte lieuegen Organismen. Déi wichtegst Dispositiounen an dësem Beräich beschreiwen ech hei aus der Siicht vum Bauer, deem dëse Schrëtt wéilt maachen.

Folgend Etappe sinn elo do néideg:

1. All Importatiounen vu genmodifizéiertem Geseems a Planze mussen bannen aacht Deeg bei der ASTA deklaréiert ginn.
2. Bei der ASTA muss den Exploitant, also de Bauer, spéitstens zwee Méint ier ausge-seint gëtt ugin, op wéi enge Parzellen dës Kulturen uegebaut solle ginn a wat hir Charakteristike sinn.
3. Wa Felder gepacht sinn, da kann de Bedriewer vun dëse Felder nëmmen OGMen ubauen, wann en den Accord vum Besëtzer vun dëse Felder huet.
4. An engem öffentlech zougänglechen nationale Register, dee vun der ASTA à jour gehale gëtt, gi souwuel d'Natur wéi och d'Localisatioun vun de Kulture mat OGMen agedroen an eben dem Public zougänglech gemaach.
5. Fir ze verhënneren, dass Nopeschfelder duerch OGMen contaminéiert ginn, fixéiert e Règlement grand-ducal Mindestdistanzen, déi mussen agehale ginn. Dëse Règlement grand-ducal ass ausgeschafft an e gouf och der Agrarkommissioun ënnerbreet.
6. Am selwechte Règlement kritt dann och de Bauer d'Oplag, seng Maschinnen ze botzen no all Benotzen op engem Feld mat OGM-Kulturen.
7. Deen, deen OGMen ubaut, ass wirtschaftlech responsabel bei enger Contaminatioun vun engem Nopeschfeld. Respon-

sable de plein droit, wéi den Text seet. An och bei Veronregungen an der Hunnegproduktioun vu Beiestäck, déi an der Noperschaft sinn. Fir dës Responsabilitéit ze couvriieren, muss jiddferen, dee wéilt OGMen ubauen, eng finanziell Garantie virweisen, déi entweder duerch eng Assurance gedeckt ass oder duerch eng finanziell Participatioun un engem Risikofonds.

Lëtzebuerg huet keen esou e Risikofonds, wärt och ze kleng si fir een ze kréien. D'Participatiounen an auslännesche Risikofonds, déi existéieren, ass also an Aus-sicht gestallt.

Dat sinn déi Konditiounen, déi ee misst erfëllen.

Do dernieft regelt dëst Gesetz nach dräi aner Saachen. Dat eent ass, dass OGMs-Kulturen iwwer e Règlement grand-ducal an Zone kënnen verbuede ginn, déi vun engem kommunautairen Interessi sinn, oder an Naturschutzparken an an nationale Naturschutz-zonen.

Zweetens schliesslech gëtt och e Verbuet vun eenzelne genmodifizéierte Kulturen erméiglecht, wann absolut net kann ausgeschloss ginn, dass et zu Veronregungen vu konventionelle Kulture kënn.

A schliesslech kritt mat dësem Gesetz d'ASTA d'Missioun fir ze kontrolléieren an och fir Infractionen festzesstellen. Strofe kënnen sech iwwerens tëschent 251 Euro a 750.000 Euro belafen.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, dëst Gesetz schafft eng Regelung fir all déi Zorte vun Organismen, déi zu Lëtzebuerg kënnen uegeplantz ginn, fir hire Commerce an och fir d'Koexistenz vun deeneselwechten.

D'Suerg vun der Regierung, déi deckungsgläich ass mat der Suerg vun der zoustän-neger Chamberskommissioun no enger sécherer Regelung, dréit och de Suerg vun eiser Landwirtschaft a vum Consommateur Rechnung.

Dëst Gesetz erméiglecht net den Ubau vun OGMen zu Lëtzebuerg. Dëst Gesetz regelt endlech den eventuellen Ubau vun elo schonns europäesch zougeloossenen OGMen, an dat op eng Aart a Weis, déi ech zumindest als berouegend - wann ech mer dat als neutrale Rapporteur dāerf erlaben - bezeichne géif.

Ech soen lech Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Rapporteur. D'Wuert huet elo den honorabelen Här Kox.

**Rapport de la Commission de l'Économie, de l'Énergie, des Postes et des Sports sur la proposition de loi 5681**

» **M. Henri Kox (DÉI GRÉNG), auteur-rapporteur.** - Merci, Här President. Am Numm vun der Energiekommissioun stellen ech lech e Rapport vun enger Gesetzespropos vir, déi ech selwer den 9. Februar 2007 déposiert hunn.

D'Gesetzespropos betrëfft d'Gesetz vum 20. Juli 1992 iwwer de Régime des brevets d'invention, dat duerch d'Gesetz vum 7. Abrëll 2006 modifizéiert gouf, a beinhalt de juristesche Kader vu biotechnologeschen Innovatiounen.

Dass d'Gesetzespropos direkt nom Rapport vun Här Schaaf iwwer d'Koexistenz vu genmanipuléierten a konventionelle respektiv biologesche Kulture virgestallt gëtt, verwonnert vläich, ass awer aus deem Grond gewielt ginn, well et eng weider Rechtssécherheet schafft bei dem Ëmgang vu genmanipuléierten Organismen.

Eng Rechtssécherheet, déi besonnesch déi konventionell a biologesch Landwirtschaft a Schutz hëlt vis-à-vis vun den onberechtete Fuerderunge vu Säiten den Hiersteller vu genmanipuléierten Organismen.

Wie genmanipuléiert Organisme seet, seet biotechnologesche Inventionioun. Wie biotechnologesche Inventionioun seet, seet Patentschutz. Patentschutz ass also direkt mat de genmanipuléierten Organismen enk liéiert. Patentschutz heescht awer och, net méi fräi verfügbar. Oder nëmmen dann, wann eng entsprecheend Entschiedegung un de Patentbesëtzer bezuelt gëtt respektiv gouf.

Dës Gesetzesinitiative huet als Zil, de patentrechtleche Schutz ausser Kraaft ze setzen, wann d'Verletzung vum Patentrecht op Zoufall oder op technesch net vermeidbar Evénement zréckzeféieren ass. Dësen Zoufall kann zum Beispill duerch de Polleflug ausgeléist ginn.

E Polleflug, deem d'Iwwerdroe vu Genen aus genmanipuléierte Kulturen op konventionell respektiv biologesch Kulturen erméiglecht. Eng Fortplanzungstechnik, op déi d'Planze-

welt säit jeeher setzt. Et ass grad déi Technik, besser gesot natierlech Fortplanzungstechnik, déi d'Koexistenz esou schwierig mécht, fir net ze soen, oft onméiglech, well eng Verseuchung vu konventionellen a biologesche Kulturen net auszuschliessen ass; wat och mat Contaminatioun bezeechent gëtt.

De Bauer kann also vu Patentbesëtzer net zur Rechenschaft gezu ginn an och net fir d'Bezuele vu Patentverletzung veruerteelt ginn, wa brevetéiert Planzen uegeplantz goufen, déi duerch Zoufall oder technesch net vermeidbar Ëmstänn op seng Kulturen iwwerdroe goufen.

Hien hat deemno keng bewosst Awierkung a muss virun de Reklamatiounen vum Patentbesëtzer geschützt ginn. Dëse Schutz gëllt awer net, wa bewosst kommerzielle Profit vun esou enger Contaminatioun gemaach gëtt. D'Charge vun dem Beweis läit awer och bei esou engem Fall nach ëmmer beim Patentbesëtzer selwer.

Dës Gesetzesinitiative reit sech deemno an d'Philosophie vun Koexistenzgesetz an. Si bitt eng weider Rechtssécherheet fir déi konventionell a biologesch Landwirtschaft.

E puer Wuert zur Entstehung vun dëser Gesetzesinitiative.

Dës Problematik huet sech fir d'éischt 1998 a Kanada gestallt. Hei gouf de Farmer Percy Schmeiser vum Weltkonzern Monsanto ugesicht, well op de Felder vun Här Schmeiser sougenannten „roundup ready“-Raps entdeckt gouf, op deem de Konzern Monsanto e Patent hält. Viru Geriicht huet den Här Schmeiser awer verséichert, dass hien nimools Som vum Konzern kauft nach wéssentlech uegeplantz hätt, mä dass säi Feld éischer iwwer de Polleflug contaminéiert gouf an hien dofir och net Lizenzgebühren un d'Firma misst bezuelen. Leider gouf den Här Schmeiser awer an engem denkbar knappen Uerteel verurteilt, ouni awer musse Schuedensersatz un d'Firma ze bezuelen. Dëst Uerteel huet awer weltwäit eng grouss Well vu Sympathie fir den Här Schmeiser ausgeléist an huet derzou gefouert, dass speziell Klauselen an d'Patentgesetzter a verschiddene Länner, wéi zum Beispill der Schwäiz, Däitschland oder och nach an Eisträich, ageschriwwen goufen.

Dës Klauselen an den auslännesche Patentgesetzter hu mech derzou beweegt, ähnlech Rechtssécherheet fir d'Landwirtschaft an d'Lëtzebuerger Patentgesetz aschreiwen ze loosse. Ech hunn och dofir am Kader vun den Diskussiounen ëm d'Gesetz zum Régime des brevets d'invention, dat jo de 7. Abrëll 2006 dat neit Patentgesetz gouf, en Amendement an deem Sënn formuléiert.

Dëst Amendement konnt awer leider net méi berücksichtegt ginn, well den Délai vun der Transpositioun vun der Direktiv schonns am Joer 2000 ofgelaf war a Lëtzebuerg duerch d'Cour de Justice européenne opgefuert gouf, schnellstens d'Direktiv ëmzesetzen.

D'Ekonomiskommissioun huet doropshi virgeschloen, d'Amendement an Kader vum Koexistenzgesetz ze behandelen, wat virdu jo hei vum Här Schaaf virgestallt gouf. D'Agrarkommissioun huet och zougestëmmt, d'Gesetz iwwer de Brevet d'invention iwwer d'Koexistenzgesetz mat engem neien Artikel ëmzëänneren.

Am Avis complémentaire vum 4. Juli 2006 iwwer d'Koexistenzgesetz huet de Statsrot säin Accord bezüglech dem Fong vun dem Amendement ginn. Wat d'Form awer vun der Propos ubelaangt, huet de Statsrot proposéiert, esou wéi ech dat och beim éischen Amendement geduecht hat, et net iwwer d'Koexistenzgesetz ze maachen, mä direkt iwwer eng Gesetzespropos am Brevetsgesetz selwer. Dëst huet mech schlussendlech zu dëser Gesetzespropos gefouert.

D'Regierung huet an hirer Stellungnahm vum 27. Juli 2007 hiren Accord zu der Gesetzespropos ginn, well ähnlech Dispositiounen och an der däitscher, Schwäizer an eisträichescher Transpositioun vun der Direktiv 98/44/CE ze fanne sinn. An der Debatt zum Brevetsgesetz hat de Wirtschaftsminister schonn deemools säin Accord zu enger eventueller Gesetzespropos ginn.

Just eng redaktionell Ännerung gouf un der Propos virgeholl. Esou gouf „matériel biologique“ duerch „matière biologique“ ersat, well dësen Term och an der Direktiv selwer benotzt gëtt an eng méi genau Transpositioun vun der Direktiv duerstellt.

Den Term „matériel“ gouf awer vu mir an der Gesetzesinitiative, op Propos vum Statsrot, benotzt, esou dass de Statsrot selwer erëm a sengem Avis vum 9. Oktober 2007 déi nei Terminologie, déi op den Avis vun der Regierung zréckzeféiere war, och akzeptéiert huet.

Bleift nach op den Avis vum Statsrot zum Fong selwer hinzewiesen.

Jeudi,  
31 janvier 2008

Esou schreift de Statsrot am Avis vum 4. Juli 2006, dass dësen neien Artikel net géint d'Direktiv 98/44 verstéisst a konform zum Artikel 11 vun dârselwechter ass.

D'Direktiv selwer schreift zwar näischt iwwert d'Hypothesen, dass eng „matière de reproduction brevetée“ iwwert den net kommerzielle Wee kéint gehandelt ginn, schléisst awer aus, dass d'Benotze vu brevetiertem Material, dat iwwert den accidentelle Wee op e Feld komm ass, deemno net explizit verbueden ass.

Och weist de Statsrot nach eng Kéier drop hin, dass Lëtzebuerg duerch dës Initiativ keen „cavalier seul“ mécht, well schonns eng Rei Länner esou Artikelen an hire respektive Gesetzer hunn.

Des Weidere weist de Statsrot drop hin, dass den Auteur vun der Proposition eng breet Protektioun gewielt huet, nämlech net nëmmen eng Protektioun vun den „seules variétés végétales brevetées“, mä d'Protektioun op sämtlech „matière biologique“ ausweid, esou wéi dat och d'Schwäizer Brevetsgesetz virgesäit.

D'Ekonomieskommissioun huet an hirer Réunion vum 6. Dezember 2007 eng Analys vun der Gesetzespropos an dem Avis vum Statsrot gemaach an huet déi redaktionell Propos vun der Regierung akzeptéiert. An dârselwechter Réunion gouf den Auteur vun der Propos zum Rapporteur bestëmmt.

An der Réunion vum 17. Januar 2008 gouf de Rapport dunn eestëmmege vun der Ekonomieskommissioun uegeholl.

Den Article unique huet folgende Wuertlaut: «La protection visée aux articles 47bis et 47ter ne s'étend pas à la matière biologique dont l'obtention dans le domaine de l'agriculture est due au hasard ou est techniquement inévitable.»

Den Auteur a Rapporteur vun dëser Gesetzespropos seet deene sëllege Leit en décke Merci fir hir grouss Ënnerstützung an d'Gelänge vun dëser Gesetzesinitiative a wënscht sech eng breet Ënnerstützung hei am héijen Haus wéi an der Ekonomieskommissioun.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech soen lech Merci fir d'Nolasschteren.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Kox. Den Här Oberweis huet d'Wuert fir d'CSV-Fraktioun.

#### Discussion générale

» **M. Marcel Oberweis (CSV).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, Här Minister, Madame Statssekretärin, am Ufank vun menger Interventioun wëll ech dem Fraktiounskolleeg Jean-Paul Schaaaf mäi Merci ausschwätze fir de schrëttlechen an och de mëndleche Rapport.

Et war sécherlech keng einfach Aufgab, all déi eenzel Elementer aus den Diskussiounen, déi mir während ville Réuniounen geféiert hunn, beieneen an e Rapport ze schreiwen. Mir haten eng ganz Rei vun Associatiounen aus dem Agrarsektor invitéiert, fir hir Doléancen ze lauschteren, well mer wosste jo, dass dëst Gesetz eng relativ wäit Portée géif kréien.

Vum Dépôt vum Gesetz iwwert d'OGMen, den 10. September 2004, bis zum heitege Vote sinn eng ganz Rei vun Ännerungen an de vergaangene Méint erabruucht ginn an zum Deel och an eise Chamberstexter dann agefloss. Derniewent huet e signifikante Wiessel an der Gesellschaft vis-à-vis vun den OGMen a leschter Zäit stattgefunden.

Dëse Gesetzesprojet ass fir eis Landwirtschaft vu grousser Bedeitung, geet et dach engersäits ëm d'Koexistenz tëschent dem konventionellen an dem biologeschen Ubau vu Planzen an anerersäits ëm d'Zouloosung vun de genmanipuléierte Planzen, de sogenannten OGMen.

D'Direktiv 2001/18 vun der Europäescher Kommissioun gesäit vir, dass an den eenzelne Memberlänner Modalitéiten ausgeschafft solle ginn, déi d'Koexistenz vun deenen dräi virdu genannte Kulture virgesäit. Déi Iwwerleeungen huet se och nach eng Kéier an enger weiderer Direktiv 2003/556 verdéift.

D'Koexistenz hänkt awer vun enger ganzer Rei vu Facteuren of, déi och vun enger Region zur anerer verschidde kënne sinn. Ënner anerem gétt se bestëmmt iwwert d'Konditiounen vun dem Bueden, dem Klima, der Gréisst vun de Felder oder awer souguer duerch de Fruchtwiessel.

Am Joer 2005 ass vun der Europäescher Kommissioun en Netzwerk COEX-NET kreéiert ginn. Op hirer éischter Sitzung am September 2005 ass festgehale ginn, dass all Memberland deenen anere matdeele

muss, wat sech a sengem Land a Saache Koexistenz deet. Esou kënnt et dann zu enger enker Kooperatioun an der Europäescher Unioun. Derniewent soll awer och ganz kloer d'Fuerschung op dësem Gebitt vun den OGMe weidergedriwwen ginn.

D'Regierung huet sech an hirem Gesetzestext kloer fir eng restriktiv Approche ausgeschwat a sech vum Prinzip vun der Précaution leede gelooss. Déi Approche ass och vun der Baurewelt zum gréissten Deel begréisst ginn a war eng vun de Guideliné vun onsen Diskussiounen an der Chamberskommissioun.

Een Hauptpunkt vun der Koexistenz ass deen, d'Bauere virun de méiglechen ekonomeschen, awer och ökologesche Konsequenzen ze protegieren, déi op hire Felder duerch eventuell OGMen ausgeléist kënne ginn.

E klunge Rappel: Am Abrëll 2007 hat d'Weltbevölkerung de Wäert vu 6,6 Milliarden erreicht, 11% dovun an der Europäescher Unioun an a Russland. No den Ënnersichunge vun de Vereenten Natioune klëmmt d'Populatioun vun der Welt awer op 8 Milliarden bis 2025 a méiglecherweis op 9,2 Milliarden 2050. Haut leide bal eng Milliard Mënschen ënner akutem Honger, méi wéi an Europa an a Russland gemeinsam liewen.

Firwat soen ech dat elo? Well sech weltwäit d'Agrarfläch permanent verklengert, gétt et ëmmer méi schwierig, all déi hongreg Mënschen ze ernieren. A well dëse Problem och schonn erkannt ginn ass an de 70er Jore vum leschte Jorhonnert, ass d'Fuerschung am Beräich OGMen an Amerika dunn nei Weeër gaangen. Et ass gemengt ginn, déi traditionell Methode géifen net méi duergeen, fir all Mënsch op der Äerd den Honger ewechzehuelen an d'OGMe kéinten do eng grouss Roll spillen.

Loosse mer awer do net blann sinn: Den Honger an der Welt kënne mer domat net léisen, well d'Ongerechtegkeete ganz wou aneschteren leien.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. Marcel Oberweis (CSV).** - Do déngen d'OGMe guer näischt. Villméi dreiwéier mer d'Baueren an den Tiers-Monde-Länner ëmmer méi an eng grouss Ofhängegkeet vun de grousser Gesellschaften.

Am Joer 1985 konnt awer duerch d'Fuerschung nogewise ginn, dass déi éischte Kéier eng Planz géint een Insekt resistent ginn ass, dat war a China. 1990 ass déi éischte Kéier eng OGM-Planz zum Asaz komm, an zwar am Beräich vun der Tabakindustrie. Dat éischt Geméis op der Basis vun OGMe war eng Tomat am Joer 1994.

Mir schwätzen also hei iwwer Saachen, déi ganz rezent sinn an déi awer eng grouss Portée hu fir d'Ernährungswissenschaft.

D'Ubaufäche vun den OGMe sinn och bestänneg gewuess. Am Joer 1999 waren et 40 Milliounen Hektar, am Joer 2004 ongeféier 81 Milliounen an am Joer 2006 schonn 102 Milliounen Hektar.

De Soja ass op bal 60 Milliounen Hektar uegeplanz ginn, de Mais op 26 Milliounen, de Kotteng op 14 Milliounen an de Raps op bal 5 Milliounen. Dat sinn ëmmerhi scho 5% vun der Welt.

Déi Länner mat de meeschten OGM-Planze sinn d'amerikanesch Staaten, Kanada, China, Brasilien an och Argentinien. Am Joer 2006 waren eelef dévelloppéiert Länner an eelef Drëttweltlänner mam Uplanze vun OGMe beschäftegt.

Notamment Spuenien, e Land, wat ons ganz no läit, huet de Bt176-Mais op bal 60.000 Hektar am Joer 2004 uegeplanz; ëmmerhi schonn 12% vu senger Ackerfläch. Am Joer 2007 - also d'lescht Joer - ass de Mais MON 810 op 22.000 Hektar a Frankräich an op ronn 100.000 Hektar a Spuenien uegeplanz ginn. Vläch dierf ech och drun erënneren, dass dëse MON zënter '98 an Europa uegebaut gétt.

Dass sech d'Länner an der Europäescher Unioun mam Uplanze vun OGM schwéieren, beweist d'Tatsaach, dass am Joer 2005, notament am Februar, 20 Regiounen aus verschiddene Memberlänner zu Florenz eng Charta ënnerschriwwen hunn. An dëser Charta erklären si, dass si d'Uplanze vun den OGMen an hire Regiounen oflehnen. Mëttlerweil hu sech eng ganz Rei weider Regiounen dëser Charta uegeschloss.

Och hei zu Lëtzebuerg hu sech d'lescht Joer an enger Ëmfro ronn 83% vun de Leit géint den Ubau vun OGMen ausgeschwat. 89% verlaange souguer den Etiquetage vun den OGMen op de Liewensmëttelen. Doriwwer eraus missten d'OGM-Produkte vun den traditionellen a biologesche Produkte an de Geschäfte getrennt gelagert ginn.

Wann een d'Rapporte vun de Wëssenschaftler an dësem Domän liest, da kritt een awer keng geschlossene Meenung an och keng geschlossene Äntwert. Et kann awer net sinn, dass, eleng well d'Wëssenschaft OGMen entwéckelt, dës och uegeplanzt kënne ginn. Nom Prinzip vun der Liewensmëttelsécherheet muss nogewise ginn, dass d'OGMe keng gesondheetlech Konsequenzen op de Mënsch hunn. An derniewent gétt et jo och ëmmer nach déi Erhaltung vun der biologescher Diversitéit, op där mer dann erëm eng Kéier Planze mussen dropsetzen, fir muer de Moien dann Nahrungsmëttelen ze ernten.

An deem Zesammenhang ass et wichteg, de Cartagena-Protokoll iwwert déi biologesch Sécherheet ze zitieren. Dëse Protokoll ass ëmmerhin den éischten internationalen Accord, deen deene Länner d'Recht zougesteet, sech géint d'Uplanze vun den OGMen auszuschwätzen, an dat ganz am Sënn vum Principe de précaution.

De Protokoll ass am Joer 2000 ausgehandelt ginn an den 11. September 2003 ënnerschriwwen ginn. Hie weist op d'Gefore vun den OGMe fir de Mënsch a fir d'Ëmwelt hin. An hie beriff sech ganz eendeiteg op d'Deklaratioun vu Rio 1992. Deemooss ass festgehale ginn, dass d'Länner an der Rumm vun hire Méiglechkeeten nom Principe de précaution hir Ëmwelt protegieren müssen. Wa sech erausstelle sollt, dass der Natur duerch eng Aktivitéit schwéier oder bleiwend Schied zougefügt kéinte ginn, da müssen all Mesuren ergraff ginn, dës Gefore vun der Ëmwelt ze verhënneren.

Här President, de Rapporteur ass schonn op déi wichtegst Elementer vum Gesetzesprojet agaangen. Ee wichtige Punkt ass awer ganz sécher d'Distanz tëschent den traditionellen an de biologesche Kulture géintiwier den OGMen. Am Règlement grand-ducal sinn d'Distanze festgeluecht ginn, notament fir de Raps a fir de Mais.

Wichtig ass et awer och, dass de Bauer, deen op senger Flächen OGMen uplance wëllt, sengen Noperen an der Verwaltung - an deem heite Fall der ASTA - zwee Méint am Virus doriwwer Bescheed muss ginn. Hie muss all déi Parzellen opléischen, op deenen hien d'OGMen uplance wëllt.

Well mir wëssen, dass d'OGM-Planzen iwwer Joren am Buedem verbleiwen, muss dann och nach e Kadaster uegeluecht ginn, wou dann eng Kéier d'OGMen dropstinn. Et läit op der Hand, dass mir hei zu Lëtzebuerg op kee Fall OGMen an eisen Naturparken uplance dierfen. Dozou huet sech d'Europäesch Kommissioun kloer ausgeschwat.

Ee weidert wichteg Element, dat och vun der CSV-Fraktioun gedroe gétt, ass d'Kreatioun vum Fong. Well et an Europa keng Assurance gétt, déi déi méiglech Konsequenz aus dem Ubau vun den OGMen ofdecke kann an och wëllt, muss ee Fong geschaf ginn. An dëse Fong mussen dann d'Baueren, déi OGM uplance, d'Händler, déi OGM verdreiwen, an d'Produzente vun den OGMen erabezuelen.

Mir hunn an der Kommissioun och mat de Beienzüchter geschwat, a mer haten eng interessant Diskussioun. Si hunn eis op d'Gefore vun den OGMe fir hir Beiepopulatioun opmierksam gemaach. Et gouf ons gesot, dass eng Bei bis zu 65 km<sup>2</sup> Fläch befléie kann an engem Dag. Da kann ee sech jo ausrechnen, wiwill Chancen déi Bei huet, op OGMen ze treffen, an dat souguer iwwert d'Grenze vun onsem Land eraus.

Och de Comité des régions huet sech mat den OGMe befaasst an ënnerstrach, dass den ugesatenen Taux vun 0,9%, eng Kennzuel fir de Gehalt vun eventuellen OGMen an de Produkte, ze héich wier; an dat och mat Bléck op d'Sécurité alimentaire.

Ech hat am Ufank vu menger Interventioun drop higewisen, dass et an de vergaangene Joren zu engem Changement an der OGM-Politik an Europa komm ass. De Kommissär vun der Europäescher Kommissioun fir Ëmwelt, den Här Stavros Dimas, huet den 22. November am leschte Joer d'Zouloosse vun zwou OGM-Maiszorte verbueden, well si de Päiperleken an de Beie schiedlech sinn. Si géife senger Meenung no och d'Gläichgewicht vun den Ekosystemer zerstieren. Hie schwätzt eng ganz eendeiteg Sprooch. Hie stellt sech virun d'Natur, well si irréversibel Schied duerch d'OGMen erleide kann.

Den Här Stavros Dimas huet awer och d'Wëssenschaftler opgefuerdert, si solle weider um Dossier OGM schaffen. E puer Deeg méi spéit huet och déi däitsch Regierung d'Europäesch Kommissioun opgefuerdert, de System vun den Autorisatione vun den OGMe vu Grond op ze iwwerschaffen. Et heescht awer am Text, dass d'Roll vun EFSA - dat ass déi Kommissioun, déi d'Zouloosse vun den OGMe regelt - misst nei definéiert ginn.

Déi däitsch Regierung huet och am November 2007 de Moratoire erëm wëllen aféieren, bis eendeiteg Informatiounen virleien. Ech wëll drun erënneren, dass mir esou e Moratoire bis 2004 haten, an dunn ass en ofgeschafft ginn. Dat däitsch Parlament huet awer virun e puer Deeg, wéi Der konnt lesen, d'OGM-Gesetz uegeholl bei sech. Si sinn awer do manner restriktiv mat Distanzen, wéi mir hei. Esou soll d'Distanz vun den OGM-Planze bei hinnen nëmmen 150 m zur konventioneller Landwirtschaft a ronn 300 m zur biologescher Landwirtschaft bedroen. Also manner wéi bei ons.

Och Éisträich an Italien sinn amgaangen hir Positionen ze iwwerdenken. Notamment a Frankräich ass et zu engem Ëmschwung komm. Do ass den OGM-Mais MON 810 an d'Diskussioun komm. Den Ubau vun dësem OGM soll elo verbuede ginn.

Interessant ass eppes, wat ech an de leschten Deeg nogelies hunn: A Kanada ass enger Etüd no festgestallt ginn, dass OGM-Pollen net nëmmen honnerte Metere fléien, mä iwwer 100 Kilometer.

Mir müssen eis awer virun Aen halen, wa mir duerch eist Gesetz d'Uplanze vun den OGMe verbidden, da müssen domat och déi aner europäesch Länner vläch dovun ausgoen. Vläch musse mer esouguer mat Repressalié vun der Welthandelsorganisatioun rechnen. Domat musse mer awer da liewe kënnen.

Wat nach méi schlëmm kënnt ginn, ass, dass d'Präisser vun den Net-OGMen, also Net-OGM-Céréales, déi fir ons Béischte bestëmmt sinn, sech verdeiere kéinten. Op där anerer Säit ginn dann OGM-Fuddermetelen an engem verstärkte Mooss an d'Europäesch Unioun importéiert; elo schonn 20 Milliounen am Joer.

Dierf ech och nach hiweisen op d'Initiativ „Lëtzebuerg oui OGMen“. Duerch dëse Schrëtt sollen eis Gemengen dofir gewonne ginn, op de gemengeneegenen Terrainen keng OGMen zoueloossen. Ëmmerhin hu scho 26 Gemengen dëse Schrëtt beschratt, an 190 Bauerebetreiber mat am Ganze bal 14.000 Hektar. Derniewent sollen och keng Produkte an de Kantine verschafft ginn, an deenen eventuell OGMen enthalte kéinte sinn.

Ech wëll nach eng Kéier drop hiweisen, dass den Ubau vun OGMen eis biologesch Diversitéit schiedegt, an en aval och de Mënsch. Erlaab mir och drop hinzeweisen, dass ab muer de Moie Lëtzebuerg d'Présidence vun der Groussregion iwwerhëlt. Ech selwer sinn do President vun der Kommissioun „Landwirtschaft an Ëmwelt“, a probieren da mat de Partenaire an der Groussregion och drop hinzewirken, dass mer zesammen eis dësem Dossier unhelen. Ëmmerhi probieren ech, dass mer eng gemeinsam Sprooch do fäerdeg bréngen.

Mir wëllen eis an de kommende Méint duerfir asetzen, dass mer eben d'OGM-Planzen an d'Diskussioun an eiser Groussregion kréien. Domat fannen eis Beien, fir nëmmen déi hei ze nennen, keng OGM-Planzen, esou dass d'Contaminatioun géint null geet. Si geet ni op null zou, mä si geet géint null.

Well mir awer net de wëssenschaftleche Fortschrëtt ophale kënnen, wëlle mir eis dierfir asetzen, dass d'Fuerschung op dësem Gebitt weiderefouert soll ginn. Soulaang eng Gefor fir d'Gesondheet vun Mënsch an och fir eis Planzen an Déierewelt besteet, sollte mir dat Experiment vun den OGM-Planzen ënnerloossen an eis ëmmer vun dem Principe de précaution leede loosssen.

Am Numm vun der CSV, déi sech dem Prinzip vun der nohalteger Entwécklung verschriwwen huet, bréngen ech heimat och den Accord vun eiser Fraktioun zu dësem Gesetz a soe Merci fir d'Nolasschteren, a schwenken dann direkt ëm op den zweeten, dem Henri Kox säi Pabeier.

Här President, an der virleiender Proposition de loi, déi den honorabelen Henri Kox hei agereecht huet, geet et ëm d'Modifikatioun vum Gesetz vum 20. Juli 1992, am Speziellen iwwert de Regime vun de Brevets d'invention.

Wéi den Auteur et schonn ugedeit huet, sollen d'Auswierkunge vu brevetierter Matière an der Landwirtschaft a bestëmmte Fäll net spillen.

De weltwäit bekannte Fall vun dem kanadesche Bauer Percy Schmeiser soll dat illustréieren. Hie war vun enger Gesellschaft, déi OGMen entwéckelt huet, ugeklot ginn, well hie keng Lizenztaxé bezuelt huet.

Wéi koum et dozou? Fir sech dem Klima a Kanada besser unzepassen, hat de Percy Schmeiser nei Rapsorten entwéckelt. Seng Felder sinn awer duerch Disséminatioun vun OGMen aus den Nopeschfelder contaminéiert ginn. No laangwiererige Gerichtsverhandlungen huet de Bauer Recht krit, keng Lizenzgebühren ze bezuelen, awer seng nei entwéckelt Rapsorte si vun der grousser Firma beschlagnahmt ginn.

Dës Willkür soll duerch déi virleidend Proposition verhénnert kënnen. De Bauer ka sech net géint de Polleflug oder d'Bestäubung vu senger Felder duerch Beien ofsécheren.

Am anere Fall awer, wann de Bauer aus der Disséminatioun kommerziell Virdeeler erausziit, dann dierf hien dës Exceptioun net invoquéieren. D'Gesellschaft, déi de Brevet vun den OGMen huet, muss awer dofir de Bewäis erbréngen.

Fir d'CSV-Fraktioun ass dës Proposition eng wichteg Ugeleeënheet fir eis Landwirtschaft, well se Rechtssécherheet an engem därengem Dossier erabréngt. An dofir bréngen ech och den Accord vun d'arselwechter eran a soen elo Merci fir d'Nolauschteren.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Oberweis. Den honorablen Här Wagner huet elo d'Wuert fir d'DP-Fraktioun.

» **M. Carlo Wagner (DP).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, de Projet de loi, dee mer haut zum Vote virleien hunn, soll d'Gesetz vum 9. November 1971 portant réglementation du commerce des semences et plants ersetzen. Dat Gesetz huet d'Basis fir déi sukzessiv Direktiven duergestallt, déi zu Bréissel ugeholl gi sinn an deem doten Domän. No méi wéi 30 Joer ass et awer elo un der Zäit - menge mer op alle Fall -, déi Législatioun ze adaptéieren, well notament am Kader vun europäesche Bannemaart eng Rei Evolutiounen stattfonnt hunn.

Fir elo also e kloren a liesbaren Text ze schafen, huet et sech einfach ugebueden, dat Aalt duerch en neien Text ze ersetzen, deen och den Dispositiounen vun der Koexistenz téschent OGM-Kulturen a konventionelle Kulture Rechnung dréit.

Wat dee sougenannte Koexistenzmodell ubelaangt, esou ass d'Regierung der Meenung gewiescht, dass d'Gesetz vun 1997, dat duerch dat vum 13. Januar 2004 ersat gouf, keng Äntwert géif ginn op d'Koexistenz justement téschent OGM-Kulturen an traditionelle Kulturen an deene Bestëmmungen, déi do solle gëllen. De Conseil d'État war anerer Meenung, mä de Rapporteur, den honorablen Här Schaaf, deem ech op dëser Plaz wëll félicitéiere fir säi mëndlechen a schrëftleche Rapport, huet dat schonns genuch erläutert.

Här President, de Projet de loi, dee mer haut diskutéieren, suergt selbstverständlech fir grouss Opmierksamkeet, well de Sujet, deen en traitéiert, ganz aktuell ass a bleift.

D'Biotechnologië kënnen eng Chance fir d'Zukunft duerstellen, mä awer och Risiken, déi een net dierft ze verkennen. Dat heescht net, dass een d'Dier vum Progrès soll zouschléissen, bien au contraire, mä et soll een an la matière mat där néideger Virsicht virgoen.

D'Biotechnologien, an alles, wat ronderëm se dréit, ass nämlech eng ganz jonk Wëssenschaft an d'Inconnuë sinn esou grouss, wéi d'Erwaardungen, déi een a se setze kann.

Duerfir ass et hei eminent wichteg, d'Saachen net ze iwwerstieren. Dat riskéiert awer onweigerlech de Fall ze sinn, wa beispillsweis ekonomesch Intérëten d'Primautéit géife kréien. Or, dat wat aus enger reng ekonomescher Sicht an enger éischer Phas sech vläicht ganz gutt ugesäit, dat kann awer herno sech als relativ schlecht erweisen an e sougenannte Bumerang-Effekt mat sech bréngen. Bei all Schrëtt, deen een also an deem Domän mécht, muss d'Wuel vun Mënsch a vun der Ëmwelt am Vierdergrond stoen.

De Fransous Nicolas Hulot huet an engem Artikel vum „Mondé“ dëse 17. Januar d'Saach op de Punkt bruecht; ech zitéieren: «Certains confondent progrès et performance en oubliant que les racines du mal se nourrissent parfois des meilleures intentions.» E bësselche weider seet en: «La raison, plus que jamais, doit effacer la passion.»

Här President, mir hunn hei zu Lëtzebuerg probéiert, säitdem mer mat dësem Sujet befaasst sinn, de gudden Verstand spillen ze loossen, ouni eis awer dem Progrès ze verschléissen.

An der leschter Legislaturperiod huet sech d'Commission spéciale «Éthique», am Kader vum Projet de loi 4913 modifiant la loi du 13 janvier 1997 relative au contrôle de l'utilisation et de la dissémination des organismes génétiquement modifiés, mat dësem Sujet auserneegesat.

Mat deem Gesetz, dat deemools gestëmmt ginn ass, sollt notament de Principe de précaution hei zu Lëtzebuerg verankert ginn, deem säi But et ass, ech zitéieren: «de préserver, de protéger et d'améliorer l'environnement ainsi que de sauvegarder la santé des personnes».

(**M. Laurent Mosar prend la Présidence**)

D'Commission spéciale «Éthique» ass deemools, zesumme mat der Ëmweltkommissioun an der Kommissioun vun der Santé, op Dijon eng Visite bei d'INRA - dat heescht den Institut National de la Recherche Agonomique - maache gaangen. Do sinn Tests grandeur nature op Felder duergestallt ginn, fir eventuell Incidencë vun OGM-Felder op konventionell Felder feststellen. Deemools schon ass erauskomm, dass et zu enger Pollutioun beim Raps géif kommen. An dat net nëmme duerch normale Polleflug, mä och duerch Insekten.

Déi Erkenntnisser, déi deemools deene verschiddene Kommissiounen virgestallt gi sinn, hunn och d'Commission de l'Environnement vun deemools, déi ënnert dem Virsätz vum Kolleeg Mil Calmes stoung, derzou beueegt, an hirem Avis zu deem Projet de loi folgend Positionen ze ergräifen; ech zitéieren: «Ainsi, les risques écologiques paraissent importants: la dissémination volontaire d'OGM risque fortement de provoquer des échanges génétiques dans la nature, dus à des transmissions par pollinisation et des croisements intervariétaux qui ne peuvent être contrôlés et qui entraînent ainsi une „pollution génétique irréversible“».

D'Ëmweltkommissioun huet sech also mat Nodrock fir de Précautionsprinzip ausgeschwat. Si hat och proposéiert, Lëtzebuerg zu enger OGM-fräier Zon ze deklaréieren.

D'Ethikkommissioun ass awer zur Konkluosioun komm, dass de Polle selbstverständlech net virun de Grenzen Halt mécht an dass also dat nëmme eng éischer symbolesch Mesure wier.

Trotzdeem awer muss een drop hiweisen, dass eng ganz Rei vu Gemengen eng Resolutioun ugeholl hunn, an där se deklaréieren, keen OGM wëllen ze planzen, dass se an de Contrats de bail, déi se mat de Baueren ofschrëissen, och aschreiwel loossen, dass si op de Gebrauch vun OGM verzichten.

Et ass awer ze begrëssen, dass, esou wéi d'DP dat och ëmmer gefuerdert huet, elo iwwert d'Gesetz, duerch e Règlement grand-ducal, Distanze festgeluecht ginn téschent Felder mat konventionelle Kulturen an OGM-Kulturen, déi selbstverständlech och mussen agehale ginn. Och si mer frou, dass ganz kloer festgehele ginn ass, dass deen, deen OGM-Kulturen uplant, derfir responsible gemaach ka ginn, wann eng sougenannte Dissémination fortuite op e konventionell Feld geschitt. Dat géillt och notament fir den Hunneg.

Här President - den Här Oberweis hat et scho kuerz ugeschwat -, den 9. Januar vun dësem Joer huet Frankräich annoncéiert, dass et géint de Maïs transgénique MON 810 vu Monsanto d'Clause de sauvegarde wëllt spille loossen. Et soll also e Moratoire a Frankräich ginn, wat d'Uplanze vu Mais ugeet, an dee soll esou fréi wéi méiglech anrieden. D'franséisch Regierung huet déi Décisioun geholl, well de Comité de la Haute Autorité sur les OGM d'Risque vu Pollutioun beim Mais ervirgehuewen huet, Risiken, déi awer - an dat muss een och soen - schonns zënter Längerem bekannt sinn.

Den Artikel 23 vun der Direktiv 2001/18/CE erlaabt de Memberstaaten, e Risque fir d'Gesondheet vun de Leit oder vun der Ëmwelt ze invoquéieren a fir provisoresch op hirem Territoire den Ubau vun engem OGM ze verbidden, deen an der Union européenne autoriséiert ass.

Mir hunn déi Direktiv duerch d'Gesetz vum 13. Januar 2004 an eis Législatioun transposéiert. Frankräich huet sech also domadder un Eisträich an Ungarn drugehaangen, déi och Mesures de sauvegarde geholl hunn, well se d'Risque fir d'Ëmwelt an och en Impakt vun dem MON 810 op verschiddenen Zorte Päiperleke festgestallt hunn.

De Principe de précaution ass jo deen, op dee mer eis hei zu Lëtzebuerg géeneegt hunn an deen d'Regierung och zu Bréissel ëmmer invoquéiert huet. De Précautionsprinzip soll notament da spillen, wann en Doute iwwert d'Sécherheet vun engem Produkt besteet, et awer duerch wëssenschaftlech Tester schwéier ass, fir mat där néideger Précisioun dat beleeeën ze kënnen. An der Praxis ass et awer esou, dass déi Länner, déi de Précautionsprinzip invoquéieren, meeschtens och mat enger wëssenschaftlecher Preuve kommen, fir d'Clause de sauvegarde ze invoquéieren. Dat heescht also, dass de Précautionsprinzip apparemment net géif duergoen.

Par ailleurs huet d'EU-Kommissioun probéiert, d'Mesures de sauvegarde vun Eisträich an Ungarn opzehiewen, wat awer bis viru kuerzem net geschitt ass, well déi aner Memberländer déi zwee Länner am Conseil ënnerstëtzt hunn. An engem vun de leschte Conseilen awer ass elo Eisträich iwwerstëmmt ginn. Si mussen hir Mesures de sauvegarde ophiewen, wat den Import an d'Transformatioun vun deem Mais ubelaangt. Wat den Ubau ubelaangt, gi se fir de Moment nach vun deenen anere Länner ënnerstëtzt.

Also, wann ech kuerz zesumme faassen dierf: Mir hunn de Précautionsprinzip an eiser Législatioun verankert. Et kann een en och bei der EU-Kommissioun theoretesch invoquéieren, mä praktesch misst ee scho bal op deen Niveau driwwer, dat heescht op d'Clauses de sauvegarde zrëckgräifen.

Dogéint stäipt sech dann d'EU-Kommissioun, well deen incriminéierten OGM jo vun der EFSA, dat heescht European Food Safety Agency, autoriséiert ass. Do, wou et sech ofspillt, dat ass also dann am Conseil des Ministres, wou eng politesch Décisioun geholl gëtt, ob een d'Kommissioun suivéiert oder net.

Bis elo kann ee soen, dass dat alles e bësselche komplex ass, mä soulaang d'Memberländer sech eens sinn, een anert Land ze ënnerstëtzen a senger Démarche, klappt dat bis elo op alle Fall.

Den eisträichesche Fall werft awer d'Fro op, ob dat Regelwierk, dat mer de Moment hunn, nach ëmmer dat géeeegent ass. Hei ass et also a sech d'Politik, déi en fin de compte d'Verantwortung dréit. Duerfir, Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ass a puncto Précautionsprinzip menger Meenung no dat lescht Wuert nach laang net geschwat.

An Amerika, zum Beispill, ass et esou, dass d'Responsabilitéit bei de Producteurs läit an iwwert hinne permanent dat berühmte Damoklesschwert schwieft. Do sinn d'Producteurs an der Pflicht, well wann eng Kéier e Problem besteet - ech ginn zou, dat geschitt net allze vill oft, mä wann -, da muss se zolidd an d'Täsch gräifen. Ech erënnere beispillsweis un déi Fäll vu viru kuerzem, wat den Tubak oder d'Medikamenten ubelaangt.

An der EU stellt sech och d'Fro, ob d'Producteurs dat do Damoklesschwert iwwert sech spieren. Wann ee vun der EU-Kommissioun autoriséierten OGM sech spéider als gesondheetsschiedlech erweist, da stellt sech déi berechtigt Fro, ob d'Producteurs sech an deem Fall hannert der Autorisatioun vun der Kommissioun verstoppe kënnen, oder ob se awer zu Schuedensersatz verklot ginn.

Här President, ier ech zum Schluss kommen, wëll ech nach just ee Wuert zu der Proposition de loi vun honorablen Här Kox soen. De Kolleeg Kox huet, an ech wëll him op dëser Plaz Merci soe fir seng Initiativ - op der Musel werfe mir eis jo alt Blumen -...

(**Hilarité**)

...dee laange Wee vu sengem Amendement zu dëser Proposition de loi schonns opgezeechent. Mir bleift a sech nach just eng Kéier d'Pertinenz vu senger Proposition de loi ze ënnersträichen, déi jo virgesäit, dass déi ongewollten Disséminatiounen vun OGMen net ënnert d'Législatioun vun de Brevets en matière biologique fällt. Déi Proposition de loi fënnst dann och selbstverständlech d'Ënnerstëtzung vu menger Fraktioun.

Ofschléissend dann, Här President, wollt ech soen, dass d'Fraktioun vun der Demokratescher Partei Jo seet zum Progrès, mä net à tout et à n'importe quel prix, an dass se och Jo seet zum Choix, d'Wuel vun de Mënschen an der Ëmwelt iwwer all aner Considératiounen ze stellen!

Dat gesot, Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ginn ech selbstverständlech am Numm vun der Fraktioun vun der Demokratescher Partei den Accord zu dësem Projet de loi.

Ech soe Merci fir d'Nolauschteren.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Ech soen dem Här Carlo Wagner Merci. Als nächste Riedner ass den Här Schneider agedroen. Här Schneider, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Romain Schneider (LSAP).** - Här President, Här Minister, Madame Statssekretärin, Dir Dammen an Dir Hären, fir d'éischt och vu menger Säit aus Félicitatiounen un de Jean-Paul Schaaf als Rapporteur fir säi schrëftlechen a mëndleche Rapport souwéi och un den Auteur a Rapporteur vun der Proposition de loi, den Henri Kox, fir seng Explikatiounen.

No bal véier Joer parlamentaresche Aarbecht ass dës Projet de loi an der Chamber, fir de Mëtteg votéiert ze ginn. Erlaabt mir e puer Gedanken zu dësem Projet de loi ze maachen an hei vläicht zrëckzegräifen op een Artikel, deen ech ganz gutt fonnt hunn, deen e Samschdeg, de 26. Januar, am „Tageblatt“ war mat der Iwwerschrëft „Felder frei für die Gentechnik?“. Hei kann ech d'Aussoe vu mengem gudden an ăerdege President, dem Marcel Oberweis, déi ech gelies hunn, Marcel, nëmme zum Deel awer guttheeschen, obwuel s de virausser eng Rei vun Explikatiounen dozou ginn hues.

Jo, ech ginn him Recht, wann hie richtig seet, dass effektiv den Ubau mat gentechesch verännertem Saatgut duerch dëst Gesetz méiglech ass, an op där anerer Säit dës Projet de loi net nëmme dës Fro regelt, mä virun allem och d'Gesetz regelt an nei ersetzt vum 9.11.1971 an derniewent national Prezisiounen gëtt, wat d'Koexistenz téschent de genmanipuléierte Planzen an der traditioneller Kultur betrëfft. Bis dohinner sinn ech mat mengem Frënd Marcel Oberweis och vollstens d'accord.

Net ganz kann ech allerdéngs seng Aussoe - wann hie richtig zitéiert gouf an der Presse - deelen, wann hien dovu schwätzt, dass Lëtzebuerg géif mat dësem Gesetz zu deem éischte Land ginn, an deem OGMen net kéinten ugebaut ginn. Et ass zwar richtig, dass et der Agrarkommissioun hir Absicht war, d'Oplagen esou héich wéi méiglech ze maachen, well mir der Meenung sinn, dass Risiken, déi mat OGMe verbonne sinn, haut net ze ënnerschätze sinn. Mir haten awer net d'Méiglechkeet, e Gesetz ze maachen, wat den Ubau vun OGMe vu vireran ausschléisst, well mer soss direkt vun der EU-Kommissioun verklot gi wieren.

Et kann een argumentéieren, dass dëst Gesetz engem De-facto-Verbuert vun OGM-Ubau entsprécht, well et d'Viraussetzungen - d'Ofschléisse vun enger Assurance oder d'Bedelegung un engem Risikofonds - am Moment alle béid net gëtt. Mä mir sinn awer verflicht, esou e Risikofonds ze schafen, wa mer net ugeklot wëlle ginn.

Ech wëll domat soen, dass mer eis also net berouegt kënnen zrëcklehnen am Vertrauen dorop, dass dës Problem mat dësem Gesetz definitiv geléist wier. Wa mer ënner Drock gesat ginn, e Risikofonds anzeriichten, da gëtt et immens wichteg ze kucken, wéi dee Fonds fonctionnéiere soll, wien doranner abezilt, wat fir eng Risiken domadder ofgedeckt sinn a wat geschitt am Fall, wou net genuch Suen am Fong wieren, fir e Schued ze bezuelen, deen tatsächlech duerch den Ubau vun OGM-Kulture géif entstoen.

Vu datt d'Modalitéite vun dem Risikofonds wäerte festleeën, wéi gutt konventionell a Biobauere wäerte virun enger Contaminatioun geschützt kënnen ginn, ass d'LSAP der Meenung, dass d'Proposen dozou och missten - an dat wäert mat Sécherheet gemaach ginn - mat deene Betreffenen a mat der zoustänneger Chamberskommissioun diskutéiert ginn.

Fir d'LSAP huet de Schutz vun der traditioneller Landwirtschaft, der Biolandwirtschaft an der Beienzucht déi éischt Prioritéit an dësem Dossier, esou wéi ech jo och mengen, dass dat do de Fil rouge souwuel vun Ministère wéi och vun der Agrarkommissioun war. Wichteg ass et elo, dass d'Règlements grand-ducaux, déi villen an där Richtung solle regelen, schnellstméiglech geholl ginn an, esou wéi meng Informatiounen sinn, si se jo och esou gutt wéi fäerdig.

Grouss Punkten heivunner sinn de Mindestabstand zu den traditionelle Kulturen, d'Informatioun un ugrenzend Besëtzer, wat d'Existenz vu genmanipuléierte Planzen ubelaangt, an d'Deelhuelen um geschafene Risikofonds, souwuel fir Händler wéi fir Pro-

duzenten. D'LSAP ass der Meenung, dass hei kee Vide juridique daerf entstoen, well eventuell wichteg Règlements grand-ducaux net mat Zäit do wieren.

Dir Dammen an Dir Hären, d'Kommissioun huet och eng ganz Rei Diskussiounen gefouert - a si goufe vun alle Riedner hei opgezeecht - zesumme mat de Beienziichter, déi sech grouss Gedanken am Kader vun deem Gesetz gemaach hunn. Duerch d'Amendementen an duerch d'Diskussionen, duerch den Dialog mat dese Partner hu mer eng Rei Ännerungen an deem Projet de loi gemaach, wou selbstverständlech d'Beienziichter net zu honnert Prozent ofgeséiert sinn, mä wou se awer méi berouegt sinn, wat d'Zukunft ubelaangt.

D'Beienziichter, ech erënneren drun, leeschten eng ganz wichteg Aufgab fir eis Gesellschaft, déi zu weineng Unerkennung gréisstendeels och nach féiert. Et wier méi wéi ongerecht, wann des Leit net déi néideg Protektioun kéinte kréien, nëmme well si hir Aarbecht éischer aus Hobby wéi aus kommerzielle Grënn maachen.

Fir d'LSAP ass genau wéi fir d'Kommissioun den Asaz an deem Domän ganz wichteg, an ech soen nach eng Kéier: Wann et keng Beie méi gëtt - et ass dat, wat eis d'Beienziichter gesot hunn -, da gi ganz Ökosystemer zerstéiert. D'Konsequenzen fir ons Liewensmëttelproduktioun wieren dramatesch!

D'Kritik vu Greenpeace an anerer Organisatiounen hu mer net ganz aus dem Wee kënnen schafen, mä och hei mengen ech, dass mer eng ganz Rei vu wichtegen Amendementen gemaach hunn, fir an déi richteg Richtung ze goen.

Niewent deenen doten Aspekter géif ech awer vläicht op zwee Voleten agoen, déi fir mech, niewent deem Legalen, virun allem an der Praxis eng ganz Rei vu Regelunge kënnen bréngen. Ech mengen hei de Volet, wéi mer elo effektiv mat dieser Regelunge ämginn, wéi mer mat dem Gebrauch vun OGMen oder dem Netgebrauch vun OGMen ämginn.

De Moment gëtt ganz vill Aarbecht geleescht, fir Lëtzebuerg OGM-fräi ze halen. Bis Januar 2008 hu 26 Gemengen an 200 Baueren Nee gesot zu enger OGM-Uplanzung op hirem Terrain oder Terrainen. Déi praktesch Kontroll vun eis all ass de Wee, niewent deene legalen Hürden, déi agebaut sinn.

Fir all Kritiker oder all Zwëscheriff entgéintzegoen, muss ech soen, dass och meng Gemeng de Moment nach net Member vun dieser OGM-fräier Zon ass, mä ech wäert awer dem Gemengerot deemnächst esou eng Délibéeratioun virleeën, esou wéi dat vill Kolleegen heibanne gemaach hunn an anerer nach net gemaach hunn. Och hei mengen ech, dass deem als Incitatioun Rechnung ze droen ass.

Wichtig Effekter vun OGM-Planzen an - Nahrungsmëttel soll een net vergiessen: Verschmutzung an Zerstéierung vun de Felder an der Ëmwelt; déi ugeschwate Biodiversitéit, déi a Gefor ass; d'Auswierkungen op d'Gesondheet vun den Déieren an dem Mënsch, déi schwéier anzeschätze sinn de Moment.

D'Ëmfroe weisen dann awer derniewent, dass eng grouss Majoritéit vu Konsumenten OGM a Liewensmëttel oflehnen. Mir wëllen d'Veutraue vun de Konsumenten an déi Lëtzebuerg Liewensmëttelproduktioun stärken. Duerfir solle mer méi op Produkter du terroir setzen an dat Vertrauen net duerch den Ubau vun OGMen op d'Spill setzen.

Eng wichteg Roll heibäi wäerten eng Rei Acteure spillen: d'Gemengen, wéi zitiiert, de Stat, d'Gärtnereien a selbstverständlech eis Baueren dobaussen an der Praxis.

Et ass awer wichteg, dass mer d'Baueren iwwerzeegen, dass eng OGM-fräi Landwirtschaft op laang Siicht méi Succès verspricht, an dass dee ganze Secteur risquéiert, dorënner ze leiden, wann och nëmme vereenzelt géifen OGM-Kulturen uegebaut ginn.

Et ass keng Selbstverständlechkeet, dass d'Baueren op den Ubau vun OGMen verzichten. Am Moment ass den Interessi vläicht net ganz grouss, well d'Konsumenten zum groussen Deel OGMen a Liewensmëttel wéi ugeschwat oflehnen. Ganz anescht gesäit et awer am Beräich vun den Energieplanzen aus. Fir de Bedreiwer vun enger Biogas-anlag sinn OGM-Planze genausou gutt wéi anerer. Den Ëmweltrisiko ass awer immens a vill méi héich, wéi op där anerer Säit den Notzen.

Här President, Kolleeginnen a Kolleegen, mir sollten dës Gesetz also stëmmen, fir engersäits d'Gesetz vun 1971 ze ersetzen an domat déi national Législatioun un d'Evolution vun der communautaire Gesetzgebung unzepassen, an anerersäits wichteg

Prezisionen an der nationaler Gesetzgebung ze ginn, wat d'Koexistenz tëschent traditionelle Kulturen a genmanipuléierte Planzen a Kulturen betrëfft. Derniewent awer wéi gesot solle mer an der Praxis alles drusetzen, fir eist Land genfräi ze halen.

An deemem Sënn géif ech och den Accord vu menger Fraktioun zu deemem Projet de loi ginn.

Dir Dammen an Dir Hären, eis Regierung hat bis elo ëmmer eng konsequent Haltung, wann et ëm den Ubau vu gentechesch verännerte Planze geeng. Iwwert dës Gesetz eraus ass d'LSAP der Meenung, dass eis Regierung um Niveau vun der EU sech wéi bis elo soll derfir asetzen, dass d'Länner, déi den OGM-Ubau wëlle verbidden oder zumindest aschränken, well se der Meenung sinn, dass d'Risiko vun den OGMen an der Landwirtschaft vill méi héich sinn, wéi den Notzen, net solle gezwonge ginn, ënner dem Drock vun der WTO a grouss Lobbyen den Ubau ze erlaben.

Et ass jo och net d'WTO, déi herno de Schued bezillt, wann et sech erausstellt, dass d'OGM-Kritiker Recht haten. Ganz ofgesinn dovunner, dass de Schued un der Biodiversitéit net mat Geld erëm guttzmachen ass.

Vläicht kënnst du dieser Plaz och, wann ech och weess, dass hien net direkt zoustänneg ass, den Här Minister Fernand Boden am Plaz vun dem Gesondheitsminister Mars Di Bartolomeo op eng Fro schonn éischt Indikatioun ginn, déi de Ben Fayot dem Gesondheitsminister doriwwer gestallt huet, wéi d'Haltung vun der Lëtzebuerg Regierung an deem sougenannte Kontext vun Mais Monsanto 810 wier. Wann de Minister Indikatiounen hätt, kënnst hien eis vläicht herno éischt Reaktiounen säitens der Regierung ginn.

Zur Proposition de loi. Wéi scho gesot, wëllt d'LSAP déi konventionell Landwirtschaft an d'Biobauern esou gutt wéi méiglech virun enger Contaminatioun duerch OGM-Kulture schützen.

Vu dass mer den Ubau vun OGM-Planzen net kategoresch verbidden kënnen, bleift awer ee Risiko bestoen. Ob déi gentechesch Verännierungen un de Planzen eng Verbesserung oder eng Verschlechterung duerstellen, hängt vum Point de vue of. Wien OGMe verkeeft oder ubaut, ass natierlech der Meenung, et wier eng Verbesserung. Am Ausland gouf et dann och scho Fäll, wou Baueren - a virun huet och de Carlo Wagner dat zitiiert -, op deenen hire Felder duerch eng Contaminatioun OGMe wuessen, och nach verklot goufen, well si kee Recht haten, des patentéiert Planzen unzebauen.

Mir sinn der Meenung, dass dat op jidde Fall net daerf sinn. Et soll kee verklot ginn, well onabsichtlech op senge Felder OGMe wuessen. Fir Patentrechter solle just déi bezuelen, déi bewost OGMen ubauen a verkafen. Wann et zu enger Uklo kënnst, ass et och net de Bauer, deem seng Felder contaminéiert goufen, dee muss beweisen, dass hien net absichtlech OGMen uegebaut huet, mä deen, deen en uklot, muss de Contraire beweisen, eiser Meenung no.

Et ass just aus Zäitgrënn gewiescht, dass den Text, deen elo als Proposition de loi hei virläit, net direkt mat an d'Gesetz iwwert d'Brevets d'invention mat agefloss war, wou mer et als Lescht geännert hunn. Op Urode vum Statsrot hu mer dës Element och net an d'Gesetz iwwert d'Koexistenz tëschent OGMen an anere Kulture wëllen abauen.

Wat den Inhalt ugeet, ass des Modifikatioun awer ganz gutt a wichteg, an duerfir gi mer an deemem Kontext och fir d'Proposition de loi d'Zoustëmmung vun der LSAP-Fraktioun.

Ech soen Iech Merci fir d'Nolauschteren.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Ech soen dem Här Schneider Merci. Als nächste Riedner ass nach eng Kéier den Här Kox agedroen. Här Kox, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Henri Kox (DÉI GRÉNG).** - Merci, Här President. Dir Dammen an Dir Hären, am Numm vun der grénger Fraktioun wëll ech fir d'éischt dem Rapporteur fir säi mëndlechen a schrëftleche Rapport Merci soen. E Rapport, deen den Iwwerbléck iwwer e Gesetz mécht, dat schonns zu munch kontrovers Diskussiounen gefouert huet an och nach ëmmer wäert féieren: la commercialisation des semences et plants ainsi que la coexistence des cultures génétiquement modifiées, conventionnelles et biologiques.

Besonnech den zweeten Deel, nämlech d'Koexistenz tëschent genmanipuléierten an net genmanipuléierte Kulturen, huet et a sech. E Gesetz also, wat net nëmmen den Handel vu Som a Planze soll regelen, mä och d'Uplanze vun ënnerschiddleche Kulturen an der fräier Natur; d'Koexistenz also.

Eng Koexistenz, déi suggéiert, dass souwuel dat eent wéi och dat aner kann erfolgen, ouni deem anerem dobäi an d'Quer ze kommen oder et ze beaflossen.

E Gesetz, wat eng ganz Rei vu Regeln opstellt, déi esou eng Koexistenz erlaben, a versicht d'Grenzen ze definéieren, fir dës Zesummeliewen ze formuléieren.

Säit Jordausenden huet d'Planzewelt sech duerch géigesäiteg Beaflossung stimuliert an och weiterentwéckelt. Eng Weiterentwicklung, déi sech haaptsächlech mat der Hëllef vu Wand a vun der Déierewelt perfektionéiert huet. E Perfektionement, dee sech an enger milliounefacher Villfalt an der Natur ëmmer nees op en Neits betruuechte léisst. Wie léisst sech net vun der herrlecher Bléiepracht am Fréijoer begeeschten?

D'Bestäubung iwwert de Polleflug, duerch de Wand oder d'Déierewelt ausgeléist, ass dobäi den ausschlaggebende Faktor. E Polleflug, deen etlech Kilometere kann ausmaachen a wou d'Grenz tëschent Beaflossung an Netbeaflossung nëmme ganz schwéier ze zéien ass. Et ass déi Grenz, déi eis bei deemem Gesetz dat meescht Kappzerbrieches mécht.

Ass et iwwerhaapt méiglech, des Grenz ze definéieren? Ass et iwwerhaapt méiglech, d'Déierewelt, de Wand esou ze beaflossen, dass keng géigesäiteg Contaminatioun erfollegt?

D'Äntwert heiropp ass a sech Neen. Eng Contaminatioun, déi awer de fräiwëllege Verzicht op genmanipuléiert Kulturen, besonnech fir déi biologesch Landwirtschaft, ganz staark hypothekéiert.

Ass d'Gebot vun der Wahlfräiheet, déi no EU-Recht net dierf ageschränkt ginn, méi grouss, wéi d'Gefor vun enger Contaminatioun an domadder den Aus vun den net genmanipuléierte Kulturen?

Et ass en ongläiche Kampf, deen hei ausgedroe gëtt. Hei priméiert eendeiteg d'Dominanz vu genmanipuléierte Kulturen op d'Wahlfräiheet vun dem Uplanze vu konventioneller oder biologescher Kultur.

D'Gefor vun der Contaminatioun ass net auszuschléissen. Kënnen mer iwwerhaapt dann nach vu Wahlfräiheet hei ausgoen?

„Liewen a liewe loossen“, ass oft de Sproch, deen een ze héiere krit, besonnech dann, wann ëmweltpolitesch Oplage sollen agehale ginn an d'ekonomesch Ziler hypothekéiert ginn, wéi dat a villen Domänen de Fall ass. Wou bleift hei liewen a liewe loossen, wann et net ausgeschloss ass, dass eng Contaminatioun vu konventionellen a biologesche Kulturen duerch genmanipuléiert Kulture méiglech ass?

Eng Koexistenz ass deemno net ginn. Si ass och fir DÉI GRÉNG net méiglech an engem Land, wou iwwer Jorhonnerten op kleng Parzelle ganz ënnerschiddlech Kulturen uegeplanzt goufen.

Ech hunn dofir Bauchwéi fir e Gesetz ze stëmmen, dat wäitreechend Konsequenzen am prakteschen Émgang dobaussen um Terrain mat sech bréngt. Eleng de Gedanke vun enger méiglecher Contaminatioun vu biologesche Kulturen duerch genmanipuléiert Kulture wär Grond genuch, sämtlech genmanipuléiert Kulturen ofzelehnen!

OUNI op all déi aner geléisten oder ongeleiste Problemer wëllen hinweisen - ech komme méi spéit nach dorop ze schwätzen -, wier et e Réckgang vun der Biodiversitéit, Monokulturen, Auswierkungen op d'Déierewelt, souguer mënschlech gesondheetlech Auswierkungen.

Dass DÉI GRÉNG trotz de ganz ville Bedenke vis-à-vis vu genmanipuléierte Kulturen dës Gesetz hei matdroen an och mat Jo wäerte stëmmen, ass aus deem einfache Grond, dass mer mat deem heitege Gesetz mengen erreecht ze hunn, esou wéi och schonns meng Virriedner dat gesot hunn, eng Uplanzung vu genmanipuléierte Kulturen nëmmen ënner groussen Oplagen ze erlaben. Oplagen, déi awer esou grouss sinn, dass d'Dier mat enger ganzer Rei vu Schlässer zougespaart gouf, fir ze verhënneren, dass eng Uplanzung vu Genkulture méiglech ass. Am léifste géif ech och d'Schlüsselen direkt fortgeheien.

Mir hunn dofir als Grëng versicht, wat och duerch eng ganz Rei vun Amendementen während der ganzer Gesetzesprozedur ënnerleucht gouf, de maximale Schutz aus deemem Gesetz fir déi konventionell a biologesch Kulturen erauszeschloen.

Net nëmmen déi konventionell a biologesch Kulturen waren eis wichteg ze schützen, mä och d'Hunnegproduktioun. Eng Rei vun Amendementen, déi ech deposéiert hat, sollen dofir och d'Hunnegproduktioun viru genmanipuléierte Kulture schützen.

Wëssend, dass et net a Mënschenhand läit, de Fluch vun de Beien ze diktéieren, an dat

ass och gutt esou, esou soll et awer och mat Hëllef vun deemem Gesetz méiglech sinn, iwwer e Reglement d'Distanze vis-à-vis vu Beiestäck definéieren ze kënnen. Och soll de wirtschaftleche Schutz vun enger méiglecher Contaminatioun vun Hunneg duerch genmanipuléiert Kulturen ofgedeckt kënnen ginn.

Wann een awer weess, wéi eng Distanz d'Beie fäeg sinn zrëckzeleeën, gëtt et ëmsou méi schwéier, ze verhënneren, dass eng Contaminatioun kann erfollegen.

Dass d'Agrarkommissioun des Amendementen mat ënnerstützt huet, weist, dass ënner sämtlecher Parteien e grouss Konsens besteet, och dem Imker déi néideg Schutzmoossnam virun enger Contaminatioun ze gewähren.

E weideren Amendement, wat de Rechtsschutz vis-à-vis vun de genmanipuléierte Kulturen erhéije soll, huet de Schutz vun der konventioneller a biologescher Landwirtschaft virun onberechtigte Forderung vu Säite vun de Patentbesëtzer vu genmanipuléiertem Som oder Kulture betraff. Dës Amendement huet jo schlussendlech zu enger Gesetzespropos gefouert, wou ech virun d'Éier hat, Iech de Rapport kënnen ze presentéieren; déi sougenannte Schmeiser-Klausel.

Dës Gesetzespropos weist awer, wéi schwéier eng Koexistenz an der Praxis ëmzesetzen ass. De Fall Schmeiser weist och, mat wéi enger Muecht méttlerweil grouss Agrarkonzerner hir Dominanz iwwert d'Landwirtschaft ausgebreit hunn. Net nëmmen, dass d'Wahlfräiheet vun engem Einzelnen hypothekéiert gouf, neen, och d'Gefor vun enger flächendeckender Contaminatioun, besonnech am Fall vun Raps, ass real. Kanada ass e Paradebeispill, wéi wäit d'Dominanz vu genmanipuléierte Kulturen, besonnech am Raps, ka goen.

De Percy Schmeiser huet säit Jorzéngt konventionelle Rapsbau bedriwwen a wollt och ni eppes mat der Firma Monsanto hirem Genraps ze dinn hunn. Viru Geriicht huet hie verséichert, nimools Som vun der Firma kaaft nach wässentlech agesat ze hunn. Seng Felder si villméi duerch Polleflug contaminéiert ginn. Dass hien dofir Lizenzgebühren un de Konzern bezuele sollt, huet hien net agesinn. De Percy Schmeiser ass dowéinst bis zum ieweschte Geriichtshaff vu Kanada gezunn, fir säi Recht anzekloen an dobäi en Zeechen ze setzen, fir op déi aggressiv Duerchsetzungspolitik vun de Genfirmen an déi ëmmer méi grouss Ofhängegkeet vun der Landwirtschaft vis-à-vis vun de Multié wéi Monsanto hinze weisen.

Et gëtt also kee Recht op d'Generalcontaminatioun, mä et gëtt e Recht, virun der Contaminatioun geschützt ze ginn.

D'Gesetzespropos, déi ech Iech viru presentéiert hunn, huet deemno als Zil, onberechtigt Forderungen vu Säite vun de Patentbesëtzer ze verhënneren an déi konventionell a biologesch Landwirtschaft ze schützen.

Dës Uerteel weist awer och, wéi wäit d'Contaminatioun a Kanada besonnech beim Raps scho fortgeschritt ass. Mir sollten eis also hiden, genmanipuléierte Raps an Europa, a méi speziell hei zu Lëtzebuerg zouzeloossen. D'Contaminatioun muss net nëmmen iwwert déiselwech Kulture goen, mä kann och iwwert den Ëmwee vu wëlle Kraider a Kulture goen. E weidere Punkt, deen eng onkontrolléiert Verbreedung vu Genraps begünstigt.

Etüde weisen kloer den negativen Impakt an d'Onkontrolléierbarkeet vun Raps op d'Ëmwelt an d'Biodiversitéit. Rapskären kënnen doriwwer eraus Joren am Buedem iwwerliewen, wat hir Capacitéit vun der Contaminatioun nach méi grouss mécht. Duerno kann iwwert de Polleflug eng Kräizung mat wëlle Planzen erfolgen, esou zum Beispill mat der wëller Moschterplanz, an doduerch kann eng genetesch Modifikatioun iwwerdroe ginn: eng irreversibel genetesch Pollutioun, déi dobäi ausgeléist ka ginn!

Fir Europa a besonnech hei zu Lëtzebuerg kann dat zu wäitreechende Problemer féieren, well eis Landwirtschaft op kleng Parzellen opgebaut ass. Dofir kënnen jee no Kultur ënnerschiddlech Schutzdistancen tëschent de Kulture gewielt ginn.

D'Koexistenzgesetz erlaabt iwuer e Règlement grand-ducal déi Distanze festzeleeën. Esou sinn zum Beispill 600 Meter fir de Maisbau, 50 Meter fir d'Gromperen an dräi Kilometer fir de Rapsbau virgesinn. Mir mengen awer, dass och déi dräi Kilometer nach zu eventuelle Contaminatione féiere kënnen. Sécherlech si mer mat deenen dräi Kilometer Distanz tëschent den ënnerschiddleche Rapskulturen ee vun deene Strengsten hei an Europa. D'Contamination ass awer net ausgeschloss. Dofir ass fir eis de Genraps net koexistenzfäeg a soll vu vireran ni eng Zouloossung kréien.

Net nëmmen ass eng Contamination vu konventionellen a biologesche Kulture méiglech, mä och eng Kräizung mat Kulturen an der Natur ass méiglech. D'Gefor vun enger Contamination iwuer de Raps ass de Moment nach net ginn, well nach kee Genraps an Europa zougeloo ass. Mir sollten do awer drop virbereet sinn, ech denke jo, dass d'Regierung do direkt handele géif, soubal eng Zouloossung op europäischem Niveau erfollege sollt.

Ech hunn och mat Interessi d'Stellungnahmen vun der EU zu eise Koexistenzgesetz gesécher gelies, speziell och wat d'EU zu den Distanze geschriwwen huet. Ech weess elo net, wéini de Minister oder de Ministère dës Stellungnahme zougestallt krut, ech mengen awer, dass mir déi och éischer hätte kënnen zougestallt kréien. Déi Distanze schéngen awer der EU nach ëmmer déck um Mo ze leien, well si an hirem Avis nach ëmmer verlaangen, ech zitieren: «de lui transmettre les études scientifiques qui justifient les distances d'isolement». Vläch kann den Här Boden eis bei senger Stellungnahme kuerz eppes iwuer déi Etüd soen.

Eppes huet mech awer nach méi stutzeg gemaach, wat besonnesch d'Existenz vun der biologescher Landwirtschaft a Fro stellt. Esou ass weider an der Etüd ze liesen, ech zitieren: «De plus, la Commission rappelle que la dispersion du pollen étant un phénomène naturel, la législation sur la coexistence doit tenir compte du fait qu'il est impossible d'empêcher totalement la présence d'OGM en dehors d'un champ de cultures génétiquement modifiées.» Déi europäesch Léiglatioun schreift dofir och vir, dass Produiten innerhalb vun engem Seuil vun 0,9% Presenz vun OGMen net brauche gekennzeechent ze ginn. Iwwer e Seuil vun 0,9% OGMen muss dogéint gekennzeechent ginn.

Weider schreift d'Kommissioun, dass: «La coexistence ne devrait pas aller au-delà de ce qui est nécessaire pour garantir une présence de traces d'OGM inférieure aux seuils de tolérance fixés dans la législation communautaire.»

Mir müssen also dovun ausgoen, dass eng genräi Ëmwelt, soubal mir Genkulturen aféieren, net méi méiglech ass. Den effektive Schutz ass deemno en totale Verbuet. Dëst ass bei der momentaner EU-Gesetzgebung awer leider nach net méiglech. De fräiwëllege Verzicht bitt do eng effektiv Alternativ, fir dëst Zil trotzdem ze erreechen. D'Initiativ vun engem „Lëtzebuerg sans OGM“ fénnt dofir och eis voll Ënnerstëtzung.

De Konsument ka maassgeblech matentscheiden, ob Gentechnik op den Teller kënn oder net. Et ass hilänglich bekannt, dass eng grouss Majoritéit hei zu Lëtzebuerg, vun de Bauere bis hin zu de Konsumenten, mat ëmmerhin 83%, den Ubau vu gentechnesch verännerte Kulturen oflehnt. Et sinn och schon eng ganz Rei vu Gemengen, bis elo 26 vun 116, a landwirtschaftlech Betriber, déi dëser Initiativ bäigetruede sinn. Bei dëser Initiativ geet et net nëmmen ëm d'Uplanzen, neen, och op den Importverbuet vu Genkulture soll verzichten ginn; och beim Déierefutter.

Déi gréisste Muecht huet nach ëmmer de Konsument. Hie ka bestëmmen, wéi ee Produkt hie keeft oder net. Un der Politik ass et awer, déi beschtméiglech Transparenz ze garantieren, esou dass de Konsument et iwuer d'Kennzeechnung nach ëmmer säi Choix treffe kann. Déi lëtzebuergesch Landwirtschaft soll deemno och scho beim Fuderimport op esou eng Genfräiheet pochen. Souwisou sollt mer eis Landwirtschaft, spréich eis Ernährung, méi op en nohaltege Wee ëmgestalten, ouni müssen ze vill op importéiert Fudermittel ze setzen, dat oft aus grousser Monokulturen op Käschte vun der Biodiversitéit geet.

Här President, Dir Dammen an Hären, wéi verhält et sech, wann et trotz alle Schutzmoossnamen awer zu enger onkontrollierter Contamination kënn? Wéi kann de wirtschaftleche Schued vun der konventioneller a biologescher Landwirtschaft ofgesécher ginn? Ass et kloer, dass d'Aféierung vu Genkulturen an der Landwirtschaft keng zousätzlech Käschte fir déi duerstellen d'äerf, déi keng gentechnesch verännert Produkter ubauen nach vermaarte wëllen?

Doraus ergëtt sech, dass sämtlech Käschten, déi duerch déi sougenannte Koexistenz entstinn, prezis ermëttelt muss ginn a vun deenen ze droe sinn, déi Genkulturen ubauen an ubidde wëllen. Bei eventueller Contamination ass deemno de ganze Schued vun deemjéinegen ze iwuerhuelen, deen d'Genkultur an d'Ëmwelt erausbruecht huet. D'Gesetz gesäit dofir am Artikel 15 vir, dass den Uwenner vu Genkulturen entweder eng Versécherung mat enger Versécherungsgesellschaft ofschléisse muss oder sech un engem offiziell unerkannte Fong bedeelegt, deen déi néideg finanziell Ofsécherung garantéiert an d'Responsabilitéit assuréiere kann.

Besonnesch d'Responsabilitéit huet eis an der Kommissioun laang beschäftegt. Fir déi Gréng war et vun Ufank u kloer, dass et sech ëm eng „responsabilité sans faute“ handelt, eng Responsabilitéit also, déi och nach muss spille kënnen, wann den Uwenner sech un d'Regele vum Gesetz respektiv vum Règlement hält, besonnesch wat d'Distanze betrëfft. Et ass jo definitiv keng Contamination ausgeschloss. Dës Responsabilitéit gräift souwuel bei der Contamination fir de wirtschaftleche Schued bei den ugrenzende Kulture wéi och bei der Produktioun vun Hunneg an den ugrenzende Parzellen. Och d'Imker sinn deemno mat dësem Gesetz zumindest finanziell ofgesécher, eng Ofsécherung, déi souwuel vun der Regierung wéi och vun der Agrarkommissioun ënnerstëtzt gouf an och an d'Gesetz ageschriwwen gouf.

Fir d'landwirtschaftlech Betriber, déi sech géint d'Genkulturen entscheet hunn, géllt awer nach ëmmer, dass si a sech kee Geld vu Versécherungen oder der Genindustrie wëllen, mä schlicht an einfach keng Contamination!

Vläch awer nach e puer Wuert zu der Versécherung an Speziellen, eng Versécherung, déi nach vu kenger Versécherungsgesellschaft hei an Europa ugebuede gétt. Et freet ee sech, firwat et bis haut nach ëmmer keng esou eng Assurance gétt. D'Feele vun esou Assurance misst eis Warnung genuch sinn, d'Fangere vun der Gentechnik ewechzeloossen. An de Führgesetz vum den Assurancen ass et deemno bekannt, dass de finanzielle Risiko vun der Gentechnik net ofschätzbar ass. Mir sollten eis also net méi vun der EU-Kommissioun virschreiwe loossen, mam Diktat vun der ökonomescher Wahlfräiheet d'OGMen ze akzeptieren, wann d'Wirtschaft selwer et net fäerdeg bréngt, den eventuelle Schued wirtschaftlech selwer ofzesécheren. D'Regierung soll do ëmmer nees drop hiweisen.

Parallellen zur Atomindustrie sinn net ze verkennen. Och bei der Atomindustrie ass keng Assurance bereet, de finanzielle Risiko ze iwuerhuelen. D'Léisung, fir eng finanziell Ofsécherung iwuer e Fong ze organisieren an ze garantieren, ass aus gréngeger Sicht dofir och onbefriedigend.

E Fong, deen et fir Lëtzebuerg net gétt an och kaum entstoe wäert, well d'Masse critique wuel kaum hei duergeet. D'Bedeelegung vun engem auslännesche Fong ass deemno unzestriewen. Och do müssen awer nach eng Rei vu Regeln opgestallt ginn.

E weidere Punkt, deen a sech de prakteschen Ubau deemno hei zu Lëtzebuerg net méiglech mécht. Och dës Punkt, wat d'Versécherung ugeet, schéngt d'Kommissioun ze beschäftegen, well si och hei vun der Lëtzebuerg Regierung verlaangt, ech zitieren nach eng Kéier: «La Commission souhaite savoir si un tel contrat d'assurance de responsabilité civile peut être souscrit au Grand-Duché.» A weider: «(...) si un fonds reconnu officiellement a été créé». Och hei meng Fro nach un d'Regierung, wat si denkt op dësem Punkt ze äntwerten.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech kommen esou lues zum Schluss vu menger Ausféierung. Ech wëll awer nach op ee Punkt opmierksam maachen, nämlech de Verbuet vum sougenannte MON 810, a sech déi eenzeg momentan Genkultur, déi eng Zouloossung um europäesche Marché huet. Eng Zouloossung, déi awer mëttlerweil vun enger ganzer Rei vu Länner a Fro gestallt gétt.

Als lecht Land huet sech Frankräich dëser Netzoouloossung ugeschloss an huet d'Clause de sauvegarde benotzt, déi et en-

gem Land erlaabt, e Moratoire fir d'Uplanzen auszesprieche. Bei dësem Moratoire geet et net nëmmen ëm d'Koexistenzfäegkeet, mä och ëm d'Auswierkungen op d'Ëmwelt am grouse Ganzen an d'Biodiversitéit am Speziellen.

Esou schreift de Comité de préfiguration d'une haute autorité aus Frankräich folgend Sätz - ech zitieren aus deem Bericht -: «(...) les faits nouveaux suivants sont apparus depuis 1998: (...) - Identification de résistance chez certains ravageurs secondaires; - Eléments nouveaux sur les effets sur la faune et la flore non-cible; - Réduction de la production de mycotoxines.»

Zum Schluss schreift de Comité nach: «Les éléments de portée sanitaire soulevés par le comité s'appliquent également aux événements de transformation autorisés à l'importation dans l'Union européenne. À plus long terme, il sera aussi important de prendre en compte les impacts écologiques des produits autorisés à l'importation.»

Besonnesch de leschte Saz soll nach vill méi an de Vierdergrond gestallt ginn. Bis elo konnt nach kee eis iwuerzeegen, dass Genkulture weder fir d'Ëmwelt nach fir de Welthonger vu Virdeel wieren. Weder dat eent nach dat anert ass de Fall. Dat Eenzeg, wat bis elo stëmmt, ass eng ëmmer méi grouss Ofhängegkeet vun der Landwirtschaft vis-à-vis vun den Agrarmultien. Den Här Oberweis war virdrun ausféierlech do nach eng Kéier drop zréckkomm.

Ech hat dofir probéiert d'Regierung an enger Motioun ze iwuerzeegen, eng ähnlech Démarche ze ënnerhuelen, wéi d'Fransouesen. D'Regierung huet awer gemengt, net de wëssenschaftleche Support fir esou eng Démarche ze hunn, esou dass d'Regierung déi Motioun an där Form net kéint ënnerstëtzen.

Ech mengen awer, dass et e wichtegt politesch Signal wär, hei trotzdem deene Länner déi voll politesch Ënnerstëtzung ze ginn an hinne bei hiren Démarche géint d'Kommissioun Support ze ginn. Ech déposieren dofir eng Motioun, déi och am Sënn vun der Regierung kéint deementspriedend matgedroe ginn.

#### Motion 1

*La Chambre des Députés,*

- *considérant que la culture d'OGM implique des risques peu ou pas calculables et aux conséquences irréversibles - notamment de contamination génétique - pour l'environnement, l'apiculture et les agricultures conventionnelle et biologique;*

- *convaincue que le projet de loi N°5380 sur la commercialisation des semences et plants ainsi que sur la coexistence des cultures génétiquement modifiées, conventionnelles et biologiques mettra en œuvre un cadre précis et contraignant pour la mise en culture d'OGM au Luxembourg;*

- *rappelant que la variété de maïs transgénique MON 810 est actuellement autorisée à la culture sur l'ensemble du territoire de l'Union européenne;*

- *insistant sur le fait qu'il n'existe aucune étude à long terme sur les effets indirects de la toxine Bt produite par ce maïs et notamment sur les organismes non ciblés (écosystème aquatique, insectes du sol, papillons, etc.) ainsi que sur la résistance potentielle que pourrait développer l'insecte cible, la pyrale du maïs;*

- *rappelant qu'il existe suffisamment d'éléments scientifiques pour amener l'Autriche à interdire le MON 810 en 1998, rejointe par la Grèce et l'Hongrie en 2005, par la Pologne en 2006 et tout récemment par la France;*

*invite le Gouvernement*

- *à maintenir et promouvoir le principe de précaution en matière d'autorisation de semences et plants génétiquement modifiés, aussi bien au niveau national qu'au niveau européen;*

- *à intensifier sa collaboration avec les autres gouvernements de l'Union et les autres autorités et associations plus critiques face aux possibles conséquences négatives de l'utilisation de plants et semences génétiquement modifiés.*

*(s.) Henri Kox, Claude Adam, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss.*

DÉI GRÉNG bréngen also, esou wéi a mengen Ausféierung gesot, den Accord zu deenen zwee Gesetzter, déi, wann et no eis soll goen, a sech ni d'äerften zur Applikatioun hei zu Lëtzebuerg gelaangen.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech soen lech Merci fir d'Nolauschteren.

» **Une voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Ech soen dem Här Kox Merci. Als nächste Riedner ass den Här Mehlen agedroen. Här Mehlen, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Robert Mehlen (ADR).** - Merci, Här President. Här President, Dir Dammen, Dir Hären, den Objet vum Projet de loi 5380 sinn der eigentlech zwee. Den éischte Volet ass, de gesetleche Kader ze erneiere fir den Handel mat Geséims. Do versti mer drënner Céréalen, Rommelesom, Fudderpflanzen - dozou gehéiere virun allem Mais, Bounen, Gras, Lisär, Kléi -, Uelechpflanzen, Faserpflanzen a Gromperen. Op dësem Volet ass sech haut iergendwéi verständlecherweis net ganz laang opgehale ginn. Ech wëll awer zum Deel drop agoen.

Den zweeten Deel behandelt den Ubau vu genetesch verännerte Planzen, an haapt-sächlichlech d'Koexistenz vun esou genetesch verännerte Planze vis-à-vis vum konventionellen Ubau.

Zum éischte Volet. Et ass wichteg fir d'Landwirtschaft an de Geméisbau, dat gesonden a kontrolléierte Som zur Verfügung steet, deen och un eis klimatesch Gegebenheeten ugepasst ass. Déi Konditiounen an och d'Lëscht vun den Sorten, déi unerkannt sinn, gi regelméisseg a Règlements grand-ducaux publizéiert. A wéi den Zoufall et esou wëllt, war haut d'Lëscht vun de Variétéiten am Mémorial.

Dat ass eng Wëssenschaft fir sech. Et kann een ëmmer nëmme staunen, wivill Texter dat produzéiert ginn eleng am Zesummenhang mat all deem, wat d'Planzen, Planzenhandel, Planzesom ubelaangt. Ech wëll och ënnersträichen, dat Zorteverseucher, déi mir jo och deelweis hei am Land maachen, wichteg sinn, fir ze kucken, ob d'Planzevariétéiten op eis spezifesch Gegebenheeten hei, a ganz besonnesch op eist Klima, ugepasst sinn.

Den unerkannte Saatbau hei zu Lëtzebuerg funktionéiert relativ gutt. Dat war fréier net ëmmer de Fall. Et ass d'Saatbaugenossenschaft, déi sech domat ofgëtt. Eng Genossenschaft, déi gutt funktionéiert, déi leider awer Problemer huet do, wou se de Moment operéiert. Problemer mat der Cepal, wou se gelount huet, déi leider - muss ech soen - iwuer Joren iwuerhéichte Loyerer huet misse bezuelen, ouni sech eng eegen Assise kënnen ze schafen. Problemer sinn an der Lescht souguer mat der Energieversuergung gewiescht, well d'Cepal d'Rechnungen net méi bezuelt huet.

Aktuell schéngt et, dat d'Saatbaugenossenschaft amgang wär ze kucken op eege Féiss stoen ze kommen an och op der Sich wär no enger neier Solutioun. Ech wëll och bei där Geleeenheet en Appel un d'Regierung maachen, d'Genossenschaft an deem Bestriewen esou ze ënnerstëtzen, wéi se dat an der Vergaangenheet ëmmer vis-à-vis vun der Cepal bewisen huet.

» **Une voix.** - Dir verstitt awer näischt.

» **M. Robert Mehlen (ADR).** - An deem Zesummenhang, Här President, kommen ech net derlaanscht, d'Fro vun der Propriétéit vum Agrocenter hei opzuerwerfen. Dat Gesetz an dat Règlement aus där Zäit seet ganz kloer, dat d'Propriétéit vum Silo «reviendra à la Chambre d'Agriculture», an net «à la Centrale paysanne faisant fonction de Chambre d'Agriculture».

Deemools sinn d'Bauere per Gesetz forcéiert ginn, de Financement dovun ze droen. Dat heescht, et kann net sinn, dat haut eng Aktiegesellschaft, déi relativ onduerchsichtig ass, als Propriétaire dosteet. Wann dat elo sollt verkaaft ginn, da muss ganz kloer juristescht ënnersicht ginn, wies dat Geld, wat do realiséiert gétt, zousteet.

Vläch kënn dat Geld och dozou bäidroen, dat esou eng wichteg Genossenschaft wéi d'Saatbaugenossenschaft en Deel vun hirem Financement kéint iwuer de Wee bewerkstelleen. Op jidde Fall muss ech soen, dat déi juristescht Interpretatioun vum Ministère iwuer déi Texter esou falsch ass, dat e Jurastudent mat esou enger Aarbecht am Exame glat géif duerchfalen.

Här President, den Artikel 5 seet, dass d'ASTA, d'Administration des Services Techniques de l'Agriculture, chargéiert ass mat der Zertifizéierung an den technesche Kontrollen am Zesummenhang mat der Produktioun vu Saatgut. Am Paragraph 2 steet, dat de Minister Organisme vun der Profession agricole kann agréieren, fir un dëser Missioun deelzehuelen. Bis elo - zënter Laangem - war dat de Fall duerch d'Baurenzentral. Och dëst Joer steet am Budget e Crédit non limitatif an der Héicht vun 205.674 Euro.

Et d'äerf ee sech natierlech d'Fro stellen: Woufir mécht d'ASTA dat net selwer? Well si ass derfir équipéiert. D'Äntwert huet mer

virun enger Zäit e fréieren Direkter vun der ASTA geliwwert. Deen huet gesot, e fréiere Minister - et war kee Bloen; da kann ee sech d'Faarf liicht virstellen - hält gesot: „Et muss een hinnen - dat heescht, der Bauerenzentral - heiansdo eng Schank dohinner geheien, fir se bei gudder Laun ze halen.“ Dat war d'Erklärung, woufir datt en Deel vun där Kontroll iwwert d'Geséims an där Exekutioun bei d'Bauerenzentral gaangen ass. Ech muss soen, dat ass eng Attitüd, déi an eisen Aen total inakzeptabel ass.

Da liese mer weider am Gesetzesprojet: «(...) l'organisme doit présenter les garanties nécessaires d'honorabilité et de qualification professionnelle». Iwwert d'Qualifikation professionnelle wëll ech mech net ausloossen, mä d'Honorabilité gëtt mer awer ze denken! «L'honorabilité s'apprécie» - liese mer weider - «sur base des antécédents judiciaires des personnes chargées de la gestion et de la direction de l'organisme.» Dat steet jo schéin do! Mir hunn elo déi lescht Deeg vill an de Kommissiounen iwwert de Begrëff «Honorabilité» am Zesummenhang mat Gesetzer diskutéiert.

Da stellen ech d'Fro: Kritt d'Bauerenzentral dann elo endlech dësen Agrément ewechgeholl? Ech erënneren drun, datt et um Geriicht zu Prisongsstrofe vun zweemol fénnef Joer komm ass an engem Prozess weinst schwarze Konten, wou iwwer 700 Milliounen Lëtzebuerger Frang gelaf sinn. D'Affär ass leschtenenns ënnert dem Teppesch gelant, well e gnädege Procureur général d'Saach einfach klasséiert huet, wéi se sollt an Appel goen.

De Virstand vun där Organisatioun, déi elo mat der Exekutioun beoptraagt ass, huet gesot, si géife geschlosse fir déi Schëlleg an de Prisong goen. Dat heescht, si sinn och an där Beziéung op deeselwechten Niveau ze stellen.

Ech wëll och nach drun erënneren, datt déiselwecht Leit d'Justiz an engem Mooss attackéiert hunn, datt d'Riichter sech genéidegt gesinn hunn, an hirem Syndikat, dem Groupement des Magistrats, am März '85 heftegst géint déi Aart a Weis do ze protestéieren.

Doriwwer eraus ass déi Firma bilanziell an der Faillite.

Ech liesen aus dem Extrait vum Rapport vum Réviseur vun der Cepal vun 2005: «Toute fois au 31 décembre 2005» - dat ass déi lescht konsolidéiert Bilanz, déi virläit, - «le passif exigible du groupe était supérieur de 5,5» an eppes weider Milliounen Euro, dat sinn 224 Milliounen där aler Frang «au total de l'actif». Dat ass eng bilanziell Faillite, an ech froe mech: Bitt esou eng Firma d'Viraussetzung, fir eng offiziell Mission ze iwwerhuelen? Mir soe ganz kloer Neen a mir verlaangen, datt alles bei d'ASTA zrëckkënn, wou et vun der Verwaltung selwer soll kontrolléiert ginn. Esou wäit zu deem Thema.

Kapitel 3, do kommen ech da bei dat, wat eis haut de Mëtteg hei am meeschte beschäftegt huet, den Ubau vu genmodifizéierte Planzen. Éischt Fro: Brauche mer esou Planzen?

D'Gentech-Industrie seet Jo. Dat brauch een net extra ze wonneren. D'Ëmweltschützer soen Neen. Dat wonnert een och net.

De Konsument seet, an dat schéngt mer op d'mannst gradesou wichteg ze sinn: Ech wëll dat net. A Frankräich huet eng Ëmfro erginn, datt 87% vun de Leit et net wëllen. Hei zu Lëtzebuerg läit de Prozentsaz ähnlech héich, an ech huelen och un, datt dat queesch duerch d'ganz Europäesch Unioun esou ass.

D'Wëssenschaft ass gedeelter Meenung. Op jidde Fall kann een emol d'Fuerschung virundreiwen. Mä brauche mer et aktuell? Ech mengen net. D'Meenungen doriwwer ginn auserseen.

D'Meenunge ginn och an der Landwirtschaft auserseen. A Frankräich gëtt et dräi Landwirtschaftssyndikater, dovunner ass dee gréissten derfir an déi zwee méi klenger dergéint. Hei zu Lëtzebuerg sinn d'Meenungen och net unanime. Déi eng si ganz dergéint, déi aner soen: Oh, mir müssen awer emol kucken, vläicht kënn jo awer eppes, wat eng Kéier vun Notzen ass.

Zweet Fro: Wat bréngt et? Méi Ertrag? Ech ka mech all deenen nëmmen uschlëssen, déi dat virun hei esou gesot hunn: Et ass kee Wee, fir den Hunger an der Welt ze bekämpfen, well do, wou Hunger an der Welt ass, sinn et praktesch ëmmer...

#### (Interruption)

...- dat hunn ech och scho gesot -, sinn et meeschtens politesch Zoustänn an deene Länner, politesch Konflikter an Ëmwälzungen, déi dozou féieren, datt d'Leit Hunger leiden. Et hânt och ganz dacks dorun, datt

einfach kee Geld do ass, fir sech Nahrungsmëtzel ze kafen.

Ech ginn dem Här Gira net ganz Onrecht, datt mer eis Liewensgewunnechten och mussen änneren, well et ginn effektiv vill planzlech wäertvoll Nahrungsmëtzel doduerch verbëtzt, datt deelweis iwwerdriwwer vill Vereedelungsprodukten, notamment Fleesch, konsuméiert ginn. Do géif dat och kengem eppes schueden.

Op jidde Fall ass et sécher, datt déi sougenannt „eierlegende Wollmilchsau“ net d'Léisung vun der Zukunft wäert sinn, well souguer wann et dat eng Kéier géif ginn, dee Moment, wou een d'Hame brauch, ass et mat den Eeër a mat der Mëllech souwisou eriwuer.

Den Effet vun enger Verbreedung vun esou genmodifiziertem Saatgut wäert och sinn - dat ass hei scho gesot ginn -, datt d'Ofhängegkeet vun de Baueren an der ganzer Welt vis-à-vis vun de Saatgutkonzerner ëmmer méi grouss gëtt - an dat ass jo dat, wat vun deene Konzerner an éischter Linn gewollt ass.

Eng zweet Fro, déi domat zesummenhânt, ass d'Krankheets- an d'Schädlingsresistenz. Mir gesinn och am Asaz mat chemesche Schädlingbekämpfungsmëtzel, datt dat ëmmer nëmmen iwwer eng gewëssen Zäit geet an datt sech da Resistenzen ausbilden.

Mir hunn et gesi bei deem Mais, dee Monsanto entwéckelt huet, dee resistent ass géint en Totalherbizid, wat Roundup heescht. Am Ufank war bei de Baueren eng Begeescherung doriwwer. Dat ass jo och flott: Mir setze Mais, mir loossen en oplafen, a wann d'Kraut da matkënn, da sprëtze mer d'Stéck of, d'Kraut geet futti, de Mais bleift stoen. Dat war jo den Trick. Domadder verkafen ech net nëmmen dee genmodifizéierte Mais, mä gläich d'Sprëtzmëtzel mat.

**» M. Camille Gira (DÉI GRÉNG).** - Dorëms geet et!

**» M. Robert Mehlen (ADR).** - Et huet awer net laang gedauert, dunn hunn déi éischt Resistenze sech gewisen. Mir wëssen haut, datt beim Roundup eng ganz Partie Resistenzen do sinn, datt et net méi gräift. Da musse mer eis erëm eppes Neies afale loossen. Dat beléift jo och d'Geschäft.

Datselwecht wäert och passéiere mat deene Maisorten, déi resistent si géint verschiden „saugende und beißende Schädlinge“. Ganz sécher sinn der dann erëm - well d'Natur ass ganz erfinderesch dodran -, déi Resistenzen entwéckelen. An dann ass déi Saach och schon erëm um Enn, datt heescht, da musse mer alt schon erëm déi nächst huelen, an déi kaschte jo dann erëm. Iergendwou wäert een dann erëm Leit fannen, déi dat dann och kafen.

Mä mir gesinn, datt et am Enn kee Wee ass, fir deene Problemer ze begéien. Dat muss geschéien duerch en intelligenten Ëmgang mat der Natur an duerch Ubamethoden, déi déi Schädlingen op eng natierlech Aart a Weis a Schach halen. Dat anert ass eng Spiral ouni Enn, wou de Bauer ëmmer de Verlëierer dobäi ass.

En anere wichtegen Aspekt, deen hei och scho vu menge Virriedner ugesprochen ass, ass dee vun den Auswierkungen op d'Insekten a virun allem op d'Beien. Als selwer fréieren Hobby-Beienziichter weess ech, wéi kriddelech dat ass, an ech wëll drop hiweisen, datt mer de Moment an enger Partie Länner e rätselhaft Beiestierwen observéieren, notamment an den USA an a Spuenien, wou jo manifestement genmodifizéiert Planzen ugebaut ginn.

Et ass net bewisen, datt et dohier kënn, mä et soll eis awer weisen, wéi sensibil dat Ganz ass a wéi séier datt een eppes provoziert huet, wat herno vläicht net méi guttzeemaachen ass.

Net nëmmen d'Beienziichter, mä och d'Wëssenschaftler soen, datt, wann d'Beie verschwannen, d'Auswierkungen op d'Natur esou grouss sinn, datt leschtenenns de Mensch deen ass, deen als Allerleschte vläicht verschwënnt, mä deen awer ganz sécher dann och verschwënnt.

Et muss een d'Fro stellen: Wéi éierlech sinn d'Konzerner?

Ech wëll do als Beispill huelen de Mais MON 863 vu Monsanto, deen zwar nëmmen als Nahrungsmëtzel huet d'ärfen importéiert ginn. Monsanto huet deen a sengen Untersuchungen als onbedenklich deklaréiert. Et huet sech awer erausgestallt, datt et net wouer war, datt an deenen Tester, déi gemaach gi sinn, wesentlech Verännerungen am Blutbild vun de Versuchsdéieren, Auswierkungen op d'Nieren, einfach ënnerschloeg si sinn. Dat beweist, datt een och ganz villen Avisen, déi kommen, net onbedéngt vertraue kann, an datt, wann ee

schoon op dee Wee geet, dat absolut vun onafhängegen Institutiounen duerchgefuert gi muss.

D'Strategie vun deene Konzerner ass kloer. Mat allen Tricke probéiere se hiert modifiziert Saatgut eraus an d'Natur ze bréngen, wéi och ëmmer, a wann d'Disséminatioun dobausse bis geschitt ass an d'Vermischung mat bestehende konventionellen an och mat wëlle Planze bis geschitt ass, dann heescht et: Jo, mir kënnen et jo elo souwisou net méi ophalen. Wat wiert Dir lech dann dergéint? Et ass jo elo souwisou dobaussen an der Natur verbreet.

Drëtt Fro: Ass d'friddlech Koexistenz iwwerhaupt méiglech?

Mir soen als ADR ganz kloer: Neen! Wann déi sougenannt Büchse der Pandora eng Kéier op ass, dann ass se op an Dir kritt se net méi zou. D'Vermischung mat de Planzen an der Natur wäert inévitable sinn. D'Verschleefung iwwer grouss Distanzen, an dat ass jo alles hei schon ugesprochen ginn, ass net ze évitéieren. Mir hu bei der INRA zu Dijon gesinn, datt besonnesch mam Raps, wat e ganz rege Som ass, déi Verschleefung enorm séier geet, beim Transport, well ëmmer erëm e bëssen där renger Kären erausfallen, laanscht d'Weeër këngen a wuessen, an da schon erëm an deene Géigenden, wou dat dann ass, fir Contaminatioun suerge wäerten.

Besonnesch beim Raps ass et kriddelech. D'Beie fléie bis zu dräi Kilometer, esou datt och déi Dräi-Kilometer-Zon, vun där mer schwätzen, net duergeet. Wann nämlech e Beivollek an der Mëtt dertëscht ass, da geet dat vun zwou Säiten, dat heescht, dann hu mer schon e Radius vu sechs Kilometer.

Problemer fir déi konventionell Landwirtschaft, ganz sécher, wa se wëllt gentechfräi Produkter ubidden. Problemer virun allem fir d'Biolandwirtschaft, déi inévitable sinn. Et kann een nëmme soen an deem Thema hei dat berühmte Spréchwuert: „Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los!“ Dat ass eppes aneschters wéi den Asaz vu Chemikalien, wou mer och scho vill Léiergeld ginn hunn. Do kann een ëmmer soen, elo gëtt et gestoppt, an da sinn nach vläicht e puer Joer Nowierkungen do, mä iergendwann eng Kéier huet dat sech verzuun an dann ass dat eriwuer. Wann hei awer esou modifiziert Genen an der Natur zirkuléieren, déi kritt een net méi agefaangen.

Véiert Fro: Ass d'Europäesch Unioun vflücht, hire Maart opzemaachen? Dat ass eppes, wat ee revoltéiert! Mir soen aus politescher Siicht ganz kloer: Neen! An ech si revoltéiert, wann ech liesen, datt d'Europäesch Unioun géif riskéieren, vun der WTO zu Honnerte vu Millioune Strofzoll verdonnert ze ginn, well Eisträich de Monsanto-Genmais net géif zouloossen a well d'WTO esou en Importverbuert fir onzoulässseg erkläert huet.

Ech froen: Wien huet esou eppes ausgehandelt? D'Europäesch Kommissioun oder de Ministerrot? Ass d'Populatioun, déi an hire iwwerwältgender Majoritéit géint genmanipuléiert Planzen an Nahrungsmëtzel ass, iwwerhaupt gefrot ginn? Kann d'Politik géint d'Bevölkerung agéieren, well Monsanto & Co dat gären hätten?

Mir kennen den EU-Mechanismen, datt, wann Oneenegkeet am Ministerrot ass, leschtenenns d'EU-Kommissioun d'Décioun hélt, wat keng glécklech Dispositioun ass.

Wat dat heescht, wësse mer. An déi, déi et net wëssen, déi sollen am Buch vun François d'Aubert «Main basse sur l'Europe» liesen, wéi dat bei der Kommissioun fonctionéiert a wéi d'Lobby do operéiert.

Fënnefte Punkt: Musse mir dat zu Lëtzebuerg akzeptéieren? Mir soen nach eng Kéier als politesch Äntwert: Neen, wann d'Ëmwelt an d'Gesondheet vun de Leit a Gefor sinn, an dat ass hei de Fall. Hei gëtt d'Handelsfräiheet virun de Prinzip vun der Präcautioun, datt heescht de Vorsorgeprinzip gestallt. Wie Jo seet, stellt de Prinzip vun der nationaler Souveränitéit an enger liebenswichteger Saach a Fro.

Esou eng Europäesch Unioun, Dir Dammen an Dir Hären, gëtt vun der ADR net akzeptéiert. Aner Länner sinn elo beim Mais MON 810 endlech virgaangen. Misst dat net fir all Land de Prinzip sinn, datt et fir sech d'Fräiheet hätt, do ze entscheeden, wat et fir richtig a wat et fir falsch fënn?

Lëtzebuerg hat ëmmer eng restriktiv Haltung a soll op deem Wee virugeen a soll och hei datselwecht maachen. Well eng Onbedenklichkeetsgarantie gëtt et net.

Aus dese grondsätzlechen Iwwerleeungen, Här President, wäerte mir eis bei deemem Projet de loi enthalen. Mir wäerten awer d'Proposition de loi 5681 matstëmme, well

se dach an deem Fall, wou dat eng Kéier soll ugebaut ginn, en zousätzleche Schutz fir d'Bauere bedeit.

Ech soen lech Merci.

**» M. le Président.** - Ech soen dem Här Mehlen Merci. Elo huet d'Regierung d'Wuert, den Här Landwirtschaftsminister Fernand Boden.

**» M. Fernand Boden, Ministère de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech soe fir d'éischt emol Merci dem Rapporteur Jean-Paul Schaaf, dee sech vill Méi an deeser komplexer Matière ginn huet; Merci och dem Henri Kox, dee Rapporteur ass vu senger Proposition de loi, an all deenen, déi hei intervenéiert sinn. Ech soe virun allem och Merci fir déi zimlech breet Ënnerstützung, déi d'Regierung hei kritt huet an hiren Haltung a puncto OGMen, an och fir déi ganz breet Zoustëmmung zu dem Koexistenzgesetz.

Wéi den Intitulé et scho seet, besteet dese Projet de loi aus zwee verschiddene Voleten. Am éischte ginn d'Rahmbedéngunge fir d'Produktioun an den Handel vu Semencé festgeluecht an am zweeten Deel gëtt d'Koexistenz tëschent genmodifizierten a konventionelle respektiv biologesche Kulture geregelt. Esou eng Regelung huet bis elo nach net bestanen a besteet och iwwereng haut nach an deene meeschten europäesche Memberstaten net, obschonn iwwerall erlaabte genmodifiziert Kulturen dierften ugebaut ginn.

Wat elo den éischte Volet vun deemem Projet de loi ugeet, wëll ech drop hiweisen, datt e ganz wichteg ass, och besonnesch fir déi Lëtzebuerger Landwirtschaft. Et hu jo eenzel Riedner dorobber higewisen. Mir hunn hei zu Lëtzebuerg e ganz dynamesche Saatgutsektor. Et handelt sech heibäi ëm eng Qualitéits- an eng Nischeproduktioun mat enger vergläichswies héijer Plus-value fir d'Produzenten. Dës Produktioun ass ganz en ligne mat der Politik vum Landwirtschaftsministère, dee schon ëmmer versicht huet, d'Schinn vun der Qualitéitsproduktioun ze förderen an nach méiglechst auszeweiden.

Am Joer 2007 sinn hei zu Lëtzebuerg op 3.100 Hektar Saatgut produzéiert a vermehrt ginn. Et handelt sech jo och, wéi gesot ginn ass, hei virun allem ëm Céréalen, Gräser an ëm Setzgrumpe. Zënter 1990, also an de leschte 17 Joer, konnten d'Saatgutvermehrungsflächen ëm 50% gesteigert ginn, an d'Saatgutproduktioun hei zu Lëtzebuerg ass am Verhältnis zu anere Länner wäit aus méi bedeitend. Si bitt ville Lëtzebuerger Baueren en zousätzlecht Akommes. Dat Saatgut, wat mer hei produzéieren, ass natierlech net nëmme fir den inländesche Marché geduecht, soss wier esou eng grouss Produktiounssteigerung och net méiglech gewiescht. Mä et gëtt zu engem groussen Deel an aner Länner bis iwwert d'Grenze vum europäesche Kontinent eraus exportéiert.

Fir dës Débouchéen net ze verléieren, brauche mer eng modern, brauche mer eng effikass Législatioun, déi de Saatgutsektor encadréiert an dat och mat adequate Qualitéitskontrollmechanismen. Doriwwer eraus muss eis Loi-cadre iwwert den Handel vu Semencen, déi vun 1971 ass, deene verschiddenen EU-Direktiven iwwert dësen Handel ugepasst ginn, besonnesch och fir de Bestëmmung vum Bannemaart Rechnung ze droen. Mir hu gemengt - an dat ass och esou approuvéiert ginn -, déi einfachsten Aart a Weis, fir dat ze errechen, wär d'Gesetz vun 1971 ofzeschaffen an et duerch deen heitege Projet de loi ze ersetzen.

Et muss een natierlech zouginn, datt déi europäesch Gesetzgebung iwwert d'Semencen, op där nun emol déi vu Lëtzebuerg baséiert, zimlech komplex a komplizéiert ass. Déijéineg, déi an der Kommissioun matgeschafft hunn, hunn dat gemierkt. Och de Statsrot huet seng Problemen heiansdo gehat mat deene schwierigen Texter. D'Europäesch Kommissioun huet dat erkannt, an ënnert dem Impuls vum Conseil vun den Agrarministere an och konform zur Lissabon-Strategie ass d'Kommissioun amgaangen, un enger Simplification administrative fir de Saatgutsektor ze schaffen.

D'Kommissioun wëllt also am Kader vun der Initiativ „Better Regulation“ an den nächste Joren d'EU-Saatgutdirektive weider vereinfachen, wat mir natierlech begrëissen an och ënnerstëtzen.

Des Weidere wëll ech och drop hiweisen, datt zu Bréissel e Projet de directive vum Conseil guttgeheescht ginn ass, deen déi bestehend Saatgutlegislatioun ëmännere soll, fir dem Besoin vun der biologescher Landwirtschaft entgéintzekommen, mä och fir d'Erhale vun der Biodiversitéit an de genetesch planzleche Ressourcen ze garantéieren. Allerdéngs konnt dësse Projet de directive bis elo nach net ëmgesat ginn, ob-schonn e wéi gesot eestëmme vum Agrarministerrot ugeholl ginn ass, well d'Europaparlament nach Problemer huet mat eenzelne Bestëmmungen. Mir hoffen natierlech, datt dat méiglechst schnell kann iwwert d'Bühn goen an och ëmgesat ginn.

Da kommen ech zum zweeten Deel vum Gesetzesprojet, iwwert dee jo méi diskutéiert ginn ass, dat ass dee vun der Koexistenz tëscht konventionellen, biologeschen a genmodifizéierte Kulturen. Ech wëll awer direkt betounen, datt et bei dësem Gesetz iwwert d'Koexistenz kengesfalls ëm d'Zouloosung vun OGMen geet. D'Zouloosung vun OGMen, déi gétt iwwert d'Gesetz vum 13. Januar 1997 relative au contrôle de l'utilisation et de la dissémination des organismes génétiquement modifiés geregelt, an dat ënner der Kompetenz vum Gesondheitsminister. Hei geet et nëmmen dodrën, d'Konditiounen festzeleeë fir den Ubau vun deenen OGMen, déi vun der EU fir den Ubau an Europa zougelooss sinn.

Zënter enger Dose Joren, géif ech soen, si genmodifizéiert Planzen hei um Marché. Mëttlerweil gi weltwäit iwwer 100 Milliounen Hektar mat genverännerte Kulturen ugebaut. Dat ass absolut betruucht en immense Chiffer, mä am Verhältniss mat der weltwäiter Agrarfläche ass et awer manner wéi 1%. Den Ubau vun OGMen ass zurzäit haaptsächlech op verschidde Länner wéi d'USA, Kanada, Argentinien, Brasilien, China, Indien konzentréiert a concernéiert och nëmmen e puer Planzenarten, un éischter Stell géif ech soen de Soja, mä awer och aner Planzenarten wéi de Mais, de Raps, de Kotteng, de Räis, Tomaten, Gromperen. Dat ass jo hei och schon ugedeit ginn.

An der EU ass am Moment just ee bestëmmte gentransforméierte Mais fir den Ubau zougelooss, iwwert deen hei jo och méi diskutéiert ginn ass. Duerfir wëll ech och e bësse méi dorobber agoen; et ass jo och ënner anerem vum Här Schneider gefrot ginn. Dësen OGM ass resistent géien iwwer dem sougenannte Maiszünsler. De Maiszünsler ass dee bedeeendste Mais-schädling an Europa, deen allerdéngs zu Lëtzebuerg wéinst eisem Klima nach net allze vill verbreet ass.

De MON 810 gétt virun allem a Spuenien kultivéiert op 50 bis 80.000 Hektar, variabel jee no de Joren. E gétt och a Portugal, Rumänien, der Tschechescher Republik an an Däitschland op e puer dausend Hektar ugeplant.

Och a Frankräich sinn d'lescht Joer 22.000 Hektar MON 810 ugebaut ginn. Déi franséisch Regierung huet awer wëllens - wéi et jo och hei gesot ginn ass -, een zäitlech begrenzte Moratoire fir den Ubau vum MON 810 anzeféieren, bis d'EFSA, déi europäesch Liewensmittelsécherheitsagentur, mä och déi franséisch Haute autorité, dësen Dossier evaluéiert hunn. Dës Evaluatioun misst am Laf vun dësem Joer geschéien, well all zougeloossenen OGM muss no zéng Joer nei evaluéiert ginn. 1998 ass de MON 810 fir d'éischt an Europa ugebaut ginn. E muss also am Laf vun dësem Joer evaluéiert ginn. Déi franséisch Regierung wëllt déi Evaluatioun ofwaarden.

D'Situatioun a Frankräich ass net déi nämlech wéi hei zu Lëtzebuerg - ganz a guer net -, wat d'OGMen ubelaangt. A Frankräich gétt et am Géigesaz zu Lëtzebuerg nach ëmmer kee Gesetz iwwert d'Disséminatioun vun den OGMen. Lëtzebuerg huet dat Gesetz säit 1997. Dat Gesetz gouf da jo och 2004 hei an der Chamber nogebessert.

Frankräich huet och kee Gesetz iwwert d'Koexistenz. Par contre gétt a Frankräich de MON 810 ugebaut, wat zu Lëtzebuerg

net de Fall ass. Dir gesitt also, d'Situatioun ass ganz verschidde tëscht Frankräich a Lëtzebuerg. Zwar hätt kënne zu Lëtzebuerg deen OGM zënter véier Joer ugebaut ginn, mä dozou ass et awer ni komm, well Gott sei Dank engersäits eis Baueren - a mir hu se doranner ënnerstëtzt - dem Ubau vun OGMen souwisou ganz kritesch géien iwwerstinn, an anerersäits de MON 810 eiser Landwirtschaft näischt bréngt, well de Maiszünsler net vill Schued hei zu Lëtzebuerg uricht.

Menger Meenung no wäerten och an Zukunft, op d'mannst an nächster Zukunft, hei zu Lëtzebuerg keng OGMen ugebaut ginn, a scho guer net, wann eist Koexistenzgesetz deenächst a Kraaft wäert sinn. Mat dësem Gesetz schafe mer nämlech e Kader, fir déi konventionell a biologesch landwirtschaftlech Betriber effizient virun der onerwünschter Presenz vu genmodifizéierten Organismen ze schützen. Esou erhalte mer de libre choix vun de Produzenten an och vun de Konsumenten. Dat wäert eis, menger Meenung a menger Iwwerzeugung no, mat dësem Gesetz an och mat deem Règlement grand-ducal, iwwert dat jo och e puermol geschwat ginn ass, wou mer verschidde Ausféierungsbestëmmungen iwwert den Ubau vun transgene Planze fixéieren, ganz gutt geléngen.

Mir haten zwar esou munch Meenungsverschiddenheeten - dat kënt Der och am Schrëftwiesell feststellen - mat der EU-Kommissioun. Mir sinn eis och haut nach net an alle Punkte mat der Kommissioun eens, mä eist Gesetz ass am Endeffekt dach zimlech restriktiv, wat den Ubau vun OGMen ubelaangt. Et ass ganz am Sënn, wéi och hei zu Recht gefrot ginn ass, vum Principe de précaution, dee wichteg ass bei dëser Problematik, an et bitt deene Filiären, déi fréi vu Gentechnik wëlle bleiwen, e gréisstméigleche Schutz.

Dësse Projet de loi baséiert also op dem Principe de précaution; an dat kombinéiert mat enger ganz grousser Transparenz, wat den Ubau vun transgene Kulturen ubelaangt. All Import vu genverännertem Saatgut op Lëtzebuerg muss der Administratioun des Services Techniques de l'Agriculture, der ASTA, matgedeelt ginn. Wann e Bauer wëllt OGMen upflanzen, da muss hien der ASTA zwee Méint am Viraus doriwwer Informatiounen liwweren. D'ASTA publizéiert dann dës Donnéeën, notamment déi exakt geographesch Lokalisatioun. Dat an engem nationale Register, dee permanent aktualiséiert gétt an dee besonnesch iwwer Internet jiddferengem zugänglech ass. Doriwwer eraus dierfen och nëmmen op gepachte Flächen OGMen ugeséit ginn - mir hunn hei am Land jo ronn 50% Pachtland -, wann de Propriétaire säi schrëftlechen Accord dozou ginn huet.

Des Weidere gesäit dësse Projet de loi vir, iwwer e Règlement d'Industofstänn tëscht genmodifizéierten a konventionellen oder biologesche Kulture festzeleeën. Dësse Projet de règlement grand-ducal ka schnell a Kraaft trieden, well e schonns vum Conseil d'État aviséiert ginn ass. Isolatiounsofstänn sinn eng ganz effikass Moosnam, déi net nëmmen d'Kontaminatioun vun den traditionellen Kulture mat OGM verhënnere kann, mä déi och den Ubau selwer vun OGMen ganz staark aschränke wäert.

An der EU gétt et zu dësem Punkt ganz grouss Divergenzen. D'Mindestdistanze variéiere ganz staark an deenen eenzelne Länner. Beim Mais zum Beispill, well dat jo déi eenzeg OGM-Kultur ass, déi iwwerhaapt bis elo duerf an Europa ugebaut ginn, tëscht 25 a 600 Meter. Mir hunn hei zu Lëtzebuerg wëllens, fir de genmodifizéierte Mais Isolatiounsofstänn vu mindestens 600 Meter anzeféieren.

D'Kommissioun an och munch aner Memberstate gesinn dat e bëssen anescht. Si fannen dat, wat mir als Oploe maache wëllen, iwwerdriwwen an och ze vill restriktiv. Mä ech wëll lech soen, zumindest soulaang wéi d'Kommissioun oder besser gesot d'EU keng Schwellwäerter fir déi zoufälleg Verengung vu konventionellem a biologeschem Saatgut - an déi gétt et nach net - mat OGMen festgeluecht huet, wëlle mir un dësse strengen Trennostänn festhalten. Dat heescht konkret zum Beispill, datt jiddferen, dee genverännerte Mais ubaue wëllt oder wëllt, sech esou organiséiere misst, datt säi Mais mindestens 600 Meter vun all anerem Mais, deen net genmodifizéiert ass, ewechbleift.

Lëtzebuerg ass mat senger Mindestdistanz vu 600 Meter beim Mais bei Wäitem méi streng wéi déi meescht aner Memberstaaten. Mir wëllen och de Principe de précaution an deem Punkt weider staark respektéieren, esou wéi d'Chamber dat jo och gären hätt.

Déi Europäesch Kommissioun ass net ganz glécklech iwwert déi grouss Divergenzen,

deé an de Memberstate bestinn, wat d'Koexistenzbestëmmungen ubelaangt. Duerfir gétt deenächst vun der Kommissioun aus e sougenannte Bureau européen de coexistence an d'Liewe geruff. All Land ass an deem Comité, an deem Büro do vertritt. Dëst Gremium soll an enger éischer Phas opgrond vu wëssenschaftlechen Donnéeën speziell Koexistenzmoosname fir de genmodifizéierte Mais ausschaffen. Allerdéngs wëll ech och soen, datt et zurzäit vun der Kommissioun net virgesinn ass, fir de Konklusiounen vun dësem europäesche Koexistenzbüro e rechtlich bindende Charakter ze ginn.

An deem Kontext wëll ech awer drun erënnere, datt Lëtzebuerg säit Joren net nëmme vun der Kommissioun d'Aféierung vu Saatgutschwellwäerter fir d'Présence accidentelle vun OGMen a konventionellem oder biologeschem Saatgut fuerdert, mä datt Lëtzebuerg sech och ëmmer fir europawäit gültig Koexistenzregeln agesat huet. Mir ënnerstëtzen also déi Beméiungen, fir an Europa op e Konsens ze kommen, dee wëssenschaftlech ënnerluecht ass.

Fir erëm op de Projet de loi zrëckzekommen, wëll ech och drop hiweisen, datt et via Règlement grand-ducal och méiglech ass, Mindestentfernung virzegesinn tëscht transgene Kulturen a Beiestäck. Et ass jo hei gesot ginn, datt mer méi laang och iwwert d'Problematik vun de Beien a vum Hunneg diskutéiert hunn. Mir hu wëllens vun dëser Méiglechkeet Gebrauch ze maachen, sollte wëssenschaftlech Erkenntnisser virleien, déi aussoen, datt d'Présenz vun OGM am Hunneg riskéiert iwwert deem festgeluechte Mindestschwellewäert ze leien. Wéi Der wësst, ass 0,9 den aktuell vun der EU festgeluechte Schwellwäert, fir d'Présenz vun OGMen a Fudderemittel oder a Liegensmittel mussen ze kennzeechnen.

Sollt sech des Weidere opgrond vu wëssenschaftlechen Donnéeën erausstellen, datt bei verschiddeenen Aarte vu genmodifizéierte Kulture keng Koexistenz mat Nopeschkulture méiglech ass, dann erlaabt eis dësse Projet de loi, dës bestëmmten Aart vun OGM via Règlement grand-ducal ze verbidden. Ech denken do - an dat ass jo och hei gesot ginn - un éischer Linn un de Raps, wou et trotz deene strenge Mindestofstänn, déi mir virgesinn, opgrond vu villem Ausfallraps ganz schwéier wäert sinn, d'Proliferatioun vum genmodifizéierte Raps ze ënnerbannen.

Zurzäit ass allerdéngs keen transgene Raps an der EU fir den Ubau zougelooss, mä déi Koexistenzklausel do ass virun allem geduecht eventuell, fir och kënne dergéint virzegoen, wann dat sollt anescht ginn. Fir esou Verbueder verlaangt d'Kommissioun wëssenschaftlech gutt motivéiert a gutt ënnerluechte Beweggrënn, déi mer der Kommissioun musse virleieën, fir esou Verbueder kënne auszespriechen a fir datt si och hiren Accord dozou gétt.

De Projet de loi gesäit och vir, datt den Ubau vun OGMen an Naturschutzgebidder ka verbuede ginn iwwer Règlement grand-ducal. Och do ass et déi nämlech Konditioun: Et muss wëssenschaftlech ënnermauert a gutt beluecht ginn, fir datt d'Kommissioun hiren Accord géif ginn.

Dann ass och d'Problematik vum ekonomesche Schued e puermol hei opgeworf ginn. Also wann den Ubau vun OGMen ekonomesche Schued mat sech bréngt, sief dat op Nopeschparzellen oder sief dat bei der Produktioun vun Hunneg, da muss deejéinegen derfir opkommen, deen d'OGMen ugeplant huet, och wann e sech strikt un d'Regele vun Gesetz gehalen huet. Et gétt also eng Responsabilité sans faute oder de plein droit.

Deejéinegen, deen OGMen ubaut, ass fir all ekonomesche Schued, deen duerch déi genverännert Sotplanzen entsteeft, verantwortlech. A fir datt en eventuellen Ubauer vun OGMen an engem Fall vum ekonomesche Schued finanziell net iwwerfuerdert gétt, muss jiddferen, dee genverännert Kulturen ubaue wëllt, entweder eng speziell Assurance ofschléissen, oder awer an de Fonds cotiséieren, dee fir de Schued, deen duerch den Ubau vun OGMen entstoe kéint, opkënn.

Mir wëssen, datt d'Assurancen do relativ retizent sinn, fir esou Assurancen ofzeschléissen. Duerfir hu mer och déi zweet Méiglechkeet, wéi gesot, agefouert, datt ee kann an de Fong cotiséieren.

Lëtzebuerg ass ze kleng, fir esou e Fong ze schafen. Op internationalem Plang gétt et esou Fongen. Da muss een also versichen, sech un esou e Fong unzeshléissen. D'Kommissioun huet jo och begrëisst, datt mer niewent der Méiglechkeet vun der As-

surance och d'Méiglechkeet vun der Cotisatioun an esou e Fong elo virgesinn hunn.

Wéi gesot, duerch dësse Projet de loi schléisse mir eng Gesetzeslück. Zënter véier Joer war et theoretisch méiglech, och wann dat ni de Fall war, zu Lëtzebuerg OGMen unzubauen. Elo kritt dësse potenziell méiglechen Ubau vun transgene Planzen ee gesetzleche Kader, dee contrainant Regeln an Oploen dofir virgesäit. Alles an allem bitt dëst Gesetz deene Baueren, déi näischt mam Ubau vun OGMen ze di wëllen hunn, ee maximale Schutz, dee sengesgläichen an aneren EU-Länner sicht.

Den Ubau vun OGMen zu Lëtzebuerg gétt duerch dat heite Koexistenzgesetz - dat wëll ech och kloer soen - mat Sécherheet net favoriséiert, esou wéi Verschiddene dat wëllen an de Raum stellen; just de Géigendeel ass de Fall.

Ee Wuert vläicht nach zum Gesetzesvorschlag N°5681 vum Här Kox.

Ech mengen, jiddferen ass mat dem Prinzip vun dëser Dispositioun averstanen. Wat den Text ubelaangt, huet den Här Deputy déierte Kox jo a sengem Gesetzesvorschlag dee vum Statsrot virgeschloenen Text wuertwärtlech iwwerholl. D'Regierung huet eng kleng textlech Ännerung virgeschloen, déi vun der Chamberskommissioun d'ailleurs jo och ugeholl ginn ass. Duerfir ënnerstëtzt d'Regierung dësse Gesetzesvorschlag a géif et begrëissen, wann d'Chamber e géif ënner d'vun der Chamberskommissioun virgeschloener Form stëmmen.

E Wuert zur Motioun. Ech wëll hei ganz kloer soen, datt d'Zouloosung vun OGMen ënner der Kompetenz ass vum Gesondheitsminister. Ech denken, datt duerfir jo och den Här Kox versicht huet, mam Gesondheitsminister Kontakt opzehuelen am Kader vun dëser Motioun, well en huet dat net mat mir gemaach. Et ass och richteg esou, well d'Autorité compétente an dëser Matière, wat d'Zouloosungen ubelaangt, ass de Gesondheitsminister.

Mä well mer haut d'Koexistenz geregelt hunn an d'Motioun jo d'Zouloosung am Fong regelen soll, duerfir hunn ech e bësse Problemer, well den Här Fayot huet jo eng Question parlementaire gestallt un de Gesondheitsminister an dëser Problematik, an ech hat gemengt, et wär vläicht dann och gutt gewiescht, fir déi genee Äntwert vum Gesondheitsminister ofzewarden, ier ee sech an esou enger Motioun...

» M. le Président. - Här Minister, Dir misst esou lues zum Schluss kommen!

» M. Fernand Boden, Ministre de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural. - Ech si bal um Schluss.

» M. le Président. - Wonnerbar!

» M. Fernand Boden, Ministre de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural. - Ech hunn d'Motioun matgeholl.

» M. le Président. - Da maacht elo de Schluss!

(Hilarité)

» M. Fernand Boden, Ministre de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural. - Okay.

Et hätt een also, mengen ech, d'Äntwert vum Gesondheitsminister sollen ofwaarden, fir méi Detailler iwwert dës ganz Problematik vum MON 810 nach ze kréien, iwwert déi eraus, déi ech versicht hunn lech ze ginn. Wéi gesot, DÉI GRÉNG hunn an hirer Motioun elo net méi virgesinn, fir de MON 810 ze verbidden, duerch de Réckgrëff op d'Clause de sauvegarde, esou wéi am Fong Greenpeace dat gare gehat hätt. Ech muss och soen, et wär och net logesch gewiescht, dat esou ze maachen.

De MON 810 ass - an dat ass och hei gesot ginn - deen eenzeg erlaabten OGM, deen an der EU kann ugebaut ginn. Wann also elo gefrot gétt, just an direkt nom Vote vum Koexistenzgesetz, wat jo déi ganz Koexistenz soll regelen, datt iwwer Clauses de sauvegarde géif erëm deen eenzeg erlaabte MON 810 zäitweilleg ausser Kraaft gesat ginn, datt dee Verbuet géif iwwer eng Clause de sauvegarde gemaach ginn, da géif am Fong d'Chamber direkt nom Vote vum Gesetz soen: Elo setze mer d'Effete vun dësem Gesetz emol zäitweilleg erëm ausser Kraaft. Ech mengen, et wär e bësse widerspreechlech, wa kuerz nom Vote vum Gesetz d'Chamber gefrot hätt, fir d'Clause de sauvegarde unzewenden, fir...

» M. le Président. - Här Minister, erlaabt Der, datt den Här Kox lech nach eng Fro

stellt? An da misst Der awer wierklech zum Schluss kommen!

**(Hilarité)**

»»» **M. Fernand Boden**, *Ministre de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural*. - Also, Här President, ech war schonns zweemol bal fäerdeg.

»»» **M. le Président**. - Mä den Här Kox wëllt lech nach eng Fro stellen.

»»» **M. Fernand Boden**, *Ministre de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural*. - Et ass an der Rei.

**(Interruption)**

»»» **M. Henri Kox** (*DÉI GRÉNG*). - Här Boden, ganz kuerz, nämlech: Et ass wuel en Ennerscheid awer hei. D'Koexistenzgesetz regelt just d'Koexistenz, wéi d'Wuert scho seet, dat heescht, d'Uplanze vu genmanipuléierten an net genmanipuléierte Planzen. Hei beim MON 810 geet et jo méi wäit, well et ass jo festgestallt ginn, dass et e Problem schafft fir d'Ëmwelt, fir verschidden Insekten, an dass dat misst méi genee ennersicht ginn.

Et ass dat, wat mer verlaange mat där Motioun, dass méi déifgräifend Analyse solle gemaach ginn. Vu dass Lëtzebuerg dat net fäerdeg bréngt, verlaange mer eben, dass mer eis un déi Länner uschléissen, déi dee wëssenschaftleche Background hunn, fir dat kënnen unzuegoen.

»»» **M. Fernand Boden**, *Ministre de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural*. - Jo, Mä Dir wollt méi verlaangen. Dir wollt de Réckgrëff op d'Clause de sauvegarde verlaangen.

**(Interruptions diverses)**

Dir hutt jo gesot, dass Dir d'Regierung do net iwwerzeege kéint. Dat heescht, Dir konnt de Gesondheitsminister net iwwerzeegen.

Wann ech elo einfach interpretéieren, mengen ech, wat de Gesondheitsminister hei géif soen zu där Motioun, déi elo virläit, wou dat gestrach ginn ass, da géif ech soen, déi wär am Fong sans objet.

Well an der Motioun frot Der: «maintenir et promouvoir le principe de précaution».

Dat hu mer ëmmer gemaach, wäerte mer och an Zukunft maachen. D'Regierung huet dat ëmmer erkläert a wäert et och weider maachen.

Dir frot am zweeten Alinea: «intensifier sa collaboration avec les autres gouvernements».

Dat hu mer ëmmer gemaach, wäerte mer och weider maachen. Dat heescht, Dir fuerdert am Fong d'Regierung op, eppes ze maachen, wat se ëmmer gemaach huet.

Wéi gesot, ech wëll hei net soen, Dir sollt derfir oder dergéint stëmmen; d'Chamber soll dat souverän jugéieren. Mä ech mengen dat, wat elo an der Motioun steet, ass am Fong eng Bekräftegung an en Encouragement vun der Regierungspolitik. Wann et esou gesi gétt, hunn ech kee Problem, dass se ka gestëmmt ginn.

»»» **M. le Président**. - Ech soen dem Här Minister Merci. D'Diskussioun ass domadder ofgeschloss a mir komme méi spéit zum Vote iwwert dee Projet de loi.

**(Interruption)**

Mir kommen elo zur Diskussioun vum Projet de loi 5748 iwwert d'Infrastruktur fir den Tourismus. D'Riedezäit ass nom Modell 2 festgeluecht.

**(Interruptions diverses)**

Mir stëmmen awer eréischt méi spéit doriwwer of, Här Wagner.

»»» **Plusieurs voix**. - Firwat dann? Wat ass d'Ursach?

»»» **Une voix**. - Mir sinn dach hei.

»»» **M. le Président**. - Mir stëmmen méi spéit doriwwer of an elo komme mer zum Projet de loi 5748.

**(Brouhaha général)**

Eng Rei vun Äre Kollege sinn an engem Läichendéngscht an ech mengen et ass normal, dass een och e bësselche Respekt huet, dass ee waart bis déi Kollegeen erëm sinn.

**(Interruptions)**

»»» **M. Aly Jaerling** (*Indépendant*). - Här President, ech hunn d'Wuert gefrot.

»»» **M. le Président**. - D'Wuert huet elo den Här Jaerling.

### 3. Ordre du jour

»»» **M. Aly Jaerling** (*Indépendant*). - Här President, ech hunn d'Wuert gefrot zur Prozedur hei. Ech war de Moien an der Conférence des Présidents an do ass gesot ginn, wa genuch Deputéierten do sinn, fir de Quorum ze erfëllen, da soll ofgestëmmt ginn.

Am anere Fall, wann der net genuch do sinn, da soll de Vote reportéiert ginn. Awer wann der genuch hei sinn, ass gesot ginn, soll ofgestëmmt ginn.

Den Här Braz war och an der Conférence des Présidents derbäi, wéi dat do gesot ginn ass.

»»» **M. le Président**. - Gutt, ech war net derbäi. Ech géif just soen, aus Respekt virun deene Kollegeen, déi an deem Läichendéngscht sinn, solle mer herno dee Vote do maachen.

**(Interruptions)**

Et hu sech also zu deem Projet de loi geschriwwen: den Här Schank, den Här Etgen, d'Madame Dall'Agnol, den Här Kox an den Här Henckes. D'Wuert huet elo de Rapporteur vum Projet de loi, den Här Lucien Clement.

»»» **Une voix**. - Vill Respekt virun Ärer Fraktioun, Här President.

»»» **Une autre voix**. - Et wier jiddefalls ze wënschen, dass déiselwecht...

»»» **M. Carlo Wagner** (*DP*). - Här President, wou steet déi Prozedur, déi Dir hei uwennt? Déi steet a kengem Reglement!

»»» **M. le Président**. - Här Wagner, ech mengen, et muss een e bësselche Respekt och virun deenen anere Kollegeen hunn.

»»» **M. Carlo Wagner** (*DP*). - Dir sidd deen éischte President, deen hei eege Gesetzer applizéiert!

**(Hilarité et interruption)**

»»» **M. le Président**. - Sou, Här Bettel, elo huet ganz eleng den Här Clement d'Wuert.

**(Interruption)**

### 4. 5748 - Projet de loi ayant pour objet d'autoriser le Gouvernement à subventionner l'exécution d'un huitième programme quinquennal d'équipement de l'infrastructure touristique

#### *Rapport de la Commission des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement*

»»» **M. Lucien Clement** (*CSV*), *rapporteur*. - Merci, Här President.

»»» **Une voix**. - Et ass traureg, dat do!

»»» **M. Lucien Clement** (*CSV*), *rapporteur*. - Ech weess net, ob ech der DP nach soll e puer Minute loossen, fir sech ze berouegen, ier ech ufänken. Wann dat dann de Fall ass, da géif ech ufänke mat deem Projet 5748, deen elo zur Diskussioun steet.

Geet et? Ass en net un, Här President? Geet et elo?

**(Brouhaha général)**

Ech weess net, ob et elo geet, soss muss ech méi haart schwätzen.

Also, am Projet de loi 5748, deen elo zur Diskussioun steet, geet et ëm d'Exekutioun vum aachte Fënnfjoresplang am Beräich vun den Tourismusinfrastrukturen.

**(Interruption)**

»»» **M. le Président**. - Sou, ech bieden lech ëm e bësselche méi Opmierksamkeet - et ass e wichtege Projet -, fir dem Här Rapporteur Lucien Clement nozelauschteren.

»»» **M. Lucien Clement** (*CSV*), *rapporteur*. - Iwwert den Tourismussecteur gétt am politeschen Alldag an der Regel hei zu Lëtzebuerg net allze vill geschwat an diskutéiert, an dat menger Meenung no awer e bësselchen zu Onrecht. Den Tourismussecteur mat all senge vir- an nogelagerten Aktivitéite steiert dach en net onwesentlechen Deel zum ekonomesche Wuesstum vu Lëtzebuerg bäi. Et gétt geschat, dass den Tourismussecteur am leschte Joer 9,7% vum PIB duergestallt huet. E Prozentsaz, dee laut de regenten Etüde bis 2017 op gutt 10% vum PIB klamme kéint.

Well déi ganz Branche och nach richtig aarbechtsintensiv ass, ass den Tourismussecteur mat Sécherheet och nach e Créateur d'emploi par excellence. Wann ee kuckt, wat an de leschte Joren un Tourismusinfrastrukture bestanen huet, da stellt ee fest, dass 2005 laut den Zifferen vum Projet de loi 2.600 Etablissementer am Sektour touristique bestanen hunn. Si hunn zesummen e Chiffre d'affaires vun net manner wéi 900 Milliounen Euro realiséiert.

Wa mer an den Detail ginn, da stelle mer Folgendes fest, an dat laut Stateg: 2006 hate mer 284 Hotel, Aubergen a Pensiounen a plus/minus 7.474 Better an 100 Campinge mat enger Capacitéit vun 48.000 Persounen. Et fällt awer op, wann een déi Zuele kuckt, dass d'Unzuel vun den Etablissementer lues mä konstant zrëckfällt, anersäits awer d'Capacitéit vun deenen Etablissementer, déi bleiwen, stabil bleiwen, wat heescht, dass deen eenzelne Betrib méi grouss ginn ass.

D'Unzuel vun den Iwwernuechtungen an den Hotel, Aubergen, Pensiounen, Jugendherbergen a Campinger ass an de leschten zéng Joer op 2,7 Milliounen geklommen, mat engem Duerchschnittsopenthalt vu knapp zwou Nuechten an der Hôtellerie a 5,5 Nuechten an de Campingen. Dës Zuele waren iwwert déi dräi lescht Jore plus/minus awer konstant. Schätzungen no schaffen eng 25.000 Persounen direkt oder indirekt an deem Sektour. Eng Zuel, déi bis 2017 op 32.000 Leit an d'Luucht goe soll.

Dat, Här President, si mat Sécherheet ganz impressionnant Zuelen, deenen ee sech net ëmmer esou bewosst ass, wann een hei zu Lëtzebuerg iwwer Tourismus schwätzt. Mä et sinn Zuelen, déi awer d'Wichtigkeet vun deem Sektour an eiser nationaler Ekonomie op eng ganz effikass Manéier dätlich maachen an déi statistesch och beluecht sinn.

De Sektour vum Tourismus ass an deene leschte Jorzéngten aktiv an intensiv vum Stat duerch déi successiv Fënnfjorespläng begleet a geförderd ginn. Déi verschidden uneneegereite Fënnfjorespläng hunn zënter 1973 den Tourismus a sengem Développement geförderd an hu gehollef, him dee Stelleväert ze ginn, deen hien haut huet. Mir ginn duerfir och am Ausland zu Recht geschätzt a respektéiert.

Dat heescht awer net, oder dat soll awer net heeschen, dass een elo alles erreecht huet a mat deem Erreichte soll zefridde sinn. Mir befannen eis hei zu engem groussen Deel am Sektour privé. Do gétt et keen Ausrouen op de Lorbeeren. Do muss ee sech ëmmer erëm an all Dag nei bewiesen an et muss ee sech och all Dag d'Fro stellen: Wat kann ech besser maachen, oder wat hunn ech net richtig gemaach?

Fir mat der Evaluatioun an deem Sektour matzehalen, mussen ëmmer nei innovativ Iddien op den Dësch kommen, dat souwuel vu staatlecher Säit wéi selbstverständlech och aus dem Privatsecteur selwer. Dës Iddië géllt et dann en musique ze setzen an duerfir ass esou e Fënnfjoresplang e ganz geeegent Instrument a stellt mat Sécherheet och e ganz geeegente Kader dozou duer.

Wann een elo déi verschide Fënnfjorespläng analyséiert, gesäit een, wéi den Tourismus hei zu Lëtzebuerg um nationalen, regionalen a lokale Plang an deene leschte 35 Joer evoluéiert huet.

Duerch deen éischte Fënnfjoresplang, dat war 1973, hunn d'Gemengen an d'Syndikater Subventionne vun Stat kritt, fir Equipeementer an nei Infrastrukturen ze realiséieren. Et ass schonn deemools erkannt ginn, dass mer e groussen Nachholbedarf am Beräich vun deenen Infrastrukturen haten.

Am zweete Fënnfjoresplang gouf et zousätzlech zu deem, wat ech virdu gesot hunn, och Hëllef fir d'Hôtellerie, wann d'Hôtellerie sech moderniséiert, rationaliséiert oder erweidert huet.

1983 sinn dunn awer zwou nei Zilsetzungen derbäikomm. D'Subventiounen goufe verdeelt fir den Aménagement vu Gîtes ruraux a fir d'Konseervatioun an d'Mise en valeur vun eise nationale kulturelle Patrimoine.

Am véierte Plang si véier nei Initiativen derbäikomm: finanziell Hëllef fir Privatpromoteuren, déi Projete realiséieren, déi eng regional Wichtigkeet hunn; Hëllef fir d'Konstruktioun an der Hôtellerie oder fir privat Campingen, an zu gudder Lescht Hëllef fir d'Syndikater, déi sech informatiséiert hunn oder sech anert audiovisuellt Material ugeschafft hunn.

Am fënnfte wéi och am sechste Plan quinquennal gouf de Recommandatiounen vun der ETI-Etüd vun 1992 Rechnung gedroen, déi deemools eisen Tourismussecteur analyséiert hat a wou och eng ganz Rei vu

Richtlinien a Suggestiounen festgehalen goufen.

Esou ass zum Beispill festgehalen ginn, dass mer hei zu Lëtzebuerg en Tourismussecteur wëllen hunn, deen d'Liewensqualität an d'Qualitéit vum Tourismus selwer als prioritär ugesäit. D'Qualitéit an d'Durabilitéit sinn also Stéchwierder vun eise Tourismus ginn. Den Akzent gouf virun allem op Kongress- a Kulturtourismus geluecht.

2001 huet den Tourismusminister Fernand Boden eng nei Etüd beim ETI, dem Europäeschen Tourismus Institut op der Uni Tréier, an Optrag ginn, an dat fir ze kucken, wéi den Tourismussecteur sech bis dohinner entwéckelt hat. Dës Etüd beschäinegt, dass d'Zilsetzungen, déi ufanks den 90er Jore gesat goufen, zu engem groussen Deel erreecht gi sinn. Souwuel déi infrastrukturell Offer wéi d'Equipementen kruten en internationalen Niveau vun där Etüd do attestéiert.

Op där anerer Säit seet dës Etüd awer och, dass nach zousätzlech Efforten ze maache sinn, wat d'Organisatioun, d'Formatioun an de Marketing vun an am Tourismus ugeet. Esou goufen zum Beispill d'Schafe vu regionalen Tourismusagencen oder den Développement vu spezifesch Formatiounen proposéiert. Deene Propositionen an aneren Iddië si mer am siwente Fënnfjoresplang nokomm. Konzepter an Etüde sinn ausgeschafft ginn, fir e Stéck méi Professionalismus an den Tourismussecteur eranzebréngen.

Här President, deen nei Fënnfjoresplang befaasst sech mat der konkreter Ëmsetzung vun deese Konzepter an Etüden. Selbstverständlech ginn all déi Projete weiderfinanziéiert, déi fir den 1. Januar 2008 nach net fäerdeg gestallt waren an déi hiren Ursprung am siwente Fënnfjoresplang haten a souzesoen à cheval mat deem nei Fënnfjoresplang leien.

Ausserdeem gétt et méiglech, eng Rei Projete finanziell ze begleeden, dat net nëmmen um Investissement vun den Infrastrukturen, mä och un hirem Fonctionnement. Dat Gantz geschitt en vue vun engem méi groussen Professionalismus an deem Sektour. Y compris déi lokal Tourismussyndikater. Deesen nei Plang couvréiert d'Joren 2008 bis 2012 an huet eng Enveloppe ze finanzéieren vun net manner wéi 50.296.000 Euro. Dat ass eng Augmentatioun par rapport zum leschte Fënnfjoresplang vu 34%. Eng Augmentatioun, déi eise Tourismus wäert an deenen nächsten fënnf Joer mat Sécherheet ganz gutdoen.

Well et sech awer hei ëm eng ganz zolid finanziell Enveloppe handelt, wëll ech dann net nëmmen de Ressortminister Fernand Boden dofir begléckwënschen, mä ech wëll och dem Budgetminister Luc Frieden mat Merci soen, dass hie sech dorunner bedeelegt huet. Dat beweist och, dass d'Tourismusbranche e gewëssene Stelleväert an der Regierung genéisst.

Des Weidere sollen dës Suen ënner anerem an d'Modernisatioun an an den Ausbau vun den Tourismusinfrastrukture fléissen. Nei Projete si virgesinn: esou de Bau vun enger neier Schwämm am Osten; d'Moderniséierung vun de Schwämme Réimech a Gréiwemaacher; och nach de Bau vun enger Jugendherberg am Minett, oder d'Revalorisatioun vum Mäerchepark zu Beetebuerg, fir nëmmen déi puer hei ze nennen. Nieft dese Projete ginn awer och Moderniséierungsefforten an der Hôtellerie, de Jugendherbergen an de Campingen ënnerstëtzt, geneesou wéi weiderhi Fonctionnementsfraisé bei verschiddene Projete kënnen iwwerhol ginn.

Nei ass awer, dass duerch dëst Gesetz och Investissementer a Qualitätzertifikatiounsprogramme ënnerstëtzt ginn. Hei geet et kloer drëm, d'Qualitéit am Tourismus ze verbesseren an dat weiderzeféieren, wat säit den 90er Joren am Tourismus amgaangen ass.

Ech kënn elo nach laang weiderfueren an am Detail alles erzielen, wat duerch deen nei Fënnfjoresplang am Beräich vum Tourismus soll ëmgesat ginn. D'Applikatioun vun deem Fënnfjoresplang gétt ganz genau an deene verschiddene groussherzogleche Reglementer beschriwwen. Dës Reglementer waren och beim Projet de loi annexéiert. Hei ka sech jiddferen en exakt Bild maachen, wéi déi nun awer trotzdem

héich Finanzen wäerte verdeelt ginn a wien ënner wat fir engen Emstänn a Konditiounen dovunner profitéiere kann.

Souwuel d'Chambre de Commerce wéi och de Statsrot begrëssen alle béid dése Projet an ënnersträichen an hire jeeweilegen Avisen d'Wichtigkeet vun deem Instrument fir den Dévelopement vun der Tourismusbranche. Déi eenzeg Kritik, déi d'Chambre de Commerce mécht, betrëfft dee Punkt, dee seet, dass bei verschiddene Bauprojekte wéi beim Iwwerhuele vum de Fonctionnementsfräis verschidden Tauxen ugewannt ginn, wann et sech ëm Frais privés oder Frais publics handelt. Si plädéiert an hirem Avis fir en eenheetlechen Taux, egal ob den Initiateur d'öffentlech Hand oder e privaten Investisseur ass.

D'Kommissioun huet doriwier laang diskutéiert, ass awer net onbedéngt d'arselwechter Meinung wéi d'Handelskummer, well et sech bei deem méi héijen Taux de subvention dach éischer ëm Investissementer oder Projeten handelt, wou den Investisseur privé net onbedéngt ganz schaarf drop ass, fir esou Projeten ze realiséieren. Si sinn einfach finanziell net interessant fir de Privatsektor an duerfir och net realisabel mat engem Taux de subvention, wéi en an de Classes moyennes nun eben üblech ass a wéi en och vu Bréssel an deem Sektour virgi gëtt.

À titre d'exemple wëll ech do just déi touristesch Infrastrukturen zu Munzen oder zu Rémeleng zitieren. Et geet hei eenzeg an eleng drëm, dës Infrastrukturen ze hale mat dése méi héije Subventiounen. Et geet mat Sécherheet net drëm, dass den öffentleche Sektour hei soll a privat Konkurrenz mam Sektour privé trieden.

Här President, d'Kommissioun begrëisst dése Projet de loi a proposéiert duerfir der Chamber och den Text an där virleieder Form ze stëmmen. Als Rapporteur soen ech Merci fir d'Nolauschteren a wënsche mer selbstverständlech, dass dése Projet en héijen Taux vun Zoustëmmung kritt.

Ech soen Iech Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Ech soen dem Här Lucien Clement Merci. Als éische Riedner ass den Här Marco Schank agedroen. Här Schank, Dir hutt d'Wuert.

**Discussion générale**

» **M. Marco Schank (CSV).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, mir stëmmen haut iwwert den aachte Fënnjoresplang fir den Tourismus fir d'Period vun 2008 bis 2012 of. D'Progressioun ass ganz däitlech. De Rapporteur huet et gesot: 34% Progressioun. Dat mécht eppes iwwer 50 Milliounen Euro insgesamt. Wann dee siwente Fënnjoresplang gehollef huet, fir eng Rei Viraussetzungen ze schafen, dass mer nei Strukturen am Tourismus kréien - ech soen herno e puer Wuert dozou -, da wäert dése Fënnjoresplang hëllefen, dës Strukturen an d'Praxis ëmzesetzen.

Ech gräifen ee vun de leschte Sätz op vum Kolleg Lucien Clement, nämlech dee vun der Qualitéit: qualité de vie et qualité du tourisme. Ech mengen, dass dat e Leitmotiv vun eisem Tourismus ass. Dat ass och d'Leitmotiv vum Koalitionsaccord, wou eng Rei wichteg Politikfelder drastinn.

Am Kontext Tourismus ginn ech vläicht e puer Stéchwierder: d'Schafe vun attraktive Produiten; d'Verbessere vum Marketing - eppes, wou mer stänneg dru schaffen -; effikass Strukturen; dann ee ganz wichtege Sujet, d'Dimensioun Kultur an der touristescher Offer no 2007 verstärken, mat der Abëtzung vun der Groussregioun - dozou wollt ech méi spéit eppes soen -; dann natierlech d'Klassifizierung; iwwerhaupt een nohaltegen Tourismus entwéckelen, wou de ländlechen Tourismus och ee vun de Problemerkänner ass de Moment. Och dorop wëll ech zrëckkommen.

Just am Ufank, Här President, zwou, dräi Zuele vum Statec. Zwou positiv Zuele virwech. Déi éisch ass déi, dass nach ëmmer - do freeë mer eis all driwwer - vill Touristen op Lëtzebuerg kommen. 2006 louch Lëtzebuerg mat 352 Arrivéee pro Kilometer carré an Europa an éischer Plaz. Duerno kommen Holland an Zypern mat 258 respektiv

242 Arrivéeeën. Datselwecht 2006, wann een den Tourismus europawäit kuckt. Bei den Arrivéee pro Awunner läit Lëtzebuerg u fënnefer Plaz no Island, Zypern, Eisträich a Kroatien.

Ech widerhuelen déi Zuelen net vum Lucien Clement. Insgesamt ginn d'Arrivéeeën an d'Luucht vun 2004 bis 2006; d'Nuitéee gi llicht erof. Mir sinn nach ëmmer op engem héijen Niveau, awer - an dat muss een och däitlech soen - mir hu regional ganz grouss Ënnerscheeder a mir hunn an deene verschiddene Segmenter ganz grouss Ënnerscheeder. Wann ech de Business-tourismus huelen an ech huelen de Fräizäittourismus, hu mer effektiv grouss Ënnerscheeder. Dozou nach e puer Wuert.

Wann ech d'Hotele kucke vun 2005 bis 2006, da gi mer an den Ardenne beispillsweis vun 160.000 op 148.000 erof, am Mëllerdall, der Petite Suisse, ëmmerhi vun 103.000 op 89.000. Do muss ee reagéieren.

Vläicht ee Saz zum Tourismus an der Hauptstadt. Mir kënnen frou sinn, dass mer an der Stad Lëtzebuerg mam LCTO insgesamt eng Lokomotiv hu fir eisen Tourismus. Et ass e ganz ausgeprägte Citytourismus, dee ganz professionell a ganz clever organiséiert gëtt. Et soll een och eng Kéier däitlech soen, dass do gutt Aarbecht gemaach gëtt.

Ech wollt awer dann op déi regional Ënnerscheeder kommen, déi ech virdru schonn ugedeit hunn. Wa mer den Tourisme de loisirs huelen, also de Fräizäittourismus insgesamt, zum Beispill an den Ardennen an am Mëllerdall, der Petite Suisse - muss ee jo elo derbäisoen -, awer och op Dealer vun der Musel respektiv am Äischdall, da muss ee sech awer eng Partie Froe stellen. Et muss een och eng Partie Äntwerten op déi Froe fannen.

Deen Tourismus ass natierlech ganz staark geprägt duerch de Campingtourismus. En ass natierlech doduerch och méi staark widerofhängeg. Bei de Campinge gëtt et och grouss Ënnerscheeder, awéiwäit d'Betribber investéieren. Ech wollt op jidde Fall soen, dass mer weider Investissementer souwuel am Indoor- wéi am Outdoorberäich brauchen.

Ech bleiwen ee Moment beim Outdoor. Beim Nordic Walking si mer frou, dass mer elo och Parken hunn. Et huet awer ganz laang gedauert bis mer déi iwwert d'Land verdeelt haten; mir erëm eng Iddi ze laang. Si sinn awer ganz gutt gemaach. Da ginn et och ëmmer weider Héichseelgäert. Si investéieren. Dat ass gutt. Wann ech iwwerhaupt d'Adventure-Aktivitéite kucken am Tourismus, da geschéien eng Partie Saachen. Wou een natierlech frou wier, dass wier wa mer beim Canoë-kayak och géife Solutione fannen; eng definitiv Regelung, wou déi Leit, déi do investéiert hunn oder investéiere wëllen, och genee wëssen, wou se dru sinn.

Bei den Indooraktivitéite gëtt elo awer déi lescht Zäit relativ vill investéiert. Ech denken u Schwämmen, Erlebnisbäder, Spillplazen, Bowling. Dat heescht, Spillplazen ënnerdaach natierlech, eng Partie Attraktiounen brauche mer, besonnesch wa mer wëllen och de Familientourismus ukuerbelen; dozou wollt ech herno nach eng Proposition maachen.

D'Acteuren am Tourismus maache sech also ganz vill Gedanken am Kontext Fräizäittourismus. Am ONT an an den ORTen, déi nei gegrënnt goufen, zesumme mam Ministère, sinn d'Viraussetzunge geschaf gi fir eng Stärkten-Schwächen-Analys an deem Kontext, besonnesch wéi gesot Ardennen, Mëllerdall, kleng Lëtzeburger Schwäiz, an och Musel, Äischdall, fir och do d'Stärkten erauszesträichen, an ech wäert och gläich eppes zu de Stärkte soen.

Déi ass am ländlechen Raum natierlech d'Landschaft. Dat sinn d'Produiten am ländlechen Raum, dass ass awer och de kulturelle Patrimoine insgesamt, de geschichtlechen, den architektonesche Patrimoine. Och do hunn d'Naturparken däitlech gemaach iwwer europäesch Projeten, dass se wëllen en neit Leitbild dobause propagéieren, dass ee seet, verstärkt Aktiv- a Genossregioun ze ginn; eppes wat och op der Musel en Deel-Leitbild elo schonn ass oder probéiert gëtt ëmzesetzen. Ech mengen, dass een dat brauch, an dozou natierlech awer och eng zesummenhängend Vermaantung.

Nei Strukturen, ech hunn et gesot, den 22. respektiv de 24. Oktober sinn den ORT-Ardennen respektiv den ORT-Mëllerdall gegrënnt ginn. Eng laang Forderung vu ville Leit am Tourismusberäich, well mer e Strukturproblem haten, wou awer elo déi Lücken zum Deel combléiert ginn.

Mir haten de Problem, ech widerhuelen dat nach eng Kéier, dass mer den ONT hunn, deen awer net do ass fir touristesch Politik

an Entwécklungen ze maachen, mä an éischer Linn do ass fir Promotioun ze maachen - esou steet et an de Statuten -, währenddem de Ministère fir déi entsprecheend Politik zoustänneg ass, an deréischent feelt et oder huet et och ëmmer gefeelt un entsprecheden „task force“n, net nëmme an de Regiounen, mä och iwwergräifend.

Zumindest dat ännert sech elo. Elo ginn d'Kräfte gebündelt, elo sätzen all d'Acteuren an engem Dësch an net jiddferen a sengem Eck mécht seng Zëppchen. Dat ass awer e Fortschritt, och wa mer nach net do sinn, wou mer gär hikommen, mä ech mengen, dass et awer e ganz wesentleche Fortschritt ass, dass een net nëmme déi éierenamtleche Acteuren, mä och déi professionell Acteuren zesummen an engem Dësch huet.

Ech widerhuele se nach eng Kéier: d'Syndikater natierlech duerch hir Ententen, d'Gemengen, d'Stied, d'Naturparken a virun allem och de Sektour professionnel, deen do mat um Dësch sëtzt, wéi Horesca, Camprilux a wéi se alleguerten heeschen am Hébergement.

Effikass Strukturen, dass ass een Deel vun där däitlecher Opdeelung vun den Aufgaben, déi och den ETI scho viru Jore verlaangt huet. Duerfir mengen ech, dass mer do virukommen.

Och ee Saz nach zu den Naturparken. Ech hu viru knapp zwou Joer gesot, dass am Mëllerdall sech eppes deet, am Mëllerdall, där klenger Lëtzeburger Schwäiz. Ech mengen, dass do elo ganz flott Effortë gemaach ginn, och um Niveau vun dem Leadergrupp, dass dee ganz vill Impulser bruecht huet an deem Eck an dass eben och lues a lues den Naturpark am Mëllerdall eben op d'Schinn kënn.

Ech wollt dann och eng konkret Proposition maachen, wat ech mengte wat de ländlechen Tourismus kéint dynamiséieren. Dat ass d'Iddi fir am Kontext Familientourismus déi eng oder aner Initiativ ze huelen. Famillje mat Kanner, déi sichen Destinatiounen mat Landschaft, mat Natur a virun allem eben och mat Indoor-Aktivitéiten. D'Proximitéit zu groussen Agglomeratiounen, direkt un eise Grenzen, gëtt eis do e wichteg Atout. Et gëtt eng Partie auslännesch „tour operators“ an och Éditeuren, déi soen: Mir wëllen esou e Segment vermaarte fir d'Familljen.

Och wann ee mengt, dass Lëtzebuerg an éischer Vue manner Offeren do hätt, muss een awer soen, dass Offer do ass. Et muss ee se just entsprechend bündelen a se dann och richtig ureegen, d'Kreatioun ureege vun engem spezielle Label, eppes wat et schonn am Ausland gëtt, esou eng Aart Familiengütesiegel, wat een aus dem Ausland kennt. Zum Beispill déi Familljen, déi scho viru Joren an och haut nach an d'Schwäiz, an Eisträich, an Däitschland ginn an déi Familljenhotels, an déi Kinderhotels, wou et an Zwëschenzäit Verbänn gëtt, déi déi Kritären ëmmer erëm a jour setzen, déi een do muss erfüllen, wann een ee Betrib aus dem Hébergement ass, ob dat elo Camping ass oder Hotel oder Auberge, fir deem ze entsprechen.

Dat kann een net eleng maachen. Do brauch een d'Acteuren alleguerten. Do brauch een och d'Hëlef vum Ministère, wou een d'Modalitéite studéiert, fir d'Viraussetzungen ze schafe vun esou Konzeptionen, vun där Mise en place vun esou engem Label. Duerfir dat, wéi gesot, als Ureegung, mat u Formatioun gebonnen. Ähnlech wéi et elo beim Q-Label leeft, Formatioun vun de Betriben an dann och en entsprecheden Accueil an alles wat dodrunn hânt, fir dat ze professionaliséieren.

Ech mengen, dass ee vum Familientourismus och séier bei de Campingen ass. Ech wollt och eppes zu dem Campingtourismus soen. Do ass an der Vergaangenheet Gott sei Dank eng substanzuell Verbesserung a Richtung Qualitéit geschitt.

Ee Saz just och zum Campingcar-Tourismus: D'lescht Joer 2007 war dat éischt Joer, wou méi Campingcaren ugemellt goufe wéi Caravanen. Dat heescht, et muss een de Betriben soen, hei passt op, vergiesst net, dass der spezifesch un déi Clientèle denkt, well dass ass eng Clientèle, déi ganz dacks relativ vill Suen am Porte-monnaie huet an och dann doduerch eng Partie Sue bei eis géif loossen.

Dann ee Saz nach zu der Refinanzierung vum Tourismus. Ech ginn elo net op d'Evaluatiounsetud vum ETI vun 2001 an, si ass virdru schonn ugeschnidde ginn. Mä eppes zur Refinanzierung. Do ass et wichteg, dass mer endlech och Modellen ëmsetzen. Et geet net duer fir vu Modellen ze schwätzen. Et héiert ee sech jo ëmmer déiselwech Saache soen.

Zumindest si mer elo méi wäit, wéi déi Motioun, déi mer viru zwou Joer adoptéiert hunn, dass d'ORTen, déi ganz kloer en Optrag hunn an - ech ginn elo net op déi zwee Modeller an -, mä mer zwee Modeller och um Dësch leien hunn, fir verstärkt och déi verschidden Acteuren, ënner anerem och d'Gemengen, de Stat souwisou, mä och d'Betriben, iwwert hir Vertriidungen, an dat Boot ze kréien. Well fir mech mécht eng Taxe touristique nëmme Sënn, wann een dee ganze Sektour, dee vum Tourismus profitéiert, och mat an d'Boot kritt.

Dat ass net einfach. Dass ass duerch den Inhalt, wat ee gäre fäerdeg bréngt, net einfach, an doduerch brauch dat méi laang. Ech mengen awer, dass d'ORTen dat dote kéinte fäerdeg bréngen, fir en eenheetleche Modell op den Dësch ze kréien.

Ee Saz zum professionelle Guidage, well dat esou wichteg ass; just zwou Zuelen. Émmerhin, an der Stad huet den LCTO 2007 252.000 Participanten an de geféierte Visité gehat. Dass sinn der enorm vill. Dass ass ëmmerhin och eng Progressioun vu 50.000 Visiteure par rapport zu 2006. D'A.s.b.l. Guides du Nord huet ëmmerhin 2007 iwwer 22.000 Touriste guidéiert. Dass ass eng Progressioun. Dass weist, dass mer eng professionell Betreuung vun den Touristen brauchen, well déi dat froen, an och d'„tour operators“ froen dat.

Ech wollt dann zu engem anere Segment kommen. Ech hu vum ländlechen Tourismus, vum Fräizäittourismus a vum Bannentourismus geschwat. De Business-tourismus - just ee Saz dozou, obwuel mer immens frou kënnen sinn, dass mer deen hunn -: Den ONT huet virun engem Joer eng Émfro gemaach. Do ass dann erauskomm, dass net manner wéi 48% iwwert d'ganz Land Business-touriste sinn. An der Stad an am Süde 70 bis 80%. Do profitéiert och Munnere, fir een Uert ze nennen dovunner. Natierlech ass et ee wichtege Piler, deen och mam Bankesektour direkt zesummenhängt.

Ech wollt mech dann nach méi laang awer beim Kulturtourismus ophalen. 2007 ass laansch an där awer och net laansch sinn. Den definitive Bilan steet nach aus. Dir wësst, dass eng Etüd amgang ass gemaach ze ginn; déi wäert och deemnächst op den Dësch kommen. Gutt, déi Zuelen, déi kennt Der: 2,5 Milliounen Visiteuren, 450 Projekte mat 5.000 Manifestatiounen.

Ech mengen, dass d'Zesummenaarbecht zwëschen der Kultur an dem Tourismus nach ni esou enk war, wéi eben dat lescht Joer, am Virfeld an och elo weider, an d'Kooperatioun zwëschen deene béide misst stänneg an nohalteg verbessert ginn, wa mer Lëtzebuerg als kulturtouristesche Destinatioun méi staark wëlle positionéieren.

Mir hunn aussergewéinlech Infrastrukturen. Ech brauch déi net opzezielen. Dass geet vun der Philharmonie iwwert de Mudam, d'Stater Muséeeën - déi genial sinn op engem relativ klengen Territoire -, d'Rockhal, de CAPE, de CUBE douewen zu Munzen, alles dat gëtt eis eng Partie Méiglechkeeten. Mä et wier awer och gutt, wann déi Kulturhaiser an all déi, déi ech genannt hunn an nach aner, och géife verstärkt op spezialiséiert Salone goen an och sech an enger Partie Reesprogrammer vun deene spezifesch „tour operators“ erëmfannen, déi Kulturreesen organiséieren.

An dann, mäin Dadda, ech soen et nach eng Kéier: Et ass wichteg, dass all déi Kontakt, déi Netzwerker, déi opgebaut goufen 2007, dass dat bestoe bleibt, dass ee sech déi Moyenen dofir weiderhi gëtt. Ech si frou, dass déi politesch Verantwortlech och gesot hunn, si géife sech an der Grande Région weider treffen. Dass ass enorm wichteg an do hânt nach eppes drun.

Do hânt déi Incoming-Agence drun, déi mer jo kruten, deen „tour operator“ duerch 2007, eng laang Forderung och vun engem ONT a vun anerem Acteuren. Ech kéint mer virstellen, dass een esou en „incoming operator“ kéint an engem Groupement économique agliddere mat all de Partner, dem Ministère an - wéi se alleguerten heeschen - d'Horesca, d'Luxair, d'CFL, Luxexpo, fir dass een esou en „tour operator“ bestoe léisst an effektiv dat fäerdeg bréngt, wat mer viru zwou Joer och an enger Motioun hei gestëmmt hunn am Kontext Kulturjoer. - Natierlech soll een awer d'Evaluatioun ofwaardnen.

Ech erënnern och un déi iwwer 20 spezifesch Moosnamen, déi den ETI als Virbereedung vum Kulturjoer op den Dësch guelecht huet. Doraus ass eng Moosnam och elo viru kuerzem ëmgesat ginn: Dass ass den Innovatiounspräis am Tourismus, deen och Impulser soll ginn, fir innovativ am Tourismus ze wirken, mat Konzepter, neie Projeten an esou weider. Mir hoffen, dass dat och dee Rôle spillt, dee mer eis do virstellen.

vläicht ee Wuert zum kulturellen Event-Tourismus. Wann ee kuckt, datt d'Konstantin-Ausstellung zu Tréier deenen Tréierer 50.000 Nuiteeë mat 250.000 Visiteure bruecht huet, dann ass dat enorm. Héichwäertege kulturellen Event-Tourismus ass och bei eis méiglech an huet e grousst Potenzial, wann ech un de Willibrord denken, dee mer feieren, wann ech u Veianen denken an aner Events, déi et gétt, besonnesch och am Kontext mat der UNESCO, mat zum Beispill der Festung Lëtzebuerg, mat der Sprangprozedioun, mat dem Mëllerdall - der Petite Suisse - oder och der Family of man. All dat géllt et effikass ze vermaarten, an do sinn a mengen Aen eng ganz Partie Reserven dran.

Wann een déi Ëmfroe kuckt, déi mer fir 2007 gemaach hunn, da gétt d'äitlech, datt ëmmerhi landeswäit 33% vun den Hotele gesot hunn, si hätte vum Kulturjoer profitéiert. An der Stad waren et iwwer 70%. Wann een da weess, dat d'Segment Kulturtourismus nëmme 14% international ausmécht, ass dat scho ganz erheblech.

Den Internet ass net nëmme nach wie vor, mä gétt nach ëmmer méi wichteg, well en nach ëmmer net voll ausgenutzt gétt am Tourismusberäich. Och do eng Zuel: 400.000 Reesen op Lëtzebuerg sinn 2006 iwwer Internet reservéiert ginn. Also, sech informéiere mécht de Gros vun de Leit, awer dat ass d'Zuel vun de Reesen, déi reservéiert gi sinn.

Op d'LuxembourgCard wëll ech net weider agoen. Dat ass nach wie vor eng „success story“, wat gutt ass, a wou et och gutt ass, datt mer d'Groussregioun zimlech vun Ufank u mat abezunn hunn.

Ech wollt awer nach ee Moment beim Vëlostourismus bleiwen. Och dat ass ee ganz wichtegt Segment an do sinn an der Vermaartung nach Verbesserungen op jidde Fall méiglech. Ech si frou, datt zënter Dënschdeg, hunn ech mer soe gelooss, op dem Ministère vun de Classes moyennes eng Demande läit fir d'Grënnung vun enger neier Sociéitéit, fir ebe genau dat ze maachen, wat dacks feelt: d'Plangen, d'Ausschaffen, d'Organiséiere vu Vëlostier, d'Vente vu Vëlostier mat Accessoiren, souwuel bei de Randonnéeë wéi och beim Vëlostgeschier selwer, a Verbindung och mam Wandertourismus. Ech hoffen, datt an deenen nächste Méint dann déi Entreprise do och wäert schaffen. Et ass gutt, datt d'Privatwirtschaft sech dem Sujet Vëlostourismus unhëlt.

Ee Wuert nach zum „Dynamic Packaging“ - eppes, wat ëmmer méi wichteg gétt. Dat ass, Dir kennt dat, déi client-orientéiert Zesummesetzung vun Deeler vun enger Rees, esou e Baukastensystem, wou een eng Rei vu Kontingenter huet fir de Fliger, den Hotel an esou weider. Och do muss mer matspillen, dat heescht, datt een e Mix brauch vu Points d'attrait, Gastronomie, Kultur, Sport an Natur, wat een och als „Package“ kann ubidden.

Op de Q-Label wëll ech net weider agoen, well dat soss ze laang gétt. Ech huelen un, datt de Minister dat mécht. Dat ass eng ganz flott Saach. Vill Betriber maachen do mat. Dee Q-Label ass nom Schwäizer Modell konzepéiert ginn, deen d'Evaluatioun vu Soft- an Hardware beinhalt a wou och d'Mataarbechter forméiert ginn, fir dem Client entsprechechend den Accueil ze maachen, wat enorm wichteg ass, gekoppelt un „mystery checks“ an dat, wat och soss do noutwendeg ass.

Wat eng gutt Noricht ass, dat ass och, datt d'Fiche-d'hébergement deennächst kommen. Och eng laang Fuerderung. Ech hu mer soe gelooss, datt de Projet prett ass an datt en aller Viraussicht no Ënn Februar wäert kënnen hei an der Chamber gestëmmt ginn.

Firwat ass deen esou wichteg? Ma, well een d'Fiche d'hébergement brauch, fir eng uerdentlech Maartfuerschung ze maachen, an duerfir si mer frou, datt dat och elo kënn.

Zum Schluss ee Saz zur Kooperatioun um Benelux-Niveau, well ech déi och als ganz wichteg ugesinn an déi onbedéngt soll oprechterhale ginn. Ech wënsche mer och, datt am Kontext vun der Neiausschaffung vun Benelux-Traité d'Kooperatioun um touristesche Plang net vergiess gétt.

Här President, ech hu probéiert, ee kuerzen Iwwerbléck ze ginn. Ech mengen och, an dat wollt ech positiverweis soen, datt de Ministère mat den Acteure verstanen huet, am Virfeld vun 2007 an och während 2007 Lëtzebuerg dobausse richtig ze positionéieren an och eng Aart nationale Profil ze gi fir eis Destinatioun. Dat ass immens wichteg gewiescht. Méi kompetitiv kënnen mer sécher och nach ginn a muss mer och ginn.

Ech wëll awer soen, datt mer 2005 eng gutt Note krute vum World Economic Forum,

wou mer déi néngte Plaz weltwäit ageholt hunn, wat d'Wettbewerbsfähigkeit am Tourismus ubelaangt, ëmmerhin nach viru Frankräich, Spuenien an emol eng Kéier viru de skandinavische Länner - dacks ass et jo ëmgekéiert.

Am Résumé ganz kuerz: Mir brauche weider eng konsequent Professionaliséierung an alle Beräicher, e Qualitätsmanagement fir d'Betriber - ech hunn dat gesot - respektiv och fir d'Points d'attrait an eng konsequent Offer an der Animatioun an och an der Betreiwung vun den Touristen, well dat ëmmer méi gefrot gétt.

Eppes, wat mir ëmmer wichteg ass, ech héiere mech och dat ëmmer erëm soen a soen et dann och nach eng Kéier zum Schluss, dat ass d'Kooperatioun tëschent den Acteuren. Dat ass eng ganz wesentlech Geschicht. Dat ass net ëmmer esou einfach, ech weess dat, an trotzdeem muss mer ëmmer erëm kucken, datt mer dat fäerdeg kréien.

Ganz zum Schluss wollt ech den Accord vu menger Fraktioun zu deem Projet de loi ginn. Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Ech soen dem Här Marco Schank Merci. Als nächste Riedner ass den Här Fernand Etgen agedroen.

Ech wollt lech just drop opmierksam maachen, datt mer no der Interventioun vum Här Etgen iwwert de Projet de loi an d'Proposition de loi wäerten ofstëmme, esou géint Véierel vir sechs.

» **M. Fernand Etgen (DP).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, viwech géllt en oprichtege Merci dem Rapporteur vum achte Fënnfjoresplang, dem Här Lucien Clement, fir säin engagéiert virgedroene mëndleche Rapport a säi prezis strukturéierte schrëftleche Rapport.

Mat 50,296 Milliounen Euro ass am achte Fënnfjoresplang eng considérable Enveloppe virgesinn, fir während där Period 2008 bis 2012 den Tourismussektor ze ënnerstëtzen, e Sektuer, deen zu den Aktivpiliere vum Mëttelstand hei zu Lëtzebuerg gehéiert.

De Fënnfjoresplang, deen 1973 vun engem DP-Tourismusminister an d'Liewe geruff ginn ass, ass haut wéi deemools e wichtegt an nützlich Instrument, fir en touristesche Gesamtkonzept ëmzesetzen an den zäitlechen Evolutiounen, den Erausforderungen an de verännerte Besoinë vun enger ëmmer méi usprochsvoller a kritescher Clientèle gerecht ze ginn.

Et ass een Instrument, fir ze reagéieren, ze agéieren an awer och fir ze innovéieren. Et ass d'Geleeënheet, fir Defiziter ze behiwen, Kurskorrektur virzehuelen an Akzenter fir déi no an déi mëttelfristeg Zukunft ze setzen.

Här President, wann ech am Commentaire des articles liesen: «Le huitième programme quinquennal est la continuation logique du septième et s'inscrit dans la transposition du concept stratégique global retenu en 1992 et actualisé depuis lors en 2001», da gesäit een direkt, wou de Schong dréckt. Hei gétt just reagéiert an net innovéiert.

» **Plusieurs voix.** - Oh!

» **M. Fernand Etgen (DP).** - Am neie Fënnfjoresplang gétt just opgeschafft, wat an der Vergaangenheet leie gelooss ginn ass.

**(Brouhaha)**

D'Resultat vun der Etüd vun 2001 hätt scho missen am siwente Fënnfjoresplang ëmgesat ginn. Mir brauchen hei zu Lëtzebuerg einfach ze laang,...

**(Interruptions)**

...fir d'Konklusiounen vun Etüden...

» **M. le Président.** - Den Här Etgen huet ganz eleng d'Wuert!

» **M. Fernand Etgen (DP).** - ...an engem räsonnablen Zäitraum ëmzesetzen, an och dem Här Schank huet et ze laang gedauert, an hien huet dat virdrun hei preziséiert.

Och wa mer an der Regel alleguer mat dëse Konklusiounen vun deenen Etüden do d'accord sinn, esou verkommen awer d'Diskussiounen iwwert d'Zukunftsgestaltung vun der Tourismusbranche zu enger Oplëschung vu Constaten, déi mer schonn zënter Jore kennen.

Et gétt gesot, wat mer kënnen, missen oder hätte solle maachen. Mat all deem, wat gesot gétt, kann een och bal zu honnert Prozent d'accord sinn. Eenzeg an eleng ze

beanstanden ass d'Tatsaach, an dat ass méi wéi bedauerlech, datt déi gutt Iddien net ëmgesat gi sinn.

Heiansdo huet een d'Impressioun, et hätt sech am Tourismusministère am Laf vun deene ville Joren ënner engem an deemselwechte Minister eng gewësse Lethargie ageschlach. De Fënnfjoresplang ass zu enger Routineübung ginn, där quasi all Innovationspotenzial feelt an iwwert déi all fënnf Joer an der Chamber ouni gréisser Diskussiounen ofgestëmmt gétt.

Duerfir ass et eng gutt Iddi, fir en Innovationspräis fir Tourismus 2007 hei zu Lëtzebuerg anzeféieren, well et feelt u kreativen Iddien an zukunftsweisenden Akzenter.

Och am neie Fënnfjoresplang feelt et un den entscheidenden Impulser, fir d'Tourismusbranche ze dynamiséieren. Trotz villen Etüden, trotz enger ëmmer méi moderner Konzeptioun, engem moderne Marketing, kriteschen Analysen, huet een dach d'Impressioun, datt et un engem touristesche Gesamtkonzept feelt. Ee Konzept, dat mir ëmsou méi opgrond vun de Schwaachpunkte vun eiser Tourismusbranche dréngend bräichten.

Här President, eng vun de Schwächte vum Lëtzebuurger Tourismus ass a bleift d'Wieder. Doriwwer kënnen mer alleguer laang lamentéieren, dergéint maache kënnen mer awer trotzdeem näischt. Wa mer dat kéinten, wier wahrscheinlech alles e gutt Stéck méi einfach.

» **Une voix.** - E schéine mediterrane Klima!

» **M. Fernand Etgen (DP).** - Säit Jore schwätze mer jo scho vu méi Indoorméiglechkeeten. Grad ee Fënnfjoresplang kéint ideal sinn, fir all puer Joer ee grouse Projet ze ënnerstëtzen.

A puncto Piscinen ass viles a Bewegung komm mat neien Infrastrukturen, haaptsächlech am Zentrum an am Weste vum Land. Ech wëll hei als Beispill just déi Réidener Schwämm zitieren, déi net zulescht op den Asaz vum mengem Virgänger, dem Emile Calmes, a vum Camille Gira zrëckzeféieren ass. Am Norde bräichte mer och nach esou eppes wéi en Aquadrom, ee Spaßbad, ee Fräizäitpark, eng Inland-Skatepiste oder Ähnlech. Mam Marco Schank hoffen ech, datt de Projet an der Fuussekaul eppes gétt.

Wa keen Investor fir esou oder ähnlech Projeten ze begeeschten ass, muss ee sech nei iwwerleeën, ob een net soll op en Tourismus zrëckgräifen, dee säi Wee hei zu Lëtzebuerg nach net gemaach huet, nämlech dee vun de sougenannte Center Parcs. Dëser Deeg hunn ech am „Wort“ gelies, datt esou ee Projet mat 4.080 Hektar an der Lorraine 2010 Realitéit wäert sinn. Mir brauche sécherlech keng dausende vu Better, mä eng Struktur, déi d'Méiglechkeeten vun der Regioun an hiert Fonctiounskonzept mat abënn. Zum Beispill wann ee gutt funktionnéierende Pärdsstall an der Géigend ass, soll deen an de Programm vum Fräizäitpark mat erageholt ginn.

Esou Projekte wéi och vill aner Fräizäitparke géifen eiser Meenung no mat Sécherheet gutt vun enger Lëtzebuurger Klientell, vu Lëtzebuurger Famillje mat Kanner, déi manner wéi eng Stonn vun doheem een Dag oder e puer Deeg Vakanz wëlle maachen, akzeptéiert ginn. Et wier dëst och déi passend Antwort op déi feelend Capacitéit vun Iwwernuechtungsméiglechkeeten am ländleche Raum.

Här President, esou Signaler vun engem konkrete grouse Projet sinn an deem virleiende Fënnfjoresplang net ze erkennen. Mir mierken a gesinn et och unhand vun den Zuelen, datt do, wou an deene leschte Joren Akzenter gesat goufen, nämlich an der Stad Lëtzebuerg, positiv Resultater net ausbleiwen. D'Entwécklung am Zentrum an am Süde weist eng Croissance vun Iwwernuechtungen op, während am Norden an am Osten dës Zuele stagnéieren, jo souguer deelweis réckleefeg sinn.

Et ass impressionnant ze gesinn, wéi de Citytourismus sech an eiser Hauptstadt opgrond vun enger zilorientierter Politik vun der Stad Lëtzebuerg an dank engem gutt funktionnéierenden LCTO entwéckelt huet! Déi nei Investissementer wéi d'Philharmonie, de Mudam, d'Abtei Neumünster, déi exzellent konzepéiert Muséeën, sinn iwwer all Kulturjoer eraus Garant fir laangfristeg positiv Effekter.

» **M. Lucien Clement (CSV), rapporteur.** - Et war näischt Positives derbäi. Hahaha!

» **M. Fernand Etgen (DP).** - Jo, Här Clement.

Awer och d'Kasematten, de Palais, d'Stadbild, eng schéi propper an attraktiv Stad

droen derzou bäi, datt eis Hauptstadt fir den Tourist interessant ass an interessant wäert bleiwen.

D'Stad Lëtzebuerg wousst och ëmmer hire wichtigsten Atout, nämlich hire Patrimoine, ze respektéieren, auszubauen an an d'Fenster ze stellen. D'Stad Lëtzebuerg huet ëmmer een offene Geescht gewise mat neien innovativen Eventer op deene verschiddensten Niveauen. Ech wëll der nëmme e puer als Beispill zitieren: d'Nuecht vun de Muséeën; de Kultur-Rallye; de Rockfestival am Knuedler; d'Animatioun ronderëm den Nationalfeierdag, oder de Stadmarathon, dee bei senger zweeter Editioun net manner wéi 7.800 Participantë konnt ziele mat engem positiven Impakt op d'Iwwernuechtungen.

Här President, besonnesch am Norden, awer och am Mëllerdall an op der Musel feelt et u groussen touristeschen Attraktiounen, u sougenannte Projets-phases. Et gétt ze vill kleng Offeren, déi sech deelweis iwwerschniden, ze vill du déjà-vu et -vécu. Et feelt einfach u grouse publikumsträchtegen a wierklech innovative Lokomotiven. Et ass richtig, datt och am Norden an am Osten am Kader vum siwente Fënnfjoresplang wichteg a richtig Projekte massiv ënnerstëtzt goufen, wéi zum Beispill den Domaine touristique zu Munzen, an neie Sessellift zu Veianen, eng nei Jugendherberg zu lechternach oder den Aménagement vu Wanderweeër a Vëlospisten.

À propos Vëlospisten. D'nächst Joer ginn et zéng Joer, datt mer d'Gesetz iwwert den nationale Réseau vu Vëlospiste gestëmmt hunn. Et wier also un der Zäit, een Inventar ze maachen, wou mer haut dostinn a wat vun den 1999er Ambitiounen ze maache bleift. No zéng Joer misst dëse Réseau och enger kompletter Revisioun ënnerzu ginn an deenen neie lokalen a regionale Gegebenheiten ugepasst ginn.

Den Adventure Park mat Klotergaart an der Fuussekaul ass interessant, well en an der direkter Proximitéit vun engem grouse Camping läit. En ass awer och interessant fir de Bannentourismus an d'Lëtzebuurger Schoulen, déi do den idealen Terrain fannen, fir uspriechend Aktivitéite géint de Bewegungsmangel vun de Schüler ze maachen.

Strukture wéi de Cornelyshaff oder de Buttek vum Séi zu Heischent lackele keen zousätzlechen Tourist op Lëtzebuerg. Si droen awer - an dat därefer mer net vergiessen - derzou bäi, de ländlechen Tourismus opzewäerten.

Et gétt nach eng Rei vu strukturelle Schwaachpunkten, wéi beispillsweis d'Feele vun engem Mëttelklassehotel am Raum vun der Nordstad. An der Nordstad hapert et awer och enger moderner zäitgerechter Jugendherberg an et feele Kanner- a familjefrëndlech Hotelen.

Trotz dem Manktum u wichtige groussen Infrastrukture kann den Tourismus am Éislek awer ee groussen Erfolger erliewen, nämlich dann, wa ganz konkret op d'Stäerke vum Éislek opgebaut gétt. Net nëmme an deenen zwee Naturparken Uewersauer an Uer, mä am ganzen Éislek huet déi traditionell Kulturlandschaft d'Grundlag, fir een exzellent Tourismusprodukt ze vermaarten. Vlächte e puer Stéchwierder, fir ze illustréieren wat hei gemengt ass:

Aktiven Naturtourismus: D'Méiglechkeeten, déi mer am Éislek a puncto Wandere, Mountainbike, Nordic Walking, Vëlo, Kajak, Kanu, Segelen, Tauchen, Schwammen oder Fëschchen hunn, ginn net genuch genotzt oder awer vlächte net genuch vermaart.

Kulturtourismus: Investitiounen wéi de CAPE zu Ettelbréck an de CUBE 521 zu Maarnech mussen verstärkt an der touristescher Offer nieft dem Veianer Schloss an der Fotoausstellung vu Klierf erëmzefanne sinn. Datselwech géllt fir déi gutt opgestallte Muséeën, wéi den Automusée zu Dikrech an déi zwee Krichsmuséeën zu Ettelbréck an zu Dikrech.

Historeschen Tourismus: D'Schlässer an d'Buerger am Éislek brauche méi eng rationnell a koordinéiert Promotioun. Et géllt d'Maartelenger Leekaulen touristesch a kulturhistoresch ze erschléissen.

Business- a Kongresstourismus: Wat an der Stad gutt fonctionnéiert, misst och an den Zentren Nordstad, Veianen, Wolz a Klierf promovéiert ginn.

A last but not least eng diversifiéiert gastronomesch Offer mat den entspreche regionalen Produkter.

Mir hunn am Norden an am Oste mam Stausee, den Éisleker Koppen, der Sauer, dem Méllerdall an d'ganz Musel erfeng eng natierlech schéin an uspreechend Landschaft. Mir mussen einfach kucken, wéi mer dës Regioun kënne opwäerten an touristesch besser nutzen.

Här President, d'Grënnung vun den neien Offices régionaux touristiques Ardennes a Méllerdall, wou déi bénévol a professionell Acteure konkret zesummeschaffen, muss eng „success story“ ginn. Och wa mer ëmmer méi Professionalitéit wëllen, därefer mer déi fräiwëlleg Acteuren net an den Eck drécken. Alle béid hu jo schlieslech gemeinsam Ziler: den Opbau vun enger koordinierter Promotioun, d'Ausschaffung vun neien touristesch Projeten, eng professionell Begleedung vu groussen Eventer, den Ausbau vun de Guides touristiques, d'Initiativ vun grenzüberschreitende Projeten.

Här President, eppes, wat am ganze Land a ganz besonnesch am Éislek fir den Tourist kaum interessant ass, ass den öffentliche Transport. Déi sougenannt Linnestrecke si keng Äntwert op dem Tourist seng Besoinen. Hei proposéiere mir e Shuttle-Bus - ähnelch wéi de Wäistrooss-Bus laanscht d'Musel -, deen an der Hauptsaison e puermol am Dag am Rundkurs déi wichtegst touristesch Zentre wéi Clierf, Veianen, Dikrech, Ettelbréck, d'Fuussekaul, Esch-Sauer, Wolz an anerer géif usteieren, dat Ganz mat engem professionelle Guide. Esou kënnt een dem Tourist quasi déi komplett touristesch Offer zu engem rasonnabele Präis ubidden. Esou eng Initiativ passt och an de Kader vun engem qualitativen an nohaltegen Tourismus. Dës Shuttle-Bus misst awer och déi ländlech Regioun mat der Stad Lëtzebuerg verbannen. Op dës Manéier kéint een eiser Meenung no een optimaalt a fir vill Leit op d'Mooss zougesechniddent Produkt ubidden.

Mir mussen awer och probéieren, de Veränderungen am globale Verkéierssecteur Rechnung ze droen. Hei muss eis Opmierksamkeit de Bëllegfluglinie gëllen oder de Punkt-zu-Punkt-Transportdëngschter. Dat heescht, mir mussen Schloss fannen u Flughäfe wéi Hahn oder Charleroi, ouni datt mer eise eegene Flughafen ze vill Konkurrenz maachen. Den auslänneschen Tourist muss d'Méiglechkeet hunn, vun dësen Punkten aus op Lëtzebuerg ze kommen, fir an eise Ländche Vakanz ze maachen. Et géllt och op dës Plaze mat där néideger Publizitéit aktiv ze ginn.

Här President, ech wëll och nach e puer Wieder verléieren iwwert deen immense Patrimoine hei zu Lëtzebuerg, dee menger Meenung no touristesch net genuch genotzt gëtt, nämlech de reliéis-kulturelle Patrimoine. Eis Lëtzebuurger Kulturlandschaft ass staark geprägt vum Chrëschtentum. Dat gesäit een an eise Stied an Dierfer mat hire ville Kierchen a Kapellen, déi an der Regel exzellent mat öffentliche Suen an d'Rei gesat goufen, awer fir den Tourist zougessaart bleiwen.

#### (Interruptions diverses)

Sollen dës Gebaier mat hirer kënschtlerescher Ausstrahlung net touristesch valoriséiert ginn?

Hei gëtt et herrlech Konschtschätz ze kucken, déi een a wöchentlechen Itinéairen duerch bedeiend sakral Gebaier deem interressierten Tourist an der Hauptsaison méi no kënnt bréngen. Op dës organiséiert Manéier kéint een och d'Sécherheets- an Iwwerwachungsproblemer léisen, andeem datt een op aviséiert bénévol Kräfte géif zréckgräifen. Et soll ee vun der Expérience vun der Journée du patrimoine profitéieren, wou an engem Itinéaire op engem Dag dem Lëtzebuurger Public d'Kierchen opgespaart goufen.

Dee richtegen Impuls, Här Tourismusminister, an dësem Sënn kann 2008 dat 1.350. Gebuertsjoer vum hellege Willibrord ginn, wat 2008 lechternach maßgeblich wäert prägen.

Här President, ech hat virdu jo erwähnt, datt eis Kulturlandschaft een onschätzbaren Atout vu ganz Lëtzebuerg ass. Dëst Potenzial ass nach ausbaufäeg. Lëtzebuerg huet trotz sengem klengen Territoire eng erstaunlech landschaftlech an natierlech Villfalt. An dësem Sënn geet den IVL dovun aus, datt 60% vun der Landesfläch net solle verbaut ginn. Mir mussen oppassen, datt déi landschaftlech a biologesch Villfalt hei zu Lëtzebuerg net verluer geet.

»» Une voix.- Très bien!

»» M. Fernand Etgen (DP).- Duerfir wëll ech ausdrécklech betounen, datt Tourismus net konträr ass zum Naturschutz an datt den Naturschutz net nëmmer der Natur déngt, mä gläichzäiteg eppes zum sozialen a wirtschaftlechen Erfolleg vun enger Gesellschaft an zur Beräicherung vun der touristescher Offer ka bäidroen.

Et géllt also eng Gemeinschaftsstrategie fir d'Erhale vun der Aartevillfalt ze entwéckelen, vun där engersäits d'Natur eppes huet, déi awer op där anerer Säit och vun Notze fir den Tourismus ass. Et géllt, d'Natur als kollektiv Gutt vun eis all ze schützen, ze kultivéieren an ze dévoppéieren. Och dat ass aktiv Tourismuspolitik. D'Natur brauch eng Touristen, awer d'Touriste brauchen d'Natur.

Et ass haut scho vill iwwer Qualitéitstourismus geschwat ginn. Zu engem qualitativ héichwärtigen Tourismus gehéiert awer och eng qualitativ héichwärtig Ëmwelt. D'Qualitéit vun Waasser vun enger ganzer Rei Flëss aus attraktiven touristesch Géigende léisst allerdéngs staark ze wënschen iwwer. De Bau vu Kläranlagen op der Musel, awer net nëmmer do, muss endlech konsequent virgedriwwen ginn. D'Waasserschutzpolitik muss endlech och hei am Land zu enger politescher Prioritéit erkläert ginn. Och dat ass eiser Iwwerzeugung no aktiv Tourismuspolitik.

Lëtzebuerg huet leider kee Mier, duerfir ass eise Fräizäitourismus staark ofhängeg vum Waasser a senge sportlechen a rekreative Méiglechkeeten. Proppert Waasser, an deem een ouni Gesondheitsrisiko schwammen oder Kanu fuere kann, ass een exzellent Argument fir dem Tourist säi Choix, wou en déi nächst Vakanz verbréngen wëllt.

Här President, vläicht nach e puer Wuert iwwert de Campingtourismus, deen zënter Jore réckleefeg ass, engersäits bedéngt duerch d'schlecht Wieder grad an de Vakanzwochen, anerersäits well den Tourist ëmmer méi bequem gëtt an e gewëssene Confort sicht. An dach spillt de Campingtourismus hei zu Lëtzebuerg, wann een d'Zuele vun den Iwweruechtunge kuckt, nach eng considérel Roll.

Vill vun eise bestehende Camper leie laanscht eise Fléissgewässer. Or, wann ech de Projet vum Waasserschutzgesetz kucken, fäerten ech e bëssen, datt duerch eng Panoplie vu Verbueder de Campingtourist seng rekreativ Méiglechkeeten ageschränkt kritt.

Ech wëll duerfir den Tourismusminister froen, wat hie gedenkt ze ënnerhuelen, fir dem Campingtourismus erëm eng nei Chance ze ginn.

Här President, den Tourismus zu Lëtzebuerg als wirtschaftlech Aktivitéit läit zum gréissten Deel an der Hand vu private Betriber, an zwar Klengst-, Kleng- a Mëtzelbetriber.

Et ass haut schon e puermol ugeklungen, datt Tourismusbetriber sech mussen permanent moderniséieren a weiterentwéckelen. Déi grouss Bürokratie lähmt awer dës fir dës Branche immens wichtige Prozess. Eis Tourismusbetriber si veronséichert, well si ganz oft net duerch den Dschungel vu Gesetz, Reglementer, Virschrëften, Paragraphen an Instruktiounen gesinn.

Sou wéi an der Mëtzelstandspolitk am Generelle brauche mir speziell am Tourismus manner Bürokratie, manner Virschrëftewirrwarr a manner administrativ Schikanen. Mir brauchen einfach a verständlech Prozeduren.

D'Fro vum Ofbau vun der Bürokratie, vun de bürokrateschen Hindernisser, déi an deene leschte Joren éischer zugeholl hunn, anstatt datt se ofgebaut gi sinn, muss endlech aktiv ugepaakt ginn. Et geet net nëmmer duer, vun Entfesselung ze schwätzen an Aarbechtsgruppen zu deem Sujet anzesetzen. De Bürokratieofbau muss och endlech fir d'Acteuren um Terrain ze spiere sinn.

Wann ech virdu vun enger gewëssener Leithargie am Tourismusministère geschwat hat, da géllt dat sécherlech och fir d'Classes moyennes - zwee Ministère, déi scho jorelaang ënnert der Responsabilitéit

vun engem an deemselwechte Minister stinn an déi sech leider duerch keng allze grouss Dynamik auszeechnen.

Et muss erëm Freed maachen, fir fräien Tourismusacteur ze sinn a fräien Tourismusacteur ze bleiwen.

#### (Interruption)

Och dat ass aktiv Tourismuspolitik, Här Minister.

(M. Lucien Weiler reprend la Présidence)

Här President, erlaabt mer zum Schluss drop hinzewiesen, datt mer a puncto Tourismus hei zu Lëtzebuerg dach awer vill Positives opzewiesen hunn,...

»» Plusieurs voix.- Ah!

»» M. Fernand Etgen (DP).- ...quite vun deene regionalen Ënnerscheeder, vun deenen ech virdu geschwat hunn. Am Vergläich mat anere Länner sti mer guer net esou schlecht do. Mir mussen awer oppassen, datt mer no e puer grouse grenzüberschreitenden an internationalen Eventer wéi dem Tour de France, wéi der Présidence 2005, wéi dem Kulturjoer 2007 - wat mer iwwerens mat der Iddi vum bloen Hirsch exzellent am Ausland vermaarte konnten - net mat engem Retour an d'Normalitéit dësem Secteur seng Dynamik nees ausbremsen.

Den Tourist vun haut huet duerch seng gesteigert Reeserfahrung héich Erwaardunge géintwärtig den Déngschtleeschungsprovideren an der Tourismusbranche. Et géllt dës Erwaardungen ze erfëllen, well nëmmer een zefriedenen Tourist kënnt dat Joer drop nees zréck an ass eventuell bereet, Lëtzebuerg als Vakanzdestinatioun ze recommandéieren. Mir brauchen duerfir einfach, prezis a virun allem verständlech Kommunikatiounsregelen. Professionell Frëndlechkeet a kompetent Berodung sinn d'Mots d'ordre fir all Tourismusinfo.

Grouse Wäert muss awer och op d'Zilgrupp vun deene jonke Leit geluecht ginn, ouni dobäi déi eeler Clientèle ze vernoléisegen. D'demographesch Verännerungen an eiser Gesellschaft wäerten och d'Trends an d'Nofo am Tourismussektor an Zukunft staark beaflossen. Den Undeel vun de Leit iwwer 60 Joer wäert an deenen nächste Jore bis op een Drëttel an d'Luucht goen. Dës Leit fille sech vu Gesondheetsprogrammer, Kuren, Fitnessaktivitéiten ugezunn, bleiwen an der Regel méi laang a kënnen besonnesch an der Vir- an an der Nosaison d'Investitiounen rentabiliséieren.

Den aachte Fënnfjoresplang kéint de Kader bidden, fir all dësen Iwwerleeungen, Virschléi an Ureegung Rechnung ze droen. Leider mécht en dat an eisen Äen net genuch respektiv nëmmer hallefhäerzeg.

D'Fraktioun vun der Demokratescher Partei wäert de virleiden Text awer stëmmen,...

»» Plusieurs voix.- Oh!

»» M. Fernand Etgen (DP).- ...well mir nach ëmmer vun der Richtigkeet vun dem Konzept vun de Fënnfjoresplang iwwerzeegt sinn. Eis grouss Hoffnung besteet awer doran, datt d'Instrument vun de Fënnfjoresplang nees eng nei Dynamik kritt an datt mir 2013 net nees ähnelch Discoursé mussen féieren, wéi haut.

Ech fir mäin Deel soe Merci fir d'Nolauscheren.

»» Plusieurs voix.- Très bien!

(Brouhaha général et hilarité)

»» M. le Président.- Dir Dammen an Dir Hären, wann ech dat richteg verstane hunn a wa jidderee sech berouegt huet, da kéime mer zur Ofstëmmung iwwert de Projet de loi 5380.

Et wär zwar relativ einfach. D'Présidentekonferenz huet sech haut de Moie ganz laang driwwer ënnerhalen, wéini mer haut de Mëtteg sollen ofstëmmen, well ganz vill Kolleginnen a Kollegen um Begrëfnis vun der Madame Lenz waren. Duerfir verstinn ech net, dass dat konnt zu esou groussen Diskussiounen hei féieren iwwert de Moment, wéini mer dee Vote solle virhuelen. Da maache mer deen elo.

(Brouhaha général)

Et ass an der Präsidentekonferenz, wou all Grupp dra vertraude war, diskutéiert ginn.

(Interruptions)

Dach, et war jiddereen do vertrauden. Mä loosse mer elo domadder ophalen! Mir stëmmen elo of.

## 5. 5380 - Projet de loi sur la commercialisation des semences et plants ainsi que sur la coexistence des cultures génétiquement modifiées, conventionnelles et biologiques

### 5681 - Proposition de loi relative à la modification de la loi modifiée du 20 juillet 1992 portant modification du régime des brevets d'invention (suite)

Mir stëmmen of iwwert de Projet de loi 5380.

Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel

De Projet de loi 5380 ass uegheoll mat 52 Jo-Stëmmen, bei kenger Nee-Stëmm a 5 Absentiounen.

Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval (par M. Marcel Oberweis), Nancy Arendt (par Mme Christine Doerner), M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen (par M. Lucien Clement), MM. Marcel Glesener (par Mme Martine Stein-Mergen), Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Marcel Sauber, Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Fred Sunnen (par M. Norbert Hauptert), Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter (par M. Lucien Thiel);

MM. Marc Angel, Alex Bodry, John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err (par Mme Claudia Dall'Agnol), MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch (par M. Roland Schreiner), MM. Roger Negri, Jos Scheuer (par M. Roger Negri), Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz;

MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur (par M. Xavier Bettel), M. Fernand Etgen, Mme Colette Flesch, MM. Charles Goerens (par M. Eugène Berger), Paul Helminger (par Mme Colette Flesch) et Carlo Wagner;

MM. Claude Adam, François Bausch (par M. Claude Adam), Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox et Mme Viviane Loschetter (par M. Jean Huss).

Se sont abstenus: MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes, Jean-Pierre Koepf (par M. Gast Gibéryen) et Robert Mehlen;

M. Aly Jaerling.

Gëtt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

(Assentiment)

Dann ass et esou décidéiert.

Mir stëmmen dann of iwwert d'Proposition de loi 5681 vum honorabelen Här Kox.

Vote sur l'ensemble de la proposition de loi et dispense du second vote constitutionnel

D'Proposition de loi 5681 ass eestëmmeg uegheoll mat 56 Jo-Stëmmen.

Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval (par M. Marcel Oberweis), Nancy Arendt (par M. Lucien Clement), M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen (par Mme Christine Doerner), Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Marcel Sauber, Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Lucien Thiel et Lucien Weiler;

MM. Marc Angel, Alex Bodry, John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err (par Mme Claudia Dall'Agnol), MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch (par M. Roland Schreiner), MM. Roger Negri, Jos Scheuer (par M. Roger Negri), Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz;

MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur (par M. Carlo Wagner), M. Fernand Etgen, Mme Colette Flesch, MM. Charles Goerens (par M. Xavier Bettel), Paul Helminger (par M. Eugène Berger), Alexandre Krieps (par Mme Colette Flesch) et Carlo Wagner;

MM. Claude Adam, François Bausch (par M. Claude Adam), Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox et Mme Viviane Loschetter (par M. Félix Braz);

MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes, Jean-Pierre Koepf (par M. Gast Gibéryen) et Robert Mehlen;

M. Aly Jaerling.

Gëtt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

**(Assentiment)**

Dann ass et esou décidéiert.

**Motion 1**

Mir hunn nach d'Motioun, déi vum honora-belen Här Kox déposéiert ginn ass. Ass de Vote électronique verlaangt?

**(Brouhaha général)**

Den Här Schaaf huet d'Wuert.

» M. Jean-Paul Schaaf (CSV), rapporteur.- Ech wollt just proposéieren, bei deem zweeten Tirit ënner „invite le Gouvernement“ éischters emol hanner „Union“ dat Wuert „européenne“ derbäizesetzen an dann awer „et associations plus critiques“ ewechzeloossen. An da mengen ech, géife mir deen Text op alle Fall verstoen als eng Confirmatioun vun där gudder Regierungs-aarbecht, déi mer selbstverständlech och kënnen matstëmmen.

» Plusieurs voix.- Oh!

**(Hilarité)**

» M. Henri Kox (DÉI GRÉNG), auteur-rapporteur.- Ech deelen natierlech de Gros vun Ären Äusserungen an ënnerstëtzen d'Regierung bei hiner gudder Aarbecht an deem Dossier weiderhin. Merci.

» Plusieurs voix.- Ah!

» Une voix.- Très bien.

**Motion 1 modifiée**

La Chambre des Députés,

- considérant que la culture d'OGM implique des risques peu ou pas calculables et aux conséquences irréversibles - notamment de contamination génétique - pour l'environnement, l'apiculture et les agricultures conventionnelle et biologique;

- convaincue que le projet de loi N°5380 sur la commercialisation des semences et plants ainsi que sur la coexistence des cultures génétiquement modifiées, conventionnelles et biologiques mettra en œuvre un cadre précis et contraignant pour la mise en culture d'OGM au Luxembourg;

- rappelant que la variété de maïs transgénique MON 810 est actuellement autorisée à la culture sur l'ensemble du territoire de l'Union européenne;

- insistant sur le fait qu'il n'existe aucune étude à long terme sur les effets indirects de la toxine Bt produite par ce maïs et notamment sur les organismes non ciblés (écosystème aquatique, insectes du sol, papillons, etc.) ainsi que sur la résistance potentielle que pourrait développer l'insecte cible, la pyrale du maïs;

- rappelant qu'il existe suffisamment d'éléments scientifiques pour amener l'Autriche à interdire le MON 810 en 1998, rejointe par la Grèce et l'Hongrie en 2005, par la Pologne en 2006 et tout récemment par la France;

invite le Gouvernement

- à maintenir et promouvoir le principe de précaution en matière d'autorisation de semences et plants génétiquement modifiés, aussi bien au niveau national qu'au niveau européen;

- à intensifier sa collaboration avec les autres gouvernements de l'Union européenne et les autres autorités face aux possibles conséquences négatives de l'utilisation de plants et semences génétiquement modifiés.

(s.) Henri Kox, Claude Adam, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss.

» M. le Président.- Ech géif den Här Schaaf bidden, dem Greffe déi Proposition de texte eranzeginn, net dass mer herno erëm musse rätselen, wou wat bäigesat gëtt.

Kënne mer par main levée ofstëmmen iwwer déi Motioun?

**(Assentiment)**

**Vote**

Wie fir d'Motioun 1 ass, ass gebieden d'Hand an d'Luucht ze hiewen.

Wien ass dergéint?

Déi modifiéiert Motioun ass eestëmmeg uegohll.

Mir fueren da weider mat der Debatt, déi mer amgaange waren. D'Wuert huet elo déi honorabel Madame Claudia Dall'Agnol.

## 6. 5748 - Projet de loi ayant pour objet d'autoriser le Gouvernement à subventionner l'exécution d'un huitième programme quinquennal d'équipement de l'infrastructure touristique (suite)

**Discussion générale (suite)**

» Mme Claudia Dall'Agnol (LSAP).- Merci, Här President. Dir Dammen an Dir Härren, Här Minister, léif Kolleeginnen a Kolleegen, ech si frou, dass elo eng kleng Paus dertëscht war an d'Gemiddler sech erëm berouegt hunn nom Vote, well et wier ganz schwéier gewiescht, nom Här Etgen ze schwätzen.

**(Interruptions)**

» M. le Président.- Här Bettel, Dir kënn et bal net wëssen, well Dir waart déi meeschten Zäit um Telefon.

**(Interruption)**

Jo, um Handy.

**(Interruptions et hilarité)**

» Mme Claudia Dall'Agnol (LSAP).- Jo, Här President, ech hat gemengt, ech ganz eleng hätt elo hei d'Wuert?

» M. le Président.- Madame Dall'Agnol, Dir hutt d'Wuert.

» Mme Claudia Dall'Agnol (LSAP).- Här President, d'Chamber hat sech jo am Kader vun enger Interpellatioun am Juni 2006 schonn eng Kéier méi intensiv mat der Tourismuspolitik hei zu Lëtzebuerg befaasst. Haut steet dann am Fong net eng allgemeng Diskussioun iwwer den Tourismus op eisem Ordre du jour, mä e ganz konkrete Gesetzesprojet, mat deem d'Regierung vun der Chamber soll autoriséiert ginn, fir den achte Fënnfjoresplang fir d'Verbesserung vun der Tourismusinfrastruktur ze subventionéieren.

An awer, dee Programme quinquennal kann natierlech net lassgeléist vun der gesamter Tourismuspolitik hei am Land gekuckt ginn, an duerfir ass et noutwendeg, dee Projet de loi, dee mer haut wäerte stëmmen, an ee méi breede Kontext vun eiser Tourismuspolitik ze setzen.

Ech wëll awer trotzdeem der Rei no fueren a fir d'éischt e puer Bemierkungen zum Fënnfjoresplang selwer maachen, ier ech dann e puer Iwwerleeungen zur Ausriichtung an zum Fonctionnement vum Tourismussecteur hei am Land wëll virdroen.

Vläicht kuerz nach eng Kéier fir ze resüméieren: Den achte Fënnfjoresplang fir d'Verbesserung vun der Infrastruktur am Tourismussecteur leeft vun 2008 bis Enn 2012. De Programm ass mat engem Gesamtbudget vun eppes méi wéi 50 Milliounen Euro dotéiert. Dat sinn nominal ronn een Drëttel méi, wéi am siwente Programm ageschriwwen waren.

Am Artikel 1 gëtt opgezielt, wat fir Zorte vu Projeten éligibel sinn, fir eng Subventioun vum Stat ze kréien. Ech ziele se elo net all nach eng Kéier op. Ech weise just dorop hin, dass vis-à-vis vum siwente Programm d'Méiglechkeet bëikomm ass, fir Subventiounen beim Ministère unzefroe fir Zertifika-tionsprogrammer, déi mat engem Qualitëtslabel sanktionéiert ginn.

Erlaabt mer vläicht an deem Kontext och drop hinzewiesen, dass den Intitulé vum Gesetzesprojet nach ëmmer vun engem Programm am Interesse vun den touristeschen Infrastrukture schwätzt. An der Tëschenzäit ass et awer esou, dass iwwer de Wee vun de Fënnfjoresplang net méi eleng d'Infrastrukturen ënnerstëtz ginn, mä och Fonctionnementskäschten a Frais-d'étuden iwwerholl ginn. Dat just fir ze soen, dass dee Plang mat der Zäit iwwer säin initialen Objektiv eraus evoluéiert huet an den Tourismussecteur domat och ëmmer méi breet ofdeckt.

Fënnfjoresplang fir den Tourismus, déi et iwwregens zënter 1973 gëtt, hu mat Sécherheet vill dozou bäigedroen, déi touristeschen Infrastrukture hei am Land ze entwéckelen an och op en internationale Standard ze hiewen. Dat seet net nëmme den zoustänneg Minister; dat gëtt och vun onofhängeger Säit - zum Beispill vun Europäeschen Tourismus Institut zu Tréier - unerkannt. Ech mengen, mir kënnen eis och alleguete selwer dovunner iwwerzeegen, wann ee ronderëm am Ländchen ëm sech kuckt.

Mä, Här President, et ass trotzdeem net alles Gold, wat blénkt. Ech hunn als Preparatioun fir meng Ried nach eng Kéier de

Rapport spécial vun der Cour des Comptes vun 2005 iwwer d'Exekutioun vum sechsten a siwente Programme quinquennal nogelies an och d'Konklusiounen, déi d'Comexbu an hirem Rapport vum Januar 2006 dozou zrëckbehalen huet.

D'Cour hat do trotz allem eng Rei seriö Froen opgeworf an eng Rei kritesch Bemierkungen zur Exekutioun vun de genannte Programmer gemaach, déi deemools am Kader vun der Procédure contradictoire vun Minister deelweis réfutéiert, deelweis awer och confirméiert gi sinn, a wou de Minister versprach hat, dass och do géif Remedur geschafe ginn. Do waren notament d'Prozeduren an och d'Kritäre vun der Allocatioun vu Subside viséiert.

Eng weider Kritik huet d'Lëscht vun de Projete betrafft, déi am Laf vun der Fënnfjoresperiod sollten ënnerstëtz ginn. D'Cour hat deemools festgestallt, dass vun de 57 Projeten, déi am sechste Programm ageschriwwen waren, der 25 net realiséiert gi sinn. Dat entsprécht engem Taux de non-réalisation vu ronn 44%; wat jo awer trotzdeem e ganz héijen Taux ass.

Natierlech ass et net esou, dass all Projet, deen op déi Lëscht kënn, onbedéngt muss realiséiert ginn, mä d'Cour huet awer - a mir fannen, ganz zu Recht - ze bedenke ginn, dass eventuell aner Projeten net berücksichtegt gi sinn, well se net prioritär waren, fir herno ebe festzustellen, dass vun deene Projeten, déi als prioritär ugesi gi sinn, bal d'Halschent awer net konnt ëmgesat ginn.

D'Cour des Comptes schreift dann och an hirem Rapport - an ech zitieren -: «Aussi la Cour propose-t-elle que dans d'éventuels prochains programmes quinquennaux les projets à réaliser et les résultats à obtenir soient davantage à exprimer sous forme d'objectifs à atteindre plus clairs et plus précis avec les incidences financières respectives.» Fin de citation. Dat bedeit an der Konsequenz och, dass nëmme nach Projete géifen op déi Lëscht kommen, déi schonn an hirem Planung wäit genuch fortgeschritt wäeren, fir eben an deem Zäitraum vu fënnf Joer kënnen ëmgesat ze ginn.

**(Mme Colette Flesch prend la Présidence)**

Ausserdeem - an do zitieren ech dann nach eng Kéier aus dem Rapport spécial vun der Cour, well ech et och eigentlech net besser ausdrécke kéint, wéi si et gemaach hunn - geet et och ëm méi Transparenz a besser Kontrollméiglechkeeten duerch eng méi prezis Budgetisatioun. D'Cour schreift hei: «La Cour donne à considérer qu'il importe de disposer d'une répartition quinquennale de l'enveloppe financière par genre de projet ainsi que des dépenses imputées sur chacun des projets en la matière. Pareille organisation à mettre au point au niveau du contrôle interne devrait permettre d'assurer ultérieurement le contrôle des aides d'État financées par l'intermédiaire du Fonds.» Mat „Fonds“ ass natierlech de Fonds pour la promotion touristique gemengt.

Ech wär frou, wann d'Chamber vum Minister géif Opschluss doriwuer kréien, wat sech an der Gestiou vum siwente Programme quinquennal zënter deem Rapport vun der Cour des Comptes verbessert huet, ob déi Prozeduren a Kritären, déi de Minister deemools versprach hat schréiftlech ze fixéieren, mëttlerweil existéieren, an ob sech de Minister un deene Recommendationen, déi d'Cour deemools ausgesprach hat, inspiréiert huet fir d'Opstelle vun deem Plang, dee mer haut wäerte stëmmen.

**(Interruption)**

» M. Fernand Boden, Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement.- Ech wëllt direkt drop äntweren.

» Mme le Président.- Jo, sécher.

» M. Fernand Boden, Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement.- D'Madame Dall'Agnol zitëiert elo ëmmer de Rapport vun der Cour. Se huet awer gesot, duerno wier ee Contradictoire gewiescht, wou de Minister dozou Stellung bezunn huet. Et ass finalement e Rapport komm vun der Comexbu.

» Mme Claudia Dall'Agnol (LSAP).- Dat hunn ech jo och gesot.

» M. Fernand Boden, Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement.- Jo, mä Dir zitëiert awer net dat. Well do ass gesot ginn, dass am siwente Programm schonn dat Wesentlech redresséiert gi wär vun deem, wat am sechste re-prochéiert gi wär.

» Mme Claudia Dall'Agnol (LSAP).- Dat hutt Dir jo dann nogeholl.

» M. Fernand Boden, Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement.- Jo, mä Dir musst jo och dann dat Richteg soen. Soit.

» Mme Claudia Dall'Agnol (LSAP).- Schliesslech wëilt ech awer och nach drop hiweisen, dass eng Rei vu Projeten, déi vum Tourismusministère kënnen ënnerstëtz ginn, à cheval sinn; dat heescht tëscht dem Tourismusministère engersäits, an zum Beispill dem Sportsministère oder dem Landschaftsministère anerersäits. Esou gesäit och zum Beispill dat neit Agrargesetz d'Méiglechkeet vir, fir de ländlechen Tourismus ze förderen. Ech froe mech respektiv de Minister, wéi de méigleche Cumul vun esou Subsiden aus verschiddene Keese gehandhaabt gëtt. Gëtt et do Anticumulbestëmmungen? Gëtt et do eng Koordination tëscht deenen eenzelnen implizéierte Ministère? Oder ginn déi Aidë ganz onofhängeg dovunner octroyéiert?

» M. Fernand Boden, Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement.- Madame Dall'Agnol, dat do gëtt et. Ech hu schonn an de Kommissiounen erklärt, wéi dat fonctionnéiert. Et steet och schonn am leschten Agrargesetz esou dran. Duerfir verstinn ech déi Remarque am Fong net.

» Mme Claudia Dall'Agnol (LSAP).- Da macht et nach eng Kéier, fir dass och de Grand public, deen lech elo herno wäert nolauschteren, weess, wéi dat gehandhaabt gëtt.

» M. Fernand Boden, Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement.- Ech soen et elo net. Ech hunn et schonn oft genuch gesot.

**(Interruption)**

» Mme le Président.- D'Madame Dall'Agnol huet d'Wuert.

» Mme Claudia Dall'Agnol (LSAP).- Merci, Madame Presidentin.

Madame Presidentin, Kolleeginnen a Kolleegen, Här Minister, esou vill zum Gesetzesprojet iwwer den achte Programme quinquennal. Ech hat jo schonn a menger Introdukatioun gesot, dass een dee Plang awer trotz allem net kéint isoléiert kucken, mä dass e sech an eis national Tourismuspolitik aschreift. Duerfir wëilt ech dann hei och kuerz eng Kéier eng Rei Froen opwerfen, déi eis Tourismusstrategie am Allgemenge betreffen an déi en Impakt op d'Valorisatioun vun den Infrastrukturen hunn, déi mer mat Hëllef vun de successive Fënnfjoresprogrammer jo opgericht hunn.

Et geet am Tourismussecteur, genau wéi an deenen anere Wirtschaftssektoren, net duer, dass ee gutt Infrastrukture bereetstellt an dass duerno alles ganz vun eleng rullt, mä och a besonnesch an deem menger Meinung no héich konkurrenzuellen Tourismussecteur muss ee permanent investéieren, innovéieren an awer och animéieren, wann een als Tourismusdestinatioun den Uschloss net verpasse wëllt.

Am Rapport d'activité vum Tourismusministère - an dann zitieren ech dorauer - fir d'Joer 2006 steet e Satz, dee ganz richtig ass: «S'il est vrai que la meilleure promotion touristique se situe en porte-à-faux par rapport à la réalité quand elle ne peut s'appuyer sur des infrastructures et des équipements valables, la politique d'investissement la mieux intentionnée se révèle inopérante si elle n'est pas valorisée par la création d'une image de marque appropriée.» Domat ass eng vun den zentralen Erausforderungen vum eiser Tourismuspolitik ugeschwat, nämlech d'Fro, wéi mer eist Land als attraktiv Tourismusdestinatioun verkafen, nach besser kënnen verkafen, haaptsächlech am Ausland, mä awer och heimeem.

Wéi verkafte mer eis also? Op der Vakanzefoire ass mir perséinlech opgefall, dass aus dem noe Grenzgebitt, aus Rheinland-Pfalz, dem Saarland, der Lorraine, dem Elsass, natierlech der Belsch vun den Ardenne bis un d' Côte vill Regiounen fir sech Promotioun gemaach hunn. Vill Privatbetriber haten do och hir Stänn. Op Lëtzebuurger Säit waren awer haaptsächlech Touropérateuré present.

Ech stelle mer d'Fro, wéi d'Zukunft vun där Foire ausgesäit an ob se eigentlech och esou konzipéiert ass, dass se dem sougenannten Inlandtourismus eppes ka bréngen. Firwat profitéieren eis Lëtzebuurger Tourismussyndikater an -ententen net, fir hir Regioun mat all hiren Atouten hei de Lëtzebuurger Clienten ze weisen, déi jo awer massiv dohinner ginn? Dat wär vläicht genauos wichteg, wéi op enger Foire - kommt, mir huelen eng eraus, déi am Rapport zitéiert war - zu Berlin vertraueden ze sinn.

► **Une voix.** - Et waren der eng Partie do.

► **Mme Claudia Dall'Agnol (LSAP).** - Jo, eng Partie waren der do.

► **La même voix.** - Um Stand vum ONT waren der eng ganz Partie do.

► **Mme Claudia Dall'Agnol (LSAP).** - Dat stëmmt.

Wat eis Presenz op auslännesche Foirten am Allgemengen ubelaangt, wéissst ech och emol gären, ob een eigentlech den Erfolleg vun der Promotion vun der Destination Lëtzebuerg Chiffres à l'appui moosse kann? Am Rapport d'activité vum Ministère ass zwar minutiéis opgefuert, op wat fir enger Foire mer waren, wivill Prospektier och do verdeelt goufen, mä doraus léisst sech jo natierlech net erkennen, wivill Leit herno opgrond vun eiser Presenz op där Foire och tatsächlech op Lëtzebuerg komm sinn.

Eng Iddi, déi mer esou direkt afällt, wär zum Beispill déi, dass ee kéint higoen an op deene Foiré Bonge verdeelen, déi d'Leit dann op hiner Rees hei zu Lëtzebuerg kéinten aléisen. Doduerch wär et jo och méiglech erauszefannen, wivill Leit vun deenen, déi e Bong kritt hunn, dann och tatsächlech herno op Lëtzebuerg gereest komm sinn. Domat kéinte mer och de Succès vun där respektiver Foire, wou mer present waren, moossen.

Déi vläicht wichtegst Erausforderung vun eisem Tourismussektor ass awer déi vu sengem Opbau a vu senger Strukturen. Wéi ass eise Sektour iwwerhaapt organiséiert? Wa mer elo emol de Privatsektor einfach ausklammere, da gesäit d'Struktur folgendermoossen aus:

Un der Basis hu mer d'Syndicats d'initiative, déi fréier Verschéinerungsveräiner, déi haut awer trotzdeem en enorm wirtschaftlechen Impakt hunn. Da kommen d'Ententes des syndicats; dat sinn d'regional Strukturen. Dozou kommen déi nei ORTen; wat och éischter regional Strukturen sinn. Dann d'LEADER-Regiounen, déi fir hir Projekte jo awer enorm Gelder deblockéieren kënnen aus staatlechen, mä awer och aus europäesche Fongen. Wann ech richteg informéiert sinn, sinn dat jeweils nach eng kéier 40 bis 20% vun de Gemengen. Do drop grefféiert sech den Office national du tourisme. Da kommen d'Auslandsbüroen, an enfin de Ministère, dee sécherlech net genuch Personal huet, fir seng Roll als déi wichtegst Instanz am Tourismussektor effikass ze erfëllen.

Do dernieft intervenéieren dann natierlech och nach déi verschidde Berufsorganisationen, wéi d'Veereenigung vun de Campingsbesëtzer an natierlech och dee grouse Verband vun der Horesca. Ech mengen, meng Virriedner haten déi hei schonn eng kéier all opgezielt.

Dir gesitt also, dass den Tourismussektor parcelliséiert a menger Meenung no och oniwirsiichtlech ass. Vill Käch kachen um selwechte Bräi, an der LSAP no gi mer och vill ze vill lues a Richtung vun enger Professionaliséierung vum Sektour touristique. Fir de Moment hu mer eng sëllege Gruppen, wou een deem aneren op d'Plate-banden tréppelt. Déiselwecht Volontären hu verschidden Hitt un a sinn en plus dann nach eng kéier d'Chefe vun de Profien, déi vum Stat bezuelt ginn. Mir wiere frou, wann de Minister eis op dëser Plaz soe kéint, wéi hien d'Struktur an de Fonctionnement vun eisem Tourismussektor an Zukunft gesäit, zum Beispill d'Vebindung téschent dem ONT an den Ententen.

Fir ofzeschlüsse mengen ech awer soen ze kënnen, dass mer, och wann et vläicht op den éischte Bléck no baussen net esou ausgesäit, genuch touristesch Attraktiounen ze

bidden hunn. Net nëmmen eis Hauptstadt, d'Éislek, de Mëllerdall, d'Musel, mä och eis industriell Vergaangenheet léisst sech weisen. Ech nennen d'Héichwien, de Musée national des Mines zu Rémeleng, de Fond-de-Gras, d'Leekaulen, d'Koffermann an esou weider an esou fort. Dat ass e ganz wäertvolle Patrimoine, deen nëmmen drop waart, fir engem nach méi grouse Publikum zougänglech gemaach ze ginn, an ech mengen, genau dat soll d'iewescht Ziel vun enger erfollegräicher Tourismuspolitik fir Lëtzebuerg sinn.

Domat ginn ech den Accord vu menger Fraktioun zu dësem Projet de loi an ech soen lech, Madame Presidentin, Här Minister, Dir Dammen an Dir Hären, Merci fir d'Nolauschteren.

► **Plusieurs voix.** - Très bien!

► **Mme le Président.** - Merci, Madame Dall'Agnol. D'Wuert huet elo den Här Kox.

► **M. Henri Kox (DÉI GRÉNG).** - Madame Presidentin, Dir Dammen an Dir Hären, Här Minister, am Numm vun der grénger Fraktioun wëllt ech dann och fir d'éischt dem Rapporteur - ah, hien ass aus dem Sall de Moment - Merci soe fir sâi mëndlechen a schrëftleche Rapport. E Rapport, deen den lwwerbléck iwwert den aachte Plan quinquennal vum Tourismusministère mécht. E Plang, deen a sech de Kader fir Investitiounshëllef setzt, deen an den nächste fënnef Joer am Tourismusberäich hei zu Lëtzebuerg ëmgéset gi soll.

Mäi Virgänger an der grénger Fraktioun, dee sech vill an oft mam Tourismus beschäftegt huet, den Här Garcia, huet bei den Debatten iwwert de siwente Plan quinquennal gesot - dëst war awer éischter als Witz geduecht -, déi Pläng wäeren ee vun de leschte Relikter vun der Planwirtschaft aus dem Ostblock. Deemools war dat awer net esou richtig ukomm, well et jiddefalls zu heiteren Diskussiounen gefouert huet.

Ech wëll déi Diskussiounen hei net erëm opwerfen, och mir gesinn et schonn als Virdeel un, dass een e Fënnefjoresplang fir Infrastrukturen an och fir Programmer a Labelen vum Tourismus hei ofvotéieren kann. Mir wäerten dofir och dese Projet als gréng Fraktioun mat ënnerstëtzen, wëssend, dass mer eis awer vläicht eng aner oder besser gesot eng nei Approche, wat d'Entstoe vun esou engem Plang ugeet, hätte virstelle kënnen.

D'Ëmsetzung vun esou engem Plang kéint ech mer och anescht virstellen. Meng mëttlerweil zweejährig Erfahrung als klunge bescheidene Gemengacteur ass enger méi oder manner bekannter Lëtzebuurger Tourismushéichbuerg weist, dass et awer net esou einfach ass, sech dat néidegt Gehéier ze verschafen, an et och net ëmmer direkt novollzëibar schéngt, wéi a wéini elo eng Infrastruktur ënnerstëtzt gëtt oder net ënnerstëtzt gëtt. Oder besser, aus Siicht vum Ministère gekuckt, mat wéi enger Héicht e Projet schlussendlech subventionéiert gëtt oder net.

De Kader, deen hei deemno mat dësem Plang ëmrass soll ginn, ass herno an der Praxis net méi esou richtig ze gesinn. Mir gesinn dese Projet dofir eigentlech just als en Instrument vun enger méi konsequenter Tourismuspolitik. An déi konsequent Politik, fanne mir, feelt nach ëmmer oder ass nach ëmmer net richtig op de Schinnen.

Dës Kritik hu mir och scho viru fënnef Joer formuléiert. Déi Kritik ass och haut nach ëmmer gültig. Ech probéieren dat och ganz kuerz op e puer Beispiller ze explizéieren.

Fir d'éischt awer nach e Wuert iwwert déi finanziell Rumm vun dësem aachte Plan quinquennal, oder soll ech vläicht éischter soen, de Plein quinquennal? Firwat Plein? Ma et gëtt hei iwwer fënnef Joer e gudd Batz Suen iwwert d'Land verstreut, Suen, mat deenen een deen een oder anere méi oder manner glécklech maache kann. D'Steigerung vum siwenten op den aachte Plang ka sech weise loossen. Et ass dat eng Steigerung vu mëttlerweil 34%, gemëttelt, oder et ass dat déi héchste Steigerung vun de leschten dräi Pläng. De siwente Plang hat nach nëmmen eng Steigerung vun 28% an de sechste souguer nëmmen eng vun 11%. Dëst ëmmer verglach zu deene Pläng vu virduen.

Als absolut Zuel ëmmerhin iwwer 50 Milliounen Euro. Dat si vill Suen, déi do ënnert d'Leit musse bruecht ginn. Suen, déi natierlech hongreg maachen. En Honger, dee bei villen ukënn an dee gestoppt muss ginn. Wann ech mer d'Lescht vun deene sëllege Projeten ukucken, da fäerten ech awer, dass mer deen décken Honger net wäerte ganz stoppe kënnen. Oder awer et gëtt der eng Rei, déi gutt sat ginn, an anerer, déi weiderhin hongreg op hire Projekte setze bleiwe wäerten.

Firwat dës Kritik? Well ech d'Impressioun hunn, dass vill Projeten, déi an deene sëllege Reglementer zréckzefanne sinn, einfach emol esou droppesat goufen. Ech sinn net onfrou iwwert d'Tatsaach, dass all Projeten, déi mir als Réimecher Gemeng eragereecht hunn, och op iergendenger Lescht zréckzefanne sinn. Ech sinn och frou, de Projet iwwert de Vélo, dee mir als Gemeng eragereecht hunn, erëmfonnt ze hunn, well besonnesch laanscht d'Musel - an dat ass scho virduen ugeschwat ginn - am Vélo-tourismus nach villes ënnerholl gi muss, wann op der Musel esou e Vélosverleih a Kombinatioun mat der Schëfffahrt, wéi zum Beispill d'Marie-Astrid, kéint realiséiert ginn; wat e ganz positiven Impakt op den Tourismus hätt!

Ech ka mer gutt virstellen, dass esou Vélos-systemer, esou wéi dat zu Esch oder och nach an der Stad ass - esou wéi deen, deen elo gëschter virgestallt gouf -, laanscht d'Musel duerchaus exzellent fonctionnéieren kéinten. Wann aner Gemengen awer ähnlech virgaange sinn, an dat schéngt och esou de Fall ze sinn, ass et wuel eng Politik, déi vun ënnen no uewe gesteiert schéngt ze sinn, mä eng grouss Kohärenz vun enger geplangter Touristepolitik ass dat net. Ech ka mech jiddefalls net erënnere, a wéi engem Gremium ech als Gemengevertriieder als Demandeur vun esou Projeten oder als Vertriieder och aus enger Touristekommission sollt derbäi gewiescht sinn, wou dat hätt kënnen diskutéiert ginn.

Et ass do, wou mir mengen, dass eng méi konsequent Touristepolitik muss ugesat ginn. Dëst awer net grad ëm fënnef vir zwielef, ier zum Beispill en neie Plan quinquennal gestëmmt gëtt, mä dëst muss laang virdu geschéien. Dëst setzt natierlech och viraus, dass méi an engem regionale Gedanken d'Touristepolitik geplangt muss ginn, an dann ass et natierlech eriwuer mat där sougenannter Kierchtuermspolitik.

Dorunner ass de Minister net eleng schold. D'Responsabilitéit läit och do bei deene sëllege Lokalpolitiker. De Minister misst awer da méi eng aktiv Roll um Niveau vun der Koordination iwwerhuelen, fir bei der Zesummenarbecht och als Katalysator kënnen ze wirken. Mir hunn och als Gréng am Kader vun der Territorialreform eng ganz Rei vun esou Virschléier ausgeschafft.

Vläicht kréie mer jo duerch déi nei ORTen eng nei Dynamik a méi eng professionell Struktur, esou wéi dat schonn an der sougenannter ETI-Etüd vun '92 suggeréiert gouf, fir dass méi eng koordinéiert Infrastrukturpolitik am Tourismus entstoe kann. Da musen awer déi Regiounen, déi do zesummengestallt ginn, och mat aneren IVL-Regiounen, och wou aner Regiounen nach iwwerall sinn, iergendwéi eng Koordination hunn.

Wann déi koordinéiert Infrastrukturpolitik bis steet, ass duerno d'Ëmsetzung vun deene sëllege Projeten op jidde Fall méi einfach an och méi séier transparent a gerecht. Et ass schonn ustregend, fir sech dat néidegt Gehéier an Ärem Ministère ze verschafen.

Esou ass zum Beispill am Rapport vum Här Clement ze liesen, dass d'Reimecher Schwämm eng Infrastructure touristique régionale soll sinn. Ech muss lech awer soen, dass dat an der Praxis net esou einfach ass. Hätte mer de Projet no Lëtzebuurger Normen a Praxis gebaut, wäre mer haut nach ëmmer nëmme bei enger Subvention vun 25%. Dobäi ass d'Subvention vum Tourismus a vum Sport zesummegeluecht ginn. Eng Schwämm wëllen ze sanéieren, déi e regionale Charakter soll hunn, ass ënner esou Konditiounen net méiglech.

Gläichzäiteg gëtt awer verlaangt, nach weider touristesch Infrastrukturen ze realiséieren, déi dann deels souguer gekoppelt betreucht a behandelt ginn. Esou och erëm de Fall vu Réimech, wou mir säit Jore gedrängt ginn, e Camping ze realiséieren, wëssend, dass fir esou Infrastrukturen et nëmme maximal 15% Subvention ginn. Bei der momentaner Finanzsituatioun vun de Gemengen ass dat also kaum virstellbar.

Dëst si Beispiller, déi ech ganz konkret déi lescht zwee Joer materiel hunn an déi vill onnéideg Zäit an Usproch geholl hunn; Zäit, déi ech léiwer fir aner Projeten investéiert hätt. Dëst ass awer keen Eenzelfall. Ähnlech Beispiller krut ech vun anere Kolleegen erzielt.

Dës Problemer kann een awer nëmmen dann an de Grëff kréien, natierlech virausgesat, et wëllt een eppes do änneren, duerch méi eng koordinéiert Infrastrukturpolitik. De Plan quinquennal ass deemno d'wichtigst Instrument, wann d'Ëmsetzung duerno ka schnell, effizient, transparent an no novollzëibare Kritären erfollegen.

Wéi scho gesot, Här Minister, Dir sidd net do eleng gefuerdert, och déi sëllege Lokalpolitiker sinn hei opgeruff, méi déi regional Zesummenarbecht unzestriewen.

Madame Presidentin, Dir Dammen an Dir Hären, vläicht nach e puer Wuert zur Kritik, déi d'Chambre de Commerce - net fir d'éischt - bei esou engem Plan quinquennal an hirem Avis formuléiert huet. Eng Kritik nämlech, déi duerch d'Subventionspolitik fir d'öffentlech Hand, besonnesch fir d'Gemengen, d'Syndikater an esou weider, ausgeléist gëtt an als eng Diskriminatioun op d'Käschte vun der privater Touristebbranche ugesi gëtt. Eng Kritik, déi ech wuel novollzëie kann, déi een awer net ganz kann deelen.

Et gëtt sécherlech Projeten, wou d'Grenz net ëmmer esou einfach ze zéien ass. Ech mengen awer, dass de gréissten Deel vun den Investitiounen, déi an d'öffentlech Hand fléissen, Projete sinn, déi vu privater Säit net hätten oder och kaum hätte kënnen realiséiert ginn.

Ech kommen dofir schonn zum Schluss vu mengen Ausféierungen iwwer e Gesetz, wat de Plein am Tourismus an den nächste Jore wäert maachen. Mir wënschen dem Minister awer beim Fülle vun deene sëllege hongregen Touristebäich, woubäi der och eng ganz Rei, wéi scho gesot, heibanne setzen, méi eng cibléiert, novollzëibar a glécklech Händchen.

Ech soen lech Merci fir d'Nolauschteren.

► **Plusieurs voix.** - Très bien!

► **Mme le Président.** - Merci, Här Kox. Den nächste Riedner ass den Här Henckes.

► **M. Jacques-Yves Henckes (ADR).** - Madame Presidentin, Dir Dammen an Dir Hären, e Plan quinquennal fir den Tourismus bedeit natierlech, dass mer elo decidéieren, nees eng etlech Suen an den Tourismus an ënnert d'Leit ze bréngen, esou dass et also vum Prinzip hier, mengen ech, wäert Eestëmmegeheet hei an der Chamber ginn, fir op dee Wee do ze goen, an ech wëll och duerfir den Accord vun der ADR zu dësem Projet prinzipiell bréngen.

Nach ass et awer och d'Geleeënheet, fir verschidden Debatten, verschidde Problemer unzeschwätzen, an een ass schonn ugeschnidde ginn, dass ass dee vum Rapport vun der Cour des Comptes. Duerfir wollt ech froen, wéi dann elo déi Situatioun evoluéiert huet.

Ech hunn esou d'Impressioun, dass déi Kritiken, déi vun der Cour des Comptes komm sinn an déi zum Beispill bemängelt hunn, dass Demanden accordéiert gi sinn, dass Subsidien accordéiert gi sinn, nodeem den Invest scho gemaach war, respektiv dass net genau kontrolléiert ginn ass, ob d'Montanten da géife korrespondéieren, dass dat natierlech formaljuristesesch an administrativ richtig ass, dass ee kontrolléiert, wéi déi Suen erausgi ginn.

Mä ech hunn awer och gemengt, dass et eng gewësse Souplesse misst ginn, fir kënnen de Leit an de Betriber ze hëllef. Duerfir wier ech frou - wéi hei scho meng Virriednerin, d'Madame Dall'Agnol, gesot huet -, Här Minister, wann Der nach eng kéier déi nei Aart a Weis, wéi Der elo wëllt d'Dossiere behandeln an Zukunft fir deen neie Plan quinquennal, wëllt kuerz erklären.

Déi aner Fro, déi mech beschäftegt, ass ze wëssen, wéi vill Demanden elo ufälleg sinn, déi elo kënnen an deem nächste Plan quinquennal behandelt ginn. Wéi vill mussen der zréckgoen oder refuséiert ginn? Ass do e gewëssene Prozentsaz mat dran, deen aus budgetäre Grënn net ka geholl ginn? Oder sinn do keng Constrainten dran? Kënnen nach zousätzlech Projete kommen?

Da muss een awer och soen, dass mer u verschiddene Problemer ze kämpfen hunn an notament ons Hôtelleriebranche, an dat sinn déi Klassifizéierung vum den Hotelten.

A Frankräich an zu Lëtzebuerg hu mer Een-, Zweek-, Dräi- a Véier-Stären-Hotelten. An anere Länner gëtt et Een-, Zweek-, Dräi-, Véier- a Fënnf-Stären-Hotelten. An dat mécht relativ Konfusioun. Ech hunn héieren, dass Leit no engem Fënnf-Stären-Hotel zu Lëtzebuerg sichen. Si fanne keent. Si soen: Wéi ass dat méiglech? Datselwecht gëllt och fir Frankräich. A Frankräich huet d'Regierung elo decidéiert, fir dëst Joer och op Fënnf-Stären-Hotelten ze goen an ze kucken, dass déi Klassifizéierungen och effektiv eng Realitéit sinn an dass se periodesch kontrolléiert ginn.

Duerfir wollt ech d'Regierung froen, ob se net gewëllt ass, well mer elo ëmmer méi Länner hunn, och ronderëm ons, déi am Fënnf-Stäre-Gebitt sinn, op deem Gebitt och eng Evolutioun ze maachen an eng Astellung op fënnf Stären ze maachen. Respektiv ob se och net wëllt um europäesche Gebitt derfir intervenéieren, dass endlech sollt versicht ginn, eng europäesche Norm ze kréie fir allegueren déi Hotelten.

Well et ass fir den Tourist relativ schwéier, fir do Differenzéierungen ze maachen, wann et vu Land zu Land aner Kritäre gëtt.

Da gesäit een, datt mer am Land natierlech Een- bis Véier-Stären-Hotelen hunn, mä ech hunn awer d'Impressioun, datt et relativ wéineg Zweek- bis Dräi-Stären-Hotele gëtt, an et gesäit een, datt vill Leit, déi zum Beispill an der Stad esou en Hotel sichen, do keent fannen oder bal keent fannen an datt se mussen ausserhalb vun der Stad wunne goen.

Duerfir froen ech mech, ob et net opportun wier, fir ze kucken, datt och Investitiounen an der Stad Lëtzebuerg vun esou Zweek- bis Dräi-Stären-Hotele kéinte subventionéiert ginn, datt do Hëllef kéinte kommen. D'autant plus datt ee gesäit, datt de Käschtepunkt vu verschidde Hotelinfrakturen, reng de Bau, bei fënnf bis sechs Milliounen Euro läit fir zéng, 20 Kummeren. Do gesäit een, datt dat considérable Montanté sinn an datt der ëmmer méi vu Säite vun der Privatindustrie, vun der öffentlecher Hand net ze schwätzen, net méi wëllen op dee Wee do goen, well d'Risque relativ grousst sinn.

#### (M. Lucien Weiler reprend la Présidence)

Dat ass just eng lwwerleung, wou ech mengen, datt d'Regierung gutt berode wier, fir dee Phenomeen an der Stad Lëtzebuerg ze kucken.

Well d'Resultat, dat gesi mer elo schonn. Net nure wéinst der Hotelinfraktur an der Stad, mä och wéinst där allgemenger Situation. No sechs Auer an der Stad Lëtzebuerg gëtt et den Ausdrock vun „Couvre-feu après 18 heures“. Dat heescht, datt mer bal no 18 Auer hei an der Stad Lëtzebuerg mengen, et wier e krichsähnlechen Zoustand an et wier eng Ausgangssperr, well keen ee méi do ze fannen ass.

#### (Brouhaha)

An ech mengen do muss och vu Säite vun der Regierung geschwat a gekuckt ginn, wat fir eng Initiativen ee gegebenfalls mat der Stad Lëtzebuerg kann ënnerhuelen, fir datt mer nees den Zentrum vun der Stad beliebt kréien.

D'Gare ass vläicht beliebt, mä héchstwahrscheinlech e bësselchen ze vill...

#### (Hilarité)

...a mat engem Tourismus, deen net onbedéngt deen ass, deen déi meescht Leit sech hei zu Lëtzebuerg erwaarden.

#### (Interruptions diverses)

Ech loosse verschidde Experte vläicht herno schwätzen.

#### (Brouhaha et hilarité)

» M. le Président. - Kommt, mir bleiwe beim Sujet!

#### (Hilarité)

» M. Jacques-Yves Henckes (ADR). - Dat gesot, Här President - ech gesinn, datt Der remplaceiert gi sidd -, mengen ech, datt de Projet de loi, wéi en elo virläit, ons Zoustëmmung fënnt, quitte datt mer e puer Reserven hunn, wat d'Applikabilitéit an d'Applikatioun vun de Reglementer ugeet, vun deene mer Connaissance geholl hunn, mä déi awer vläicht net haut en tant que tel bei ons als Chamber ënner onse Kompetenzen zur Debatt stinn.

Fir de Rescht wollt ech awer den Accord vun der ADR-Fraktioun zum Gesetzesprojet bréngen.

» Une voix. - Très bien!

» M. le Président. - Merci, Här Henckes.

#### (Interruptions diverses)

Merci, Här Jaerling. Dann ass et un der Regierung. Den Här Tourismusminister Fernand Boden huet d'Wuert.

#### (Brouhaha général)

» M. Fernand Boden, Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement. - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, mäi Merci och un de Rapporteur Lucien Clement, dee mat vill Engagement versicht huet, hei dee Fënnfjoresplang an d'Regierungspolitik gutt ze verdeedegen. Merci all deenen, déi hei intervenéiert sinn, an och alleguer deenen, déi dese Projet stëmmen. Ech mengen, dat wären alleguer, déi heibanne sinn. Mir haten och eng konstruktiv Debatt, wéi dat ëmmer beim Tourismus de Fall ass.

Et sinn och eng Partie Froen opgeworf ginn, op déi ech wëll agoen. Ech wëll fir d'éischt nach eng Kéier soen, datt dese Fënnfjoresplang fir den Tourismus, esou wéi et hei och ënnerstrach ginn ass, an der Linn vu senger Virgänger läit. Mir hu versicht, an

deenen eenzelne Fënnfjoresplang eist Konzept ëmzesetzen, dat vun 1992 datéiert. Dat Konzept ass 2001 revidéiert ginn.

An, Här Etgen, schonn am siwente Fënnfjoresplang sinn déi Recommendatiounen vum ETI fir d'éischt ëmgesat ginn, an elo, an deem Fënnfjoresplang, ginn nach weider Recommendatiounen vum ETI, op déi ech och wäert agoen, ëmgesat.

Ech muss och soen, datt des Etüd vum ETI - an dat ass och hei schonn ervirgestrach ginn - Lëtzebuerg eng international gutt Qualitéit am Beräich vun den touristeschen Infrastrukturen attestéiert huet. Dat ass net zulescht bedéngt eben duerch d'Ëmsetzung vun deene verschidde Fënnfjoresplang fir d'Verbesserung vun der touristescher Infrastruktur. Si hunn also net - wéi Dir gesot hutt, Här Etgen - keng Impulser ginn, mä si hu ganz wichteg Impulser ginn, fir déi touristesch Infrastruktur ze verbesseren.

Ech muss och soen, Här Etgen, Dir hutt lech e bësse widdersprach: Am Ufank war alles schlecht, an op eemol hutt Der ugefangen, eng Abberzuel vu Projeten ze ernimmen, déi gutt gewiescht wieren an déi duerch d'Fënnfjoresplang realiséiert gi sinn, an zum Schluss hutt Der och gesot, mir géifen awer net esou schlecht dostoan.

Da wëll ech awer soen, da...

#### (Interruption)

...kënnen den Tourismusministère an deene laange Joren, wou ech d'Veantwortung hunn, an all déi vill aner Leit, déi am Tourismus kräfteg matschaffen a vill Suen a vill Zäit a vill Fräizäit engagéiert hunn, also net alles esou schlecht gemaach hunn, wéi dat emol duergestallt gëtt.

#### (Interruption)

Mir hunn och 2007, dat wëll ech soen, net nëmmen déi gutt Noté vum ETI nach eng Kéier confirméiert kritt. Den ETI ass jo en europäesch Tourismusinstitut, wat attachéiert ass un d'Universitéit vun Tréier, wou mir och selwer Gesellschafter mat dra sinn. Do kënt ee jo och soen, déi maachen dann heiansdo esou Etüden, déi vläicht e bëssen ze vill favorabel sinn. Neen, och de World Economic Forum, deen 2007 124 Länner examinéiert an en Index opgestallt huet, wat d'Konkurrenzfähigkeet am Tourismus an am Reesberäich ubelaangt, attestéiert Lëtzebuerg am Total déi ausgezeechent néngte Plaz.

Dat ass haaptsächlech doduerch bedéngt, datt mer am Beräich vun der touristescher Infrastruktur op déi sechst Plaz ënner, wéi gesot, 124 Länner komm sinn. Dese World Economic Forum seet, datt Lëtzebuerg am Grupp vun de sogenannte Reise- und Touristikchampions niewent Länner oder hanner Länner wéi, wann ech d'Europäesch Union huelen, Eisträich an Däitschland op der drëtter Plaz ass. Insgesamt also, wat d'Kompetitivitéit ubelaangt am Tourismus an am Reessecteur. Wann ech elo Europa huelen, ass Lëtzebuerg hannert der Schwäiz, Eisträich, Däitschland an Island op der fënnefter Plaz.

Also esou schlecht sti mer net do! Mir hu gutt Noten dofir kritt, datt mer vill Efforté gemaach hunn, fir déi touristesch Infrastruktur wesentlech ze verbesseren an och aner Saache wesentlech ze verbesseren, fir datt mer kënnen international konkurrenzfähig sinn.

Ech wëll awer net verheemlechen, datt mer nach eng Rei vu Problemer hunn an datt mer et nach besser kënnen maachen. Dat ass jo och de Sënn vun deem, wat mer wëlle realiséieren. Besonnesch ass gesot ginn, am Beräich vun der touristescher Organisation wier nach munches ze verbesseren, am Beräich vun der Formatioun an och vum Marketing. Dat si just déi dräi Beräicher, déi jo net an d'Kompetenz vun den Tourismus-Fënnfjoresplang gefall sinn. Dofir ass versicht ginn, fir lues a lues Dieren opzemaachen, fir datt mer och an deene Beräicher kënnen méi staark mat agräifen.

Den ETI hat Moosnamen an dese Beräicher hei virgeschloen. Ech wëll nach eng Kéier dorunner erënneren. Dat éischt ass d'Kreatioun vu sougenannten Offices régionaux de tourisme, den ORTen, vun deene jo eng Partie Leit hei geschwat hunn. Mir hunn déi Strukturen an de Regione vun den Ardennen an dem Mëllerdall, der klenger Lëtzebuurger Schwäiz, elo viru kuerzem ulafe gelooss.

Ech sinn d'accord mat deenen, déi gesot hunn, datt dat nëmmen e Succès gëtt, wann all déi Acteuren un engem Strang zéien. Dat ass och de Sënn dovun.

De Bénévolat huet ganz vill Mériten am Tourismus, e stéisst awer allze oft u seng Grenzen. Duerfir muss een ebe kucken, dem Professionalismus méi Chancen ze ginn, fir datt dee Bénévolat gutt encadréiert ka ginn

duerch Professioneller, an duerfir brauch een och eng Masse critique vu Gelder. An d'ORTe sollen ebe just kucken, datt déi Masse critique vu Gelder zesummegebroe gëtt. De Ministère wäert seng Aufgab do erfëllen an eng ganz Partie Suen, oder de Gros vun de Suen doranner stiechen.

D'Gemengen, déi aus dem Norden an déi aus dem Osten, hu sech och bereet erkläert, fir Sue pro Awunner an den ORT ze stiechen. An da brauche se natierlech och Gelder vun dem Privatsecteur, dee vum Tourismus profitéiert. Ech muss soen, do erwaarden ech nach e bësse méi, wéi elo um Dësch läit, mä do si mer amgaange lues a lues Modeller ze erstellen, fir datt och déi hire Bäitrag leeschten a fir datt an den ORTen eng Masse critique vu Gelder zesummekënn. Net nëmmen fir Leit ze bezuelen, fir datt se sollen do schaffen, mä och fir Packagen ze maachen, fir gutt Produiten ze erstellen, déi des Region, an där se tätég sinn, vermaarte kënnen an déi d'Regioun och méi attraktiv kënnen maachen.

Zweetens huet dann den ETI d'Kreatioun proposéiert, virun allem duerch des ORTen, vu méi touristesche Produkter, déi attraktiv sinn, déi de Wënsch an Uspréich vun de Clienten entsprechen.

Drëttens huet e proposéiert, eng méi staark „unique selling proposition“ fir Lëtzebuerg ze realiséieren. Mir mussen also méi kloer ervirsträichen, wouranner mer eis vun eise Konkurrenten ënnerscheiden, wat mir am Fong vun Eemolegem, vun deem, wat „out-standing“ ass, vun deem, wat ervirsteet, unzibidden hunn.

An deem Zesammenhang wëll ech och der Madame Dall'Agnol soen, datt mer just op der Vakanzefoire dëst Joer eng nei „corporate identity“ virgestallt hunn. En neie Stand op der Foire, wou ganz vill Vertrieber drop waren, déi versicht hunn, Lëtzebuerg ze verkafen, an déi nei „corporate identity“ - mengen ech - huet och vill a gudden Uklang fonnt. Et geet also drëm, am In- an am Ausland eis op eng modern, attraktiv Aart a Weis duerzestellen an och méi nei an attraktiv Imagebroschüren ze erstellen, déi op där Foire d'ailleurs presentéiert gi sinn, an och konkret touristesch Produkter, déi attraktiv sinn, un de Mann ze bréngen.

Den Här Schank huet drop higewisen, datt mer do Nordic-Walking-Parke virgestallt hunn. Dat ass d'ailleurs eng Kreatioun vu ganz ville Partner zesammen, déi ganz interessant ass, mat där een am Ausland werbe kann. Eis VTT-Circuiten an eis national Wanderweeër si virgestallt ginn. Et sinn extra Broschüre gemaach ginn, fir och am Ausland op de Foire déi e schaarft Bild vu Lëtzebuerg als Tourismusdestinatioun kënnen ze weisen.

Véiertens huet den ETI virgeschloen, den Ausbau vun der Formatioun vun dem professionellen Tourismussektor ze maachen. Dat ass ganz wichteg. Mir si ganz gutt an den Infrastrukturen. Mir hu vläicht nach Retarden an der Dëngschtleeschung; duerfir geet et also elo drëm, d'Dëngschtleeschung méi staark ze pusséieren. Dofir eis Initiativ Q-Label, Service Qualitéit Lëtzebuerg. Dat ass also eng Qualitéitsoffensiv am Dëngschtleeschungsberäich, an ech wäert nach e bëssen dorobber agoen, well dat jo och ee vun den neien Akzenter vun deem Fënnfjoresplang ass.

Et ass hei och scho gesot ginn: Eis Visioun, eist Konzept ass nach ëmmer Liewensqualität an Tourismusqualität. Dat soll ënnersträichen, datt den Tourismus a seng Infrastrukturen éischters d'Liewensqualität vun de Lëtzebuurger Bierger an Awunner ka verbesseren an domadder och d'Akzeptanz vun hinne vum Phenomeen Tourismus, dee jo och heiansdo gewëssen Nodeeler mat sech bréngt fir si.

Zweetens soll dat awer och drop hiweisen, datt mer wëllen eisen Tourismus qualitätsorientéiert gestalten, nohalte gestalten, an datt duerch déi Gestaltung och déi Touristen, déi bei eis kommen, en Deel vun der Liewensqualität, déi zu Lëtzebuerg herrscht, kënnen materliewen. Och dat ass eppes, wat ganz vill Leit op Lëtzebuerg zitt.

Fir vläicht op e puer Zuelen anzegoen: Den Tourismus ass weltwäit e formidabile wirtschaftleche Secteur. 2005 sinn 808 Milliounen Arrivéier vu Touristen ausgemach ginn, an déi hu 682 Milliounen US-Dollar generéiert. Deen Trend geet weider. Den Tourismus ass e Wuesstumssecteur. Hei an Europa wiisst en net gradesou schnell wéi weltwäit, mä et gesäit een awer, datt an Europa den Tourismussektor staark um Wuessen ass.

Ech wëll och do just eng Zuel soen: 6% vun der aktiver Bevëlkerung schaffen direkt am Tourismus. Dat sinn zéng Milliounen Leit! Heiansdo a vill ze oft gëtt den Impakt vum Tourismus fir d'Wirtschaft insgesamt an och

fir d'Beschäftegung ënnerschat. Mir mussen also och kucken, kompetitiv ze sinn an och hei zu Lëtzebuerg eben ze versichen, fir vun deem Wuesstum vum Tourismussektor ze profitéieren. Dat ass och an de leschte Jore geschitt.

Mir hunn zesumme mat der WTTC geschafft. Dat ass de World Travel and Tourism Council, en internationale Gremium, deen am Fong den Impakt vum Tourismus fir déi verschidde Länner miesst. Mir hunn deenen den Optrag ginn, fir zu Lëtzebuerg ze moossen: Wat ass de Wäert vun der Tourismusindustrie? Dat heescht, nëmmen dat, wat direkt vum Tourismus ofhängeg ass; Hébergement a Restauratioun. Do dréit d'Tourismusindustrie 2,9% zum PIB bäi hei am Land.

Wa mer awer elo d'Tourismusekonomie huelen - dat ass dat, wat direkt an indirekt vum Tourismus ofhängeg ass -, da mécht dat net nëmmen méi 2,9% vum PIB aus, mä 9,4% vum PIB gëtt duerch den Tourismus generéiert am Tourismussektor selwer an och an anere Wirtschaftssecteuren, déi vum Tourismusphenomeen profitéieren.

De WTTC huet och eng Perspektiv gemaach: Wéi kann dat sech zu Lëtzebuerg entwéckelen? Déi ass ganz positiv. Um Horizont 2016, hu se gesot, kéint d'Tourismusekonomie - also dat Gesamt - bis zu 16,3% vum Emploi duerstellen an 10,8% vum PIB. Also, do hu mer eng Chance, déi mer mussen nutzen.

Dese Fënnfjoresplang soll jo am Fong de Kader setzen, datt mer déi Chancen och kënnen optimal nutzen, eis Stärkten ausspillen, besonnesch am Kongress- an Incentive-Tourismus de Kongress- a Geschäftstourismus ass e Secteur, deen iwwerall um Wuessen ass - an do hu mer vill Trëmp, vun deene mer kënnen profitéieren -, an awer och an deem méi allgemenge Fräizäittourismus.

De staarke Wuesstum wäert et ouni Weideres erlaben, datt nei Aarbechtsplaze geschaf ginn, datt aner Wirtschaftszweigen och kënnen vum Tourismus profitéieren, an zweetens kann den Tourismus och e regional wirtschaftlechen Ausgläich téschent Stad a Land erreechen. Den Här Schank, dee jo och déi Problematik vum Tourismus am ländleche Raum opgeworf huet, weess, datt mir als Tourismusministère ons der Problematik bewusst si vum sougenannte Stad-Land-Gefälle am Tourismus.

Mir si gewëllt, deem Trend entgéintzesteieren, zesumme mat den ORTen aus dem Mëllerdall, der klenger Lëtzebuurger Schwäiz, an aus den Ardennen. Zesumme mat deene si mer amgaangen, eng Etüd ze maachen, fir konkret Solutiounen a konkret Denkestéiss ze kréien, wéi mer dem sougenannte Fräizäittourismus am ländleche Raum nees op d'Spréng kënnen hëllefen. Dese Etüd soll eng konkret Analys maache vun den Erwaardunge vum Client, vun deem senger Wënsch, a konkret Aktiounen virschloen, wéi mer deene Wënsch an deenen Demandé vum Client kënnen besser Rechnung droen.

Am Fräizäittourismus am ländleche Raum spillt natierlech de Familientourismus eng ganz wichteg Roll. D'Familie sinn e groussen Undeel vun de Clienten am ländleche Raum. Mir mussen also och kucken, fir de geziilte Wënsch vun de Familie kënnen besser Rechnung ze droen. Déi Ureegung, déi gemaach ginn ass, ze kucken, ob een net kéint iwwert d'Schafung vun engem Familijegütesiegel fir Hébergementsstrukturen nodenken, ass ganz interessant a kann och am Kader vun der Etüd ganz sécher analyséiert ginn.

Et ass e puermol op d'Enveloppe budgétaire higewise ginn. Mir hunn effektiv déi Kéier e gudd Sprong gemaach. Mir kréie 34% bäi, éischters emol, well mer nach e gewëssenen Iwwerhang hu vu Projete vum siwente Fënnfjoresplang, a well och e puer nei gréisser Projete geplangt sinn am Kader vun deem aachte Fënnfjoresplang. Ech si ganz frou doriwwer. Ech sinn och frou, datt Dir des Meenung deelt. Mir wäerten och weiderhin de Privatsecteur staark ënnerstëtzen an encouragéieren ze moderniséieren, well mer festgestallt hunn, datt iwwerall do, wou erneiert ginn ass, wou nei Infrastrukture geschaf gi sinn, wou Hotelen ausgebaut goufen, e Wellnesssecteur ugebueden hunn, och gutt Resultater gemaach ginn.

Ech wëll och deenejéinegen, déi gemengt hunn, d'PMEE kéinten nach méi staark ënnerstëtzt ginn, soen, datt mir hei am Land déi stäerksten Ënnerstëtzung fir d'PMEE an dësem Beräich, besonnesch an der Hôtellerie, ubidden.

Et muss een och kucken: Wou waren déi finanziell Schwéierpunkte vum siwente Fënnfjoresplang? Dat wäert am aachten d'nämlecht bleiwen. Iwwer 20% vun der Gesamtveloppe sinn am siwente Fënnfjoresplang an d'Hôtellerie gestach ginn. Dat ënnersträicht och den Investitiounswelle vun eisen Hotelieren, dat ass och iwwerlebenswichtig.

Mir gesinn, datt am ländleche Raum vill kleng Hoteler verschwannen. Déi Better, déi verschwannen, mussen ersat ginn duerch gréisser Strukturen, wou bestehend Hoteler sech vergrësseren, sech moderniséieren oder och neier geschafte ginn. Duerfir wäerte mer och am Kader vum aachte Fënnfjoresplang déi Investitiounen an déi Hotelinfrastruktur weider ganz staark ënnerstëtzen.

15% vun de Sue sinn an Infrastrukturmoossname gaangen, déi vu Syndicat-d'initiative geschafte goufen. Do gesäit een och: D'Roll vun de Syndicat-d'initiativen ass net nëmmen, fir Animatioun an Aktivitéiten ze maachen, mä si investéieren och ganz vill an Infrastrukturen. Och dat soll weider ënnerstëtzt ginn.

Mä iwwer 55% vun der Enveloppe ass u Gemenge gaangen, déi an touristesch Projeten investéiert hunn. Also iwwer 55%! Duerfir wëll ech och deenen ze bedenke ginn - d'Chambre de Commerce awer och eenzel Deputéierten hunn dat, wann net haut hei, mä op anere Plaze gemaach -, déi gemengt hunn, den Taux d'intervention fir den öffentleche Secteur misst gläichgestallt gi mat deem vum Privatsecteur.

Den Här Clement huet drop higewisen, datt de Privatsecteur maximal mat 15% duerf duerch d'Bréisseler Bestëmmung subventionéiert ginn. Wa mir de Gemengen och nëmme 15% géife subventionéieren, fir Piscinen ze bauen, fir Muséeën ze schaffen, fir d'Duerfverschönerung, fir Centre-touristiques, fir Centre-crétives, Parken, Piste-cyclables ze maachen, da géifen déi net gemaach ginn. Or, déi Investitiounen droen e wesentleche Bäitrag zur Attraktivitéit vu Lëtzebuerg als Tourismusdestination bäi. Duerfir ass et wesentlech, datt mer fir déi doten Infrastrukturen, déi net vum private Secteur géife gemaach ginn, awer och kënnen weiderhi méi héich Subventionen ginn, sou wéi dat och bis elo de Fall war.

Vläicht e puer Wuert zur Prozedur, den Här Kox huet déi Problematik ugeschwat, éischstens emol: Wéi kommen déi Projeten, déi d'Gemenge maachen, op déi Lëscht? An: Wéi gëtt dat gehandhaabt?

Laang iert de Fënnfjoresplang kënnt, Här Kox, ginn d'Gemengen ugeschriwwen. Si ginn op d'mannst zweemol ugeschriwwen. Si solle sech Gedanke maachen - an annerhallwem Joer kéim en neie Fënnfjoresplang -, wat si sech wëilten u Projete realiséieren, datt se och Zäit hunn, datt mam Gemengerot ze diskutéieren, a mat Bureau-d'études eventuell zesummenzoukommen dowéinst. Da kënnt dat eran, an da kënnt e Comité interministériel, an deem all déi concernéiert Ministären dra vertritt sinn. Deen examinéiert dat. Do huet den Tourismusministère eng Koordinatiounsroll. Opgrond vun deem sengem Avis gëtt dann e Règlement grand-ducal ausgeschafft, dee vun der Regierung muss guttgeheescht ginn.

Do ass absolut Transparenz. A wann heiansdo monéiert gëtt, gewësse virgesinne Projete géifen net realiséiert ginn - d'Ma-

dame Dall'Agnol huet dat jo vum Rapport vun der Cour des Comptes zitéiert - esou hunn ech do awer och déi Erklärung gi gehat, datt, wann eng Gemeng entre-temps Gemengerotswahlen hat, oder de Schafférot changéiert, oder si huet finanziell aner Prioritéiten, wéi si se virdrun hat, da realiséiert se dee Projet eventuell net, deen um Fënnfjoresplang steet. Duerfir kann nun awer net den Tourismusminister.

Et ass jo och ganz kloer, datt dee Règlement grand-ducal kann ugepasst ginn. Dat heescht, wann e Projet ewechfällt, kann een aneren, dee virdu vläicht net geholl ginn ass, amplaz kommen. Do ass also eng Méiglechkeet, datt mer flexibel sinn. Do ginn der also net vun Ufank un eliminéiert à tout jamais. Mä ech verstinn heiansdo, datt eben och aner Zwäng an eng Gemeng kommen, datt se net all déi Projeten, déi se vläicht wëlles haten ze realiséieren, och realiséieren.

Da kënnt den Honger heiansdo derbäi, vun deem Dir geschwat hutt, Här Kox. Do ass Réimech kee gutt Beispill. Dir hutt mer zwou Saache reprochéiert: Réimech géif gedirengelt ginn, si missten e Camping maachen. Réimech hat e Camping. Si si bei mech komm, ob ech bereet wär, datt se dee Camping géife verschwannen doen an do e Parking maachen. Et wier wichtig, datt se niendrun am Zentrum...

» **Une voix.** - Abee jo!

(**Interruption**)

» **M. Fernand Boden, Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement.** - ...kënnten eng zentral Plaz maachen, déi d'Leit géif an den Zentrum unzéien. Ech war averstanen ënnert der Maßgab, datt awer e Camping géif erëmkommen. Vläicht ënner anerer Form; e Campingcars-Camping eventuell, dat ass mir och nach egal. Ech mengen also net, datt ech se dirigieren. Dat ass am Fong e Versprieche, dat d'Gemeng Réimech gemaach huet. Ech war nëmmen ënnert där Konditioun d'accord, fir déi Parkplazen ze subventionéieren, fir och ze hëllefen, datt déi Plaz konnt realiséiert ginn.

An dann ass d'Saach vun der Piscine. Zu Réimech gëtt et d'Patinoire an d'Piscine. Do hunn ech e Projet gehat fir d'Patinoire; fir d'éischt sollt se realiséiert ginn; da sollt se erëm net méi realiséiert ginn; da sollt se erëm anescht realiséiert ginn. Dat mécht d'Planung net einfach fir den Tourismusminister. Bei der Piscine, mengen ech, ass den Devis verduebelt ginn, Här Kox. Dir hutt mer selwer zougestanen, datt se vill ze vill deier wär. Ech hu jo gesot: Ech ginn lech e gewëssene Prozentsaz bis zu engem Plafong an Dir sollt kucken, datt dee Projet méi bëlleg gëtt.

Mir hunn och eng Etüd maache gelooss vun engem Expert, dee gesot huet: Déi Réimecher Piscine ass vill ze vill deier. Déi muss anescht gemaach ginn. Wat ass d'Resultat? Se gëtt elo méi bëlleg, Här Kox. Also, ech hunn lech gehollef Suen ze spueren, andeems ech Oplage gemaach hunn. Duerfir mengen ech schonn, datt ee muss heiansdo den Honger vu gewësse Leit bremsen. Dat ass ganz richtig!

Gutt. Ech si frou, datt déi Réimecher Projeten, déi se fir dës Fënnfjoresplang virgeschloen hunn, drop komm sinn. Ech sinn dervun ausgaangen, datt déi Projete vu Réimech gutt iwwerluecht wäeren, datt Der net einfach esou Projeten elo dropgesat hutt.

(**Interruption**)

Duerfir huet dee Groupe interministériel gemengt, déi Projeten, déi vu Réimech komm wäeren, wäeren akzeptabel a kënnten dropkommen. An ech hoffen, datt se och realiséiert ginn.

D'Schwéierpunkte vum aachte Fënnfjoresplang - dorop hunn ech nach eng Kéier higewisen -: Kongress- a Geschäftstourismus, Tourismus am ländleche Raum, Kulturtourismus a Bannentourismus. Mir wäerte

konzentriert an déi véier Geschäftssailen do investéieren.

D'Neierungen, déi kommen, sinn zum Deel schonn ernimmt ginn. Ech wëll just nach eng Kéier soen, datt mer wëlle versichen an der Hôtellerie eng Ouverture ze maache fir en neien Typ vun Hotel, deen ëmmer méi besicht gëtt. Dat ass den „art and design“-Hotel. Dee ka méi en héijen Taux kréien, gradesou wéi dat zum Beispill fir e Wellness- oder fir e Sporthotel de Fall ass. Wann en Hotel geziilt an de Sport oder an de Wellness investéiert, da ginn do ganz genee Kritäre festgeluecht, wat do geschéie muss; oder och elo an „art and design“-Hotelen. Da kann een e méi héijen Taux kréien, wéi wann een einfach nëmmen Zëmmer renovéiert an déi moderniséiert. Dat ass e Créneau, dee sech entwéckelt, a mir wollten deem Créneau och hei zu Lëtzebuerg eng Chance ginn.

Dann ass d'Servicequalität e wichtegt neit Element an dësem Fënnfjoresplang. Mir wëlle versichen, fir d'Déngschtleeschung ze verbesseren. Mir hunn also do, wéi gesot, dee Schwäizer System iwwerholl, dee sech bewäert huet, fir eben och d'Qualitéit an de Betriber ze verbesseren. Den Här Schank huet driwwer geschwat; ech wëll also net an den Detail goen.

Mä wat mech impressionéiert huet, dat ass, datt schonn an deene puer Méint, wou dat elo ugelaft ass, iwwer 120 Leit bereet waren, eng Formation fir déi éischt Stuf vun deem Q-Label do matzemaachen. Dat sinn d'Multiplicateurs. Déijéineg, déi do eng Formation kréien, déi sollen an hirem Betrib derfir surgen, datt d'Qualitéitsgedanken an -denken an deem Betrib sech méi breetmaachen. Dono gi Mystery-Checké gemaach, da kréie se déi zweet Stuf. An der drëtter Stuf kënnen se dann och eng ISO-Zertifizierung kréien.

(**Coups de cloche de la Présidence**)

» **M. le Président.** - Här Minister, ech wëll lech opmierksam maachen, dass Der wierklech musst zum Schluss kommen. Dir sidd schonn dräi Minutten iwwer d'Zäit.

(**Brouhaha général**)

Jo, Här Wagner, ech si gär bereet, de Minister soulaang schwätzen ze loossen, wéi hie wëllt, mä Dir haalt och ëmmer drop, dass d'Zäiten agehale ginn. Ech halen och Är Zäiten an.

» **M. Carlo Wagner (DP).** - Mä haut schwätzt de Minister esou gären.

» **M. le Président.** - Jo. Kommt!

» **M. Fernand Boden, Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement.** - Merci, Här President. Ech maachen an zwou Minutten Schluss.

» **M. le Président.** - Jo.

» **M. Fernand Boden, Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement.** - Merci, Här President. Ech maachen an zwou Minutten Schluss.

Am Campingssecteur kënnt och eng wesentlech Neierung. Mir hu festgestallt, datt de Locatif am Camping ëmmer méi wichtig gëtt, datt ëmmer méi Leit wëllen dovunner profitéieren. Dee war bis elo net subventionabel. Duerfir gesi mer elo vir, datt deen och an Zukunft subventionabel ass, an datt am Kader vum Tourisme de passage, dee muss 75% vum Camping duerstellen, och 25% kënnen locatif sinn. Dat hëlleft de Campingen, datt se zum Beispill och kënnen Gäscht empfangen, déi wëllen an e Mobilhome kommen, déi wëllen an e Chalet goen, deen awer muss fir den Tourisme de passage zur Verfügung stoen. Et dueren also net Leit sinn, déi permanent doranner wunnen.

An der Hôtellerie wëllt ech nach eng Kéier drop hiweisen, datt d'Reglement kloer Kritäre festleet, fir datt een iwwerhaapt gehollef kritt. Et kritt net jiddfer Hotel gehollef, deen eppes investéiert, mä do muss kloer Kritären, déi am Règlement festgehale gi

sinn, erfüllt sinn. Duerfir mengen ech, datt mer am Tourismus grouss Transparenz hunn. Dat huet d'Comexbu och esou akzeptéiert an honoréiert. Dat heescht, dat, wat d'Cour des Comptes gesot huet, ass am Fong vun der Comexbu herno als net richtig erkannt ginn. Et ass net alles, wat si gesot hunn, richtig gewiescht. Besonnesch d'Transparenz am Tourismus ass méi grous, wéi a munch anere Secteuren.

Voilà! Da soen ech lech alleguer finalement nach eng Kéier Merci fir Är konstruktiv Ureegungen. Mir wäerte versichen, déi esou gutt wéi méiglech zur Kenntnis ze huelen an ëmsetzen mat allen Acteuren. Merci nach eng Kéier fir déi grous Zoustëmmung fir dës Projete.

» **M. le Président.** - Merci, Här Minister. Mir kommen zum Vote vum Projet de loi.

(**Interruption**)

Pardon?

» **Mme Claudia Dall'Agnol (LSAP).** - Ech hat just virdrun e fuerchtbare Faux pas gemaach, fir deen ech mech offiziell wëll entschëllegen. Ech hat vergiess dem Rapporteur Merci ze soen. Dat wëll ech nohuelen.

» **Plusieurs voix.** - Aaahhh!

» **M. le Président.** - Kommt, elo hale mer eis net méi laang op. Elo komme mer zum Vote.

**Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel**

De Projet de loi 5748 ass ugehall mat 58 Jostëmmen, bei kenger Nee-Stëmm a kenger Abstentioun.

*Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval (par M. Marcel Oberweis), Nancy Arendt (par M. Laurent Mosar), M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner (par Mme Martine Stein-Mergen), Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen (par Mme Françoise Hetto-Gaasch), MM. Marcel Glesener (par M. Lucien Clement), Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Marcel Sauber, Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter (par M. Paul-Henri Meyers);*

*MM. Marc Angel, Alex Bodry (par M. John Castegnaro), John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err (par M. Roger Negri), MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch (par M. Roland Schreiner), MM. Roger Negri, Jos Scheuer (par Mme Claudia Dall'Agnol), Romain Schneider (par M. Marc Angel), Roland Schreiner et Mme Vera Spautz;*

*MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur (par M. Xavier Bettel), M. Fernand Etgen, Mme Colette Flesch, MM. Charles Goerens (par M. Fernand Etgen), Paul Helming, Alexandre Krieps (par M. Carlo Wagner), Claude Meisch (par Mme Colette Flesch) et Carlo Wagner;*

*MM. Claude Adam, François Bausch (par M. Félix Braz), Félix Braz, Camille Gira (par M. Claude Adam), Jean Huss, Henri Kox et Mme Viviane Loschetter (par M. Henri Kox);*

*MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes, Jean-Pierre Koepp (par M. Gast Gibéryen) et Robert Mehlen;*

*M. Aly Jaerling.*

Gëtt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

(**Assentiment**)

Dann ass et esou decidéiert.

Domat, Dir Dammen an Dir Hären, si mer um Enn vun eisen Aarbechten ukomm.

D'Sitzung ass opgehewen.

(**Fin de la séance publique à 19.01 heures**)



Chambre  
des Députés  
L U X E M B O U R G

d'Chamber online op  
**www.chd.lu**

Présidence: M. Lucien Weiler, Président  
M. Jos Scheuer, Vice-Président, M<sup>me</sup> Colette Flesch, Vice-Président

## Sommaire

### 1. Communications

### 2. Ordre du jour

- Proposition de reporter à une date ultérieure le vote sur la proposition de loi 4909: M. Gast Gibéryen, M. François Bausch, M. Ben Fayot, M. Carlo Wagner, M. Michel Wolter, M. Aly Jaerling (dépose une motion), M. Gast Gibéryen, M<sup>me</sup> Marie-Josée Frank, M. le Président
- Vote (proposition rejetée)

### 3. 5584 - Projet de loi relatif aux soins palliatifs, à la directive anticipée et à l'accompagnement en fin de vie et modifiant:

1. le Code des assurances sociales;
  2. la loi modifiée du 16 avril 1979 fixant le statut général des fonctionnaires de l'État;
  3. la loi modifiée du 24 décembre 1985 fixant le statut général des fonctionnaires communaux;
  4. le Code du Travail
- Rapport de la Commission de la Santé et de la Sécurité sociale: M<sup>me</sup> Lydia Mutsch
  - Discussion générale: M. Paul-Henri Meyers, M. Carlo Wagner, M. Alex Bodry, M. Jean Huss, M. Gast Gibéryen, M. Aly Jaerling, M<sup>me</sup> Marie-Josée Frank, M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé, M<sup>me</sup> Marie-Josée Jacobs, Ministre de la Famille et de l'Intégration
  - Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel

### 4. 4909 - Proposition de loi sur le droit de mourir en dignité

- Rapport de la Commission de la Santé et de la Sécurité sociale: M<sup>me</sup> Lydia Err, M. Jean Huss
- Discussion générale: M<sup>me</sup> Martine Stein-Mergen (à qui s'adresse M<sup>me</sup> Lydia Err), M. Carlo Wagner, M. Alex Bodry, M. Jean Huss, M. Robert Mehlen, M. Aly Jaerling, M<sup>me</sup> Marie-Josée Frank, M<sup>me</sup> Colette Flesch, M. Marc Angel, M<sup>me</sup> Martine Stein-Mergen, M<sup>me</sup> Lydia Err, M. Michel Wolter
- Motion de M. Aly Jaerling: irrecevable
- Vote sur l'ensemble de la proposition de loi et dispense du second vote constitutionnel

Au banc du Gouvernement se trouvent: M. Jean Asselborn, Vice-Premier Ministre; M. Fernand Boden, M<sup>mes</sup> Marie-Josée Jacobs et Mady Delvaux-Stehres, M<sup>ms</sup>. François Biltgen, Mars Di Bartolomeo, Jean-Marie Halsdorf et Claude Wiseler, Ministres.

(Début de la séance publique à 14.29 heures)

### » M. le Président.- D'Sitzung ass op.

Huet d'Regierung der Chamber eng Matdeelung ze maachen?

» M<sup>me</sup> Marie-Josée Jacobs, Ministre de la Famille et de l'Intégration.- Neen, Här President.

### 1. Communications

» M. le Président.- Ech hunn der Chamber folgend Kommunikatiounen ze maachen:

1. La liste des questions au Gouvernement ainsi que des réponses à des questions est déposée sur le bureau.

Les questions et les réponses sont publiées au compte rendu.

2. Les projets de loi et de règlement grand-ducal suivants ont été déposés au Greffe de la Chambre des Députés:

1) 5836 - Projet de règlement grand-ducal modifiant le règlement grand-ducal modifié du 31 janvier 2003 sur les transports par route de marchandises dangereuses

Dépôt: Monsieur Lucien Lux, Ministre des Transports, le 30.01.2008

2) 5837 - Projet de loi de loi relatif aux procédures européennes d'injonction de payer et de règlement des petits litiges et ayant pour objet de compléter et de modifier: - le Nouveau Code de procédure civile; - le Code civil; - la loi modifiée du 7 mars 1980 sur l'organisation judiciaire; - la loi modifiée du 9 décembre 1976 relative à l'organisation du notariat, et - la loi modifiée du 18 février 1885 sur les pourvois et la procédure en cassation

Dépôt: Monsieur Luc Frieden, Ministre de la Justice, le 31.01.2008

3) 5838 - Projet de règlement grand-ducal portant application: 1. de la directive

2006/22/CE du Parlement européen et du Conseil du 15 mars 2006 établissant les conditions minimales à respecter pour la mise en œuvre des règlements du Conseil (CEE) N°3820/85 et (CEE) N°3821/85 concernant la législation sociale relative aux activités de transport routier et abrogeant la directive 88/599/CEE du Conseil; 2. de la directive modifiée 95/50/CE du Conseil du 6 octobre 1995 concernant des procédures uniformes en matière de contrôle des transports de marchandises dangereuses par route; 3. des conditions de contrôles prévus par la directive modifiée 2000/30/CE du Parlement européen et du Conseil du 6 juin 2000 relative au contrôle technique routier des véhicules utilitaires circulant dans la Communauté

Dépôt: Monsieur Lucien Lux, Ministre des Transports, le 31.01.2008

4) 5839 - Projet de loi modifiant: 1. la loi modifiée du 28 juillet 2000 ayant pour objet la coordination des régimes légaux de pension; 2. le Code des assurances sociales; 3. la loi modifiée du 26 mai 1954 réglant les pensions des fonctionnaires de l'État; 4. la loi modifiée du 27 août 1977 concernant le statut des fonctionnaires entrés au service d'Institutions internationales; 5. la loi modifiée du 3 août 1998 instituant des régimes de pension spéciaux pour les fonctionnaires de l'État et des communes ainsi que pour les agents de la Société nationale des Chemins de Fer luxembourgeois; 6. la loi du 23 décembre 1998 relative au statut monétaire et à la Banque centrale du Luxembourg

Dépôt: Monsieur Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé, Monsieur Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Sécurité sociale, le 01.02.2008

5) 5840 - Projet de loi portant: a) création de l'Administration des Enquêtes techniques; b) modification de la loi modifiée du 22 juin 1963 fixant le régime des traitements des fonctionnaires de l'État, et c) abrogation de la loi du 8 mars 2002 sur les entités d'enquêtes techniques relatives aux accidents

et incidents graves survenus dans les domaines de l'aviation civile, des transports maritimes et des chemins de fer

Dépôt: Monsieur Lucien Lux, Ministre des Transports, le 07.02.2008

6) 5841 - Projet de loi portant approbation de l'Accord entre le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg et le Gouvernement de la République de Lettonie concernant l'échange et la protection réciproque des informations classifiées, signé à Luxembourg, le 13 septembre 2007

Dépôt: Monsieur Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, le 15.02.2008

3. En date du 15 février 2008 fut remise la pétition N°288 en vue d'actions à poursuivre afin d'obtenir un redressement des inégalités discriminatoires qui entachent notre régime fiscal sur le revenu.

### 2. Ordre du jour

Wat den Ordre du jour vun dëser Woch ubelaangt, huet d'Presidentekonferenz de 14. Februar Folgendes proposéiert:

Haut de Mëtteg fänke mer u mam Projet de loi 5584 iwwert d'Palliativmedezin nom Modell 2. Uschléissend diskutéiere mer d'Proposition de loi 4909 vun der Madame Lydie Err an dem Här Jean Huss iwwert déi aktiv Stierhëllef. Den Ordre du jour vun haut gëtt evakuéiert, och wann d'Sitzung no hallwer siwen erausgoe sollt.

Muer um hallwer dräi diskutéiere mer de Projet de loi 5686, eng Direktiv iwwert d'Pollutioun, dann e Partnerschaftsofkommes tëschent den EU-Länner an Turkmenistan, a schlussendlech de Projet de loi 4985 iwwert dat neit Hondsgesetz. Mir hunn och nach Naturalisatiounen um Ordre du jour.

En Donneschdeg ass keng Sitzung.

Ass d'Chamber mat deem Ordre du jour averstanen?

Den Här Gibéryen huet d'Wuert.

» M. Gast Gibéryen (ADR).- Merci, Här President. Léif Kolleegeinnen a Kollegeen, mir als ADR froen eng Ännerung vum Ordre du jour. Mir hunn haut um Ordre du jour zwee Projete stoen: eng Kéier e Projet de loi iwwert d'Palliativmedezin, an op där anerer Säit d'Proposition de loi iwwert déi aktiv Stierhëllef.

Wann een déi zwee Texter kuckt - an ech mengen, et geet eis hei net ëm de Fong vun der Saach, mä et geet eis ëm d'Prozedur -, da gesäit een, datt déi zwee Texter op verschidde Punkten a Kontradiktioun stinn. A wann de Projet de loi an d'Proposition de loi géife gestëmmt ginn, dann ass et also kloer, datt déi Gesetzer allen zwee net kéinten a Kraaft trieden oder zumindest eent net kéint a Kraaft trieden.

Esou geet zum Beispill am Projet de loi vun enger Directive anticipée Rieds, an an der Proposition de loi vun engem Testament de vie. Am Projet de loi steet, datt déi Direktiv beim Auteur bleibt an datt se an den Dossier médical kënnt; an der Proposition de loi steet, datt se géif an engem Kader enregistriert ginn, an engem institutionelle System. Am Projet de loi steet zum Beispill dran, datt Donnéeën iwwert d'Begriefnis an esou virun net kéinten an der Directive anticipée stoen; an am Testament de vie - op där anerer Säit an der Proposition de loi - steet, datt esou Donnéeën kéinte mat am Testament de vie stoen.

Et ass also kloer, datt déi zwee Gesetzer, nëmme fir op déi dote Punkten anzegoen, kontradiktöresch sinn an net allen zwee kënnen a Kraaft trieden. D'Fro, déi mir eis duerfir musse stellen, an och d'Konklusiounen vun der Kolleegein Err an dem Kolleege Huss zu hirer Proposition de loi; si kommen an hirem Rapport selwer ze de Konklusiounen - ech zitéieren: «Or, il est évident que d'un point de vue purement formel, une approbation par la Chambre des Députés de la proposition de loi rendra nécessaire une adaptation de l'actuel projet de loi sur les soins palliatifs afin de le compléter voire modifier sur certains points, notamment la terminologie et le contenu de la directive anticipative, mais avant tout une modification du Code de déontologie.»

Also si selwer kommen zur Konklusioun, wann ee géif d'Proposition de loi stëmme,

datt dat géif eng Ännerung vum Gesetz iwwert d'Palliativmedezin no sech zéien. D'Fro, déi mir eis awer mussen als Chamber stellen: Wa mer fir d'éischt géifen d'Gesetz iwwert d'Palliativmedezin stëmme an dann duerno d'Proposition de loi 4909 diskutéieren a géife stëmme, wëssend, datt dat a Kontradiktioun zu deem Gesetz virdu steet, wat mer jo gestëmmt hunn, kënnen mir dat iwwerhaupt als Chamber maachen?

Mir soe ganz kloer: Neen. Wann een dat géif maachen, da misst ee sech och virdrun eens ginn, wat d'Konsequenze vun der Prozedur wieren, déi do géifen hannendru kommen.

Déi éischt Fro stellt sech, ob d'Chamber zu deenen zwou Propositionen iwwerhaupt kéint d'Décharge gi vum zweete Vote constitutionnel. Wann d'Chamber dat souguer géif maachen, dann hätt se d'Décharge zu Gesetzer, déi net kéinten a Kraaft trieden. Da gi mer de Ball bei de Conseil d'État virun, vläicht an der Hoffnung oder net an der Hoffnung, datt den dann d'Proposition oder de Projet de loi net géif vum zweete Vote constitutionnel entbannen.

Wou sti mer dann? Da sti mer an enger Situation, wou mer eventuell géife soen: Ma da kënnen mer no dräi Méint erëm driwwer en zweete Vote huelen, ouni datt mer dann awer eng Korrektur gemaach hätten. Oder mir soen: Mir maachen dann elo en neie Projet de loi, den eben déi zwee Projeten an engem zesummeffiert.

Duerfir menge mir: Wann d'Chamber higeet a se stëmmt de Projet de loi 5584, da kann d'Chamber d'Proposition de loi Err/Huss hannendrun net stëmme, well déi a Kontradiktioun mat deem éischte Vote steet. Da misst am Fong déi Proposition de loi deementsprechend amendéiert ginn, ier se zur Diskussioun steet, datt se konform mat dem éischte Vote ass.

Duerfir proposéiere mir, Här President, datt een haut de Punkt 2 - d'Proposition de loi Err/Huss - soll vum Ordre du jour erofhuelen.

» M. le Président.- Merci, Här Gibéryen. Ech géif d'Press bidden, elo zum Schluss vun hirer Aarbecht ze kommen.

Wëllt nach een d'Wuert zum Ordre du jour?

Den Här Bausch huet d'Wuert.

» M. François Bausch (DÉI GRÉNG).- Här President, meng Fraktioun ass der Meinung, datt een den Ordre du jour haut de Mëtteg soll esou si loossen, wéi e vun der Conférence des Présidents geplangt gouf; dat aus zwou ganz gudden Ursachen.

Déi éischt ass déi, datt mer déi Debatt, déi mer haut féieren iwwer een Thema, wat eis heibannen alleguerte sécherlech déifstens beréiert, mä mat Sécherheet och d'Gesellschaft déifstens beréiert, hei solle féieren an och tranchéieren doriwwer. Dat war iwwerengs och de Wunsch vum Statsminister bei der Deklaratioun iwwert d'Lag vun der Nation.

Déi Fro, déi mer hei mussen tranchéieren, dat ass eng politesch Fro. Sécherlech gëtt et do hannendrun eng ganz Rei juristesche - et kann een déi och nennen - Kontradiktiounen oder Froen, déi een duerno muss klären, jee nodeem wéi déi Voten haut ausginn.

D'Conférence des Présidents hat am Fong de Choix, wéi se den Ordre du jour opgestallt huet, hei zwou Saachen ze maachen. Den Här Gibéryen seet hei: Kommt, mir huelen de Punkt 2 vum Ordre du jour erof, nämlech d'Proposition de loi. Mir kéinte jo och soen: Kommt, mir huelen de Punkt 1 vum Ordre du jour erof.

» Une voix.- Dat wär méi logesch.

» M. François Bausch (DÉI GRÉNG).- Dat wär méi logesch an der Konsequenz, well dat ass dat, wat am wäitste geet.

Mä d'Conférence des Présidents wollt net hei - a mir wëllen dat och haut net hei; dat hoffen ech zumindest fir meng Fraktioun - e Spillche maache mat enger vill ze vill eeschter Problematik. Mir wollten déi roueg, sachlech diskutéieren an tranchéieren haut. Wa mer se haut tranchéiert hunn, wat ech am Numm vu menger Fraktioun hoffen, datt dat geschitt, da bleibt eis, jee nodeem wéi et

ausgeet, effektiv genuch Zäit als Législateur, fir deemtsprechend de part et d'autre nozelégiféieren. Mir gesinn do absolut keng Schwierigkeeten. Et ass iwwerens net fir d'éischt an der Geschicht vum Parlamentarismus, wou dat virkënt.

Ech mengen awer, dass et wesentlech ass, dass een déi zwou Diskussioun vunenent trennt. Firwat? Mä en éischte Grond ass emol deen, dass zum Fong vun der Palliativmedezin zumindest meng Fraktioun dat zu 100% dréit a mer dee Projet de loi warscheinlech à l'unanimité mat 60 Stëmme wäerten ofstëmmen.

Mir wësse jo alleguer, dass et ënnerschiedlech Meinungen oder Aschätzung kënne ginn - an dat ass mënschlech - zum zweete Punkt. Mir wëssen och, dass mer eis alleguer d'Wuert ginn haten, op Ufuerderung vum Premierminister, dass mer do net de Fraktiounszwang solle spille loossen, dass mer sollen eng roueg Debatt féieren, an am Kader dann no enger roueger Debatt och hei eng Décisioun huelen.

Duerfir: Kommt, mir maachen dat haut! Kommt, mir spillen net hei. Et geet hei net ëm politesch Spillereien ee géint deen aneren. Et geet ëm e ganz eeschte Sujet. Kommt, mir diskutéieren dat a Rou; kommt, mir tranchéiere politesch a Rou an a Serenitéit, wéi et sech fir en Dossier wéi deen héite gehéiert!

Ech soen lech Merci.

**» Plusieurs voix.** - Très bien!

**» M. le Président.** - Den Här Fayot huet d'Wuert.

**» M. Ben Fayot (LSAP).** - Här President, ech erënnere mech, dass mer an der Conférence des Présidents iwwert den Ordre du jour vun haut de Mëtteg kee Problem haten. Mir hu kloer gesot, mir wëllten zwee Débatte: een iwwert de Projet de loi iwwert d'Soins palliatifs, wat e wichtegt Gesetz ass, wou eng grouss Majoritéit hei an der Chamber wäert derfir sinn, an duerno eng Proposition de loi iwwert den Droit de mourir dans la dignité.

Do war och keen Zweifel an der Conférence des Présidents, dass dat sollt en extraen Débat ginn, awer zesummen deeselwechten Dag, deen ee fir d'éischt an dann deen aneren. Dat war d'Absicht vun der Conférence des Présidents, fir also déi zwou Saachen noeneen ze maachen - net beieneen, mä noeneen.

Ech mengen, déi Absicht ass absolut richtig, a mir wollten hei als Fraktioun soen, dass mer deen Ordre du jour wëlle behalen an net mat enger Modifikatioun vum Ordre du jour d'accord sinn.

**» M. le Président.** - Merci, Här Fayot. Den Här Wagner huet d'Wuert.

**» M. Carlo Wagner (DP).** - Här President, iwwert déi Offensiv vun der ADR sinn ech op där enger Säit e bësselchen iwwerrascht, op där anerer Säit awer och net. Iwwerrascht sinn ech, wann ech bedenken, dass mer an der leschter Sëtzung vun der Commission de la Santé honnertprozenteg averstane ware mat där Prozedur, déi elo effektivement och vun der Conférence des Présidents proposéiert ginn ass. Net iwwerrascht sinn ech, wann ech bedenken, dass kee Verrieder vun der ADR an där Kommissiounssëtzung war a si dat also vläicht net konnte wëssen.

Ech mengen, et wier besser gewiescht, besonnesch bei esou engem wichtige Projet, dass een haaptsächlech och an där leschter Réunionioun vertraude gewiescht wier. Mä nach eng Kéier: Mir vun der DP mengen, dass mer solle bei deem bleiwen, wat souwuel an der Commission de la Santé déciidéiert wéi och vun der Conférence des Présidents zrëckbehale ginn ass.

**» M. le Président.** - Merci, Här Wagner. Den Här Wolter huet d'Wuert.

**» M. Michel Wolter (CSV).** - Här President, mir fänken déi Diskussioun hei net de Mëtteg un; et ass eng Diskussioun, déi sech elo säit Joren a säit Méint intensiv an der Chamber an och doraus féiert.

Mir sinn eis eens ginn tëschent alle Parteien op eng Démarche, fir déi ze féieren. Mir sinn

eis eens ginn. Schonn de leschten Dag oder haut a gëschter hat een ëmmer méi déi Impressioun, dass mer géife probéieren, dat Ganzt aus der Parteipolitik erauszehalen an an engem propperen Débat iwwert d'Bühn ze kréien. Mir sinn eis eens driwwer, dass mer déi zwou kontradiktoresch Meinungen am selwechten Dag géife mateneen diskutéieren. Da kommt, mir maachen dat a kucken, wat dobäi erauskënnt!

**» M. le Président.** - Merci, Här Wolter. Den Här Jaerling huet d'Wuert.

**» M. Aly Jaerling (Indépendant).** - Merci, Här President. Wann elo d'Kommissioun ugeschwat ginn ass, esou wëll ech awer drop hiweisen, dass do keng Ofstëmmung stattfonnt huet. Dat wëll ech emol kloer hei soen.

**(Interruption)**

Dat ass ganz expressis gesot ginn, an den Ordre du jour ass vun der Presidentekonferenz ofgestëmmt ginn, an net vun der Kommissioun vun der Santé.

Här Wagner, Dir waart selwer derbäi, also misst Dir dat och wëssen.

Här President, am Kontext vun der heiteger Dagesuerdnung sinn ech och iwwert de Punkt 2, iwwert d'Euthanasie, zur Iwwerzeegung komm, dass d'Fro vun der Stierfhëllef eng eescht Fro ass an all Bierger hei am Land betrëfft, an dass esou eng Entscheidung iwwer Liewen an Doud menger Meinung no net eleng der Gewëssensfräiheet vu 60 Deputéierte kann iwwerlooss ginn.

All Bierger hei am Land, Lëtzebuurger an Netlëtzebuurger, missten d'Méiglechkeet kréien, fir sech doriwwer ze äusseren.

An deem Sënn, Här President, hunn ech mer och d'Méi gemaach, hei eng Motioun ze entwerfen, mat där d'Chamber d'Regierung soll opfuerderen, e Referendum ënner alle Bierger hei am Land ze organiséieren mat der klouer Fro, ob se eng Legaliséierung vun der Stierfhëllef wëllen oder net.

An deem Kontext ënnerstëtzen ech och den Antrag, fir d'Ofstëmmung iwwert de Punkt 2 vun der heiteger Dagesuerdnung ze vertagen, bis eben e Referendum stattfonnt huet an d'Resultat dovunner bekannt ass.

Ech sinn och iwwerzeegt, dass all déi Leit, déi op dat Resultat gepocht hunn, dass 80% vun de Leit hei am Land mat der Stierfhëllef d'accord sinn, jo dann net e Referendum brauchen ze fäerten an da meng Motioun hei wäerten ënnerstëtzen.

Ech soen lech Merci.

**Motion**

*D'Volleksvertriederkummer, sech bewosst,*

- dass d'Fro vun der Legaliséierung vun der Stierfhëllef all Bierger hei am Land betrëfft;

- dass esou eng Entscheidung iwwer Liewen an Doud net eleng kann der Gewëssensfräiheet vu 60 Volleksvertrieder iwwerlooss ginn;

- dass all Bierger hei am Land muss d'Méiglechkeet kréien, fir mat doriwwer ze befanen;

*fuerdert d'Regierung op,*

- e Referendum ënner alle Bierger hei am Land ze organiséieren mat der klouer Fro, ob se eng Legaliséierung vun der Stierfhëllef wëllen oder net.

(s.) Aly Jaerling.

**» M. le Président.** - Den Här Gibéryen huet d'Wuert nach eng Kéier gefrot.

**» M. Gast Gibéryen (ADR).** - Merci, Här President. Ech wollt fir d'éischt dem Kollege Carlo Wagner soen, dass hien awer misst wëssen, dass d'ADR kee Member an der Kommissioun huet an derfir och kee vun eis do war. Dat just zur Erënnerung an zur Fairness.

**» Une voix.** - Et ka jiddereen an eng Kommissioun goen.

**(Interruption)**

**» M. Gast Gibéryen (ADR).** - Mir hu kee Member an där Kommissioun an derfir ass et och normal, dass keen an där Kommissioun war.

Ech wëllt awer nach just, Här President, de Kollegen aus der Presidentekonferenz soen, wann déi sech eens waren, fir déi zwou Projeten haut hei zur Diskussioun ze stellen an zur Ofstëmmung kommen ze loossen, da ginn ech awer och dovun aus, dass d'Presidentekonferenz sech Gedanken gemaach huet fir de Fall, wou déi zwou Projete géife gestëmmt ginn, wat dat u Konsequenzen a wat dat fir Suiten hätt. Da misste se eis awer zumindest soen, wann déi zwou

Projete gestëmmt ginn, wat fir eng Suite, prozedural gesinn, do hannendru géif kommen.

Ech mengen, dass ass awer dat mannst, wat een, ier een esou eng Debatt an ier een esou e Vote hëlt, muss virdu wëssen: Wat geschitt dann, wann déi zwou Projete mat Jo gestëmmt ginn? Wat geschitt dann hannendrun?

**» M. le Président.** - D'Madame Frank huet d'Wuert.

**» Mme Marie-Josée Frank (CSV).** - Merci, Här President. Dir kennt meng Astellung. Ech hu säit jehier dofir gekämpft, dass mer e gutt Palliativgesetz solle kréien, an ech fannen et net korrekt, nom Palliativgesetz een Euthanasiegesetz zum Vote ze stellen.

Ech hu bis déi lescht Woch gekämpft, fir dass mer net déi zwou Gesetzer deeselwechten Dag hei zum Vote sollte stellen, well an hirer Philosophie, an de Grundgedanken an an hirem Wiesen déi zwou Gesetzer a mengen Ae sech radikal trennen. D'Iddi, déi d'ADR elo hat, och wann ech oft mat den Iddie vun der ADR net averstane sinn, kann ech awer haut honnertprozenteg deelen.

D'Euthanasiegesetz géif e fuerchtbare Schiet op dat herrlecht Palliativgesetz werfen, wat mir haut hei stëmme. Ech war immens frou, dass mer an der Kommissiounssëtzung vun alle Fraktiounen eng unanime Zoustëmmung zum Projet de rapport vum Palliativgesetz haten.

D'Euthanasiegesetz géif eist Land an eist Vollek an eng ganz falsch Richtung féieren an d'Fro vun Doud, vun de Mëttele an de Méiglechkeeten, den Doud bewosst erbäizeféieren, banaliséieren an am Wesentlechen den erbäigefuerten Doud legaliséieren. Dat ass et, wat d'Euthanasie vum Palliativgesetz trennt, fundamental trennt...

**» M. le Président.** - Entschëllegt, Madame Frank, mir schwätzen de Moment iwwert den Ordre du jour an net iwwert de Fong hei vun der Problematik. Mir hunn Är Proposition matkritt: Dir sidd d'accord mat der ADR, dass mer hei net sollen déi zwou Saachen haut mateneen ofstëmmen.

Dir entschëllegt, mä ech mengen, et wier elo un der Chamber, fir hir Décisioun ze huelen.

**» Mme Marie-Josée Frank (CSV).** - Jo, Här President, mä ech sinn awer der Meinung, dass dat, wat d'ADR d'ëinescht gesot huet, keng politesch Spillerei war.

**» Plusieurs voix.** - Très bien!

**» M. le Président.** - Elo hu mer d'Meinungen zur Kenntnis geholl. Mir kommen elo zum Vote. Mir hunn d'Proposition vun der Sensibilitéit vun der ADR, fir den Ordre du jour ofzeänneren an haut net iwwert d'Proposition de loi vun der Madame Err an dem Här Huss ze diskutéieren.

Ass de Vote électronique verlaangt?

**(Assentiment)**

Gutt, da maache mer de Vote électronique.

**Vote**

Wie mat der Proposition vum honorabelen Här Gibéryen d'accord ass, dee stëmmt mat Jo; wien net domat d'accord ass, stëmmt mat Neen.

D'Proposition vum Här Gibéryen ass ofgelehnt mat 52 Neestëmme, bei 6 Jo-Stëmmen an 2 Abstentionen.

*Ont voté oui: Mme Marie-Josée Frank;*

*MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes (par M. Robert Mehlen), Jean-Pierre Koepf (par M. Gast Gibéryen) et Robert Mehlen;*

*M. Aly Jaerling.*

*Ont voté non: Mmes Sylvie Andrigh-Duval, Nancy Arendt, M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen, M. Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch (par Mme Nancy Arendt), MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Marcel Sauber, Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter;*

*MM. Marc Angel, Alex Bodry, John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydia Err, MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch, MM. Roger Negri, Jos Scheuer (par M. Alex Bodry), Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz;*

*MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur, M. Fernand Etgen, Mme Co-*

*lette Flesch, MM. Charles Goerens, Paul Helmingier, Alexandre Krieps, Claude Meisch et Carlo Wagner;*

*MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox et Mme Viviane Loschetter.*

*Se sont abstenus: MM. Marcel Glesener et Fred Sunnen.*

Domadder bleibt den Ordre du jour esou, wéi e proposéiert ginn ass.

**(Interruption)**

Här Fayot, ech mengen, mir zwou sinn eis eens.

Ech wollt der Chamber matdeelen, dass den Här Ausseminister Jean Asselborn d'Demande un d'Chamber gerichtet huet, fir muer de Mëtteg eng Deklaratioun hei ze maachen iwwert d'Onofhängegkeet vum Kosovo. Mir maachen dat selbstverständlech.

Mir maachen dat am Ufank vun der Sitzung an d'Groupes politiques hunn och d'Geleeënheet, grad ewéi d'Sensibilitäten, fir no der Deklaratioun vum Här Ausseminister dorobber ze äntwerten.

Mir hu schonn e puermol iwwert déi Fro diskutéiert. Ech menge mir kéinten eis eens maachen, dass d'Gruppen an d'Sensibilitéit fënnef Minutten hätten, fir dorobber ze äntwerten.

Ech froen dann nach eng Kéier d'Chamber, ob se mat deem Ordre du jour d'accord ass, esou wéi d'Presidentekonferenz e proposéiert huet?

**(Assentiment)**

Ech gesinn, dass ass de Fall.

Da komme mer elo zur Diskussioun vum Projet de loi 5584 iwwert d'Palliativmedezin. Et si bis elo ageschriwwen: den Här Meyers, den Här Wagner, den Här Bodry, den Här Huss, den Här Gibéryen an d'Madame Frank.

D'Wuert huet elo d'Rapportrice vun dësem Projet de loi, déi honorabel Madame Lydia Mutsch. Madame Mutsch, Dir hutt d'Wuert.

Den Här Jaerling ass och ageschriwwen.



**3. 5584 - Projet de loi relatif aux soins palliatifs, à la directive anticipée et à l'accompagnement en fin de vie et modifiant:**

**1. le Code des assurances sociales;**

**2. la loi modifiée du 16 avril 1979 fixant le statut général des fonctionnaires de l'État;**

**3. la loi modifiée du 24 décembre 1985 fixant le statut général des fonctionnaires communaux;**

**4. le Code du Travail**

**Rapport de la Commission de la Santé et de la Sécurité sociale**

**» Mme Lydia Mutsch (LSAP), rapportrice.** - Här President, léif Kolleeginnen a Kolleegen, zënter 1998, deem Joer, wou duerch d'Gesetz iwwert d'Établissements hospitaliers d'Palliativmedezin formell zu Lëtzebuerg erméiglecht gouf, huet sech villen un politesche Plang gedoen. Zweemol, 1999 an 2003, gouf et an der Chamber en Débat d'orientation zum Thema Palliativbehandlung, Euthanasie an Acharnement thérapeutique.

Op déi zwou Débatte hin hu mer Resolutiounen gestëmmt, déi ënner anere virgesinn hunn, e Liewenstestament anzeféieren, wou jiddereen ka festhalen, ënner wat fir Konditiounen hien am Fall vun enger onheelerbarer Krankheet wëllt behandelt ginn.

Och gouf an dëse Resolutiounen festgehalten, dass d'Offer vun der Palliativbehandlung generell misst ausgedehnt ginn. Dobäi muss ee wëssen, dass dës Behandlung zwar scho vun 1994 u bei eis praktikéiert gëtt - dunn ass nämlech am Escher Spidol, dem heitege CHEM, déi éischt Palliativstationen entstanen -, allerdéngs gëtt et bis haut keen explizite gesetzleche Kader an domat och keng prezis Regelung, wat erlaabt ass a wat net.

Fir et anescht auszedrécken: D'Palliativmedezin huet sech déi lescht Joren hei zu Lëtzebuerg praktesch an enger Grozon beweegt an d'Législatioun ass vun der gesellschaftlecher a medezinescher Situatioun um Terrain carrément iwwerholl ginn.

Mardi,  
19 février 2008

Am Rand sief och bemierkt, dass d'Afféiere vun der aktiver Stierfhällef, och Euthanasie genannt, zweemol ganz knapps - 1999 op véier Stëmmen an 2003 op eng Stëmm - an enger Resolutioun ofgelehnt ginn ass.

An der Belsch an an Holland ass entretens d'Euthanasie 2002 respektiv 2001 dépenaliséiert ginn an déi éischt Evaluatioun leien haut och vir.

Am Februar 2002 ass och bei eis eng Proposition de loi „pour le droit de mourir en dignité“ - iwwert d'Euthanasie also - an der Chamber déposéiert ginn. Dat ass elo dee Gesetzesvorschlag, dee mir haut am Uschloss un de virleiede Gesetzesprojet diskutéieren an ofstëmmen.

Här President, wat ass Palliativmedezin a wat ass se net? Wat ëmfaasst d'Palliativbehandlung a wéi wäit d'äerf se goen? Wat sinn d'Rechter vum Patient a wou huet de perséinleche Wëlle seng Limiten? Wéi eng Garantien huet een, dass een an enger auswegloser Situatioun net onnéideg leide muss a wéi ginn d'Dokteren ëm mat deene Situatiounen?

Dës aner Froer ronderëm d'Liewenssinn vun engem Mënsch gi vill an och kontrovers an der Öffentlechkeet hei am Land diskutéiert an d'Aarbechten an der zoustänneger Santéskommissioun sinn e Spigelbild vun dësen Diskussiounen a Reflexiounen.

Et ass och dës Kommissioun, déi sech an hirer grousser Majoritéit mat dofir agesat huet, dass souwuel de Gesetzesprojet iwwer Palliativbetreuer wéi och d'Gesetzespropositioun iwwer aktiv Stierfhällef an enger gemeinsamer Chamberssëtzung thematiséiert an ofgestëmmt kënnen ginn. A mengen Aen net an enger sech entgéintgesatener, sech widersprechender Logik, mä als zwou Facettë vun enger komplexer Froestellung, déi eis allegueren ugeet.

Well d'Gesondheitsorganisatioun schwätzt am Zesammenhang mat der Palliativmedezin vun enger aktiver, ganzheetlecher Behandlung vu Patient mat enger viruschreidender, wäit avancéierter Erkrankung, mat enger begrenzter Liewenserwaardung, déi net méi op eng heelend Behandlung uspricht. An dësem Fall sollen d'Behandlung vun der Péng, d'Wësch an d'Befanne vum Patient am Mëttelpunkt stoen an net d'Verlängerung vun der Liewerliewenzzeit ëm all Präis.

De Soulagement vum Leiden an d'Ënnerstëtzung vum Patient hu scho ganz fréi zu den Haaptaufgaben vun engem Dokter gehéiert, déi e franséisch Spréchwuert aus dem 16. Jorhonnert zesummefaasst: «Guérir - quelquefois, soulager - souvent, consoler - toujours.»

Mat der Entwécklung vun der moderner Medezin ass dës Grondastellung zum Deel relativéiert ginn, andeem oft medezinesch Mesuren och dann nach ugebueden an applizéiert goufen, wa keng Aussicht op Heelung oder Verbesserung vum Krankheitszustand méi bestanen huet. Oft waren d'Patienten och ganz eleng mat hirer Péng a mat hirer Angscht virum Doud.

Virum dësem Hannergrond gouf 1967 - also viru méi wéi 40 Joer - zu London de St. Christopher's Hospiz op Initiativ vun der Cicely Saunders gegrënnt, d'Käimzell vun der moderner Palliativmedezin.

1983 ass déi éischt däitsch Palliativstatioun an der Kölner Universitätsklinik entstanen an 1986 zu Paräis am Ancien Hôpital universitaire, dem heitegen Institut Mutualiste Montsouris.

Am Abrëll 1994 gouf, wéi gesot, déi éischt Palliativstatioun bei eis am Land am Escher Spidol, dem heitege CHEM, gegrënnt an haut sinn et sechs Statiounen am Land, mat am Duerchschnëtt zéng Better pro Unitéit, déi fonctionnéieren.

Zënter 1990 hunn iwwer 600 Infirmieren, Infirmiëren an aner Fleegeberuffer an iwwer 100 Doktere Formatiounen gemaach a Coursë beluecht, déi vun Omega 90 respektiv der AMMD an aneren Acteuren duerchgefouert goufen an de Beräicher vun de Soenen, vun der psychosozialer Kompetenz, der Teamarbecht an och an der konkreter Stierfbegleedung.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, Palliativmedezin ass keng Stierfmedezin a palliativ Betreuer ass keng aktiv Stierfhällef.

Vill Konflikter an Diskussiounen erstinn awer grad doduerch, dass fir vill Leit et e moralleschen Ënnerschied gëtt tëschen erlaabter, indirekter Stierfhällef - doduerch, dass mat dësem Gesetz en Dokter mam Accord vum Patient beispillsweis e Medikament dierf ginn, dat wuel dem Patient seng Souffrance soulagéiert, mä awer als Nieweneffekt kéint hunn, fir méi e schnellen Doud zur Follg ze hunn - an enger aktiver Stierfhällef, wéi d'Proposition de loi se erméigleche wëllt.

Dës aktiv Stierfhällef ass déi vun engem Mënsch bewosst gewollten Ënnerstëtzung duerch eng aner Persoun bei der Erbäiféierung vun eegenen Doud, eng Verfügung, déi am virleiede Gesetz iwwert d'Soins palliatifs net virgesinn ass. Dat muss een hei och nach eng kéier ganz däitlech betounen.

Ech wëll awer op dëser Plaz och nach eng kéier ganz ausdrécklech soen, dass fir mech perséinlech, och wann ech selwer der Proposition de loi wäert zoustëmmen, d'Oflehn vum dëser Méiglechkeet net den zwéngende Bewäis vun enger konservativer Grondastellung ass, och wann een ëmmer erëm soll rappeléieren, dass och bei der aktiver Stierfhällef keen a sengem Grondreht gehënnert ass, selwer gegebenenfalls net dorobber zréckzegräifen.

Här President, wéi war d'Entwécklung um legislative Plang dann elo bis haut?

En éischte Gesetzesprojet war am Februar 2004 vum deemolege Gesondheitsminister, dem Carlo Wagner, déposéiert ginn. Allerdéngs huet de Statsrot a sengem Avis gemengt, et misst ee fir esou eng delikat Matière e seriösen Débat à tête reposée féieren - wat bekanntlech a Virwahlzäite méi schwéier fir eis all ass - a schrëttweis virgoen.

Vu dass e puer Méint duerno Wahle waren, ass de Projet de loi net méi traitéiert ginn, ier e spéider vum heitege Gesondheitsminister iwwerschaaft an de 7. Juni 2006 déposéiert ginn ass; dee Projet, iwwert dee mer elo haut schwätzen an och ofstëmmen.

À propos Wahlen. En neie Moment gouf et 2004 nach während de Verhandlungen zu deem neie Regierungsprogramm. Grad zu där Zäit huet a Frankräich d'„Affaire Vincent Humbert“ héich Welle geschloen - d'Schicksal vun deem Jong, dee vum Hals u querschnittgelähmt war an deen, op säin eegene Wëllen hin, vu senger Mamm gehollef kritt huet fir ze stierwen.

Doropshi gouf bei eis en Noperen déi sougenannt „Loi Léonetti“, d'Gesetz vum 22. Abrëll 2005 iwwert den „droit des malades et à la fin de vie“ gestëmmt. Dat hat natierlech en Afloss op eis Meenungsbildung hei zu Lëtzebuerg, och an deem Sënn, dass haut allgemeng akzeptéiert ass, dass staark Medikamente géint d'Péng kënnen verfreecht ginn, déi als - ënner Guillemeten - „Niewewierkung“ liewensverkierend kënnen si respektiv den Doud vum Patient kënnen erbäiféieren.

Ech wëll domacht méi prezis op dat neit Soins-palliatifs-Gesetz agoen. E Gesetz, wat menger Meenung no - an ech sinn net eleng - net nëmmen een enorm wichtegt Gesetz ass, mä och e ganz gutt Gesetz ginn ass. An der Kommissioun gouf och gutt Aarbecht geleescht. Ech wëll duerfir alle Membere e grouse Merci soen, och de Membere vun der Educatiounskommissioun, mat deene mer zum Deel zesummegeschafft hunn.

E grouse Merci an och mäi Respekt fir déi disziplinéiert a korrekt Aart a Weis, fir mat esou engem schwierigen, oft mat ganz villen Emotiounen verbonnenen Thema ëmzegeen an zu Konklusiounen ze kommen; well mir si jo zu Konklusiounen komm. Wuel waren d'Meenungen heiansdo gespléckelt. Dat ass normal. Wuel huet dat derzou gefouert, dass laang a breet oft kontrovers argumentéiert gouf an och oft mat Argumenter, wou et kee Richteg a kee Falsch gëtt a wou eng Lwwerzeegung esou respektabel ass, wéi déi aner. Et ass mat dëser konstruktiver Grondastellung an och mam Support vum Minister a senger Matarbechter, wou eng ganz Rei vu wichtige Amendementen zum Projet konnten ausgeschafft ginn.

E grouse Merci geet och un all déi betreffen Acteuren an Associatiounen, déi eis op dem Hearing, dee mer den 1. März 2007 als Kommissioun organiséiert hunn, wäertvoll Lwwerleeungen an Informatiounen vum Terrain mat op de Wee konnte ginn, an dat zum Deel och nach an eegene schrëftlechen Avisen.

D'Palliativbehandlung, wéi se am Gesetzesprojet virgesinn ass, besteet deemno aus enger aktiver, kontinuierlecher a koordinéierter Behandlung vun der physescher a psychescher Péng vun enger Persoun, déi um Enn vun hirem Liewen ukomm ass, mat enger multidisziplinärer Equipe, déi dës lescht Liewensphas begleede soll. Den Traitement kann entweder an engem Spidol, an engem Heem oder doheem stattfannen. Dee Choix muss garantéiert sinn, och wann d'Spideeler an der Regel besser équipéiert sinn, an déi méiglech Kollaboratioun mam Spidol soll assuréiert bliwen.

Wéi schonns ugesprach, gesäit d'Gesetz ausdrécklech vir, e Mënsch en phase terminale esou ze behandelen, dass och a Kaf geholl gëtt, dass opgrond vun där Behand-

lung d'Liewe ka verkierzt ginn. An deem Fall muss den Dokter de Patient informéieren an imperativ och seng Zoustëmmung kréien. D'Recht op den Zougang zu enger Palliativbehandlung huet all Persoun, déi an engem avancéierten oder Endstadium vun enger schlëmmer oder onheeler Krankheet ass.

D'Palliativmedezinformatioun fir d'Dokteren an d'Personal huet vill Froen opgeworf, déi nach net alleguerde geléist sinn. Well Lëtzebuerg keng komplett Universitätsformatioun fir Dokteren huet, an et schwierig ass, fir op de Contenu vun deene Formatiounen am Ausland Afloss ze huelen, gesäit d'Gesetz vir, dass de Stat sech prioritär ëm komplementar Formatiounen um nationalen Niveau këmmere soll.

Et sief heizou kuerz gesot, dass d'Dispositioun zur Formatioun vun enger formeller Oppositioun vum Statsrot gekennzeechent war, där d'Kommissioun Rechnung gedroen huet. Esou si souwuel d'Objektiver an d'Konditiounen wéi och d'Modalitéit vum Règlement grand-ducal iwwert d'Formatioun ausdrécklech opgeléicht ginn, déi d'Organisatioun vun de medezinesche Formatiounen am Beräich vun der Palliativmedezin fir Dokteren an aner Beruffer aus dem Gesondheitsberäich betreffen. Dat ass och gutt esou.

Souwou ass et d'Meenung vun der ganzer Kommissioun gewiescht, dass weder d'Palliativmedezin nach d'Palliativbehandlung ouni obligatoresch Formatioun kënnen a solle fonctionnéieren. Hei muss eis Regierung do, wou se kann, intervenéieren, fir op europäeschem Plang ze errechen, dass eng Ausbildung an der Palliativmedezin fir all Medeziner an alle Gesondheitsberuffer zum Package an enger Medezin gehéiere muss an eigentlech obligatoresch misst an d'Ausbildung integréiert ginn.

Et sief och gesot, dass d'Käschte vun der Palliativbehandlung bei eis am Land vun der Krankekeess respektiv deelweis vun der Fleegeversécherung iwwerholl ginn.

Eng aner Neierung ass, dass d'Gesetz d'Doktere viru pénalen an zivile Poursuitë schützt, fir de Fall, wou si therapeutesch Mëttelen net uwend wëllen, déi zwar d'Liewe verlängere kéinten, d'Liewensqualität an d'Liewensperspektiven awer net verbessere géifen.

Vill diskutéiert gouf an der Kommissioun och de Prinzip vun der Directive anticipée, déi schon 1999 an 2003 an enger Resolutioun gefuerdert gi war. An dësem sougenannte Liewenstestament ka jidderee souwuel d'Konditiounen an d'Limité wéi och d'Ënnerbriechung vun enger Behandlung preziséieren fir de Fall, wou dës Persoun un enger onheeler Krankheet géif leiden a gegebenenfalls hire Wëllen net méi zum Ausdruck kéint bréngen. An deem Fall soll den Dokter alles drusetzen, fir dem Wëlle vum Patient Rechnung ze droen, woubäi hien op eng Vertrauenspersoun, déi vum Patient am Liewenstestament ernimmt gëtt, zréckgräife kann a muss.

Net zréckbehale vun der Kommissioun goufen d'Detailer iwwer eng eventuell Organisations- oder den Oflaf vun der Bestattungszeremonie an der Directive anticipée, wéi et de Statsrot virgeschloen hat. Obwuel jiddereen natierlech fréi ass, an d'Directive anticipée ze schreiwen, wat hie wëllt, sinn dës zwou Ajouten net maassgeblech an deem Kontext, well d'Liewenstestament sech op dat Essenziellt bezieie soll.

Ze betounen ass doriwwer eraus, dass d'Kommissioun zréckbehalen huet, dass eng Directive anticipée net zentral enregistriert muss ginn; wat eng vun de Verfügungen ass, déi net mat der Proposition de loi iwwert déi aktiv Stierfhällef iwwereneestëmmen. Deemno misst et ëmgeännert ginn - dat ass evident - am Fall vun engem positive Vote vu béide Gesetzer haut. Dat wësse mer jo eigentlech alleguer an doriwwer huermer och geschwat an der Kommissioun.

D'Liewenstestament soll an enger éischer Hisiicht als eng Privatsaach ugesi ginn an den Doud vun engem Mënsch soll net op engem administrative Plang, mam Risiko vun ze ville Formalitéiten, institutionaliséiert ginn. Sollt et awer an der Zukunft zu Komplikatiounen an der Praxis féieren oder sollt d'Bilanziéierung zu anere Konklusiounen féieren, esou gesäit d'Gesetz e Règlement grand-ducal vir, dat d'Zentralisatioun vum Liewenstestament kéint aféieren. Dat wier och déi richteg Formule.

Och d'Roll vun Dokter bei der Ausféierung vun Liewenstestament war net onëmstritten. Éischtens ass sech d'Fro gestallt ginn, wéi grouss den Handlungsspillraum vum Dokter soll sinn. Soll hien absolut an onageschränkt dem Wëlle vum Patient folle missen? Oder soll hie gegebenenfalls Aspekter a Froen opwerfe kënnen, wann hien

déi medezinesch Situatioun anescht aschätzt, wéi de Patient oder wéi den direkten Entourage vum Patient, dee jo och an der Praxis mat wëllt schwätzen?

D'Kommissioun ass schlussendlech zur Usicht komm, dass den Dokter déi reell Intentioun vum Auteur vun der Direktiv op jidde Fall kenne muss, an domat och ausweise muss, awéiwäit d'Instruktiounen an der Direktiv mat der gewollter Situatioun vum Patient iwwereneestëmmen.

Ganz sécher keng einfach Situatioun, weder fir déi betraffen Dokteren, déi sech an de Patient eraversetze mussen, nach fir de Patient selwer a fir seng Famill, déi grad an dëser Situatioun all Hëllef brauchen, déi si nëmme kënnen kréien.

Dobäi stellt sech och d'Fro: Wat geschitt, wann den Dokter sech aus eegenen Lwwerzeegungen oder opgrond vu Gewëssenskonflikter net méi weider ëm de Patient kann oder wëllt këmmere?

Hei wëll ech als Rapporteur nach eemol - an ech hunn dat an der Kommissioun oft gemaach - betounen, dass mir am Kontext vun dësem Gesetzesprojet vun enger Stierfbegleedung, an net vun enger aktiver Stierfhällef schwätzen!

Souwuel bei der Stierfbegleedung wéi och bei der aktiver Stierfhällef ass virgesinn, dass en Dokter net forcéiert ass, dem Patient sengem Wonsch nozegoen, och wa grad dësem Aspekt bei der Proposition de loi nach eng vill méi grouss Bedeutung zoukënt.

Fir de Fall, wou den Dokter aus eegener Lwwerzeegung eraus sech net méi wëllt ëm de Patient en phase terminale këmmere, huet hien am ursprünglechen Text innerhalb vu 24 Stonne misse mat Hëllef vun der Vertrauenspersoun oder der Famill e Confrère sichen.

Ze bedenken ass, dass den Transfert vun engem Patient an esou enger Situatioun mat ville Risiken an och Obligatiounen verbonne wier an et eigentlech falsch wier, déi eenzeg an eleng op dem Dokter senge Schëlleren ze beloussen. An dësem Sënn ass d'Kommissioun och dem Statsrot entgéintkomm, dee proposéiert huet, dass d'Famill oder den direkten Entourage fir en Transfert vun engem Patient zoustänneg ass, an Zesummenaarbecht mam Dokter. An dat ass och eng richteg Formule, déi fonnt ginn ass.

An dësem Kontext ass déi rezent Etüd interessant, déi d'AMMD bei hiren eegenen affiliéierten Doktere gemaach huet an déi e Spigelbild vun deem Gewëssenskonflikt ass, dee si an hirem Beruff bestëmmt oft beleeet.

Et sief och nach erwähnt, dass dat neit Gesetz e Congé aféiert, de Congé spécial pour l'accompagnement d'une personne en fin de vie. Wéi den Numm et scho seet, erlaabt dëse Congé enger Persoun, fënnf Deeg pro cas a Joer op e Certificat médical hi fräizefroen, fir sech ëm e Stierwenden ze këmmere, meeschtens am direkte familiären Entourage, an dësen a senger leschte Momenter ze begleeden. Dëse Congé gëtt vun der Krankekeess en charge geholl, dat heescht, et ass keen onbezuelte Congé d'accompagnement, wéi dat nach an engem separate Gesetzesprojet vun 2003 virgesi war.

Här President, Léif Kollegeinnen a Kollegen, ech kommen dann zum Schluss. Wa mer dëst Gesetz iwwert d'Palliativmedezin am Detail betruechten, da kënnen mir ouni Zweifel an ouni Aschränkunge behaupten, dass mir e ganz gudden a klore Kader geschaf hunn, fir d'Palliativbehandlung ze regelen an an der Zukunft weider auszebauen.

Eens si mer eis all, dass dëst Gesetz virrangeg am Patient sengem Intérêt ass an duerfir en noutwendegen an iwwerfallege Schrëtt ass. Geneesou wichteg ass et, fir sech mat darselwechter Convictioun anzusetzen, fir op Basis vun dësem Projet d'Palliativbehandlung kontinuierlech ze verbessern an no de Besoiné vun de Patienten ze adaptéieren an der Zukunft.

Et ass der Gesondheitskommissioun gelongen, eng gesond Balance ze fannen, fir souwuel de Patienten hire Besoinen um Enn vun hirem Liewe Rechnung ze droe wéi och den Dokteren deen néidege Respekt ent-

géintzebréngen an dem Fleegepersonal, wa si hiert Beschte maachen, fir hiren Iwwerzeegungen och gerecht ze ginn.

Här President, Léif Kolleeginnen a Kolleegen, ech wënschen eis eng konstruktiv a korrekt Debatt, souwuel iwwert de Projet de loi iwwert d'Soins palliatifs wéi och um Uschloss dozou iwwert d'aktiv Stierfhëllef.

Ech soe Merci fir d'Nolauschteren.

►►► **Plusieurs voix.** - Très bien!

►►► **M. le Président.** - Merci, Madame Rapportrice. Als éischten ageschriwwenen a mandatéierte Spriecher vun der CSV schwätzt elo den Här Paul-Henri Meyers.

**Discussion générale**

►►► **M. Paul-Henri Meyers (CSV).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, erlaabt mer fir d'éischt, dass ech am Ufank vu menger Interventioun der Madame Rapportrice villmoos Merci soe fir hire schrëftlechen a mündleche Rapport, awer och besonnesch fir déi Aart a Weis, mat där se d'Débat an der Kommissioun geféiert huet. Si huet de Projet duerchdiskutiert mat de Membere vun der Kommissioun. Jiddferree konnt zu Wuert kommen. Et ass op eng digne Aart a Weis, esou wéi et och an enger Demokratie noutwendeg ass, iwwert de Projet de loi iwwert d'Palliativmedezin diskutiert ginn. Duerfir nach eemol villmoos Merci!

D'Chamber soll haut duerch gesetzlech Bestëmmunge Problemer enger Léisung entgéintféieren, déi am direkten Zesammenhang sti mat dem Liewensenn a mat dem Doud. Si soll gesetzlech Norme festleeën, fir besonnesch deene Mënschen entgéintzekommen, déi um Enn vun hirem Liewen ukomm sinn.

D'Liewensenn an den Doud si villsäiteg an ënnerschiddlech vu Mënsch zu Mënsch. Kënnen dofir gesetzlech Bestëmmungen deene villen eenzelne Fäll genügend Rechnung droen?

Kann ee Gesetz eng Äntwert ginn op déi vill Froen, op d'Angscht, op d'Leed an d'Schmäerzen, d'Verzweiflung an - loosst mech et soen - och oft oder heiansdo op d'Verlaangen, fir engem Liewe vun entsetzlecher Péng en Enn ze maachen?

Wéi wäit kann, soll an d'äerf de Gesetzgeber goe bei der Schafung vun engem juristesche Kader, deen dem Kranke méi Rechter gétt an zugläich och den Dokter an anerem medezinesche Personal fest Unhaltspunkte setzt am Émgang mat deem kranke Mënsch?

Bei der Virbereedung op dee virleienden Text hu sech vill Froen gestallt. D'Virbereedung huet hir Zäit gebraucht. D'Chamber an d'Regierung hunn an där heiter Matière net iwwerstierzt gehandelt.

D'Chamber selwer huet schon den 21. November 1996 een Débat geféiert iwwert déi medezinesch Begleedung vun Liewensenn. Deen Débat huet zu der Schafung vun der Commission spéciale «Éthique» geféiert, déi hir Aarbechten an engem Rapport vum 2. Februar 1999 festgehalten huet.

No der Diskussioun an der Plénière vum 16. März 1999 an der Chamber sinn niewent enger Resolutioun iwwer en Testament de vie an den „accompagnement en fin de vie“ dräi Motiounen festgehale ginn:

An enger éischer Motioun huet d'Chamber d'Regierung invitéiert, engersäits d'Palliativsoinen zu engem feste Bestanddeel ze maache vu qualitativ héichwäertige Services fir de schwéier kranke Patient a seng Familljen, an op där anerer Säit d'Formatioun vun den Dokter an dem Fleegepersonal am Palliativberäich weiderzedreiwen.

An der zweeter Motioun gétt d'Regierung gebieden, déi méiglech pénéal Sanktiounen géint den Dokter auszuschléissen, wann hien am Fall vun engem onheilbar kranke Mënsch mat dem medezineschen Traitement um Enn vun dem Liewen ophält.

An enger drëtter Motioun gétt d'Regierung gebieden, national Programmer fir Palliativsoinen an d'Wee ze leeden.

Véier Joer méi spéit, den 19. Februar 2004, huet d'Regierung an der Chamber e Projet de loi deponéiert iwwert d'Palliativsoinen an iwwert den „accompagnement en fin de vie“.

No deem zimlech kritischeschen Avis vum Statsrot vum 4. Mee 2004 war d'Chamber der Meenung, de Projet de loi sollt iwwerschafft ginn, wat dozou gefouert huet, dass déi nei Regierung de 7. Juni 2006 de Projet de loi N°5584 deponéiert huet, deen d'Chamber haut diskutiert.

Ech wollt déi puer Etape vum dem Werdegang vun dem Projet de loi iwwert d'Palliativsoinen an Erënnung ruffen, fir ze weisen, dass d'Regierung duerch dëse Projet den Iwwerzeegungen an den Oplow vun der Chamber nokomm ass.

D'Madame Rapportrice huet de Projet a senge ville Facetten duergeluecht. Ech wollt duerfir den Text kuerz analyséieren am Hëllef op d'Rechter vun deem Kranken, well dee Kranken am Mëttelpunkt steet.

D'Suerg ëm de schwéier kranke Mënsch, deen um Enn vu sengem Liewen ukomm ass, steet am Mëttelpunkt vun dem Projet de loi.

Déi eenzel Moosnamen hu sech och zum Deel erginn aus de prakteschen Erfahrung vum deene leschten zéng Joer.

Esou hu mer zum Beispill schon am Gesetz vum 28. August 1998 den Artikel 37, dee virgesäit, dass all Patient am Spidol Zougang zu de Palliativsoinë misst hunn.

No der Aféierung vun der Fleegeversécherung hu verschide Réseauen, op der Basis vu Konventiounen mat dem Familljeministère, ugefaang, de Kranken doheem déi néideg Palliativsoinen ze ginn.

Dat neit Gesetz erlaabt, déi bis elo geleeschte Soinen auszubauen a qualitativ am Intérêt vun dem Kranken ze verbesseren.

Wat sinn déi Haaptmoosnamen am Intérêt vun deem Kranken am neie Gesetz?

Ech géif se an néng Punkten ernimmen:

1. All Kranken, deen d'Bedéngunge vum Gesetz erfüllt, huet Zougang zu de Palliativsoinen.

De Regierungstext hat virgesinn, de Kranken hätt e Recht op Palliativsoinen. De Statsrot huet drop higewisen, dass de Projet als Zil huet, fir spezifesch Strukturen an Instrumenter ze schafen, fir Palliativsoinen unzibidden. De Projet schafft an där Hisiicht keen neit Recht. D'Gesetz erméiglecht, dass Palliativsoinen an Zukunft vun der sozialer Sécherheet gedroe kënnen ginn.

Wann den Text virgesäit, dass een onheilbar Kranken Zougang zu de Palliativsoinen huet, da bedeit dat, dass d'Soinë mussen ugebuede ginn. Et muss dofir Suerg gedroe ginn, dass an de Klinike genuch Palliativbetreuer zur Verfügung stinn an dass och d'Reseauen, déi Fleg doheem organiséieren, dat erfuorderlecht a forméiert Personal kënnen unzibidden.

2. D'Palliativsoinë ginn assuréiert an der Klinik oder doheem bei dem Kranken. Et kann een dovun ausgoen, dass de Kranken a seng Famill an aller Fräiheet kënnen entscheeden, ob se an d'Klinik wëlle goen oder doheem wëlle bleiwen.

D'Kliniken an déi Organismen, déi d'Palliativsoinen doheem ubidden, mussen selbstverständlech, esou wéi d'Gesetz dat virgesäit, ganz enk zesammeschaffen. Déi Zesummenaarbecht ass haut schonns ganz wäit gefächert a si ass geregelt duerch Konventiounen, déi tëschent de Réseauen aus dem Fleegeberäich an de Kliniken ofgeschloss gi sinn.

De Kranke muss d'Méiglechkeet hunn, aus der Klinik heemzuegoen a vun doheem erëm an der Klinik opgeholl kënnen ze ginn, wann et noutwendeg ass, mat der Garantie vu gläichwäertegen, qualitativ héichwäertige Soinen.

3. D'Palliativsoinë mussen allen Uspréich, alle Besoinë vun deene kranke Mënsche Rechnung droen, ouni Ënnerscheid, ob se psychescher, physescher oder spiritueller Natur sinn. D'Soinë mussen praktikéiert gi vun enger Équipe pluridisciplinaire, déi zesummesat ass aus Dokter, Fleegepersonal, Psychologen an och aner Experten.

4. Zu de Palliativsoinë gehéiert den Traitement vun der Péng a vun de Schmäerzen. D'Gesetz ernimmt ausdrécklech déi psychesch Leiden, wou dem Kranke muss gehollef ginn.

De physesche Schmäerz kann nach erofgesat oder erlichtert ginn. De Patient brauch awer och eng psychesch Stäip. Soulaang hien uspriechbar ass, brauch hien Zousproch. Hie muss iwwer säin Zoustand mat anere kënnen schwätzen. Hie brauch Matmënschen, besonnesch aus der Famill, déi him an där schwéierer Situatioun bäistinn.

Hie muss spieren, dass hien a sengem Leed an a sengen Péng net eleng gelooss

gétt. Eng besonnesch Verflichtung bei der Erlichterung vun der Péng kënn dem Dokter zou.

Den Artikel 3 seet, dass den Dokter déi physesche a psychesch Péng vun dem Kranken op eng wirksam Aart a Weis muss erlichten.

Déi ugewannte Mëttelen, fir d'Péng ze erlichten, kënnen eventuell als Nieweneffekt hunn, dass de Kranke méi séier stierft. Wann den Dokter dat weess, muss hien de Kranken doruwwer informéieren a seng Awëlleegung froen.

5. Bei dem Kranken, deen net méi geheelt ka ginn, deen nëmmen duerch technesch Instrumenter an duerch eng inappropriéiert medezinesch Behandlung um Liewe gehale gétt, ouni dass no medezineschen Erkenntnisser eng Hoffnung op eng Verbesserung vu sengem Zoustand besteet, kann den Dokter mat der medezinescher Behandlung ophalen oder se ënnerbriechen.

Den Text vum Artikel 2, deen déi Moosnam virgesäit, schléisst fir den Dokter all pénal Strof oder eng zivil Aktioun op Schuedenersatz aus.

Wann ee bei enger éischer Lecture vun deem Text kéint mengen, déi Bestëmmung wier haaptsächlech geduecht, fir dass den Dokter stroffräi bleift, sou muss een awer bei enger geneeër Analys feststellen, dass déi Bestëmmung och op de Kranken zoutreff. Well gewosst ass, dass d'Medezin an deene leschte Jorzéngten immens Fortschréttler gemaach huet, déi et erlaben, d'Liewen och ouni Aussicht op eng Heelung ze verlängeren, hu munech Mënschen d'Angscht fir ënner onmënschlechen Émstänn um Liewen erhalen ze ginn.

De Kranken, deem säi Liewen zu Enn geet, huet d'Recht op eng Aart a Weis ze stierwen, déi senge Virstellungen a sengen Würd vu sengen Persoun entsprécht.

De Refus vun engem inappropriéierten oder disproportionéierten medezineschen Traitement d'äerf awer net dozou féieren, dass dem Kranke seng Besoinen net géife respektéiert ginn. Déi Besoinë sinn an der Fleegeversécherung als „actes essentiels de la vie“ qualifizéiert: dem Kierper déi néideg Nahrung a besonnesch déi erfuorderlech Flësegkeet ze ginn an de Kranken och déijéineg Soinen zoukommen ze loossen, fir nëmmen déi puer ze nennen.

6. Souwuel bei der Ënnerbriechung vun dem medezineschen Traitement vun enger onheilbar kranker Persoun wéi och bei der Schmäerzbehandlung, déi den Doud ka beschleunegen, muss dee Kranken informéiert ginn, esou wäit dat méiglech ass, an e muss zu där Entscheedung säin Averstännis ginn.

Kann de Kranken net méi oder ass de Kranken net méi an der Lag, säi Wëllen ze äusseren, muss den Dokter sech un eng Vertrauenspersoun vum Kranken oder un all aner Persoun wenden, déi de Wëlle vun dem Kranke kennen.

7. Eng wichteg Neierung an deem Gesetz ass déi sougenannt „directive anticipée“, vun där scho laang geschwat gétt, déi dobaussen och bei de Leit als „Patientenverfügung“ oder als „testament de vie“ bekannt ass.

D'Directive anticipée gétt all Mënsch d'Méiglechkeet, schrëftlech festzeleeën, wéi hien um Enn vu sengem Liewe medezinesch behandelt wëllt ginn, besonnesch am Zesammenhang mat der Schmäerzbehandlung an dem Öffbriechen vun dem medezineschen Traitement.

Den Dokter, deen de Kranke behandelt, muss dem Wëlle vun dem Kranke Rechnung droen, esou wéi deen en an der Directive anticipée festgehalten huet. Wann d'Entscheidung, déi ze huelen ass, vun dem behandelnden Dokter net kann duerchgeféiert ginn, well se onvereinbar wär mat sengen etheschen Opfaassungen, da muss dee behandelnden Dokter de Kranken un en aneren Dokter iwwerweisen, dee bereet ass, de Wëlle vun deem Kranken ze respektéieren.

8. Eng wichteg Roll bei de palliative Soine kann d'Famill erfüllen. Fir de Kranke sinn déi Leit, déi him am Liewe ganz no waren, déi hie gär haten, eng wichteg Stäip. Duerch hir Präsenz, duerch hir Hëllef, duerch hir lescht Zäertlechkeete bewiese si, dass si zu him stinn. De Kranke wëllt oft net eleng gelooss ginn, hie wëllt oft net eleng stierwen. Wann dat awer de Fall wär, dass hien eleng wëllt gelooss ginn, misst een och dee Wëlle respektéieren, wat awer meeschtens net de Fall ass.

vatsecteur wéi och am öffentleche Secteur fënnef Deeg Congé pro Joer a pro Fall kréien, fir beim schwéier kranke Partner, engem vun den Elteren oder bei engem Kand ze bleiwen, wat schwéier krank ass.

9. Eng lescht Innovatioun vun dem Projet de loi sinn déi finanziell Moosnamen. Palliativ Soinë gi vun de Krankegedroen, entweder duerch Kreditter, déi d'Kliniken an hirem Budget aushandelen, oder duerch Konventiounen, déi d'Union des Caisses de maladie mat de Réseauen ofschléisst.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, de Projet de loi iwwert d'palliativ Soinen ass een zesammenhängend Konzept vu Moosnamen, déi haaptsächlech dem Intérêt vun Kranken entsprechen. Déi Moosnamen bauen op Initiativen op, déi elo scho bestinn. Si stellen e gudder gesetzeleche Kader, fir d'palliativ Fleg weider auszubauen a qualitativ ze verbesseren.

D'Gesetz awer eleng geet net duer. Et feelen e puer wichteg Ausféierungsreglementer.

Eng onémgängelech Viraussetzung vun der Palliativmedezin ass d'Formatioun vun Personal. Mir hoffen dofir, dass déi Formatioun an där allgemenger Formatioun vun dem medezinesche Personal kann integréiert ginn an dass och déi Formatioun séier ka kommen.

En zweet Reglement betrëfft de Carnet médical. Elo stellt d'Fro sech, ob et net besser wär, et géif een endlech den informatiséierte Patientendossier aféieren an en obligatoresch maache fir all medezinesche Services. D'Fro stellt sech och, wann deen Dossier médical informatisé kënn, ob dann dee Carnet médical, esou wéi d'Gesetz et virgesäit, nach noutwendeg ass. An den Dossier médical gehéiert och d'Directive anticipée oder wéinstens en Hiweis, dass esou eng Direktiv besteet.

E leschte Wunsch un den zoustännige Minister oder d'Ministeren ass fir d'Informatioun, déi de Gesondheitsministère an de Familljeministère no dem Akraaftriede vun dem Palliativgesetz maache mussen. Et besteet nach eng grouss Demande op eng genee Opklärung iwwert d'Bestëmmunge vun deem Gesetz.

Wichteg ass, dass och déi zoustännige Ministeren eng Virlag schafen, déi et de Patienten erlaabt, hir Directive anticipée esou ze redigéieren, dass se och dem Sënn vun dem Gesetz entsprécht an dass do keng aner Dispositiounen drakommen, déi näischt mat dem Liewensenn a mat der Aart a Weis, wéi de Kranke wëllt behandelt ginn, ze dinn hunn.

Ech warnen ausdrécklech dofir, dass an där Directive anticipée déi Krank och nach eventuell Bestëmmunge géifen eranhuelen, déi normalerweis an hirt Testament géife gehéieren, esou wéi de Code civil et virgesäit. Et d'äerf een déi zwee Dokumenter net matenee verméschen. Dat ass net am Intérêt vun dem Patient, fir dat ze maachen, dofir ass do eng ganz grouss Opklärung noutwendeg.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech hunn am Ufank vu menger Interventioun d'Fro gestallt, ob e Gesetz d'Moosnamen iwwert d'Liewensenn kéint alleguer festleeën. Dat kann et ganz sécher net. Mä d'Gesetz iwwert d'palliativ Soinen ass e gudder Kader. Déi lescht Ausféierungen hänke vun enger qualitativ gudder Palliativmedezin a vu kompetentem Personal of, déi och vis-à-vis vun dem Kranke vill Versteesdemech an och besonnesch Mënschlechkeet weisen.

De Projet de loi, esou wéi e virläit, gétt vun der CSV matgedroen, an ech kann och hei soen, dass d'CSV dee Projet wäert stëmmen.

Merci.

►►► **Plusieurs voix.** - Très bien!

►►► **M. le Président.** - Merci, Här Meyers. Nächste Riedner ass den honorabelen Här Wagner. Här Wagner, Dir hutt d'Wuert.

►►► **M. Carlo Wagner (DP).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech wëllt der Rapportrice, der honorabeller Madame Lydia Mutsch, félicitéieren fir deen exzellente mündlechen a schrëftlechen Rapport. Si war esou komplett, dass ech mengen, dass et net méi néideg ass, fir op all Detailler anzegeen.

Fir d'éischt, Här President, awer trotzdem e Wuert iwwert d'Prozedur, déi haut doran besteet, d'Diskussiounen zu deenen zwee Texter, grad wéi d'Voten och, vuneen ze splitten. Et kann ee menger Meinung no déi Diskussiounen net lassgeléist eng vun där aner féieren. Wa mer vu Palliativmedezin schwätzen, da kënnen mer de Volet Stierfhëllef net einfach ignoréieren, an

ëmgedréint géllt datselwecht selbstverständig och.

Ech hoffen, dass Dir, Här President, Verständnis hutt bei désem Projet de loi, wann ech och emol dat Wuert „Stierfëllef“ an de Mond muss huelen, an d'selwecht och bei der Diskussioun zur Proposition - Här Huss - iwwert d'Palliativmedezin schwätzen.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, de Mënsch huet en fait ee grouse Point commun bei der Gebuert. Dat heescht, mir kommen alleguer plus ou moins d'selwecht op d'Welt. Do, wou mer eis awer carément differenzéieren, dat ass dat Schicksal, wat deen een oder deen aneren huet, wann hie muss aus deem Liewen hei eraustrieden. Mir wësse ganz genau, déi eng Leit, déi hunn esou vill Chance, dass se owes schlofe ginn a moies net méi waakreg ginn, also absolut näischt matkritt hunn. Mir hunn aner Leit, déi müssen op eng erbäermlech Aart a Weis stierwen an heiansdo ganz, ganz laang leiden, ier se erléist sinn.

Mir diskutéieren an entscheeden haut deemno iwwer zwee Texter, déi sech mam Liewensinn oder besser gesot mat der Aart a Weis, wéi mer dat Enn envisagéieren, befaassen. Et ass dat e Sujet, deen net ganz esou einfach unzegoen ass. Hei spillen eng ganz Rei Gefiller an Emotiounen mat. Hei muss ee sech mat sengem eegene Liewen an Doud auseruesetzen. Et tauchen existenziell, philosophesch, reliéis Froen op, ob déi een net onbedéngt ëmmer eenzeg an eleng déi richteg Äntwert huet.

Den Doud an d'Froe ronderëm den Doud sinn och oft en Tabusujet an eiser Gesellschaft, Froen, déi een Tendenz huet, ze évitéieren. Sief dat, well domadder traureg Erënnerunge verbonne sinn duerch den Doud vun engem Familljemember oder soss engem, deem ee ganz nostoung, sief dat awer och vläicht, well een Angscht huet virum eegene Doud.

Et soll een d'Aen awer net zoumaache virun esou wichtege Froen. D'Gesellschaft an d'Politik muss sech kennen äusseren, an dat geschitt jo och. Esou ass an deene leschte Joren a ganz besonnesch an deene leschte Wochen a Méint ganz intensiv iwert dës Thematik diskutéiert, jo verschidde Mol souguer gestridde ginn.

Mat deenen Diskussiounen an Décisiounen vun haut, egal wéi se ausginn, ass déi Debatt awer sécherlech net ofgeschloss. Et ass och net fir d'éischt, dass mer hei an der Chamber zur Palliativmedezin an zur Euthanasie Stellung bezéie respektiv diskutéieren, wann ech nëmmen un déi zwee Débats d'orientation d'äerf erënneren, déi de 16. März 1999 an den 12. März 2003 hei an der Chamber stattfont hunn.

Wéi bei all Ethiksfroe stoussen och hei verschidde Konzeptiounen, verschidde Philosophien, verschidde Weltanschauungen openeen.

Ech erënneren an deem Kontext un d'Debatten an de 70er Joren zum Avortement, wou virun allem déi konservativ Kreesser, an hir Press och besonnesch, sech net mat Ruhm bekleckert hunn, an un d'Debatten zur Ofschafung vun der Doudesstraf Enn de 70er Joren. D'Demokratesch Partei stellt sech an huet sech an der Vergaangenheet deene Froen och nach ëmmer ouni dogmatisch an ideologesch Scheiklappe gestallt; wat ee vläicht net ka vun all Partei heibanne behaapten.

Här President, ech wäert sécherlech keen heibannen iwwerraschen, wann ech soen, dass et bei eis an der Fraktioun kee Fraktiounszwang gétt, weder an dese Froen nach an aneren. Jiddferen entscheet no sengem Gewëssen. Ech perséinlech - erlaabt mer awer, dass ech virgräifen - gesinn déi zwee Texter, mat deene mer haut konfrontéiert sinn, als complémentaire a wäert deemno och déi zwee Texter stëmmen.

Wat elo méi prezis de Regierungstext zu de Soins palliatifs betrëfft: Jo, mir brauchen ouni Zweifel e systemateschen Ausbau vun der Palliativfleeg hei zu Lëtzebuerg. Do besteet och heibannen e ganz largé Konsens. Als Auteur vum Gesetzesprojet N°5303 iwert d'Soins palliatifs, deen ech iwwerengs op den Dag genau viru véier Joer hei déposiert hunn an op deen de Projet de loi 5584 vun haut gréisstendeels opbaut, kann ech deem nëmmen zoustëmmen.

D'Parentéit téschent deenen zwee Texter geet souguer esou wäit, dass den Exposé des motifs an deenen zwee Fäll identesch ass. Déi jëtzege Regierung huet deemno net vill an net laang missen dokteren, fir en neien Text ze preparéieren a fir also kennen hire Projet de loi hei ze déposieren.

Entre-temps sinn awer véier Joer vergaangen, an dat gétt ze bedenken! Well alleguer

si mer eis heibannen eens, dass mer esou e Gesetz ganz séier brauchen, jo scho laang missten hunn. Ech stelle fest, dass et véier Joer gedauert huet, bis et elo endlech zum Vote kéint. Dee Retard kann een den Défenseur vun der Stierfëllef net ukräiden. Et sinn net si, déi dese Projet gebremst hunn; ganz am Contraire. D'Proposition de loi Err/Huss läit scho säit sechs Joer um Dëscht an huet an der zoustänneger Chamberkommissioun net vill Zäit an Usproch geholl, esou dass een net kann der Proposition Err/Huss dese Retard imputéieren.

Ech wëll elo hei net méi, esou wéi ech et schonn ugedeit hunn, op d'Eenzelheete vun deem engen oder aneren Text agoen; dat ass mëttlerweil scho gemaach ginn. Ee Punkt, deen een awer muss ervirsträichen, ass deen, dass dese Gesetzestext sech awer - géif ech bal soen - wesentlech vun deem vun der viregter Legislatur ënnerscheet, och wann iwwer 90% dovunner identesch sinn.

Et handelt sech ëm de Fait non négligeable, dass schonn am éischten Artikel vum neien Text eng Ajoute komm ass, déi an deenen Artikelen duerno ëmmer erëm zréckkënt. War am Text vun der viregter Regierung Rieds vun - ech zitéieren -: «toute personne atteinte d'une maladie ou d'une affection, qui, au vu des acquis de la science, est sans espoir de guérison ou de rétablissement», esou steet ewell am Text - ech zitéieren och -: «toute personne en phase avancée ou terminale d'une affection grave et incurable». Wat natierlech d'Bénéficiairen, déi e Recht op Palliativmedezin hunn, trotzdeem aschränkt.

Wéi jugéiert ee konkret, wéi wäit dës Krankheit fortgeschritt ass, wéini e Patient also e Recht op Palliativfleeg an op en Apaisement vu senge Schmäerzen huet?

D'Santéskommissioun huet déi Aschränkung nach ënnerstrach, andeem se systematesch duerch de ganzen Text «la personne en fin de vie» derbäigesat huet. Dat heescht also, dass ee scho muss e laange Calvaire hannert sech hunn a scho praktesch um Enn vum Liewen ukomm sinn, fir iwwerhaupt kennen e Recht op Palliativmedezin ze hunn.

E Kranke wéi den Här Vincent Humbert - d'Madame Lydia Mutsch hat deen aarme jonke Mënsch scho virgestallt -, dee querschnittsgelähmt war vum Fouss bis zum Kapp, hätt deemno iwwerhaupt kee Recht op Palliativfleeg. Dat solle sech emol déi Leit duerch de Kapp goe loossen, déi ëmmer erëm behaapten, d'Palliativmedezin géif duergoen, d'Palliativmedezin géif all Problemer léisen, d'Palliativmedezin géif d'Stierfëllef iwwerflësseg maachen, mir bräichte jo guer keng Stierfëllef!

Och wann deen neie Regierungstext par rapport zum ale Regierungstext e bësse verbessert gouf, esou beinhalt en awer nach eng ganz Rei ganz positiv Elementer, wéi de Fait, dass d'Fleeghëllef zu engem Recht erhuewe gouf fir déi Leit, fir déi et um Liewensinn keng Hoffnung méi gétt, andeems och akzeptéiert gétt, dass den Doud méi séier wéi op natierlech Wee kann antrieden.

Wann ech hei vläicht op déi nächst Debatt d'äerf virgräifen: Hei akzeptéieren also och d'Géigner vun der Stierfëllef, déi jo d'Onantastbarkeet vum Liewe préconiséieren, dass e Mënsch éischer wéi natierlech verscheet, mä si gesinn - oder wëlle sech dat virmolen! - deenen Doud nëmmen als eng Niewewierkung, souzesoen als e Kollateralschued vun der Palliativfleeg. Den Ënnerscheid awer besteet doranner, dass de Patient a sâin Entourage méi laang wéi bei der Stierfëllef müssen op eng Erléisung waarden.

E positiven Aspekt ass awer sécherlech och deen, dass de Refus vis-à-vis vun der Obstation déraisonnable oder dem Acharnement thérapeutique - wéi mer et genannt haten - net kann zu Poursuité féieren. Dat entsprécht och dem gesonde Mënscheverstand. En Traitement, deen dem Kranken näischt méi brénge kann, wou keng Hoffnung besteet, dass deejéinege ka geheelt ginn, erbréngt ganz einfach kee Sënn. Hei spille keng finanziell oder wirtschaftlech Iwwerleeunge mat, et geet hei virrangeg ëm d'Wüerd vum Mënsch, deen net soll zum Spillball vun der Medezin degradéiert ginn.

Zur Directive anticipée wëllt ech fir d'éischt emol soen, dass mir als Demokratesch Partei et begréisst hätten, wann do awer virgedréckte Formulairé wieren oder géifen opgestallt ginn, wëssend, dass ganz vill Leit Schwierigkeiten hunn, fir kenne selwer esou en Text opzesetzen. Dat ass also ouni Zweifel nach e Punkt, deen ee sech misst iwwerleeën.

Déi Directive anticipée war iwwerengs och schonn am fréiere Regierungstext virgesinn,

mam Ënnerscheid, dass dës soll regroupéiert ginn an der Direction de la Santé; wat de Virdeel hat, dass een op déi Manéier sécher a séier en Accès zu dem Dokument gehat hätt, mat alle Contrainten natierlech, wat d'Protection des données ubelaangt. Et wär net esou gewiescht, wéi wann hei egal wien Accès zu deenen Donnéeë gehat hätt, mä eenzeg an eleng de concernéierten Dokter.

Hei eppes iwwert d'Bestattungswënsch oder den Don d'organes dranzesetzen, hätt - an do ware mer eis allegueren an der Kommissioun eens - dese Kader gesprengt. Deen éischte Volet gehéiert ouni Zweifel an e richtegt Testament. Deen zweete Volet ass vum Gesetz ofgedeckt, nämlech doduerch, dass jiddferen eigentlech d'office Donneur ass; wier hien dat net, misst hien dat ausdrécklech soen. Dat kann een och dokumentéieren, andeems een d'Käertche bei sech dréit. Oder firwat net et an Zukunft op d'Kaart vun der Sécurité sociale kennen andrécke loossen?

Op de Congé pour l'accompagnement des personnes en fin de vie wëll ech nëmme kuerz agoen. D'Fro ass opgeworf ginn, ob déi fënnef Deeg Congé, op déi ee Recht huet, duerginn oder net. De Fait, dass nëmmen en Total vu fënnef Deeg pro Fall während enger bestëmmter Period Recht op dee Congé huet, kann een och kritiséieren a sech froen, ob et hei net zu onnéidegem Gestreits téschent Familljemembere kéint an engem Moment, dee jo awer soll esou besënnlech si wéi nëmme méiglech. Et ass zwar virgesinn, dass méi Leit sech dee Congé kenne während enger gewëssener Period deelen, mä mat engem Maximum vu 40 Stonnen.

Nach ee Wuert zur Formatoung. Et ass kloer, dass grouss Efforté muss gemaach ginn op deem Niveau, fir e beschtméiglechen Encadrement vun de Patiente kënnen ze garantéieren. Ech wëll drop hiweisen, dass an der leschter Kommissiounssitzung den Här Minister eis awer do konnt matdeelen, dass dee Règlement grand-ducal op alle Fall amgaang wär ausgeschafft ze ginn, zumindest wat d'Infirmiëren an d'Infirmieren ubelaangt.

Wou et effectivement méi schwéier ass, dat ass wat d'Formatioun vun den Dokter ubelaangt, well mer do vun den auslännesche Kliniken an Universitätskliniken ofhänken. Mir hoffen awer, dass mer och an deem doten Domän esou schnell wéi méiglech virukommen, well dat ass ouni Zweifel ee vun den Eléments clés vun dem Gesetzprojet.

Här President, mam Zoustëmmen zu dem Projet de loi wäerte mer deemno e wichtege Schrëtt maachen, deen eng Verbesserung duerstellt, awer a mengen Aen nëmmen eng onkomplett Verbesserung ass, well wéi gesot d'Palliativmedezin nëmmen eng Komponent vun deem Ganzen ass a complémentaire zu der Stierfëllef ze gesinn ass, well net all Fäll kenne vun der Palliativfleeg couvréiert ginn.

Duerfir ass et a mengen Ae wichteg, dass mer och deen zweete Schrëtt maachen an dass elo gläich d'Vertrieder vun der LSAP och bei der nächster Proposition de loi nach ëmmer zu deem stinn, wat se enger Motioun gesot haten - notamment déi Häre Bodry a Krecké hate se ënnerschriwwen -, well se sech do awer engagéiert hunn.

D'Argument, déi zwee Texter wären onkompatibel, kann ech net gëlle loossen. Ech hoffen, mir bréngen et fäerdeg, verschidden Argumenter vun den Euthanasiesgéigner ze widerleeën an esou deen een oder deen aneren nach iwwerzeegt ze kréien.

Fir ofzeschlëssen, wat dese Projet de loi ubelaangt, hunn ech Vertrauen a meng Kollegee vun der Demokratescher Partei, déi - wéi gesot - kenne stëmmen esou wéi se wëllen. Mä ech sinn awer néanmochts iwwerzeegt, dass mer wäerten hei an der Chamber e ganz large Konsens kréien.

Ech soen Iech Merci, Här President.

**» Plusieurs voix.** - Très bien!

**» M. le Président.** - Merci, Här Wagner. Nächsten ageschriwwene Riedner ass den honorablen Här Bodry. Här Bodry, Dir hutt d'Wuert.

**» M. Alex Bodry (LSAP).** - Dir Dammen an Dir Hären, ech mengen no deem exzellenten an ausféierleche Rapport vun eiser Fraktiounskolleege, der Madame Lydia Mutsch, brauch ech net méi op den Detail vun dem Projet de loi u sech anzegoen. Dat ass ausféierlech in extenso gemaach gi vun hir respektivoch vun deene Riedner, déi duerno am Numm vun den enkelte Fraktiounen geschwat hunn.

Ech wëll just hei am Numm vun der sozialistescher Fraktioun eis Freed dorüwer ausdrécken, dass et endlech esou wäit ass!

Vill vun eis hei, déi scho méi laang derbäi sinn, waren derbäi '99, waren derbäi 2003, wou all Kéiers erëm no ville Kommissiounssitzungen, no Sitzungen an Debatten an der Plénière, no Ofstëmmungen zu Motiounen a Resolitiounen d'Thematik ronderëm d'Stierfëllef an d'Stierfegleedung diskutéiert ginn ass.

Et sinn Absichtserklärungen ausgedréckt ginn duerch d'Chamber, déi weidergerecht gi sinn un d'Regierungen, mä et huet bis haut - elo Februar 2008 - gedauert, bis endlech éischt Konkluosiounen gezu ginn aus deenen Debatten, déi hei an der Chamber an och dobaussen iwwert déi Thematik gefouert gi sinn.

Endlech ass et esou wäit, dass mer Neel mat Käpp maachen an dass mer déi politesch Absichtserklärungen, déi geäussert gi sinn, ëmsetzen a rechtlech verbindlech Texter!

Dat ass fir eis e grouse qualitative Fortschrëtt par rapport zu deem, wat mer vun Debatten an der Vergaangenheet an der Lëtzeburger Politik ronderëm deen äusserst sensibelen, äusserst komplexen Thema vu Stierfegleedung a Stierfëllef haten.

Dee Regierungstext ass den éierleche Versuch, fir op där enger Säit d'Recht op d'Liewen, de Schutz vum Liewe vereinbar ze maache mat anere Rechter: d'Recht op Eegebestëmmung vum Patient, deen onheerbar krank ass.

Et ass net einfach. All Länner di sech schwéier mat där doter Fro a sécherlech huet keen den Anspruch, d'Patentléisung ze hunn, déi eleng richteg wär.

Dese Gesetzesprojet vun deser Regierung, déi de Gesondheitsminister Mars Di Bartolomeo abruecht huet, ass dann och de Versuch, fir e bësse méi Rechtssécherheet an en Domän eranzebréngen, dee legitimerweis d'Privatsphär, d'Intimitéit vun dem Kranken a sengem Ëmfeld betrëfft, respektiv d'Relatiounen téschent Patient an Dokter; wou et ganz schwierig ass, fir vu baussen era wëllen anzegräifen an deen dote Beräich. Dat erkläert och, firwat dass et esou laang gedauert huet, dass mer elo eréischt gesetzlech aktiv ginn op deem dote Plang.

Och an Zukunft, dat ass ganz kloer, wäerte Grozone bleiwen. Egal wat fir eng gesetzlech Regelung mer hei festleeën, kann och net alles geregelt ginn, well mer der Meinung sinn, dass a Froe vu Stierfegleedung a vun indirekter Stierfëllef - dat si jo déi zwee Domänen eigentlech, déi iwwert deen Text vun der Regierung matbehandelt ginn - net alles kann an d'äerf am absoluten Detail geregelt ginn. Esou grondverschidde sinn déi eenzel Situatiounen, wéi se sech kënnen um Terrain presentéieren, dass et onméiglech wär, de Versuch ze woen, dat am Detail wëllen alles an en normative Kader eranzekréien.

Et ass awer wichteg, dass probéiert gétt, méi Licht an dat Ganzt eranzebréngen an dass mer aus enger Zon vun Non-droit, wou mer e bëssen dra sinn, mat ganz wéinigen Ausnahmen, dach awer duerch deen heite Regierungstext an e gesetzlech reglementéierten, graffe Kader erakommen.

A Froe vu Liewen an Doud léisst sech net alles an Norme festleeën. Och muss een derfir Suerg droen, dass een déi néideg Flexibilitéit an deene gesetzleche Bestëmmungen drabehält, wat déi praktesche Ëmsetzung vun deene festgeluechte Regele betrëfft. Ech géif drëm bieden, vläicht och emol, wann een un déi dote Froen denkt, Vertrauen ze hunn an déi, déi dagdeeglech müssen déi Problemer do gërieren a léisen, an net ëmmer bei allem eng Suerg no méiglechem Mëssbrauch an de Vierdergrond ze stellen.

Dësen Text, an dat ass sâin absolut grouse Fort, trëfft op eng breet politesch Zoustëmmung. En ass largement inspiréiert vun deem franséischen Text, der Loi; elo net déi, déi mer als Gesetz nach net kann hunn, wéi mer d'Koalitionsverhandlungen haten am Joer 2004, well d'Gesetz eréischt 2005 gestëmmt ginn ass, mä wou awer schonn d'Proposition de loi sengerzäit fäerdeg war.

Mir hunn an de Koalitionsverhandlungen zesummen - d'LSAP an d'CSV - festgeluecht, dass mer an deem heite Fall net géi-

fen tel quel stoe bleiwe bei deem Projet de loi, deen déi viregt Regierung op den Instanzwee ginn hat, mä dass mer dee géifen émänneren, fir eben deenen neien Elementer Rechnung ze droen, déi sech international gemaach hunn an der Tëschenzäit, an notamment där franséischer Initiativ, déi an deem Sënn jo interessant war, dass et eng Initiativ „transpartis“ war, déi iwwert d'Partiegrenzen erausgaangen ass - an ech géif mer wënschen, dass mer déi Diskussioun och géife probéieren an deem Kader hei ze halen.

Dëse Projet, an dat begrëisse mer ausdrécklech als sozialistesche Fraktioun, geet méi wäit wéi de Projet vun der viregter Regierung. Dat a véier Punkten, déi an eisen Aen net onwesentlech sinn.

Fir d'éischt emol gesäit en ausdrécklech am Artikel 3 d'Hypothesen vir, wou e palliativ Traitement als secondaire Effeten eng Verkiierung vum Liewe vum Patient ka mat sech bréngen. Mir wëssen, dass dat an der Praxis eng Hypothese ass, déi duerchaus spillt, déi net also rengen theoretische Charakter huet. Et ass also ganz wichteg, dass déi Hypothese méiglechst kloer an engem Gesetzestext geregelt gëtt. Dat geschitt an deem Text vun dëser Regierung.

Zweeten Ennerscheid zu dem Här Wagner sengem urspréngleche Projet de loi ass deen, dass de Versuch hei gestart gëtt, fir all méiglech administrativ Hürden ewechzehuelen an engem heiklen Domän, wou och schnell a confidential muss gehandelt ginn a wou et net gutt ass, dass een ze vill Verfahren, ze vill a schwéierfällg Prozedure virgesäit. Duerfir ass d'Regierung och dozou iwwergaangen, net méi virzegesinn, dass all Testament de vie, all Directive anticipée - wéi se elo heescht - muss enregistriert ginn op enger bestëmmter Plaz. Si gesäit d'Méiglechkeet vun engem fakultativen Enregistrement vir.

Als sozialistesche Fraktioun fanne mer et och gutt, dass d'Persounen d'Méiglechkeet hätten, op enger neutraler Plaz hir Directive anticipée ze hannerleeën, fir dass och sécher ass, dass se, wa se gebraucht gëtt, dann och beim richtegen Destinataire ukënnt.

Drëtt Differenz zum Projet de loi vum deemolege Minister Wagner, dat ass d'obligatoresch Formatioun vun de Professionnels de la santé a vun den Dokteren am Beräich Palliativmedezin, déi ausdrécklech an deem heiten Text virgesinn ass.

Véiert a lescht Differenz ass, dass dee spezielle Congé, deen iwwert deen heite Gesetzesprojet agefouert gëtt, elo e bezueltene Congé gëtt. Dat ass an eisen Aen och eng gutt Saach an eng Verbesserung par rapport zu deem, wat an der Diskussioun war virun e puer Joer.

Ech kann also soen, dass mer als LSAP begrëissen, dass iwwert deen heite Wee zu Lëtzebuerg e Recht op Palliativbetreiung agefouert gëtt. Nach muss mer elo dofir suergen, dass mer dat Recht och konkret emsetzen; nach muss mer dofir suergen, dass a puncto Infrastrukturen, a puncto Servicer, a puncto Ausbildung och alles gemaach gëtt, fir dass dat Recht net en eidelt Recht bleift, mä dass wierklech all Einzelnen, deen an der Situatioun ass, och kann op dat Recht do zrückgräifen an et och praktesch akloe kann.

Als LSAP begrëisse mer och d'Aféierung an d'Regelung vun der Directive anticipée, déi net en einfachen Text oui Effeten ass, mä wou d'Gesetz och kloer seet, wat eigentlech déi konkret Effete si vun esou enger Direktiv, wéini dass se gültig ass, an dass den Dokter muss deem Rechnung droen, wat an deem biologeschen Testament vum Patient festgeluecht ginn ass.

Schliesslech begrëisse mer och d'Aféierung vun engem Congé d'accompagnement, esou wéi en am Gesetz virgesinn ass.

Fir eis als Fraktioun ass dëse Gesetzesprojet en däitleche Schrëtt no vir par rapport zu deem, wat mer hei zu Lëtzebuerg als Regelung kennen, en däitleche Schrëtt och no vir par rapport zu deene politeschen Diskussiounen, déi mer iwwert déi lescht zéng Joer zu där doter Fro haten. Dësen Text bréngt méi Licht, e bësse méi Rechtssécherheet an d'Behandlung vum Patient, deen um Enn vu sengem Liewen ukommt ass, an e respektéiert d'Rechter an d'Flichte

vun deene concernéierte Persounen an deem ganzen Zesummenhang vun der Stierbegleedung a vun der Stierhëllef.

Och zu deem heite Punkt hu mer selbstverständlich, wéi déi aner Fraktiounen och, Ofstëmmungsfreiheet, Gewëssensfreiheet bei eisen Deputéierten. Ech kann lech awer soen, dass all sozialistesche Deputéiert dee Regierungstext hei wäerte stëmmen.

Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Bodry. Nächste Riedner ass den honorabelen Här Huss. Här Huss, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Jean Huss (DÉI GRÉNG).** - Här Präsident, Dir Dammen an Dir Hären, ech wéilt mech am Numm vun der grénger Fraktioun haut hei zum Thema Palliativmedezin a Soins palliatifs relativ kuerz halen, an dat virun allem aus véier Grënn:

Éischtens, well déi honorabel Madame Lydia Mutsch, d'Rapportrice vun deem virleiende Gesetz, an hirem Rapport op eng ganz iwwersichtlech Aart a Weis déi wichtigst Dispositiounen dovunner erkläert an duergeluecht huet.

Kuerz och - zweetens -, well viru mir schonn dräi bis véier aner Riedner, besonnesch den honorabelen Här Meyers, déi wichtigst Dispositiounen an Erneierunge vum Gesetz nach eng kéier sachlech widderholl a kritesch gewürdegt hunn, an ech selbstverständlich och keng Loscht hunn, hei Widderhuelungen a Widderhuelungen ze maachen.

Kuerz, well ech - drëttens - selwer am Numm vun deene Gréngen an enger Interpellatioun am Joer 1996 schonn op d'Wichtigkeet vun der Förderung vun der Palliativmedezin higewisen hat, an dat och 1999 an 2003 am Kader vu parlamentareschen Orientierungsdebatten widderholl an ënnerstrach hat.

A véiertens, kuerz, well grad och eis Press an eis Medien an de vergaangenen Deeg a Wochen den Aspekt Soins palliatifs bei der Debatte ëm Stierhëllef a Stierbegleedung relativ kloer a verständlech no baussen duergestallt hunn.

Dir Dammen an Dir Hären, ënner engem palliativem Gesamtkonzept versteet een am Wesentlechen, medezinesch betruuecht, engersäits eng méiglechst effikass Schmerz- bekämpfung mat Hëllef vu verschiddene Medikamenter, an anerersäits, wann net méi ze heelen ass, wann et kurativ austerapiert ass, eng ëmfaassend a beschtméiglech Fleeg, also Soins palliatifs, fir dee Stierwenden op sengem leschte Wee ze begleeden an him nach eng relativ Liewensqualität ze sécheren, obschonn een do beim Begrëff Liewensqualität selwer sécher scho gravéierend Aschränkunge muss maachen.

Als Gréng hate mir dës Konzepter vu Schmerz- bekämpfung a Fleeg net eréischt an eiser Interpellatioun vun 1996 ënnerstëtzt, mä mir haten eis scho vill méi fréi d'Fro gestallt, wéisou grad eng wirksam Bekämpfung vu Péng a Leed net schonn zënter vill méi laangem zur Haaptprioritéit an der Medezin gezielt huet, well fir jiddfer Kranken evidenteweis net nëmme säi krankt Organ vu Wichtigkeet ass, mä vill méi oft haauptsächlech déi kierperlech Péng, déi domadder ka verbonne sinn.

An esou wéi mer eis also elo doriwwer wunnen, wéisou et esou laang gedauert huet, bis endlech lues a lues an nach laang net iwwerall eng wirksam Schmerz- bekämpfung sech schéngt duerchzesetzen, esou wonnert et eis eigentlech genausou staark, wéisou et huet misse bis Februar 2008 daueren, bis mer elo haut endlech e gewësse legale Kader dofir solle schafen. Well laang gedauert huet et ganz kloer!

D'Association pour le Droit de Mourir dans la Dignité an Omega 90 si gegrënnt ginn an de Joren 1989 an 1990 an hir Fuerderungsinn also zënter 18 Joer bekannt. Zënter eiser grénger Interpellatioun doriwwer am Joer 1996 sinn an der Tëschenzäit bis haut schonn erëm eng kéier zwielef Joer verstrach, an deene vun eise Regierunge viru bei Wäitem net genuch gemaach ginn ass, esou datt zum Beispill ee vun de grouse Pionéier vun der Palliativmedezin hei zu Lëtzebuerg, den Dokter Bernard Thill, viru kuerzem nach geschriwwen hat, d'palliativ Soiné géife sech hei zu Lëtzebuerg nach an engem „état embryonnaire“ befannen.

Dir Dammen an Dir Hären, net alles stëmmt sécherlech un där Ausso. Wat awer un där Ausso sécher stëmmt, ass de Fait, datt haut leider nach ëmmer esou munch Leit hei am Land net schmäärzfräi dierfe stierwen an datt et weiderhi Fäll gëtt, och haut, wou de Stierprozess nach laang net esou

schmäärzfräi verleeft, wéi et eigentlech zënter laangem scho misst de Fall sinn. Doriwwer hunn nach viru kuerzem d'Comités- membere vun der Association pour le Droit de Mourir dans la Dignité an deene vergaangenen een, zweete Méint esou munch Témoignagé kritt.

Et stëmmt also sécherlech, datt d'Palliativmedezin hei zu Lëtzebuerg leider nach net staark genuch entwéckelt ass, obscho virun allem zënter zwee, dräi Joer - géif ech emol soen - elo awer op enger ganzer Rei vu Plazen endlech eng Partie Efforté gemaach gi sinn; e wéineg méi um Plang vun de Spideeler insgesamt - do schéngt et elo besser ze goen -, mä wou et virun allem nach e wéineg hapert, dat ass um Niveau vun de sougenannte Structures extrahospitalières. Dat heescht, doheem, do bleift nach esou munches ze maachen.

Eng wëssenschaftlech Evaluatioun doriwwer, wéi wäit d'Palliativmedezin hei am Land entwéckelt ass, steet eis leider zurzäit net zur Verfügung. An eng zousätzlech Schwierigkeet besteet och nach doranner, datt tëschent verschiddene Palliativmedeziner oder -servicer keng total, keng ganz wäitgehend Eenegkeet doriwwer besteet, wéini, wéi ëmfaassend a wéi wäitgehend d'Palliativmedezin soll an därer agräifen, fir de Krankheets- a Stierprozess ze begleeden.

Et dierft duerfir och aus all deenen ugeféierte Grënn esou sinn, datt mer am Projet de loi eigentlech keen absolut, individuell aklobara Recht op Palliativmedezin stoen hunn, mä just en Droit d'accès zu esou Soins palliatifs, wann déi Soins palliatifs dann iwwerall bestinn.

Dir Dammen an Dir Hären, nach e lescht Wuert zu dëser Fro, firwat d'Palliativmedezin hei zu Lëtzebuerg nach ëmmer net esou wäit entwéckelt ass, wéi et eigentlech misst sinn. Zënter datt et Omega 90 gëtt, also zënter 18 Joer, ass vu munchen Palliativmedeziner oder awer och vu Géigner vun der D'épénalisierung vun der Euthanasie ëmmer erëm behaupt ginn, wann d'Euthanasie géif d'épénaliséiert ginn, da wier dat fir de Stat méi bëlleeg, an duerfir géif d'Palliativmedezin net genuch gefördert ginn.

Dat gouf also schonn zënter ronn 18 Joer ëmmer erëm behaupt, mä et gouf awer bis haut am Joer 2008 leider nach keng gesetzlech D'épénalisierung vun der Euthanasie. Un der Euthanasie kann et also ganz sécher net gehaangen hunn, wann d'Palliativsoinen hei am Land nach ëmmer net wäit genuch entwéckelt sinn. D'Responsabilitéit dofir läit sécher bei anere Considératiounen a bei aneren Ursachen, mä doriwwer wéilte mer haut op esou engem wichtige Dag keng Scholdzouweisung maachen.

Wichtig ass elo an eisen Aen éischtens, datt elo am Joer 2008 endlech dee legale Kader geschäfe gëtt. A wichtig ass an den Ae vun deene Gréngen zweetens, datt d'Palliativmedezin an d'Soins palliatifs elo endlech déi noutwendeg finanziell, logistesche, formatiounsbezunnen an infrastrukturell Méiglecheite kréien, fir datt se méiglechst schnell a méiglechst flächendeckend kënnen organiséiert ginn, souwuel an de Spideeler wéi am Extrahospitalier.

Dir Dammen an Dir Hären, déi Gréng sti ganz kloer fir d'Recht vun Einzelnen, fir mënshewierdeg a selbstbestëmmt kënnen ze stierwen. Dozou gehéiert selbstverständlich d'Recht op Schmerz- bekämpfung an d'Recht, wann dat um Einzelnen esou gewënnscht ass, op Stierbegleedung.

Mä esou wéi et dobäi an eisen Aen e Recht, en Usproch, eng engem zoustehend Offer muss sinn, esou kloer muss et emgekéiert an eisen Aen awer och sinn, datt aus deem Recht keng Obligatioun dozou därer entstoen, zum Beispill eng Flicht sech beim Stierprozess müssen, sief et duerch Famill, Psychologen oder Paschtouer, begleeden ze loossen. Well an eisen Ae beim Krankheets- wéi beim Stierprozess den ausdréckleche Wëlle vum Patient a säi Recht op Selbstbestëmmung ëmmer am Vierdergrond muss stoen, sollt et fir de Betreffenen och just eng méiglech Optioun sinn, fir um Enn vun palliativ Wee de Wee vun der sougenannter Sédatioun terminale kënnen ze akzeptéieren, dat heescht, de Wee vun ëmmer méi héich doséiertem Morphium an anere Schmerzmitteln, déi dann als Niewewirkung den Doud kënnen méi schnell erbäiféieren.

Dës Sédatioun terminale als ee méigleche Wee um Liewensenn, sollt also an eisen Aen eng seriö Optioun sinn, mä et dierft awer emgekéiert keen automateschen Zwang ginn. Och do muss also - an dat ass u sech positiv um Gesetz - de Patient iwwert déi Méiglechkeeten, mä awer och iwwer eventuell Begleiterscheinunge vun deenen ëmmer méi héich doséierte Medikamenter informéiert ginn. De Betreffene muss dann awer och mat dësem sedative Wee, dee

sech munchmol iwwer e puer Deeg oder méi laang kann erstrecken, d'accord sinn.

Wat awer, wann dee stierwende Patient an enger eventuell deeglaanger Agonie kee Sënn méi gesäit an da léiwer méi schnell, méi direkt wëllt erléist ginn? Dorobber a fir déi Leit gëtt d'Palliativgesetz leider keng satisfaisant Äntwert. Dat ass allerdingens eng éischt méi inhaltlech Kritik un dësem Gesetz.

Positiv ass natierlech am virleiende Gesetz, datt en Dokter, deen en onsënnigen Acharnement thérapeutique refuséiert, pénal net méi ka bestrooft ginn. Mä ganz nei ass dat jo awer och net, well dat jo awer schonn am Spidolsgesetz vun 1998 kloer verankert gi war.

Awéiwäit et iwwregens am Eenzelfall, an dat trotz Code de déontologie vun den Dokteren, trotzdeem nach zum Acharnement thérapeutique a manche Fäll kënn, och doriwwer hu mer heiansdo just Angaben, déi mer kréien, mä mer hu leider awer keng offiziell Chifferen an Estimatiounen doriwwer.

Dir Dammen an Dir Hären, wann ee mam Prinzip a mam konkreten Akraaftfrie de vun engem Palliativgesetz also sécherlech d'accord ass, da bedei datt awer net, datt en total kritiklos mat alle Bestëmmunge vun Artikelen an esou engem Gesetz muss d'accord sinn. Ech hat mech an der Kommissioun am Numm vun deene Gréngen duerfir och a manche Punkten enthalen, well dobäi munch Onkloerheete bleiwen, well munches eis ze restriktiv schéngt oder well Insuffisancé virleien. A Stéchwierder nëmnen:

Beim Artikel 1 - ech hunn et scho gesot, et ass och vum honorabelen Här Meyers gesot ginn - gëtt also just nach vun engem Accès zu deene Soins palliatifs geschwat, an net méi vun engem aklobara Recht.

Zweetens, dëst Gesetz beschränkt sech op d'Phase avancée ou terminale vun enger schwéierer Krankheet. Wat awer geschitt mat all deenen aneren, vun deenen och schonn de Kollege Carlo Wagner geschwat huet, déi theoretisch a praktesch nach vill méi laang kéinte liewen, esou wéi de Vincent Humbert, déi also guer net an enger Phase terminale sinn? Zum Beispill déi Leit, déi eventuell schonn zënter Joren total querschnittsgelähmt sinn an déi individuell no enger gewësser Zäit einfach kee Sënn méi an esou engem Weiderliewe gesinn.

Déi Leit, déi d'RTL-Sendung um Fernseh gesinn hunn, kënnen sech vläicht erënneren, datt do eng Infirmière vun esou enger Situatioun bericht huet, wou e Patient sechs oder aacht Joer scho komplett tétraplégique war, deen där Infirmière no schonn zënter Jore gesot huet, hie wéilt net méi viruliewen.

Wat kéint dëst Gesetz zum Beispill - dat huet den Här Carlo Wagner richteg gesot - am Fall vum Vincent Humbert maachen? Wou et bekanntlech iwwerhaupt net ëm d'palliativ Schmerz- bekämpfung gaangen ass an deen trotz optimaler palliativ Begleedung - well déi war gutt zu Berck an deem Spidol, wou hie war - net méi esou wollt weiderliewen oder a sengem Fall eventuell vegetéieren, well hie war net nëmme querschnittsgelähmt, hie war och nach blann an hat nach aner Problemer. D'Äntwert ass kloer, datt d'Palliativgesetz an deem dote Fall net vill kéint maachen.

Wat kann d'Palliativgesetz maachen an aneren esou Fäll wéi déi leschte Wochen - déi leschte Wochen, betouenen ech - zum Beispill vu grausame Multiple Sklerosen oder Amyotrophe Lateralsklerosen, vu muskulären Dystrophien an anere schlëmme Erkrankungen, wou et net ëm kierperlech Schmerz- bekämpfung geet, mä vill méi ëm brutal Angscht- a Panikattacken, well déi Leit herno permanent a besonnesch nuets Angscht hu müssen, ze erstécken?

Et kéint een nach munch aner Situatiounen uféieren, och vun Tumeuren, vu Kriibsen, déi fuerchtbar mutilant sinn, wou eventuell nach d'Péng kann ënnerdréckt ginn, mä net méi déi Situatioun, déi vun deene Leit aus gesinn fir si onerdreiglech an onwürdeg ginn ass, an där sech déi Leit dann heiansdo befannen.

Et ass an eisen Aen also kloer, datt op dësem Punkt d'Palliativgesetz ze kuerz gräift an am Interessé vun all deene geschilderte Leit a Situatiounen misst ergänzt ginn. Dat geschitt zum Beispill bei der Proposition de loi iwwert d'D'épénalisierung vun der Euthanasie, déi d'Madame Err an ech haut hei virleien.

Onkloerheete bestinn - ech hat et am Ufank schonn ugedeit - och bei der Fro, wien awer wéini ënner wat fir enge Konditiounen Accès zu de Soins palliatifs soll kréien, well do munches jo och nach iwwer Règlement- grand-ducale soll geregelt ginn. Duerfir bleiwe wéi zum Beispill bei der Fro vun der Formatioun, wéi déi Formatioun soll ausge-

sinn a wien déi Formatioun soll finanzéieren, insgesamt bei der Finanzéierung och nach munch Onkloerheeten.

Et gëtt gesot, d'Assurance maladie an d'Assurance dépendance sollen déi palliativ Fleegeakte finanzéieren, mä et ass bis haut net ganz kloer, awéiwäit an no wat fir enge Kritären an Normen zum Beispill de Contrôle médical bereet ass, de Verschreibungswünsch vun den Dokteren entgéintzekommen. Ze verhandele bleiwe jo och nach d'Tarificatiounen an déi sougenannte Lettre-cléen do dervun, esou datt am Moment och de finanzielle Volet vun demselben Projet e wéineg nebulös bleift. Als Gréng, well mir awer kloer fir eng gutt a fir eng human Palliativmedezin antrieden, plädéiere mir natierlech fir grousszügig a géint just minimal Léisungen do derbäi.

Eng aner Kritik bezitt sech op déi virleidend Dispositions de fin de vie, well do an eisen Ae keng wierklech Selbstbestimmung vum Patient virgesinn ass. Hien dierf zwar soen, wat hien als Behandlung oflehnt, mä wann hien zum Beispill fir gewësse Situatiounen schreift, an esou gewësse Situatiounen hätt hie gären eng direkt a schnell Stierfhëllef, dann hätt dat iwwerhaapt keng Bedeitung, keng Valeur, well jo dëse Wonsch no direkter Stierfhëllef laut Palliativgesetz net virgesinn ass.

Eng klenger Kritik, dorobber hat den honorabelen Här Carlo Wagner schonn higewisen, op déi ech och net länger wëll agoen, bezitt sech op d'Durée vum Congé vu fénnef Deeg fir e Member vun der Famill, deen eis e wéineg ze kuerz ass, virun allem net flexibel genuch ass. Mä dat si jo Saachen, déi an de kommende Méint oder Jore relativ schnell kéinten nogebessert ginn.

E leschte Punkt, Dir Dammen an Dir Hären, deen ech hei och just wollt erwähnen, well ech bei der Proposition de loi nach vill méi genee wäert dorobber agoen, dat ass déi ethesch Problematik bei der sougenannter „sédation terminale“, déi an eisen Ae vergläichbar etlech Froen a Problemer opwerft, wéi bei der Fro vun der Euthanasie. De Patient muss informéiert ginn a muss dozou säin Accord ginn. Wéi soll dat zum Beispill geschéien? Wier et net néideg, datt deen Accord och schréftlech misst fixéiert ginn? Wéi steet et mat der Kontroll a mat der Evaluatioun vun esou Sédations terminales? Dorobber wäert ech herno nach eng Kéier zrëckkommen.

Dir Dammen an Dir Hären, mir wëssen als Gréng, datt kee Gesetz wierklech perfekt an optimal ass, a mir sinn duerfir der Meenung, datt een elo demselben Gesetz wierklech emol eng Chance sollt ginn, fir sech kënnen ze bewähren. Mir hunn duerfir och elo haut net schréftlech Amendementer abruecht - ech hunn eng Rei Kritike gemaach; mir hätte jo kënnen Amendementer derfir bréngen. Mir hunn dat ganz bewusst net gemaach, mir hu keng schréftlech Amendementer virgesinn a wäerten och keng erabréngen, fir dëse Gesetzesprojet ze verbessern, well et géif jo nëmmer drëm goe fir en ze verbessern. Obschonns esou Amendementer relativ schnell aus dem Tirang ze zéie wieren.

Mir wäerten also hanneno als Gréng, trotz enger Partie Kritiken an trotz enger Rei vu Bedenken, geschlossen derfir stënnen, an der Hoffnung, datt duerno och d'Proposition de loi iwwert d'Dépendanisierung vun der Euthanasie, déi fir eis ee Complément ass zu demselben Gesetz, eng Majoritéit wäert fannen. Ganz fräi nom Motto: Jo zu engem generéisem Ausbau vun de Soins palliatifs, mä parallel dozou och Jo zu den Ziler vun der Proposition de loi.

Ech soen Iech Merci.

» **Plusieurs voix**.- Très bien!

» **M. le Président**.- Merci, Här Huss. Als nächste Riedner ass den Här Gibéryen agetruen. Här Gibéryen, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Gast Gibéryen (ADR)**.- Merci, Här Präsident. Léif Kolleeginnen a Kolleegen, fir d'éischt vläicht eng Virbemierkung. Ech hat am Ufank vun der Sitzung vun haut eng Modifikatioun vum Ordre du jour verlaangt, an ech hat zum Schluss vun där Debätt eng Fro opgeworf, ob een da kéint eng Äntwert kréien, wann de Projet de loi an d'Proposition de loi haut gestëmmt géife ginn, wéi dann d'Prozedur hannendru géif geschéien.

Ech stelle fest, datt ech keng Äntwert op déi Fro kritt hunn. Déi war vu menger Säit aus net iergendwéi parteipolitesch geduecht, mä dat war eng formaljuristesche Fro, well ech einfach der Meenung sinn, datt eng Chamber, wa se eng Debätt féiert iwwer Projets de loi a Propositions de loi an och driwwer ofstëmmt, sech misst am Viraus dorüwer kloer sinn, wat herno d'Konsequenze vun deenen zwee Voté wieren. Ech stelle just fest, datt mer zu demselben Zäitpunkt dat net wëssen.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, zum Gesetz iwwert d'Palliativmedezin wëll ech och vun eiser Säit aus fir d'éischt der Kolleegin Lydia Mutsch villmoos Merci soe fir hire schréftlechen an exzellente mëndleche Bericht, dee se haut gemaach huet, wat eis erlaabt, datt mer net méi brauchen op all Detailler anzegoen. Wann een als sechste Riedner drükent, dann hunn d'Virriedner quasi déi Nuancen, déi nach ervirzesträiche waren, alleguer gemaach.

Dëse Projet huet eng laang Virgeschicht. Den Dépôt ass gemaach ginn de 7. Juni 2006, a während enger Rei vu Sitzungen huet d'Kommissioun sech mat de concernéierten Organisatiounen hiren Avisë beschäftegt. Et war en Hearing. Et ass also eng breet Diskussioun gefouert ginn, wou all concernéiert Leit mat abezu gi sinn an déi an enger ganzer Rei vu Sitzungen zum Schluss och zum Deel respektéiert si ginn doduerch, datt d'Kommissioun Amendementer virgeholl huet, déi dann en Afloss an de Projet kritt hunn. Ee Projet, deen e Rapport zum Schluss hat, deen elo de 14. Februar an der zoustänneger Kommissioun eestëmmege ugeholl ginn ass.

Här President, mam Doud huet d'Mënscheheet sech nach ëmmer schwéiergedoen, obschonns ee kéint soen, et wier dat Normalst vun der Welt an och vläicht dat Gerechteste vun der Welt, well keen dervu verschont bleift. Duerfir ass et een Thema, wat déi grouss Majoritéit léiwer verdrängt. Déi wéinegst Leit stierwe gären a keen huet gären, wann e Mënsch vun engem geet, deen ee gären hat oder deen ee gutt kannt huet an deen engem nostoung.

Niewent dem Doud selwer beschäftegt déi meescht Mënschen awer dorüwer eraus, wéi se dee Schrack, deen definitive Schrack vum Liewen an den Doud maachen. De schéinen Doud, wéi mer en esou schéin am Volleksmond nennen, wou mer no engem schéinen Owend an d'Bett ginn, gemittlech aschlofen a moies net méi waakreg ginn, ass a bleift d'Ausnahm.

Ganz oft sinn déi lescht Stonnen, Deeg, Wochen, jo Méint vum Liewe vun engem Mënsch déi batterst, déi schmärerlechst, un éischer Stell fir déi betraffe Persoun selwer, awer och fir déi Leit, déi hir nostinn.

De medezinesche Fortschrétt, deen net ze ëmstreiden ass, léisst eis engersäits wuel méi al ginn, awer och vill méi Leit ginn duerfir um Schluss vun hirem Liewen zu engem Fleegefall, mat all senge Konsequenzen.

Gott sei Dank huet am Laf vun der Zäit d'Mënscheheet sech méi oppen, méi fräi mat deem Thema beschäftegt. Et ass keen Tabuthema méi. Jiddfereen ass sech der Problematik bewusst a jiddferee weess, datt et net nëmmer deen aneren, mä och hie selwer treffe kann. Duerfir huet d'Gesellschaft sech ëmmer méi mat där Problematik beschäftegt.

An deenen enge Länner méi fréi, an deenen anere Länner méi spéit, huet sech net nëmmer un Niveau vun der Medezin, mä och an der Gesellschaft, an der Mentalitéit selwer an domadder um politesche Plang eppes geännert. Hei zu Lëtzebuerg ass d'Debatt am Fong 1996 ugelaf, an duerch d'Gesetz vum 28. August 1998 iwwert d'Établissements hospitaliers ass eng éischt Referenz op d'Palliativmedezin gemaach ginn.

D'Chamber hat eng spezial Ethikkommissioun agesat, fir een Débat d'orientation de 16. März 1999 iwwert d'Médecine palliative, den Acharnement thérapeutique an d'Euthanasie ze preparéieren.

D'Madame Rapportrice huet an hirem schréftleche Rapport am Detail souwuel d'Gesetz wéi deen Débat d'orientation nach eng Kéier erkläert. Prinzipiell muss mer awer aus deem Débat d'orientation festhalen, datt e ganz grouse Konsens bestoung, d'Ugebuert un der Palliativmedezin ze verstärken an auszubauen, genaousou iwwert d'Aféierung vun engem Testament de vie.

Dëse breede Konsens huet d'Chamber dunn och a Motioun festgehalen. Kee Konsens bestoung an der Fro iwwert d'Euthanasie, wou d'Kolleegin Lydie Err an de Kolleeg Jean Huss de 5. Februar 2002 eng Proposition de loi deponéiert hunn.

De Projet de loi 5584 iwwert d'Palliativmedezin, dee mer elo hei diskutéieren, dréit de Recommendationen, wéi d'Chamber se an hire Motiounen nom Débat d'orientation de 16. März 1999 festgehalen huet, Rechnung, an duerfir fénnt och dëse Projet d'Zoustëmmung vun der ADR.

Objektiverweiss muss een awer ernimmen, datt de fréiere Gesondheitsminister Carlo Wagner den 19. Februar 2004 och schonns e Projet de loi deponéiert hat, dee gréisstendeels an déiselwecht Richtung gaangen

ass, deen awer no de Chamberswahl vum der neier Regierung iwwerschaaft ginn ass. De Kolleeg Carlo Wagner huet elo éinescht hei bedauert, datt et véier Joer gedauert huet no sengem Projet de loi, bis dann haut en neie Projet de loi hei zur Ofstëmmung kënnt.

Ech wëll dem Kolleeg Carlo Wagner an aller Frëndschaft soen, datt hie véier Joer an aacht Méint Minister war, bis hien e Projet de loi deemools fäerdeg bruecht hat, an en dräi Méint virun de Chamberswahlen, also kuerz virun de Chamberswahlen deponéiert huet, wëssend, datt en net méi kéint virun de leschte Wahlen gestëmmt ginn, a wësend, datt en automatesch géif an dës Legislaturperiod iwwergoen. Hie war also e bësse méi lues, wéi den neie Gesondheitsminister.

**(Interruption)**

Jo, mä en huet awer trotzdeem laang gebraucht.

Wat elo d'Objektiver vun demselben Projet de loi ubelaangt,...

» **M. Carlo Wagner (DP)**.- Här Gibéryen, wann Dir eng Kéier an d'Regierung kommt, Dir maacht alles dat éischt Joer!

**(Hilarité)**

» **M. Gast Gibéryen (ADR)**.- Här Wagner, mir maachen et sécherlech net méi schlecht, wéi Dir et versicht hutt ze maachen.

Wat elo d'Objektiver vun demselben Projet de loi ubelaangt, esou huet d'Madame Rapportrice déi am Detail presentéiert, esou datt ech nach just punktuell Bemierkungen eisersäits brauch ze maachen.

De Projet de loi gëtt eis déi legal Basis, fir d'Instrumenter, wat d'Organisatioun an d'Finanzéierung vun der palliativer Fleegeage, ze iwwerhuelen, dat am Kader vun der bestehender Législatioun, esou wéi se vun der Union des Caisses de maladie applizéiert gëtt.

Dëst Gesetz féiert dorüwer eraus d'Directive anticipée an, oder den Testament de vie, wéi mer et bis elo am Prinzip genannt hunn. Dës Directive anticipée gëtt der eenzelter Persoun d'Méiglechkeet, am Fall wou si onheilbar krank géif ginn an zu deem Zäitpunkt net méi à même wier, selwer hire Wëllen zum Ausdruck ze bréngen, am Viraus hire Wonsch zum Ausdruck ze bréngen, wat fir Traitement si ganz oder guer net an deem Fall wëllt kréien.

Am Fall, wou dat antrëtt, versicht den Dokter, de Wëlle vun där Persoun ze erfüllen. Duerfir muss den Dokter awer déi Vertrauenspersoun, déi an der Direktiv festgehalte ginn ass, konsultéieren.

Wann also eng Direktiv besteet, ass den Dokter am Prinzip gehale feststellen, ob déi an der Direktiv festgehalte Situatioun och esou agetratt ass, an ass da gehalen, dem Wonsch vun der Persoun nozekommen.

D'Zil vun der Palliativmedezin ass d'Begleiden an den Doud, wa méiglech schmärerlos. Duerfir ginn am Prinzip keng medezinesche Akte méi gemaach, déi e Verlängere vum Liewen als Konsequenz hätten, mä wéi gesot, et gëtt alles gemaach, fir de Mënsch schmärerlos stierwen ze loosser. Den Dokter ass also net méi, wéi dat bis elo de Fall war, laut dem Code de déontologie vun den Dokter an der Gesetzgebung verpflichtet, alles ze maachen, fir de Mënsch um Liewen ze erhalen, a kann och net méi duerfir strofrechtlech verfollegt ginn.

Dës Moosnam entsprécht enger laangjähreger Fuerderung vun den Dokter, déi sech bis elo a solche Situatiounen an enger schwiereger rechtlicher Lag befont hunn.

Här President, ech hu virdru gesot, datt d'Zil vun der Palliativmedezin wier, déi betraffe Persoun wann nëmme méiglech schmärerlos an den Doud ze begleeden, mä net nëmmer déi Persoun selwer soll begleet ginn, mä och déi Leit, déi hir nostinn. Duerfir féiert dëst Gesetz e Congé spécial vu fénnef Deeg pro Joer a pro Fall an. Dëse Congé kann an enger Kéier geholl ginn oder am Accord mam Patron och fractionéiert ginn. Dëse Congé gëtt wéi e Krankeschäi betruecht an och vun der Krankeschäi bezuelt.

Sécherlech kann een d'Fro stellen, ob fénnef Deeg duerginn an ob eng Famill sech eens gëtt. Mä wéi bei all Gesetz ass et en Ufank, an d'Erfahrung wäert eis weisen, ob déi Regelung hei gutt ass oder ob se muss nogebessert ginn.

Genausou gutt wéi bei de Krankeschäiner hu mer och hei de Problem vun de Fräiberuffer, den Indépendanten, déi sécherlech an demselben Fall net op esou eng gesetzlech Moosnam kënnen zrëckgräifen.

D'Palliativmedezin ass also e Ganzt. Et kéint ee soen, eng Teamarbecht. Et ass un éischer Stell déi betreffend Persoun selwer, hiert Émfeld, d'Famill, Frënn, Bekannten, d'Dokteren, dat paramedezinescht Personal a vill Fräiwëlleger, déi sech an d'Palliativmedezin abréngen.

D'Palliativmedezin huet a kritt Erfolg, wann engersäits dat ëmgesat gëtt, wat an demselben Gesetz festgehalen ass, a wann anerersäits d'Politik bereet ass, déi finanziell Moyenen zur Verfügung ze stellen, fir d'Palliativmedezin och flächendeckend an eise Land ze offrrieren an de Spideeler an a Strukture wéi Alters- oder Fleegeheemer, bei der Betreuung vun handicapierte Mënsche bis hin zur Fleegeage doheim.

Et ass och eng personalintensiv Fleegeage, an déi mer bereet muss sinn, ze investéieren, souwuel an d'Aarbecht an an den Equipement wéi och an eng geziilt a spezialiséiert Formatioun vun den Dokter an dem paramedezinesche Personal.

Wann ech soen, Här President, datt et eng deier Investitioun ass, da muss mer als Gesellschaft bereet sinn, dat ze bezuelen.

Ech war de Moien e bësse enttäuscht, wéi ech am Radio eng Madame héieren hunn, déi Psychologin war, déi eng Ausso gemaach huet, déi mech am Fong e bësse oppereegt huet. Si huet gesot: „Et ass e wéineg eng Verméschung vun ethesche Problemer, déi eigentlech an ethesch Kommissiounen gehéieren, mat politeschen, voire finanziellen Intéréten. Ech mengen, och eng Medezin, déi laang stierwend Leit begleet, ass eng ganz deier Medezin.“ An da relativéiert se dat e bësse hannendrun, andeem se seet: „Mä dat soll natierlech net fir oder géint eng Stierfhëllef benotzt ginn.“

**(Mme Colette Flesch prend la Présidence)**

Och d'ADMD - de Kolleeg Huss huet se virdru he ernimmt - huet de 14. Februar am „Tageblatt“ an engem Artikel geschriwwen: „Das Leben hat keinen Preis, aber die Pflege hat ihre Kosten“, gibt er zu bedenken. Es sei schon erstaunlich, dass keinerlei Schätzungen über die Kosten bestehen, die mit der gesetzlichen Einführung der Palliativmedizin auf das Gesundheitswesen zukommen.“

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, mir sinn der Meenung, wa mer als Parlament hei eng Palliativmedezin aféieren - an ech sinn iwwerzeegt, datt mer dat Gesetz de Mëtteg hei eestëmmege stëmme wäerten -, dann dierf et net eng Fro vun de Finanze sinn. A wa mer esou Diskussiounen féieren, wat de Käschtpunkt ass am Kader vun der Palliativmedezin, da kritt ee Gedanken, déi vill méi wäit engem ze denke ginn, datt déi Leit op eemol sech Gedanken maachen, wat aner Leit hei am Land kaschten, wa se krank ginn.

An ech denken och do u Leit...

**(Interruption)**

Ech sinn direkt fäerdeg, Här Huss.

Ech denken och do u Leit, déi...

» **Mme le Président**.- Här Gibéryen, dierf den Här Huss eng Fro stellen?

» **M. Gast Gibéryen (ADR)**.- Selbstverständlech, wann et eng Fro ass.

» **Mme le Président**.- Här Huss, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Jean Huss (DÉI GRÉNG)**.- Här Gibéryen, Dir hutt mech do zitíiert aus engem Artikel, mä...

» **M. Gast Gibéryen (ADR)**.- Ech hunn net Iech zitíiert.

» **M. Jean Huss (DÉI GRÉNG)**.- Dir hutt eppes zitíiert. Ech wollt awer kloer soen, a menger Ried hunn ech hei gesot, datt mir derfir sinn, datt d'Soins palliatifs grousszügig missten équipéiert sinn. Also eis kënnt der keng Gedanken ënnerschieben, eis géif et ëm ekonomesch Saachen hei goen.

» **Mme le Président**.- Merci, Här Huss. Här Gibéryen, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Gast Gibéryen (ADR)**.- Merci, Madame Présidente. Ech wëll dem Här Huss soen, datt ech net den Här Huss hei

zitiert hunn. Ech hunn hei en Artikel vun der ADMD zitiert, wou dat drasteet, an ech hu gesot, och Dir hutt d'éinescht déi Organisation ernimmt.

Wann ech allerdéngs deen Artikel liesen, da gesinn ech, datt do steet: „...aus deren Reihen auch die beiden Abgeordneten Lydie Err und Jean Huss kommen...“, an da muss ech dat awer vläicht fairerweis hei derbäisoen. Op där Pressekonferenz ass eben déi Fro vun der Finanzéierung vun der Palliativmedizin opgeworf ginn.

Ech wëll net méi wéi dat hei festhalen, well wann ech mer d'Fro stellen, wat d'Palliativmedizin kascht, da maachen ech meng Gedanken, datt och Leit op Gedanke komme kéinten, wat aner Krankfäll hei kaschten. Ech denken dann un Leit, déi handicapiert vläicht op d'Welt kommen an e ganzt Liewe laang gefleegt mussen ginn. Dat kascht vill méi, an dat schéngt mir awer dat Normalst vun der Welt ze sinn, datt mer fir d'Finanze vun där Fleeg opkommen.

»» M. Jean Huss (DÉI GRÉNG).- Mir schéngt dat och esou.

»» M. Gast Gibéryen (ADR).- Duerfir kommen ech zum Schluss. Madame Presidentin, Dir Dammen an Dir Hären, d'Palliativmedizin kréie mer net émsoss. Mä ech mengen, datt eng Investitioun an e menschewierdegt Liewe sech lount an eng ganz nobel Missioun vun enger Gesellschaft misst sinn, un éischer Stell am Interessi vun der betroffener Persoun selwer, hirer Famill an hire Bekannten. Doriwwer eraus gereecht et enger Gesellschaft zur Éier, wa se sech net nëmmen ëm Mënsche bekëmmert, wa se gesond an dichteg sinn, mä virun allem dann, wa se krank a schwaach sinn, an dat bis zu hirem leschte Moment.

Ech soen Iech Merci.

»» Plusieurs voix.- Très bien!

»» Mme le Président.- Merci, Här Gibéryen. Den nächste Riedner ass den Här Jaerling.

»» M. Aly Jaerling (Indépendant).- Merci, Madame Presidentin. Ech mengen, wat an déser Diskussioun wichteg ass a wat och an der Kommissioun wichteg war, dat ass déi Serenitéit, mat där déi ganz Diskussioun gefouert ginn ass. Duerfir mäi Glückwonsch un all déi, déi an der Kommissioun matgeschafft hunn, fir hinnen ze soen, dass se eng phantastesch Aarbecht gemaach hunn, an dass dat Gesetz hei awer elo praktesch deem entsprécht, wat all Leit, déi mat implizéiert waren, do gewünscht hunn. Och wann elo vun där enger oder vun där anerer Säit nach gesot gëtt, et hätt nach kënnen nogebessert ginn.

Natierlech ass kloer bei esou engem Gesetz, dass dat eng Ulaftzäit brauch, wou een no enger bestëmmter Zäit muss kucken, wat een do ka verbesseren, wat een infrastrukturell a besonnesch wat ee personalméisseg ka verbesseren an och an der Formation.

Ech mengen, dat weess een elo alles net. Et ass jo kloer, dass dat hei emol en Départ ass zu enger Aktioun, déi awer dem Mënsch et erméiglecht, ganz wierdeg ze stierwen.

Ech sinn awer absolut net der Meinung, dass d'Euthanasie komplementär ass zur Palliativmedizin. Dat si fir mech zwou verschidde Welten. D'Palliativmedizin ass do, fir dem Mënsch ze hëlfele an aller Würd ze stierwen. D'Palliativmedizin erméiglecht et och, op den Acharnement thérapeutique ze verzichten. Dat heescht, an der Palliativmedizin sinn u sech all Méiglechkeeten op, esou dass ee menger Usicht no net brauch méi wäit ze goen an net nach en zousätzlech Gesetz, wat anscheinend komplementär soll sinn, brauch derbäizemaachen. Ech verstinn net, wat komplementär soll sinn, wann een engem de Krann zoudréint. Ech gesinn do keng Komplementarität.

Wichtig fir mech ass op jidde Fall, dass mat dësem Gesetz den Départ do ass, fir de Mënschen ze hëlfele, dass och d'Méiglechkeet do ass, fir de Mënschen doheem ze hëlfele, dass d'Méiglechkeet do ass, fir dass d'Famill an déi Begleedung mat erakënn, dass Moyenen do sinn, fir hinnen ze hëlfele an kënnen derbäi ze sinn, dass

all Méiglechkeeten op sinn, wat och beruffsméiglech do ass. Ob elo d'Längt vum Congé d'accompagnement fënneg Deeg oder méi ass, dat hänkt dervun of, well hei geet et jo haaptsächlech ëm Leit, déi am Fong an enger Phase de fin de vie sinn, wou een da ka soen: Bon, ob dat elo fënneg Deeg sinn oder zwee Deeg oder e puer Deeg weider.

Natierlech wann een awer elo e Gesetz vun der Euthanasie géif virschécken, da bräicht een iwwerhaapt kee Congé d'accompagnement, dann ass et jo séier eriwwe. Duerfir verstinn ech net, dass een dann hei kann hkommen a soen, de Congé d'accompagnement wär net laang genuch.

Hei ass et esou, de Mënsch, deen an enger Phase terminale ass, soll gehollef kréie würdeg ze stierwen, net méi an net manner. Fir mech geet dat Gesetz hei duer. Mir sinn un richtege Wee. A wann et muss sinn, da muss een eben an engem, zwee Joer kucken, wat een nach kann nobesseren. Mä op jidde Fall ass dat hei e gutt Gesetz. Ech sinn och iwwerzeegt, dass dat hei eestëmmege iwwert d'Bühn geet.

Ech soen Iech Merci.

»» Mme le Président.- Merci, Här Jaerling. D'Wuert huet elo d'Madame Frank.

»» Mme Marie-Josée Frank (CSV).- Merci, Madame Presidentin. Kolleeginnen a Kolleegen, ech wëll virop der Rapportrice e grouse Merci ausschwätzen, wéi se déi ganz Sitzung geleet huet, wat ganz oft net einfach, et kann ee souguer soe komplizéiert war.

Ech wëll awer och dem Paul-Henri Meyers als eisem mandatéierte Spriecher Merci soen. Här Meyers, Dir hutt ganz a menger Intentioun fir eis Fraktioun geschwat. Ech därf dann elo a mengem eegenen Numm schwätzen a wahrscheinlech als dat Eenzege heibannen, wat als Parlamentarierin déi meeschten Erfahrungen mat Stierweskranken gemaach huet, well honnerte Mënschen hunn ech, léif Kolleeginnen a Kolleegen, an den Doud begleet.

Haut, den 19. Februar 2008, ass och duerfir fir mech e ganz besonneschen Dag a fir Lëtzebuerg en histoireschen Dag. Mir stëmmen haut of iwwert d'Gesetz vun der Palliativmedizin, op dat mir scho säit bal zwee Jorzéngte waarden. «C'est une loi pour faire vivre et laisser mourir», seet den Här Jean Léonetti. De Projet de loi iwwert d'Palliativmedizin, dee mir haut diskutéieren an zum Vote stellen, concernéiert fréier oder spéider sécher e groussen Deel vun eis allequerten. Dese Projet de loi gëtt jiddfer Eenzelnem d'Recht op e würdeg Stierwen.

Den Artikel 1 vun der EU-Grundrechtecharta seet: D'Würd vum Mënsch ass onantastbar. Si ass ze uechten an ze schützen. Och dat steet am Grondsazprogramm vun der CSV an dat hu mir an de Wahlprogramm 2004 mat integréiert.

(M. Lucien Weiler reprend la Présidence)

Déi konstant Presenz vum Doud matzen am Liewe betrëfft eis hautno an erënnert eis un eis eegen Endlechkeet, Hifällegkeet a Stierflechkeet. Den Doud ass ëmmer ze gesinn an der Dialektik tëschent Revolt a Resignatioun. Den Doud weist eis Ofhängegkeet vun der Natur. Firwat esou vill Leit Ängschten a Schwierigkeeten hunn, sech mat Stierwen an Doud ze konfrontéieren, léisst an eiser moderner, egoistescher Welt vill Froen op.

Déi heiteg Astellung zum Liewen, zum Stierwen an zum Doud an eiser Gesellschaft ass zwiespältig, jo souguer widerspréchlech.

Op där enger Säit kënnen mir eng wäitgehend Tabuiséierung vum Stierwen a vum Doud feststellen. Den Doud entsprécht net méi dem Idealbild vum heitege Mënsch: fit a gesond. D'Gesellschaft huet den Doud verdräiwven.

Op där anerer Säit ass den Doud an de Medien omnipresent. Schon an den éischte Liewensjore ginn d'Kanner duerch Film an Televisioun all Dag mat Dosende vun Doudege konfrontéiert. Dobäi geet et net ëm en alldeegleche Stierfäll, mä ëm Mord, Suicide, Autosaccidenter an esou weider. Et kann ee sech froen, wat fir e Bild vum „normalen“ Stierwen d'Kanner, déi Jugendlech an eis Gesellschaft iwwerhaapt nach hunn. Well doheem ze wéineg Leit kënnen stierwen, wat fréier einfach ganz normal war.

Mir kënnen also vun enger ambivalenter Haltung schwätzen. Den Doud ass an de Medien omnipresent, d'Tabuiséierung vum Doud awer verstärkt sech, wat eigentlech pervers ass. Mä all Mënsch lieft, ob dat esou gewollt ass oder net, wéi een op Däitsch seet „im Angesicht des Todes“.

Datt mer alleguerte stierwen, dat wesse mer, mä wéi, dat ass ongewëss. Ech kann

lech jiddefalls soen: Kee Mënsch stierft einfach. Stierwen ass net norméierbar. Aus menger laangjäreger Erfahrung als Infirmière an am Soins palliatif weess ech, datt et vill Leit gëtt, déi och konnte schéi stierwen. Duerfir erlaabt mer e ganz kuerzt Zitat, wou ech ëmmer Buch geféiert hunn iwwer schéint Stierwen, awer och iwwer Leit, déi schlecht gestuerwe sinn.

En Zitat vun enger Damm. Wou se eng Stonn virum Stierwe gefrot hat, fir de Paschtouer ze kréien a wollt versi ginn, du sot se: „Ech hu keng Péng méi. Ech hunn ausgelidde. Ech sinn esou glécklech, fir ze stierwen. Huet mech elo! Si waren all hei. Ech hunn haut nach de Rousekranz gebiet. Ech brauch näischt méi ze iessen, näischt méi ze drénken, hu keng Péng méi. Et ass alles genuch hei op dëser Welt. Loosst mech goen a bleift a Fridde mateneen zesummen an der Famill.“

Do kann ech Iech soen, Kolleeginnen a Kolleegen, wann een e Mënsche während Wochen a Méint an de leschte Phase vum Liewen intensiv begleet huet an et kritt een dat als Merci, dat ass dee schéinste Merci, deen ee vun engem Mënsch ka kréien! An der Politik, muss ech awer feststellen, ass dat ganz, ganz aneschters.

Wann ech elo grad vun deem schéine Stierwe geschwat hunn, da kann ech awer och drop hiweisen, datt et ganz, ganz vill Leit gëtt, déi schlecht gestuerwe sinn an och nach schlecht stierwen, och well d'Familljen dacks net gutt genuch mat agebonne waren an d'Famill an déi Iwwerliwend schlecht Erfahrung mat Stierwen, Doud an Trauer gemaach hunn. Mir brauchen duerfir flächendeckend eng Palliativmedizin a -fleeg.

D'Philosophie vun de Soins palliatifs ass déi schéinst, déi nobelst an déi würdegst Philosophie, déi et gëtt. Géint all Gesetzer vun der wirtschaftlecher Rentabilitéit hält se fest, datt een nach villes ka maachen, wa bal näischt méi ze maachen ass. An do sinn ech Zeien. Si ass en Acte gratuit, besonnesch fir déi Leit, déi als net méi rentabel ugesi ginn, ënner anerem eis behënnert an dem Matbierger an nach vill anerer. Si mécht keng Diskriminatioun vu kenger Aart. Si weist, datt e Liewe ka bis zum längste Moment liewenswäert sinn.

Eng Gesellschaft gëtt dorunner gemooss, wivill si mécht fir déi, déi schwaach sinn a fir déi, déi sech selwer net wiere kënnen. Och duerfir ass den Ausbau vun der Palliativfleeg e wichtige Indice an deem Kontext, gradesou wichteg wéi d'Bruttosozialprodukt. Si hält all Mënsch seriö. Si garantéiert d'Hoffnung bis zum leschte Moment.

Firwat brauche mer den Ausbau vun der Palliativmedizin am Kader vun deem neie Gesetz?

1. Well ech éinescht gesot hunn, dass et vill Leit gëtt, déi schlecht gestuerwe sinn. Firwat? Well vill ze vill oft de Moment verpasst gëtt, fir vun der kurativer an déi palliativ Phas iwwerzegoen an onnëtz weidertherapéiert ginn ass a gëtt, anstatt en optimale Plan de soins anzeleeden. Mä duerfir brauche mir engagéiert Dokterer a Soignantspersonal a Soins palliatifs.

2. Well nach ëmmer net genuch Dokterer a Soignantspersonal d'Méiglechkeete vun der heiteger Palliativmedizin nutzen.

3. Well nach allze oft keng individuell ugepasst optimal Schmerztherapie ugewann gëtt, well vill Dokterer net en connaissance de cause vun där heiteger Schmerztherapie sinn.

4. Well d'Famill net oft genuch an d'Betreiungskonzept integréiert gëtt.

Firwat sinn iwwerhaapt weltwäit palliativ Bewegungen entstanen?

Si sinn ze gesinn als Reaktioun op Inhumanitéit an eng ausschliesslech Techniséierung a Medikaliséierung vum Stierwen an de Kliniken.

Eng echt Palliativkultur ze institutionaliséieren, ass eng gesellschaftspolitesch Aufgab. Doheem, am Spidol, an den Alters- a Fleegeheimer, an an noer Zukunft am Hospice zu Hamm, genannt „Haus Omega“, wou all Mënsch eng gläichwäerteg, individuell ugepasste Prise eng charge garantéiert kritt, fir déi verbleiwend Liewenszäit mat esou vill Liewensqualität wéi méiglech ze erfüllen.

Mir brauchen an eiser Land eng Palliativkultur, e palliative Reflex bei alle Kranken an an alle Stadië vun hirer Krankheit. E gantheetlech Betreiungskonzept stellt enorm Ufuerderungen un dat behandelnd Team, wat zur interdisziplinärer Zesummenaarbecht muss fäeg sinn.

Déi verschidden Disziplinen därfer net nieftenee schaffen, mä si mussen wéi Zännrieder aneneegräifen. Viraussetzung ass eng offe Kommunikatioun mam Patient,

esou wäit wéi dat méiglech ass a wéi de Patient et wëllt, mä och mat der Famill a besonnesch am Team. Ass dëse Kommunikationsprozess gestéiert, da scheitert d'palliativ Konzept. Duerfir brauche mer och Supervisioun fir déi, déi grad an deem Beräich schaffen, fir datt se net fréizäiteg ausbrennen.

Säit 1990, der Grënnung vun Omega 90, huet hei zu Lëtzebuerg dank der Pionéieraarbecht vum Dokter Bernard Thill mat villen engagierten an iwwerzeegte Kämpfer an deene leschte Jorzéngten ugefaang, sech eng Palliativkultur ze entwéckelen.

Omega 90 huet an all deene Jore verschidde Formatiounen fir honnerte vun Infirmiëren an Dosende vu Bénévolon ugebueden, wou ech och d'Chance genotzt hunn, mech weiderzubilden, fir besser a méi professionell stierweskrank Mënschen ze begleeden.

Omega huet vill Öffentlechkeetsaarbecht gelescht. D'Palliativstation am Escher Spidol ass en Aushängescheld fir Lëtzebuerg vun engem superen Encadrement an fin de vie, wou déi stierweskrank Mënsche mat alle Souffrancen, de kierperlechen, de séileschen, de psycheschen, de spirituellen a soziale Souffrancen en charge geholl ginn, wou selbstverständlech och d'Facteure Professionalitéit, Mënschlechkeet an Zäit eng enorm wichteg Roll spillen.

An der Tëschenzäit hunn déi eenzel Kliniken am Land an och Alters- a Fleegeheimer mat anere Modeller Unités de soins palliatifs ugefaangen a sinn amgaang se auszubauen.

Fir eng optimal Palliativfleeg ze errechen, ass eng zolidd Formatioun den A an den O vun enger garantierter Prise en charge. Dat bezeien all Acteuren um Terrain, déi sech säit Jore fir d'Weiterentwécklung an d'Fleeg vun der Palliativmedizin asetzen. An do vergiessen ech och all déi net, déi dobaussen an den ambulante Servicer tätteg sinn. Och si verdéngen e grouse Respekt a solle weider esou schaffen.

Et geet awer och drëms, datt all déi Acteuren, déi am Beräich vun dem Soins palliatifs schaffen, net nëmmen d'Dokteren, mä och all déi Leit bis zu deenen, déi d'lesse bréngen, müssen an déi Formatiounen laangfristeg mat agebonne ginn, well all si sinn en aktiven Acteur um Terrain bei Leit en fin de vie.

Am Gesetz steet am Artikel 1, datt de Stat d'Responsabilitéit vun der Formatioun iwwerhëlt. Ech leeën deenen zoustännege Ministere un d'Häerz, datt se esou schnell wéi méiglech Formatiounszyklen definéieren an organiséieren, souwuel an der Formation initiale wéi an der Formation continue, fir d'Soignantspersonal. Mä och d'Dokterer därfer sech hire Responsabilitéiten net entzéien an et misst een derfir suergen, datt all Dokter, deen zu Lëtzebuerg praktizéiert a concernéiert ass mat Personnes en fin de vie, déi notwending Formatiounstonnen nowise muss, fir eng Autorisation d'exercice ze kréien an dee spezielle Forfait a Rechnung ze stellen.

Well ech kann Iech soen - an dat deele vill Infirmiëre mat mir -, datt mer einfach ze vill Dokterer hei am Land nach hunn, déi net genuch en connaissance de cause sinn! Ech ginn net midd dat ze widerhuelen.

Wann ech bis elo vun de Responsabilitéite vu Stat, Dokteren, dem Personnel encadrant geschwat hunn, da wëll ech elo iwwert d'Responsabilitéit vu jiddfer eenzelne Bierger schwätzen.

Ech maachen e waarmen Appel: Jiddferen als responsabele Bierger soll sech fréi genuch mat sengem eegene Liewensenn ausereesetzen an eng Patienteverfügung schrëftlech hannerleeën.

Nëmmen esou ass et méiglech, datt deen eegene Wëllen, wann dee Kranken net méi selwer matbestëmme kann, esou wäit wéi méiglech erfüllt gëtt.

Ech kann Iech soen, et lieft sech einfach vill besser, wann ee mat sengem Vertrauensdokter oder mat senger Personne de confiance dat am Virus an am beschte schrëftlech regelt.

Sécherlech ass zur Directive anticipée oder Patienteverfügung, wéi mer et nennen, nach vill Iwwerzeegungsaarbecht ze leeschten. Do denken ech misst och de Ministère Formateuren ausbilden, fir deenen Hëllefstellung unzebidden, wa se net selwer kënnen eng Patienteverfügung formuléieren.

Eng Patienteverfügung ass awer kee Sécherheitsgurt, well een net all méiglech Situations an am Virus detailléiert ka virausgesinn. An dach ass se dat bescht Hëllefsmittel fir den Dokter an déi Concernéiert.

E weidere wichtige Piliere am Projet de loi ass de Begleedungsurlaub, mat deem

Mardi,  
19 février 2008

d'Membere vun der Famill vu stierwende Mënschen d'Recht op e Congé vu maximal fënnf Deeg kréien.

Wann een dat viru Jorzéngte gefuerdert hätt, dat hätt kee verstanen, well et einfach selbstverständlech war, datt een déi néidegst Zäit sech hält fir senger Famill en fin de vie bäizestoen. Haut ass dat eben anescht, an duerfir ass et och gutt, datt mer e Congé d'accompagnement en fin de vie hei mat an d'Gesetz integréiert hunn.

Ech kommen zum Schluss.

Loosse mer dem Palliativgesetz eng Chance ginn! Loosse mer weiderbauen op deem, wat säit bal zwee Jorzéngte sech hei entwéckelt huet. Et lount sech, sech fir d'Liewen an de Schutz vum Mënsch anzesetzen!

Keng Politik a Gesellschaft kann hire Membere an mënschwerdegt Stierwe garantéieren, wa se net bereet ass, déi finanziell Moyenen, déi ee fir den Ausbau vun der Palliativmedezin brauch, zur Verfügung ze stellen. An enger Gesellschaft, an där d'Virstellung vum engem gudden Liewensenn esou individuell wéi déi eege Liewens-erwaardunge sinn, bleiwen Hospiz- a Palliativbewegungen déi mënschlechste Äntwert op d'Leide vu Schwéierstranken.

Wéi wier et, wa Lëtzebuerg um Gebitt vun der Palliativfleeg e Musterbeispill fir d'Ausland kënn ginn? Eng Kultur vum Liewen, vun der Solidaritéit, vum Zesummestinn an Zesummessinn. Ech soen: Du kanns dech op mech verlossen, ech loosens dech net am Stach, du bass bei mir gebueren, du bass net eleng, ech halen deng Hand.

Et geet hei ëm d'Fundamenter vun engem humanistesche Weltbild, esou wéi ech den Humanismus gesinn a wéi ech e liewen: eng sozial Verflechtung géintwärt all deenen, déi onnéiz leide mussen, och nach am 21. Jorhonnert. Et geet schlusslech ëm d'sozial Kohesivitéit an eiser Gesellschaft an ëm d'Dignitéit als engem vun deenen elementairste Mënscherechter.

Ech soen Iech Merci fir d'Nolauschteren.

►►► **Une voix.** - Très bien!

►►► **M. le Président.** - Merci, Madame Frank. Domat ass d'Diskussioun ofgeschloss. D'Regierung huet elo d'Wuert. Fir d'éischt den Här Gesondheitsminister Mars Di Bartolomeo.

►►► **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, de Gesetzesprojet iwwert d'Palliativfleeg, d'Stiefbegleedung an de Congé d'accompagnement, deen den Zougang zu enger qualitativ gudder Betreuung vum Liewensenn soll garantéieren, ass e gudder Projet.

E setzt kloer Signaler, e schafft e Recht, fir dass de Mënsch op sengem leschte Wee wierde gehollef kritt an anstänneg begleet gëtt. Och wann um kurative Plang näischt méi ze maachen ass, gëtt et nach ganz viles, wat ze maachen ass, fir d'Liewensqualität an deene leschten Deeg ze verbesseren an de Schmäerz, d'Leiden esou wäit wéi méiglech ewechzehuelen.

Dat Gesetz schafft eng zolidd Basis, fir d'Moyenen ze gi fir den Ausbau vun dem Palliativgebuete, a fir de Leit ze hëllef, fir besser kënnen ze stierwen. Den Doud als lescht Etapp vum Liewe gëtt domat definitiv aus der Tabuzon erausgeholl an et gëtt unerkannt, dass och dës Etapp an eisem Gesondheits- a Sozialsystem eng Prioritéit verdéngt.

Dat Gesetz erkennt un, dass de Mënsch a senge leschten Deeg déi beschtméiglech Fleeg, eng aner Fleeg wéi déi, déi mer gewinn sinn, zegutt huet. Dat Gesetz ass eng Unerkennung fir déi Leit, déi Institutionen, déi op deem Gebitt iwwer laang Jore Pionéierarbecht geleescht hunn an duerfir déif Unerkennung verdéngen, well si eigentlech déi Dier grous opgemaach hunn, duerch déi mer haut ginn.

Dat Gesetz ass en Duerchbroch, an ech soen dat ganz kloer an haart, well an deene leschte Wochen den Débat e bësse laanscht dese Projet gelaf ass. Dat ass schued, well dee Projet eng ganz Rei vu wichtege, neien Akzenter setzt. Dee Projet wäert alle Leit, déi um Stierwe leien, an hire Famillje vill bréngen, onofhängeg wéi déi Diskussioun iwwer aktiv Stiefhëllef ausgeet, déi mer elo an enger Stonn wäerte féieren. Dee Projet huet seng voll Tragweid, egal wéi an deem zweete Voleit vun der Diskussioun ofgestëmmt wäert ginn.

Vill Leit hu bei deem Gesetz mat ugepaakt. Ech soen hinnen en häerzleche Merci, well si hunn alleguer dozou bägedroen, dass iwwer wäit Strecken d'Serenitéit bei dëser Diskussioun gehale ginn ass, mat där enger oder anerer Entgleisung, mä déi awer net

iwwerwien huet. Et ass d'Serenitéit, déi an dëser Diskussioun largement iwwerwien huet.

D'Grundlag fir dëst Gesetz, wat zwee Voleiten huet, ass bei de Verhandlungen iwwert d'Regierungsbildung 2004 geluecht ginn, wou déi zukünfteg Partner sech eens ginn, fir déi zwee Projeten, déi ënnert der viregter Regierung deponéiert gi waren, nach eng kéier ze iwwerschaffen, enger Opposition formelle vum Conseil d'État bei engem Voleit Rechnung ze droen, a bei deem anere Voleit, deem vun der Palliativbegleedung, deem Rechnung ze droen, wat amgaang war ze passéieren an eisen Nopeschlänner, besonnesch a Frankräich, wou eng Eeneigung amgaang war iwwert d'Parteien eraus an deem dote Beräich.

Mir sinn op de Wee geschéckt ginn, fir deem Rechnung ze droen, a mir hunn dat gemaach a laangen, ganz seriösen Diskussiounen. Firwat dat esou laang gedauert huet? Ma well mer déi hei Diskussioun mat aller Seriositéit ugaange sinn a jiddferee gehéiert hunn, dee mer hu missen héieren, fir eis en definitiv Bild an dëser komplexer Matière kënnen ze maachen.

Hei huet jiddferee matgeschafft: vun der Regierung iwwert d'Parlament, iwwert déi Leit, déi am Gesondheessektor schaffen, bis hin zu der Société civile. Si hu sech alleguer d'Méi gemaach, fir all Elementer ofzeweien, an hunn, mengen ech, alleguer dozou bägedroen, dass mer hei e gudden, ausgegorenen, komplette Projet kënnen an d'Parlament bréngen.

Ech hu virdru gesot, dass eigentlech den Ustouss an de Koalitionsverhandlung komm ass, mä ech wëll awer net de Verdéngsch vu mengem Virgänger, fir d'Basis vun deem Projet geschaf ze hunn, vergiesse.

Et ass richtig, dass eng Basis do war an dass mer net hu misse bei null ufänken, mä ech soen awer och ganz kloer: Déi Diskussiounen, déi mer gefouert hunn, hunn dozou bägedroen, dass mer dat Gesetz an enger Rei vun essenzielle Punkte weider konnte verbessern, dass mer dat Gesetz och méi einfach konnte maachen, andeem mer déi méi bürokratesch Elementer erausgeholl hunn.

Déi wesentlech Punkte vum Gesetz sinn an der Diskussioun hei opgezielt ginn. Ech brauch net am Detail dorop anzegoen.

Eent vun den Haaptverdéngschter vum Gesetz wäert sinn, dass eng anstänneg Palliativfleeg fir de Mënsch an deene leschten Deeg vu sengem Liewen net méi dem Zoufall iwwerlooss gëtt. Well haut ass et nach esou, dass déi Servicer ënnerschiddlech gutt opgebaut sinn, an dass, wann ee vill Chance huet, een an e ganz performante Service kënn, a wann ee manner Chance huet, an e manner ausgebaute Service kënn oder iwwerhaupt keng Palliativfleeg kritt. Dat ass net gutt, dat soll net esou sinn.

Wat déi Palliativmedezin u Plus-value bréngt, dat ass bewise ginn um Terrain. Duerfir, well den Terrain et bewisen huet, dass dat eng ganz seriö Plus-value ass, muss se kënnen jiddferengem garantéiert ginn, dee se brauch. Et ass also e Recht; et ass e gesécheren Accès zu qualitativ gudden, multidisziplinäre Soenen am Spidol, an de Structure fir eeler Leit an doheim. De Choix läit bei de Patienten, wann de Choix nach geholl ka ginn, jee nodeem wéi wäit fortgeschrott d'Situatioun ass a wéi schwéier déi Soine sinn, déi parallel zu der Palliativbegleedung gebraucht ginn. De Mënsch selwer kann also mat senger Famill wäitgehend matbestëmmen, wou e gefleegt gëtt, wou e stierwe wëllt.

Wann ech soen, et ass en Zesummewerke vun deene verschiddene Strukturen, dann hu mer an der Diskussioun ganz intensiv doriwwer diskutéiert, well kee vun eis erëm eng vun deenen traditionelle Rivalitéiten an deem dote Beräich wëllt, wéi et hei zu Lëtzebuerg üblech ass. Mä déi verschidde Servicer, déi verschidde Institutionen, déi verschidde Prestatairé mussen, sollen hei am Intérêt vum Patient zesummeschaffen. Do sollen och Brécke gebaut ginn. Ënner anerem ass de Carnet de soins ee vun deene Mëttelen, duerch déi déi Koordination soll begéngschtegt ginn.

Hei geet et net drëm, fir deenen eenzelne Servicer e Gefalen ze maachen, mä hei geet et drëm, dass de Patient do gefleegt gëtt, wou en am beschte ka gefleegt ginn.

De Projet soll eng regelrecht Palliativkultur erméiglechen an - an dat ass ee vun deene wichtege Elementer, déi vläicht net genuch ervirgestrach ginn - de Projet soll den notzlosen Acharnement, déi onnéideg, déi onvernünfteg, déi sénnlos Soine verhënnern an dem Fleegepersonal déi noutwendeg Ofsecherung ginn, wa se sénnlos Soenen - erniddregend Soenen - net prestéieren. Net

well se et net wëllen, mä well déi Soenen net méi hëllef, well se näischt bréngen.

Et geet bei deem Gesetz also net drëm, fir d'Liewen ënner allen Ëmstänn ze verlängeren, egal wat vun notzlose Moyenen agesat ginn, mä et geet drëm, fir déi Deeg, déi nach bleiwen, an d'Liewensqualität an deenen Deeg, déi nach bleiwen, besser ze maachen, fir kënnen ënner gudden Konditionen Abschied ze huelen. Dat ass e ganz wichteg Element vun deem Gesetz. Dat muss een och ënnersträchen.

Well déi Stiefbegleedung esou gutt an esou professionell wéi méiglech soll sinn, gëtt d'Noutwendegkeet vun der Formatioun an der Formation continue vun den Dokter an dem Fleegepersonal am Gesetz verankert.

Well d'Fleeg um Liewensenn ass net déiselwecht, wéi déi aner Fleeg. Duerfir soen ech och erëm eng kéier ganz kloer an däitlech, dass all déi, déi matmaache wëlle bei der Begleedung a bei der Betreuung zum Liewensenn, sech där Formatioun musse stellen. Fir Dokter an Fleegepersonal ass nun emol déi Situatioun zum Liewensenn - wéi soll ech soen - eng verkéiert Welt. Si hunn an hire Studien an an hire Praxis geléiert, wéi een de Leit soll hëllef, wéi ee se kann heelen. Fir si ass dat hei eng ongewinnte Situatioun, wou et net méi ëm d'Heele geet, mä wou et drëm geet, fir deene Leit ze hëllef, esou gutt wéi méiglech aus der Welt erauszegoen.

Dat ass een net gewinnt, an duerfir muss jiddfereen, deen do matmécht, sech op déi dote Situatioun kënnen astellen. Do fält och kee Meeschter vum Himmel. Och dat ass ze léieren, entweder a langer Praxis oder awer duerch eng Formation continue. Där Formation continue muss ee sech stellen. Ech sinn och duerfir frou, dass am Budget Mëttele virgesi sinn an dass och déi Sociétéite vun den Dokter an - och vun de Generalisten - amgaang sinn, esou Offeren unzebidden. Och eis traditionell Partner wéi Omega 90 wäerte bei där Formatioun wichtig Partner sinn.

De Projet de loi stellt de Patient an de Mëttelpunkt a schafft mat der Directive anticipée d'Instrument, fir mat Hëllef vu Famill respektiv Vertrauenspersounen de Wëlle vum Stierwende kënnen ze respektéieren. Dat ass eng wichteg Hëllef och fir d'Dokter an a fir d'Fleegepersonal, fir ze wëssen, wat de Patient wëllt, wat hien op kee Fall wëllt, wann hien dat net méi haart ka soen.

Och do hu mer d'Option geholl, fir net de bürokratesche Wee ze huelen - nämlech den Enregistrement vun där Directive anticipée bei der Direktioun vun der Santé -, mä dat ass eng Affär tëschent dem Patient, tëschent dem Mënsch a senger Vertrauenspersoun. Mir sammelen do Erfahrungen. Wa sech sollt weisen, dass eng Enregistrationsprozedur noutwendeg ass, da kann ee selbstverständlech doriwwer diskutéieren.

Iwwerhaupt - an ech hunn dat virdru gesot - huet dee Projet d'Option geholl, fir net a Bürokratismus ze verfallen, well eng Bürokratisierung vum Doud sécher net dat ass, wat mer wëllen. La mort administrée, dat ass net esou wéi ech mer déi lescht Deeg virstellen. Dat ass och an deem Gesetz net gemaach.

Ech wëll och op dat Argument oder dee Reproche agoen, deen dem Projet gemaach ginn ass. Iwwerregens war och onglécklech driwwer, dass dee Projet zwar iwwer laang Strecke ganz positiv begleet ginn ass vu quasi jiddferengem, mä esou just kuerz vum Torschluss op eemol Argumenter op den Dësch geluecht gi sinn, wou gesot ginn ass: Oh, dee Projet huet awer do an do Lacunen, an de Projet misst déi Kontrollmechanisme virgesinn, oder en huet keng Kontrollmechanismen.

Dat ass eng falsch Vue, well mer an deem heite Projet an enger anerer Philosophie dra sinn. Mir sinn hei net an enger Philosophie vu Liewe bewosst zum Enn féieren. Mir sinn hei an enger traditioneller Fleegphilosophie, wou mer soen: Mir hëllef de Leit. Mir entlaaschten d'Leit. Mir ginn hinne Soenen, aner Soenen.

Duerfir, wa mer do komplizéiert Kontrollmechanisme misste maachen, da misste mer se bei sämtlechen anere Soine maachen, well wann hei Abusen an där Soins-Approche kënnen passéieren, da kënnen se selbstverständlech och bei all deenen anere Beräicher geschéien. Hei geet et drëm, fir d'Liewensqualität esou laang wéi méiglech ze erhalen. Déi Differenz kënn kloer eraus.

D'Zil vum Projet ass net, fir den Doud ze provozéieren. D'Zil ass, fir besser kënnen ze stierwen. Dat Gesetz seet ganz kloer - an dat ass nei vis-à-vis vun deem Projet, deen ënner der viregter Regierung deponéiert gi

war -, dass een alles muss maachen, fir de Leit Leiden, Schmäerze physischer a psychischer Natur ze erspueren, souguer dann, wann doduerch d'Liewe verkierzt géif ginn.

En ass also ganz kloer akzeptéiert, deen double Effet - deen duebelen Effet, dat heescht, entlaaschten, och wann dat eng Lieweverkierzung ka mat sech zéien -, och wann een objektiverweis muss soen, dass dat a seltene Fall geschitt, well deen Dosage ass awer relativ gutt ze maachen. Et soll een net soen, dass systematesch duerch d'Palliativbetreuung, duerch d'Palliativsedatioun d'Liewe géif verkierzt ginn. Dat ka geschéien. An dat ass och akzeptéiert.

Hei ass et also eendeiteg, dass d'Zil net ass, den Doud ze provozéieren, mä den Doud kann a verschiddene Fäll d'Resultat vun der Sedation palliative, vun der palliativer Médication sinn. Dat ass eng vun deene grousse Differenzen tëschent dem Gesetzesprojet an der Proposition de loi.

Et muss een och soen, dass bei enger ganz gudder Palliativmedezin, déi systematesch gemaach gëtt, de Wonsch, fir d'Liewe verkierzt ze kréien, zrëckgeet. Wat déi Palliativbetreuung besser ass, wat dee Wonsch, fir fréizäiteg aus dem Liewen erausgeholl ze ginn, méi zrëckgeet.

Dat heescht also, déi aner Differenz, déi et tëschent dem Gesetzesprojet an der Proposition de loi gëtt, dat ass, dass de Projet de loi d'Majoritéit - bal all Stierwenden - ka betreffen, an dass d'Proposition de loi extrem Ausnahme betrëfft. Et ass wichtig, dass een déi Nuance och eriwuerbréngt. Deen heite Projet ka jiddfer Eenzelne betreffen a betrëfft wahrscheinlech déi grous Majoritéit vun de Leit, well mer an der Zwëschenzäit an der Situatioun sinn, dass mer alleguer vill méi al ginn an dann am héijen Alter déi Palliativbetreuung vill méi systematesch wäert ginn.

Am Débat ass d'Fro vum Käschtepunkt gestallt ginn. Hei ass eng ganz kloer Äntwert: Een, deen A seet, muss och B soen. Wa mer déi heiten nei Leeschtung schafen, da muss mer eis och d'Moyen ginn, fir se progressiv opzebauen. Dat geet net mat engem Zauberstab. Een, deen elo mengt, muer wär an der Palliativmedezin alles perfekt, dee stellt sech eppes Falsches vir. Mir bauen déi Palliativmedezin aus, déi schon zum Deel besteet a wou exzellente Aarbecht geleescht ginn ass.

Ech kennen ee gutt Beispill aus menger Region zu Esch - fir net den Numm ze nennen. Selbstverständlech gëtt et och e ganze Koup anerer, déi opgebaut gi sinn an déi gutt Aarbecht leeschten. Mä vu dass dat mer e bësse méi no ass, därerf ech dat och soen. Mir wäerten och déi Moyené fannen an der Krankeess, iwwert d'Statuten an der Assurance dépendance, iwwert de Règlement grand-ducal.

Ech kommen esou lues zur Konklusioun. Bei all positiver Approche zu deem Gesetz kann ee sech d'Fro stellen: Si mer dann elo mat deem Gesetz um Zil komm, oder ass et eng ganz wichteg, eng essenziell, eng extrem wichteg Etapp? Do deele sech d'Meenungen. Fir déi eng ass et d'Zil, fir déi aner ass et eng wichteg Etapp, wou eppes hannendru misst kommen.

Ech muss soen, ech soen dat esou, wéi ech dat emfannen: Et gëtt sécher Situatiounen, a mir hunn der - dat sinn déi, déi am meeschte mediatiséiert och gi sinn - gesinn, do sinn net all Problemer mam Palliativgesetz ze léisen. Dat ass esou. Dat muss een esou kënn soen. Do gëtt d'Palliativmedezin net all Äntwert.

Ech hu ganz déiwe Respekt vis-à-vis vu Leit, déi soen, no där doter Etapp ass eng weider Etapp noutwendeg. Alles aneschters géif Iech och vu mir wonneren, well ech sengerzäit mat villen anere Parlamentarier eng Resoloutioun an déi Richtung gestëmmt hunn.

D'Regierung - an da kommen ech zum Schluss - huet an dëser Problematik e Wee gewielt, wou se net op Anhiib wosst, wou se géif landen. Si wosst net, wat fir eng Resultater bei wat fir engem Vote géifen erauskommen. An ech fannen, dass dat déi richteg Approche war, well mer alleguer dovun iwwerzeegt sinn, dass dat hei en extrem wichtige gesellschaftspoliteschen Débat

ass. Eng wichteg Diskussioun, wou jiddferengem seng Iwwerzeegungen a säi Gewëssen am Spill ass. An dat hu mer gemaach.

Duerfir: Wann hei esou Bemierkunge gemaach ginn, wou gesot gëtt: Elo kucke mer awer emol, wéi déi eng Partei sech verhält oder wat déi aner Partei sech verhält, da sinn dat Ausratscher.

Well wann ee vu Gewëssensfräiheet schwätzt, dann ass déi ondeelbar. An d'Gewëssen ass net nëmme fräi, wann et een arrangéiert, mä d'Gewësse muss och fräi sinn, wann et een net arrangéiert. Duerfir maachen ech en Appel u jiddfer Einzelnen, deen hei an deem Sall sëtzt, d'Mee-nung vun deem aneren ze respektéieren an net erëm op déi parteipolitesch oder Poli-tique-politiciennes-Schinn ze goen. Hei kann et net drëm goen, fir engem politesche Géigner eng auszewëschen.

Ech géif dowir warnen! Respekt ass eppes, wat ee sech net kann einfach zurechtleën!

Dann déi lescht Fro, déi vläicht gestallt gëtt, an ech beäntwere se dann direkt: Wat pas-séiert, wann dat heite Gesetz à l'unanimité gestëmmt gëtt, a wat geschitt, wa gläichzäit-eg d'Proposition de loi gestëmmt géif ginn?

Do kann een all formalistesche Diskussioun féieren an déi gëtt mat Sécherheet gefouert, well ech lech ganz sécher soen: Egal wéi de Vote ausgeet, lant déi heiten Diskussioun erëm eng kéier am Parlament an da musse mir doriwwer diskutéieren, wéi et weidergeet.

Ech kann lech just soen, wann deen éischte Vote geholl ass, da wäert d'Regierung deen demokratesche Vote respektéieren, a wann deen zweete Vote positiv oder negativ ausgeet, da wäert d'Regierung dee Vote anders respektéieren. A wann de Vote positiv bei der Proposition de loi ausgeet, da wäert d'Regierung och alles maachen, fir demokra-tesch Voten an d'Praxis émssetzen. Eppes aneschters géif lech wuel iwwer-raschen.

An deem Sënn soen ech lech Merci fir d'Qualitéit vun der Diskussioun bis elo.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Minister. Dann huet d'Madame Familljeministesche Marie-Josée Jacobs d'Wuert. Madame Ja-cobs, wann ech gelift.

» **Mme Marie-Josée Jacobs, Minis-tre de la Famille et de l'Intégration.** - Här Pre-sident, Dir Dammen an Dir Hären, ech géif mech wëllen dem Merci an de Félicitatioun-en uschléissen, souwuel fir d'Rapportrice an d'Presidentin d'Madame Mutsch wéi och fir déi ganz Kommissioun, an ech mengen och, dass mer kënnen dem Sekretär vun der Kommissioun e grouse Merci soen, dem Här Bisenius, deen et och net ëmmer ein-fach hat, fir erauszefannen, wat dann elo gemengt wier a wat fir e Wuert elo misst duerch wéi eent ersat ginn. Duerfir si mer frou, dass mer haut deen Text hei zur Verfö-gung hunn.

Här President, d'Chamber steet haut viru wichtegen Ofstëmmungen: eng kéier de Projet de loi vun der Regierung iwwert d'Pal-liativfleeg, an de Vote iwwert de Gesetzes-vorschlag Err/Huss, fir zu Lëtzebuerg d'Euthanasie ze legaliséieren.

Trotz vill Opklärungsarbeit vun der Press an an der Press, stellen ech ëmmer nach fest, dass vill Leit den Énnerscheid net maachen tëschent dem Acharnement thérapeu-tique oder der Obstruction déraisonnable an der Euthanasie. Si soen, ech si fir d'Eutha-nasie, a wann een da freet, wat verstees de dorënner, da kritt ee ganz dacks als Änt-wert: Ech wëll mäi Liewen net kënschtlech verlängert kréien; ech wëll net herno nach vill Péng mussen ausstoen.

Mam Gesetz iwwert d'Palliativfleeg, an och ewell virauser mam Gesetz iwwert d'Organi-sation hospitalière vun 1998, konnt den Acharnement thérapeutique fir Leit mat on-heelbarer Krankheet, déi an hirem Endsta-dium ukomm waren, vum Patient refuséiert ginn. An den Dokter, dee keen Acharne-ment thérapeutique dobäi gemaach hat, konnt och net ströfbar gemaach ginn.

Palliativfleeg ass eng aktiv Fleeg, déi vun enger pluridisziplinärer Equipe gemaach

gëtt, am Respekt vun der Würd vun der Per-soun, déi gefleegt gëtt. Palliativfleeg ëm-faasst all physesch, psychesch a spiritu-ell Bedierfnesser vum Mënsch, dee gefleegt gëtt, an och vu senger Famill, déi ronderëm hien ass. Hei ass Schmärerzbehandlung abegraff, grad ewéi och dass psychesch Leid geindert gëtt.

Palliativfleeg kann een am Spidol, am Al-ters-, am Fleege-, am Behënnertenheem kréien, kann an enger spezifescher Institu-tioun oder och doheem gemaach ginn.

Schmärerzbekämpfung duerch héich Dose vu Morphium kann zur Folleg hunn, dass dem leidende Mënsch säi Liewe verkierzt gëtt. Fir dem Mënsch säi Liewensenn ouni Péng oder schwéier Péng méiglech ze maachen, gëtt déi eventuell Verkierzung vun der Liewenszäit a Kaf geholl.

Bei der Euthanasie kritt de Mënsch eng Piqûre oder soss Medikamenter, déi zur Fol-leg hunn, dass e stierft. Den Doud ass déi di-rekt a gewënscht Folleg vun der Zouféie-rung vun de Medikamenter. Dass ass eng di-rekt Hëllef zu dem Doud.

Här President, esou wéi eng ganz Partie aner Deputéierten an och aner Acteuren hätt ech mer gewënscht, dass mer haut d'Gesetz iwwert d'Palliativfleeg gestëmmt hätten, deem Gesetz seng Zäit ginn hätten, fir an all senger Komponenten a Kraaft ze trieden, an no enger Zäit evaluéiert hätten, wat gutt géif fonctionnéieren, wou Proble-mer géife bliwen, wat fir eng Problemer et wieren, déi sech am alldeeglechen Émsetze vum Gesetz géife stellen. Ob déi finanziell Moyenen duerginn an ob se op där richter-ger Plaz ugewannt géife ginn, ob mer genü-gend forméiert Dokter a Personal hätten, ob den Hospice géif fonctionnéieren, ob d'Familljen déi Hëllef, déi se bräichten, do-heem während dem Stierwe vun dem Pa-tient géife kréien an och duerno. An dann hätte mer gesinn, ob vill a wéi vill Fäll géife bliwen, deenen opgrond vun der Palliativ-fleeg ongenügend gehollef kéint ginn, an dann, no deem Bilan, hätte mer gesinn, wat nach op legislativem Plang néideg ge-wiescht wier.

» **Une voix.** - Très bien!

» **Mme Marie-Josée Jacobs, Minis-tre de la Famille et de l'Intégration.** - Dës Dé-marche hätt ech besser fonnt, wéi haut iwwert déi zwee Projeten, eng kéier iwwert d'Palliativfleeg an dann iwwert d'Euthana-sie, mateneen ofzestëmme.

Ech hu Respekt viru jiddferengem senger Meenung, besonnesch an dëser äusserst schwieriger Fro, wou et awer net nëmme och iwwer eist eegent Liewensenn geet, mä och iwwert d'Liewensenn vun alle Biergerin-nen a Bierger hei zu Lëtzebuerg. Well am Rapport vun 1999 steet, dass se unanime ware fir ze soen: Weder deen, dee fir d'Euthanasie ass, nach deen, dee fir d'Palliativ-fleeg a géint d'Euthanasie ass, keen ass méi e groussen Humanist, wéi deen aneren.

Et gëtt verschidden Approchen, fir d'Lie-wensenn virzegesinn.

Ech weess, dass d'Autrice an den Auteur vun der Proposition de loi aus hiren eege-nen Erfahrungen an Iwwerzeegunge fir d'Euthanasie sinn, an engem gesetzleche Kader, an nëmme wann et de Wonsch vun där betroffener Persoun ass. Dës Meenung respektéieren ech selbstverständlech.

Ech wëll awer soen, dass ech eng aner Me-nung doriwwer hunn, aus eegene beruff-lechen an och aus reliéisen Erfahrungen an Iwwerzeegungen.

Ech hunn och während laange Joren als In-firmiëre an als Infirmière-Anästhesistin ge-schafft, an dovun ganz laang Joren an der Reanimatioun. An ech muss soen, dass ech an all deene Joren net ee Patient fonnt hunn, dee mer gesot huet, hien hätt gär eng Piqûre gemaach oder soss Medikamenter, fir séier ze stierwen. Sécher gouf et Leit, déi gesot hunn: Wier et gutt eriwuer! Mä dass ass net fir mech eng Nofro no Euthanasie.

Mir goufen och als Infirmière an och ewell doheem geléiert, dass d'mënschlecht Lie-wen dat Héchst wär, wat et géif, an duerfir och all Schutz misst kréien. „Leben retten und erhalten; Schmerzen lindern“, dat wa-ren esou déi Ausdréck, déi mer bäibruucht kritt hunn an déi engem a Flesch a Blut iwwergaange sinn a bis haut do sinn.

Duerfir deelen ech och d'Meenung vum Statsrot, dee seet, ee Mënsch mat oder ouni seng Zoustëmmung doutzemaachen, la mise à mort délibérée, ass net vereinbar mat der Deontologie an dem Exercice vun der Medezin an der Majoritéit vun de Län-ner op der Welt.

De Conseil d'État seet virun, d'Medezin-studié gesinn net vir, eng Léier ze maachen, fir Mënschen ze eliminéieren. Déi, déi den Doud ginn, egal aus wéi engem Grond, sinn

net ze rekrutéieren a Beruffer, déi ausgebit gi fir ze heelen an ze fleegen. Domat ass fir mech och kloer, an dat ass och virgesinn an der Proposition de loi, dass keen Dokter an och soss kee Member aus de Gesondheets-beruffer ka forcéiert ginn, Euthanasie ze maachen, och wann d'Gesetz et erlaabt.

Ech weess, dass ech et net kënnt maachen an et och ni géif maachen. An ech stelle mer d'Fro, well ech 1970 zu Stroosbuerg an der Réanimation respiratoire geschafft hunn, an natierlech vill Patienten do waren, déi un de Beootmungsapparater waren, a Visiteure kumm sinn an de Professor gefrot hunn: Fir-wat maacht Dir deen Apparat net aus? Dann huet de Professor gesot: Ma, da maacht Dir en aus! An dun hunn d'Leit do-rober geäntwert: Ah, ma mir awer net! An dann huet de Professor gesot: A firwat ech dann?

Ech mengen, dass ass d'Fro, déi jiddfer ee sech och muss stellen: Wann ech eppes selwer net fäerdeg kréien, mudden ech dann engem aneren zou, et maachen ze mussen?

Niewent dësen Iwwerleeunge bleift fir mech och de Risiko, dass aner Liewe manner ge-schützt si wéi virun. Ech kréie ganz dacks gesot vu Fraen, déi erwaarden a bei deenen de Risiko besteet, dass e Kand op d'Welt géif komme mat engem Handicap, dass se gewaltig ënner Drock géife gesat ginn, fir dat Kand ofzedreiwën.

Ech fäerten den Drock op schwéier Fleeg-fäll, op eeler Leit, déi fir eis Gesellschaft op eemol eng kéier riskéieren ze deier ze ginn. Ech weess och, dass dat net gewollt ass an der Proposition de loi Err/Huss. Ech kennen de Rapport aus der Belsch, an deem keng esou Fäll virkomm sinn. Ech weess awer aus Holland vu Leit, déi ech kennen, dass do, well och net genügend Pal-liativfleeg besteet, vill Spidolsbetter ofge-baut si ginn, also keng Méiglechkeet do ass, fir iwwer länger Zäit am Spidol ze blei-wen, e ganz groussen Drock do war, fir Eu-thanasie gemaach ze kréien.

Och do huet de Statsrot eis dorobber op-mierksam gemaach, dass mer nach net iwwer all Mëttele a Personal an der Palliativ-fleeg verfügen, an duerfir solle mer och net en neit Recht aféieren, mä den Accès ga-rantéieren zu der Palliativfleeg. Dass ass fir mech eigentlech en drëtte Grond, fir haut nach net iwwert d'Euthanasie ze entschee-den.

Mir sinn och net déi Lescht an Europa, déi d'Euthanasie nach net agefouert hunn. Frankräich mat verschiddene parteipoli-tesche Konstellatiounen, grad wéi Däitsch-land och, huet bis haut d'Euthanasie net legaliséiert, a viru kuerzem huet en SPD-Politiker mer gesot, dass an Däitschland parteiwwergräifend e Konsens géint d'Eutha-nasie géif bestoen.

Ech weess, an ech si mer däers och be-wosst - esou wéi och de Minister Di Bartolo-meo elo grad gesot huet -, vun drama-tesche Fäll, deene mat Palliativfleeg net ganz oder net ka gehollef ginn. Mä ech fäer-ten awer, opgrond vun eenzelne Fäll ze légi-féieren.

Ech weess, dass dat keng Äntwert ass fir si. Mä hu mir soss ëmmer fir jiddfer ee eng Äntwert? An dës Fäll sollten eis als Politiker, als Medeziner, als Chercheuren interpelléieren, fir fir déi Krankheete Medikamenter ze fannen, Hëllefsmëttele ze entwéckelen an duerch eng mënschlech Prise en charge dës Leit ze hëllefën.

E lescht Argument géint d'Legaliséierung vun der Euthanasie ass fir mech, dass all Ge-setz e generelle Charakter huet, mä all Lie-wensenn a jiddfer Einzelnem säin Doud esou perséinlech an eenzegaarteg ass, dass kee Gesetz drop passt.

Ech hu vill Leit kann, déi ëmmer an hirem Liewe gesot hunn, si wëilten herno net e schwéiere Fleggefall ginn, a Patienten, déi schwéier krank waren an dacks vill Péng ha-ten an awer net wollte stierwen. Wann ee gesond ass, dann denkt een aneschters, wéi wann ee krank ass. Et denkt een aneschters, wann ee krank ass, wéi wann ee weess, dass ee stierft.

Ech weess haut, dass ech keen Acharne-ment thérapeutique gemaach wëll kréien; ech wëll och Palliativfleeg a Schmärerz-bekämpfung mat alle Konsequenzen, mä ech weess net, wat ech wëll, wa mäi Lie-wensenn kënnt. An ech weess och net, ob een, dee gesond ass, dat wierkelech weess. Duerfir sinn dës Froen esou schwéier ze beäntwerten, besonnesch, wann ee se net nëmme fir sech selwer beäntwert.

Duerfir ass ouni Zweifel déi Gewëssensfro esou déif gräifend, déi sech fir lech, Dir Dammen an Dir Hären Deputéierten, stellt, an ech wënschen lech, dass Dir déi Ent-scheidung huet, mat där Dir duerno kënnt

liewen. Duerfir kann och an dësem Vote jiddfer ee nëmme no sengem Gewëssen an no senger Iwwerzeegung stëmme, fräi vun allem Fraktiounszwang.

Wann 1999 ewell déi éischt Debatt an der Chamber iwwer Palliativfleeg an Euthanasie war, da well am Koalitionsprogramm vun 1994 d'Aféierung vu Palliativfleeg virgesi war. Et goufen duerno déi aner Debatte ge-halen, an elo si mer 14 Joer méi spéit a stëmme haut iwwert dat Gesetz. 14 Joer awer och, wou vill geännert huet, wou mer geléiert hunn, dass net alles méiglech muss gemaach ginn, wat medezinesch, tech-nesch zur Verfügung steet, fir d'Liewe mus-sen ze verlängeren. Ech denken u Reanima-tioun bei Hærzstillstand vun engem Kriibspatient a sengem Endstadium.

All concernéiert Leit - d'Medeziner, d'Juris-ten, d'Ethiker a souguer Verrieder vun deene verschiddene Reliounen - si sech eens, dass d'Schmärerzbekämpfung an der Palliativfleeg d'Liewe ka verkierzen an dass deen Effekt vun der schmärerzfräier oder er-träglicher Péng des eventuell Liewensver-kierzung berechtigt. Mir wëssen och, dass, wann d'Palliativfleeg bal ëmmer d'Liewens-enn ouni Schmärerz a physesch Leide ka sécheren, eenzel Fäll ganz schwéier bleiwe fir déi Betreffen.

An deene leschte Joren ass den Doud duerch d'Palliativbewegung aus dem Tabu erauskomm. Am Rapport vun 1999 steet nach, dass mer den Doud institutionaliséiert hätten doduerch, dass bal jiddfer ee am Spi-dol oder am Alters- oder Fleegeheem géif stierwen. Obwuel mir all wëssen, dass jidd-fer ee muss stierwen, gouf probéiert, den Doud ze verdrängen. Den Doud huet net an eis Liewesplanung gepasst. An eng Welt, wou nëmme Erfolleg, Schéinheet a Jugend gefrot war, do war keng Plaz fir den Doud.

Huet net grad dës Opfaassung eis Begéi-nung mam Doud, déi jiddfer ee eis muss maachen, vu léiwe Mënschen, vill méi schwéier gemaach? Ech wëll och heibäi erënneren, dass och Kanner a Jugendlecher, déi aneschters trauerer wéi déi Erwuessen, Hëllef musse kréien, wann hire Papp, hir Mamm, e Brudder oder eng Schwëster stierft, an dass déi Hëllef och an engem Ser-vice vun Omega 90 ugebuede gëtt.

Niewent der Angscht virum Doud selwer an deem, wat nom Doud kënnt, ass et sécher och d'Angscht virum de Schmärerzen, déi mer hu bei eisem Liewensenn. An déi Angscht kënnen mer duerch eng gutt Pallia-tivfleeg ofbauen. Net nëmme d'Péng, mä aner Symptomer wéi Erbrüchen, keen Otem kréien, schlecht sinn, ginn effikass behan-delt. Mä och psychologesch, sozial a spiri-tuell Froen a Problemer gi behandelt.

Et geet em déi lescht Liewensqualität fir de Patient a seng Familljen. D'Palliativfleeg steet zum Liewen a gesäit am Doud en nor-male Prozess. Et geet drëm, dem Patient säi Confort a säi séilescht a geeschtegt Gutt-goen ze erhalen. Mir gesinn de Mënsch a senger Ganzheet an net nëmme een Deel, dee krank ass. D'Dignitéit vum Mënsch muss bis zum Schluss erhalte bliwen.

D'Famillje muss mat begleet ginn, well fir si stelle sech Froen wéi, wéi d'Liewe virugeet, wann de Papp oder d'Mamm, de Mann oder d'Fra, d'Kand, de Frënd gestuerwe sinn; d'Trauer an de Verloscht, mä och Exis-tenzängscht stelle sech an, an duerfir hält och d'Palliativfleeg net op mam Doud, mä begleet d'Familljen doriwwer eraus.

Vläicht huet deen een oder anere sech ge-frot: Firwat schwätzt dann elo d'Famillje-ministesche zu deem doten Thema? Mä ganz einfach, well d'Palliativbewegung an domat d'Aféierung vun der Palliativfleeg zu Lëtze-buerg finanziell a moralesch ënnerstëtzt gouf vun Ufank u vum Familljeministère.

Et war de Fernand Boden, dee virun onge-féier 17 Joer erkannt huet, wéi wichteg fir déi krank a stierwend Leit, mä och fir hir Fa-milljen d'Palliativfleeg wier. An et war de Fa-milljeminister, deen zu Esch am Spidol ge-hollef huet finanzéieren, fir dass och do déi Statioun, iwwert déi de Mëtteg ewell esou vill hei geschwat ginn ass, iwwerhaapt konnt ageriicht ginn.

Omega 90 ass gegrënnt ginn duerch d'Ami-peras, d'Caritas an d'Croix-Rouge, an an deene Joren duerno ass d'Fondatioun contre le cancer, d'Fondatioun Hëllef do-heem an d'A.S.B.L. Doheem versuergt derbäikomm. Et war de Grondstee fir ver-schidden Aktivitéiten am Beräich vun der Palliativfleeg.

Omega huet bis haut eng Konventioun mam Familljeministère, an ech wëll alle Verant-wortlechen aus dem Verwaltungsrot, dem Direkter an alle professionelle Mataarbech-terinnen a Mataarbechter an och deene ville Bénévolen Unerkennung, Respekt a Merci soen. Fir si all sollen de Bernard Thill an de Michel Keilen hei perséinlech ervirgestrach

Mardi,  
19 février 2008

ginn. Si hu Pionéieraarbecht gemaach, déi schwéier war an déi besonnesch schwéier ass an esou engem delikate Beräich, wéi deem vum Doud a vum Stierwen.

D'Palliatiivfleeg huet am Laf vun der Zäit hire Wee an d'Spideeler, mä och zum Deel an d'Alters- an d'Fleegeheemer fonnt. Hei muss mat aller Konsequenz d'selwecht wéi och an de Behënnertefoyeren d'Palliatiivfleeg fir all eeler a behënnert Mënschen, wann dat hire Wonsch ass, méiglech sinn.

Ech denke besonnesch och un demenzkrank Leit, iwwert déi viru Joren an Éisträich eng Etüd gemaach gouf a festgestallt gouf, datt Leit, déi Alzheimer hatten oder aner Demenzkrankheeten, am Fall, wou se mat enger Héitfraktur dolouchen, nëmmen en Drëtzel vum Morphium kritt hunn, déi en anere Patient kritt huet. Net well déi Leit manner wéi hatten, mä well se sech net méi oder net méi esou gutt konnten ausdrécken.

Verschidden Haiser maachen hei zu Lëtzebuerg eng ausgezechent Aarbecht an dëser Richtung. Ech denken zum Beispill un den Hospice civil vun der Stad Lëtzebuerg, mä och un nei Servicier fir Stierwend, zum Beispill Pontalize zu Ettelbréck oder och den Alzheimercentre zu Ierpeldeng. An dësen zwee Haiser, mä och an aneren, sinn Oasen amgaang ze Entstoen no engem Schwäizer Modell. Et ass e grouse Raum, wou méi Patient beienee sinn, déi permanent vu Personal betreit ginn. An der Oas ass eng ganz friddlech Atmosphär, keng Hektik a keen nervöse Betrib. Hei kënnen déi eeler Leit roueg an oui Péng stierwen. Hir Famill kann zu all Zäit bei si kommen.

Mat engem däitsche Spezialistbüro evaluéiere mer d'Resultater vun dëse speziellen Unitéiten, an dat och op Wonsch vun deenen zwee Haiser. Mat Omega 90 huet och de Familljeministère eng Bautekonvention ënnerschrivwen, fir zu Hamm um Terrain vum Hospice civil vun der Stad Lëtzebuerg, deen den Terrain zur Verfügung gestallt huet, en Hospiz ze bauen. Ech wëllt och Merci soe fir dëse kostbaren Terrain.

Ech traue mech och elo, fir dat Haus „Hospiz“ ze nennen, well de Buergermeeschter Paul Helminger bei der Grondsteleegung dësen Ausdrock gebraucht huet. Virdrun hu mer ëmmer vun engem „Centre d'accueil pour personnes en fin de vie“ geschwat. Et war éischters net liicht, dee Centre iwwerhaupt emol hei ze kréien, an zweetens en och nach „Hospiz“ ze nennen, well dat wier de Lëtzebuurger net zouzetrauen.

D'Haus ass amgaang gebaut ze ginn. Mir rechnen, datt et 2009 am Laf vum Joer seng Dieren opmécht. Hei sti Better zur Verfügung fir Leit, déi un hiert Liewensenn ukomm sinn an déi net méi an engem Spidol brauchen oder wëlle sinn, déi vläicht net ëmmer ganz kënnen doheem bleiwen, well se eleng sinn - an där Leit gëtt et jo ëmmer méi -, well d'Familljen net méi déi ganz Zäit doheem ass oder zäitweis iwwerfuerdert ass. De stierwende Mënsch kënn fir kuerz oder méi laang Zäit dohinner.

An dësem Haus ass eng pluridisziplinär Equipe vu Personal, déi extra fir dës Aufgab forméiert gouf. D'Famill an d'Frënn kënnen 24 Stonnen op 24 Stonnen kommen oder bleiwen, well et sinn och Zëmmere fir si virgesinn. Et ass méiglech do ze kachen, souwuel am Dag wéi an der Nuecht. Hei ass net méi déi medezinesch Betreibung un éischer Plaz, mä d'Solidaritéit an d'Affektioun fir dee stierwende Mënsch, deen hei Serenitéit fënn, fir seng lescht Etapp vum Liewen an Dignitéit a Fridden ze beschléissen. D'Atmosphär vu Rou, Frëndlechkeet, Fridden a souguer Freed wäerten dësem Haus, esou wéi et och am Ausland de Fall ass, säi Succès garantéieren.

De Klaus Jensen, den Oberbuurgermeeschter vun Tréier, sot mer, wéi an den 90er Jore vill Klinikbetter ofgebaut goufen, hätten all Kliniksträger a Gemenge gefrot, fir esou eng Statioun bei sech ze kréien. Tréier hat een Hospiz mat aacht Better. Duerfir war den Här Jensen ëmsou méi erstaunt, datt et hei zu Lëtzebuerg net selbstverständlech war, datt mer esou eng Institutioun ewell laang hätten; wou een och gesäit, datt wann et net wäit ewech ass - d'Distanzen -, awer ganz aner Meenunge bestinn.

Mir hatten och als Familljeministère bis elo mat engem ambulante Service eng Konvention, fir d'Prise en charge vu Palliatiivfleeg doheem méiglech ze maachen. D'Ambulanzservicer aus de Spideeler, zum Beispill elo de Saint-Louis vun Ettelbréck, an d'Servicer vun der ambulanter Fleeg erlaben, datt ëmmer méi Leit kënnen doheem stierwen. Hiren Asaz an hir fachlech a mënschlech Kompetenze maachen dat méiglech fir dee stierwende Mënsch a seng Familljen.

E puer Deeg iert d'Marcelle Lentz, déi fréier Deputéiert, gestuerwen ass, hat si mech ge-

ruff a gesot, ech soll lech soen, wéi gutt a wichteg d'Palliatiivfleeg an d'Servicer wiere fir kënnen doheem ze bleiwen. D'Marcelle war ganz kloer. Hatt sot, hatt hätt kee Wéi, et géif gutt Otem kréien an et wier frou, fir nach um Liewen ze sinn. D'Marcelle huet mat grousser Geloossenheet iwwer säin Doud geschwat, op deen hatt selwer, mä och soss alles gutt preparéiert war. D'Marcelle sot: Ech hat ewell meng Gebuert verpasst, ech wëll net och nach mäin Doud verpassen. D'Marcelle wollt eis mat op de Wee ginn, datt déi lescht Momenter vum Liewen äusserst kostbar sinn an et schéin ass, si ze deele mat sengem Mann, mat senger Famill a senger Frënn.

Fir mech war dës Begéinung eng ganz wichteg Erfahrung, vun Trauer jo, well ech wusst, datt ech d'Marcelle net méi géif erëmgesinn, mä och vun dankbarer Freed e Mënsch ze gesinn, deen oui Angscht a mat aller mënschlecher Dignitéit op säin Doud gewaart huet. Ech hoffen, datt ech lech konnt vermittelten, wat d'Marcelle lech eigentlech wollt soen.

Fir gutt Palliatiivfleeg ze maachen, brauch een eng gutt Formation. Et ass des Öfteren hei gesot ginn. Omega 90 souwuel wéi d'AMMD maachen dat säit Joren; Formationen op verschiddenen Niveauen a fir déi verschidde Berufsgruppen. Si sinn och prett, fir dat unzbedden, wat gebraucht gëtt.

D'Uni Lëtzebuerg hat déi Formationen vun Omega 90 evaluéiert a se als ganz positiv bewäert. Et gëtt Iwwerleeungen, fir ee Master an der Palliatiivmedezin op der Uni anzeféieren. Dat ass awer natierlech nëmme méiglech, wa mer dat an der Groussregioun kënnen maachen, d'selwecht och wéi d'Formation continue an dësem Beräich.

Wichtig ass, datt méiglechst vill Leit Palliatiivformatiounen maachen. E gutt Beispill huet d'interkommunaalt Altersheim vu Clief ginn, wou vun der Direktioun iwwert d'Administration, d'Hauspersonal an d'Fleegepersonal - jiddfereng - eng Formation a Palliatiivfleeg gemaach huet. Domat gëtt d'Kultur vun der Palliatiivfleeg vu jiddferengem gedroen.

Här President, doduerch, datt dem Wëlle vun Mënsch u sengem Liewensenn mat der Directive anticipée, mat all deene Mëttelen, déi zur Verfügung gestallt ginn, besser Rechnung gedroe gëtt, denken ech, datt och e weidere Wee gemaach gëtt, fir et de Leit ze erméiglechen, deen Doud oder dat Liewensenn ze kréien, wat se sech éischer wënschen. Meng Kollegen a vill vun de Virriedner sinn dorobber agaangen, duerfir wëll ech doriwier näischt méi soen.

De Congé d'accompagnement, also en onbezuelt Congé, war an der leschter Regierung duerch de Familljeministère erbruecht ginn. De Conseil d'État hat dorobber eng Opposition formelle gemaach, mam Argument, et wier ongerecht, well deen ee sech dann dee Congé kënn leeschten an deen aneren net. Duerfir féiert dës Regierung e Congé d'accompagnement vu maximal fënnf Deeg, dee bezuelt gëtt, an. Ech mengen, et wier e gudde Start. Ob en dann herno ausgebaut gëtt, dat ass eng aner Fro.

Ech wëll zum Schluss kommen, Här President, an e Wuert soen iwwert déi Bénévol, déi an de Spideeler, an den Alters-, an de Fleegeheemer an an de Famillje sinn. Hir Zuel gëtt bestänneg méi grouss. Si sinn e wichteg Bindeglied tëschent dem Kranken a senger Famill an der Equipe. Si sinn net un d'Zäit gebonnen. Si riichte sech no deem Kranken oder der Kranker.

**(Interruptions et coups de cloche de la Présidence)**

» **M. le Président.** - Lauscht emoll! D'Mikro vum Riednerpult funktionéieren net gutt, duerfir géif ech bieden, fir dass och déi douewen eppen kënnen héiere vun deem, wat d'Madame Jacobs seet, em e weineg Disziplin!

» **Mme Marie-Josée Jacobs, Ministre de la Famille et de l'Intégration.** - Tëschtent deene Fräiwëllegen an de Kranken entstinn dacks ganz intensiv Relatiounen, déi Plaz maache fir Gesprécher, déi engem ganz dacks eng Laascht aus sengem Liewe kënnen ofhuelen. Gesten, wéi engem d'Hand ze halen, do ze sinn. Hir Formation, hiert Engagement zesumme mat déiwem Respekt virun deem kranken a stierwende Mënsch si fir eis Gesellschaft vun onschätzbarem Wäert.

Aus ville Gesprécher weess ech, datt si soen, datt si méi géife kréien, wéi dat, wat si géife ginn. Ech wëll hinnen an all deenen, déi sech an der Palliatiivmedezin a -fleeg asetzen, mäin déiwe Respekt a Merci soen. Den Doud bleift ëmmer en Abschied vun engem Mënsch, deen ee gären hat an en deet ëmmer wéi, mä et ass méi einfach ze

verkraaften, wann een dee léiwe Mënsch am Stierwe konnt begleeden a bei him oder hir sinn. Ech denken, datt mer dat mat dësem Gesetz besser kënnen maachen.

Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Madame Jacobs.

Dir Dammen an Dir Hären, mir kommen dann zum Vote. Den honorabelen Här Jaerling huet gemengt, déi Motioun, déi hien déposiert huet, misst elo zum Vote kommen. Ech wëll dozou zwou Remarqués maachen: Éischters ass déi dote Motioun de Moment nach net recevabel, do musse mer emol genuch Ènnerschréften hunn; an zweetens betrëfft déi Motioun éischer d'Proposition de loi, déi mer elo am Uschluss diskutéieren wäerten. Esou dass ech géif proposéieren, dass mer herno dorobber zrëckkommen, wann da genuch Ènnerschréften drop sinn.

Mir stëmmen elo iwwert de Projet de loi of.

**Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel**

De Projet de loi 5584 ass mat 60 Jo-Stëmmen uegoll.

*Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt, M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen, MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Marcel Sauber, Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter;*

*MM. Marc Angel, Alex Bodry, John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agno, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err, MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch, MM. Roger Negri, Jos Scheuer, Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz;*

*MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur, M. Fernand Etgen, Mme Collette Flesch, MM. Charles Goerens, Paul Helminger, Alexandre Krieps, Claude Meisch et Carlo Wagner;*

*MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox et Mme Viviane Loschetter;*

*MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes, Jean-Pierre Koepf (par M. Gast Gibéryen) et Robert Mehlen;*

*M. Aly Jaerling.*

Gëtt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

**(Assentiment)**

Dann ass et esou décidéiert.

Dir Dammen an Dir Hären, mir kommen elo zur Diskussioun vun der Proposition de loi 4909 iwwert déi aktiv Stierfhëllef. Et si bis elo ageschriwwen: déi Damme Stein, Frank a Flesch, den Här Wagner, den Här Bodry, den Här Angel, den Här Huss an den Här Mehlen.

**(Brouhaha)**

» **Une voix.** - An den Här Jaerling och.

» **M. le Président.** - D'Wuert huet elo fir d'éischt déi honorabel Madame Lydie Err, Auteuse-rapporteur vum der Proposition de loi. Duerno huet den Här Huss d'Wuert. Madame Err, wann ech gelift.

#### 4. 4909 - Proposition de loi sur le droit de mourir en dignité

**Rapport de la Commission de la Santé et de la Sécurité sociale**

» **Mme Lydie Err (LSAP), auteuse-rapporteur.** - Merci, Här President. Dir Dammen an Dir Hären, Här President, ech ginn dovunner aus, dass Dir mat eis alleguerten esou generéis an der Zäit sidd, wéi Der mat der Familljeministesesch waart, an dass mer alleguerte kënnen duebel esou laang schwätzen, wéi dat, wat virgesinn ass.

» **M. le Président.** - Madame Err, d'Präsidentekonferenz hat arrétéiert, dass hei jiddfereng kann esou laang schwätzen, wéi e wëllt.

» **Mme Lydie Err (LSAP), auteuse-rapporteur.** - Et ass ëmmer gutt ze wëssen, wann et fir jiddfereng gëllt.

Ech wollt fir d'éischt emol, fir unzufänken, menger Satisfaktioun Ausdrock ginn, dass

deen Text iwwert d'Palliatiivmedezin unanime uegoll ginn ass. Ech mengen, dass dat och am Sënn ass vum Jean Huss a vu mir selwer, déi ëmmer gesot hunn, dass d'Palliatiivmedezin an d'Stierfhëllef komplementar sinn a sech net opposéieren. Mir sinn duerfir frou, well et ass zweifelsohne esou, dass dat e Fortschrëtt duerstellt par rapport zur Situatioun wéi mer se haut hunn, och dann, wa se eiser Meenung no net esou wäit geet, wéi mir et fir eis gären hätten.

Ech wëll duerfir ganz kuerz virstellen, wat an eistem Text steet an an der Introduktioun soen, dass eisen Text iwwert d'Stierfhëllef sech jo ganz kloer distinguéiert vun deem virdrun, deen, wéi d'Rapporteurin et gesot huet, iwwert d'Stierbegleedung gaangen ass. Mä eis Stierfhëllefpropositioun ass kee Fräibréif fir een ëmzebréngen, keng „licence to kill“, wéi dat provokativ emol formuliert ginn ass. Et ass keen Text fir d'Krankekeesen ze entlaaschten an et ass keen Text fir éischer un eng Ierfschaft erunzekommen, wéi oui Stierfhëllef.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **Une voix.** - Oh!

» **Mme Lydie Err (LSAP), auteuse-rapporteur.** - D'Verkierzung vum Stierwen ass den Zweck vun eiser Proposition de loi, d'Verkierzung vun der Agonie, vum Kampf géint den Doud, souzesoen.

Wann een deenen Etüden aus verschidene Länner, déi déi Législatioun scho méi laang hunn, ka gleewen, da féiert an deene Länner d'Stierfhëllefgesetz dozou, dass d'Liewen an der Regel nëmme em Deeg verkierzt gëtt, wann net em Stonnen. Et geet also ganz kuerz net emol am Prinzip em eng Verkierzung vum Liewen, mä em eng Verkierzung vum Stierwenskampf, vun der Agonie, souzesoen.

Kengesfalls a generell generaliséiert eis Proposition de loi d'Stroffrähheet fir Dokteren, mä nëmme d'Stroffrähheet fir Dokteren ënner gewëssene Konditiounen. An deem Zesammenhang wëll ech der Madame Ministesch eng Remarque maachen: Et ass e Fortschrëtt, wann ee behaupt, dass nëmme Doktere solle kënnen Stierfhëllef leeschten, well si d'Experten an där Matière sinn.

Ech wëll lech drop hiweisen, dass an der Schwäiz beispillsweis all Mënsch kann deen Text benotzen, fir Stierfhëllef ze leeschten, an dass dat natierlech keng Garantie gëtt fir déi Patienten, déi wëlle gehollef kréien, schmäerzlos hirem Wonschdoud entgéintzeféieren. Duerfir ass et normal, dass nëmme Doktere kënnen vum der Stroffrähheet profitéieren, well den Zweck vun der Stierfhëllef, wéi mir se gesinn, ass jo deen, fir net d'Leit egal wéi stierwen ze loosse, déi stierwen wëllen, mä de Leit ze hëlfelefen ze stierwen oui Schmäerzen, op hiren eegene Wonsch hin, a vu Fachleit begleet, an déi sinn nun emol d'Dokteren eleng.

Ech denken, dass et och wichteg ass ze soen an an deemselwechte Kontext der Madame Ministesch ze äntwerten, dass, wann d'SPD an Däitschland seet, mir wëlle keng Euthanasie, dat absolut näischt ausseet, well an Däitschland gëtt et, wéi Der alleguerte vläicht wësst, souwisou schon „Beihilfe zum Freitod“. An déi Leit, déi sech nach vläicht un déi Dokter-Hackethal-Affären erënneren, déi wëssen, dass an Däitschland probéiert gëtt, iwwert d'Bäihëllef zum Selbstmord am Fong aktiv Euthanasie ze maachen, ënner engem falsche Label.

Dat ass eppen, wat mir zu Lëtzebuerg - de Jean Huss an ech jiddfalls - net wëllen. Mir hätte gäre Kloertext, e kloere Kader, Kontroll an Transparenz.

Kengesfalls wëlle mir och hunn, dass d'Patienten de Wëllen opgedrängt kréien, deen de Moment an engem Gesetz eleng steet, oder opgedrängt kréien, wat de Moment am Code de déontologie vun den Doktere steet. Wou elo drasteet, dass et verbueden ass fir en Dokter, de Patient ze hëlfelefen ze stierwen.

Mir hätte gären, dass an engem Land wéi Lëtzebuerg, wat eng Demokratie ass, e Gesetz dat erëmgeet, wat d'pluralistesche Gesellschaft mengt, an et jiddfereng soll erlaben, no senger Virstellungen aus dem Liewen ze goen. Dat setzt virus, dass Mee-

nungsfräiheet a Gewässensfräiheet net nëmmen zoustänneg si fir d'Deputéierten heibannen, well déi d'écidieren en fait net nëmme fir sech selwer, déi d'écidieren och dat, wat muer dobaussen erlaabt ass oder net.

An déi Leit, déi mengen, dass dat, wat mer bis elo gemaach hunn u Stierfbegleedung, duergeet - dat ass sécherlech eng Meenung, déi ze respektéieren ass, soulaang déi Meenung sech op si selwer bezitt. Wa si domadder d'Prétentioun hunn ze soen, wat déi aner ze maachen hunn oder net ze maachen hunn, dann ass dat fir mech inakzeptabel.

Ech maachen en Appel un all Kolleegen heibannen, fir sech därer Verantwortung bewosst ze sinn, dass d'Meenungsfräiheet fir d'Deputéierten eigentlech och misst heeschen, Meenungsfräiheet dobausse beim Doud fir jiddferen, dee virun deem Doud do steet!

De Moment ass et esou: Et ass jo net esou, wa mir kee Gesetz iwwer Stierfhëllef kréien, dass dat géif heeschen, et géif keng Stierfhëllef hei zu Lëtzebuerg gemaach ginn.

Ech weisen drop hin, dass an engem Questionnaire, deem 1992 vun der ADMD gemaach ginn ass an deem un d'Doktere geschéckt ginn ass, d'Dokteren, déi do geäntwert hunn, largement gesot hunn, dass se Stierfhëllef gefrot kréien, dass se Stierfhëllef praktizéieren an och dass si selwer bereet wieren, Stierfhëllef ze praktizéieren, wann d'Gesetz et géif erlaben.

Esou wäit zu den Tatsachen. Well mir mussen eis keng Illusione maachen: Wa mir kee Gesetz iwwer Stierfhëllef kréien, dann heescht dat net, dass keng gemaach gëtt. Dann heescht dat just, dass se gemaach gëtt oni Kontroll an oni Transparenz.

Jiddferen ass da fräi sech ze determinéieren, wat da besser ass: e präzise Kader mat alle Konditiounen a mat enger Kontroll, oder einfach Ontransparenz, wéi mer se de Moment hunn a wou de Patient ni sécher ass, dass zu sengem Liewensend dat passéiert, wat hie selwer wëllt.

Mir ginn dovunner aus, dass all Mënsch, deem net gefrot gëtt, wann e säi Liewe kritt, misst e Matsproocherecht hunn, wann en zum Liewensend kënn, a mir hu probéiert an där Proposition de loi all Disposition aus der Mënscherechtkonvention ze respektéieren: engersäits d'Liberté d'opinion et de religion, déi jiddferengem et erlaben, ze gleewen an ze denken, wat e wëllt; d'Protection de la vie privée, déi och natierlech den Doud abegräift an déi jiddferengem misst erlaben, säin Doud esou ze liewen, wéi e wëllt; a virun allem - an dat ass vläicht manner evident - d'Egalitéit vun de Bierger net nëmme virum Gesetz, mä wierklech virum Doud; well mir wëssen, dass während dem Liewen déi Gläichstellung virum Gesetz éischter Theorie ass.

Mir fannen, an ech erklären lech wéissou, dass d'Gläichstellung virum Doud de Minimum wier, deem esou e Gesetz misst mat sech bréngen.

Firwat zum Beispill soll et Leit aus engem gewässene Beruufsweig erlaabt sinn, no hirem Wësse kënnen ze stierwen? Firwat gëtt zum Beispill de Selbstmord oder d'Selbstmordtentative net bestrooft, wann ee se selwer kann eleng exekutéieren? Firwat soll et weider verbuede sinn, engem ze hëllef, dee wierklech net méi kann an deem d'Konditiounen vun eiser Proposition erfüllt, ze stierwen, oni sech mussen aus der Fënster ze geheien, oni musse mat engem Auto an e Fiels ze rennen, mä dass e kann op Hëllef rechnen, am Kader vun engem Gesetz, fir sengem Doudeswonsch a gewässene Konditiounen kënnen nozegoen?

Firwat ass et wichteg, iwwert dat eraus, wat mer haut gestëmmt hunn, ze léigféréieren?

Et ass wichteg, well den Ënnerschied tëschent deem, wat de Moment an eiser Strofgesetzbuch steet, an deem, wéi d'Evolution vun der Medezin weidergeet, all Dag méi grouss gëtt. Et ass net normal, dass endlos dee Gruet tëschent dem Droit pénal an der medezinescher Wëssenschaft sech méi grouss mécht.

Déi zweet Ursach ass och, well e Gesetz ëmmer soll dat erëmginn, wat et vun Diver-

sitéit an enger Gesellschaft gëtt, an an der Diversitéit vun der Gesellschaft ass de Moment - an dat beweise Sondagen - ganz kloer e Wonsch no Stierfhëllef, fir jiddferengem et ze erlaben, no senger Virstellung kënnen aus dem Liewen ze goen.

Kee Gesetz iwwer Stierfhëllef heescht net, dass keng Stierfhëllef gemaach gëtt, getäget gëtt, mä beweist am Fong just, heescht just, dass et keng Kontroll gëtt. Kee Gesetz iwwer Bähëllef zum Selbstmord heescht net, dass et manner Selbstmord gëtt; dat heescht, dass et Selbstmorde gëtt, déi ënner ganz schreckleche Konditiounen oni medezinesch Hëllef vinstatteginn, an dat ass sécherlech och net gutt.

E Kader ass och noutwendeg fir eng aner Ursach, fir restriktiv Konditiounen ze schaffen, déi all zesumme kumulativ mussen erfüllt ginn, an déi kënnen herno kontrolléiert ginn, fir ze kucken, ob d'Gesetz respektéiert ginn ass. Ech wëll och duerfir herno ganz kuerz op déi Konditiounen agoen, fir festzustellen, dass déi Konditiounen, déi an eiser Proposition de loi stinn, an deem enge Fall wéi an deem anere Fall kumulativ mussen erfüllt sinn.

Mir brauchen och e Gesetz fir déi an déi 5 oder 6% vun deene Leit, déi iwwert d'Palliativmedezin net kënnen gehollef kréien - an dat soe selwer déi Dokteren, déi an der Palliativmedezin schaffen -, fir doriwwer eraus déi Hëllef méiglech ze maachen.

Et ass och e Gesetz noutwendeg fir Stierfhëllef fir déi Leit iwwert d'Vitesse eraus kënnen ze praktizéieren, par rapport zu deem, wat elo drasteet. Well mir wësse jo, dass d'Méiglechkeet vun engem Accélération vum Doud iwwert d'Gesetz vun der Palliativmedezin nëmmen als „Kollateralschued“ akzeptéiert ass, wéi et hei formuliert ginn ass. Mir hätte gär, dass, wann d'Leit et wëllen, dat kann och méi schnell goen, wéi dat iwwert d'Palliativmedezin kéint goen.

Mir sinn och der Meenung, dass Politik a Relioun verschidden Domäne sinn an dass d'Politiker, déi eng Décision hei huelen, mussen der Koexistenz vu verschiddene Meenungen an eiser Bevölkerung Rechnung droen; Meenungen, déi sech an deenen diverse Sondagen - op déi ech ganz kuerz oder op déi de Jean Huss nach vläicht ganz kuerz kann agoen - ganz kloer zum Ausdrock kommen.

Leschtendlech soll e Gesetz näischt fixéieren, wat nëmme vun engem klengen Deel vun enger Bevölkerung gedroe gëtt. Duerfir wëll ech hei eng Zitiation ubréngen fir all déi, déi fir sech selwer eng aktiv Stierfhëllef refuséieren. Ech zitieren oni ze iwwersetzen, well se op Franséisch sécherlech vill besser eriwuerkënn, wéi wann ech se elo probéieren ze iwwersetzen: «Si l'homme n'a aucun droit sur sa vie, s'il croit que la vie est à Dieu ou à la société, il est juste qu'il le croit et qu'il refuse pour lui d'abréger sa vie, mais il est inadmissible que sa morale puisse s'imposer à tous.»

Ech wëll dorobberhi ganz kuerz op déi Sondagen agoen, déi et zënter den 90er Joren hei gëtt. Ech hu verschidde Saachen doriwwer matbruecht - an ech ginn lech se, Här President, fir hei elo net déi ganz Versammlung opzehalen -, fir ganz kuerz ze soen, wat zu Lëtzebuerg um Niveau vun der Opinion publique geschitt ass.

1988 ass d'ADMD gegrënnt ginn. Si kritt also elo d'Joer 20 Joer, an ech profitéieren dovunner, fir hirem éischte President, dem Dokter Henri Clees, Merci ze soe fir säin Asaz, mat deem hie sech bei senger Beruffskolleegen och net ëmmer beléift gemaach huet.

1989 ass deen éischte Sondage am „Tageblatt“ vun der ILReS publizéiert ginn, an deemools schon ass gesot ginn, dass 71% vun de Leit gesot hätten, si wiere fir eng Stierfhëllef.

1990 ass Omega 90 gegrënnt ginn, an 1992 ass vun der ADMD e Questionnaire ënnert den Dokteren erauskomm, deem och ganz kloer seet, dass Stierfhëllef bei hinne gefrot gëtt, dass se praktizéiert gëtt an dass si zu 72% bereet wieren, se ze praktizéieren, wa se net ënnert dem Strofgesetz géif stoen.

Och ënnert de Juristen ass eng Ëmfro gemaach ginn, an deemools schon, ënnert der héiteger Gesetzgebung, ass gesot gi vu méi wéi 60% vun de Juristen, dass e Stierf- oder Liewenstestament eng Validité juridique hätt fir deen Eenzelnen, well et onzweifelhaft de Wëlle vu sengem Auteur erëmgëtt.

91% vun de Juristen hunn 1994 gesot, si wieren der Meenung, dass jiddferen misst kënnen d'écidieren um Enn vu sengem Liewen, wéi en ze stierwen huet.

D'Association des Médecins et Dentistes huet jo och elo viru kuerzem bei

hire Leit eng Ëmfro gehalen, an interessant ass et feststellen, dass, wann eng Majoritéit géint d'Stierfhëllef ass, wa se als Dokter, an hirer Qualitéit als Dokter schwätzen, awer dann eng Majoritéit vu 54% derfir ass an hirer Qualitéit als Bierger oder als Patient. Och dat sprécht Bänn, op déi een hei net muss weider agoen.

Dee leschte Sondage war de leschte Samschdeg am „Tageblatt“. Ech wëll am Fong just den Haaptprozentsaz hei nach eng Kéier répétéieren, deen dobäi erauskomm ass: Et sinn dräi Véierel vun der Bevölkerung derfir, dass et méiglech soll ginn, Stierfhëllef ze kréien!

Jiddferen, dee fir sech haut Problemer huet, fir dat fir sech ze wëllen, soll déi Prozenter mat a Kont huelen a sech froen, ob et normal ass, dass en als Deputéierten net nëmme fir sech d'écidéiert, mä fir 74% vun de Leit mat, déi eigentlech eppes aneschters wëllen.

Zum Contenu vun der Proposition de loi. Fir d'éischt ganz kuerz d'Konditiounen. D'Konditiounen gëllen net nëmme fir d'Euthanasie, dat heescht fir d'Stierfhëllef, mä och fir d'Bähëllef zum Suicide.

Et muss ee majeur sinn oder Mineur émancipé; et muss een an enger Situation de santé sinn, déi absolut oni Hoffnung ass, oni Hoffnung op Verbesserung; et muss een esou vill Schmäerzen hunn, dass een net méi an deene Konditiounen wëllt weiderliewen; et muss ee ganz kloer säi Wëllen ausgedréckt hunn; den Dokter muss een informéiert hunn, och iwwert déi Méiglechkeeten, déi et gëtt; an den Dokter, deem ee behandelt, muss vun engem Spezialist sech confirméieren loossen, dass de Gesundheitszoustand vun deem betreffende Patient irrémédiatement compromis ass, dass en also keng Aussicht op Verbesserung huet.

Den Testament de vie, dee kann natierlech contrairement zu deem, wat am Palliativmedezinsgesetz steet, verlaangen, dass een ënner gewässene Konditiounen wierklech soll gehollef kréien, fir ze stierwen op eng Aart a Weis, déi et oni Schmäerzen erlaabt an an enger anerer Vitesse, wéi dat am Palliativgesetz méiglech wier.

Dat Testament gesäit och vir, dass ee kann draschreien, wéi ee wëllt begruewe ginn. An dat Testament, wat een do mécht, soll enregistréiert ginn op der Direction de la Santé.

Firwat geet et net duer fir eis, nëmmen esou en Testament ze schreien?

Mir iwwerhuelen am Fong domadder eppes, wat am Projet vun Exminister Wagner drastoung, well mer dovunner ausginn, dass en Testament de vie oder eng Directive anticipée net automatesch an de Patientendossier kënn an dass ee muss derfir surgen kënnen, dass ee sech renseignéiere kann, ob et esou eng Direktiv gëtt, wann dann ee Patient a senger Agonie läit.

Mir hunn och contrairement zum Gesetz a logescherweis eng Kommissioun agesat, déi soll kontrolléieren, wann eng Stierfhëllef geschitt ass, ob d'Konditiounen vum Gesetz consciencieusement respektéiert gi sinn.

Ech mengen, Dir Dammen an Dir Hären heibannen, déi herno sollen op de Knäppchen drécken, dass dat eng immens wichtig Garantie ass, fir dass näischt passéiert, wat d'Rumm vum Gesetz sprengt, an d'Rumm vum Gesetz ass esou enk geschnürt, dass et menger Meenung no kee Risiko méi gëtt, fir hei vun Abusen ze schwätzen.

Etüden, Evaluatiounen aus dem Ausland ginn a déiselwecht Richtung a beweisen och, dass dat, wat gefaart gëtt, dass et iwwert dat heite Gesetz géif antrieden, an der aktueller Situatioun, wou mer kee Gesetz hunn, vill méi eng grouss Gefor ass, wéi dat ënner enger Gesetzgebung méiglech ass.

Ech wëll ganz kuerz erklären, wat d'Differenz sinn tëschent de Soins palliatifs an der Stierfhëllef.

D'Médecine palliative an d'Stierfhëllef sinn, wéi gesot, an eisen Ae komplementar a si opposéiere sech net. D'Soins palliatifs sinn en Accompagnement en phase terminale, deem do ass, fir de Patient ze erlichten, ze soulagéieren, an domadder gëtt a Kaf geholl, dass en eventuell méi schnell stierft, wéi e géif stierwen, wann en déi Medikamenter géint d'Péng net géif kréien.

De Wonsch, fir ze hëllef ze stierwen, ass also do nëmmen accessoire do. Dat bréngt och mat sech, dass den Doud ënnert deene Konditiounen méi lues viru sech geet, wéi dat bei enger aktiver Stierfhëllef ka sinn.

D'Stierfhëllef a sech, déi verstoppt sech net hanner engem medezineschen Numm, déi seet ganz kloer, dass se gemaach gëtt ënner gewässene Konditiounen, fir engem Patient, deem net méi gutt gëtt an deem et ge-

frot huet a seng Meenung dozou geäussert huet, ze hëllef, méi schnell ze stierwen, wéi d'Progrès vum der Medezin et géifen erlaben.

Eigentlech kéint een och - an de Sproochgebrauch ass jo heianso ganz wichteg - d'Stierfhëllef Hëllef zur Selbsterlöschung nennen, da géif et vläicht och fir gleeweg Chrëschte méi akzeptabel ginn als Phenomeen, wéi Stierfhëllef oder Hëllef zum Selbstmord.

Assistance au suicide, firwat ass dat noutwendeg?

Ech mengen, dass et noutwendeg an indispensabel ass, fir Fäll wéi de Vincent Humbert och mat eranzehuelen an d'Stierfhëllef.

Wat ass speziell bei engem Fall wéi dem Vincent Humbert, oder bei engem Mënsch, deem, wéi mir an enger Versammlung virun engem Woch gesot ginn ass, probéiert huet, sech ëmzebréngen, mat engem Auto an e Fiels gerannt ass, deem doduerjer komplett handicapéiert ass, sech net méi ka bewegen, dee kënschtlech ernährt gëtt, dee kënschtlech op d'Toilette geet, deem net méi schwätze kann, deem näischt méi gesäit an deem zënter Joren esou um Bett läit?

Dee kann ni ënnert deene Konditiounen, soulaang wéi en nach leeft, ënnert d'Konditiounen vun der Palliativmedezin falen.

Mir sinn der Meenung, wann dee Mënsch sech ausgedréckt hätt, an deem Sënn, wéi e Stierftestament, wéi mir et gesinn, et erlaabt, dass esou Leit ka gehollef ginn.

Wat gradesou kloer ass, dat ass, wann de Mënsch selwer et net gesot huet, ni en aneren - wéi d'Elteren an deem Fall hei zum Beispill - sech kënnen der Volontéit vum Patient selwer substituieren a fir en aneren d'écidieren, wat fir hien ze passéieren huet.

Mä d'Méiglechkeet ass op, fir net nëmme Leit, déi am Doudeskampf sinn, ze hëllef ze stierwen, wa si selwer et wëllen, mä och deene Leit, deenen hiert Liewen am Fong nach just e medezinesch ass - kann ee vläicht soen -, ee vegetatiiv Dasein ass.

Ech denken, dass och esou Fäll missten iwwer e Gesetz geléist kënnen ginn. Firwat?

Fir dass ee kontrolléiere kann, dass déi Konditiounen, déi am Gesetz stinn, wierklech erfüllt sinn. Dass ee kann zum Beispill kontrolléieren an deem Fall do, ob dee jonke Mënsch, dee getraff ginn ass, selwer scho jee eng Meenung ausgedréckt huet, an dass een évitéiere kann, dass Elteren, déi et net méi packen, dee Misär do mat unzekucken, eng Tentatioun kéinten hunn, fir ze kucken deem Liewen do, dat fir si och e Cauchemar ass, en Enn ze setzen.

Wichteg ass, fir ze soen, dass ni een an eiser Proposition de loi ka fir en aneren d'écidieren; dass jiddferen, deem säi Wëllen net kloer ass, Pech hat, suosozoen; dass jiddferen also, wann eist Gesetz géif gestëmmt ginn, opgefuert ass, d'Responsabilitéit fir säin eegenen Doud a seng eegen Hänn ze huelen, kloer Dispositionen ze hannerloossen, an der Hoffnung, dass dat, wat haut hei erauskënn, him et erlaabt - wat haut net erlaabt ass, mä vläicht muer méiglech ass -, och esou ze stierwen, wéi et net fir jiddferen akzeptabel ass, mä wéi et senger Konzeptionen, senger Relioun a senger Philosophie entsprécht.

Ech wëll duerfir och, wann dat Gesetz, wéi et elo hei virläit, gestëmmt gëtt, e Wuert zur Prozedur soen, well et ass jo elo hei ugeklongen, dass et nach net ganz kloer wier, wat passéiert, wann déi zwee Texter géife gestëmmt ginn. Wann déi zwee Texter gestëmmt ginn, ass et ganz kloer:

Deen éischten trëtt en vigueur, well deen évidement vum Statsrot eng Dispens vum zweete Vote kritt.

Deen zweeten Text huet de Statsrot iwwergens net eleng stiefmütterlech oder stiefväterlech behandelt, wéi eis Proposition de loi. Hien huet net am Detail d'Dispositionen vun eiser Proposition de loi akzeptéiert. Hien huet sech just drop limitéiert, fir ze soen, verschidden Dispositionen wieren inkompatibel. An dat stëmmt!

Inkompatibel sinn: de Contenu vum Testament de vie - an deem engen an an deem anere Fall ass dee verschidden -; den Enregistrement vum Testament de vie; de Code de déontologie, deem eppes verbitt, wat an eiser Testament misst erlaabt ginn; an och déi Kontrollkommissioun, déi an eiser Text steet, déi am Text vun der Regierung net dran ass.

Da muss ee sech op deene véier, fënnf Froen eens maachen, wat an deene Froen geschitt. Vu dass mer dat de Moment net sinn, vu dass de Statsrot sech doriwwer net ausgedréckt huet, ass et evident, dass keng Dispens vum zweete Votum vum Statsrot fir déi zweet Proposition de loi kënn. Mir hunn also duerno Zäit - mir, d'Regierung -, fir ze

kucken eis op e gemeinsamen Nenner ze bréngen, fir muer de Leit d'Méiglechkeeten ze ginn, en toute liberté de conscience jiddferee fir sech dat ze maachen, wat hie fir sech richteg fénnit.

Mä och dann, Dir Dammen an Dir Hären, an domadder wëll ech ophalen, ass et ganz kloer, dass, wann déi zwee Texter gestëmmt ginn, a wa mer et duerno - et mécht ee jo keng Politik, wann een net en Optimist bleift - faerdeg bréngen, e Konsens ze fannen op deene véier, fénnef Froen, wou mer elo Schwierigkeeten hu mat deenen zwee Texter, mer dann e Gesetz hunn, wat Méiglechkeeten opmécht, eng Stierfhëllef ze kréien.

Dat obligéiert keen Eenzelne vun lech, Dir Dammen an Dir Hären, besonnesch déi, déi hei riets vu mir sätzen an e bësse méi erop bei der Regierung, wann dat fir lech net richteg ass, dat ze maachen! Dat forcéiert kee vun deenen Dokter, déi doueven nolauschteren, dat ze praktizéieren, wa se et net wëllen! Dat gétt just deene Leit, déi et fir sech gären hätten, an deenen Dokter, déi et fir sech kënnen akzeptéieren, d'Méiglechkeet, no hire Virstellungen ze agéieren.

Engem dat ze verwieren, fannen ech net an der Rei an enger Demokratie, wou et net normal ass, dass e minoritären Deel vun der Bevölkerung - e majoritären Deel an enger Chamber - enger Majoritéit vun der Bevölkerung virschreift eppes ze maachen, wat fir si net richteg ass.

Duerfir wëllt ech lech opruffen, iwwer Äre Schiet ze sprangen an - och wann Dir dat fir lech selwer net wëllt - deene Leit, déi eppes anescht wëlle wéi Dir, d'Geleeënheet ze ginn, dat muer, iwwermuer ze kréien.

Ech wëll ophale mat enger Zitatioun vum François de Closets, dee seet: «La loi n'a pas à trancher le débat pour ou contre l'euthanasie, car c'est une question de choix personnel et elle doit le rester.» An dat schéngt mer evident. «La loi n'a de justification que pour permettre à chacun d'exercer sa dernière volonté.»

Merci.

» **Plusieurs voix** - Très bien!

» **M. le Président** - Merci, Madame Err.

» **Mme Lydie Err (LSAP), auteuse-rapporteuse** - Neen, ech hunn elo nach ee Saz vergiess, Här President,...

» **M. le Président** - Jo.

» **Mme Lydie Err (LSAP), auteuse-rapporteuse** - ...een eenzege Saz, an zwar, dass ech alles, wat ech zënter der ADMMD iwwert dese Projet vun Efforté gemaach hunn, vu Frechheeten hu missen héieren, am Fong wëll zwee Leit déidiéieren: an zwar menger Mamm, där ech versprach hunn op hirem Doudsbett, ech géif derfir suergen, dass kee méi misst esou stierwen, wéi si huet misse stierwen, obscho si et net wollt; an zweetens engem Frënd vu mir - dem Heng -, deen zënter 20 Joer drop waart, dass e Gesetz wéi dat heite kënnit, fir an där schwéieriger gesondheetlecher Situatioun, an där hien dran ass, eng Hëllef ze gesinn, wann et wierklech enner senger Konditionnen net méi fir hie méiglech ass, weiderzeliwwen.

Ech soen lech Merci.

» **Une voix** - Très bien!

» **M. le Président** - Merci, Madame Err. Den honorabelen Här Huss huet elo d'Wuert.

» **M. Jean Huss (DÉI GRÉNG), auteur-rapporteur** - Merci, Här President. Ech wëllt dës Presentatioun hei elo relativ kuerz halen, zum Éischtens, well meng Kolleegin, d'Madame Err, jo schon am Fong de Gros gesot huet, wat an der Proposition de loi drasteet, an zum Zweeten, well ech jo als Rapporteur oder Corapporteur bei dëser Presentatioun just kann op de Sënn, op den Historique, op déi wichteg Inhalter an op Énnerscheeder mam Palliativgesetz agoen. Déi politesch Auseenansetzung do ronderëm mat den Argumenter a Géigenargumenter wëll ech a menger zweeter Interventioun als Fraktiounspriecher vun deene Grénge maachen.

D'Madame Err an ech haten, wéi scho bekannt, dës Proposition de loi viru ronn fénnef, sechs Joer zesummen ausgeschafft, nodeem scho méi wéi zéng Joer virdrun d'Diskussioun do ronderëm hei zu Lëtzebuerg ugaange war.

Et war um Enn vun den 80er Joren, wéi d'Association pour le Droit de Mourir dans la Dignité an och Omega gegrënnt gi waren. Nodeem an Holland, an der Belsch an deelweis an der Schwäiz ähnlech Gesetzer a Kraaft getruede waren, hat et eis dunn am

Joer 2002 endlech och un der Zäit geschéngt, parteiwwergräifend dës Proposition de loi ze schreiwen.

Zënter deem Moment huet sech déi öffentlech Diskussioun ronderëm d'Palliativmedizin an d'Euthanasie ëmmer méi intensivéiert. Et ass zu enger ganzer Rëtsch vun Tables rondes a vu Konferenzen doruwwer komm. Finalement stoung eng Partie Méint viru den Wahle vun 2004 och eng Resolution hei zur Debatt vun LSAP- a Gréngen-Deputéierten, déi du mat deem knappste vun alle méigleche Resultater - mat 28 géint 27 Stëmme, bei e puer Enthaltungen - verworf gouf.

Eis Proposition de loi blouf dunn awer an der Diskussioun, och an der Diskussioun vun där zoustänneger Santéskommissioun, ganz einfach, well een d'Fro vun der aktiver Stierfhëllef hautdésdags a kengem Land méi ënnert den Teppech ka kieren:

Éischtens, well d'Mënschen an eisen opgeklärten a pluralistesche Gesellschaften an enger kloerer Majoritéit eng Liberté de choix an d'Recht op Selbstbestimmung wëllen hunn, besonnesch wann et ëm total intim a perséinlech Froen, wéi den eegene Wee an den Doud, geet.

En zweete Grond ass sécherlech deen, well regelméisseg an den europäesche Medien iwwer esou tragesch Fäll bericht gétt, wéi de Fall vum Vincent Humbert a Frankräich, de Fall Pretty an England, de Fall Jean-Marie Lorand an der Belsch, de Fall Welby an Italien, de Fall Sampedro a Spuenien an nach esou munch anerer.

En drëtten Grond ass deen, dass d'Leit do-bausse wëssen, dass an esou Fäll, déi guer net esou rar sinn, d'Palliativschmäerz-bekämpfung a -fleeg zimlech hëlleflos sinn, well et jo eigentlech guer net dorëm geet, mä vill méi ëm déi tragesch Situatioun, irréversibel bis un d'Liewensend am eegene Kierper wéi an engem Prisong agespaart ze sinn, ouni déi geréngsten Hoffnung op Ännerung vun dëser tragescher Situatioun.

E leschte Grond dofir ass, dass heibannen an do-bausse kee weess a kee wësse kann, ob net grad och vläicht hie selwer no engem Accident, dee ka virkommen, no engem Hirreschlag, dee ka virkommen, oder am Endstadium vun enger béisaarteger Tumeur an esou eng dramatesch Situatioun ka gerdnen.

Aus all dese Grënn ass d'Majoritéit vun der Bevölkerung an dëser Fro kloer fir d'Recht op Selbstbestimmung, fir eng Liberté de choix, fir souwuel kënnen de Wee vun der Palliativmedizin ze goen, mä an Noutsituatiounen och kënnen zréckzegegräifen op eng méi schnell, méi direkt Stierfhëllef, déi awer nëmme da méiglech gétt, wann d'Euthanasie oder d'Assistance médicale au suicide hei am Land esou wéi an der Schwäiz, an der Belsch oder an Holland dépenaliséiert gétt.

Dir Dammen an Dir Hären, d'Dépenaliséierung vun engem Dokter, deen dem ausdréckleche Wonsch vun engem virdrun informéierte Patient wëllt nokommen, ass awer keen totale Fräifahrtschäi fir d'Euthanasie, wéi dat d'Madame Err scho richteg gesot huet, well eng Rei vu konkrete Konditionnen erfüllt mussen sinn, fir datt et zu enger aktiver Stierfhëllef a Form vun der Euthanasie oder vum Suicide médicalement assisté ka kommen.

Et gétt also eng Partie vu Konditionnen a Restriktionen, vun deenen déi wichtegst déi folgend sinn - a Stéchwierder just -:

- éischtens, d'Mündegkeet an e kloere Verstand bei der Demande: keng Pressioun vun iergendenger Säit, eng kloer formuléiert an noutfalls répétéiert Demande;

- zweetens - absolut wichteg och -, datt net nëmme de betroffenen Dokter, mä och en zweete Spezialist vun där Pathologie muss onzweifelhaft gefrot ginn an dokumentéieren, datt keng Heelung méi méiglech ass an datt d'Souffrancen, ob kierperlech oder psychesch oder séilesch Péng, net méi ze bewältege sinn; woubäi

- drëtten, awer net eleng wéi beim Palliativgesetz de Stade avancé oder terminal um Enn vun enger schlëmm evaluéierender Krankheet gemengt ass, mä eben och d'Situatioun, wéi déi vum Vincent Humbert, deen net méi wollt gezwonge ginn, deen awer nach theoretisch hätt kënnen 20, 30, 40 Joer an deem degradanten Zoustand, an deem hie war, viruliewen;

- véiertens, an dëser Proposition de loi gétt och kloer drop higewisen, am Géigesaz zu deem, wat vu munchen Euthanasiegegner, och Dokter, an Artikelen oder Interviewe viru e puer Deeg nach gesot ginn ass, dass keen Dokter géint säi Wëlle gezwonge gétt, eng Assistance au suicide ze maachen oder direkt selwer eng aktiv Stierfhëllef ze leeschten.

Keen Dokter, Dir Dammen an Dir Hären, och net am Kontext vum Stierfestament oder den Dispositions de fin de vie, gétt géint säi Gewëssen dozou gezwongen. Hie gétt net, wéi dat dobaussen en Dokter geschriwwen huet, zum einfachen Exécutant vun iergendengem Patientewëllen!

Dat Eenzegt, wat ass: Hie muss dann, wann e selwer mat sengem Gewëssen domadder net eens gétt, zesumme mat der Vertrauenspersoun kucken, den Dossier an en anere Medeziner viruzeginn. A well et an der Fro vun der Euthanasie - no den Émfroen, déi vun der AMMD gemaach gi sinn, mä och no Aussoen, déi et vu Lëtzeburger Dokter gétt an déi schrëftlech an Zeitunge stoungen - ënnerschiedlech Meenunge gétt, a vu datt et e gréisseren Deel och vun Dokter gétt, déi fir eng Dépenaliséierung vun der Euthanasie sinn - ech ginn elo net op déi Zuelen hei an, d'Madame Err huet se virdru schon zitéiert -, dierft dat jo dann och wahrscheinlech kee Problem sinn.

Dir Dammen an Dir Hären, wat nach wichteg ass an dëser Proposition de loi, dat ass engersäits natierlech den Inhalt vum sougenannte Stierfestament, wou de Patient viru allem och d'Recht krit, schrëftlech no enger Euthanasie ze froen, wann hie selwer irréversibel inconscient wier a fir hien, fir seng Virstellungen, eng inakzeptabel Situatioun géif anrieden. Wann dës Proposition de loi net gestëmmt gétt a mer just beim Palliativgesetz bleiwen, dann huet kee Mënsch do-bausse e wierklecht Recht op Selbstbestimmung an och keng reell Liberté de choix, déi an eisen Aen an enger demokratischer a pluralistescher Gesellschaft awer noutwendeg ass.

Da wier et weiderhin esou, dass en Deel vun der Gesellschaft der grousser Majoritéit vun der Bevölkerung seng ethesch, seng zum Deel reliéis Doctrinen - ech soen, zum Deel reliéis Doctrinen! - géif opzwéngen.

Dës Proposition de loi mécht dogéint just de Géigendeel. Ganz einfach ausgedréckt: Si mécht et méiglech, datt jiddfereen no senger Virstellungen aus dem Liewe goe kann, a si zwéngt keen dobäi zu iergendeppes, deen dat net wëllt.

E leschte Punkt, Dir Dammen an Dir Hären, op deen ech hei bei dëser Presentatioun kuerz wollt agoen, ass an dëser Proposition de loi déi sougenannte Commission d'évaluation et de contrôle, déi un dat bestehend belsch Gesetz ugelehnt ass an déi d'Applikatioun vun de strikte Konditionne vum Gesetz soll evaluéieren an iwwerwaachen.

Am éischten Entwurf vun eiser Proposition de loi haten d'Madame Err an ech versicht, e Schrëtt a Richtung op déi Euthanasie-géigner ze maachen, déi virginn hunn, et wier viru allem wéinst dem Risiko vum Abusen a Mëssbräich, datt si géint eng Dépenaliséierung wieren. Am Énnerscheed zum belsche Gesetz hate mer dofir bei eise éischten Entwurf gemengt, dës Commission de contrôle sollt schon am Virfeld aktiv ginn, ier et zur Euthanasie géif kommen.

Mir hunn dunn awer Amendementer am Juni vun dësem Joer zu eiser Proposition de loi gemaach a mir hunn dat alt erëm eng Kéier geännert an déi belsch Formule vum Contrôle ex post, also de Contrôle duerno iwwerholl, viru allem aus dräi Grënn:

Éischtens, well eis Dokteschorganisiounen an hiren Avisë geschriwwen hunn, déi Démarche vun enger Kontroll virdru wier absolut net realistesch am Eenzelfall a bürokratesch.

Zum Zweeten, well mer hu misse feststellen, dass dee Schrëtt a Richtung Euthanasie-géigner, déi gerechten Hand, illusoresch war.

An drëtten viru allem, well d'Rapporte vun der Commission d'évaluation et de contrôle an der Belsch absolut kloer waren, datt et a kengem eenzege Fall vun iwwer 1.500 Fäll an deene vergaangene véier bis fénnef Joer zu Mëssbräich oder Abusë vun de gesetzeleche Virschreite komm war. Aus dese Grënn also hate mer am Juni dës Amendementer zur eegener Proposition de loi gemaach.

Ech muss zwar soen, datt et relativ cocasse ass - ech hat net méi spéit wéi viru zwo, dräi Stonnen an engem Face-à-face mat engem Lëtzeburger Palliativmedeziner op RTL am Radio folgend Erliefnes: Do hunn ech dann erëm eng Kéier de Géigendeel virgeworf krit, firwat datt mer déi Commission d'évaluation et de contrôle net virdru gesat hätten. Et gétt also alles op dëser Welt.

Dir Dammen an Dir Hären, ech mengen, dass d'Madame Err an ech heimadder déi wichtegst Dispositiounen vun dëser Proposition de loi elo hei kuerz duergeluecht hunn. Wa mer eventuell elo bei der Presentatioun dat eent oder dat anert vergiess hätten, den

Text vun der Proposition de loi ass jiddferengem heibanne bekannt an ech mengen an der Tëschenzäit och deene meeschte Leit dobaussen, well d'Press do jo awer eng relativ gutt Aarbecht gemaach huet fir dat ze presentéieren.

An den Ae vun deene Grénge brauche mer e gutt an ausbaubaart Palliativgesetz, a parallel dozou complémentaire am Intéret vun de betroffene Leit, oder vun den zukünfteg betroffene Leit, mä och am Intéret vun den Dokter an déi Dépenaliséierung vun der Euthanasie a vum Suicide assisté, dat heescht vun der Bähëllef zur Selbsterléisung.

D'Zäit derfir ass längst och zu Lëtzebuerg rāif, a wann een déi rezent ILReS-Émfro-Resultater analyséiert, da gesäit een net nëmme déi ganz grouss Zoustëmmung vu ronn dräi Véierel vun de Lëtzeburger Leit fir dës Proposition de loi; et gesäit een ëmgekéiert souguer nach vill méi daitlech, wéi eng relativ kleng Minoritéit - tëschent 14 a maximal 18% insgesamt - Problemer mat dëser Proposition de loi huet a se oflehnt. 18% wëllen zum Beispill, datt d'Dokteren, déi op Wonsch vum Patient Euthanasie praktizéieren, misste pénal verfollegt ginn, mä dat sinn allerdéngs nëmme 18%.

Dat gesot, géif ech elo mat dëser Presentatioun hei ophalen. Ech wäert herno, wéi gesot, als Spriecher vun deene Grénge méi an den Detail, haaptsächlech op d'Géigenargumenter dozou Punkt fir Punkt agoen. Mä ech mengen awer, an domadder wëll ech d'Presentatioun ofschléissen, datt déi 78% Zoustëmmung zu dëser Proposition de loi an der Bevölkerung jiddferengem heibannen eigentlech missten ze denke ginn.

78%, dat ass keng kleng Majoritéit, dat ass och net nëmme eng zolidd Majoritéit, dat ass eng ganz grouss Majoritéit vu Leit, déi derfir sinn, déi déi Proposition de loi also ënnerstëtzen. Ech hoffen, dass mer herno an der Diskussioun nach dat eent oder anert kënnen soen.

Merci.

» **Une voix** - Très bien!

» **M. le Président** - Merci, Här Huss. Als éischt Riednerin ass déi honorabel Madame Martine Stein-Mergen ageschriwwen. Madame Stein, Dir hutt d'Wuert.

#### Discussion générale

» **Mme Martine Stein-Mergen (CSV)** - Merci, Här President. Dir Dammen an Dir Hären, de Carl Friedrich von Weizsäcker huet Folgendes zum Thema Doud gesot: „Wahrscheinlich ist keine Menschheit je dem Tode gegenüber so ratlos gewesen, wie die heutige.“

Mir hunn an de leschte Jorzéngten, mat de Fortschrëtt vu Wissenschaft a Medezin, engem kloeren Defizit u Spiritualitéit an engem iwwerhanduelende Materialismus, den Doud aus dem Liewe verdrängt; e setzt an onse Käpp an enger Hannerstiffchen. Et ass awer net esou, wéi wann de Gedanken un den Doud schéi brav ëmmer géif do setze bleiwen. E kënnit ëmmer erëm eraus luessen, an dës Momenter si fir déi meeschte Leit mat Ängschte verbonden a mat méi Froe wéi Äntwerten.

Déi Ängschten, wat engem Mënsch säin eegent Stierwe betrëfft, ginn essenziell an zwou, zum Deel entgéigegesate Richtungen: Déi éischt ass déi fir elendeglech ze leiden, ier et esou wäit ass; déi zweet ass awer déi, dass engem eng Décisioun ofgeholl gétt, déi ee léiwer selwer géif huelen, an zwar dann, wann een nach dozou amstand ass.

An dësem Zesammenhang, wa mer de Gedanke weiderspannen, stelle sech sécher och vill Mënschen d'Fro, ob se dann an enger anerer onerwaarter Situatioun net hir Meenung wëilten änneren. Op dese Sujet wëll ech awer méi no am Kapitel iwwert d'Patienteverfügung zréckkommen.

Am Palliativgesetz hu mer ons grëndlech befaasst mat der Ängscht, ze leiden. Mir hunn e Wee opgewisen, mat dëser spezieller, zimlech neier Disziplin an der Medezin an an de Soenen, wéi ee Leiden erliichtert, an op all Akten, déi d'Liewe just verlängere, awer d'Liewensqualität net verbessere, verzicht ka ginn.

**(M. Jos Scheuer prend la Présidence)**

Wéi soll den Environnement ausgesinn, fir dass en doudkranke Mënsch um Schluss vu sengem Parcours net eleng dosteet? Wéi mat pluridisziplinären Equipen an Zesummenhëllef mat Familljen a Frënn derfir surgen, dass och dës Phas vum Liewen, déi jo dozou gehéiert - zum Liewen -, e würdigen Décours ka kréien?

D'Opfaassung nämlech, dass een de Leit hiren Doud net därfer stiele, huet sech an der leschte Joren an der Praxis wäitgehend duerchgesat. Haut därfer een och emol erëm dohem stierwen oder a senger Institutioon. An enger bestëmmter Institutioon an der Stad stierwen haut aacht vum zéng Leit an hiren Zëmmeren, an hirer Umgebung, an net am Spidol. Viru 15 Joer war d'Situatioun genau émgékéiert, do sinn aacht vum zéng Leit an d'Spidol gefouert gi fir ze stierwen.

Déi heite Proposition de loi geet dann awer e Schrëtt méi wäit a fuerdert, dass ee soll d'Recht kréien, sech vum engem Dokter doutmaachen ze loossen, ënnert deene Konditiounen, déi d'Veffaasser vum der Proposition schon opgefouert hunn: dass et an engem medezineschen Zoustand ass, dee ka physesch oder psychesch oder souguer séilesch sinn, ouni Auswee; d'Leide muss konstant an net auszehale sinn; et soll keng Aussicht op Besserung bestoen.

Ech wëll net nach eng Kéier am Detail op déi Konditiounen agoen. Si sinn um Modell vum belsche Gesetz calquéiert.

Ech sinn iwwregens iwwerzeugt, dass dës Nuance, nämlech déi vum volontären Akt vum Doutmaachen, an d'Alternativ, déi d'Palliativmedezin dozou ze bidden huet, nach ëmmer net iwwerall kloer sinn, obwuel an de leschte Wochen a Méint immens vill Tënt gefloss ass. Jee nodeem, wéi een d'Fro stellt, kritt een nämlech dës oder déi aner Äntwert. D'Terminologie gëtt nach ëmmer méssbräichlech gebraucht a verstanen.

Ech wëll iwwregens och der Madame Err rappéliere, dass „Stierfhëllef“ eleng mer an dem Kader vum dëser Proposition de loi eigentlech net duergeet, an ech wier frou, wann een da géif iwwer „aktiv a wëllentlech Stierfhëllef“ schwätzen.

#### (Interruption)

Et ass awer doutmaachen.

» Une voix.- Oh!

» Une autre voix.- Fir lech!

» Mme Martine Stein-Mergen (CSV).- D'Haaptjustificatioun vum der Proposition de loi ass, dass de Mënsch soll fräi sinn, iwwer sech selwer ze bestëmmen, an domat och iwwer d'Aart a Weis, wéi e wëllt stierwen.

Elo stellt lech emol esou e Mënsch vir an där Situatioun, wéi se konditionell bestoe muss, fir dass d'Euthanasie dépenaliséiert ka ginn. Da stellen ech mer déi wesentlech Fro, déi hei ze stellen ass: Wéi fräi ass esou e Mënsch dann, fir dës Entscheidung ze huelen? Ass hien net au contraire an enger Situatioun, déi e komplett ofhängeg mécht vu sengem Entourage, sengen Dokter an Fleeger, senger Medikamenter?

Mir hate leschte Mount eng Table ronde, wou e belsche Philosophieprofesser geschwat huet, dee selwer implizéiert ass an deenen Institutioon, déi hir Uni matbetreit. An hie seet ganz dättlech, fir hien ass dat Schlämmet net d'Euthanasie u sech; dat Schlämmet fir hien ass d'Drocksituatioun, an där dës Leit sech befannen, an d'Absence vum all Fräiheet.

D'Schafung vum der Méiglechkeet, sech doutmaachen ze loossen, wäert ganz kloer a verschiddene Fäll de Patient an d'Situatioun versetzen, dass hie säin Dosinn muss rechtfertigen, net no baussen, net virum engem Geriicht, mä sech selwer, an dat ëmmer erëm.

Dat ass sécher net fir all Patienten de Fall. Sécher net fir déi, déi an hirem Familljen- a Frëndeskrees ëmmer erëm gewise kréien, wéi wichteg et ass, dass si nach e Stéck Wee kënnen zesumme maachen. Mä déi Leit, déi eleng sinn, déi op Friemer ugewise sinn - woubäi dës Leit, och wa se professionnell eng gutt Aarbecht maachen, net ëmmer kënnen vermëttelen, dass hinnen um Patient an um der Persoun geleeën ass -, déi

komme sécher an dës Situatioun. Dat muss net ausgesproch ginn, dat ass schrecklech subtil, kann iwwer Verhalen a Kierpersprooch, iwwer Zouwendung oder Netzouwendung vermëttelt ginn.

Iwwer dës Fäll, an hir effektiv Heefegkeet an deene Länner, wou d'Euthanasie erlaabt ass, do gëtt et keng Statistiken. Doriwwer kann och keng Kommissioun befannen. D'Kommissioun schafft op Basis vum Dossier ex post, net vum de Mënschen. Och wann an de Rapporten vum der belscher Kommissioun an alle Fäll vum den Doktere richteg gehandelt ginn ass, et kann een déi Betreffen net méi froen, well déi sinn net méi do.

Déi Leit, déi also aus esou Ursachen eraus een Euthanasiewunsch entwéckelen, iwwer déi gëtt et ebe keng Statistiken. Et ass eben och genee dësen Aspekt, deem ech géif wëllen ernimmen, wann ech deem oft vum Euthanasiegéigner benotzte Begrëff vum den „slippery slopes“ nennen. D'Angscht, wann d'Euthanasie an de Gebrauch iwwergeet, wann den Doud e Konsum kéint gi wéi een aneren, wann d'Offer bis do ass, dass dann déi Indikatiounen méi wäit kënnen gestallt ginn, dass de Schrëtt méi einfach, méi banal gëtt.

Dës Euthanasiegéigner géif ech mech dann och net traue, an de Camp vum den hoffnungslos Réckstännegen ze setzen. En fait ass et de Professor Twycross, Begrënger vun der Hospizbewegung an England a vun der Europäescher Associatioun fir Palliativmedezin, deem dës Begrëffer - „slippery slopes“ an Hospizbewegung - geprägt huet.

Ech wëll duerfir och nach e puer aner Stëmmen zitëieren, déi sech an dës Richtung expriméieren:

2005 huet d'Association médicale mondiale widerholl, dass den délibéierten Akt vum der Euthanasie konträr ass zur medezinescher Ethik. Am selwechte Sënn dréckt sech 2004 de Comité permanent vun den europäeschen Dokter an. Déi setzen nach hannendrun, dass si recommandéieren, dass d'Dokteren net sollen dobäi participéieren fir aktiv Stierfhëllef ze maachen, och wann national Gesetzgebungen d'Euthanasie dépenaliséieren.

Ech géif selbstverständlech wëlle verweisen op d'Avisé vum der Association des Médecins vum Collège médical, déi Der all kennt; och net vergiessen, dee franséischen Décisionsprozess ze rappéliere, deem haut schon e puermol ugeschwat ginn ass an deem och am Avis vum Statsrot ugefouert ass.

A Frankräich gëtt déi heiten Diskussioun, wéi an deene meeschten europäesche Länner, säit enger Rei vu Jore gefouert, jidd-fere kennt de Fall „Humbert“, mä de franséische Législateur ass zum Schluss komm, dass en eben net wëllt, oder net elo wëllt de Wee vum der Dépenaliséierung vum der aktiver Euthanasie goen.

D'parlamentaresch Assemblée vum Europarot huet de 7. Juli 2007 eng Recommandatioun iwwer de Schutz vum de Mënscherechter an d'Dignitéit vum den onheeler Kranken an de Stierwenden ueholl, déi recommandéiert, d'absolut Verbuuet oprecht-zeerhalen, fir wëllentlech d'Liewe vum onheeler Kranken a Stierwenden ze bëndelen.

Dir wësst, dass och onse Lëtzebuurger Code de déontologie médicale den Dokter Euthanasie ënnerseet. De Code de déontologie kann ee menger Meenung no net duerech e Fiederstréch ausser Kraaft setzen. Hei geet et net em politesch Interét, mä villméi em eng Interpretatioun vum Dokteschberuff, un déi mer ons all ze halen huet.

An der Kommissioun war gesot ginn, dat wier alles kee Problem, well ee Gesetz jo iwwer dem Code de déontologie stéing, da géif deem ebe séier geännert ginn.

Et war net ëmmer esou, dass d'Dokteren de Respekt vum mënschleche Liewen iwwer alles gesat hunn, an déi Beispiller, déi et fir esou ee Verhale gëtt, sinn net dozou ugedoen, ons hir Widerhuelung oder Imitatioun erstierwenswärt erschéngen ze loossen. Esou Saache loosse sech menger Meenung no net politesch dekreteieren.

D'medezinesch Deontologie an hir Iwwerwaachung ënnerläit an eischer Linn der Apéciatioun vum Beruff. Dat si Leit, déi am Serment d'Hippocrate schwieren, Liewen ze retten, Krankheet ze bekämpfen, an net Liewen ze huelen. Souguer wann esou en Usaz géif gesetzlech verfügt ginn, zweifelen ech drun, dass et de medezinesche Beruffer géif esou einfach falen, vu Prinzipien ofzéréckelen, déi iwwer eng schrecklech laang Zäit fir gültig an noutwendeg gehale goufen.

Ech wëll hei och virdu warnen, dass mer duerch esou e Gesetz de Beruffsstand vum den Dokter op en Terrain ausserhalb vum Strofgesetz stellen. Een doutmaachen ass strofbar. Euthanasie dépenaliséiere bedeit, dass eng Beruffskategorie ënner bestëmmte Konditiounen vum dësem allgemeng gültige Grondsatz befreit ass. Wou op där enger Säit e Bestriewen no Transparenz, no enger Demokratiséierung vun deem, wat mat engem Patient geschitt oder ze geschéien hätt, eng Tendenz vum onser Zäit ass, kritt duerech d'Dépenaliséierung vum der Euthanasie den Dokter esou vill Muecht, wéi e gesetzlech bei ons nach ni hat.

» Une voix.- Très bien!

» Mme Martine Stein-Mergen (CSV).- Wat wier am Fong e Gesetz iwwer aktiv Stierfhëllef, wa mer net schon eent, an zwar e gutt, rezent, iwwer palliativ Betreuung vu stierwenskranke Mënschen hättent? Et wier e Gesetz fir Grenzfäll. Grenzfäll si par Definitioun eppes méi Rares, a mir kënnen an dësem Fall dovun ausgoen, dass mat der flächendeckender Verfügbarkeet vu palliativer Betreuung wierklech nach just eng Handvoll vu Situatiounen sech géife presentéieren, wou e Patient no aktiver Euthanasie freet. Et mécht een awer a priori keng Gesetz fir Grenzfäll.

De Statsrot huet zu dësem Thema Folgendes geschriwwen; ech zitëieren aus sengen Avis complémentaire vum 20. Dezember d'lescht Joer: «Or, le projet de loi sous avis tel qu'il a été amendé par la commission parlementaire met dans son article 3 le médecin dans l'obligation de soulager efficacement la souffrance physique et psychique de la personne en fin de vie, même s'il fallait appliquer un traitement ayant pour effet secondaire d'avancer sa fin de vie, avant de l'en avoir informé et d'avoir recueilli son consentement. Cette disposition implique en cas de nécessité le recours à des techniques d'anesthésie entrant dans le cadre d'une sédation palliative, dont la profondeur sera guidée par le contrôle des symptômes.

Le Conseil d'État ne conçoit pas quelle pourrait être, dans le respect consécutif de cette disposition du projet de loi, l'applicabilité concrète de la condition énoncée dans la proposition de loi et notamment les critères d'évaluation de l'inefficacité d'une sédation palliative, alors que ces critères devraient être à la base d'un jugement objectif du médecin amené à provoquer délibérément la mort du patient concerné aux termes de la proposition de loi sous rubrique.»

Dat seet eigentlech alles, wat muss gesot ginn zur Noutwendegkeet vum Légiféiere iwwer Stierfhëllef. Nämlech, dass se net méi ginn ass an deem Moment, wou de Patient, deem d'Kritäre vum der Uwendbarkeet vum der Euthanasie no der Proposition de loi erfüllt, kann op eng émfassend palliativ Prise en charge zielen, déi em en Doud an der Dignitéit ermëglecht.

Rechtlech stelle sech och eng ganz Partie Froen am Zesummenhang vum engem eventuelle Vote vum der Proposition de loi. An zwar jenseits vun deem fir mech scho genannte problemateschen Exercice, deem dra besteet, dass eng bestëmmte Kategorie Leit, déi dann elo Medezin studéiert hunn, aus dem allgemenge strikte Verbuuet entloos ginn, engem Mënsch säin Doud kënnen bewosst erbäizeféieren.

A sinn et nëmmen Dokteren? Den Tiers, dee laut Proposition de loi kann eng Euthanasie praktizéieren, muss deem Dokter sinn, oder kann et eventuell och en anere sinn? Ech mengen d'Beispill vum der Schwäiz ass haut ugeschwat ginn, wou iwwregens net d'Euthanasie dépenaliséiert ass - dat huet den Här Huss net richteg gesot -, mä et gëtt am Schwäizer Gesetz e Kapitel an der Bähëllef zum Suicide, dat seet, wann een net a sengem perséinlechen Interét handelt, dann ass dat net strofbar. Déi Fro ass jiddefalls fir ons net ofschléissend gekläert.

Et ass och net esou, dass Projet a Proposition just complémentaire wiere respektiv kéinte sinn. Dee gestëmmt Text vum Projet an dee proposéierten Text, dee mer elo diskutéieren, sinn op enger Rei Punkten inkompatibel. Wat zu cocassé Situatiounen kéint féieren, géif dann dës Proposition de loi gestëmmt.

Ech well där Punkten nëmmen zwee diskutéieren. Do geet et éischters em e wichtige Prinzip. Mir huet elo just en Text gestëmmt, dee virgesäit, dass bestëmmte Verhale vum Doktere strofbar ginn, mä eent eben net, an dat ass d'Erbäizeféiere vum Doud vum engem Mënsch duerech en individuell, bestëmmt Akt.

Mat engem positive Vote vum der Chamber fir d'Proposition de loi wier dat bedeuungs-

los, well dann och genee dës Zort vum Akt explizit erlaabt ass. Regierungsvirlag an Députéierteproposition gi prinzipiell vum anere Grondlagen aus. An där enger Welt bleift d'Doutmaachen, och op Verlaangen, strofbar, an an där anerer ass d'„Tötung auf Verlangen“ - wéi dat op Däitsch heescht - erlaabt. Fir mech ass dat net complémentaire, fir mech ass dat contradictoire.

Zweetens hu mer e Problem beim Inhalt vum der Patienteverfügung, wéi déi zwee Texter se virgesinn. Ob Directive anticipée oder Testament de vie wier à la rigueur nach egal, mä natierlech gëtt et bei deem, wat an esou engem Dokument soll stoen, méi quokeleg. De Regierungsjouret, also dat Gesetz, wat mer elo grad gestëmmt hunn, beheet, dass déi Directive anticipée sech kann iwwer d'Aart a Weis ausloossen, wéi e Mënsch wëllt stierwe geloos ginn.

Den Testament de vie vum der Proposition de loi geet do vill méi wäit a gesäit vir, dass eng Persoun soll kënnen anticipativ festleeën, dass hirem Liewe soll en Enn gesat ginn, wa se an enger bestëmmter Situatioun wier, also net méi fäeg, dat selwer ze froen, entweder duerech eng Pathologie oder an enger duerech en Accident erbäigefoueter medezinescher Situatioun, an där et nom aktuelle Stand vum der Wëssenschaft keng Heelung a kee Rétablissement ka ginn.

Gemäss der Proposition de loi kann e Mënsch also froen, fir doutgemaach ze ginn, a gemäss dem Palliativgesetz just, fir stierwe geloos ze ginn. Do gëtt et genee dee feinen Ennerscheid, deem eis an dëser Debatt scho jorelaang begleet an deem d'Essenz vum onsem Dissens ausmécht.

Des Weidere kann den Testament de vie vum der Proposition och d'Bestëmmung iwwer d'Begrieffnis an d'Organspend beinhalten, wat bei der Directive anticipée vum gestëmmt Gesetz net de Fall ass.

Ech wëllt hei op laang Diskussiounen an der Kommissioun zräckgräifen, well mer ähnlech Verfügungen och am Projet stoen hatten. Et wier sécher kontraproduktiv fir d'Organspenden hei zu Lëtzebuerg - Dir wësst, dass vill Leit verzweifelt op Organe waarden -, wann d'est an esou enger Patienteverfügung stéing, well mer eben, an dorém beneiden ons vill vun onsen Nopeschlänner, e Gesetz iwwer Organspenden hunn, dat virgesäit, dass e Patient sech muss ausdrécklech géint e Prélèvement ausgesprach hunn, fir net prélevéiert ze ginn. Ech wëll aus praktesche Grënn dozou setzen, dass d'Patienten, déi de Konditiounen fir eng Euthanasie géifen entsprechen, wärscheinlech och net a Fro kéime fir eng Organspend.

Onst Palliativgesetz kennt och keen obligatoreschen zentralen Enregistrement vum der Patienteverfügungen, wéi d'Proposition e fuerdert. Och dat hate mer an der Kommissioun zimlech ausféierlech debattéiert. En zentralen Enregistrement ass praktesch onheemlech schwéier duerchezéien, well: Wou géif dat gemaach ginn? Wien hätt wéini an a wellecher Situatioun en Zougrëff? Wat geschitt nuets an de Weekend, wann déi allermeescht zentral Plazen net zougänglech sinn, d'Kliniken an d'Dokteren awer nach riicht viruschaffen?

Et ass duerfir am Palliativgesetz eng méiglech Regelung iwwer Reglement virgesinn. Mir waren iwwerzeugt, dass een dee Moment, wou den Dossier informatisé du patient besteet, vum deem haut och scho geschwat ginn ass, iwwer deem Dossier, iwwer dem Patient seng elektronesch Kaart kann zwou Informatiounen matdeelen: éischters, ob en eng Directive anticipée hannerluet huet; an zweetens, wie seng Persone de confiance ass.

Dir gesitt - an dat ass wierklech problematesch -, dass déi zwee Texter fir ons net kompatibel sinn. Et gesäit een och der Proposition de loi of, dass se weder an der Kommissioun nach am Statsrot diskutéiert an nogebessert ginn ass.

Dir hutt et alleguerten héieren, d'Association des Médecins huet bei hire Memberen eng anonym Émfro gemaach. Si ass schon e puermol zitéiert ginn, an déi eng zitéiere léiwer déi eng Chifferen, déi aner léiwer déi aner. D'Resultat, wat d'Bereitschaft vum der Professsioun ubelaangt, selwer Euthanasie un de Patienten ze praktizéieren, läit bei ongeféier engem Dréttel vum den Dokter, an do misst een nach déi eraushuelen, déi egal wéi net sollicitéiert wäeren, fir esou Akten ze setzen.

Mir wëllen ons nämlech haut wann ech gelift hei näischt virmaachen. Kolleeginnen a Kolleegen: D'Décessioun, déi lescht Décessioun, déi läit weder bei enger pluridisziplinärer Equipe nach bei der Famill nach bei enger Persone de confiance nach bei enger Testament de vie, a ganz oft net bei deem aarmen, hellleflose Patient!

Mardi,  
19 février 2008

Déi final Responsabilitéit fir den Akt - an ech schwätzen hei net vun der juristescher Responsabilitéit -, déi läit beim Dokter selwer.

» **Une voix.** - Très bien!

» **Mme Martine Stein-Mergen (CSV).**- Am Exposé des motifs gëtt ugefouert, dass eng vun den Ursachen, Euthanasie a Bähilf vum Selbstmord ze dépnaliséieren, wier, well souwiso an all Länner, also och bei ons, Euthanasie géif prakzitéiert ginn.

Ech wëll net behaupten, dat wier a verschidde Fäll net wouer. An alle Länner, wou Émfroe gemaach ginn, gëtt ëmmer erëm vun der Profession ugefouert, et wier hinne virkomm, Patienten ze erlëisen, wa keng aner Méiglechkeet méi bestoung. Elo kann awer haut keen hei behaupten, et géif oder et géif keng aktiv Euthanasie an onsem Land gemaach ginn, well mer keng Donnéeën hunn.

Ech géif awer wëllen an deem Zesammenhang e Confrère, den Dokter Georges E. Müller zitieren, deen an engem Artikel gesot huet: «Je ne fais aucun reproche aux confrères ayant pratiqué des euthanasies en âme et conscience, car il persiste des situations heureusement exceptionnelles...» - do hu mer erëm den Ausnahmefall - «...où une telle décision peut paraître inévitable. Aucun médecin luxembourgeois n'a jamais été accusé d'euthanasie, mais c'est peut-être dû à l'absence d'accusation ou à la sagesse de notre justice. Je reste convaincu que les progrès de la médecine palliative, sous toutes ses formes, finira par rendre toute euthanasie superflue.»

Ech wëll och ze bedenke ginn, dass dës jo dann illegal Praktiken och duerch eng Dépnaliséierung vun der Euthanasie net verschwannen. Au contraire. An Holland gi weiderhin an ëmmer méi Euthanasie laanscht d'Modalitéit gemaach, déi d'Gesetz virgesäit, wann eben d'Konditiounen net richteg kënnen erfëllt ginn.

Et gëtt an Holland Euthanasie prakzitéiert, wa keng Demande vum Patient virläit. Zee Drëttel ginn op Demande vun de Famillje gemaach. 38% vun den Doktere ginn als eent vun de Motiver un, déi hiert Handele steieren, firwat dass si eng Euthanasie gemaach hunn un engem Patient, dass d'Familljen d'Situatioun net konnt erdroen.

De Stat huet dann och méttlerweil opginn, Euthanasie ausserhalb vun strikte Gesetzskader ze verfolgegen. Hien huet resignéiert an huet de Status quo ugehol, wéi e virun der Aféierung vun de Gesetzer bestanen huet.

Dir hutt vläicht héieren, dass an Holland eng Ouverture besteet, Euthanasie och u Mannerjähregen a souguer Neigebuerenen ze prakzitéieren. Hei geet et meeschtens ëm schwéier Handicapéierter. Dat steet zwar net esou am Gesetz, mä och dat gëtt net méi verfollegt. Hei doe sech da Welten op, déi mer gehofft haten, an Europa definitiv ofgeschloss ze hunn.

Schlussendlech wëll ech nach eppes ze bedenke ginn, wat fir mech e gravé Problem mat der Teneur vun der Proposition de loi duerstellt. Dat huet ze di mat där Iwwerwachungskommissioun, déi d'Euthanasie soll genehmegen.

Ech wëll just um Rand bemierken, dass déi Délaien, an deenen dës Kommissioun soll entscheeden, eigentlech zimlech surreal sinn. Schliesslech sinn déi Situatiounen, ëm déi et hei geet, där, déi ganz dacks bannent deem engen oder aneren Dag souwiso net méi existéieren, well déi concernéiert Patienten da scho gestuerwe sinn. Mä dat ass net mäin Haaptproblem.

Den Haaptproblem, dee betrëfft d'Zesummensetzung vun där Kommissioun. Do sollen dräi Doktere siégéieren, dräi weider Vertrieider vun „Beträffenen“ mat „End-of-life“-Situatiounen - dat sinn da wuel Membere vun deenen anere betreienden Equipen - an dräi an der Zivilgesellschaft engagéiert Leit.

Emol ganz dovun ofgesinn, dass ech net weess, wat deen zivilgesellschaftlechen Engagement do soll sinn a wat esou Leit soll iergendeng Legitimitéit ginn, fir iwwer Liewen an Doud vun anere Mënschen ze entscheeden, sinn also hei zwee Drëttel vun de Membere vun där Kommissioun keng Doktere. Netdokteren, déi, andeem se den Doktere sollen d'Euthanasie erlaben oder verbidden, am Fong eng Dokteschaarbeckt maachen. Dat geet net! Dat ass onerlaabten Exercice vun der Medezin an deen ass strafbar.

Wa mer dës Iwwerleeung dann nach e bësse weiderféieren, da froen ech lech: Wat geschitt, wann emol e juristesche Recours géint eng Décisioun vun där Kommissioun soll geholl ginn? Et kann ee sech virstellen, dass emol e Familljemember, dee

vläicht net implizéiert war an déi Décisioun, géif eng Klo féiere wëinst Homicide. An zwar géint den Dokter, deen d'Euthanasie duerchgefouert huet, an da klorerweis och géint d'Kommissioun, déi dem Dokter seng Décisioun sanktionéiert huet.

An där Kommissioun sätzen elo awer ausser dräi Membere, déi géifen duerch d'Proposition de loi d'Méiglechkeet kréien, Euthanasien duerchzeféieren, nach sechs anerer, déi dat awer net däerfen. Déi wiere jo an deem Fall, egal wéi d'Décisioun vum Gericht ausfällt, schëlleg un engem Homicide.

Et ass an deem Zesammenhang net ze verstoen, dass d'Auteurs vun der Proposition de loi net de Wee gaangen sinn, déi d'Belsch an deem Gesetz gaangen ass, wou soss dach den Text largement vum belsche Gesetz inspiréiert ass.

An der Belsch besteet d'Kommissioun aus 16 Membere - bal duebel esou vill. Dovunner sinn d'Halschent Doktere an dovunner erëm sinn d'Halschent Unisproffen, an dann hu mer nach véier Droitsprofesseren a schliesslech véier Membere aus Beruffer, déi mat onheerbare Krankheete befaasst sinn. Mir sinn also wäit vun der Zivilgesellschaft, déi bei ons soll iwwer Liewen an Doud kënnen mat entscheeden.

Déi ugefouert Problemer mat der Proposition de loi sinn esou gravéierend, dass, souguer wa mer géife majoritär d'Rechtfertigung vun der aktiver Stierfhëllef akzeptéieren, dës Proposition de loi net dozou géeeegent ass, se op eng akzeptabel Aart a Weis ze organiséieren an ze encadréieren.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären! „Euthanasie gëtt vu reaktionäre Kreesser ofgelehnt an et ass duerch d'Blockéierung vun de Konservativen, dass mer nach keng esou eng Gesetzgebung hunn.“ Dat sinn esou Aussoen, déi an de leschte Wochen doruechter geegeschert sinn op Table-Ronden, an Diskussiounen an Artikelen.

Ech soen lech awer: Fortschrëtt bedeit, jiddefalls an der Medezin an an der Wëssenschaft - an ech mengen, et géif der Politik och ganz gutt ustoen -: dat fir sech ze beusprochen, e Problem erkennen, analyséieren, remédiéieren; a wann dat mat de Moyens du bord net oder nach net méiglech ass, da fuerscht ee virun, fir Erkenntnisser a Methoden ze entwéckelen, fir deen Zoustand ze änneren a fir et besser ze maachen.

Dat ass d'Approche vun der Palliativmedezin, der Onkologie an all deene Spezialitéiten - ech denken nach un d'Neurologie -, déi sech mat chronischen an terminale Krankheeten ofginn.

Wann awer de Fait, fir e Problem einfach aus der Welt ze schafen, andeem een dem Patient hëllef ze stierwen, soll progressiv sinn, dann hunn ech op iergendenger Plaz den Asaz net verstanen.

Ech wëllt all déi vun ons heibannen, déi wëlle fir dës Proposition de loi stëmmen, bidden emol ze probéieren sech an engem Dokter seng Haut ze versetzen. Ech hunn nämlech de leschte Samschdeg nach eng Fro gestallt krut, déi ee vun onse Confrères engem vun den Auteurs vun der Proposition de loi gestallt hat, wéi dat da mat den eegene moralischen an ethesche Prinzipien ass, fir esou eng Décisioun mam Dokter ze deelen. Firwat soll net ee vun ons heibannen eng kéier an de Fall gesat ginn, d'Sprézt ofzedrécken oder d'Décisioun einfach praktesch an der Situatioun ze huelen? Well mir sinn haut bereet, oder déi, déi wëllen déi Proposition de loi stëmmen, dem Dokter esou eng Situatioun ze octroyéieren.

An et ass en haarden Ausdröck: octroyéieren. Et ass e puermol gesot ginn, dass den Dokter net gezwongen ass, fir deem Wonsch och nozekommen a fir selwer eng Euthanasie ze prakzitéieren. Mä et gëtt tëschent dem Dokter an dem Patient e Vertrauensverhältnis. Dat féiert hien dozou, sengem Patient wëllen ze hëlfe.

Mécht hien also géint seng Iwwerzeugung eng Euthanasie u sengem Patient oder léisst hien en am Stach? Ass dat eng einfach Décisioun, fir e virunzeginn un e Confrère, vun deem hien an iergendwann eng kéier nach vill aner Leit wëssen, dass e bereet ass, aktiv Euthanasie ze maachen, och u Patienten, wou hien d'Fäll net esou gutt kennt?

Et gëtt awer och ëmmer erëm praktesch Situatiounen, dass grad Leit, déi sech a verzeuflenen Zoustänn befannen - dat ass och oft an der Press gesot ginn; et ass och e Fait - an déi vläicht zu deem engen oder anere Moment de Wonsch ausdrécken, wëllen ze stierwen, hir Meenung nodréiglech änneren. Well all Dokter dat schonn emol erlieft huet, si mir nawell ganz virsiichteg an dese Froen.

Dat heiten ass zesummefaassend d'Opfaassung vun onser Partei. Well mir traditio-

nell der Meenung sinn, dass an esou wichtige Froen, wann et ëm perséinlech Décisiounen geet an esou engem eeschten Thema wéi Liewen an Doud, jiddfere soll fir sech selwer seng Décisioun huelen, duerfir gëtt et an der Ofstëmmung vun där Proposition de loi fir d'CSV-Deputéierte Gewëssensfräiheet.

Mir sinn och dovun iwwerzeegt, dass deen Débat, egal wéi d'Décisioun haut fällt, net ofgeschloss ass an dass den Thema aktiv Stierfhëllef, dee jo weiderhin an allen europäeschen an anere Länner fir Diskussiounen suert, wäert missen etappeweis weider diskutéiert ginn. Ech mengen, dass mer déi franséisch Diskussioun vun enger Situation d'exception musse kënnen novollzéien, wat awer fir ons eng ganz aner ass, wéi déi vun der Proposition de loi. Et huet eng ganz aner Nues, ob eng Kommissioun am Virfeld vun enger Décisioun e Fall genee analyséiert an dann zu enger Konkusioun kënnt, wéi dat, wat an där Kommissioun, déi haut hei usteet, soll decidéiert ginn.

» **M. le Président.** - D'Madame Err wëllt eng Fro stellen, Madame Stein.

» **Mme Lydie Err (LSAP), auteuse-rapporteuse.** - Madame Stein, wann Der hei iwwer eng Proposition de loi schwätzt, da wier et gutt, wann Der déi lescht Versioun géift kucken. Déi Kommissioun, vun där Dir schwätzt, hu mer iwwer Amendement erausgeholl a se, wéi am belsche Gesetz, wéi Dir et gär gehat hätt, hannendru gesat. Esou vill just zu Ärer Kenntnis vum Dossier.

» **Mme Martine Stein-Mergen (CSV).**- Dann huelen ech dat selbstverständlech zréck. Ech hunn déi lescht Amendement nach eng kéier gesicht, fir sécher ze sinn. Mä dann ass et effektiv esou.

» **Une voix.** - Peinlech!

» **Une autre voix.** - Dat doten ass regelméisseg.

» **Mme Martine Stein-Mergen (CSV).** - Ech hunn nach ee Saz, da sinn ech fäerdeg.

Mir hätten et also léiwergesinn, dass mer dem Gesetz iwwer d'Palliativmedezin eng Chance ginn hätten, ier mer zur nächster Etapp iwwer gaange wieren. D'est ass jo och d'Opfaassung vum nationalen Ethiksrot, dee fonnt huet, ons Gesellschaft wier haut an elo net zeideg, dës Décisioun ze huelen.

Mir wäerten an darselwechter Majoritéit an aus deenen Ursachen, déi ech elo ugefouert hunn, géint d'Proposition de loi stëmmen.

» **Une voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Madame Stein. Den nächste Riedner ass den Hår Carlo Wagner. Hår Wagner, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Carlo Wagner (DP).** - Hår President, Dir Dammen an Dir Hären, ech wëllt fir d'alleréischt emol den Auteurs vun där heiter Proposition de loi, der honorabler Madame Err an dem honorablen Hår Huss, félicitéieren a Merci soe fir deen onermiddlechen Asaz, dee se un den Dag geluecht hunn, an dat zënter 2002.

Ech hat mer erlaabt an der viregter Diskussioun schonn drop hinzewiesen, dass ech der Meenung sinn, dass d'Palliativmedezin an d'Stierfhëllef sech ergänzen. Dat eent schléisst dat anert net aus. Palliativmedezin ass kee Remède universel, contrairement zu deem, wat d'Géigner vun der Euthanasie ëmmer erëm wëlle gleewen dinn. Et sinn och an de leschte Wochen a Méint vill Onwouerechte vun de Géigner vun der Proposition de loi Err/Huss verbreet ginn, notament an enger grousser Dageszeitung, déi eigentlech ugëtt fir d'Wouerecht anzetrieden.

Et si vun den Auteurs vun där Proposition de loi schonn eng Rei Argumenter widderluecht ginn. Ech erlobe mer mengersäits op verschidde Punkten anzegoen.

Fir d'alleréischt bedauern ech, dass eng gewëssen Intolérance bei den Euthanasiegegner un den Dag geluecht gëtt an oft verbal Attacke lancéiert ginn, déi eigentlech an esou engem Débat guer näscht verluer hunn. Et ginn Onwouerechte verbreet an et gëtt bewosst eng gewësse Konfusioun hiergestallt. Esou gëtt heiandsdo d'Wuert „Euthanasie“ aus sengem eigentleche Kontext erausgerappt a probéiert, fir em éi eng pejorativ Konnotatioun ze ginn. Et misst awer kloer sinn, dass, wa mer hei vun Euthanasie schwätzen, mer vu Stierfhëllef schwätzen, an net vun Ausrotte vun liewensonwäertem Liewen. Dat op kee Fall!

D'Géigner schwätzen ëmmer erëm, sief et fir ze provocéieren oder aus soss welche

Grënn, vu Mord an töten. Dobäi ass jo awer kloer, dass mer enner Mord oder déiden en Akt verstinn, dee ganz kloer géint de Wëlle vum Opfer gericht ass. Dat ass bei der Stierfhëllef awer manifestement net de Fall. Hei gi prezis a strikt Konditiounen erfëllt, an dat op explizite Wonsch vum Patient selwer, dee sengem Leiden, sengem Misär, jo senger Qual wëllt en Enn setzen.

Et gëtt gesot: Mir maachen d'Medeziner zu Handlanger, zu Komplizen, jo souguer zu Mäerder. Dobäi ka keen Dokter obligéiert ginn, en Euthanasieakt duerchzeféieren, wann dat géint seng Convictioun geet.

De Sondage vun der AMMD huet gewisen, dass wuel eng Partie, nämlech 36% vun de Medeziner an als Medeziner sech fir d'Euthanasie ausgeschwaten hunn, esou dass mer doudsächer och Doktere fannen, wann also sollt e Fall vun Euthanasie exekutiert ginn; och wann déi Medeziner, déi Doktere, dat doudsächer net wäerten de gaieté de cœur maachen. Natierlech riicht sech de Bléck op d'Medeziner, wann de Wonsch vun Euthanasie bei engem Patient besteet. Bei der Palliativmedezin ass dat guer net anescht. Hei gëtt och op d'Medeziner an op d'Spidolpersonal zréckgegraff, à condition, dass se déi richteg Formatioun hunn.

Da gëtt ëmmer erëm vun der Onantastbarkeet vum Liewe geschwat, haaptsächlech a chrëschtliche Kreesser. Ech wëll elo net op d'Debatte kommen, déi hei an de 70er Joren zu den Themen Avortement an Doudesstrof gefouert goufen. Mä et war kome-scherweis d'CSV, déi jo haut esou gären d'Inviolabilitéit vun de Leit, vum Liewen ervirhieft, déi op alle Fall beim Ofschaf vum der Doudesstrof net do war an dat Ofsetzen net ennerstëtzt huet, also forcément akzeptéiert huet, dass ee Mënsch engem anere Mënsch säi Liewen ewechhëlt, an dat natierlech géint deem säi Wëllen. Kënnst een hei net éischerter vu Mord oder vun Déide schwätzen?

Mir wëssen, an ech hunn et schonn éinescht ugeschwat, dass och d'Palliativmedezin vun Doud féiert. Mä hei gesinn d'Géigner vun der Euthanasie manner e Problem, well d'Intentioun eng aner ass; eng nobel an hiren Aen. Ass dat da bei der Euthanasie net de Fall? Gëtt éieren engem Dokter, deen engem Patient hëllef, hie vu sengem Leiden ze befreien, eng onéierlech oder onmënschlech Intentioun ennerstallt? Hunn nëmme just d'Verfechter vun der Palliativmedezin an d'Géigner vun der Euthanasie de Monopole du cœur?

Et gëtt och nach gesot, eng Dépnalisatioun vun der Euthanasie hei zu Lëtzebuerg géif d'Dier fir Abusen opmaachen. Mir wëllen ebe just grad, andeems mer e legale Kader setzen a strikt Konditiounen festleeën, d'Méiglechkeet vun Abusë maximal reduzéieren. Och wann ëmmer erëm de Géigendeel gesot gëtt vu passionéierte Verfechter vun eleng der Palliativmedezin, gëtt et haut scho Fäll vun Euthanasien, déi awer illegal, verstopp, hannert zouenen Diere stoffan. Dat ze niieren, ass einfach d'Realitéit vum Terrain verkennen.

An erlaabt mer, Hår President, Dir Dammen an Dir Hären, dass ech hei den Dokter Bernard Thill zitieren. Ech mengen, Dir kennt en alleguerten. Et ass en eminente Spezialist a Palliativmedezin, dee ganz, ganz vill Mériten an deem Domän huet. Hien huet e Freideg, de 15. Februar, am Lieserbréif enert dem Titel „Brauchen wir wirklich eine Legalisierung der Euthanasie?“ vun den Doktere geschwat.

Hie seet beispillsweis, ech kommen op déi Zitatioun, déi ganz interessant ass: „Wer Schwerstkranken und Sterbende betreut, weiß, dass er wie jeder Arzt gut beraten ist, sich ständig fortzubilden, um immer auf dem neusten Wissensstand zu sein und sich somit immer vor Gericht rechtfertigen zu können, auch dann, wenn er einmal gezwungen sein sollte, bei einem Schwerstkranken in einer Extremsituation eine Therapie in die Wege zu leiten, die den sofortigen Tod herbeiführen würde.“

Also, Dir Dammen an Dir Hären, loosse mer net soen, just bei der Euthanasie géifen déi doten Akte gesat ginn. D'ailleurs, de Bilan bei eise belschen Noperen huet gewisen, dass et net zu Abusen an deene Jore säit der Dépnalisatioun vun der Euthanasie komm ass.

D'Zuelen allgemeng weisen och, dass relativ wéineg Euthanasie getätigt goufen. Vun deem Dammbruch kann also guer keng Rieds sinn.

D'Verfechter eenzeg an eleng vun der Palliativmedizin a Gégner vun der Stierfhëllef soen awer, dass déi Fäll, bei deenen d'Palliativmedizin näischt géif bréngen, extrem rar wäeren. Et géif sech hei ëm Ausnahmefäll handelen, an dowéinst bräicht ee kee Gesetz.

Dat ass dee Raisonement, deen ech mam beschte Wëllen net novollzéie kann. Mir wëssen all, dass d'Stierfhëllef net eng Majoritéit vu Patiente wäert betreffen, mä et gëtt awer Fäll, wou d'Demande no Stierfhëllef wäert Sënn maachen, an ech hunn d'éinescht scho bei menger éischter Intervention de Fall vun Vincent Humbert a Frankräich zitëiert.

Solle mer déi Fäll einfach ignoréieren mam Argument, et wäeren Ausnahmen?!

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, wa mer awer wëlls hätten, op dee Wee ze goen, da missten hei am Land eng ganz Rëtsch vu Gesetzter ofgeschafft ginn, well se net eng gewësse Masse critique vu Leit concernéieren.

Mir stellen hei d'Fro: Déi Leit, déi esou rasonnéieren, verlaangen déi éieren och nach, dass mer sämtlech Efforten astellen, déi mer maachen, fir Maladies rares kënnen ze heelen? Solle mer och déi Moyenë stoppen?

Ech mengen, dat eent gehéiert zu deem aneren!

Mat der Dépenalisatioun vun der Euthanasie gëtt d'Stierfhëllef och net obligatoresch, weder fir deen eenzelne Patient nach fir deen eenzelnen Dokter, mä et iwwerléisst een him de Choix.

Et ass jiddferengem säi gutt Recht, säi leschte Wee ze goen, esou wéi et deem-jéineg senger Opfaassung entsprécht. Mir respektéieren de Choix vun deenen, déi aus reliéise Grënn oder anere Grënn wëlle bis zum Enn hiert Kräiz droen.

Et gëtt awer och Leit an eiser Gesellschaft, déi net onbedéngt wëllen oder bereet sinn, oder d'Kraaft opbréngen, fir op dee Wee ze goen. L'imitation de Jésus-Christ ass net jiddferengem seng Philosophie. Vill Leit, an dozou zielen ech mech och, plädéieren éischter fir de Libre arbitre, fir sech selwer entscheeden ze kënnen, wat mat engem geschitt.

Hei ass awer eng Minoritéit amgang, enger Majoritéit vu Bierger de Choix wëllen ze verbidden, a si versicht hir Vue, hir Weltanschauung ze imposéieren. Ech wëll erënnere un dee leschte Sondage vun e Samschdeg vun der TNS ILRES, bei deem erauskomm ass, dass ongeféier 78% - oder eppes Klenges driwwer souguer - vun de Leit hei zu Lëtzebuerg fir d'Euthanasie sinn.

Eng Dépenalisatioun vun der Stierfhëllef obligéiert kee Mënsch dozou, dës an Usproch ze huelen. Grad ewéi haut kee Mënsch forcéiert gëtt, sech scheeden ze loossen, wann en dat net wëllt - och wa mer ee Gesetz hunn, dat him dat erlaabt.

An engem Artikel an enger grousser Dageszeitung hunn ech viru kuerzem gelies als Argument géint d'Stierfhëllef, kee Mënsch géif nëmme fir sech eleng liewen, jiddfereng wär méi wéi een Individuum, wär ëmmer een Deel vun der Gesellschaft.

Jo, Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech kann déi Opfaassung deelen. De Mënsch kann also net eleng op sech gestallt sinn. Richtig! Wëllen awer net just grad déiselwecht Leit, déi géint d'Stierfhëllef sinn - an hei muss ee vläicht nach emol dat Wuert „Hëllef“ ënnersträichen -, wëllen net grad déi Leit de Mënsch mam Doud éischter eleng loossen?

Wéi gesäit et aus mat der chrëschtlicher Nächsteléif, wann e Mënsch no Hëllef riff, fir kënnen erléist ze ginn, an et ass awer keen do, deen him hëllef?

Bei allem Respekt nach eng Kéier fir déi perséinlech Opfaassung vu jiddferengem, mengen ech, dass d'Zäit awer elo komm ass fir en Émdenken op deem Plang. Bei aller Unerkennung fir déi grouss Efforten, déi mir um Niveau vun der Palliativmedizin gemaach hunn: Si kann net ëmmer alles, och wann hir Mériten enorm sinn.

D'Palliativmedizin an d'Stierfhëllef sinn net inkompatibel. Si schléisse sech net géigesäiteg aus. Neen, si si komplementär, si ergänze sech.

Grad déi, déi ëmmer d'Wüerd vum Mënsch ervirhiewen, solle sech froen, ob et mënschewierdeg ass, eng Persoun bis zum battern Enn a géint hire Wëlle leiden ze loossen.

Et ass am Virfeld vun dësen Debatte vill an heiansdo hefteg diskutéiert ginn, a mir wëssen nach net genau, wéi d'Décisioun haut wäert ausfallen. Do hänkt villes vum Vote vun de Verrieder vun der LSAP of, déi - ech muss nach eemol drun erënnere - an hirem Wahlprogramm 2004 stoen haten, an ech zitëieren: „Der Arzt, der dem Wunsch eines Patienten nach Sterbehilfe nachkommt, darf nicht länger strafrechtlich verfolgt werden.“

Ech erënnere och nach eng Kéier un d'Resolutioun, déi vun den Hären Huss, Bausch, mä awer och Krecké a Bodry zesumme mat der Madame Err ënnerschriwwen gouf a wou et heescht - ech zitëieren: «La Chambre des Députés se prononce en faveur d'une dépenalisation de l'euthanasie volontaire sous certaines conditions, éventuellement par le biais d'une justification légale ou d'une excuse.»

De Sozialisten hir Positioun schéngt deemno kloer, a si missten eigentlech d'Proposition de loi stëmmen, déi vun hirer Fraktiounskolleegin Lydie Err matgeschriwwen gouf. Et sief dann, d'LSAP brécht ënnert dem Drock vun hirem groussen Koalitionspartner an d'Knéien an ënnerstëtzt dëse Projet net geschlossen...

**(Interruption)**

...oder majoritär net.

Här Bodry,...

**(Interruption)**

**» M. le Président.** - Loosst den Här Wagner seng Iwwerleeung zu Enn féieren, wann ech gelift!

**» M. Carlo Wagner (DP).** - Här Bodry, ech hunn dat ugedéit, wëssend awer, dass ech - mengen ech - Vertrauen an lech kann hunn.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, fadenscheinig Argumenter wéi déi vum Statsrot, déi zwee Texter wäeren inkompatibel, kënnen mir net gëlle loossen.

Och d'DP huet sech 2004 an hirem Wahlprogramm fir eng gesetzlech Regelung vun der aktiver Stierfhëllef engagéiert - ech zitëieren: „Wir werden uns weiterhin für eine gesetzliche Regelung betreffend die aktive Sterbehilfe einsetzen. Unser Glaube an die Freiheit bedingt, dass jeder Mensch in jeder Situation frei über sich verfügen können muss. Wir wollen uns für eine einfache, aber strenge gesetzliche Regelung einsetzen, die die Würde sowie den Willen des unheilbar Kranken und Sterbewilligen, aber auch des Arztes respektiert. Wir denken, dass unser gleichmäßiger Einsatz für die Palliativmedizin und für die Sterbehilfe den freien Willen jedes Betroffenen zu jedem Moment respektiert.“

Bei der CSV wësse mer, dass et méi wéi schwierég gëtt, hir Volleksverrieder vum Bien-fondé vun esou enger Léisung ze iwwerzeegen. Offiziell besteet bei hinnen och kee Fraktiounszwang, gleefst een den Aussoe vun eisem Premier, mä wéi gesot, herno beim Vote wäerte mer gesinn, wéi et dee Moment mat de Verrieder vun der CSV ass, oder ob se nach ëmmer getrei sinn dem Motto: „Konservativ an de Prinzipien, fortschrittlich an de Positiounen“ - egal wat dat och ëmmer heesche soll.

Mir sinn op alle Fall gespaant op dëse Vote. Fir mäin Deel wëll ech awer nach eng Kéier ënnersträichen, dass an eisen Ae jiddfereng d'Recht huet, iwwer sech selwer entscheeden ze kënnen, dat besonnesch um Liewensenn, an dat am Sënn vun enger Eegebestëmmung.

Ech wëll zum Schluss, Här President, och nach de latänesche Philosoph Seneca zitëieren. De Seneca huet sech ëmmer agegat fir d'Liberté politique a fir d'Justice sociale. Hien huet als Penseur notament och esou Leit inspiréiert wéi de Saint Augustin an de Montaigne. Ech zitëieren de Seneca: «La mort est quelquefois un châtimeut; souvent c'est un don; pour plus d'un, c'est une grâce.»

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, während dem Vote hoffen ech op alle Fall, dass vill Leit heibanne sinn, déi och un déi Leit denken, fir déi den Doud une grâce ass.

Ech soen lech Merci.

**» Plusieurs voix.** - Très bien!

**» M. le Président.** - Merci, Här Wagner. Den nächsten ageschriwwene Riedner ass den Här Bodry. Här Bodry, wann ech gelift.

**» M. Alex Bodry (LSAP).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, d'Debatt iwwer den Doud an iwwer d'Liewen ass ni eriwwer. Ech deeze ganz gären déi Aussoe vun eisem Premierminister. Hien huet se virun e puer Joer gemaach. D'Debatt iwwer Doud an iwwer Liewen ass och net eriwwer mat der Ofstëmmung iwwer de Regierungstext iwwer d'Stierfbegleedung an déi indirekt Stierfhëllef, déi mer grad eestëmmeg virgeholl hunn.

D'Debatt iwwer Doud a Liewen ass net eriwwer an der Öffentlechkeet. Si ass net eriwwer bei deene ville Leit, déi occasionell oder dagdeeglech duerch hire Beruff mat doudkranke Patienten, mat Froen also vu Liewen an Doud, ganz konkret befasst sinn. Déi Debatt geet vläicht net an der Chamber weider, mä dobausse geet se all Dag virun.

An deenen dote Froen därff et a mengen Aen och keng Tabutheme ginn. Themen, déi een net därff uschwätzen, déi een net därff behandelen, zemoos wann et Theme sinn, déi awer enger Realitéit um Terrain entsprechen.

Et ass gutt, dass iwwer d'Gesetzesproposition Err/Huss d'Fro och vun der aktiver Stierfhëllef thematiséiert gëtt, zemoos och, well - an dat weess jiddfereng, och wann en dat vläicht net zougëtt - d'Grenze vun enger sougenannter indirekter Stierfhëllef op eng sougenannt aktiv Stierfhëllef äusserst onge-nau an äusserst flou sinn. Si sinn oft fléissend. Mëssbräich sinn a béide Fäll méiglech. Si sinn ni zu 100% auszeschléissen.

Am Fall vun dëser Gesetzesproposition gëtt awer e Kontrollmechanismus virgesinn, deen am Regierungstext bei der sougenannter indirekter Stierfhëllef net virgesinn ass. Dëse Gesetzesvorschlag - an d'Lydie Err huet et ganz däitlech gesot - ass kee Fräischäin, fir doutzemaachen, wéi dat dobaussen an och heibannen ënnerschwellig probéiert ginn ass duerstellen.

Dës Proposition stellt villméi de Versuch d'Recht op d'Selbstbestëmmung vum Einzelnen an de Vierdergrond ze stellen. D'Recht vun Einzelnen, deen onheeler krank ass - ech betoune dat nach eng Kéier -, säi Liewen an och säin Doud esou ze organiséieren, wéi hien dat fir richtig féint.

Trotz immense Fortschritter an der Palliativmedizin, bei de Schmäerztherapien, trotz Verbesserung vum der Betreieung och vum eenzelne Patient, besonnesch och hei zu Lëtzebuerg, gëtt et nach wie vor Fäll, Hypotheesen, wou een engem Mënsch säi Recht ze bestëmmen, wéi e stierft, net därff huelen an een dat Recht net därff an esou engem Fall am Endstadium eigentlech vu sengem Liewen an d'Hänn vun Drëtze ginn. Dat muss e Recht sinn, wat deen Einzelne fir sech behält.

D'Recht op d'Liewen, op d'Verpflichtung Liewen ze schützen, dat ech deelen, hält allerdéngs do op, wou den Einzelnen dat Recht selwer a seng Hand hält a wëllt bestëmmen, wéi hien d'Enn vu sengem Liewe gestalt. Den Einzelne soll e Choix behalen - hei kritt keen e Choix imposéiert - an e soll besonnesch och an der leschter Phas vu sengem Liewen net entmündegt ginn.

Dës Gesetzesproposition setzt der Stierfhëllef e strenge, e ganz enke Kader. Dee Kader betrëfft d'Konditiounen, an deem Stierfhëllef ka geleescht ginn. Dee Kader betrëfft de Krees vun deene Betraffenen, déi iwwerhaapt a Fro kommen. Dee Kader, deen d'Proposition de loi festleet, betrëfft och de Respekt vum Wëlle vum Patient: Wéi muss dee Wëlle sech artikuléieren? Wéi ass ee sécher, dass dat wierklech de Wëlle vum Patient ass? Et betrëfft och d'Kontrollen, déi virgesi sinn.

Ech si perséinlech zefridden, och wann et aneren Deputéierten hei entgaangen ass, dass d'Proposition de loi vun den Auteuren an deem Sënn ëmgeännert ginn ass, dass dee Kontrollmechanismus ex post ass, dee préalablen, dee virgesi war, erausgeholl ginn ass, well ech vun Ufank un der Meinung war, dass dat zu enger Iwwerbürokratisierung gefouert hätt vun deem ganze System, zu ze ville Prozeduren, déi et praktesch onméiglech gemaach hätten, dass dat Gesetz an der Praxis hätt kënnen voll zur Geltung kommen. Duerfir sinn ech frou, dass d'Auteuren déi dote Bestëmmungen aus hirer ursprüngelecher Proposition erausgeholl hunn a mer elo och méi no um belschen Text sinn; och wat deen dote Punkt ueegt.

Euthanasie därff also nëmme praktizéiert ginn, wann e Patient dat ausdrécklech verlaangt. Wann hien net méi à même ass, dee

Wëllen auszedrécken, da ka sech op eng testamentaresch Bestëmmung beruff ginn. Et zielt also eenzeg an eleng de Wëlle vun deem Doudkranke. Et zielt net de Wëlle vun der Famill oder de Wëlle vum Émfeld.

Et ass mäin Uleies - ech wëll dat och hei besonnesch ervirsträichen, an ech si sécher, dass d'Auteure vun der Proposition de loi dat Uleies deelen -, dass eppes, wat als absolut Ausnahm geduecht ass - d'aktiv Stierfhëllef -, net därff zu enger Selbstverständlechkeet an net därff zum Regelfall ginn. D'aktiv Stierfhëllef muss eng absolut Ausnahm fir Ausnahmesituatioune bleiwen. Dat ass och dee Kader, deen d'Proposition de loi hei festleet.

Duerfir bedauern ech, dass hei och an der Ried vun der CSV-Verrieder esou ënnerschwellig dach awer Ennerstellung gemaach gi sinn, wéi wann dat heiten elo den Einstieg wär an eppes vill méi Dramatesch. Dat wëll ech op jidde Fall net, an ech si sécher, dass och d'Auteure vun der Proposition de loi dat net wëllen.

Villes ass individuell an net ze norméieren. Dat hunn ech gesot beim Gesetzestext vun der Regierung. Dat gëllt selbstverständlech och fir dës Proposition de loi. Et bleift awer, dass de Gesetzesvorschlag duerch seng strikt Konditiounen, déi e setzt, an duerch den obligatoreschen enke Kontakt an déi enk Begleedung téschent dem Patient an dem Dokter, déi virgeschriwwen sinn, wou eng Informationspflicht och vum Dokter besteet, fir de Patient op alles hinzewisen, wat et vu Méiglechkeeten, vun Therapie gëtt a wat eventuell d'Konsequenze vu sengem Wëlle sinn, fir mech eng ganz Rëtsch vu Garantien beinhalt; genuch Garantien, fir ze verhënnere, dass déi Stierfhëllef kéint iergendwéi zu engem Regelfall ginn. Et bleift eng Ausnahmesituatioun.

D'Prioritéit bleift an alle Fäll - an ech stinn do zu deem Vote, dee grad gemaach ginn ass, virun enger gudder Stonn - den Ausbau vun der Palliativmedizin hei zu Lëtzebuerg. Et soll alles gemaach ginn, dass et net muss zu enger aktiver Euthanasie kommen. Ech mengen, dass mer awer nach net esou wäit hei zu Lëtzebuerg sinn.

Loosse mer virun allem awer och d'Hypocrisie net ze wäit driewen. A loosse mer et ganz kloer gesinn - a bal jiddfereng kéint vläicht aus sengem Familljekrees oder Frëndekrees och hei Beispiller nennen -, dass et Euthanasie, ob se elo aktiv oder indirekt ass - wéi gesot, déi Definitioune si ganz fluctuant - ëmmer ginn ass, och haut nach gëtt an och an Zukunft wäert ginn, egal wat fir een Text schlussendlech hei an der Chamber gestëmmt gëtt, oder wat fir eng Texter an der Chamber gestëmmt wäerte ginn.

Loosse mer och berücksichtegen, dass par rapport zu deem Zäitpunkt, wou déi Proposition de loi vun Lydie Err a vum Jean Huss hei déposéiert ginn ass, een elo scho kann op eng praktesch Uwendungszäit zréckkucken. An der Belsch, wou praktesch deselwechten Text elo eng Rei vu Joren en vi-gueur ass a wou déi Bilanen, déi gezu gi sinn, weisen, dass déi Ängschten, déi geäussert gi sinn, déi Risiken, mat deene gerecht ginn ass, sech net agestallt hunn an der praktescher Émsetzung vun deem heite Gesetzestext.

Et kéint een och an aner Länner goen. Ech hunn e bëssen nageschloen. Och am Oregon zum Beispill - deen eenzeg amerikanesche Stat, deen eng ähnlech Bestëmmung kennt - sinn Etüde gemaach ginn. Déi weisen, dass och do déi Ängscht zum Beispill, déi och geleentlech hei zum Ausdrock kënn, fir ze soen: Do gëtt dat dote benotzt, fir eng Kategorie vu Patienten ze liquidéieren - loosse mer dat emol esou ganz haart soen -, sech net bewahrheit huet.

Dat ass zuleméisseg ganz beschränkt bliwwen. Ee vun dausend Dodesfäll ass op Euthanasie zréckzeféieren an deem amerikanesche Bundesstat. Et huet sech erausgestallt, dass déi Leit, déi dovunner Gebrauch maachen, Leit sinn, déi en héije Bildungsstand hunn, also net Leit sinn, bei deenen ëmmer gefaart ginn ass, dass déi bei esou engem System vläicht géifen ënner d'Rieder kommen, well se sech net kéinte wieren.

Et beweist also, dass an deene Länner - ech gi gären zou, dat sinn der net vill; d'Majoritéit vun de Länner huet keng esou eng Regelung -, wou déi Regelung do besteet, an notament déi, déi ähnlech Texter hu wéi dat, wat hei proposéiert ass, déi praktesch Erfahrung net deene Recht gëtt, déi viru Risiko warnen, mä éischter deene Recht gëtt, déi mengen, dass dat heiten eng zoldid Rumm wär, wou een och kéint an deenen nächste Jore praktesch drop schaffen.

D'Linderung vu Leed, Schmäerztherapie, Stierfbegleedung a Stierfhëllef als Aufgab

vum Dokter a vun der medezinescher Ver-  
suerung sinn net kloer vuneneen ofzegren-  
zen. Et ass e Ganzt an et ass ennerenee  
verstréckt. Si sinn a mengen Aen och als  
Ganzt mat der Ethik vum Dokter vereinbar.  
Duerfir ass et fir mech och net kontradikto-  
resch, wann ech virdrun de Gesetzesprojet  
vun der Regierung gestëmmt hunn, deen  
een Deel vun deenen Aspekter ofdeckt, a  
wann ech elo soen, dass ech wëll d'Propo-  
sition de loi vum Lydie Err a vum Jean Huss  
stëmme, déi en aneren Deel vun deem  
ganzen Domän do ofdeckt.

Et ass sécherlech noutwendeg, wann deen  
Text hee uegeholl gëtt, dass Adaptatiounen  
gemaach ginn. Ech sinn awer iwwerzeegt do-  
vunner, dass de Mechanismus vum Second  
vote constitutionnel, wéi mer en hei zu Lët-  
zebuerg kennen - well eigentlech ass dat  
heiten elo en éischte Vote, dee mer nëmme  
virhuelen -, et méiglech mécht, déi dote  
Froen an engem rasonnablen Délai ze  
tranchéieren, ze regelen, esou dass fir  
mech do eigentlech keen oniwirwindbare  
Problem besteet.

Ech wäert also, dat hutt Der erausfonnt, hei  
mat Jo stëmme. Jiddfereen vun eiser Frak-  
tioun mécht dat, wéi hien dat fir richtig  
fënn, well dat heiten eng Gewëssensfro  
ass.

Ech sinn e bëssen erstaunt, dass grad de  
Vertrieder vun der Demokratescher Partei,  
wou bei hinne jo anscheinend bei näischt  
Fraktionsdisziplin besteet a wou nëmme  
d'Gewëssen zielt, enger anerer Partei géif  
virwerfen, dass se d'Gewëssensfräiheet an  
enger ethescher Fro virun hire Wahlpro-  
gramm géif stellen. Dat ass fir mech ganz  
erstaunlech fir e Vertrieder vun enger De-  
mokratescher Partei!

Merci.

» Plusieure voix.- Très bien!

» M. le Président.- Merci, Här Bodry.  
Den nächste Riedner ass den Här Huss.  
Här Huss, Dir hutt d'Wuert.

» M. Jean Huss (DÉI GRÉNG).- Dir  
Dammen an Dir Hären, nodeem ech als Co-  
porteur virdu schonn déi wichtegst  
Punkte vun der Proposition de loi kuerz  
erkläert hat an op eng Rei vun Ennerschee-  
der mam Palliativgesetz higewisen hat, wou  
eis Proposition de loi méi wäit geet, wéilt  
ech als Fraktiounssprecher fir déi Gréng hei  
elo nach eng Kéier erklären, firwat déi  
Gréng souwuel d'Soins palliatifs an  
d'Schmäerzbeekämpfung a gläichzäiteg  
awer och, enner gesetzlech festgeluechte  
Konditiounen, d'Dépénalisierung vun der  
aktiver Stierfhllef a vun der Bähilf zur  
Selbsterlöschung, also vum Suicide, en-  
nerstetzen.

Fir eis sinn déi zwou Approchen net nëmme  
complémentaire, si sinn allen zwou gläich  
respektabel.

Dir Dammen an Dir Hären, deemno wéi de  
Vote heiriwwer awer herno an der Chamber  
ausgeet, kréien d'Leit dobaussen dës lescht  
Fräiheet, dat elementaart Recht op Selbst-  
bestëmmung, oder et bleift alles beim Aen,  
bei där aktueller Gesetzgebung, an där eng  
bestëmmt Doctrine a Philosophie all  
deene villen anere Mënschen, deene  
meeschten dobaussen, dat Mënschrecht  
op Selbstbestëmmung net wëllt zouge-  
stoen!

Dir Dammen an Dir Hären, mir Gréng ver-  
stinn, dass ee bei esou Froen kann onsécher  
ginn, dass ee kann zécken. Grad dofir gëtt et  
jo schonn zënter Joren - wierklech zënter  
Jore schonn! -, mä besonnesch an deene  
vergaangene Wochen a Méint eng ganz in-  
tensiv Diskussioun iwwert de Pro an de Kon-  
tra an der Press, bei Radio an Televisioun an  
an de Medien insgesamt.

Ech wéilt vun dëser Plaz och grad all deen-  
en, ob kathoulesch Theologen oder Dokte-  
ren, Merci soe fir hir Bäitrag zu dëser Dis-  
kussioun, obscho mer natierlech op enger  
ganzer Rei vu Punkten enger komplett ane-  
rer Meenung bleiwe wéi si, wéi zum Beispill  
dem Standpunkt vun der kathoulescher  
Theologie, wéi e relativ eesäiteg ëmmer  
erëm am „Wort“ zum Ausdrock koum. In-  
sgesamt huet dës Diskussioun jiddefalls ge-  
wisen, dass eng positiv Sträitkultur net nëm-  
men hei an der Chamber, mä och dobaus-  
sen an der Société civile méiglech ass.

Dir Dammen an Dir Hären, ech hat haut de  
Mëtteg schonn op eng Rei Ennerscheeder  
tëschent dem Palliativgesetz an dëser Pro-  
position de loi higewisen, an dobäi virun al-  
lem op zwou Insuffisancen:

Éischstens, am Palliativgesetz - ech maa-  
chen dat just nach eng Kéier kuerz, well et  
sech do just op de Stade avancé oder ter-  
minal vun enger Krankheet beschränkt -  
hunn ech d'Fro opgeworf: Wat geschitt awer  
mat all deenen anere Fäll, mat all deene Vin-  
cent-Humberten, déi et gëtt? Ech hunn do

scho virdu gesot, dass fir all esou Fäll de  
Regierungsprojet keng Léisung bréngt, mä  
am Contraire an eisen Aen esou Leit eleng  
léisst, am Stach léisst, och wa vereenzelt  
Palliativmedeziner - mä et sinn europawäit  
just vereenzelt - behaapten, si géifen och  
esou Situatiounen an de Grëff kréien, Eutha-  
nasie wier also komplett iwwerflësseg.

Si hunn allerdéngs bis haut net seriö erklä-  
ren kënnen, wéi se esou Fäll da wierklech mën-  
schwierdeg an dem Wëlle vun dem Betraf-  
fene entspréchen an de Grëff géife  
kréien. Elo zitieren ech nach eng Kéier dat-  
selwecht, wat virdu schonn den Här Carlo  
Wagner zitiert huet, aus engem Artikel am  
„Tageblatt“ vun engem Lëtzebuurger Pallia-  
tivmedeziner - Zitat -: „(...) ausser wenn er  
gezwungen sein sollte, bei einem Schwerst-  
kranken in einer Extremsituation“ - si erla-  
ben et dann dem Dokter - „eine Therapie in  
die Wege zu leiten, die den sofortigen Tod  
herbeiführen würde“.

Dir Dammen an Dir Hären, „eine Therapie in  
die Wege zu leiten, die den sofortigen Tod  
herbeiführen würde“: Wat ass dat dann?  
Ass dat iere keng Euthanasie? A wann dat  
keng Euthanasie ass, wat ass et dann, „den  
sofortigen Tod herbeizuführen“? Ech muss  
soen, Dir Dammen an Dir Hären, dass ech  
als einfache Stierflechen dës Logik net ka  
verstoen, wann an deemselwechte Bäitrag  
deeselwechten Dokter sech dann erëm eng  
Kéier géint d'Euthanasie ausschwätzt, well  
dat „töten“ wier.

Dir Dammen an Dir Hären, och de Collège  
médical a sengem Avis vun 2002 gëtt zou,  
dass et Situatiounen gëtt, déi vum Palliativge-  
setz net ofgedeckt sinn, wann hie schreift -  
ech zitieren -: «Il se présentera sans doute  
des cas exceptionnels où le médecin sera  
confronté à une situation désespérée, où  
malgré tous ses efforts, il se trouvera dans  
l'impossibilité de refuser le geste attendu et  
fatal: douleurs non maîtrisées en dépit des  
moyens disponibles, personnes totalement  
ou définitivement dépendantes des ma-  
chines pour survivre, personnes irrémédia-  
blement privées des capacités relation-  
nelles, nouveaux-nés porteurs de malforma-  
tions neurologiques extrêmes et incurables  
dont les parents ont été informés, pour ne  
citer que ces quelques exemples.»

Ech kann net de ganzen Text zitieren; da  
seet de Collège médical virun: «Les méde-  
cins qui auront accompli un acte d'euthana-  
sie ou de suicide assisté dans une situation  
exceptionnelle devront être prêts à en  
rendre compte, le cas échéant, devant la  
justice.»

Dir Dammen an Dir Hären, et gëtt och nach  
gesot, esou en Dokter wier dann net fautif.  
Ech kucke wou ech dat elo hei am Text  
hunn. Hei steet dat: «(...) le médecin,  
conscient de sa lourde responsabilité, de-  
vrait agir en âme et conscience et ne pas  
être considéré comme fautif». Et kléngt  
ganz gutt, dass en net «considéré comme  
fautif» wier, mä laut där bestehender Ge-  
setzgebung, wa mer déi Gesetzgebung  
haut net änneren, wier deen Dokter dann  
awer fautif, an net nëmme fautif, mä e misst  
sech am Fong viru Geriicht wéinst Assassi-  
nat verantweren.

E bekannte Lëtzebuurger fréiere Psychiater  
a Géigener vun der Euthanasie hat nach an  
engem Artikel viru kuerzem ähnlech argu-  
mentéiert, wéi hie geschriwwen hat - ech zi-  
tieren: „Einverstanden, extreme, jeder The-  
rapie unzugängliche, tragische Fälle wird es  
immer noch geben, aber es ist besser, dann  
einige Ärzte, die in jeder Hinsicht ihr Bestes  
getan haben und in der Euthanasie die ein-  
zige Lösung sahen, sich vor Gericht verant-  
worten zu lassen und, wie auch immer, die  
Straflosigkeit zu sichern.“

Dir Dammen an Dir Hären, ech widerhuel-  
en dat nach eng Kéier: dem Dokter „die  
Straflosigkeit dann zu sichern“. Mä, Dir  
Dammen an Dir Hären, dat, wat d'Madame  
Err an ech hei virschoen an eiser Proposi-  
tion de loi, dat ass genau dat!

Et geet ëm eng Dépénalisierung vun en-  
gem Dokter, deen an engem extreme Fall  
dem Wonsch vum Patient entsprach huet,  
deen da kéint viru Geriicht kommen an deen  
an esou extreme Fäll, wéi se hei am Text vir-  
gesit sinn, dann net pénéal méi géif verfolgt  
ginn, deen also net méi kënn dofir bestrooft  
ginn. Et geet also drëm, engersäits enner  
gesetzlech fixéierte Konditiounen a verzwei-  
felte Situatiounen engem Patient eng Méig-  
lechkeet opzemaachen, an anerersäits  
awer och den Doktere Rechtssécherheet ze  
ginn, wat erlaabt ass a wat net.

Dir Dammen an Dir Hären, wat gouf nach  
alles géint déi Proposition de loi hei ge-  
schriwwen a behaapt! Et gouf geschriwwen,  
elo géifen d'Dokteren nach just zum auto-  
mateschen Exécutant vum Wëlle vum Pa-  
tient ginn an et wier eng Frechheit - dat  
stoung virun dräi, véier Deeg vun engem  
Lëtzebuurger Dokter nach am „Wort“ -, en

Dokter wëllen zur Euthanasie ze zwängen.  
Mä d'Realitéit vun der Proposition de loi ass  
eng ganz aner! Do steet ganz kloer dran,  
dass den Dokter Gewëssensfräiheet huet,  
dass déi voll erhale bleift an dass also kee  
gezwonge gëtt zu enger Euthanasie, wann  
hien dat net ka maachen.

(M. Lucien Weiler reprend la Présidence)

Da gëtt gesot - an dat ass och virdu vun  
der Madame Stein hei gesot ginn -, d'Ve-  
trauensverhältnis tëschent Dokter a Patient  
géif duerch dëst Gesetz zerstéiert ginn.

Eiser Meenung no, Madame Stein, ass  
éischer de Géigendeel de Fall. Grad wann  
e Patient weess, dass hien um Enn eng Li-  
berté de choix huet, dass hien also net am  
Stach gelooss gëtt an dass hie selwer nach  
herno entscheede kann, grad da sinn esou  
Patiente souguer éischer rassuriert, wat  
d'Vetrauensverhältnis zu hirem Dokter ube-  
laangt. Dat Vertraue gëtt also héchstens  
nach verstärkt. An esou Situatiounen kann  
et da souguer virkommen, dass e Patient,  
dee vläicht am Ufank geduecht huet, hie  
wéilt Euthanasie hunn, herno seet, neen,  
wann en de Choix huet an d'Vetrauen zum  
Dokter, da wéilt hien herno awer net zur Eu-  
thanasie méi gräifen.

Da gëtt gesot als Reproche, d'Patiente wéil-  
ten iwwerhaupt keng Euthanasie. Kee  
Kranke wéilt säi Liewe wierklech opginn, si  
géifen dat just ageriet kréien. Si géifen dat  
agetrotet kréie vu Politiker, déi ganz aner  
Absichten hätten, eventuell souguer ganz  
donkel Absichten hätten, ass a munche  
Bréiwer geschriwwen ginn.

Fakt ass awer, dass all Joer och grad hei zu  
Lëtzebuerg net wéineg Leit selwer hirem  
Liewen en Enn setzen, sech also suicidéie-  
ren. Vill ze vill Leit maachen dat hei am  
Land. Munche vun deene Leit hätt och sé-  
cherlech kënnen aneschtens gehollef ginn.  
Et hätt hinne missen aneschtens gehollef  
ginn! Mä bei anere wier dat och vläicht net  
méiglech gewiescht, well fir si hir Situa-  
tioun vill ze vill verzweifelt a vill ze vill hoff-  
nungslos war.

Fakt ass och, dass verzweifelt Leit aus villen  
europäesche Länner an d'Schwäiz fieren,  
fir do erléist ze ginn, well dat an hire Länner  
verbuede bleift.

Fakt ass schliesslech, dass iwwerall d'Mën-  
schen d'Recht op Euthanasie oder op Hëllef  
bei der Selbsterlöschung wënschen. Net  
nëmme an der Belsch oder an Holland,  
wou dat erlaabt ass, a wou dat och all Joer  
e puer honnertmol geschitt, mä d'Euthana-  
sie geschitt, dat huet d'Madame Err hei  
kloer gesot, ewidenterweis an all Land  
heemlech an illegal, och hei zu Lëtzebuerg,  
wou dat bis elo verbuede bleift.

Domadder, Dir Dammen an Dir Hären, kom-  
men ech zu engem anere Géigenargument,  
wat eigentlech praktesch am heefegsten  
ëmmer erëm gebraucht oder méssbraucht  
ginn ass. Nämlech eng Dépénalisierung  
vun der Euthanasie géif zu ëmmer méi  
Abusen, zu Mëssbräich a souguer zur Eli-  
minatioun vu ganz alen a fleegebedürftege  
Mënschen a Fleegeheimer féieren.

Dorobber gëtt et e puer Äntwerten. Et gëtt  
éischstens, wéi scho gesot, an alle Länner  
ouni Zweifel noweisbar illegal Euthanasien a  
grad do hannert de Kulissen an der Illegali-  
téit ass de Risque vun Abusen, vu  
schlëmme Mëssbräich vill méi grouss. Dat  
war esou am Virfeld vun den europäeschen  
Avortementsdebatten an de 70er Joren an  
dat ass haut genau bei den Euthanasie-  
debatten. E méigleche Mëssbrauch, well jo  
keng Kontroll besteet, kéint zum Beispill  
sinn, dass do hannert de Kulissen heemlech  
falsch Euthanasien eventuell géint de Wëlle  
vum Betreffene kéinten duerchgefouert  
ginn.

Mir kënnen eis awer nëmme wonneren, dass  
dës Tatsaachen d'Géigener vun eiser Propo-  
sition de loi net vill schéngen opzereegen!

Zweetens, a Saache Mëssbrauch gëtt dann  
och ëmmer mat Schreckenszuelen aus Em-  
froe bei hollänneschen Doktere vun 1990  
oder 1995 operéiert, während awer déi re-  
zentest Emfroegergebnisse bei deenesel-  
wechten hollänneschen Doktere vum Mee  
2007 als Suite vum hollännesche Gesetz,  
wat eréischt 2001 votéiert ginn ass - well vir-  
drun ass just eng Toleranz gewiescht -, wei-  
sen, dass d'Zuele vun den Euthanasien an  
Holland souguer liicht zrëckgaange sinn, an  
zwar vun 2,8 op 1,8% am Joer 2005.

Dat heescht, et ass net zu enger Zounam  
weder vun Euthanasien nach vun Abusen  
an Holland komm, an emgekéiert - och do  
gëtt et Zuelen - sinn d'Sédations palliatives  
an Holland an d'Luucht gaangen.

Drëttens, an eisem Nopeschland, der  
Belsch, un där hir Gesetzgebung vun 2002  
mir eis an eiser Proposition de loi uegelehnt  
haten an déi esou wéi mir eng Commission  
d'évaluation et de contrôle an hirem Gesetz

hunn, do sinn déi éischt offiziell Rapporten  
doriwuer bis Enn 2005 publizéiert ginn. Hei  
ass de Rapport détaillé aus dem Joer 2005  
vun der Commission d'évaluation et de  
contrôle an der Belsch, wou all eenzelne  
Fall prezis an détailléiert dokumentéiert ass:  
wéi al d'Leit waren, wat fir eng Krankheet se  
haten, a wat fir engem Stadium déi Krank-  
heet war, wien den zweete gefrote Spezia-  
list an Dokter war.

Dat ass alles also vun engem éischen Dokter  
constatéiert ginn, dass do näischt méi ze  
maache war; et huet missen e Spezialist vun  
der Pathologie mat derbäikommen. Déi  
Dokteren, esou wéi dat geschildert ass, déi  
hu souguer gesot, obschonn et am Gesetz  
net virgeschriwwen war, dass se an deene  
meeschte Fäll souguer nach en drëtten Pallia-  
tivmedeziner oder souguer eng Palliativ-  
équipe zousätzlech gefrot hunn, ier et dann  
zur Euthanasie komm ass. Also, méi prezis  
a méi détailléiert a méi kontrolléiert kann  
een dat net maachen.

Wat dobäi interessant ass an deem Bericht  
vun der belscher Commissioun, dat ass och  
nach folgendes: Dat ganz Geschwätz, déi  
ganz Ennerstellung, elo géifen déi al Leit,  
déi Fleegebedürftege, no esou engem Ge-  
setz vun der Dépénalisierung ëm den Eck  
bruecht ginn, dass huet d'Belsch gewis-  
sen, dass dat komplette Kabes ass. Well  
75% vun alle Fäll, déi hei dokumentéiert  
sinn, ware Fäll tëschent 40 an 79 Joer. Dat  
heescht, déi écrasant Majoritéit hat stricte-  
ment näischt mat esou Fleegefall, mat esou  
héichbetagten, fleegebedürftege Leit ze  
dinn.

Et ass also wäitgehend méiglech, iwwer  
esou eng Gesetzgebung Abusen auszue-  
schléissen.

Déi Leit, déi behaapten, et kéinten awer nie-  
went esou enger Gesetzgebung an niewent  
deenen dote Kontrollen och an der Belsch  
nach ëmmer heemlech inoffiziell illegal Eu-  
thanasie stattfannen, déi eben net gemellt  
wieren, déi Leit späize sech an eisen Aen  
eigentlech just op hiren eegene Kénn, well  
evidenterweis de Risque vun Abusen do am  
gréissten ass, wou esou Situatiounen ver-  
buede sinn, dat heescht, dass de Risque vun  
Abusen also doduerjer méi grouss gëtt.

Dann e lescht Wuert zu der Madame Stein  
nach, wat d'Kompositioun ubelaangt vun  
där Commission d'évaluation et de contrôle  
an eisem Gesetz. Do hunn ech awer wierklech  
elo schonn déi komeschste Saachen héieren!

Dir hutt elo beklot, dass do am Ennerscheed  
zu der Belsch, wou 16 Memberen dra sinn,  
hei an dëser Commissioun nëmme néng  
Memberen dra sinn. Éischstens si mer vill  
méi e klengt Land wéi d'Belsch, an zwee-  
tens hu mer emgekéiert scho virgeworf kritt,  
do wiere vill ze vill Leit dran. Vun Dokteren  
hunn ech virgehäit kritt, do wiere mat deen-  
en néng Leit vill ze vill Leit an där Kommi-  
sion vertruuden.

An doriwuer, wien do dran ass: Et sinn ewi-  
denterweis Dokteren; et si Vertrieder vun  
den Associatiounen, also enner anerem  
Omega 90 als Beispill, an da Vertrieder vun  
der Société civile. Bei der Société civile ass  
weder vun der Madame Err nach vu mir ge-  
mengt ginn, dass wieren de Jempy an de  
Misch vun der Strooss. Do ass wierklech  
d'Société civile gemengt ginn, Philosophen,  
Juristen an esou virun, déi et och an der bel-  
scher Proposition de loi gëtt. Déi si just net  
do genannt ginn, mä et ass awer kloer de  
Sënn vun deem, wat mer wollte soen.

Am Kontext vun dësen Diskussiounen stellt  
sech dann awer och déi ethesch Fro an ei-  
sen Aen, awéiwäit - an dat ass an eisen Aen  
esou - eng am Fong onerdréiglech Hypocri-  
sie, wéi se haut virherrsch, kann oprecht-  
erhale ginn, oder ob et net besser wier, kloer  
rechtsstaatlech Regelungen ze kréien, déi  
dem Patient eng Liberté de choix an dem  
Dokter Rechtssécherheet géife ginn.

A wa scho vu munche Säfte permanent  
d'Gespenst vun Abusen an d'Wand gemoolt  
ginn ass, ass et da vum reng medezinesche  
Standpunkt hier betruecht net esou, dass et  
och bei de sougenannte Sédations pallia-  
tives, de Sédations terminales och emol zu  
Abusë bei der Steigerung vu Morphiumsdos-  
sissen oder Medikamentendoséierung kéint  
kommen? Ass dat dobaussen um Terrain - a  
Spideeler vläicht net - wierklech esou aus-  
geschloss?

Doriwwer gëtt dann allerdéngs net gär geschwat, well jo do ëmmer iwverall zu honnert Prozent nëmmen eng absolut edel Intentioun virausgesat gëtt, während Euthanasie anscheinend ëmmer nëmmen doutmaachen, morden, ka bedeiten, obschonn d'Konditioun bei der Euthanasie déi ass, dass de Betreffene jo selwer bewosst a widerhuelt duerno huert misse froen oder duerno huert misse biedelen.

À propos doutmaachen a Mord. Wéi, Dir Dammen an Dir Hären, virun allem vun der CSV, an der Belsch virun e puer Joer d'Gesetz iwwert d'Dépénalisierung vun der Euthanasie déi leschte Kéier virum Vote komme sollt, hunn an deene leschten Deeg virum Vote déi dorteg chrëschtlich-sozial Volleksparteien - CSC huert se deemools geheescht, béi där flandrescher weess ech net méi auswendeg, wéi den Numm war - op eng Kéier gesot, si kéinten eventuell d'accord si mat der Euthanasie. Wa se nëmmen an der Phase avancée oder an der Phase terminale géif stattfannen, da kéinte si mat der Euthanasie d'accord sinn. Dat ass schrëftlech nozeliesen an de parlamentaresche Berichter vun der Belsch.

Dat ass natierlech vun där deemools blorout-grénger Majoritéit net akzeptéiert ginn, well et jo awer och ëm all déi aner Fäll geet. Mä et weist awer erstaunlecherweis, dass Euthanasie fir eng chrëscht-kathoulesch Partei anscheinend also dach ënner gewësse Konditiounen akzeptabel kéint sinn. Woubäi ee sech dann allerdéngs d'Fro muss gefale loosse, firwat eppes an enger bestëmmter Situatioun eventuell kéint akzeptabel sinn, an an enger aner, gradesou dramatescher an tragescher Situatioun net akzeptabel kéint sinn.

Dir Dammen an Dir Hären, ech kommen zum Schluss. Et bleiwe sécher nach vill Saachen ze soen. Ech konnt hei nëmmen op déi wichtegst vun de Géigenargumenter agoen. Ech wéilt dofir hei nach eng Kéier am Numm vun de Grénges kloer betounen, dass mir Gréng an d'Réit fir eng Liberté de choix am Intérêt vun de Leit dobaussen an och fir e Selbstbestimmungsrecht vum Einzelnen. Natierlech ënner gesetzlech fixéierten, kloere Konditiounen, esou wéi se an der Proposition de loi vun der Madame Err a vu mir selwer drastinn.

Dat heescht - ech hunn dat virdu gesot -, mir setzen eis kloer a fir e grousszüegen a schnellen Ausbau vun der Palliativmedezin, mä mir setzen eis och an - an dobäi bleiwe mer - fir d'Dépénalisierung vun der Euthanasie a vum Suicide médicalement assisté.

Et ass also kloer, esou wéi mer virdu ofgestëmmt hunn, dass mer gesot hunn, mir wiere kloer fir den Ausbau vun der Palliativmedezin, mat allem wat dat bedeit. Ech wéilt dat hei nach eng Kéier soen, well den Här Gibéryen mer do Saachen esou indirekt wollt... oder ech konnt mengen, dass hie mer dat hätt wellen ënnerstellen...

» M. Gast Gibéryen (ADR).- Dat hätt ech do an d'Diskussioun erabruucht.

» M. Jean Huss (DÉI GRÉNG).- Här Gibéryen, ech hunn hei kloer um Pult gesot, wat d'Haltung vun der Fraktioun vun deene Gréngen zum Ausbau vun der Palliativmedezin ass.

» M. Gast Gibéryen (ADR).- Ech hat déi Gréng guer net ernimmt.

» M. Jean Huss (DÉI GRÉNG).- Da wéilt ech awer nach eng Kéier daitlech soen, dass ech hei betount hunn, dass déi Gréng net fir e minimalen Ausbau vun der Palliativmedezin anrieden, mä fir en optimalen Ausbau vun der Palliativmedezin. Dat heescht, en optimalen Ausbau, wat souwuel déi logistesche wéi déi finanziell wéi déi infrastrukturell Konditiounen betrëfft, mä och d'Konditiounen beispillsweis, fir dass mer genügend Dokterer a genügend Infirmierspersonal kréien, déi eng seriö Ausbildung kréien.

Dat kascht natierlech Suen. Och do si mer der Meenung, dass dat eng Aufgab vum Stat ass an dass dat op eng seriö Aart a Weis muss gefördert ginn.

Dat ass also vun eis aus ganz kloer. Ech wéilt dat hei just nach eng Kéier betounen, dass keen eis soll no baussen ënnerstellen, mir wéilten d'Palliativmedezin iergendwéi awer net esou richtig.

An enger Interpellatioun, déi ech 1996 gemaach hunn, waren déi éischt Wierder déi, dass ech gesot hunn: Déi Gréng trieden a souwuel fir Schmärerzbekämpfung, fir Soins palliatifs, an derniewent och a gewëssene Situatiounen op Wonsch - nëmmen op ausdréckleche Wonsch! - vum Patient fir eng Dépénalisierung vun der Euthanasie.

Wat heiansdo och do derbäi vergiess gëtt: Et gëtt jo och déi zweet Méiglechkeet, nämlech de Suicide médicalement assisté. Woubäi jo am Fong den Ennerscheed der-tëschent just deen ass, dass an deem enge Fall den Dokter engem Patient, deen net méi lieue wéilt, Medikamenter kann zur Verfügung stellen, mä an deem Fall muss dee Patient de Geste nach selwer maachen.

Dat ass vläicht eng Situatioun, déi fir en Dokter sécherlech méi einfach ass. An der Schwäiz gëtt dat gemaach. A wann Der schonn emol Fernsehfilmer gesinn hutt, wéi zum Beispill een am belsche Fernseh; do ass e Film gewise ginn iwwert d'Situatioun an der Schwäiz.

Do hutt Dir en Dokter gesinn, dee bei enger schwéier kribbender Fra, déi praktesch ëm 90 Joer al war, gehollef huert, déi Assistance au suicide ze maachen. Dat war eng Situatioun, déi vun enger Dignitéit, vun enger Würde war, wéi ee sech dat net aneschters ka virstellen.

(Interruption)

Dat ass déi Situatioun, wéi se am belsche Fernseh an engem Film, deen elo am Dezember gewise ginn ass, vum Dokter Jérôme Sobel, dem President vun EXIT Suisse romande, praktizéiert ginn ass. Do ass bis zu Lescht ëmmer erëm nach gefrot ginn: Madame, sidd Der ganz sécher, dass Dir gären hätt, dass ech lech déi Medikamenter ginn? D'Fra konnt nach selwer zum Becher gräifen. Et war ganz kloer, dass huet ee schéi gesinn, well et war och eng Begleedung derbäi. Déi Fra huert dann awer de Geste selwer gemaach, obschonn den Dokter gesot huert: Wann Dir elo Nee sot, da ginn ech elo heem, dann ass kee Problem. Ech huelen d'Medikamenter mat an et ass keen, deen lech zwéngt, dee Suicide ze maachen.

Generell wéilt ech dofir och hei nach eng Kéier Folgendes soen, well och do künstlech heiansdo d'Palliativmedezin an d'Stierbegleedung entgéintgesat gëtt zur Dépénalisierung vun der Euthanasie. Mä, Dir Dammen an Dir Hären, och Leit, déi herno an engem gewëssene Moment eng Euthanasie oder eng Aide au suicide froen, si selbstverständlech Leit, déi virdu an gäre Schmärerzbekämpfung an eventuell och Soins palliatifs wëllen hunn. Dat ass ganz kloer.

Soins palliatifs a Steierbegleedung ass net nëmmen de Fall am Gesetz vun der Palliativmedezin. Och virun enger Euthanasie huert dee Patient selbstverständlech d'Recht begleet ze sinn, wann hien et wéilt. An hien huert selbstverständlech d'Recht och op Schmärerztherapien.

Wou den eenzeggen Ennerscheed läit tëschen deenen zwee Weeër, dass ass nach just dee leschte Geste déi lescht Deeg, wou dat eent vill méi schnell a vill méi kuerz geet, den doucen Doud, an op där anerer Säit, wou et eventuell 48 Stonnen oder vläicht e puer Deeg kann daueren, ier dann dat Liewen definitiv beendert gëtt. Mä soss ass am Fong an deem, wat virdu ass, praktesch alles datselwecht. Déiselwecht Konditiounen gëllen do. Dat ass net nëmmen op där enger Säit esou.

Dat gesot, Dir Dammen an Dir Hären, kommen ech zum Schluss. Mir trieden als Gréng a fir eng Liberté de choix. Dat heescht, d'Mënschen, d'Leit dobaussen - an net nëmme mir heibannen, mä virun allem d'Leit dobaussen; fir déi solle mer jo légiférieren - sollen de Choix henn, esou kënnen ze stierwen, aus dem Liewen ze goen, wéi jiddfer Einzelnen dat wéilt, an net wéi se dat vun där enger oder där anerer Säit virgeschriwwen kréien.

Ech soen lech Merci.

» Plusieurs voix.- Très bien!

» M. le Président.- Merci, Här Huss. Den nächste Riedner ass den honorabelen Här Mehlen.

» M. Robert Mehlen (ADR).- Merci, Här President. Här President, Dir Dammen, Dir Hären, och ech wéilt mech de Mercien un d'Auteurs respektiv d'Rapporteure vun dëser Proposition de loi ungeschleissen.

Här President, d'Froen iwwert d'Liewen an d'Stierwe si Froen vun enger grousser Sensibilitéit. Si verlaange vun eis alleguer, dass mer mat där néideger Dezenz domat ëmgin.

Et ass nun eemol esou, dass duerch lafend Fortschrëtter vun der Wëssenschaft a vun der Medezin déi Froen, déi sech och de Politiker stellen, ëmmer méi komplizéiert ginn an d'Antworten drop ëmmer méi schwéier ze fanne sinn. Dat betrëfft och d'Wëssenschaftler a Chercheuren, déi een zu deem Zweck konsultéiert. Mä et si leschtendlech d'Politiker, déi an esou Fäll d'Décisionen ze huelen hunn.

Mir sinn elo an esou enger Situatioun, well d'Fro vun der Euthanasie ass eng vun dese Froen. Et wär fir eis aner gutt, wann een eng allgemeeng gültig ethesch Guideline hätt, un där ee sech an esou Fäll kéint orientéieren. Mä ech fäerte ganz, dass ass bal onméiglech respektiv dat wäert e fromme Wonsch bleiwen.

Ech wéilt am Ufank vu menger Interventioun soen, dass mir als Partei weder an eisem Wahlprogramm nach an eisem Grondsazprogramm eng breet Ausso zu dëser Thematik gemaach hunn.

Mir soen an eisem Grondsazprogramm, dass Froe wéi déi heite vun enger grousser Sensibilitéit sinn an dass mir als Partei de politesche Mandatsträger d'Fräiheet loosse, no hirem Gewëssen ze entscheiden. Dat wäert och an dësem Fall bei eis zoutreffen.

Déi grondsätzlech Fro, Här President, ëm déi et hei geet, ass déi vum Recht vum Individu, fir iwwert d'Enn vu sengem eegene Liewen ze decidéieren. Dozou wéilt ech folgend lwwerleung maachen:

Kee vun eis ass gefrot ginn, ob en iwverhaapt wéilt op dese Welt kommen. Keen ass gefrot ginn, wou e wéilt op d'Welt kommen, a wat fir Konditiounen an a wat fir eng Famill. Wa mir net iwver eisen Ufank ze decidéieren haten, hu mir dann awer d'Recht, fir iwver eist Enn ze bestëmmen?

Dat ass eng philosophesch Fro, op déi et wahrscheinlech keng definitiv Äntwert gëtt. Wie vun enger reliéier Basis aus räsonnéiert, seet méiglecherweis: Neen. Mä wann een dovun ausgeet, ass dann net all medezineschen Agréiff an d'Schicksal, wat jiddferengem virgezeechent ass?

Déi definitiv Äntwert op d'Fro vum Recht, fir iwver säin eegent Stierwen ze decidéieren, ass grondsätzlech: Jo. Et kann ee kengem Mënsch vum Grondsaz hier dat Recht ofstreden. Et kënnen reliéis Motiver ginn, fir eventuell Neen dorop ze äntworten, mä mir hunn och scho festgestallt am Laf vun der Zäit, dass souguer d'kathoulesch Kierch hir Attitüd vis-à-vis vun deene Leit, déi sech selwer d'Liewen huelen, radikal geännert huert.

Kann de Gesetzgeber duerfir dëst Recht aus reliéier Grënn verweigeren? Mir mengen, sécher net, well reliéis lwwerzeegung eng Saach vu jiddfer Einzelnem ass. An trotzdeem, de Schrack, fir determinéiert op Wonsch vun deem Concernéierten dem Liewe vun engem Mënsch en Enn ze setzen, ass e Schrack iwver eng Demarkationslinn, deen een net esou ouni Weideres mécht. Et stellt sech - an dass de kruziale Punkt - an alle Fäll déi ganz delikat Fro vun der Fräiwëllegkeet, vun der wierklech gewollter Fräiwëllegkeet vun dësem Wonsch.

Här President, ech hu viru laanger Zäit eng Kéier gelies vun engem Naturvollek an Nordamerika - et war virun der Zäit, ier déi Wäiss do hiert Onwiese gedriwwen hunn -, wat an enger äermlecher, karglecher Biergeregioun gelieft huert, wou d'Ernährungsbedéngunge ganz prekär waren a wou et zur lwwerliewensstrategie gehéiert huert, dass déi al Leit, déi net méi zum Nahrungserwerb konnte bäidroen, sech fräiwëlleg an eng déif Schlucht gehait hunn, fir hiren Nokommen d'lwwerliewen ze erméiglechen. Si hunn dat fräiwëlleg gemaach. Et daerf een awer d'Fro hannendrunhänken: Wéi grouss war déi Fräiwëllegkeet?

An dass ass de kruziale Punkt. Dass ass dee Punkt, deen ëmmer erëm a leschter Zäit opgeworf ginn ass. Dës Fro huert hir grouss Berechtigung. An enger Gesellschaft, wou mer riskéieren, opgrond vun der demographescher Entwécklung, dass fir déi jonk Generatioun d'Charge an och d'Fleeg vun deenen Eeleren, déi sech net méi hëllef kënnen, ëmmer méi schwéier gëtt, an enger Gesellschaft, wou déi sozial Kontakter ëmmer méi ënnert d'Rieder geroden, wou och d'Leit an de Familljen ëmmer manner Zäit fireenen hunn, ass dat eng ganz schwierig Fro.

Géif e Mënsch, deen de Wonsch no Euthanasie geäussert huert, deen och oprecht erhalen, wann d'Aart a Weis, wéi hien a sengem leschte Liewensabschnitt begleet gëtt, eng aner wär? Ass dat, wat ech gescht selwer fir mech decidéiert hunn, muer nach wouer?

Här President, ech doe mech selwer schwéier, fir eng valabel Äntwert op dese Fro

ze ginn. Eis Kultur soll grondsätzlech eng Kultur vun Zouwendung, Hëllef a Begleedung sinn, och a virun allem fir déi Persounen, déi grad dese mënschlechen Encadrement vermessen. Dass ass net einfach, wéi mer alleguer wëssen. Dass kascht vill Zäit an och Geld, an et passt net esou richtig an eis modern Welt, an ee rationellt a profitorientéiert Denken.

Mir mengen, dass d'Palliativmedezin op all Fäll misst kënnen flexibel agoen. Et soll an daerf kee Mënsch onnéideg leiden. Mä et soll och kee Mënsch d'Gefill kréien, hie wär et der Gesellschaft oder vläicht senger Famill schëlleg, fir sengem Liewen en Enn ze maachen. Wéi gesot, just dass dee kruzialen a schwierigen Punkt.

Dat ass de grouse Problem, wann dës Dier opgestouss gëtt. Den Dokter Thill, deen hei schonn e puermol ugefuert ginn ass, seet: Wie Schwéierstkranker a Stierwender betreit, weess ëm d'Stäerkt vu sengem Position als Dokter an déi domat verbonne Gefor, Schwéierstkranker, déi sech him uvertraut hunn, ze beaflossen, hinne seng Usicht iwwert de Wäert oder d'Wäertlosegkeet vum Liewen anzerieden.

Hie seet awer och - an dass hei contestéiert gi vun anerer Säit -, dass et keng Situatioun géif ginn, wou d'Palliativmedezin net hëllef kéint.

Den Testament de vie: Eng Kéier ënnerschriwwen, ass et en Uerder un den Dokter, wann de Patient an eng Situatioun geréit, wou hie sech selwer doriwver net méi äussere kann. Dass ass eppes, wat vun den Dokterer als relativ inakzeptabel emfonnt gëtt. Den Dokter gëtt zum einfachen Exécutant vun dësem Euthanasieuerder, an et zu engem verantwortlech handelnde Medeziner, deen an der Regel weess, wéi hien an esou engem Fall ze handeln huert.

Här President, ech wollt aus deem villen, wat déi lescht Zäit geschriwwen ginn ass, en Zitat eraushuelen. Ech weess, dass et selbstverständlech, deemno wou ee steet, net onëmstridden ass, mä et weist awer op d'Sensibilitéit vun deem Schrëtt, wou ech gesot hunn, deen ee mécht, wann een déi Demarkationslinn do iwverschreit, hin.

Ech zitieren: „Die mögliche Einführung der Euthanasie öffnet den Spalt der Tür, durch den Misstrauen und Angst in das Krankenhaus, in die Ärzte und Pflegenden eindringen. Müsste man nicht mindestens der Umsetzung der Regierungsvorlage eine Chance geben, bevor man wieder neu über Euthanasie diskutiert? Die Humanisierung des Sterbens wird sich nicht unter der Androhung der Euthanasie durch einen willensfähigen oder willig gemachten Menschen erreichen lassen. Sie wird nur im Vertrauen zwischen Patienten, Ärzten und Pflegenden zu erreichen sein. Ärzte und Pflegenden sollen Anwälte des Lebens und der Hoffnung bleiben, für die töten unter keinen Umständen erlaubt ist.“

Här President, keng Situatioun gläicht där anerer an duerfir ass et esou schwéier - fir net ze soen, onméiglech - alles ze reglementéieren. Ech selwer si weder Expert nach kann ech op eng ëmfaassend eegen Erfahrung zrëckgräifen. Duerfir ass fir mech an och fir d'Leit vu menger Fraktioun d'Meenung vun de Medeziner, déi all Dag domat ze dinn hunn, ganz wichtig.

Wat soen d'Dokterer?

Majoritär, an nach méi majoritär déijéineg, déi speziell mat Leit schaffen, déi an der Schlussphas vun hirem Liewe sinn, soe si, dass si mam Gesetz iwwert d'Palliativmedezin praktesch op all d'Situatiounen individuell kéinte reagieren an dass si d'Dépénalisatioun vum Suicide assisté als problematesch ugesinn. D'Dokterer hu studéiert, fir Leit ze heelen, fir hinnen hir Gesondheet erëmzeginn, oder hir Krankheeten, wa se dann net ze heele sinn, dach awer ze erlichteren. Duerfir hu mir vollt Verständnis, dass d'Majoritéit vun den Dokterer net fir dës Dépénalisatioun vun der Euthanasie ass.

Ee Wuert zur Inkompatibilitéit tëschen dem Projet, dee mer elo gestëmmt hunn, an dëser Proposition de loi. Dass huert näischt mat engem politesche Manöver ze dinn, mä et ass effektiv e seriö juristesche Problem. Et ass och falsch, wann hei gesot ginn ass, dass mir schonn dacks esou eng Situatioun gehat hätten. Fir mech ass déi Situatioun hei unique, dass mer hannereneen zwee Projekte stëmme, an deenen Dispositionen stinn, déi net matenee kompatibel sinn. Och de Statsrot huert ganz daitlech op d'Inkompatibilitéit tëschen deenen zwee Texter higewisen.

Duerfir wéilt ech hei ganz kloer an daitlech soen, dass mir et bedauern, dass d'Interventioun vun Gast Gibéryen, deen nëmme just drop higewisen a logescherweis verlaangt huert, dass, wann d'Gesetz géif gestëmmt ginn, een da soll d'Proposition de loi zrëck-

Mardi,  
19 février 2008

halen an nach eng Kéier driiwerkucken, hei vun eenzelne Leit quasi als politesch Manöver duergestallt ginn ass. Dat war et ganz sécher net!

Mir sinn a bleiwen awer der Meenung, dass den hätt sollen d'Effetë vum Palliativgesetz ofwaarden, ier een nach eng Kéier iwwert dës Propositon de loi geschwat hätt.

Grondsätzlech wëll ech soen, dass mir all Meenung respektéieren, dass mir eis aus all Polemik wëllen eraushalen. Mir respektéiere selbstverständlech och d'Meenung vun den Auteuren vun dëser Proposition de loi. Dat hei ass eng Problematik, do schwätzt munches dergéint, a jiddferree muss en äme et conscience wëssen, wat en herno beim Vote mécht.

Ob mer haut eng Stårstonn vum Lëtzebuerger Parlament erliwen, doriwwer wäerte vläicht spéider Generationen uerteelen. Mä ech géif awer soen, mir erliwen eng Stårstonn vum Parlamentarismus, well effektiv nieft engem Projet vun der Regierung eng Proposition, déi vun zwee Deputéiertekolleegen ausgeschafft ginn ass, hei zur Diskussioun kënn, serië diskutéiert gëtt, wou et zum Vote kënn, a wou fir eng Kéier een net weess, wéi dee Vote ausgeet.

Selbstverständlech spillt och bei eis d'Gewëssensfräiheet fir jiddfer Eenzelnen, ouni Zwang. Ech ka mer net verknäifen dozou ze soen, dass dat jo eigentlech den Normalzoustand misst sinn. Wann een den Artikel 50 vun eiser Verfassung kuckt, dann huet all Deputéierten am Intérêt vum Land - an ech mengen dat wär och den Intérêt vun de Bierger hei am Land - ofzestëmme an en huet vu kengem Weisungen entgéintzuehelen.

Duerfir wäert och vun eisem Grupp jiddfer een no senger Virstellungen a sengem Gewësse stëmme.

Ech muss zum Schluss soen, dass eise Kolleeg Koepp, wéi jiddferree weess, gesondheetlech Problemer hat an duerfir haut nach net kann hei present sinn; dass mir, well et eng Gewëssensentscheidung ass, net vun dem Recht op Prokuratioun wäerte Gebrauch maachen, dass heescht, dass hien duerfir och kee Vote hei zu dëser Proposition de loi ofgëtt.

Ech soen lech Merci.

**»» Une voix.** - Très bien!

**»» M. le Président.** - Merci, Här Mehlen. Den nächste Riedner ass den honorabelen Här Aly Jaerling. Här Jaerling, Dir hutt d'Wuert.

**»» M. Aly Jaerling (Indépendant).** - Merci, Här President. No all deem, wat elo hei an den Diskussiounen ervirbruecht ginn ass, hunn ech meng Meenung nach net brauchen ze änneren.

Ech sinn a bleiwe bei der Meenung, dass hei net eleng 60 Leit kënnen an enger gewëssener Gewëssensfräiheet iwwer Liewen an Doud bestëmme an dass dat hei eng Fro ass, déi all Bierger hei am Land betrëfft an duerfir misst virun all Bierger zum Vote gestallt ginn, an net nëmme vu 60 Leit heibannen, egal wat fir enger Meenung dass se sinn.

Ech wëll awer Respekt weise virun der Aarbecht vun deenen zwee Deputéierten, déi sech déi Aarbecht do gemaach hunn, déi och iwwerzeegt sinn, dass se richteg leien. Ech sinn eben iwwerzeegt, dass se falsch leien, an ech sinn och iwwerzeegt, dass d'Euthanasie net komplementar ass zu der Palliativmedizin.

Wann ech och hir Aarbecht respektéieren, sou wëll ech awer elo op de Contenu vun där Proposition de loi do agoen.

Wéi ech deen éischte Saz gelies hat vun där Proposition de loi, dunn hätt ech am Fong scho kënnen ophalen, well do steet eppes, wat wierklech mat den Hoer erbäigezunn ass! Do steet: «Depuis longtemps, l'euthanasie et l'assistance au suicide sont des actes qui sont pratiqués tous les jours...»

Also, wann ech dat scho liesen, da gëtt et engem jo schlecht! Dann hu mer jo hei an de Spideeler praktesch lauter Mäerder setzen. Ech mengen, wa schonn eng Proposition de loi esou ugeet, dann ass se menger Meenung no scho guer net méi ganz eescht ze huelen.

Wann een da gesäit, dass mer op dëser Welt iwwer 200 Länner hunn, an elo hei als Beispill just fennef Länner geholl ginn, fir ze soen, déi hunn eng Gesetzgebung iwwert d'Euthanasie, dann ass dat ganz minim. A well et ganz genau gewosst ass, dass et awer eng Rei weider Länner gëtt, déi awer Gesetzgebungen iwwert d'Palliativmedizin hunn, déi ganz gutt funktionéieren, an déi Länner och domadder zefridde sinn.

A wann ech dann nach gesinn, wéi Parteie wéi DÉI GRÉNG oder d'Sozialisten, déi awer ëmmer op China an op Kolumbien erëmklappen, well déi d'Mënscherechter net respektéieren, dann elo hei China a Kolumbien just als Beispill huele fir d'Euthanasie, a wann een da weess, dass an deenen dräi Länner, déi se hei zitieren, och nach d'Doudesstrof besteet, dann ass do d'Euthanasie nëmme eng Complémentarität zu der Doudesstrof, awer garantéiert net zu der Palliativmedizin.

Ech wëll dat emol kloer soen.

Wat elo d'Madame Err ubelaangt, déi hei behaupt huet, si hätt Frechheete gemaach kritt vu Leit, déi géint d'Euthanasie sinn: Dat ass bedauernswäert, mä ech wëll lech awer och soen, dass et aner Leit gi sinn, déi sech och ganz schlémm Frechheeten hu misse gefale loosse vu Vertrieider vun der Euthanasie.

Also duerfir, op deenen zou Säiten hu vill Emotiounen matgespillt. Et soll een dat elo net ze vill op d'Wo leeën an dat iergendwann eng Kéier no dëser Debat vergiesen. Jiddferreen huet hei seng Meenung, jiddferreen huet hei seng Gewëssensfräiheet.

Wann ech dann héiere vum Ofschafe vum Fraktiounszwang, da kann een dat schonn hei als historiesche Moment betruechten. Ech géif da soen, dass mer dat awer elo hei mat dëser Gesetzgebung dann definitiv agefuert hunn. Et gëtt kee Fraktiounszwang, et ass es nach ni ginn an et dierf es och ni méi ze ginn hunn. Wann dat d'Konsequenz vun dësem Gesetz ass, da war dat hei schonn e ganz gudden Débat.

Ech op jidde Fall, vu menger Sait aus, an dat weess jiddferree vun Ufank un, gi kengem d'Recht, iwwer Liewen an Doud ze entscheeden. Ech stinn an der éischter Rei, wann et ëm d'Doudesstrof geet, an ech ginn och hei op dëser Tribün a mat dëser Ofstimmung kengem d'Recht, iwwer Liewen an Doud ze entscheeden.

Ech mengen, dass soll jiddferree gesinn, d'Liewe soll jiddferengem helleg sinn. Ech si ganz bestëmmt kee Katholik, ech sinn och ganz bestëmmt der CSV net no - heiansdo, Här Biltgen -, mä an der énescher Convictioun weess ech awer, dass ech hei bei deem Vote, dass ech hei zu där Proposition Nee soen. Ech maachen dat mat ganz rouegem Gewëssen an et wäert mer och ni leed doen.

Ech soen lech Merci.

**»» Une voix.** - Très bien!

**»» M. le Président.** - Merci, Här Jaerling. D'Wuert huet elo déi honorabel Madame Marie-Josée Frank. Madame Frank, wann ech gelift.

**»» Mme Marie-Josée Frank (CSV).** - Merci, Här President. Den Dag vun haut, dee geet an d'Geschicht an als en Dag, wou Lëtzebuerg sech e Gesetz ginn huet, wou all Mënsch a Würd an a Fräiheet an d'Éiwegkeet begleet ka ginn. Mä duerfir brauche mir déi entsprechend finanziell Moyenen.

Här President, bei allen Ausféierungen, déi elo hei gemaach gi sinn, hunn ech mech ganz oft gebremst fir net ze intervenéieren, well ech mat villen Aussoen net averstane war. Mä aus Respekt zu deenen, déi hei geschwat hunn, wëll ech och hunn, dass ech elo a menger Interventioun respektéiert ginn.

Zu deene Statistiken am „Tageblatt“: Fir mech sinn dat Iwwerrumpelungsmanöveren. Et si keng kontrolléiert Émfroen an et sinn och onqualifizéiert Froe gewiescht.

Et ass fir mech net méi an net manner, wéi wann een zu mir seet: Wëlls de e Stéck Taart, mat oder ouni Schlagsahn? Méi sinn déi do Émfroe fir mech net wäert. Duerfir wier ech och ganz fro, wann déi Parlamentarier, déi nach net décidéiert sinn, sech nëmme net géife vun deenen Émfroen ëmstëmme loosse!

Zu den Terminologien, do wëll ech soen, dass an där leschter Zäit, an nach ëmmer, wann ee mat de Leit schwätzt, ganz, ganz vill verwëscht gëtt. D'Leit dobaussen, déi sech fir Jo oder Neen ausschwätzen, si ganz oft net en connaissance de cause, wéi wäit dat eist Palliativgesetz geet; an dann déi Wieder vun aktiver a passiver Stierhëllef, dat verwëscht a mécht ganz oft d'Leit onsécher.

Ee perséinlechen Zeien, dee mech haut de Mëtteg nach ugeruff huet, en Dokter, dee 46 Joer praktizéiert huet, 32.000 Patientebtreit huet, fir dee war ni eng Euthanasie a Fro komm. An och ech als Infirmière war bei ville schwierege Situatiounen derbäi. An ech ka mat fräiem Gewësse soen, dass ech nimools bei enger aktiver Euthanasie derbäi war.

Ech ginn zou, dass ech och schwierege Situatiounen materlief hunn. Ee Beispill: Dat war ee Patient, deen Aids hat. E war 32 Joer al, en huet nach 18 Kilo gewien, ier e gestuerwen ass, an et war kloer an däitlech mat de Wille vun der Famill, dass d'Schmäermittel kontinuéierlech eropgesat sollte ginn, fir déi verbleiwend Zäit nach esou liewenswäert wéi méiglech ze garantéieren. Also d'Zil war, deem Mënsch ze hëlfe, fir gutt ze stierwen, awer net, fir bewusst duerch eng Doudesspréetz sengem Liewen en Enn ze setzen.

Zu deenen Émfroen an Holland: Obwuel an Holland en Euthanasiegesetz besteet an d'Fall offiziell gemellt mussen ginn, gëtt et nach ëmmer 20%, déi an enger confidentieller Émfro soen, si géifen d'Euthanasie net mellen.

An dat, Dir Dammen, Dir Hären, léif Politikerinnen a Politiker, muss eis allegueren ze denke ginn, wa mer elo an hei esou e wichteg Gesetz sollen zum Vote stellen.

Da froen ech mech: Firwat solle mir dat drëtt Land an der Europäescher Union sinn, no Holland an der Belsch, dat iwwer en Euthanasiegesetz léigiféiert? De Wunsch no Euthanasie, wësse mer allegueren, ass vill, vill méi kleng, do wou sech eng gutt Palliativmedizin entwéckelt huet.

D'Euthanasie ass eng Transgressioun zum Dautmaachen hin, ee Passage vum laisser mourir zum faire mourir, wéi de Jean Léonetti, den Initiator vun franséische Gesetz iwwert d'Fin de vie, seet.

Wann d'Dier vun der Euthanasie opge-maach gëtt, da fährt en, komme ganz geschwënn nach ganz aner Fuerderungen. Da geet et net nëmme ëm den onheelbar Kranken, mä ëm Leit, déi liewensmüde sinn, déi mussen en charge geholl ginn, an net duerch eng Doudesspréetz ofgesprézt ginn.

An eis behënnert Matbiergerinnen a Matbierger, malformed Kanner, déi ewechgesprézt ginn - loosse mir duerfir léiwer d'Dier zou!

De Statsrot seet, déi zwee Texter wäeren inkompatibel, a si sinn och a mengen Aen nimools komplementar, an dat solle mer net vergiesen. De Projet vun der Regierung huet eng ganz aner Konzeption vum Dokter, vum Patient, vun der Medizin an am Endeffekt och vun der Gesellschaft.

De Regierungstext gesäit de kranke Mënsch am Dialog mat der Gesellschaft, mat senger Famill, senger Bekannter, dem Fleegpersonal, den Dokteren. De Patient gëtt net eleng gelooss. Dat gëtt an der Directive anticipée ënnerstrach.

Den Testament de vie an der Proposition de loi Huss/Err geet awer aner Weeër. Et géllt hei eleng de Wille vun Patient; hien diktiert, wat gemaach gëtt. Den Dokter féiert aus.

Wann d'Gesetz iwwert d'Euthanasie a Kraaft géif treden, da bräicht et déi voll Énnerstetzung vun den Dokteren, dem Fleegpersonal an dem Collège médical. Et kënn derbäi, an dat solle mer och net négligéieren, dass e Mësstraue souwuel bei de Patient wéi bei dem Personal opkomme kann, well kee méi weess, wou en drun ass.

Elo scho froe Leit sech: „Wat geschitt mat mir, wann ech emol schwéier krank sinn?“ An da kënnen och bei deene Patiente Scholdgefiller entsto, wéi: „Ech wëll menger Famill, menger Émwelt net méi zur Laascht falen.“ Oder souguer: „Ech ginn ze deier.“ Fir alles dat ze verhënnere, kann ech nimools fir eng Euthanasie sinn.

D'Dignitéit vum Mënsch gëtt fir mech am beschte respektéiert do, wou mir mat dem schwéier kranke Mënsch éierlech, häerzlech, also mënschlech ëmginn, bis zum Enn vum sengem Liewen. Dat ass fir mech eng Mënschlechkeet, wourouber jiddferreen e Recht huet.

D'Dignitéit ka fir mech ni doranner bestoen, dass een deem aneren hëlleft zum Stierwen, mä d'Hand reecht beim Stierwen.

Et geet net eleng ëm d'Medizin; et geet och ëm eng ganzheetlech Approche vun der Krankheet. Et ass esou, wéi ech mir eng Gesellschaft virstellen: Mir soen net zu deene kranke Leit: „Mir begleeden dech, bis mir op d'ä Wonsch hin dengem Liewen en Enn maachen“ - mä: „Mir si bei dir, bis d'ä Liewen zu Enn geet.“ An ech soen et nach eng Kéier: „An ech halen deng Hand.“

Et gëtt oft gesot, den Énnerscheed tëschent Sédatioun an Euthanasie wär kleng. Dat stëmmt menger Meenung no net. Et gëtt einfach eng aner Opfaassung vum Liewen, eng aner Kultur vum Liewen a senger Wäerter. Dat eent ass hëllef beim Stierwen, an dat aner ass bewusst hëllef zum Stierwen.

Op där enger Sait eng Gesellschaft, déi op d'Rechter vun Individuum pocht a sech iw-

wert d'Gesellschaft stellt. Dat ass eng relativ nei Entwécklung an der Europäescher Geschicht. Op där anerer Sait gëtt et eng aner Opfaassung vun enger Gesellschaft, an dat ass déi, déi ech deelen: eng Kultur vum Liewen, vun der Solidaritéit, vum Zesummesinn - och um Liewesenn. A fir déi hunn ech bis elo gekämpft.

Et geet wierklech ëm eng aner Opfaassung vum Lieweskultur. Et geet am Endeffekt ëm d'Definitioun vun enger humaner Gesellschaft. Et geet ëm d'Definition vum der Dignitéit vum Mënsch, net nëmme vum Einzelnen als Individu, mä och ëm d'Dignitéit als Grondprinzip vun enger humaner Gesellschaft, an där et drëms geet, alles ze maachen, wann nach vill ze maachen ass.

Ech hunn Angscht virun enger Gesellschaft, déi op de Maximum vum Profit aus ass, an där Mënschen, déi net méi rentabel sinn, als Laascht considéiert ginn, déi een net méi brauch. Wou d'Barrièrë fale vun deem, wat an enger humaner Gesellschaft net als erlaubt ugesi gëtt. Wann et der Economie net méi esou gutt geet, ass den ekonomeschen Aspekt vun eiser Diskussioun net vun der Hand ze weisen. An esou enger Gesellschaft wëll ech net liewen!

Et geet also bei dëser Debat vum haut net nëmme ëm d'Dignitéit vun deene Leit, déi um Stierwe leien - neen, et geet ëm Dignitéit vun eiser ganzer Gesellschaft.

**»» Une voix.** - Très bien!

**»» Mme Marie-Josée Frank (CSV).** - An duerfir wier ech fro, wa mer haut keng Majoritéit zu där Proposition de loi géife kréien.

Den Europarat ass nämlech och net fir d'Euthanasie! Jo, mir stinn also mat eiser Euthanasiedebatt zimlech eleng an Europa! Dat alles muss dach iwwerzeegen!

Firwat solle mir dann net dem Statsrot folgen, dee refuséiert en Avis ofzeginn, well e seet, dass d'Palliativmedizin an d'Euthanasie mateneen net vereinbar sinn?

Hoffentlech kritt d'Euthanasiegesetz keng Majoritéit. Well schonn dacks an der Geschicht hu verharmlot Gesetze, vun deenen een d'Folgen net beduecht huet, herno ganz groust onheelbar erbäbruecht.

Ech schlësse mat engem Zitat vum Här Léonetti: «L'euthanasie active, ce n'est pas aller plus loin, ce n'est pas un 'plus loin', c'est un ailleurs.»

Ech soen lech Merci fir d'Nolauschteren.

**»» Une voix.** - Très bien!

**»» M. le Président.** - Merci, Madame Frank. D'Wuert huet elo déi honorabel Madame Colette Flesch.

**»» Mme Colette Flesch (DP).** - Merci, Här President. Här President, léif Kollegeen a Kolleeginnen, ausser bei engem Punkt hunn ech net wëllen an den Detail vun den Article vum der Proposition de loi eranzugeen. D'Corapporteurs an d'Coauteuren hunn dat vill besser gemaach, wéi ech et kéint maachen. Verschidde Sprécher, déi viru mir op dëser Tribün waren, souwuel an där éischter wéi an där zweeter Debat, hunn och verschidde speziell Aspekter vun där Proposition de loi belicht.

Mir hunn am Laf vum Mëtteg iwwer zwee schwierege Texter diskutéiert, déi sensibel an delikat sinn, déi wichteg sinn. Wat ee vun deene betrëfft - an dat ass deen, dee mer elo diskutéieren -, hu Verschiddener vun ons sécherlech misse mat sech selwer zu Kouer goen, bis dass se zu enger definitiver Meenung komm sinn.

Et ass aussergewéinlech selten am Liewe vum engem Parlamentarier, mat Texter konfrontéiert ze sinn, déi direkt mat Liewen an Doud ze dinn hunn, déi direkt en esou fundamental Froen eruginn. Déi vun ons, déi viru '79 an dëser Chamber waren - a si sinn net méi ganz zahlreich; wann ech richteg nogekuckt hunn, sinn déi zwee lescht Mohikaner, déi hei am Sall sinn, den Här Boden, deen op der Regierungsbänk sëtzt, an ech selwer -, déi Parlamentarier hu sech schonn zweemol an der Vergaangenheet missen déterminéieren à l'égard vu Gesetzestexten, déi ongeféier déiselwech Natur hate wéi déi, déi mer haut diskutieren: am Juli 1978 beim Vote vum Projet de loi iwwert

d'Liberalisation vum Avortement; am Mee 1979 beim Vote vum Projet de loi zum Ofschafe vum der Doudesstrof.

Ech wëll an deem Zesummenhang e puer Bemierkunge maachen iwwert den Artikel 50 vun onser Verfassung an der Fro vun der Discipline de vote. Den Artikel 50 gesäit vir: «Les Députés votent sans en référer à leurs commettants et ne peuvent avoir en vue que les intérêts généraux du Grand-Duché.» Dat heescht an anere Wierder: D'Constitution garantéiert dem Deputéierten de libre arbitre a gesäit nëmmen eng Restriktion vir, dat ass den Intérêt général vum Land.

An dach kenne mer an dësem Haus, wéi an alle Parlamentar an an all de Fraktiounen, d'Discipline de vote. Ech gesinn an där Tatsaach am Allgemenge keng Contradiction. Jiddfereen vun ons, dee sech Wahle gestalt huet, huet dat gemaach opgrond vun engem Programm vun enger Partei. A jiddfereen, deen an der Majoritéit an d'Chamber komm ass, deen ass erakomm op Basis vun engem Accord de coalition.

Et ass also normal, wa mer wëlle kredibel bleiwen, dass mer déi Engagementer respektéieren, déi mer selwer geholl hunn. Dat sinn Engagementer, déi si public, déi si bekannt. Dat legitiméiert a mengen Aen d'Discipline de vote, indépendamment och nach vum Argument vun der gudder Organisation vun der Aarbecht vun engem Parlament; mä dat ass zweetrange.

Et gétt awer Projeten oder Propositions de loi, wéi déi, déi mer elo diskutéieren, déi op Froen aginn, déi fir jiddfereen vun ons eng philosophesch, eng reliéis, eng ethesch Dimension hunn, déi mer net kënnen an de Moule vun der Discipline de vote eranzwéngen. An der Demokratescher Partei hu mir, souwäit ech et materlief hunn, ons ëmmer un dee Prinzip gehalen. Bei de Voten iwwert d'Liberalisation vum Avortement an d'Abolition vun der Doudesstrof - ech war deemools Fraktiounspräsidant - hunn ech all eezelene Deputéierte vu menger Fraktion opgesicht, fir hien ze iwwerzeegen, dass déi doten zwee Projete justifiéiert waren a si solle se wann ech gelift stëmmen.

Mä ech hu refuséiert, d'Discipline de vote ze imposéieren. Ech hunn hinnen alleguere gesot: Dir stëmmt do of, wéi Dir et fir richtig haalt. Ech muss net esou iwwerzeegend giewesch sinn, wéi ech et gehofft hat, well beim Vote iwwert d'Liberalisation vum Avortement hunn zwee vu menge Kolleegen dergéint gestëmmt, a beim Ofschafe vun der Doudesstrof gouf et nach schlëmmer: Do hunn der sechs dergéint gestëmmt an een huet sech enthalen. Mir waren awer deemools méi zahlreich an onser Fraktion, wéi mer et haut sinn.

#### (Hilarité)

Nach soen ech lech, Här President, an ech gebrauchen eng Formule vum Edith Piaf: Je ne regrette rien. Ech regretéieren iwwerhaupt net, dass ech gesot hunn, d'Discipline de vote kann an däräer an deenen dote Froen net spillen. Ech betruachten déi zwee Voten, déi Gott sei Dank gutt ausgaange sinn, vu menger Sicht aus, als déi schéinste Momenter vu menger parlamentarescher Tätegkeet.

Wa mer elo iwwert d'Proposition de loi Err/Huss schwätzen, dann hu mir ons an onser Fraktion un deeselwechte Prinzip gehalen: Jiddfereen vun ons wäert an äme et conscience ofstëmmen. An deem Sënn freeën ech mech och iwwert d'Declaratioun vum Premierminister, dee virun enger gewëssener Zäit schon an der Öffentlichkeet annoncéiert huet, dass et eng Liberté de vote och bei de Membere vun der CSV-Fraktion wäert ginn.

Geneesou freeën ech mech iwwert déi relativ Serenitéit vun där Debatt, déi mer am Kontext vun dësen zwee Gesetze vun haut de Mëtteg gefouert hunn. Sécher huet d'kathoulesch Kierch Positioun bezu géint d'Proposition de loi, genee wéi verschidde Milieuen, déi hir nostinn. An d'Défenseure vun der Proposition de loi hunn och hir Positioun genügend bekannt gemaach. Mä zu kengem Moment huet déi Diskussioun déi Héichten erreicht, déi mer kann hunn, notament bei der Diskussioun iwwert d'Liberalisation vum Avortement. Dat géllt ganz besonnesch fir d'kathoulesch Kierch an hir Alliiéiert. Ech mengen, och dat muss een an aller Fairness soen.

D'kathoulesch Kierch veruerteelt, condamnéiert d'Proposition de loi Err/Huss. Dat ass an hirem Chef eng logesch Attitüd, an also och eng legitim Attitüd. Si berout op der Iwwerzeugung, dass d'Menscheliewen inviolabel ass an dass d'Autoritéit iwwert d'Liewen net dem Mensch zoukënn, och net deem, deen an onerdréiglechem Leed muss all Dag kämpfen an dohisiichen, mä dass d'Autoritéit enger Autorité suprême - also Gott - zoukënn.

Dat ass eng Attitüd, déi ech respektéieren, mä déi ech selwer net deelen. Par ailleurs sinn ech der Meenung, dass am Kader vun enger demokratescher Gesellschaft d'Gesetze net duerch d'Kierche gemaach ginn, net duerch déi eng an net duerch déi aner, mä duerch d'Parlamentar.

Verschiedde Kolleegen, an notament déi honorabel Madame Frank, hunn ons gesot - scho virun an och nach -, si kënten déi Proposition de loi net stëmmen. Et ass eng Attitüd, déi ech respektéieren, mä déi ech net deelen. Ech hoffen, dass ech mer kann datselwecht vun der Madame Frank erwaarden; dass se meng Attitüd net deelt, mä dass si se awer respektéiert. Duerfir hunn ech mech e bësse gewonnert iwwert de Wortlaut vun hirem Interventioun, déi mer viru kuerzem hei hu missen nolauschten.

Här President, erlaabt mer vläicht an deem Kontext drun ze erënneren, wat e Journalist den 21. Dezember 2007 an engem Editorial vum „Lëtzebuerger Land“ geschriwwen huet. De Journalist war de Romain Hilgert. Hien huet geschriwwen: Et si genee déi politesch Kreesser, déi haut d'Liewen als dat kostbaart Gut histellen, déi 1979 wollten, dass d'Doudesstrof soll erhalte bleiwen, dat heescht den Doud „von Staats wegen“.

Dat ka paradoxal schéngen, mä dee Paradox ass menger Meenung no nëmmen apparent an explizéiert sech duerch d'Primautéit, déi der Autorité supérieure zouerkant gétt, an dem Refus d'Décision individuelle an deene Froen ze respektéieren.

Mir hunn als Liberal eng aner Approche zu deene Froen. Mir mengen, esou wéi main exzellente Kollege Jean Hamilius et haut an enger Lettre ouverte am „Journal“ geschriwwen huet - an ech zitieren -: «Personne n'a le droit moral de dicter à autrui en vertu de ses convictions personnelles quelles dispositions il est en droit de prendre pour pallier une fin de vie insupportable. Le législateur a par contre le devoir de rendre l'exercice de ce droit respectueux à la fois de la volonté des intéressés et de la valeur de la vie humaine.»

De Jean Hamilius geet dann an op déi liberal Prinzipien vun Toleranz a vu Respekt vun de Convictiounen vun aneren an e schléisst mat deene Wierder: «Laissons à chacun le droit de vivre et de préparer sa mort à sa façon, aussi longtemps que les droits légitimes d'autrui et de notre société ne sont pas en cause.»

An anere Wierder: Als Liberal si mir der Meenung, dass an der Equatioun Recht um Liewen a Recht un der Autodéterminatioun d'Autodéterminatioun muss Prioritéit kréien. Mir sinn der Meenung, dass jiddfereen vun ons d'Recht huet ze decidéieren, insofern et hie selwer concernéiert, wat fir hien déi Wierder bedeiten „mourir dans la dignité“.

Fir dass dat méiglech ass, muss natierlech de Législateur de legale Kader schafen, fir dass dat effektiv kann esou geschéien. Dat ass also och woufir et evident ass, dass, wa mer am Gesetz d'Méiglechkeet vun enger Interruption de vie virgesinn, eng Dépénalisation - an net, wéi oft fälschlecherweis gesot gétt, eng Décriminalisation -, also eng Dépénalisation, déi an hirem Portée begrenzt ass, da musse mer se encadréiere mat Garde-fouen, déi och am Gesetz agebaut sinn.

An anere Wierder geet et hei drëm - wéi en hollänneschen Expert, de Professor Johan Legemaate an engem Colloque sot, deen 2006 hei organiséiert gi war vun der Commission nationale d'éthique, vun der Section des Sciences morales et politiques a vun der Section des Sciences médicales vum Institut grand-ducal -, d'Praxis vun der Interruption de vie ze kontrolléieren a se net onkontrolléiert exzerziert loossen, an der Clandestinitéit, mam Wee also op zu allen Abusen.

Déi Approche ass a mengen Ae vill méi gerecht a vill méi éierlech. Dat ass dat, wat d'Proposition de loi hei mécht. Ech weess, dass et fir en Dokter - ech sinn zwar weder Dokter nach Infirmière - net einfach ass, eng Euthanasie virzehuelen, an dass et och souguer net einfach ass heiandsdo bei de Soins palliatifs. Si hunn eng enorm Responsabilitéit, déi mir hinnen an onser Gesetzgebung net kënnen ewechhuelen. Mä wann den Dokter muss zu enger Euthanasie schreiden, oder zu enger Assistance au suicide,

dann ass et wichteg, dass e weess, dass e keng Infractioun begeet, wann en derfir suergt, dass déi véier Konditiounen, déi am Artikel 2, Paragraph 1 vun der Proposition de loi stinn, respektéiert sinn a wann en d'Konditiounen an d'Procédur vum Gesetz respektéiert.

De Paragraph 2 gesäit weider nach vir, dass den Dokter muss dem Patient eng Partie Informatioun ginn. E muss sech assuréieren, dass d'Leiden, physesch oder psychesch, persistéiert, dass de Patient säi Wëllen expriméiert huet. E muss en aneren Dokter konsultéieren, e muss sech mam Patient iwwert deem seng Demande ennerhalen. E muss sech mat der Équipe soignante ennerhalen a mat den „Proches désignés par le patient“, an e muss sech vergewësseren, dass de Patient och d'Geleeënheit hat, sech iwwer seng Demande mat deene Persounen ze ennerhalen, déi e wollt gesinn.

Den Dokter, deen dann zu enger Euthanasie mengt missen ze schreiden, gétt an den nächste véier Deeg en Document d'enregistrement of, dee vun der Proposition de loi virgesinn ass, bei der Commission nationale de contrôle et d'évaluation, déi jo aus neng Membere besteet, déi hei vun der Chamber bezeechent ginn.

Dat Dokument huet zwee Voleten. Deen éischte Volet huet méi faktuell Informatiounen, deen zweeten huet méi personell a medezinesch Informatiounen. D'Kommissioun kuckt dann dat Dokument a vérifiéiert, ob d'Konditiounen an d'Prozeduren, déi am Gesetz virgesi sinn, effektiv respektéiert sinn. Wa se en Zweifel huet, kann d'Kommissioun de Médecin traitant froen, hir all déi Elementer ze ginn, déi am Dossier médical sinn.

Wann dann d'Kommissioun der Meenung ass, dass sämtlech Bedéngungen, déi am Gesetz virgesi sinn, net respektéiert sinn, muss se bannent zwee Méint eng Décision motivée huelen, déi se dem Médecin traitant zoustellt an - loosse mer dat net vergiessen - si schéckt eng Kopie vun hirem Décisioun och un de Parquet, deen dann dee Moment kann aschreiden, wann en et néideg fént.

Et ass also am Kader vun där Décisioun ex post - well et ass jo och vill diskutéiert ginn iwwer ex ante oder ex post - en Encadrement, dee vollstänneg ass, dee seriö ass an deen och dissuasif ass. Bei deem Colloque, vun deem ech virdu geschwat hunn, hu souwuel déi belsch wéi déi hollännesch Dokteren, déi do waren, an dat ware keng Onbekannten - den Hollänner war wéi gesot de Johan Legemaate, Professor of health law, Vrije Universiteit, Amsterdam, Legal counsel, Royal Dutch Medical Association, an de Belsche war den Dokter Marc Englert, Professeur à l'Université Libre de Bruxelles, Membre de la Commission fédérale de contrôle et d'évaluation de l'euthanasie -, allen zwee gesot, dass d'Afëiere vun esou enger Gesetzgebung an hire Länner do net zu Abusé geféiert huet.

Den Hollänner formuléiert et esou: „Every now and then a case occurs in which the physician has neglected one or more of the requirements mentioned in the law, but evidence for abuse on a larger scale is lacking.“ An de Belsch seet: «Appliquée depuis près de quatre ans, la loi n'a pas donné lieu à des difficultés particulières: les médecins qui ont pratiqué des euthanasies ont respecté la loi et aucun cas d'abus ne s'est produit.»

» **Une voix.** - Très bien!

» **Mme Colette Flesch (DP).** - Ech sinn iwwerzeegt, wa mir ons déiselwecht Gesetzgebung ginn, da komme mer op deeselwechte Wee.

Ee Wuert nach, Här President, zu deem wat de Conseil d'État gesot huet.

De Conseil d'État, et ass schon dovun geschwat ginn, huet e ganz foulléierten Avis ofginn iwwert d'Gesetz vun de Soins palliatifs. E weist drop hin, dass et Similitudé gétt an den Objektiv, souwuel vun de Soins palliatifs wéi vun der Euthanasie, a kënt dann zur Konklusioun «que la sédation palliative retenue par le projet de loi retire à la proposition de loi sa motivation».

Et sief mir erlaabt, Här President, ze soen, dass datselwecht Rasonnement kann dozou féieren, dass d'Soins palliatifs an d'Euthanasie complémentaire sinn. D'Soins palliatifs kënnen wuel prodiguéiert ginn, ier de Patient wëllt op d'Euthanasie zrëckgräifen. An de Professor Englert huet ganz kloer gesot, dass «les soins palliatifs ont leurs limites et connaissent des échecs». An da kënt et natierlech un déi nächst Etapp; esou bedauerlech dat och ass.

Här President, vläicht soll et och nach soen, dass Belgien 2002 am Fong drai Gesetze ugeholt huet: eent iwwert d'Loi relative au droit du patient, ee Gesetz relative

aux soins palliatifs an ee Gesetz relative à l'euthanasie. De Bilan dovunner ass positiv. Dat ass hei scho gesot ginn. Ech hunn et répétéiert. Et sinn do keng Abusé geschitt.

Ech mengen also, dass d'Adoption vun der Proposition de loi eng richteg Amélioration am Domän vun der Stierfhëllef wäert zu Lëtzebuerg bréngen an ech wäert ouni Bedenken an ouni Hésitation fir déi Proposition de loi stëmmen.

Meng Kollege wäerten hirem Gewëssen no stëmmen, wéi si et fir richtig halen.

Ech wëll nach vläicht zwee Punkten am Telegrammstil opwerfen, an dat ass och hei scho gesot ginn. Wa mer wëllen, dass souwuel dat Gesetz iwwert d'Soins palliatifs wéi och dat iwwert den Droit de mourir en dignité hir Objektivitéit kënnen errechen, da musse mer derfir suergen, dass d'Dokteren an all déi Professionell, déi an deem Secteur aktiv sinn, effektiv déi noutwendeg Formation kréien. Ech weess, dass dat schwierig ass, notament fir déi, déi hir Studien am Ausland maachen op auslänneschen Universiteiten. Mä et gétt jo och Kritären, déi ee ka fixéieren, an et gétt jo och eng Formation continue, déi ee kann offréieren.

Anerersäits sinn ech der Meenung, dass d'Réseaux de soins, ob se am Milieu hospitalier sinn, am Centre de Soins oder bei Soins à domicile, esou ausgebaut musse ginn, dass effektiv déi zwee Projete kënnen eng Realitéit ginn.

Här President, ech wëll net ofschléissen, ouni de Rapporteure vun deenen zwee Texter, der Madame Lydia Mutsch, dem Här Jean Huss an der Madame Lydie Err, souwéi all onse Kolleegen aus der Santéskommissioun Merci ze soen.

Spéitstens ab dem 5. Februar 2002 fir zwee vun hinnen, spéitstens ab dem 9. November 2006 fir se alleguerten hu se eng exzellent Aarbecht gemaach. Et ass dank där Aarbecht, dass mir haut konnten eng Debatt féieren, déi seriö war an déi konnt an der Serenitéit gefouert ginn. Dat ass bei esou engem Projet eppes besonnesch Wäertvolles.

Ech kann nëmmen hoffen, dass déi Proposition de loi ka gestëmmt ginn, well dat wär a mengen Aen eng ganz wichteg Etapp an der Mise au diapason vun onser Gesetzgebung mat dem Fortschritt vun der Wëssenschaft a vun der Medezin a mat der Evolution vun onser Gesellschaft.

Ech soen lech Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Madame Flesch. Den nächste Riedner ass den honorabelen Här Angel. Här Angel, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Marc Angel (LSAP).** - Här President, léif Kolleeginnen a Kolleegen, als leschte Riedner erlabeen ech mer ze soen, wéi frou ech doriwuer sinn, mat wéi enger Serenitéit an Dignitéit d'Debatten haut den Owend ofgelaf sinn.

Ech wëll och gläich soen, dass ech fir d'Proposition de loi sur le droit de mourir en dignité stëmme wäert. Et ass sécher fir eis all keen einfache Vote, well et ëm den Doud geet, an den Doud ass ebe leider nach ëmmer fir vill an eiser Gesellschaft en Tabuthema.

Ganz perséinlech wëll ech mengem Papp, deen iwwer 40 Joer als Dokter geschafft huet, Merci soe fir déi vill a gutt Diskussiounen, déi ech hat mat him iwwert dat Thema vum Stierfprozess. Dës Diskussiounen hu mir vill gehollef a mech iwwerzeegt, dës Proposition de loi ze stëmmen.

Iwwerzeegt hu mech natierlech och d'Argumenter vun den Auteurs, vum Jean Huss a vum Lydie Err, a vu villen aneren, besonnesch elo zum Schluss och nach d'Colette Flesch, fir hei déi Proposition ze stëmmen.

Ech war och kierzlech op enger öffentlecher Versammlung, wou meng Kolleegin Lydie Err dës Proposition de loi virgestallt huet a mat de Leit am Sall duerchdiskutéiert huet. D'Froen, d'Reaktiounen, d'Diskussiounsbäitrag an awer och d'Émoignag vum de Leit, vun deenen e groussen Deel eeler Matbierger waren, hu mech impressionnéiert, an och dat do huet mech iwwerzeegt, dës Proposition de loi ze stëmmen.

No där Erfahrung, déi ech also d'lescht Woch op där öffentlecher Biergerversammlung gemaach hunn, huet mech d'Resultat vun dem TNS-ILRES-Sondage am leschten „Tageblatt“ net gewonnen.

Ech wëll hei just der Madame Frank soen, dass ech mat hirem Aussoen net d'accord sinn iwwert déi „Statistiken“, wéi si dat nennt - ech nennen dat Sondagen. Déi si wuel an enger Zeitung publizéiert ginn, mä si si vun engem onofhängegen Institut duerchgeféiert ginn.

78,3% vun de Gefrotene sinn derfir, dass aktiv Stierfhëllef méiglech gétt. 14,2% sinn dergéint. Deem géigeniwwer soen awer 67% vun deeneselwechte gefrotene Leit, dass si perséinlech am Fall vun enger onheilbarer Krankheet op eegene Wonsch d'aktiv Stierfhëllef fir sech wëlle beusprochen.

Ech wëll, nodeems ech dës Zuelen zitiiert hunn, ervirstärken, dass et also och en Deal Leit gétt, fir déi perséinlech déi aktiv Stierfhëllef net a Fro kënn, déi awer anere Matbierger e fräie Choix iwwer hiren Doud wëllen erméigleche loossen.

Et kann een also zum Beispill parfaitement fir sech selwer d'Euthanasie oflehen, ouni awer d'fir deenen anere Leit eng Dier zouzemaachen.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech fannen et och enorm wichteg nach eng Kéier ze widderhuelen, dass duerch dës Proposition de loi keen Dokter ka forcéiert ginn, aktiv Stierfhëllef ze praktikéieren. Genau wéi d'Patiente fräi sinn, aktiv Stierfhëllef ze froen - natierlech am Kader vum Artikel 2 aus der Proposition de loi -, esou sinn och d'Doktere fräi. Och si hunn de Choix.

Ech insistéieren och nach eng Kéier, dass eenzeg an eleng de kranke Mënsch selwer fir sech aktiv Stierfhëllef froe kann. Dat heescht, weder e Partner nach eng Partnerin, weder d'Elteren nach d'Kanner nach soss iergendeen a scho guer keen eventuellen lerwen - wéi dat esou oft fälschlecherweis gefaart gétt - ka sech bei deem Choix substituieren.

Här President, léif Frënn, mir huelen elo hei zu 60 Deputéierten eng wichteg Décisioun, déi all eenzelne Matbierger aus dësem Land ka betreffen. D'fir fannen ech perséinlech, muss een heiansdo Abstraktioun maache kënne vu senger perséinlecher philosophescher oder reliéiser Astellung zum Liewen an och zum Doud.

Fir mech ass dat Wichtigst, dass jiddfer eenzelne Bierger vun eisem Land no senger eegener Iwwerzeugung ka liewen an dat bis zum Enn vu sengem Liewen, also och selwer iwwer säin Doud ka bestëmmen a be-fannen.

Bei all Respekt fir déi Leit, déi d'Liewe fir onantastbar halen, plädéieren ech fir eng gesetzlech Verankerung vun der Selbstbestëmmung vun all Mënsch an dësem Kontext. Eng Selbstbestëmmung, déi, wa mer dës Proposition de loi stëmmen, e strikte Kader kritt.

Och ech wëll deene ville Rapportere vun dësen zwee Projeten, déi mer haut diskutéiert hunn, an och all deenen anere Kolleeginnen a Kolleegen, egal wéi hir Meenung war, Merci soe fir hir Bäitrag an ech soen lech och Merci fir d'Nolauschteren.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Angel. Et sinn elo nach zwee Kolleegen, déi mer d'Wuert gefrot hunn, fir ganz kuerz. Madame Stein, Dir hutt fir d'éischt d'Wuert.

» **Mme Martine Stein-Mergen (CSV).** - Merci, Här President. Ech wëll just nach eng Kéier op déi Diskussioun vun der Kommissioun zréckkommen, déi ech vir-drun hat, währenddem ech geschwat hu mat der Madame Err.

Ech hat nämlech ni gesot, déi Kommissioun wier ze grouss oder ze kleng, Här Huss. Ech

hat just festgestallt, dass d'Kompositioun vun der Kommissioun, esou wéi se an der Belsch ass, zur Halschent aus Dokteren, dovunner d'Halschent Unisproffen, zu engem Véierel aus Juristen, an zwar Droitsproffen, an zum leschte Véierel aus Professionellen, déi am End-of-life-Prozess impliziert sinn, besteet.

Ech hunn d'Madame Err, wéi se mer eigentlech déi Fro gestallt huet, falsch verstanen, nämlech dass si nach spéiderhin déi Kompositioun vun där Kommissioun geännert hätt. Wat mech awer gewonnert hätt, well dat nämlech net an dem Rapport an der Kommissioun gesot ginn ass. Duerfir hunn ech eng relevant Ausso zréckgezunn. Dat ass awer net de Fall. D'Kommissioun, esou wéi se hei proposéiert ass, besteet nach wie vor aus néng Leit, dräi Dokteren, dräi Professioneller an dräi Leit aus der sougenannter Zivilgesellschaft.

Ech halen also déi zwou Aussoen oprecht, déi ech gemaach hunn: Fir d'éischt dass an enger Kommissioun eng Zweedrittelmajoritéit net Doktere sinn, dass fir mech also déi Leit en Exercice illégal de la médecine beginn; a fir d'zweet dass déi sechs Membere, déi dann net opgrond vun der Proposition de loi d'Méiglechkeet hunn, fir Euthanasie ze bedriewen, wann zum Beispill an dëser oder an enger anerer Zesummesetzung eng falsch Décisioun geholl gétt, dem Homicide sech kéinte schëlleg maachen.

Et ass ganz kloer eng Saach vun Interpretatioun vu mir. Et ass menger Meenung no och eng Saach vun Interpretatioun bei der Madame Err, mä ech géif meng Ausso trotzdem wëlle stoe loossen.

Ech soen lech Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - D'Madame Err huet mer nach d'Wuert gefrot.

» **Mme Lydie Err (LSAP), auteuse-rapporteuse.** - Merci fir d'Wuert. Ech wollt nach op e puer Punkten agoen. Souwisou mengen ech, dass déi Haaptsaache gesot sinn. D'Madame Flesch huet déi prinzipiell Froen hei alleguere gekläert. All déi aner Dispositionen, déi am Detail elo kritiséiert ginn, d'Kompositioun vun der Kommissioun, Exercice illégal de la médecine an esou weider, déi stinn zur Diskussioun. Wann den Text gestëmmt ass a wa Propositionen do kommen iwwer Detailfroen, déi doranner sinn, da kann iwwer alles diskutéiert ginn.

Wat op jidde Fall falsch ass, dat ass fir ze soen, egal wéi déi Kompositioun do ausgesäit, souguer wann nëmmen Dokteren dra wieren, dass dat eppes mam Exercice de la médecine ze dinn hätt, well wat do kontrolléiert gétt an där Commission d'évaluation, dat si keng medezinesch Kritären, dat ass de Respekt vun de Konditiounen vum Gesetz.

Mä ech wëll net méi op déi doten Diskussioun agoen, och net op déi Interpretatioun vun der Madame Frank, zu där villes ze soe wier, wou ech zu dëser spéider Stonn mech wëll zréckhalen, well déi Haaptsaache gesot gi sinn, a well ech mengen, dass beim Rescht souwisou alles zur Diskussioun steet, wa mer dann an engem nächste Stadium zu de prezisen Detailer vun deene Modifikatiounen kommen, déi ee Jo-Stëmme zu dëser Gesetzespropositioun géif mat sech bréngen.

» **M. le Président.** - Merci, Madame Err. Den Här Wolter freet d'Wuert nach.

» **M. Michel Wolter (CSV).** - Här President, ech géif eng Explikatioun zur Liberté de vote wëlle ginn, wann Der erlaabt. Nom Vote ass dat relativ schwéier fir ze maachen, well ech eng Meenung dozou hunn.

Et ass vill diskutéiert ginn iwwert déi Fro hei, et ass jo och vill kontrovers diskutéiert ginn iwwert déi Fro hei, an ech géif soen, dass mir an eiser Partei eis déi Diskussioun net einfach gemaach hunn. Mir hunn alleguerten, egal op wat fir engem Bord dass mer stinn, Erfahrung gemaach. D'Fro vum Liewen a vum Doud sinn héchstwahrscheinlech déi komplizéiertst Froen, déi een am Liewe ka begéinen.

Et ass gesot gi vu ville Leit, dass et sech ëm eng Gewëssensfro handelt, an ech géif bieden, dass d'Meenung vun deenen engen a vun deenen aneren, esou wäit se an deem Beräich sinn, och respektéiert géife ginn. Et ginn der an dësem Domän, déi wësse méi wéi anerer, et ginn der, déi wëssen alles, déi hunn eng fest Meenung, an et ginn der, déi zweifelen. Ech perséinlech gehéieren zu deenen, déi zweifelen. Vill zweifelen. An ech hu bei ville vu meng Kolleegen gemierkt, dass vill vun hinnen och zweifelen, well a Fonctioun vun der Situatioun, an där een dran ass, een zu dëser oder zu där Konklusioun ka kommen.

Duerfir hu mer à un certain moment als CSV-Fraktioun decidéiert, an ech géif dat licht rektifizéieren, wat d'Madame Flesch gesot huet; et war keng Décisioun vum Statsminister, et war op Proposition vum Statsminister wou d'CSV-Fraktioun decidéiert huet, fir an deem heiten Dossier d'Liberté de vote auszeschwätzen.

All Deputéierte vu menger Fraktioun kann an dësem Vote stëmmen, esou wéi hien et mat sengem Gewësse ka veräntweren. Mir hunn am selwechte Moment decidéiert, dass kee vun eise Kolleegen, egal wéi e stëmmt, doduerch aus der Partei oder aus der Fraktioun géif erausgehait ginn.

Et sinn den Owend zwee vun eise Kolleegen net hei, well se aner Verpflichtungen hunn: d'Madame Marie-Thérèse Gantenbein an d'Madame Françoise Hetto. Si hunn hirem Fraktiounspresident eng kloer Indication de vote ginn, esou datt se och vu Kolleegen aus beim Vote wäerte vertruede ginn.

Ech soen lech Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Wolter.

Domat si mer um Enn vun der Debatt ukomm. Ech denken, dass d'Regierungsvertrieeder, d'Familljeministesche Madame Jacobs an den Här Gesondheitsminister Di Bartolomeo, kloer gesot hunn, wat si vun där Proposition halen, déi elo zum Vote steet. Si hunn och gesot, dass d'Regierung selbstverständlech, egal wéi dësse Vote ausgeet, de Vote vun der Chamber respektéiere wäert. A si hu gesot, dass, le cas échéant a wann et sollt noutwendeg sinn, d'Regierung der Chamber zur Säit steet, an d'Chamber der Regierung zur Säit steet, fir dat ze maachen, wat muss gemaach ginn, deemno zu wéi engem Vote mer kommen.

#### Motion

Fir awer korrekt ze sinn, komme mer un d'Motioun, déi den Här Jaerling proposéiert

huet. Wann do fënnf Ennerschrëften drop sinn - bis elo ass nëmmen eng do -, kënne mer driwwer ofstëmme.

Wa soss kee se méi ënnerschreift, wat jo schéngt de Fall ze sinn, dann deet et mer leed, Här Jaerling, dann ass d'Motioun net zoulässeg.

Mir kéimen elo, Dir Dammen an Dir Hären, zum Vote vun der Proposition de loi vun der Madame Err an dem Här Huss.

#### Vote sur l'ensemble de la proposition de loi et dispense du second vote constitutionnel

D'Proposition de loi 4909 vun der Madame Err an dem Här Huss ass ugeholl mat 30 Jo-Stëmme, bei 26 Nee-Stëmme an 3 Absentioune.

Ont voté oui: Mme Nancy Arendt;

MM. Marc Angel, Alex Bodry, John Castegnaro, Mmes Claudia Dall'Agnol, Lydie Err, M. Ben Fayot, Mme Lydia Mutsch, MM. Roger Negri, Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz;

MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur, M. Fernand Etgen, Mme Collette Flesch, MM. Charles Goerens, Paul Helminger, Alexandre Krieps, Claude Meisch et Carlo Wagner;

MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox et Mme Viviane Loschetter;

M. Jacques-Yves Henckes.

Ont voté non: Mme Sylvie Andrich-Duval, M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen (par Mme Martine Stein-Mergen), MM. Marcel Glesener, Norbert Hupert, Mme Françoise Hetto-Gaasch (par M. Marcel Oberweis), MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Marcel Sauber, Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter;

MM. Gast Gibéryen et Robert Mehlen;

M. Aly Jaerling.

Se sont abstenus: MM. Fernand Diederich, Jean-Pierre Klein et Jos Scheuer.

#### (Applaudissements)

Gétt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

#### (Assentiment)

Dann ass et esou decidéiert.

Dir Dammen an Dir Hären, ech wëll lech Merci soe fir den Eescht, de Seriö an d'Dignitéit, mat där mer dës Debatt haut de Mëttig hei gefouert hunn. Et war eng Debatt, déi à la hauteur vun där sensibeler Problematik war, déi mer ze diskutéieren haten. Dat war eng gutt Debatt an duerfir soen ech lech Merci.

D'Sitzung ass opgehuewen.

(Fin de la séance publique à 20.52 heures)



Chambre  
des Députés

L U X E M B O U R G

Chamber TV

weist all öffentlech Sëtzung  
live an integral

An der Gemeng Bartreng um Kanal S40 / 455.25 Mhz

Zu Beetebuerg um Kanal S40 / 455.25 Mhz

Zu Walfer um Kanal S29 / 367.25 Mhz

Zu Biwer an zu Wecker um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Bous um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Bërmereng um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Konter um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Dippech um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Dikrech um Kanal S19 / 287.25 Mhz

Zu Iermsdref um Kanal S40 / 455.25 Mhz

Zu Esch-Sauer um Kanal S40 / 455.25 Mhz

Zu Nidder- an Uewerfeelen um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Gréiwemaacher  
um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Hieffenech um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Hesper um Kanal S40 / 455.25 Mhz

Zu Kielen (& Brameschhaff), Keespelt, Meespelt,  
Ollem an Nouspelt um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Mamer um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Manternach um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Medernach um Kanal S40 / 455.25 Mhz

Présidence: M. Lucien Weiler, Président  
M. Laurent Mosar, Vice-Président

## Sommaire

1. Déclaration de M. Jean Asselborn, Vice-Premier Ministre, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, sur la déclaration d'indépendance du Kosovo, suivie d'un débat
  - M. Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration
  - Débat: M. Ben Fayot, M. Laurent Mosar (à qui répond M. Jean Asselborn), M. Charles Goerens (résolution), M. Félix Braz, M. Jacques-Yves Henckes, M. Aly Jaerling, M. Jean Asselborn
  - Résolution: Aly Jaerling, Charles Goerens, résolution adoptée
2. 5686 - Projet de loi transposant la Directive 2005/35/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la pollution causée par les navires et à l'introduction de sanctions en cas d'infractions et la Décision-cadre 2005/667/JAI du Conseil du 12 juillet 2005 visant à renforcer le cadre pénal pour la répression de la pollution causée par les navires
  - Rapport de la Commission de l'Économie, de l'Énergie, des Postes et des Sports: M. Jos Scheuer
  - Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel
3. 5769 - Projet de loi portant approbation de l'Accord de partenariat et de coopération établissant un partenariat entre les Communautés européennes et leurs États membres, d'une part, et la République du Turkménistan, d'autre part et de l'Acte final, signés à Bruxelles, le 25 mai 1998
  - Rapport de la Commission des Affaires étrangères et européennes, de la Défense, de la Coopération et de l'Immigration: M. Marc Angel
  - Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel
4. 4985 - Projet de loi relatif aux chiens
  - Rapport de la Commission de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural: M. Marcel Oberweis
  - Discussion générale: M. Carlo Wagner (à qui répond M. Fernand Boden), M. Romain Schneider, M. Henri Kox, M. Robert Mehlen, M. Aly Jaerling, M. Camille Gira, Mme Octavie Modert, Secrétaire d'État à l'Agriculture, à la Viticulture et au Développement rural
  - Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel
5. Demandes en naturalisation
  - Adoption en séance non publique de 121 demandes en naturalisation avec dispense du second vote constitutionnel

Au banc du Gouvernement se trouvent: M. Jean Asselborn, Vice-Premier Ministre; M. Fernand Boden, Ministre; Mme Octavie Modert, Secrétaire d'État.

(Début de la séance publique à 14.29 heures)

### » M. le Président. - D'Sitzung ass op.

Här Ausseminister, huet d'Regierung der Chamber eng Matdeelung ze maachen?

### » M. Jean Asselborn, Vice-Premier Ministre, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration. - Neen, Här President.

» M. le Président. - Als éischte Punkt hu mer haut de Mëtteg eng Deklaratioun vum Här Ausseminister iwwert d'Onofhängegkeetserklärung vum Kosovo um Ordre du jour. Här Asselborn, Dir hutt d'Wuert.

## 1. Déclaration de M. Jean Asselborn, Vice-Premier Ministre, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, sur la déclaration d'indépendance du Kosovo, suivie d'un débat

» M. Jean Asselborn, Vice-Premier Ministre, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration. - Här President, Dir Damen an Dir Hären, den 12. Dezember d'lescht Joer hunn ech hei aus menger Siicht an der Chamber versicht lech en Iwwerbléck ze ginn iwwert d'Situatioun an an em de Kosovo. Ech hunn lech och gesot, wou déi international Gemeinschaft dru wier am Prozess, deen zur Léising vun der

Statusfro vun deem Territoire féiere soll, dann och e weéne firwat de Stéllstand - de Status quo, also näischt maachen - fir d'ganz Balkanregioun eng fatal Konsequenz hätt.

Haut si mer iwwert de Stéllstand ewech. De Prozess vun der Léising vun der Statusfro, dee mer am Kader vun der Europäescher Unioun säit Jore begleeden, huet de leschte Sonndeg een décisiv Schrëtt kann, andeems d'Parlament zu Priština d'Onofhängegkeet vum Kosovo deklaréiert huet. E Méindeg vun dëser Woch du sinn d'Ausseministere vun der EU, wéi Der wësst, zu Bréissel zesummekomm an hunn och gemeinsam op dës Onofhängegkeetserklärung vu Priština reagiert.

Dobäi goug et net drëm, esou wéi dat heiansdo duergestallt ginn ass, eng gemeinsam Positioun iwwert d'Unerkennung vun deem neie Stat ze formuléieren. Dat ass eng souverän Décisioun vun all Land. D'Europäesch Unioun als solch kann de Kosovo net unerkennen. Dat ass all Stat vun der Unioun virbehalen; an och all Stat ausserhalb vun der Unioun. Et war also och ganz kloer vu virera gewosst, dass et an nächster Zukunft souguer méttelfristeg zwee Länner géif ginn, virun allem Zypern a Rumänien, déi de Kosovo net géifen unerkennen.

Et goug e Méindeg vill méi drëm, gemeinsam ze reagieren, eis op dësen neien Développement ze positionéieren en ligne mat eiser besonnescher Responsabilitéit um Balkan an eisen Engagement vis-à-vis vum Kosovo a vun der ganzer Regioun. Dir wësst, dass mer et fäerdeg bruecht hunn, een Text zu 27 - eng gemeinsam Linn also - ze verabschieden.

Déi gemeinsam Plattform, déi mer also à l'unanimité ugeholl hunn, hält engersäits de

kloeren Engagement vun de kosovareschen Autoritéiten zum Opbau vun engem demokrateschen, multiethnesche Stat enner internationaler Opsicht fest. Ech betounen: enner internationaler Opsicht.

Zweetens réaffirméiert dës Plattform d'Beereetschaft vun der Europäescher Unioun, eng führend Roll an der Stabilisatioun vun der Regioun ze spillen. Dësen Engagement gëtt och ennerstrach duerch d'Entsende vun enger Police- a vun enger Rechtsstaatsmissioun an duerch d'Nominatioun vun engem spezielle Représentant. Et ass en Hollänner, vun deem ech elo den Numm vergiess hunn. Ech wollt d'Madame Lucas nach froen: Här President, Dir hutt mech verhënnert, mä ech soen lech en dann awer herno.

D'Ausseministeren hunn doriwwer eraus d'Europäesch Kommissioun gefrot, d'Moyenen, déi hir zur Verfügung stinn, ze benotzen, fir den ekonomeschen a politeschen Développement vun der Regioun - net nëmme vum Kosovo, mä vun der ganzer Regioun - virunzedreien a konkret Mesuren ze proposéieren, déi der Regioun op hirem Wee an d'Europäesch Unioun hëllef sollen, op der Basis enner anerem vum Conseil européen senger Décisioun vun 2003 zu Thessaloniki.

An hirer Onofhängegkeetserklärung hunn d'Kosovaren hire Wonsch, zur europäescher Famill ze gehéieren, wierklech ennerstrach. D'gemeinsam Plattform réaffirméiert awer och iwwert den éischte sui generis-Fall vum Kosovo d'Attachement zu de Prinzipien vun der Charta vun der UNO an och zu de Prinzipien an zu de Konklusiounen vum Acte final vun Helsinki. Prinzipien, wéi enner anerem dee vun der territorialer Integritéit. Dës Réaffirmatioun war verschidene EU-Länner wéinst hirer spezifischer interner Situatioun - ech verroden och do kee Geheimnis, wann ech do speziell Zypern, Spuenien an och zum Deel Rumänien ervirsträchen - besonnesch wichteg.

De Conseil huet schlussendlech - ech hunn et grad schonn erwähnt - op der gemeinsamer Plattform seng Iwwerzeugung ennerstrach, dass et sech beim Kosovo em een eenzegaartege Fall, em ee sui generis-Fall handelt. Ech wëll mech vläicht e puer Minutten domadder ophalen.

Wann Der mech frot, firwat d'Europäesch Unioun a mat hir de Groussdeel vun der internationaler Communautéit de Kosovo als eenzegaartege Fall, als Fall sui generis ugesinn, esou läit d'Antwort enner em an deenen historeschen Entwécklung vum deem Land.

De Kosovo krut no der jugoslawescher Constitutioun 1968 als Provënz eng wäitreichend Autonomie. 1974 gouf en op eng Stuf gestallt mat deenen anere jugoslawesche Republiken. De President Milošević huet dunn awer 1989 dës jugoslawesch Constitutioun violéiert, andeems hien d'Autonomie vum Kosovo drastesch ageschränkt huet. Hien huet dat kosovarescht Parlament a Gouvernement opgeléist an d'Liewenskonduitiounen vun den Awunner vum Kosovo, déi albanescher Ofstamung waren, bewusst verschlechtert. D'Albaner hate keng Spideeler méi am Kosovo. D'Albaner sinn aus der Schoul erausgeflunn. Et huet missen e komplette Parallellregime am Kosovo opgebaut ginn, enner - een Numm, deen Der bestëmmt kennt - dem President Rugova, dee jo viru kuerzem gestuerwen ass.

300.000 Albaner si schonn deemools - dat heescht direkt no '89 - aus dem Kosovo geflücht. '91 huet de Milošević de Kosovo zu enger Provënz vu Serbien enner enger neier Jugoslawescher Federalrepublik gemaach. '98 huet hien dunn dat Fataalt gemaach, nämlech eng Militärcampagne géint de Kosovo lancéiert. Et koom zu ethnesche Säuberungen. Et koom zu sommairer Exekutiounen an och enger massiver Zerstéierung. 800.000 Leit sinn deemools aus dem Kosovo geflücht. Ech kann lech soen, gëschter war den Ausseminister vu Montenegro bei mir, an dee sot, an engem Dag sinn deemools 100.000 Leit eleng a Mazedonien opgeholl ginn, déi aus dem Kosovo geflücht sinn.

Nom Échec 1999 vun de Friddensgesprécher zu Rambouillet huet d'NATO dunn agegraff, fir de Milošević derzou ze zwéngen, sech aus dem Kosovo zrëckzeziehen an der humanitärer Katastroph an der Verletzung vun de Mënscherechter een Enn ze setzen. Den 10. Juni '99 huet den UNO-Sécherheitsrot d'Resolutioun 1244 ugeholl, déi de

Kosovo enner d'Administratioun vun der UNO gestallt huet an d'NATO beoptraagt huet, fir d'Sécherheet vum Kosovo ze suergen.

Här President, ech hu gesot, ech géif mech e weéne méi laang mat deem Fall sui generis ophalen, well sech och vläicht bei lech Froe stellen am Kontext vu Südossetien oder Abchasien, och nach Transnistrien, wat jo enner genannt gëtt. Duerfir ass et vläicht gutt, dass mer dat direkt vu virera klären.

Huele mer emol Südossetien an Abchasien. No der Onofhängegkeet vu Georgien huet Südossetien sech wëlle mat der Regioun Nordossetien, wat a Russland läit, verbannen, also uschléissen. Dat huet zu engem Konflikt gefouert. '92 ass e Waffestëllstand komm. D'Abchase wollte sech '92 onofhängeg erklären, wat och zu engem bluddege Konflikt gefouert huet. A béide Fäll war also à la base de Wonsch, fir noufalls mat Gewalt zu enger Onofhängegkeet ze kommen. Dat heescht, déi Regiounen wollten mat Gewalt eng Onofhängegkeet kréien.

Beim Kosovo - an dat mécht den Einzelfall vum Kosovo ganz däitlech - war dat net de Fall. De Wonsch vun Onofhängegkeet ass gebuer ginn als Reaktioun op d'Oferkenne vum Kosovo senge konstitutionelle Rechter duerch de Milošević an och d'Atrocitéiten, déi de Kosovo-Albaner duerch dës Ennerdréckung widderruef sinn. Dat ass also e fundamentalen Ennerscheid.

E weidere groussen Ennerscheid ass: Weder Südossetien nach Abchasien stoung jeemools enner der Administratioun vun der UNO, wéi dat zënter 1999 am Kosovo de Fall ass. Am Kosovo gouf et och am Kader vun der UNO ee Prozess, dee vun Ufank un ausdrécklech op eng Definitioun vum Statut vum Kosovo higeschafft huet an deen am Kader eng international superviséiert Onofhängegkeet an Aussicht gestallt huet, zënter '99. Vergleichbares gëtt et weder a Südossetien nach an Abchasien.

Léif Leit, ech wëll lech och nach ee Wuert iwwer Transnistrien soen. Et gëtt jo och hei zu Lëtzebuerg Leit, déi mengen, dass do Ähnlechkeeten ze gesi wieren. Ech soe ganz kloer: No der Onofhängegkeet vu Moldawien 1991 ass et an Transnistrien - dat ass eng autonom Regioun vu Moldawien, déi zur östlecher Säit läit - zu engem ganz bluddege Konflikt komm, dee vu russeschen Truppe gestoppt gouf. Déi russesch Truppe si bis haut jo present an Transnistrien.

Fir d'Relatiounen tëschent Chişinău an Tiraspol ze regelen, ennerstéizt mir als Europäesch Unioun - Lëtzebuerg selbsterständlech - d'Négociatiounen vum sougenannten „Five plus two“. Et ass e Format, wou Russland, d'Ukraine, d'OSZE Moldawien, Transnistrien an da selbsterständlech och d'Vereenegt Staten an d'EU als Observateuren dra sinn. Mir ennerstéizen déi Grupp, déi et soll fäerdeg bréngen, fir dee Konflikt do ze léisen.

An Transnistrien gëtt et zënter '92 en auto-proklaméiert Gouvernement. Dat ass awer vu kengem Land vun der Weltgemeinschaft unerkannt ginn. Ech wëll nach eng kéier soen, dass et och an Transnistrien ni zu enger UNO-Presenz komm ass, fir d'Administratioun vun deem Land ze maachen. Et war just eng UNO-Presenz do, déi gekuckt huet, fir op de Grenze Sécherheet ze behalen.

Och an Ossetien an an Abchasien ware Wahlen. Déi Wahle sinn emol net vu Russland - dat eenzeg Land, wat jo Südossetien an och Abchasien zimlech nosteet - unerkannt ginn. Duerfir wollt ech mech elo hei e weéne domadder ophalen, Här President. Ech hoffen, Dir verzeit mer dat. Mä et ass ee wichtige Punkt, dass mer wëssen, dass de Cas vu sui generis fir de Kosovo wierklech esou eppes ass. Wann een dat an de Mond hält an et mécht ee Vergläicher mat anere Situatiounen, muss ee sech gutt iwwerleeën, ob dat passt.

Ech wëll elo hei guer net vu Korsika oder vun anere Regiounen a Länner, déi mer kennen, schwätzen; d'Baselstätt oder selbsterständlech och Katalonien. Dat ass net de Fall. Duerfir, dee Cas sui generis hieft dat op. A wann d'Spuenier insistéiert hunn, fir eng Remarque an déi gemeinsam Plattform ze kréien, dann ass dat selbsterständlech och am Kontext vun de Wahlen, déi stattfannen a Spuenien, ze gesinn. Dat solle mer domadder kënnen ofrënnen.

Ech wëll vläch dat domat weiderfuere, Här President, a soen, dass d'Resolutioun 1244 1999 provisoiresch déi kosovaresch Institutione geschaf huet, wéi zum Beispill en demokratesch gewieltent Parlament. Zu diesem Zäitpunkt liewen am Kosovo em déi 10% Serben, déi haaptsächlech am Norde wunnen. No sechs Joer ënner internationaler Administratioun kënnst am Hierscht 2005 dunn den Envoyé vum deemolegen UNO-Generalsekretär Kofi Annan zur Konklusioun, obwuel net all Standarden, déi 2002 définiert goufen, erfëllt sinn, dass de Status quo net méi haltbar wier, well en zu ethnische Spannungen, zu ökonomescher Stagnatioun an zu politescher Isolatioun gefouert huet.

De Kosovo - ech widderhuelen et nach eng Kéier - ass zwou Milliounen Leit. D'Halschent vun de Leit si ganz jonk Leit, praktesch ënner 20 Joer. Mir mussen wëssen, dass all déi Leit am Kosovo keng Perspektiv hunn, weder eng sozial nach eng wirtschaftlech Perspektiv. Duerfir: De Status quo am Kosovo bäibehalen, wier wierklech nëmscht maachen, just de Contraire maachen, fir d'Interesse vun deenen zwou Milliounen Leit op eng ganz aner Stuf ze stellen.

Här President, am November 2005 huet de Kofi Annan dunn de fréiere finnesche President Martti Ahtisaari gefrot, fir mat Hëllef vum Kontaktgrupp d'Négoziatioun zum Statut ze leeden. No 15 Méint Négoziatiounen tëschent de Parteien kënnst de Martti Ahtisaari zur Konklusioun, dass een international iwwerwaachen, onofhängege Kosovo, ee multiethnesch Kosovo, an deem d'Rechter vun de Minoritéiten an de kulturellen a reliëse Patrimoine besonnesch geschützt ginn, déi eenzeg viabel Léisung ass.

Hei mussen mer och wëssen, dass also 15 Méint versicht ginn ass - vun der EU virum allem -, dass béid Parteien, d'Kosovaren an d'Serben, zesammen hätte solle setzen - dat hu se leier net gemaach; nëmme ganz weëneg zu Wien -, fir selwer eng Léisung ze fannen. Mir hunn ëmmer gesot: Wann déi zwou Parteien net selwer eng Léisung fannen, ass et eben dee Moment d'international Communautéit, déi muss tranchieren. Op deem Punkt si mer jo elo.

Den Ahtisaari-Plang gesäit vir, dass eng EU-Rechtsstatssmissioun dem Kosovo ënnert d'Äerm gräift an dass d'KFOR, also d'NATO-Truppen, provisoiresch am Kosovo bleiwen, fir fir d'Sécherheet ze suergen. De Rapport vum UN-Sondergesandten ënnersträicht, wéi scho virum Eide-Rapport, dass de Status quo net haltbar ass, well hien de Friden an d'Stabilitéit an der ganzer Regioun op d'Spill stellt.

D'Europäesch Unioun huet sech jo vun Ufank un eestëmmege fir den Ahtisaari-Plang ausgeschwat. Si huet dee Moment nach gehofft, dass et méiglech wär, de Statusprozess am Kader vun der UNO, wou jo och dee Prozess ageleet ginn ass, zu Enn ze bréngen an den definitive Statut vum Kosovo duerch eng Resolutioun vum Sécherheitsrot ze endossieren. Dat war déi zweet Méiglechkeet.

Wann et net soll geléngen, tëschent de Parteien en Accord ze fannen, war et déi zweet Méiglechkeet. Déi ideal Léisung wier gewiescht, dat an der UNO fäerdeg ze bréngen. Dat war, wéi Der wësst, net de Fall, wéinst der Opposition virum allem vu Russland, dat sech carrément hannert déi serbesch Interesse gestallt huet, déi eng Onofhängegkeet vum Kosovo strikt ofgelehnt hunn an net mat diskutiert hunn, wat een eigentlech kéint als eng viabel Alternativ ubidden.

Op Initiativ vun der Unioun ass dunn nach am August 2007 eng Troika, bestoend aus der Europäescher Unioun, de Vereenegte Staaten a Russland, agesat ginn, fir e leschten Effort ze ënnerhuelen, eng négociéiert Solutioun tëschent Belgrad a Priština ze fannen. No véier Méint hu mer missen och hei den Échec constatieren. Et war den Här Ischinger, den däitschen Ambassadeur zu London, dee federführend do war. Och hei ass et net méi tëschent deenen dräi grouse politesche Muechte fir d'Europäesch Unioun, déi implizéiert waren, zu engem Erfolleg komm.

Et gouf also kloer, dass op deem Wee keng Solutioun ze fanne wier, sief et am Dialog oder sief et bei der UNO, well d'Parteien net vun hire Positione wellten ofwächen. Kee Geréngerer awer - an do hu mer de Lien mat der UNO - wéi den UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon huet dorobberhi festgestallt, dass de Status quo net méi tenabel wier. Mir hunn also eng kloer Ausso vum Generalsekretär vun der UNO, dee seet, de Status quo fir de Kosovo, wat de Statut ueget, ass net tenabel.

Wa mer eis eens sinn, Här President, dass de Status quo also net därer bestoe bleiwen an dass och d'EU eng besonnesch Respon-

sabilitéit um Balkan huet, da mussen mer och entsprechend handelen. Fir d'Letzbeurger Regierung heescht dat engersäits, eis Part vun der Responsabilitéit droen an eis aktiv bedeelegen an där gemeinsamer Rechtsstatssmissioun, déi de 15. Februar lancéiert gouf, an anerersäits d'Konsequenzen aus de Positionen, déi mer an de leschte Jore verdeedegt hunn, ze zéien an d'Onofhängegkeet vum Kosovo unzuerkennen.

Ech hat d'Chance elo grad an Ärer Kommissioun ze sinn, Här President Fayot, wou mer och den Aval kritt hu vun der Kommissioun vun der Chamber, fir bei där Rechtsstatssmissioun definitiv ze participieren. Den Här Vic Reuter ass jo de Porte-parole vun der Police hei zu Letzbeurg. Hie gëtt elo Porte-parole vum Commandement vun der gemeinsamen Police- a Rechtsstatssmissioun. Hie steet dann dem General de Kermabon zu Priština zur Säit. Dat ass eng Position, déi eng grouss Visibilitéit wäert mat sech bréngen. Do hu mer och mam Här Reuter e Mann, dee weess, wat hie seet a Saache Polize. Ech sinn och iwwerzeugt, dass hie seng Aarbecht do, déi iwwert d'ganz Welt verspreet gëtt, och ganz gutt mécht an dobäi och Letzbeurg Eier verschafft.

Mir wäerten och an deenen nächste Wochen a Méint d'Chamber nach eng Kéier sarsieren, well den zoustännege Minister, den d'Polizei ënner sech huet, den Här Luc Frieden, ass och bereet, fir nach zwee bis dräi Offiziere an déi Missioun ze delegieren. Dat deet eise Land gutt. Mir sinn natierlech och an der KFOR, also bei der NATO, nach mat 23 Zaldote present, déi selbstverständlech do bleiwen.

D'kosovaresch Autoritéite sinn an hirer Onofhängegkeetserklärung op all d'Demanden, déi d'international Gemeinschaft, a besonnesch och d'Europäesch Unioun formuliert hunn, agaangen. Hir Deklaratioun referiert sech explizit op den Ahtisaari-Plang an all déi Garantien, déi een doran ermëfent. An der Deklaratioun gëtt de Kosovo deemno als eng demokratesch, sekulär a multiethnesch Republik beschriwwen, geleet vun de Prinzipien vun der Nerdiskriminatioun an enger gläicher Protektioun no rechtsstaatlechen Normen.

D'Deklaratioun gesäit vir, dass all d'Rechter vun alle Communautéiten am Kosovo geschützt a gefördert ginn an dass déi Communautéiten um demokratesche Prozess am Kosovo kënnen deelhuele. D'Deklaratioun gesäit och vir, wat den Här Ahtisaari proposéiert huet, dass de Kosovo eng international zivil Presenz assuréiert; d'Rechtsstatssmissioun vun der Europäescher Unioun. D'Presenz vun der NATO gëtt guttgeheescht an der Deklaratioun vu Priština. Des Weidere wënne sech déi kosovaresch Autoritéiten den Etablissement vu gudde Relatiounen mat hiren Noperen, wat wichtig ass, dorënner och eng eisichter Stell d'Serben.

Déi Assurancé ginn nach emol ausdrécklech ënnerstrach an engem Bréif, an deem de President Sejdiu aus dem Kosovo an de Premierminister Taçi Letzbeurg offiziell virgèschter d'Onofhängegkeetserklärung matgedeelt hunn. Mir hei als Letzbeurger Regierung - well et jo eng Kompetenz ass vun der Letzbeurger Regierung, mä dat soll net gemaach ginn unni den Aval vun der Chamber, op jidde Fall dee politeschen Appui vun der Chamber - wäerten och op déi Demande agoen an eis Unerkennung muer duerch d'Transmissioun vun deene relevanten Dokumenter un d'Autoritéiten zu Priština formulieren.

Här President, ech soen lech Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Ausseminister. Als éischte Riedner ass den honorablen Här Laurent Mosar ageschriwwen. Pardon, den Här Fayot. Loose mer hei am Haus déi gutt Traditiounen wahren!

Den Här President vun der aussepolitester Kommissioun, den honorablen Här Ben Fayot, huet elo d'Wuert.

**Débat**

» **M. Ben Fayot (LSAP).** - Här President, als President vun der aussepolitester Kommissioun sinn ech ausseruerdentlech frou, dass d'Presidentekonferenz d'accord war fir dem Ausseminister seng Deklaratioun op den Ordre du jour ze huelen.

Ech fannen et wichtig, dass d'Chamber - déi zwar d'Aussepolitik net mécht, mä déi d'Aussepolitik awer kontrolléiert an och eng Partie Befugnisse doranner huet, wann et zum Beispill drëm geet, Missiounen ofzeseenen - an esou engem wichtige Moment wéi deem, wou en neit Land an Europa entsteet, och an der Plénière iwwer esou eppes schwätzt.

Den Ausseminister huet jo a senger Deklaratioun duergestallt, dass et beim Kosovo

ëm zwee Problemer geet. Engersäits geet et em d'Unerkennung vum Kosovo als onofhängege Stat, an anerersäits geet et em déi nei politesche Lag um Balkan, an Europa an an der Welt, no der Onofhängegkeet vum Kosovo.

Den éischte Problem, dat ass kloer gesot ginn, dee vun der Unerkennung vun dem neie Land, betrëfft all Land eenzel, an net d'EU a sech. Et gëtt jo bekanntlech Länner an der EU, déi de Kosovo direkt unerkennen, anerer, déi et méi spéit maachen, an anerer, déi deklaréiert hunn, dass se et fir den Abléck net wëlle maachen.

Dat wäert sécher net einfach ginn, och fir d'EU, fir an Zukunft mat engem Land zesummeschaffen, wat net all EU-Memberstater unerkennen. Duerfir mengen ech wier et wichtig, dass den Ausseminister ons, sief et hei oder sief et an der aussepolitester Kommissioun, an deenen nächste Woche géif soen, wéi dat praktesch géiere gëtt, wéi d'EU déi relativ extra Situatioun praktesch wëllt géieren.

Wéi gesot, bei ons ass et d'Regierung, déi iwwert d'Unerkennung vun engem neie Stat décidéiert. D'Letzbeurger Regierung huet déi Décisioun geholl fir de Kosovo unzuerkennen an huet d'Parlament doruwwer informéiert elo duerch den Ausseminister, a si huet natierlech - ech ënnersträichen dat - d'Eleganz, fir Priština dat eréischt matzedeelen, nodeem dass dës Chamber sech doruwwer ausgeschwat huet.

Ech wëll soen, dass mer an der aussepolitester Kommissioun net fir d'éischt iwwert de Kosovo geschwat hunn. Mir waren andauernd vum Ausseminister informéiert, hunn och mat him schon am Laf vum Joer 2000 iwwert d'Situatioun an deem Land geschwat. Duerfir mengen ech schon erkennen ze kënnen, dass et keng Opposition géint déi Unerkennung vum Kosovo gëtt.

Fir d'LSAP - fir den Deal op jidde Fall - wëll ech soen, dass déi Unerkennung vun der Onofhängegkeet aus véier Ursaachen akzeptabel ass:

Déi éischt ass, dass dat Land eng laang Leidensperiod vu Verdriewung an Ennerdrückung vun den Autoritéite vun deem Land erlidden huet, zu deem et bis de 17. Februar 2008 gehéiert huet, an dass säi Bestriewen no Onofhängegkeet absolut ze verstoen ass.

Déi zweete Ursaach ass, dass ee kee Land forcéiere kann, an enger Situatioun vu Blocage ze bleiwen, well an esou enger Situatioun war de Kosovo, mat weëneg internationalen Investissementer an ouni politesche Sécherheet.

Déi drëtt Ursaach ass, dass déi Onofhängegkeet international iwwerwaacht gëtt, an zwar no de Bestëmmungen vum Ahtisaari-Plang, den op Wunsch vun der UNO opgestallt ginn ass an och wäitgehend international Zoustëmmung fonnt huet.

An déi véiert Ursaach ass, dass d'EU Verantwortung fir dat Land iwwerhëlt, a laanscht déi Verantwortung kënnst keen, dee sech em Stabilitéit um Balkan an also och an Europa beméit.

Här President, den Här Ausseminister huet et gesot, et gëtt sécher Suergen an der internationaler Communautéit iwwer e méiglechen Dominoeffekt vum Beispill Kosovo. Et ass sécher net gutt insgesamt, wa weider Opspléckungen um Kontinent géife geschéien. Mir sinn natierlech als Letzbeurger déi Lescht, déi sech iwwer Kleinstaterei kënnen bekloen. Mä d'Stabilitéit gëtt op jidde Fall net duerch weider national Bestriewung favoriséiert. Allerdéngs mengen ech och, dass ee muss e kloer Kapp behalen a bedenken, dass, wann d'Katalunier oder d'Basken onofhängeg wëlle ginn, dat net wéinst dem Kosovo ass. An all national Konflikter an Europa bis hin zu den Ostgrenze vu Russland besti schonns laang virum Kosovo.

Wann nun d'international Communautéit fir déi kontrolléiert Onofhängegkeet vum Kosovo ass, dann huet dat mat der serbischer Politik vis-à-vis vun där Provënz ze dinn. De Kosovo sollt duerch eng Politik vun Ennerdrückung a Verdriewung vum President Milošević gefüeg an echt serbesch gemaach ginn.

D'Leod, wat duerch déi nationalistesch Politik entstanen ass, den Déracinement vun honnertausende Mënschen, d'Flüchtlingsstréim iwwer ganz Europa bis no Letzbeurg, d'Entstehung vun enger militärescher Resistenz, déi allerdéngs hirersäits weëneg zëmperlech mat de Serbe vum Kosovo war, dat alles huet de Kosovo op eng entscheedend Manéier vu Serbien entfriert.

Nach, Här President, jäize mer net Hurra, an den 18. Februar 2008 war d'Welt am Kosovo fir déi einfach Leit net anescht wéi de 17.

Februar. D'Onofhängegkeet vum Kosovo léist kee Problem. Si schaaft der héchstens neier. Een dovunner ass natierlech d'Opposition vu Russland, dat d'Serben op seng Säit wëllt zéien, also en neie Konfrontationspunkt an Europa.

En anere Problem ass de Kosovo selwer. E bleift elo nach praktesch a materiell vu Serbien ofhängeg. De Kosovo ass weider och e klengt Land, enclavéiert tëschent verschidden aner oft problematesche Länner. D'Géigend ass zerrappert vun ethnischen, reliësen, historischen a politesche Géigesätz. Zwar wëllt d'Regierung vum Kosovo e multiethnesche Stat - et ass jo hei gesot ginn - vu Serben an Albaner, mä ob dat geléngt, sief dohinnergestallt.

Mir héieren oft, wa mer hei Leit empfänken aus där Géigend an der Chamber, dass déi ons versécheren, dass si dem Nationalismus ofgeschwuer hunn an dass se Demokratie, Toleranz a Matenee wëllen. Mä den Nationalismus als machtpolitescht Instrument ass iwwerall e beléiftend Instrument. A Bosnien-Herzegowina ass dat esou. Am Kosovo selwer hu Serben an Albaner nëmmen dank der Presenz vun enger 16.000 Mann staarker internationaler Trupp nientenonee geliefert. Dass et klappe kann, weist Mazedonien, bis zu engem gewëssene Grad an einstweilen emol. A mir wëllen och hoffen, dass et geléngt, an där Géigend Friden, Wuelstand a Stabilitéit doduerch erbäizefieren.

Dat ass wichtig och fir déi Leit aus dem Kosovo, déi zu Letzbeurg sinn an déi ganz bestëmmt och do eng nei Perspektiv als Heemecht kréien.

Den zweete Problem, Här President, ass dee vun der internationaler Lag no der Onofhängegkeetserklärung vum Kosovo. D'EU-Ausseministeren hunn e Méindeg zu Bréissel fäerdeg bruecht, eng gemeinsame Haltung fir de weidere Verlaf festzeleeën. Et muss een dat absolut begréissen, dat ass net nëmscht, wat do geschitt ass an der europäescher Aussepolitik. Europa fänkt endlech un, selwer d'Problemer vu sengem Kontinent ze géieren.

Här President, d'Ausseministeren hunn dat fäerdeg bruecht, well d'Europäesch Unioun sech net iwwert d'Unerkennung vun der Onofhängegkeet ausschwätzt, wat se als solch jo och net kann. Si hëlt weider den neie Kosovo-Stat an d'Flicht, déi Prinzipien vu Mateneen an Toleranz ze respekieren, déi e sech ginn huet.

De Kosovo bleift also e Protektorat. Dat heescht, dass d'EU wëllt hëllefen d'Land opzebauen. Mä d'Befugnisse do bei, wëll ech och soen, gi relativ wäit. Zum Beispill wäert d'Mission Eulex bei der Verfolgung vu Krichsverbriechen, der Bekämpfung vun der internationaler Kriminalitéit oder vun ethnischen Konflikter exekutiv Befugnisse kréien.

Sécher - dat muss een och wëssen - huet e Protektorat Nodeeler. Eng friem Besatzung gëtt ni găr ganz laang gesinn a frier oder spéider ofgestouss. Duerfir muss d'Europäesch Unioun sech och permanent iwwerleeën, wéi laang dee Protektorat dauere soll.

Ech mengen, et kann een och nach derpäifügen, dass et gutt ass, dass den Accord intérimaire mat Serbien besteet. Et ass ze hoffen, dass dat Land do den Accord schnell ënnerschreift an dass et endlech, och wat déi Krichsverbriecher Mladić a Karadžić betrëfft, senger Flicht nokënt.

Et bleift och d'Obligatioun vun deem Land Serbien, no vir ze kucken, d'Zukunft opzebauen, amplaz ëmmer erëm an der gloriäicher Vergaangenheet d'Ursaache fir en iwwerdriwwenen Nationalismus ze sichen.

Mir begréissen och - fir ofzeschlëssen, Här President -, dass Letzbeurg seng Responsabilitéit do bei hëlt. Mir hu jo elo éinescht an der aussepolitester Kommissioun onsen Avis favorable gi fir den Envoi vum Här Reuter, den d'nächst Woch, de 25. Februar, seng Mission am Kosovo ufänkt.

Ech mengen, mir kënnen hei soen, dass de 17. Februar 2008 an der Geschicht vum Balkan en neien Dréi bruecht huet. Wou den Dréi héiert, ob e Friden a Stabilitéit bréngt a festegt, hänkt och virum allem vun onsem Engagement of.

Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Hâr Fayot. Den honorablen Hâr Laurent Mosar huet d'Wuert elo.

» **M. Laurent Mosar (CSV).** - Hâr Präsident, Dir Dammen an Dir Hären, e Sonndeg, de 17. Februar, ass dat geschitt, wat mer am Fong alleguer zënter Méint erwaart hunn: D'Autoritéit vum Kosovo huet d'Onofhängegkeet vum hirem Territoire proklaméiert. Doriwwer freeë sech déi eng an iergere sech déi aner.

Déi eng, dat sinn natierlech déi albanesch Kosovaren, iwwer 90% vum der Populatioun vum Land, d'Vereenegte Staten an déi aner Haaptsporsore vum der kosovarescher Souveränitéit. Déi aner, dat sinn déi kosovaresch an all déi aner Serben, d'Autoritéit vum der Republik Serbien, Russland, China an déi Memberstate vum der Europäescher Unioun, déi fäerten, dat en onofhängege Kosovo e potenziell geféierlechen Dominoeffekt kéint schafen.

Esou oder esou: Mir hunn et hei mat enger UDI ze dinn, enger „Unilateral Declaration of Independence“, an esou Phenomeener maachen ni d'Unanimitéit. Dee Begrëff gouf eigentlech geprägt, wéi Rhodesien sech 1965 vu Groussbritannien onofhängeg erkläert huet; eng Onofhängegkeet, déi als kriminellen Akt deemools bezeechent gouf. Wouzou et laangfristeg gefouert huet, dat déi deemoleg rhodesesch Féierung kriminaliséiert gouf, gesi mer jo am Simbabwe vum haut.

Wéi déi Vereenegte Staten dat 1776 gemaach hunn, huet et siwe Joer an e Krich gedauert, bis déi fréier britesch Kolonialmuecht dës Onofhängegkeet uerkannt huet.

Mä dat war nach zu kolonialen Zäiten. Méi rezent Onofhängegkeetserklärunge geschéien üblecherweis am Kader vum der Opléisung vum engem gréisseren Statwiesen, esou wéi et um Enn vum den 80er Joren zum Beispill de Fall an der zerfallender Sowjetunioun war, oder och am Kader vum fréiere Jugoslawien.

De Kosovo ass de siwente Stat, deen um fréiere jugoslaweschen Territoire entsteet. Et kann een et awer dréinen a kéieren, wéi ee wëllt: Unilateral Onofhängegkeetserklärunge sinn net dee Wee, deen an der moderner Welt soll beschratt ginn. Well all UDI bedeit, dat am Konflikt téschent de Völkerrechtsprinzip vum der territorialer Integritéit vum der bestehende Staten, engersäits, a vum Selbstbestimmungsrecht vum de Völker, anerersäits, d'Selbstbestimmungsrecht ëmmer gewénnt. Op d'Käschte vum Prinzip vum der territorialer Integritéit vum existierende Staten, versteet sech.

Am Fall vum Kosovo gëtt et d'Resolutioun vum Weltsécherheetsrot N°1244, déi kloer bestëmmt, dat Kosovo zu Serbien gehéiert an dat déi territorial Integritéit vu Serbien net zur Dispositioun steet.

Et kann een natierlech elo spätzfindeg erausfannen, dat d'Resolutioun sech net wierklech op dat heitegt Serbien bezitt, wat et deemools nach net gouf, mä op d'Bundesrepublik Jugoslawien, déi et haut net méi gëtt. Egal wéi: D'Resolutioun 1244 gëtt dem Prinzip vum der territorialer Integritéit d'Primautéit iwwer dee vum Selbstbestimmungsrecht a wëllt Kosovo méttelfristeg eng substantziell Autonomie am Kader vum engem iwwergéuerdnete Statwiesen zougstoen.

Genau déi Autonomie huet Serbien dese Wanter am Detail proposéiert, calquéiert op dem Modell vum den Oland Inseln, déi formell zu Finnland gehéieren, awer eng quasi 100%eg schwedesch Populatioun hunn. Mä dës serbesch Offer huet näischt gedéngt an de sougenannte Verhandlungsprozess téschent deenen zwou Säiten, dee sech iwwer d'ganzt Joer 2007 gezunn huet, war am Fong en Dialogue de sourds.

Fir Serbien kouw eng kosovaresch Onofhängegkeet ni a Fro, fir de Kosovo kouw ni eppes aneschtens a Fro wéi d'Onofhängegkeet vu Serbien. Wéi dat alles ausgegangen ass, wësse mer haut an elo. Einstweilen huet de Prinzip vum der fréier Selbstbestimmung d'Iwwerhand kritt.

Hâr President, deen eenzege Grond - an

duerfir sinn ech och mam Ausseminister d'accord -, woufir een am Fong näischt Definitives ka géint d'Souveränitéit vum Kosovo hunn, ass deen, dat et am Fong zënter 1999 en UNO-Mandatsterritoire war, iwwer dee Serbien kengerlee Zort vum Autoritéit oder Handhab méi hat. An et ass nun emol esou, zënter Völkerbondszäiten, d'Geschéck vum de Mandatsterritorien, dat se iergendeng kéier zu onofhängege State ginn.

Dat, Hâr Ausseminister, a just dat, ënnerscheet Kosovo vum Taiwan, Transnistrien, Abchasien, Südossetien, Nagorni-Karabach, Nordzypem a Somaliland. Dat si fir de Rescht lauter Territorien, deenen hiren objektiven Usprouch op Eegestaltlechkeet méi reell, méi fundéiert a besser dokumentéiert ass, wéi dee vum Kosovo.

An deem Kontext kommen ech net ronderëm ze fannen, et mist iergendeng kéier duergoe mat deenen dueble Standarden. Et gëtt kee verstännege Grond, fir dem Kosovo eppes ze ginn, wat een deenen anere siwe genannten selwer proklaméierte State refuséiert. Keen, Hâr Ausseminister!

Et ass dann elo och ze befierchten, dat et wäert en etleche Misär ginn no där kosovarescher Onofhängegkeetserklärung. Wou steiere mer hi mat dem Associatiouns- a Stabilisatiounsafkomme mat Serbien, an deem diplomateschen Deadlock, an deem mer eis zënter e Sonndeg befannen? Wou ass d'Eenegkeet vum der Europäescher Unioun, wann e Véirel vum hire Memberen d'Onofhängegkeet vum Kosovo refuséiert? Wéi wëlle mer de Kosovo un d'Europäesch Unioun eruféieren, als potenzielle Baitrittskandidat, wann ee Véirel vum den EU-Memberstaten dese Stat emol net wëllt unerkennen?

Wat maache mer, wann d'Republika Srpska fënnt, elo géif et dann awer Zäit gi fir d'Zesummeleung vum de serbeschen Territorien an engem serbesche Gesamtstat? Wat maache mer da mam Rescht vu Bosnien-Herzegowina, wat souwisou eigentlech e Stat ass, dee versot huet an deen ouni de wirtschaftlechen Apport vum der Republika Srpska genesous ekonomesch onviabel ass wéi de Kosovo?

Froen iwwer Froen, op déi sécherlech den Ausseminister haut och keng Äntwerte ka ginn.

À propos Viabilitéit: Dat ass zwar keng noutwendeg Bedéngung vum der unerkannter Statlechkeet - soss géifen et an Afrika an op anere Plazen net ganz vill Staten -, mä vum Onofhängegkeet eleng keefe ee sech net vill. Am Kosovo hunn d'Halschent vum alle Männer keng Aarbecht, 90% vum de Frae sinn am selwichte Fall. Ouni jorzéngtelaang finanziell Ënnerstëtzung, eigentlech éischter Alimentatioun, virum allem duerch d'Europäesch Unioun, ass de kosovareschen Dram vum der Onofhängegkeet séier ausge-dreemt.

Kosovo gëtt e Clientsstat, wéi dat an der statsrechtlicher Léier heescht. Dat Een-zegt, wat déi albanesch Kosovare bis elo gedriwwen an zesummegehalen huet, war den Haass op Serbien an den Dram vum der Onofhängegkeet vu Serbien. Elo doe mer hinnen dee Gefalen, dat deen Dram sech kann erfëllen. Et muss ee sech allerdéngs objektiv froen, Dir Dammen an Dir Hären, wéi een Déngscht mer domadder de Kosovare leeschten.

An dann: Wie regéiert dann am Kosovo? E Premierminister, deen als Verbrieder bekannt, gesicht a veruertelt ass, mat enger Clique, déi déiselwecht Verbrieder be-gaangen huet, mat him. An zwar Verbrieder, déi souwuel déi klassesch Kriminalitéit betreffen - Heroin- an Drogenschmuggel - wéi de Volleksbefreiungskriech vum der UÇK, där hire politesche Chef den Hashim Thaçi war, wéi och Krichsverbrieder.

Ech soen lech, Hâr President, wann a Serbien Leit mat der Biografie vum Hâr Thaçi um Pouvoir wieren, da léich Serbien nach ënner Sanktiounen!

Am Kosovo ass dat alles ganz aneschtens. Nees eng kéier duebel Standarden. Nees eng kéier e Bewäis fir d'„sui generis“-Theorie vum Kosovo, déi kenger rigoureser Belichtung a Betruachtung standhält. Am Kosovo akzeptéiere mer Zoustänn a Virgoensweisen, déi mer soss néierens gutt-heeschen. Dat ass dach eigentlech e gelungene Virgank.

» **M. Jean Asselborn, Vice-Premier Ministre, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration.** - Hâr President!

» **M. le Président.** - Hâr Mosar, erlaabt Der eng Zwëschefro vum Hâr Minister Asselborn?

» **M. Laurent Mosar (CSV).** - Jo.

» **M. Jean Asselborn, Vice-Premier Ministre, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration.** - Also Hâr Mosar, ech sinn zënter dräi an en halleft Joer elo gewinnt mech ze packen, als Diplomat.

Ech stellen lech just eng Fro hei: Schwätzt Dir am Numm vum der CSV?

» **M. Laurent Mosar (CSV).** - Sécher!

» **M. Jean Asselborn, Vice-Premier Ministre, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration.** - Schwätzt Dir am Numm vum deene Leit, wou de Statsminister eng Linn huet an där Fro, wou de Verteidigungsminister eng Linn huet an där Fro, wou de Justizminister eng Linn huet an där Fro? Schwätzt Dir fir déi Partei hei iwwer de Kosovo an iwwer Serbien?

» **M. le Président.** - Hâr Minister!

» **M. Jean Asselborn, Vice-Premier Ministre, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration.** - Wann dat de Fall ass...

» **M. le Président.** - Hâr Minister, Dir kënt lech am Toun awer mässegen!

» **M. Jean Asselborn, Vice-Premier Ministre, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration.** - Ech schwätzen hei wéi ech gewinnt sinn!

**(Brouhaha général)**

» **M. le Président.** - Eh bien, also!

» **M. Jean Asselborn, Vice-Premier Ministre, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration.** - Wann dat doten de Fall ass, Hâr Mosar, da soen...

» **M. le Président.** - Dat do ass awer net ganz vill Respekt vis-à-vis vum Parlament, Hâr Minister! Dat muss ech awer soen.

» **M. Jean Asselborn, Vice-Premier Ministre, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration.** - ...ech lech ganz éierlech, da verstinn ech d'Welt net méi, an och d'CSV net méi!

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

**(Interruptions diverses)**

» **M. Laurent Mosar (CSV).** - Hâr Präsident, ech muss soen, dat ech dat doten net ganz dee richtegen Toun fannen. Ech hunn hei d'Recht mech zu där Problematik do auszedrécken. Ech mengen, den Hâr Ausseminister kann herno dorobber äntworten.

Ech hunn him nogelauschert. Ech fannen dat mannt ass, dat och den Ausseminister hei den Deputéierten nolauschert.

Ech fueren also virun.

Kosovo ass elo onofhängeg. Lëtzebuerg erméiglecht oder verhënnert dat net, scho guer net eleng. Duerfir sollte mer och net mengen, déi Debatt vum haut géif eppes un deem änneren.

Mir sollen eis awer bewosst sinn, dat am Parlament zu Priština de leschte Sonndeg eng Dynamik lassgeléist gouf, déi hir weider Ramificatioun wäert risquéieren an déi eis net nëmme op eng agréabel Manéier wäert beschäftegen. Mir hunn och als Europäesch Unioun eisen Deel dozou bägedroen, dës Pandora-Box opzemaachen, déi mer soubal - fäerten ech - net méi wäerten zoukréien.

Dat gesot, wësse mer, dat mer als klengt Land keen anere Choix hunn,...

**(Coups de cloche de la Présidence)**

» **M. le Président.** - Hâr Mosar, Dir musst zum Schluss kommen!

» **M. Laurent Mosar (CSV).** - ...wéi d'Onofhängegkeet vum Kosovo unzëerkennen, a sief et och nëmme aus Solidaritéit mat der Majoritéit vum de Länner aus der Europäescher Unioun. Mir droen duerfir d'Entscheidung vum der Regierung mat, maachen dat awer ouni Begeeschterung.

» **M. le Président.** - Merci, Hâr Mosar. Den nächste Riedner ass den honorablen Hâr Goerens. Hâr Goerens, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Jean Asselborn, Vice-Premier Ministre, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration.** - War dat doten den Hâr Engel, dee geschwat huet, oder d'CSV?

» **M. le Président.** - Oh, Hâr Minister!

**(Brouhaha)**

» **M. Laurent Mosar (CSV).** - Hâr Präsident, ech muss lech soen, dat do kann ech net méi akzeptéieren!

» **Une voix.** - Et huet jo jiddferree Gewëssensfräiheet!

» **M. Laurent Mosar (CSV).** - Ech hunn hei eng Ried gehalten; den Hâr Ausseminister kann domadder averstanen oder net averstane sinn, mä deen doten Toun brauch, mengen ech, keen Deputéierte sech hei gefalen ze loossen!

» **M. le Président.** - D'Wuert huet elo den Hâr Goerens.

» **M. Charles Goerens (DP).** - Hâr Präsident, Dir Dammen an Dir Hären, mir sinn haut mat enger Debatt befaasst, déi net ganz einfach ass. Dat hu mer och elo grad héieren. Ech muss och éierlech soen, ouni mech wëllen am Toun ze vergräifen, ech sinn net wéineg erstaunt iwwer dem Hâr Mosar seng Deklaratioun hei an der Chamber. Ech sinn dervun ausgegangen, dat mer hei awer eng konsensfäeg Positioun kënnen hunn, mäs la vérité est plus réelle. Ech si bereet jiddferengem säi Standpunkt ze respektéieren.

Wat hu mer net schonn alles héieren iwwer déi dote Géigend! A wann d'Zuel vum de gudde Réit an den einfache Virgehensweisen ausschlaggebend wier, dierfte mer scho laang net méi mam Problem...

» **M. le Président.** - Ech géif wëlle bieten ëm Opmierksamkeet fir den Hâr Goerens!

» **M. Charles Goerens (DP).** - Merci, Hâr President.

» **M. le Président.** - Dierft ech hei ëm d'Opmierksamkeet fir den Hâr Goerens bieden!?

» **M. Charles Goerens (DP).** - Wann d'Zuel vum de gudde Réit an de Virgehensweisen ausschlaggebend wier fir dauerhaft Léisungen an där doter Region, dann dierfte mer scho laang net méi mat engem Problem vum westleche Balkan konfrontéiert sinn. Vläch bréngt, obschonn dat d'Land méi am Oste läit, awer e rumänescht Spréchwuert d'Saach op de Punkt, wat seet: Rumänien hat ëmmer zwee gutt Noperen: Serbien an d'Schwarzmeer.

D'Ironie an deem doten Dicton ass net ze verkennen, mä gëtt awer ganz gutt d'Stëm-mung erëm aus där doter Géigend.

Elo gëtt et vill Lecturë vum der Situatioun iwwer d'Onstabilitéit um westleche Balkan. Et kann een et einfach festhalen, andeems dat een zrëckbléckt op d'Situatioun esou wéi se eis vum 1989 u wéi e Film ofleef.

Déi, déi deemools an där Géigend do gelieft hunn, déi 20 Joer al waren, déi hunn der haut 37, 38. Déi, déi deemools 37, 38 Joer haten, déi sinn haut praktesch am Pensionsalter. Déi hunn eng ganz Generatioun verluer. Eng ganz Generatioun, wou se mat eidele Floskelen, eidele Gespréicher, vill Prinzipiériderei iwwer d'Zukunft ver-tréisch goufen, an en fait huet sech d'Situatioun, wa scho geännert, awer vill ze vill lues verbessert.

Et gëtt och keng konsensfäeg Propositione säit 1989 an där Géigend. Kee Konsens iwwer d'Situatioun a Bosnien-Herzegowina. Mir wëssen, dat dat 230.000 Leit d'Liewe kascht huet, dat dat iwwer 30.000 Violë bedéngt huet an iwwer zwou Milliounen déplacéiert Persounen. Well d'international Communautéit deemools e risege Feeler gemaach huet: Si huet gemengt, dat mat e puer einfachen Iddien an dem Respekt vum e puer alle Prinzipié regelen ze kënnen, déi doudsécher näischt vum hirem Wäert verluer hunn, mä wou et awer mat deene Prinzipien eleng net duergaangen ass.

De fréieren däitschen Ausseminister Fischer huet et emol eng kéier op de Punkt bruecht, andeems e gesot huet: Wann een ufänkt d'Prinzipien iwwer d'Mënschen ze stellen, da kritt een e Problem.

Wann een nëmme just de Prinzip kennt vum der Inviolabilitéit vum de Grenzen a vum der Unantastbarkeet vum der Integritéit vum engem sengem Territoire, dann ass een zwar a Conformitéit mam internationale Recht, mä wann een nëmme just déi Grenz gesäit, an et steet een och nach derbäi, déi een net däréi violéieren, an et kuckt een iwwer d'Grenz ewech, an et gesäit een hannendrun de pickegen Drot a Kazetter, an et kann een deenen, déi do stinn, d'Rëpper zielen, da kann ee mat deem einfache Prinzip eleng d'Situatioun net an de Grëff kréien.

» **Une voix.** - Très bien!

» **M. Charles Goerens (DP).** - An do huet d'international Communautéit schreck-lech vill Zäit gebraucht, vill versot a sech matschëlleg gemaach un där Situatioun, déi

mer kennen, well se ebe vill ze vill spéit agegraff huet.

An esou ass et och e bëssen an där Situatioun hei. Am Kosovo sinn zwar och leider nach 11.000 bis 13.000 - jee nodeem wéi een d'Berechnung mécht, mä och mat Arithmetik eleng kriit een d'Saach net op de Punkt - Victimen, mä et hätten der nach méi kënne ginn, wann net awer trotzdem 1999 agegraff gi wier.

Deen Agréff vun 1999 huet nëmme kënne zum Präis vun der Violatioun vum internationale Recht gemaach ginn. Mä wann een dee Feeler net gemaach hätt, hätt ee vläicht nach méi ee grouesse Feeler gemaach.

Wann een also mengt, et kënn een als Guttmensch un d'Analys vun där Situatioun erugeen a mat enger einfacher a fixer Iddi dat do an de Grëff kréien, da kënn ee sech emol gewaltig iren an dem Spréchwuert gerecht ginn: datt de Wee an d'Häll pavéiert ass vu gudden Intentionen an - fir de Saz nach e bësse méi ze paraphraséieren - mat dem Glawen un einfach Prinzipien.

Den De Gaulle huet emol eng Kéier gesot: «Vers l'Orient compliqué, je me suis envolé avec des idées simples.» Hien hätt emol net brauchen an den Orient compliqué ze goen, et wier schon duergaangen, wann hien eng Stonn östlech vu Paräis gelangt wier, fir sech vun der Komplexitéit vun enger Situatioun e gerecht Bild kënne ze maachen.

Elo kann ee vun der EU schrecklech viles soen. A si huet scho ganz vill Leit onwahrscheinlech enttäuscht. Mä si ass awer nach besser wéi alleguer déi aner, ouni Ausnahm, déi versichen, an där Géigend eppes ze bréngen. A si huet et fäerdeg bruecht, aus de Lektione vun den 90er Joren ze léieren an deementsprechend d'Weiche richtig ze stellen. Wat hätt se da kënnen maachen?

De Bernard Kouchner, deen ech e puermol besuche gaange sinn déi Zäit, wéi hie Représentant spécial war vum Kofi Annan a Serbien, huet gesot, dat Éischt, wat hien huet misse maachen, wéi en an de Kosovo komm ass, dat war, mat enger vu sengen Iwwerzeegung brieche. Hien hat nämlech gemengt, et kënn een direkt e Kosovo multiethnisch op d'Bee stellen. Dat Éischt, wat hien huet misse maachen, dat war sech der Tatsaach bewusst ginn, datt een d'Communautéit misst séparéieren, fir se besser kënne ze schützen.

Säithier ass awer op enger Toile de fond de très grande misère économique eppes geschitt. Och wann de Chômage haut nach ëmmer 50% ausmécht, och wann d'wirtschaftlech Schwierigkeeten nach enorm grouss sinn, muss een dat bëssen, wat passéiert ass, awer unerkennen, an dat och als Mérite deenen ukräiden, déi dat assuméieren, wat ee schlechthi mam Wuert „Protektorat“ ëmschreift. E Protektorat, deem een net ze vill eng negativ Konnotation soll unhaftig loossen, well wa mir an där Situatioun wieren, bräichte mer och Protektioun.

Ech weess net, ob mir op enger Toile de fond de misère économique, wéi se do am Kosovo ass, vill vun eise Prinzipien, déi mer héich an helleg an eisen Emblémen droen, kënnten oprechterhalen.

Här President, mir verkennen d'Schwierigkeeten net, an deene verhandelt ginn ass, a mir ënnerschätze beileiwen de Wëllen net vu Leit wéi dem Martti Ahtisaari, an net vun der Europäescher Unioun, déi par ailleurs involviert war, a vun der internationaler Communautéit, déi versicht huet, hiert Bescht ze maachen.

Ech mengen, datt déi, déi hei bereet sinn, enger komplexer Situatioun eng nei Issue ze verschafen, eng Wett op d'Zukunft maachen, an déi misse mer Hëllef wannen.

Déi Ausso, déi ech hei maachen, situéiert sech och an der Kontinuitéit vun deenen, déi d'Demokratesch Partei virdru gemaach huet. Mir sinn der Meenung, datt, wann d'Indépendance vum Kosovo proklaméiert ass, een där Indépendance eng Chance muss ginn, an et soll een dat direkt dokumentéieren doduerch, datt een direkt bei deenen Éischten ass, fir dat unzuerkennen.

Mir als klengt Land sollen déi Allerlescht sinn, déi sech bilden, datt een enger Provënz op éiweg Zäite misst d'Recht ofstreiden, indépendant ze ginn, well wat ware mir dann aneschts, ier mer indépendant gi sinn, wéi eng Provënz? Mir ware genau datselwecht!

Duerfir si mer schlecht gestallt, fir do vill Lektione ze ginn.

Gewëss, Dominoeffekter gëtt et ëmmer, kann et der och ginn. Wéi gesot, et ass eng Chance, et ass en neien Ufank. Et ass keng Garantie.

Dat, wat muss geschéien, dat ass, datt d'Kosovo-Albaner mat de Serben, mat de Romaen, mat de Sintien a mat alle Minorit-

téiten an d'Lag versat ginn, sech selwer kënne ze hëllef. Op Dauer ass déi Situatioun vum Protektorat net duerchzehalen.

Et soll och kee soen, zwou Milliounen wiere keng kritesch Mass, fir kënne indépendant ze sinn. Fir kënne indépendant ze sinn an déi Indépendance och kënne richtig ze géieren, gi jo och nach Ouverturen opgemaach. Ech denken zum Beispill un d'Vocatioun, déi de Kosovo och unerkannt kritt, fir iergendwann der Europäescher Unioun bäizetrieden.

Zum Schluss, Här President, mir sollen an déser Operatioun, an dat huet d'Europäesch Unioun och versicht ze verhënneren, net verkennen, datt Serbien déck Problemer huet. An där Géigend do kann ee mat Nationalismus Kricher verléieren - et ass keen eenzege Krich gewonne ginn - a Wahle gewonnen. De Krich ass menger Meenung no keng reell Perspektiv méi, well ech och net méi gesinn, wéi et elo mat Ausnahm vu sporadeschen Onrouen zu engem allgemenge Flächebrand kéint kommen. Duerfir mengen ech, wier d'Vocatioun...

### **(Coups de cloche de la Présidence)**

...an d'Unzéiungskraaft vun der Europäescher Unioun ze grouss. Mir sollen awer Serbien, dat a sengen Aen eng Serie vun Humiliatiounen erlieft huet, net d'Gefill ginn, datt et hei verluer hätt, well et och duerch déi nei geschafte Perspektiv ka gewonnen.

Wann d'Situatioun net esou eescht wier, da géif ech nach e Wuert soen iwwert de Fändel. An Norde vum Kosovo gëtt refuséiert, deen neie Fändel op d'Gebaier ze setzen. Mir als klengt Land kéinten och do mat eiser Experienz déngen an hinne vläicht recommandéieren, en zweeten ze huelen, da wier jiddfereen zefridden. Dat hu mir fäerdeg bruecht.

Ofschléissend, Här President, wollt ech awer och opgrond vun där Debatt, wéi se bis elo verlaf ass, der Chamber d'Méiglechkeet ginn, sech duerch e Vote iwwert d'Reconnnaissance vun der Indépendance auszeschwätzen, an duerfir wollt ech lech déi Resolutioun hei iwwerreechen.

Ech soen lech Merci fir Är Opmierksamkeit.

### **» Plusieus voix.- Très bien!**

#### **Résolution**

*La Chambre des Députés,*

*- considérant le débat sur l'indépendance du Kosovo*

*- se prononce en faveur de la reconnaissance immédiate de l'indépendance du Kosovo.*

(s.) Charles Goerens, François Bausch, Ben Fayot, Norbert Hautpert, Jacques-Yves Henckes.

**» M. le Président.-** Merci, Här Goerens. Den honorabelen Här Braz huet d'Wuert.

**» M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).-** Merci, Här President. Och déi gréng Fraktioun wëllt hei hir Zoustëmmung bréngen fir déi Décisioun vun der Regierung, dass Lëtzebuerg d'Onofhängegkeet vum Kosovo unerkennt.

Mir sinn der Meenung, dass dat eng richtig Décisioun ass, well se der heiteger Realitéit vun deem Land eiser Meenung no entsprécht. Och mir wëllen drop hiweisen, dass zënter der Schafung vum Protektorat 1999 et schon esou war, dass déi heiteg Autoritéit vu Belgrad iwwert déi dote Region keng Autoritéit méi haten. An zu deem Zäitpunkt war och eppes scho kloer, nämlech dass et net déi wahrscheinlechste Hypothees wier, dass de Wee géif zrëckgoen dohinner, wou en hierkomm ass.

Et war also am Prinzip schon deemools e Wee an eng Richtung tracéiert, déi eventuell hätt kënne ongehale ginn, mä wou awer déi wahrscheinlechste Hypothees net onbedéngt déi dote war.

Déi heiteg Realitéit, déi begrënn sech och mat der Geschicht, a virun allem och mat der rezenter Geschicht, mat der Geschicht zënter den 90er Joren an deem, wat deemools geschitt ass. Mir mengen och, dass dat heiten eigentlech nëmme déi lescht Konsequenz, net déi éischt, mä déi lescht Konsequenz an och net eenzeg Konsequenz doraus ass.

Mir mengen dach, dass een net kann op dat äntwerten, wat do ass a wat do war, mam Verweis op méiglech Dominoeffekter an anere Géigenden an anere Länner. Dat kann een zwar vun uewen esou betruuchten, mä fir déi Leit do op der Plaz, fir hire Vécu an hir Realitéit ass dat keng Äntwert.

Déi Leit wëllen net onofhängeg si wéinst de Korseen oder wéinst de Basken oder wéinst der ungarischer Minoritéit an der Slowakei. Hiert Uleies an hir Suergen an hir Realitéit

an hire Misär si begrënn mat aneren Argumenten, an et kann een hinnen duerfir net mat dem Verweis dorobber äntwerten.

Mir mengen och, dass et domadder ze dinn huet, dass dee Wee, deen elo mat senger leschter Etapp ofgeschloss gëtt, och dohier kënnt, dass déi Autonomie, déi fonctionnéiert huet, ageschränkt ginn ass. Et war net den onbedéngte Wëlle virun enger Rei Joren, fir esou wäit ze goen, wéi se haut gaange sinn am Kosovo. Dat huet awer domadder ugefaangen, dass déi Autonomie, déi se haten - an den Ausseminister huet virdrun drop verweisen - ageschränkt ginn ass. Dat war den Ausléiser.

Wann et an anere Géigende vun Europa ähnlech gelagert Diskussiounen gëtt, da si se dach eiser Meenung no fundamental anescht, an et ënnerläit als Éischt der Responsabilitéit vun där gréisserer Entitéit vun deem Land, esou mat hire Minoritéiten ëmzuegen, dass déi doten Diskussiounen net den Auswee sinn, mä dass een d'Problemer léist duerch aner Instrumenter. Dat ass jo dat, wat hei vu vir bis hannen net richtig gelaf ass. Dat ass jo dat, wat hei op eng brutal Aart a Weis falsch gemaach ginn ass, an dat ass den Ausléiser dovunner, dass mer haut op deen dote leschte Wee misse goen.

Ech muss och soen, dass och déi gréng Fraktioun e bëssen iwwerrascht war iwwert d'Ausféierung vun der CSV-Fraktioun. Mir mengen, wann op déi doten Aart a Weis an de leschte Wochen, Méint a Joren argumentéiert gi wier, wéi hei argumentéiert ginn ass op deem doten Dossier, da géife mer haut iwwer eppes ganz aneschts diskutéieren.

Wann et méiglech war, e relative Fridden an eng relativ Stabilitéit ze hunn; wann et méiglech war, eng Partie Saachen ze diskutéieren ronderëm den Dësch, och wa se ouni Konsens ausgaange sinn, a wann et vläicht méiglech ass, dat doten an den nächste Méint a Joren esou ze begleeden, dass net Misär derbäikënn, mä dass een et fäerdeg bréngt, zu enger reeller Stabiliséierung an zu enger reeller Kooperatioun mat all de Länner, déi do involvéiert sinn, ze kommen, dann nëmme, wa mer eis anescht uleeën, wéi dat an der Ried vun Kolleeg vun der CSV gemaach ginn ass.

Mir dierfen awer net vergiessen, wien hei wien deemools ugegraff huet, wien hei den Agresseur war a wien net. An och wann ee wëllt de Bilan zéien an d'perséinlech Responsabilitéiten zéie vun eenzelne Leit, da soll een awer net vergiessen, wie mat den Aggressiounen ugefaangen huet. Well et ass awer ëmmer nach e wichteg Element, wann och net dat eenzeg, dat ee muss an esou Fäll a Betruucht zéien.

Wat awer bestoe bleift, dat ass trotzdem e gewëssene Malaise. Dee Malaise war an ass och nach ronderëm de Rôle, deen d'Europäesch Unioun spillt. Well et alles anescht wier wéi dat, wat ee muss soen, wann ee géif der Europäescher Unioun hei eng aktiv Roll wëllen zouschreiwen.

D'Europäesch Unioun huet an deemem Konflikt, an an deem, wat haut den Dossier ass, zënter den 90er Joren net déi éischt Roll gespilt, obwuel et virun eiser Hausdier stattfënn. D'Europäesch Unioun huet an den 90er Joren eng Roll gespilt, déi hannert den Amerikaner hiirgelaf ass. D'Europäesch Unioun spillt och elo deels, wat d'Unerkennung betrëft, erëm eng Kéier de Rôle vun der zweeten Acteur hannert den Amerikaner.

Dat ass keng zefridde stellend Roll. Et ass awer d'Realiteit. Och op deemem Dossier hei hunn d'Amerikaner e Rôle gespilt, deen d'Europäer hätte kënne, jo hätte misse spillen, net nëmme an den 90er Joren, mä och haut. Déi international Kritik, déi et um Rôle vun der Europäescher Unioun gëtt, ass eiser Meenung no och berechtigt.

Wann de Ben Fayot virdrun op dat higewisen huet, wat e Méindeg diskutéiert an decidéiert ginn ass als gemeinsam Route um Niveau vun den Ausseministere, da kann een deem sécher positiv Säiten ofgewannen. Et muss een awer och trotzdem soen, dass eng gemeinsam Haltung dach eppes anescht misst sinn, wéi dat doten.

Et ass e Méindeg vill Konsens fonnt ginn dorobber, dass ee sech op ville Punkten net eens ass. Et ass ee groussen Deel vum Konsens gewiescht, dass ee sech op ville Punkten net eens ass an dass een am Moment nach kann drop verweisen, dass et net eng originaire Missioun ass vun der Europäescher Unioun, de Kosovo unzuerkennen, mä dass dat eng weider Responsabilitéit ass vun den Nationalstaten.

Fakt ass awer, dass et keng eenheetlech Positioun gëtt. Fakt ass och, dass déi noutwendeg Kooperatioun, déi elo virun der Europäescher Unioun steet, viru Problemer steet, déi eis och den Ausseminister haut de

Mëtteg net konnt beäntwerten, wéi dat dann am Praktesche soll fonctionnéieren tëscht Länner, déi de Kosovo unerkannt hunn, an tëscht Länner, déi dat nach net gemaach hunn, a mat Länner, déi et och vläicht nach méi laang net wäerte maachen. Eng gemeinsam Haltung ass dat eiser Meenung no net.

Mir setzen duerfir och als gréng Fraktioun Hoffnungen an deen neien Traité vu Lissabon, deen eis vläicht e Stéck weider wäert bréngen; och op Froe vun der gemeinsamen Aussen- a Sécherheetspolitik, well den Zoustand vun der Europäescher Aussepolitik, wéi mer et haut um Dossier Kosovo misse constatéieren, ass mat Sécherheit een, wou d'Glas net hallef voll ass, mä méi wéi zur Hallschent net geféllt ass, nëmme zu engem klengen Deel geféllt ass, och no deem Accord, deen e Méindeg um Niveau vun den Ausseministere fonnt ginn ass.

Fakt ass och fir eis, dass d'Legalitéit vun deem, wat amgaangen ass ze geschéien, an och d'Zesummespill vun der Europäescher Missioun, zu där mer eis Zoustëmmung och hei op der Tribün wëlle widderhuelen, par rapport zur KFOR-Missioun net kloer ass. Et ass legal net ganz kloer wat dohanne geschitt. Et ass och duerfir keen Zoufall, dass den Ausseminister virdrun éischerter op eng Deklaratioun vum Generalsekretär vun der UNO verweisen huet, dem Här Ban Ki-moon. Well op eng legal geséichert Situatioun vum UNO-Sécherheetsrot ze verweisen, ass him am Moment net méiglech.

Dat bedéngt natierlech och erëm eng Kéier, dass ee sech mat der Fro beschäftegt vun där Reform vun deem Organ; wat och hei weist, dass et net méi adequat ass, fir kënne op all international Krisen eng Äntwert ze ginn. Mä et bleift, dass do eng Partie Saachen ouni zefridde stellend Äntwert bliwen.

Mir mengen och duerfir, dass d'Europäesch Unioun sech an deenen nächste Méint wäert misse ganz staark derfir asetzen, dass dat, wat déi kosovaresch Autoritéit sollen deklaréiert hunn, dass se besuergt wäeren ëm dee multikulturelle Kosovo, net nëmme Wierder sinn, mä dass dat och eng Realitéit gëtt. Dat gëtt net einfach. Mä mir mengen, dass dat déi richtig Deklaratioun waren an dass dat och dee richtige Wee soll sinn, deen d'Europäesch Unioun soll begleeden.

Dat bedéngt awer och héich Investitiounen an net nëmme moraleschen a politesche Support. Dat wäert iwwer eng laang Zäit - dorop ass och scho verwise ginn - héich Investitioune bedeuten. Och do muss awer d'Europäesch Unioun sech d'Fro stelle vun der Zomm vun de Versprieche, déi se an där Géigend vum Kontinent scho gemaach huet. Do si mer scho ganz vill verbal Engagementer agaangen an deene leschte Joren, fir do zur Stabiliséierung bäizedroen. D'Europäesch Unioun muss sech awer och esou lues d'Fro stellen, wéi se déi Engagementer da wëllt kënne respektéieren, wéi mir déi anhalen. Dat gi laangfristeg Engagementer op engem ganz héijem Niveau, och wat d'Investitiounen betrëft.

D'Schlussremarque vun eis: Mir wëllen drop hiweisen, dass mer elo mat der Unerkennung vum Kosovo och e Stéck déi politesch Schold, déi d'Europäesch Unioun an deem doten Dossier huet zënter den 90er Joren, mat aléisen. Et ass och éierlech wann een zougëtt, dass een dat och domadder wëllt iwwerhuelen.

Da gi mir awer deeseweichte Moment och eng nei Verantwortung an, net nëmme par rapport zum Kosovo, mä och par rapport zu den Autoritéit vu Belgrad. Par rapport zu deene si mer mat der Unerkennung vum Kosovo op eng ëmgedréint Aart a Weis awer och en Engagement agaangen, wat mer och misse respektéieren.

Och dat Engagement muss d'Europäesch Unioun elo kënne assuréieren, ouni awer - an dorop leeë mir als gréng Fraktioun Wäert - aus den Aen ze verléieren, dass et trotz deem neien Engagement weiderhi fir d'Autoritéit vu Belgrad gëllt, mam Tribunal vu La Haye zesummenzeschaffen, dass et och trotz deem Engagement an trotz deem Beméien ëm een neie Konsens mat den Autoritéit vu Belgrad op där doter Fro keng

Zweifel dierf un der Haltung vun der Europäescher Union ginn, dass mer weiderhi wäerte wäert drop leeën, dass mam Tribunal vu La Haye muss zesummegeeschafft ginn, an dass mer do net mat eis négociëre loosse.

Ech soen lech Merci.

» **Une voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Braz. Den nächste Riedner ass den honorablen Här Henckes.

» **M. Jacques-Yves Henckes (ADR).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, dat fréiert Jugoslawien war fir vill Leit zur Zäit vum President Tito e Musterbeispill, wéi verschidden Nationalitéiten an Ethnië kéinten zesummeliewen. Mir hu gesinn, wéi et evoluéiert huet nom Doud vum President Tito an zu wat fir enger Situatioun mer komm sinn.

Haut, bei der Onofhängegkeetsklärung vum Kosovo, sinn all d'Albaner aus dem Kosovo natierlech méi wéi glécklech gewiescht iwwert déi Méiglechkeet, fir sech elo nees onofhängeg a frai bewegen ze kënnen a frai iwwer hir Zukunft kënnen ze decidéieren.

Nach muss een awer soen, dass duerch esou eng Onofhängegkeetsklärung d'Problemer net geléist sinn. Hei gëtt vu Säite vun der Regierung gesot, et wier eng Léisung sui generis. Et wier also eng Aart Spezialgesetz vis-a-vis vun deem generelle Gesetz, wat seet, dass am Prinzip d'Länner sech net kënnen hire Staaten oftrennen, dass mer net esou separatistesch Iddië géifen ënnerstëtzen, well dat soss queesch uechtert d'Welt géif Schoul maachen.

Ech géif der Regierung soen, dass een déi Argumenter, déi virbruecht gi sinn, kéint esou soen: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“ un der Argumentatioun, déi hei virbruecht gëtt.

Mä nach ass et och ee Beispill, dass een awer da vläicht muss déi Loi générale ëmänneren a soen, do wou et iwwer indépendant State geet, do wou e Referendum vun der zoustänneger Bevölkerung gemaach gëtt, wou sech eng Majoritéit fir d'Indépendance ergëtt, oder wou sech am Kader vu Legislativwahlen esou eng Indépendance ergëtt, dass een dann natierlech och all Kéiers jee no Fall datselwecht kann diskutéieren. Et ass also e geféierleche Wee, op deem d'EU hei geet, wa se bis ufänkt esou spezial Situatiounen wëllen ze belichten.

Dat ass och eng Situatioun, wou mer manifestement mengen, wann elo d'Onofhängegkeetsklärung vum Kosovo unerkannt gëtt, dass domadder all d'Problemer geléist wäeren: Dat ass absolut net de Fall. Well et ass kloer, dass dat Land, esou wéi et elo do steet, net kann eleng liewen. Et muss mat sengen Noperen zesummeliewen an awer eng Aart Union économique ronbréngen.

Or, mir si wäit dovunner ewech. Et gesäit een, dass nach ëmmer a verschiddene Käpp d'Iddi vun engem Grousalbanien besteet, wat misst mat Waffengewalt realiséiert ginn. Mir hate virun e puer Deeg nach hei an der Chamber e Gespréich mam Ausseminister vu Mazedonien, deen ons gesot huet, dass seng Regierung huet missen agräifen a Mazedonien, fir do e Waffelager vun albaneschen Terroristen - wéi dat Wuert gebraucht ginn ass an der Sprooch - opzehiewen. Do gesäit een, dass also déi ganz Problematik vun de Kosovo-Albaner absolut net geléist ass mat enger Unerkennung vun der Onofhängegkeet.

Mir begréissen, dass elo versicht gëtt vun der Europäescher Union aus, fir eng Missioun dohinner ze schécken, fir wéinstens um juristesche Plang an och wat d'Situatioun selwer vun de Bierger, wat d'Sécherheet ugeet, ze intervenéieren.

Mä mir kréien domadder de Problem nëmme vertagt. E muss och iwwert de Fong geléist ginn. An et ass do, wou ech méi wéi skeptesch sinn, dass mer dat nach wäerten hiekréien.

Ech wënschen der Missioun alles Guddes, mä ech huelen awer un, dass mir méi wéi eng Kéier nach wäerten op dës Problematik missen zrëckkommen, an dass d'Europäesch Union an och d'Amerikaner iwwert

déi sougenannte Loi spéciale oder dee Cas sui generis wäerten a ganz ville Fäll nach Diskussiounen hunn.

Ech wëll nëmmen drop hiweisen, dass déiselwecht Situatioun sech och kéint fir den türkeschen Deel vun Zypern stellen, an do gesäit een, a wat fir eng Problematik mer erakommen, wa mer do deeselwechte Prinzip géifen zrëckbehalen.

» **Une voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Henckes. Den Här Jaerling huet d'Wuert.

» **M. Aly Jaerling (Indépendant).** - Merci, Här President. D'Fro, déi ech mir hei an deem Zesammenhang gestallt hunn, ass: Kann een enger Natioun, engem Stat oder engem Vollek seng Onofhängegkeet aus politesche Grënn oder aus soss Grënn iwwerhaapt verweigere? Hu mir iwwerhaapt e Recht, eis do anzemeschen? Ass net d'Onofhängegkeet vun engem Vollek, wann et dat wëllt, en elementaart Recht, e Recht op Eegebestëmmung, wou Mënschen de Wëllen hunn, hiert Schicksal selwer an d'Hand ze huelen?

**(Brouhaha et coups de cloche de la Présidence)**

D'Onofhängegkeet vun engem Vollek oder Stat ass en neien Ufank, dee begleet muss ginn, zumools wann dës Situatioun sech afënn an enger Region, déi vu Krise be-  
traff ass.

Den Här Mosar huet hei gemengt, et wier eng geféierlech Onofhängegkeet, well deen neie Stat géif eventuell vun net kredibele Leit gefouert ginn. Dem Här Mosar seng Interventioun huet mir äusserst negativ geschéngt, mä wann dat seng eege Meenung ass, dann ass déi ze respektéieren.

Wann awer elo d'Regierung anerer Meenung ass an eis réit, de Kosovo unzëerkennen als eegestännege Stat, da misst se awer vläicht am Virfeld hir Leit besser brieven.

Fir mech ass et op jidde Fall wichteg, net nëmme wéinst där Region, mä och, wat net hei ugeschwat ginn ass, well mir vill Mënsche vun dohanner hei bei eis opgeholl hunn, dass endlech Rou dohinner kënn, well déi Mënsche ganz sécher och d'Bedürfnis hunn, fir an hiert - friddlecht - Land zrëckzegoen. Mir mussen hëllefen, derfir ze suergen, dass och all demokratesch Grondsätz elo dohanne respektéiert ginn an ebe just déi obskur Kräfte, déi anscheinend elo do d'Soen hunn, net méi d'Soe behalen.

Et muss och onbedéngt derfir gesuergt ginn, an Europa muss do eng Hand upaken, dass och d'Minoritéiten do awer respektéiert ginn, wat höchstwahrscheinlech wäert kënnen zu engem Problem ginn.

Well ech kennen e Land ganz gutt, wat seng Onofhängegkeet 1960 erkläert huet, an haut nach ëmmer drënner leit, dass net kredibel an ondemokratesch Gestalten dat Land Jorzéngten am Grëff haten, an dat mat Ennerstëtzung vun internationalen, politeschen, obskure Kräfte.

**(Interruption)**

Mir sinn amgaangen!

Et ass awer nëmmen opgrond vun der Hëllef an der Ennerstëtzung vun Europa, dass et an dësem Land endlech zu demokratesche Wahle komm ass. Och wann déi net esou ausgaange sinn, wéi ech mir dat virgestallt hunn, ass op jidde Fall de Grondsteen geluecht gi fir eng zukünfteg demokratesch Entwécklung.

Am Kosovo sinn ech der Meenung, dass mir eisichter mussen agräifen, méi mussen begleeden, fir dass et net esou laang dauert, besonnesch fir esou séier wéi méiglech Rou do ze kréien. Duerfir muss Europa och geschlossen dosto an e sech zesummendinn, fir do ze hëllefen, an an deem Sënn ass et wichteg, dass mir och d'Onofhängegkeet vum Kosovo respektéieren duerch eng Unerkennung a se ennerstëtzen.

Wéi gesot, d'Onofhängegkeet ass en eisichte Schrëtt fir dat Vollek. Déi weider Schrëtt, déi kënnen mir nëmmen zesumme mat hinne gestalten, wa mir wëllen, dass et friddlecht iwwert d'Bühn geet.

Ech soen lech Merci.

» **M. le Président.** - Merci, Här Jaerling. Den Här Ausseminister huet d'Wuert nach eng Kéier gefrot.

» **M. Jean Asselborn, Vice-Premier Ministre, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration.** - Här President, ech wëll vläicht dem Här Braz äntwerten op dat, wat hie vun der Unitéit vun Europa gesot huet.

Mir hunn zu 27 Länner um Conseil européen déi zivil Missioun beschloss. Do sinn och

Länner derbäi, déi jo gesot hunn, déi de Kosovo net unerkennen! Et si souguer Länner bei där Missioun, déi un der Missioun participéieren, ouni de Kosovo unzëerkennen.

Dat heescht, déi Unitéit, déi mer trotzdeem hunn, fir sur place um Zivilrechtlechen ze hëllefen, gëtt a ganz Europa gedeelt.

Ech wëll lech och soen, wann Der eis Konklusioun liest vun e Méindeg, da steet do dran, dass d'Kommissioun den Optrag kritt als Kommissioun, fir der ganzer Region, net nëmmen dem Kosovo, mä och Montenegro, Mazedonien a Serbien selbstverständlech ze hëllefen. Dat ass, wat hei vu Verschiddenen - ech mengen, den Här Goerens war et virun allem - ennerstrach ginn ass.

Ech hunn net dovunner geschwat, mä selbstverständlech wësst Der dat, dass op jidde Fall aus menger Siicht mir keng Rou kréien, keng Stabilitéit, wa mer et net och fäerdeg bréngen, erëm mat Serbien op e ganz aneren Niveau ze kommen an eis Hand ze reechen. An dat maache mer jo och, souwuel als Lëtzeburger wéi als Europäer.

Här President, ech wëll lech nach soen, an der Aussepolitik ass heiansdo Feier dran, dat ass esou. Ech mengen, fir all Ausseminister a selbstverständlech och fir mech, zënter dass ech d'Eier hunn, Lëtzeburger Ausseminister ze sinn, si fir de Kosovo Tonnen Energien dropgaangen.

Mir sinn och an enger Regierung, wou et op deem Gebitt absolut fair ofleef, wou ee fir deen anere schafft, ob dat de Verteidigungsminister ass, ob et de Justizminister ass, ob et de Premierminister ass. Duerfir war ech e weineg erstaunt iwwert dat, wat gesot ginn ass vum Här Mosar. Ech mengen, dat tëschent dem Här Mosar a mir kläre mer an engem private Gespréich.

Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Très bien!

**(Brouhaha)**

**Résolution**

Ass ee géint d'Resolutioun, déi den Här Goerens abruucht huet?

**(Négation)**

Ech gesinn, dass dat net de Fall ass. D'Resolutioun ass à l'unanimité ugeholl.

» **M. Aly Jaerling (Indépendant).** - Ech hu se nach net gesinn.

**(Hilarité)**

» **M. le Président.** - Si ass awer ausge-  
deelt ginn. Här Goerens, Dir hutt d'Wuert.

**(Interruption)**

» **M. Charles Goerens (DP).** - Ech géif virschloen, Dir sollt dem Här Jaerling nach d'Méiglechkeet ginn, déi Resolutioun op sech awierken ze loosse an dann d'Entscheidung ze huelen.

» **M. le Président.** - Also, Här Goerens, ech wëll lech soen, dass déi Resolutioun esou kuerzgefaasst ass, dass den Här Jaerling net laang Zäit brauch, fir dat zur Kenntnis ze huelen.

Här Jaerling, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Aly Jaerling (Indépendant).** - Also, vu que dass et nëmmen zwou Zeile sinn, hunn ech se och verstanen a ka se akzeptéieren.

**(Hilarité)**

» **Une voix.** - Très bien!

**Vote**

» **M. le Président.** - Fir awer de Bon ordre anzehalen, géif ech froen, dass, wie mat der Resolutioun d'accord ass, d'Hand an d'Luucht hieft.

Elo maache mer d'Géigeprouf. Wie géint d'Resolutioun ass, ass gebieden, d'Hand elo an d'Luucht ze hiewen.

Et bleift derbäi, dass d'Resolutioun à l'unanimité ugeholl ass, Här Goerens.

» **Une voix.** - Très bien!

» **M. Charles Goerens (DP).** - Merci, Här President.

» **M. le Président.** - Dir Dammen an Dir Hären, mir kommen elo zum nächste Punkt vun eisem Ordre du jour. Dat ass d'Diskussioun vum Projet 5686, eng Direktiv iwwert d'Pollutioun duerch d'Schéffer. D'Wuert huet elo de Rapporteur vun dësem Projet de loi, den honorablen Här Vizepresident vun der Chamber Jos Scheuer.

## 2. 5686 - Projet de loi transportant la Directive 2005/35/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la pollution causée par les navires et à l'introduction de sanctions en cas d'infractions et la Décision-cadre 2005/667/JAI du Conseil du 12 juillet 2005 visant à renforcer le cadre pénal pour la répression de la pollution causée par les navires

**Rapport de la Commission de l'Économie, de l'Énergie, des Postes et des Sports**

» **M. Jos Scheuer (LSAP), rapporteur.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, wa gëschter eng Schëffskatastroph gewiescht wär, da wär dat hei ee Projet, deen all Mënsch hei an der Chamber géif interesséieren.

**(Hilarité)**

Dat war net de Fall, dowéinst wäert dee Projet hei als Fait divers vun de Kolleegen ugesi ginn.

**(Interruptions diverses)**

» **Une voix.** - Et hänkt ganz dovunner of, wat Der draus maacht.

» **M. le Président.** - Jo, wann Der elo géift dem Här Rapporteur nolauscheren!

» **M. Jos Scheuer (LSAP), rapporteur.** - Déi eeler Kolleegen, déi sech nach un d'Joer 1967 erënnere kënnen, deene seet de Numm Torre Canyon eppes. Deemools war déi éischt grouss Schëffskatastroph, déi wierklech weltwäit fir Opreegung gesuergt huet. Duerno sinn eng ganz Serie nokomm.

Ech erënneren un d'Amoco Cadiz 1978, an dann elo am Joer 2007 - ganz no - eng Katastroph vun engem Schëff am Dezember 2007, dem Hebei Spirit, wou 10.000 Tonne Pétrol an d'Mier gefloss sinn.

Déi Katastrophen hu weltwäit fir Opreegung gesuergt, hunn d'Parlament beschäftegt, hunn d'Regierung beschäftegt, hunn d'Assurancen an d'Émweltschützer beschäftegt. D'Fauna an d'Flora sinn nohalteg, munchmol op laang, laang Zäit gestéiert a futti gemaach ginn. Den ökonomesche Schued ass oft grouss. Déi Naufragé vu bestëmmte Schëffer hunn zu engem regelrechten Trauma gefouert, an déi zwee Texter, déi elo a Lëtzeburger Gesetzer ëmgesat ginn, sinn d'Resultat vu Reflexiounen iwwert d'Pollutioun, déi am Mier verursaacht gëtt.

Pollutioun heescht, absichtlech Dreck produzéieren an ofstoussen; absichtlech erbäigefouert Pollutioun oder Pollution, déi a Kaf geholl gëtt. Am Joer 2005 hunn d'Europaparlament an de Conseil eng Direktiv verabschiedet - d'Direktiv N°2005/35 - a gläichzäiteg huet de Conseil eng Décision-cadre geholl - d'Déciou 2005/667 -, fir ebe géint d'Pollutioun awierken ze kënnen.

D'Virgeschicht vun deenen zwee Texter ass relativ laang. Dat soll een net verstopen. Et ass dru geschaff ginn, bezeichnerweis scho vun 1983 un, a Form vun enger Konventioun: d'Convention de Londres. An der Offkierzung ass dat déi Konventioun, déi mat „MARPOL“ bezeechent gëtt. An där Konventioun si Produkter determinéiert ginn, déi eben zur maritimer Pollutioun féieren. 1990 huet Lëtzebuerg dann de Registre public maritime luxembourgeois agefouert. Domadder ware mir och direkt concernéiert vun der europäescher Légsliatioun, vun der internationaler Légsliatioun a Saache Pollution.

Déi Konventioun vun 1983 hat verschidde Schwächen. An zwar sinn an där Konventioun d'State gefrot ginn - d'Signatairé vun där Konventioun -, fir Strofe festzeleeën, ouni dass awer prezis gesot ginn ass, wéi déi Strofe sollten ausgesinn. Dat huet derzou gefouert, dass Divergenze vu Stat zu Stat entstane sinn. Dat huet zu enger Légsliatioun gefouert, déi net harmoniséiert war.

» **M. Gast Gibéryen (ADR).** - Wéini war dat?

» **M. Jos Scheuer (LSAP), rapporteur.** - 1983.

Dohier ass dann d'Direktiv aus dem Joer 2005 entstanen. Déi Direktiv leet international Regele fest iwwert d'Rejeten.

Wann Dir eng Fro hutt, Här Gibéryen, sinn ech gär bereet, fir lech op d'Säit hinzeweisen, wou Der se beäntwert kritt.

**(Hilarité)**

D'Décision-cadre zwéngt d'Staten elo, fir Sanktiounen dann och ze huelen. D'Zil ass d'Harmoniséierung vun de Gesetzgebungen an d'Harmoniséierung virun allem vum Droit pénal an der EU.

De Résumé vun der Direktiv 35 nun. Déi Direktiv seet dat heiten: Wann Hydrocarburen - dat heescht Dreifstoff, Pétrol an aner Chemikalien, déi Der an den Annexen opgezielt kritt - absichtlech oder op eng onvorsichteg Aart a Weis oder och op eng no-léisseg Aart a Weis an d'Waasser kommen, an den Environnement kommen, da sinn d'Versaacher haftbar dofir.

Dat bezitt sech op all d'Schëffer; egal ënner wat fir engem Pavillon déi Schëffer fueren. Et bezitt sech awer net op d'Krichsschëffer an et bezitt sech net op Schëffer, déi vun engem Stat exploitéiert ginn. Haaptsächlech viséiert sinn d'Handelsschëffer.

D'Ausnahmen, déi fir all Schëff gëllen, sinn déi heiten: Wa Gefor besteet fir d'Schëff selwer, wann eng Havarie ze befierchten ass, oder wa Gefor besteet fir d'Liewe vun de Leit um Schëff, da kënnen natierlech Mesurë geholl ginn, déi och d'Ëmwelt an deem Fall schiedegen.

Ech wëll eng Parenthèse opmaachen: En englescht Geriicht - High Court of Justice - huet déi Direktiv contestéiert. Awer et ass eng reng formal Contestatioun, esou wéi mir gesot ginn ass, déi keen Effet suspensif huet. De Procureur huet och gesot, datt déi Direktiv a Kraaft bleift.

Dann de Résumé vun der Décision-cadre 667 vun 2005. Hei ginn d'Sanktiounen festgeluecht fir physesche Persounen, déi géint dee Code verstoussen. D'Memberstate ginn obligéiert, fir déi Schëlleg ze bestrofen. Si kënnen bestrooft gi mat Prisong. Si kënnen bestrooft gi mat Geldstrofen. All déi Sanktiounen si gestaffelt jee no der Gravititéit.

A si kënnen bestrooft gi mat Lizenzzuch fir déi Personnes physiques, déi sech schëlleg gemaach hunn. Dat wär an deem Fall de Kapitän; dat wären d'Ingenieuren; dat wär d'Besatzung. Vläch kann een an deem Kontext schonn drop hiweisen, datt d'Chambres professionnelles zu Lëtzebuerg gesot hunn - virun allem d'Chambre de Travail an och d'Chambre des Employés privés -, datt et am Fong ëmmer nëmmen dee Klengen trëfft an datt een och misst un d'Hannerleit kommen, déi eben un deem dote Commerce a munchmol och un enger Havarie nach Geld verdéngen, oder wann e Schëff Mazout ofléisst oder seng Chargen an d'Mier werft. Also, et sollten net nëmmen d'Personnes physiques viséiert ginn, mä och d'Personnes morales.

Da stellt sech d'Fro vun der Responsabilitéit vun enger Personne morale. Eng Personne morale ass e Grupp. Eng Personne morale ass eng Kollektivitéit, déi leschtenenns responsabel ass fir den Zoustand vum Schëff. Och si kënnen zur Rechenschaft gezu ginn, zum Beispill duerch den Entzuch vun der Lizenz fir Commerce ze bedreiwen. Och do gétt et e Katalog vu Sanktiounen vis-à-vis vun enger Personne morale.

Wéi ass d'Positioun vu Lëtzebuerg an deem Kontext, am Kader vun deem Gesetz?

Mir hunn 1990 e Pavillon maritime luxembourgeois geschaf. 1997 hu mer nach eng Kéier légiféréiert. Mir hunn de Registre public fir Bateaux de plaisance geschaf. Enn 2007 - dat ass awer interessant - sinn 148 Schëffer ënnert dem Lëtzeburger Pavillon op de Weltmier geschwommen. 148 Schëffer mat engem Total vun 932.000 Bruttoregistertonnen. Also, Lëtzebuerg ass gebieden des Législatioun ëmzesetzen, well mir mussen déi Leit, déi ënner eisem Pavillon fueren, och kënnen zur Rechenschaft zéien. Dat gëllt och wann tëschent Stengefort an dem Nordmier nach ëmmer d'Beisch läit, esou wéi den Ausseminister dat ëmmer seet.

Mä an der Direktiv gétt et eng Serie vun Artikelen, déi nëmmen déi Länner betreffen, déi e Littoral hunn an déi en internationalen Hafen hunn. Den Hafe vu Mäertert ass also an deem Fall net concernéiert. Déi Décision-cadre gesäit da pénétration vir an och eng Serie vun Dispositiounen, déi sech nëmmen op d'Verbinding mat der kommunautärer Administratioun bezéien an net op d'Administratioun respektiv op d'Justiz vun den eenzelne Länner.

Déi Décision-cadre ass am Oktober 2007 annulléiert ginn, mä nëmme provisoresch. Si gétt nees eventuell - dat hu mer gesot kritt - an enger neier Directive-cadre iwwerholl, well hannert deem ganzen Opbau, hannert där Konstruktioun vun der Décision-cadre an Directive stécht jo d'Iddi, dat een net nëmmen d'Pollutioun bekämpfe soll, mä datt een och an engem Text Sanktiounen virgesi soll wa Pollutioun geschitt.

D'Regierung hat beschloss, déi zwee Texter mateneen ëmzesetzen, virun allem well et e Ganz ass.

De Conseil d'État huet zu deem Gesetz zwee Avisen ofginn, mat enger Opposition formelle. Ech liesen lech de Saz vir, deen déi Opposition formelle begräift: «La responsabilité pénale d'une personne morale n'est en l'état actuel prévue par aucune de nos lois et il n'y a aucune raison pour l'introduire dans le cadre du présent projet, alors que le projet de loi introduisant la responsabilité pénale des personnes morales dans le Code pénal et dans le Code d'instruction criminelle, (...) entend précisément établir un cadre général pour la responsabilité des personnes morales. Aussi le Conseil d'État s'oppose-t-il formellement à l'introduction, en l'état et dans une matière spéciale, d'une dérogation à un des principes fondamentaux de notre droit pénal.»

De Justizminister huet de Projet de loi den 20. Abrëll 2007 schonn deponéiert a mir hunn, souwäit ech weess, nach ëmmer den Avis vum Conseil d'État net. Dat hei ass jo also och eng Opfuerderung fir dee Projet de loi iwwert d'Responsabilité pénale vun der Personne morale ëmzesetzen am Lëtzeburger Droit.

E Wuert nach zu de Sanktiounen. Dir fannt déi, Här Goerens, am Artikel 4, Sait 8 um Dokument, wat Der virun lech hutt.

**» M. Charles Goerens (DP).** - Et ass awer e wichtige Projet, well Dir sidd schonn iwwer Är Zäit!

**» M. Jos Scheuer (LSAP), rapporteur.** - Neen, neen, et ass nach ëmmer giel.

**(Brouhaha général)**

**» M. le Président.** - Här Rapporteur, Dir sidd schonn dräi Minutten iwwert d'Zäit. Schléisst elo of, wann ech gelift.

**» M. Charles Goerens (DP).** - Da sidd Der faarweblann.

**» M. Jos Scheuer (LSAP), rapporteur.** - Wat d'Wichtigkeet vum Projet ueegt: Wann eng Katastroph gëschter gëwiescht wär, Här President, hätt Der mer d'Wuert gelooss.

**(Hilarité)**

Si ka muer sinn, Här President!

**(Interruption)**

D'Sanktiounen begräife fënnf bis zéng Joer an d'Strofe vu 5.000 bis 200.000 Euro.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, dat zur Essenz vun engem Projet, deen trotzdeem wichtig ass an deem och kéint fir Lëtzebuerg vu Wichtigkeet sinn; dat ass nëmmen d'Essenz dovun. Ech iwwerbréngen dann d'Zoustëmmung vun der LSAP.

Merci.

**» Plusieurs voix.** - Très bien!

**» M. le Président.** - Merci, Här Rapporteur. Är Ausféierung waren esou iwwerzeegend; ech gesinn, dass all déi aner Fraktiounen lech voll zoustëmmen an domadder och den Accord an de Merci un lech bréngen. Mir stëmmen elo of, well d'Regierung ass, wéi ech gesinn, och ganz zefridde mam Projet.

**Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel**

De Projet de loi 5686 ass eestëmmeg uegeholl mat 59 Jo-Stëmmen, bei kenger Nee-Stëmm a kenger Abstentioun.

*Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt, M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen, MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer (par Mme Martine Stein-Mergen), Marcel Sauber, Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter (par M. Lucien Clement);*

*MM. Marc Angel, Alex Bodry (par M. John Castegnaro), John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err (par Mme Claudia Dall'Agnol), MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein (par M. Marc Angel), Mme Lydia Mutsch (par M. Romain Schneider), MM. Roger Negri, Jos Scheuer, Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz;*

*MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Basseur, M. Fernand Etgen, Mme Colette Flesch (par Mme Anne Basseur), MM. Charles Goerens, Paul Helminger (par*

*M. Xavier Bettel), Alexandre Krieps (par M. Claude Meisch), Claude Meisch et Carlo Wagner;*

*MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss (par Mme Viviane Loschetter), Henri Kox et Mme Viviane Loschetter;*

*MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes et Robert Mehlen;*

*M. Aly Jaerling.*

Gëtt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

**(Assentiment)**

Dann ass et esou decidéiert.

Den nächste Projet, dee mer um Ordre du jour hunn, ass e Partnerschaftsofkommes tëschent den EU-Länner an Turkmenistan. D'Wuert huet elo de Rapporteur, den honnrabalen Här Marc Angel.

### 3. 5769 - Projet de loi portant approbation de l'Accord de partenariat et de coopération établissant un partenariat entre les Communautés européennes et leurs États membres, d'une part, et la République du Turkménistan, d'autre part et de l'Acte final, signés à Bruxelles, le 25 mai 1998

**Rapport de la Commission des Affaires étrangères et européennes, de la Défense, de la Coopération et de l'Immigration**

**» M. Marc Angel (LSAP), rapporteur.** - Här President, léif Kolleeginnen a Kolleegen, et geet an deem Projet de loi ëm en Accord de partenariat et de coopération zwëscht den Europäesche Communautéiten an hire Memberstaten op där enger Sait, an der Republik Turkmenistan op där anerer Sait.

Wéi et zu esou engem Accord komm ass, ass vläch interessant ze erwähnen.

1989 hunn d'Europäesch Communautéiten en Accord iwwert de Commerce an d'Coopération commerciale et économique mat der Sowjetunioun ënnerschréiw. No der Desintegratioun vun der Sowjetunioun sinn d'Effete vun deenen Accordë prolongéiert gi mat deene Staten, déi dunn onofhängeg gi sinn. An am Mäerz 1992 huet dunn de Conseil des Affaires générales der Europäescher Kommissioun den Uerder ginn, nei Accorden auszuschaffen.

Dës nei Accordë sinn eben déi APCen, déi Accords de partenariat et de coopération, vun deene mer haut schwätzen. Wat eng nei Form vun Accordë war, déi - wat ech wëll ënnersträichen - net esou wäit ginn, wéi déi aner klassesch Accorden, déi mer oft hei ofstëmmen, déi sougenannt ASaen, déi Accords de stabilisation et d'association, déi mer haaptsächlech mat osteuropäeschen an zentraleuropäesche Länner ofgeschloss hunn.

D'Accords de stabilisation et d'association, am Ënnerscheed zu den Accords de partenariat et de coopération, beinhalten nämlech och nach eng Clause de libre échange a mentionnéieren och d'Méiglechkeet fir der Europäescher Unioun bäizetrieden. D'APCen - an deem Fall wou mer eng Partnerschaft mat Turkmenistan besigelen - gesinn dat selbstverständlech net vir.

D'APCe sinn och Accords mixtes, dat heescht si couvréieren Domänen, déi d'Europäesch Unioun uginn, an et ginn awer och Handlungsfelder, déi ënner nationaler Kompetenzen falen. Dofir muss mir och haut déi Accorden hei approvouéieren.

Et si schonn där APCe mat zéng Länner ënnerschréiw ginn: Russland, Ukraine, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan, Moldawien an de 5. Abrëll 2006 hate mer hei am Haus den APC mat Tadschikistan approvouéiert.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech wollt nach eng perséinlech Remarque maachen. Ech hoffen, dass d'EU an Zukunft och en zwoeleften APC kann ënnerschréiw, an dat mat Wäissrussland, wann do eng Kéier demokratesch Verhältnissen herrschen. Ech hoffen och, dass den internationalen Drock op déi Diktatur do weider unhält an dass déi demokratesch Kräften do ënnerstëtzt ginn, fir dass mer deen Exercice, dee mer haut hei mat Turkmenistan maachen, och mat deem Land kënnen maachen.

Den Accord, iwwert dee mer haut ofstëmmen, huet also als Zil, eng Partnerschaft zwëscht Turkmenistan an der EU opzebauen, an dofir gesäit e vir, déi politesch, ekonomesch a kommerziell Relatiounen ze regelen. Deesen Accord ass eng Basis fir eng Kooperatioun an Domänen wéi zum Beispill dat Soziaalt, d'Finanzen, d'Wëssenschaft, d'Technologie an awer och d'Kultur.

An dem Préambule vun deem Accord ass och nach de Wëlle festgehalen, d'Lienen zwëscht Turkmenistan an der EU an hire Memberlänner ze festegen an doduerch zu Fridden an zu Sécherheet bäizedroen.

An deem Accord gëtt genau wéi an all deenen aneren APCen de politeschen Dialog groussegeschriwwen.

Här President, léif Frënn, a mengem schrëfteleche Rapport sinn ech am Detail op déi rezent Geschicht a politesch Entwécklung vun Turkmenistan agaan. Dofir erlaben ech mer dat elo hei ganz kuerz mëndlech ze resuméieren.

Turkmenistan ass e Land vu 488.100 Quadratkilometer, et ass also 189-mol méi grous wéi Lëtzebuerg, an an deem Land wunne 4,9 Milliounen Awunner, praktesch zéngmol méi wéi hei. D'turkmenesch Autoritéiten estiméieren hir Populatioun awer op sechs Milliounen Awunner.

Turkmenistan huet Grenze mat Usbekistan, Kasachstan, Afghanistan, Iran a mam Kaspesche Meer. Mir befannen eis hei also an engem Raum, deen, mengen ech, geopolitesch a geostrategesch enorm wichtig ass, besonnesch wann ee bedenkt, dass Turkmenistan Grenzen huet zum Iran an och zu Afghanistan.

Turkmenistan huet, am Géigesaz zu deene meeschten aneren zentralasiatesche Länner, vum ethnische Standpunkt gesinn eng ganz homogeen Bevölkerung; 98% vun der Gesamtbevölkerung sinn Turkmenen. Et kann een do vläch soen, dass säit 2003 den deemolege President Niazov d'Zuel vun där russescher Bevölkerung erofgesat huet, andeems en d'Duebelnationalitéit ofgeschaaft huet an andeems en de Russen, déi an Turkmenistan gelieft hunn, et ganz schweier gemaach huet fir sech um Aarbechtsmaart ze etabléieren. Du si ganz vill Russen zréck a Russland gaangen.

Säit senger Onofhängegkeet vun der Sowjetunioun am Joer 1991 bis an den Dezember 2006 gouf dat Land vum President Niazov quasi diktatoresch gefouert.

An engem Referendum 1991 huet sech d'Bevölkerung vun Turkmenistan zu 95% fir d'Ofspaltung vun der Sowjetunioun ausgeschwat a säitdeem huet sech och de President Niazov den Titel gi vum „Turkmenbashi“, dat ass iwwersat de Papp vun den Turkmenen.

1994 huet hien duerch e Referendum d'Präsidentenwahlen, déi fir '97 virgesi waren, annulléiere gelooss an huet d'Constitutioun esou ännere gelooss, dass hien hätt kënnen bis 2010 - bis zu sengem 70. Gebuertsdag - un der Muecht bleiwen.

2006 ass en awer dunn am Dezember gestuerwen, an déi Zäit, wou hie regéiert huet, ass net duerch Demokratie a Fräiheet gekennzeichnet.

No sengem Doud koum et am Februar 2007 zu relativ ondemokratesche Wahlen, no deenen de fréiere Vizepremier Berdimukhammedow zum neie President gewielt gouf. Bei dese Wahle war d'Oppositioun, déi am Exil war, net zougelooos.

Laut engem Bericht vun „Journalistes sans frontières“ läit Turkmenistan, wat d'Pressefräiheet ueegt, op Plaz 167 vun 168 Länner. Wat Korruptioun ubelaangt, klasséiert „Transparency International“ Turkmenistan als 162. Land op enger Lëscht vun 179. Och amnesty international zeechent ee ganz däischtert Bild, wat d'Situatioun vun de Mënscherechter ueegt.

An deem Kontext hunn och de Comité des droits de l'enfant an de Comité pour l'élimination de la discrimination vun der UNO inquietant Rapporte virgeluecht.

Am Rapport mondial 2007/2008 iwwert den Développement humain ass d'Land op der 109. Positioun vun 177 Länner, wat den Indicateur vum Développement humain ueegt.

D'Aussepolitik vun Turkmenistan charakteriséiert sech duerch seng Neutralitéit, déi offiziell vun de Vereenten Natiounen unerkannt ass. Sait August 2005 ass Turkmenistan och net méi Member vun der CEI, der Communauté des États Indépendants. Turkmenistan wollt do just nach de Statut vum Observateur behalen.

D'Land ennerhält awer ganz gutt Relatiounen mat Russland a mat der Ukraine. Dat huet natierlech domat ze dinn, dass Russland d'Gazoducen, déi duerch dat Land ginn, kontrolléiert.

E wichtegen aussepolitesche Chantier ass de Statut vum Kaspesche Mier, wat jo laang nëmmen zwëschen Russland, dann der Sowjetunion an dem Iran gedeelt war, dat awer elo fënnef Urainerstaaten zielt. Dës fënnef Länner kënnen sech net iwwert de Statut vum Kaspesche Mier eenegen.

Et geet nämlech dorëm, festzeleeën, ob dat Kaspescht Mier e Mier ass oder e Séi. Dat ass eng wichteg Fro, well am internationale Recht gétt et do grouss Differenzen, wat d'Exploitatioun vun deenen natierleche Ressourcen ugeet.

Zréck zum Accord wollt ech lech nach soen, dass laut dësem Accord zwou Institutionen agesat ginn, fir d'Mise en œuvre vun deem APC ze iwwerwaachen; eng op der exekutiver Säit, dat ass de Conseil de coopération, deen zesummegeesat ass duerch d'Members vum Conseil vun der Union a vun der Europäescher Kommissioun an natierlech och vu Members vum der turkmenescher Regierung. Derniewent gétt et och d'Commission parlementaire de la coopération, déi aus Members vum Europaparlament a selbstverständlech aus Parlamentarier aus Turkmenistan zesummegeesat ass.

Onse Statsrot erënnert a sengem Avis, dass mir als Europäer all Intérêt hunn, eis Presenz am Häerz vun Zentralasien ze renforcéieren. De Conseil d'État erënnert awer och un den Artikel 3 vun dësem APC, vun dësem Accord, wou drasteet, dass déi regional Kooperatioun soll favoriséiert ginn. An deem Kontext erënnert en un déi schwierig Relatiounen, déi zwëschen Turkmenistan an Usbekistan bestinn.

Dir Dammen an Dir Hären, eng regional Kooperatioun, déi iergendwann eng kéier zu enger regionaler Integratioun féiert, ass - mengen ech - eng ganz wichteg Saach. Mir hunn dat virdrun héieren, wéi den Ausseminister iwwert de Westbalkan geschwat huet, an och an dëser Regioun ass dat eng wichteg Fro.

Zum Ofschloss wollt ech lech froen, genau-so wéi de Statsrot eis dat recommandéiert, dëse Projet de loi ze approvouieren. Ech wollt hei och den Accord gi fir dëse Projet de loi vun der LSAP-Fraktioun.

Ech soen lech Merci fir d'Nolauschteren.

#### Plusieurs voix - Très bien!

**M. le Président.** - Merci, Här Rapporteur, am Numm vun alle Gruppen heibannen. Ech géif proposéieren, dass mer dann zum Vote vum Projet de loi kéimen.

#### Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel

De Projet de loi 5769 ass eestëmmeg ugeholl mat 60 Jo-Stëmmen.

*Ont voté oui:* Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt, M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen, MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer (par M. Lucien Thiel), Marcel Sauber, Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter (par M. Lucien Clement);

*MM. Marc Angel, Alex Bodry (par Mme Claudia Dall'Agnol), John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err (par M. Ben Fayot), MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein (par M. Roger Negri), Mme Lydia Mutsch (par M. Romain Schneider), MM. Roger Negri, Jos Scheuer, Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz;*

*MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur, M. Fernand Etgen (par M. Carlo Wagner), Mme Colette Flesch (par M. Xavier Bettel), MM. Charles Goerens, Paul Helminger (par M. Claude Meisch), Alexandre Krieps (par M. Eugène Berger), Claude Meisch et Carlo Wagner;*

*MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss (par Mme Viviane Loschetter), Henri Kox et Mme Viviane Loschetter;*

*MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes, Jean-Pierre Koepp (par M. Gast Gibéryen) et Robert Mehlen;*

*M. Aly Jaerling.*

Gétt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

#### (Assentiment)

Dann ass et esou décidéiert.

Mir kommen zur Diskussioun vum Projet de loi 4985 relatif aux chiens. Et si bis elo ageschriwwen: déi Häre Wagner, Schneider, Kox, Mehlen a Jaerling. D'Wuert huet de Rapporteur, den honorabelen Här Marcel Oberweis.

#### 4. 4985 - Projet de loi relatif aux chiens

##### Rapport de la Commission de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural

**M. Marcel Oberweis (CSV), rapporteur.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, Madame Statssekretärin, de virleende Projet de loi 4985 relatif aux chiens, am Volleksmond och nach „Muppegesetz“ genannt, gouf de 4. Juli 2002 vun deem deemolege Landwirtschaftsminister an der Chamber déposéiert.

Am Laf vun de Jore sinn awer dräimol Amendementer nogereecht ginn, an eis Chamberskommissioun huet a véier Sitzungen de Gesetzestext an och d'Avisë vum Statsrot diskutéiert.

De Projet baséiert op enger Rei vun Accidenter, déi an de leschte Joren, notament an den 90er Joren, mat Hänn passéiert sinn. Et ass an der Chamberskommissioun gesot ginn, dass mir ronn eng Dosé bis 20 Accidenter - méi graver - hei am Land hunn, mä déi meescht nach ëmmer bannent de véier Wänn an de Wunnengen. Mir haten och Chance: Et kumt zu kengem Doudesfall bei dësen Accidenter.

Och ass d'Unzuel vun de sougenannte geféierlechen Hänn - si ginn och gäre Kampfhänn genannt - zënter dem Ufank vun den 90er Jore staark an d'Luucht gaangen. Dat ass e Fait, dee fir Onsicherheit bei ville Leit an eiser Gesellschaft gesuert huet. Derbäi kënnert awer, dass et heefeg zu bluddegen Tëscheffäll tëschen méi groussen Hänn an och méi klengen Muppe komm ass.

Implizéiert waren awer wéi gesot bestëmten Hänn, déi psychologesch oder psychesch Charakteristiken opweisen. Opgrond vun dësen Erkenntnisser huet déi deemolege Regierung gemengt an decidéiert, am Beräich vun der Hondshaltung ze léigiféieren an de legale Kader un d'Gegebenheete vun onser Zäit unzepassen.

De Projet ass wéi gesot am Joer 2002 an d'Chamber komm. Par rapport zum initiale Gesetzestext sinn eng ganz Rei vun Dispositione geännert ginn.

Virgesi war zum Beispill am deemolegen Text niewent der obligatorescher Kennzeichnung vun allen Hänn den allgemenge Léngtenzwang, an dat op allen öffentlech zougängleche Plazen, wéi Stroossen, Trottoiren, Parken, Bëscher an esou weider.

Fir déi sougenannte geféierlech Hänn waren awer nach extra Dispositione virgesinn, zum Beispill dat obligatorescht Droewum Maulkuerf. Och war dat progressiivt Verschwanne vun dësen Hänn virgesinn.

A sengem Avis vum Dezember 2002 huet de Statsrot sech net dem Prinzip widdersat, ze léigiféieren, awer en huet drop higewisen, dass de Projet a manche Punkten ze wäit an an aneren net wäit genuch géif goen.

Dësen Déséquilibre berout dem Statsrot no virun allem dorop, dass de Gesetzestext iwwert d'Hänn alleguer gehandelt huet, an net extra op déi sougenannte geféierlech Hänn agaangen ass. D'Zil misst et jo sinn, just gewësse Rassen ze reglementéieren oder ze verbidden do, wou gewosst ass, dass dës geféierlech Rassen ee Problem an der Gesellschaft duerstellen.

De Statsrot schreift och a sengem Avis vun deemools: „D'Geféierlechkeet vun engem

Hond ass an de meeschte Fäll keen objektive Parameter, mä eendeiteg d'Verhale vun dem Hondbesëtzer an deem säi Sënn fir Responsabilitéit.“

An hie schlussfolgert deemools, et wier éischter beim Hondbesëtzer ze léigiféieren an net beim Hond, well dee vun Natur net geféierlech wier. Den Hond kann een net fir säi Verhale responsabel maachen. Am Fall vun engem Accident ass d'Responsabilitéit villméi beim Propriétaire ze sichen. A well mir schonn eng ganz zolidd Gesetzgebung hunn am Fall vun Accidenter mat den Hänn, huet de Statsrot ennerstrach, dass nëmmen op vereenzelte Punkte soll nogebessert ginn.

Am Code pénal hu mir den Artikel 556 mat sengen Nummeren 2 an 3, an am Code civil den Artikel 1385. An deem Sënn huet den deemolege Conseil d'État proposéiert, den Text vum Gesetz nach eng kéier op de Leescht ze huelen an deen no véier Kritären ze belichten.

En huet gefrot:

1. D'Dispositionen, déi fir all Hänn gëllen, sollten nach eng kéier iwwerduecht ginn, virun allem d'Fro vun der Proportionalitéit vun de pénale Sanktiounen an natierlech den administrativen Démarchen. Et sollt hei den Opwand fir d'Gemengen op engem rasonnablen Niveau gehale ginn.

2. Am Fall vun engem Accident sollten d'Hondbesëtzer méi responsabiliséiert ginn.

3. De Léngtenzwang sollt nëmmen do ugewannt ginn, wou en och ze justifiéiere wier. Hie schreift dozou: «Tout interdire revient à tout permettre.»

4. Et sollt mat alle Moyerë versicht ginn, d'Chiens d'attaque ze verbidden, genee wéi hir Zuucht an den „Dressage au mordant“.

Et kumt dann zu der Grënnung vun der Petitiounslëscht „Mënschen mat Muppen“, op där 16.500 Mënschen ënnerschriwwen haten.

D'Regierung huet an deene folgende Joren den Observatiounen vum Statsrot Rechnung gedroen, andeems se ëmmer erëm nei Amendementer ausgeschafft huet.

Den 18. Januar 2007 sinn de Gesetzestext, d'Amendementer vun der Regierung an och den Avis vum Statsrot vum Dezember 2006 an der Agrarkommissioun op de Leescht geholl ginn. Mir hunn och eng ganz Rei vun interessanten a konstruktive Gespräicher a Réunionen gehat mat de concernéierte Leit vum Terrain. Esou hate mir empfaangen: d'Centrale Luxembourgeoise du Sport pour Chiens d'Utilité, de Lëtzebuurger Agility Club, d'Déierschutzliga an och d'Delegatioun, déi d'Petitioun „Mënschen mat Muppen“ eragereecht hat.

Opgrond vun dësen Iwwerleeungen ass et dann zu enger zweeter Serie vun Amendementer säitens der Regierung komm, wou eben och d'Bedenke vun den Associatiounen zum Deel awer konnten ausgeraumt ginn.

Och huet de Statsrot a sengem zweeten Avis complémentaire vum 27. November 2007 zu dësem Gesetzestext da Folgendes geschriwwen: «Le Conseil d'État constate que le dossier sous avis a évolué considérablement depuis le dépôt du premier projet en 2002 et il souligne que, s'il a toujours émis de sérieuses réserves par rapport à bon nombre des dispositions proposées, il n'entend pas faire obstacle à un dispositif approprié et proportionnel, pour autant que les mesures à prendre sont effectivement susceptibles de produire un résultat, à savoir qu'il y ait moins d'accidents impliquant des chiens et surtout que certains propriétaires adoptent un comportement plus responsable.»

Dëse Saz résuméiert dann och de Kader an d'Zilsetzung vum dësem Projet.

Den Avis vum Statsrot ass den 30. Januar 2008 analyséiert ginn an de Rapport ass vun der Chamberskommissioun den 13. Februar ugeholl ginn.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, erlaabt mer nach e puer Aussoen zu de wichtegsten Dispositione vun dem Gesetzprojet ze ginn.

Den Artikel 1 gesäit vir, dass all Hond an Zukunft duerch en elektronischen Chip enregistriert muss ginn, an dat bannent véier Méint vu senger Gebuert. Déi Donnéeë ginn alleguer an enger Database gespäichert.

Den Artikel 2 definéiert déi Plazen, wou d'Hänn an d'Léngt geholl mussen ginn. An dat sinn: bannent den Uertschaften, am öffentlechen Transport, an öffentleche Gebäier, op de Parkingen, bei den Tankstellen, während de Manifestatiounen, op de Sportsterrainen, de Vëlospisten an de Lafparcoursen.

Op all deenen anere Plazen, also an de Bësch, op der fréier Gewan, de Feldweeër, do dierfen d'Hänn fräi lafen. Awer ëmmer ënnert der Viraussetzung, dass si vun hirem Besëtzer ëmmer erëm bei sech gepaff kënnen ginn an enner Kontroll geholl kënnen ginn.

Bannent den Uertschaften kënnen d'Gemenge souguer exceptionnellement Plazen ausweisen, wou den Hond da fräi lafe gelooss gétt. Awer och ëmmer esou, dass de Besëtzer säin Hond enner Kontroll huet.

Ausserhalb vun enger Uertschaft kann d'Gemeng och Plazen ausweisen, wou den Hond dann an d'Léngt muss geholl ginn. Dat ass op deene Plazen, wou sech vill Leit begéien. Zum Beispill op beléiften Tréppelweeër oder an Ecker a Plazen am Gréngen, wou d'Leit da gärden hire Picknick maachen.

D'Artikelen 3 bis 5 beschreiwen, wien en Hond a wéini an der Gemeng umelle muss. Bei der Umeldung muss och e Certificat virgeluecht ginn, aus deem ervirgeet, wellecher Rass den Hond ugehéiert. Och muss de Propriétaire e Certificat presentéieren iwwer eng valabel Assurance Responsabilité civile. Déi deckt am Normalen héich Kierperschied a Sachschied of.

Et gétt och kloer definéiert, wéi ee virgoe muss, wann den Hondbesëtzer d'Gemeng wiesselt oder wann en Hond de Besëtzer wiesselt.

D'Artikelen 6 bis 8 behandelen dann déi Hondstax, vun där ëmmer erëm diskutéiert gétt, an och hire Montant, dee mindestens zéng Euro muss bedroen.

Den Artikel 9 ass ganz interessant - domat hu mer eis laang beschäftegt -, well e gétt enner anerem all Persoun elo d'Recht, déi mengt, den Noper hätt e béisen Hond, eppes ze soen awer och ze schreiwen.

E muss dem Buergermeeschter eng Note schreiwen, wou en da matdeelt, firwat den Nopeschhond dann elo e béise kéint sinn. Mä domat geet et net duer. Da muss de Buergermeeschter déi Deklaratioun weiderreechen un d'Verwaltung vun de Vétérinaires. Déi bestëmmen dann zum Beispill e Vëidokter, deen da kontrolléiert.

An deem Fall wou den Noper Recht huet iwwert dee béisen Hond, muss de Mann, deem den Hond gehéiert, speziell Coursé matmaachen. Am schlëmmste Fall souguer muss den Hond e Maulkuerf ugedoe kréien.

#### Plusieurs voix - Très bien!

**M. Marcel Oberweis (CSV), rapporteur.** - Net de Mënsch, mä den Hond.

#### (Hilarité)

De Propriétaire muss eventuell och en Trainingsprogramm mat dem Hond duerchezéien.

#### (M. Laurent Mosar prend la Présidence)

Am Fall awer, wou sech géif erausstellen, dass den Noper dat doten als Ulooss geholl hätt, muss hien déi Fraisën droen. Am anere Fall muss déi de Propriétaire selwer droen. Also wollt och de Gesetzgeber domat d'Abusen enner Noperen e bëssen ausschalten.

Am zweete Chapitre ginn d'Artikelen 10 bis 20 behandelt. Do geet Rieds vun den Hänn, déi sech no der Vétérinairesverwaltung als geféierlech Hänn erweisen.

Net mir hunn dat gesot gehat, mä dat ware Leit, déi e bësse méi Ahnung hunn, wéi onsereen. Ech selwer fäerten d'Hänn, kann also guer net matschwätzen do. Am Spezielle gesäit de Gesetzestext eng Rei vu Mesurë vir, fir déi Leit, déi dat anhale mussen, déi Rassenhänn hunn.

Déi Rassen, déi am Artikel 10 opgelëscht sinn, mussen op alle Plazen un der Léngt gefouert ginn, ausser et gétt duerch en Diplom nogewisen, dass se dat net brauchen.

Am Artikel 14 gétt gesot, dass ee bei der Vollekszielung de 15. Oktober muss e Certificat hannerleeën, aus deem ervirgeet, dass de geféierlechen Hond kastréiert ass. Domat wëllt een dann och probéieren, dass déi Rasse verschwannen.

D'Besëtzer vun den Hänn müssen obligatoresch eng erfollegräich Formatioun matgemaach hunn a si mussen mindestens 18 Joer al sinn.

Den Artikel 16 erkläert eendeiteg, wien dann esou Dressage-Coursen duerchféieren dierf. An dësem Kontext sief et gesot, dass nëmmen déi Leit, déi am Besëtz vun den néidegen Diplomer sinn, esou en Hond kafen an och importéieren dierfen.

An den Artikelen 18 an 19 gétt kloer iwwert den „Dressage au mordant“ geschwat, an och vun den Exceptionen.

Et gétt eendeiteg festgeschriwwen, wéini dësen Dressage duerchgeféiert dierf ginn

an zu wellechen Zwecker: notamment am Hondssport a fir déi Hënn, déi sech am Training befannen, zum Beispill fir de Sauvetage, d'Iwwerwachung oder den Transport vu wäertvolle Saachen, fir d'Hondsstaffele vun der Arméi, der Polizei an der Douane.

An der Chamberskommissionn huet awer een Deel vun de Membere sech derfir ausgeschwät, dass den Training vu Juegdhënn net um Gibier vivant duerchgefëiert dierft ginn.

Ech wëll awer drop hiweisen, dass schon am Règlement grand-ducal vum 18. Mäerz 2000 festgeluecht ginn ass, an ech zitëiere kuerz: «le dressage des chiens ne peut être réalisé moyennant l'usage d'animaux vivants».

Wann am Artikel 2 vun dem Léngtzwang geschwat ginn ass, esou gesäit den Artikel 19 awer eng Rei vun Dispositiounen vir, wou désen Zwang da gelackert ka ginn: bei sportlechen Aktivitéiten oder Trainingsübunge fir den Hond, an och während der Juegd. An och bestëmmt fir den Hond, dee bei de Kéi op der Wiss ass, do wäert och kee Léngtzwang musse sinn, well wéi géif den Hond soss de Kéi nolafe kënnen? Och dat ass erlaabt ginn.

De Chapitre 3 handelt dann iwwert de Strofekatalog, am Fall wou en Hondbesëtzer sech net un d'Spillregele vun dësem Gesetz hält.

D'Strofen am Artikel 21 si ganz villfälteg a variéieren och jee nom Delikt.

Wann een zum Beispill d'Dispositiounen fir déi sougenannte geféierlech Hënn net erfëllt, kann ee mat enger Geldstrof tëschent 25 Euro bis zu 20.000 Euro rechnen a maximal zwee Joer Prisoeng riskeieren. An der éischter Virlag war d'Mindeststrof nach 250 Euro. Derniewent kënnen d'Agente vun der Polizei, der Douane, den Eaux et Forêts och e Procès-verbal schreiwen, wa sech net un de Gesetzestext gehale gëtt.

Am schlëmmste Fall - a mir hoffen, dat trëtt net an - kann den Hond souguer ageschléifert ginn. Duerfir muss awer vum Procureur d'État eng Autorisatioun virleien.

All dës Mesuren an Oplage souwéi dee strenge Strofekatalog sollen derzou bädroen, dass d'Hondsbesëtzer méi verantwortlích ginn. Domadder soll awer och ennerbonne ginn, dass verschidde Leit dës Hënn just als Statussymbol mässbrauchen an net am Interessi vun der Rass handelen.

► **Une voix.** - Très bien!

► **M. Marcel Oberweis (CSV), rapporteur.** - Am Artikel 24 gëtt och vun de Fourrière geschwat. All Gemeng sollt esou eng Arichtung hunn. Wa se awer keng huet, da ka se bei der Nopeschgemeng mat profitieren oder awer Servicer zum Beispill vum Déierenasyl an Usproch huelen.

Den Artikel 26 gesäit da vir, dass all Besëtzer vun Hënn, déi méi al wéi véier Méint sinn, d'Aufgaben, déi mat dësem Gesetz verbundene sinn, bannent néng Méint nom Akraaftfriege vum Gesetz durchféiere mussen.

D'Asetze vun engem Elektrochip zum Beispill muss dann duerchgefëiert ginn. Mä den Hond muss gechipt ginn an net de Mënsch.

(**Hilarité**)

Zum Schluss vu mengem Ausféierunge kommen och awer net derlaantscht, nach eng Kéier ze widerhuelen, dass et net den Hond ass, den hei am Viséier vum Gesetzestext ass, mä villméi dee Mënsch, den hannert der Léngt steet.

Och den Hondbesëtzer muss sech virun Aen halen, dass hien eng grouss Responsabilitéit dréit, well a priori all Hond vun Natur net geféierlech ass, ausser e gëtt duerch Dressage vum Mënsch dozou gedriwwen. Dat heescht, den Hondbesëtzer muss och da verantwortlích ginn, wann hie sengem Déier, dat jo anscheinend sâi beschte Frënd ass, dat alles undeet an en z'engem geféierlechen Objet géif degraëieren.

Ech hoffen, dass et duerch dës Gesetzesprojet zu engem méi grouss Versteesdemech tëschent de Mënsche mat Muppen an deenen ouni Muppe kënn.

Am Numm vun der Fraktioun vun der CSV bréngen ech den Accord hei eran a soe Merci fir d'Nolauschteren.

► **Plusieurs voix.** - Très bien!

► **M. le Président.** - Ech soen dem Här Oberweis Merci. Als éischte Riedner ass den Här Carlo Wagner agedroen. Här Wagner, Dir hutt d'Wuert.

**Discussion générale**

► **M. Carlo Wagner (DP).** - Här Präsident, Dir Dammen an Dir Hären, beim Projet de loi, dee mer haut hei diskutieren, handelt et sech ëm een Text, dee laang um Instanzeweeg war. Et pour cause!

Et geet hei ëm een Text, dee regele soll, wéi een d'Leit virun den Hënn protegéiere kann. Dat ass schon a sech eleng eng Kontradiktioun, stellt den Hond dach an den Aen vun eis all, a ganz speziell fir déi Leit, déi en Hond besëtzen, en treie Weggefährten duer. Dat ass dat Bild, wat mer bis dato a bis virun e puer Joer hate vun de Muppen.

Or, et ass an de leschte Joren ëmmer méi heefeg virkomm, dass Leit an, nach vill méi schlëmm, Kanner vun engem Mupp ugegraff gi sinn. Dat hat als Konsequenz, dass och hei am Land huet misse reagiert ginn an decidéiert ginn ass, déi aktuell Gesetzestext, wat d'Haltung vun de Muppen ubelaangt, ze adaptéieren.

Déi Fro, déi ee sech awer an deem Kontext stelle muss, ass déi, firwat - net op eemol, well esou Fäll vun Ugrëff ass et sécher an der Vergaangenheet och ginn -, mä firwat elo esou heefeg. Et vergeet net eng Woch, wou een net an den auslännesche Medien héiert oder liest, dass e Mënsch vun engem Hond ugegraff ginn ass, wat nach méi schlëmm ass, wéi gesot, wann et sech dobai ëm e Kand handelt.

Déi Erklärungen, déi opgefouert ginn, sinn dann déi, déi eis zur Genüge bekannt sinn. Do gëtt geschwat vun Iwwerziichtung, besonnesch bei verschidde Rassen, wéi se och elo am Projet de loi opgefouert sinn. Ech brauch net méi alleguerten dës Dénger opzezielen, de Rapporteur huet dat scho gemaach a sengem schréfflechen a mündlechen Rapport, fir deen ech dem honorebelen Här Oberweis hei wëll félicitéieren a Merci soen. Hien huet eis hei mat senger üblicher Begeescherung a professioneller Aart a Weis dee Projet de loi virgeluecht.

Et ass jo och scho laang debattéiert ginn iwwert d'Hierarchisatioun an der Opléschung vun deene Muppen, déi geféierlech sinn oder geféierlech kënten sinn. Am Endeffekt ass zréckbehale ginn, dass déi Hënn, déi susceptibel sinn, geféierlech ze sinn, opgeléicht ginn.

Ausserdeem gesäit deeselwechten Artikel dann awer och Dispositiounen vir, wou vum Veterinärsamt festgestallt ka ginn, ob en Hond geféierlech ass.

Wann een elo zréckkuckt an d'Evolution vun deem Text, deen eis elo virläit, analyséiert, da stellt et fest, dass en à l'origine en engem wesentleche Punkt verschidde war, an dat ass, dass e fir all Muppen, also egal vu wéi enger Rass, méi restriktiv war.

Et ass en effet net richtig ze behaupten, dass ee Mupp méi schlecht ass wéi deen aneren. De Mupp entwéckelt sech esou, wéi e gezillt gëtt. Ech mengen, mir sinn eis doriwier heibannen alleguerten eens.

Et kënn een elo laang doriwier diskutieren, ob déi sëlliche Kränzungen - zum Beispill Staffordshire, fir dann nëmmen déi ze nennen - bewierkt hunn, dass se vun de Genen hier en Aggressivitéitspotenzial matbréngen, dass méi grouss ass, wéi dat bei anere Muppen de Fall ass.

Tatsaach awer ass a bleift, dass verschidde Muppe vun hirem Morphologie hier méi geféierlech si wéi aneren. Duerfir si se och elo expressiv verbis am Text opgeléicht. Mä et ass awer e Fait - an do kommen och erëm zu den Ursachen, firwat elo esou heefeg Leit a Kanner vun Hënn ugegraff ginn -, dass ze fäerten ass, dass eis Gesellschaft eng Evolution kennt, wou deen een ëmmer manner Rücksicht op deen aneren hält.

Vill Leit si sech och zum Deel net bewosst, wat fir en Engagement se aginn, wa se e Mupp an hire Foyer ophuelen. Dat ass eng grouss Verantwortung an de Weggefährten, vun deem och virdru geschwat hunn, verlaangt, dass ee sech richtig ëm e këmmert. Hei kënn dann och dat an d'Spill, wat ech elo just gesot hunn. Wa verschidde Leit schon ëmmer manner Rücksicht een op deen aneren huelen, da fäerten och, gëtt et och schwéier, fir en Hond, e Mupp richtig ze erzieien.

Leider ginn oft déi elo als geféierlech agestuufte Rassen och vu Leit mässbraucht, fir sech e gewëssene Respekt dobaussen ze verschafen. Besonnesch elo, wou Accidenter bekannt sinn oder déi Hënn leider negativ opgefall sinn, huet een d'Impressioun, dass dee Phenomeen méi heefeg ginn ass.

Jiddferengem heibannen, behaupten och elo emol, ass schon eng Kéier opgefall, dass, wann eng Persoun mat engem sougenannte geféierlechen Hond enger anerer Persoun iwwert de Wee gelaf ass, déi dann net ganz berouegt laantschtgaangen ass oder e grouss Bou ronderëm deen Hond gemaach huet.

Et kann natierlech och net sinn, dass ee sech net méi fräi beweegen kann a fäerte muss - à tort ou à raison -, dass ee vun engem Hond ugegraff gëtt. Duerfir ass et wichteg, dass déi als geféierlech agestuufte Rasse permanent un der Léngt gefouert musse ginn.

Et ass och dann an darselwechter Logik richtig, dass déi Leit, déi esou e Mupp hunn, e spezielle Stage matmaache mussen, groussjäreg mussen sinn an net däre virbestrooft sinn. Natierlech mussen déi Hënn och selwer dresséiert sinn an natierlech den Ufuerderunge vun deene Coursé gerecht ginn.

De Fait, fir et méi schwéier ze maachen, fir an de Besëtzer vun engem Hond ze kommen, dee susceptibel ass geféierlech ze sinn, gëtt och nach doduerch verschäerft, dass, wann een esou en Hond aus dem Ausland huele wëllt, een eng Autorisation spéciale vum Minister musse hunn. Domadder ass natierlech bewierkt ginn, dass et e bëssleche méi schwéier gëtt, fir esou en Hond an d'Land ze kréien, an dass also an Zukunft manner d'ar Hënn wäerten hei sinn.

Wéi gesot, dat Ganzt vun haut ass a sech eng Debatt, déi ech ganz schued fannen. Et weess een, dass een iergendwou légiféiere muss. Mir mussen eis op d'mannst bewosst sinn, dass mer haut esou wäit sinn, well et eis eege Schold ass, awer sécher net déi vun den Hënn!

Här Präsident, dës Projet de loi traitéert jo net nëmmen vun deene sougenannte geféierlechen Hënn oder, wéi den Text seet, «des chiens susceptibles d'être dangereux.»

Mat dësem Text, deen haut hei gestëmmt soll ginn, ginn d'Fräiheete vun den Hënn an deene Leit, die en Hond hunn, am Allgemengen ageschränkt.

Wann den initialen Text zréckbehale gi wier, dann hätten d'Muppen alleguer bal iwwerall un der Léngt geféiert misse ginn. Wat an deem Kontext mir perséinlech, als engem, dee selwer zwee Muppen huet, net oft genuch ervirgestrach ginn ass, ass de Fait, dass een d'Hënn net onbedéngt manner aggressiv mécht, andeem ee se permanent un der Léngt féiere muss.

E Mupp...

(**Interruption**)

Gelift?

► **M. le Président.** - Här Wagner, erlaabt Dir, dass den Här Minister Boden lech eng Fro stellt?

► **M. Carlo Wagner (DP).** - Jo.

► **M. Fernand Boden, Ministre de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural.** - Här Wagner, Dir wësst jo, dass dat, wat Dir elo gesot hutt, net richtig ass. Dir waart selwer an der Regierung.

(**Interruption**)

Wéi dee Projet de loi ausgeschafft ginn ass, war guer net geduecht, dass ausserhalb vun den Agglomeratiounen iwwerall soll verbuede ginn, dass d'Hënn géife lafen. Dir wësst dat parfaitement. Den Text war vläicht e bësse mässverständlich, dass ginn och souguer zou, mä Dir wësst, dass et ni esou geduecht war.

Dir waart selwer an der Regierung, Dir hutt also dee Projet do mat ennerstëtzt. Duerfir misst Dir och vläicht e bësse méi objektiv doriwier schwätze kënnen.

► **M. Carlo Wagner (DP).** - Neen, ech fannen, Här Boden, Dir waart fir eng Kéier erstaunlech schnell, well ech kommen nach dorobber ze schwätzen.

(**Hilarité**)

E Mupp, deen enger Léngt ass an deen an eng méi speziell Situatioun geréit, riskéiert automatesch méi aggressiv ze sinn, well e sech bedroht fillt an agéenk fillt. Fir e Mupp ass et net natierlech, ugestréckt ze sinn. Et geet en fait géint seng Natur a géint säin natierlechen Instinkt. Duerfir muss een him och déi néideg Fräiheete schafen, fir sech kënnen fräi ze bewegen.

Et ass aus deem Grond, Här Minister, dann och ze begrëissen, dass ausserhalb vun den Uertschaften d'Muppe weiderhi fräi lafe kënnen. Innerhalb vun den Uertschaften kënnen d'Gemengenautoritéiten och Zone virgesinn, wou d'Muppen och fräi lafe kënnen. Et ass awer och de Gemengen iwwerlooss ze decidéieren, ob se ausserhalb vun den Uertschaften op hirem Territoire op bestëmmten, vill fréquentéierte Plazen d'Léngt obligatoresch maache wëllen.

Eng Neuerung ass dann och déi, dass déi, déi sech vun engem Hond bedroht fillen, dat schréfflech der Gemeng matdeele kënnen. Et ass gutt, dass e puer Hemmschwellen agebaut gi sinn, fir ze évitéieren,

dass et hei géif zu Abusé kommen. Wéi gesot, et gëtt d'Méiglechkeet vun enger Déclaration oder Réclamation écrite, mä et ass awer och e Fait, dass, wann d'Veterinärsverwaltung feststellt, dass déi Beschëllungen net begrënnt sinn, dann d'Fraisën ze bezuele si vun deem, dee sech zu Onrecht beschwéiert huet.

Mat dësem Text soll dann och den Chip obligatoresch agefouert ginn, wat ouni Zweifel eng exzellente Mesure ass. Wéi déi Identifikatioun soll gemaach ginn, sollt iwwer e Règlement grand-ducal festgehale ginn, dee leider awer nach net an der Kommissioun examinéiert konnt ginn, well ee sech anscheinend nach net ganz kloer ass, wéi dat funktionéiere soll.

De Fait, dass et dat Règlement nach net gëtt, ass ouni Zweifel net glécklech, well mer hei eng Dispositioun unhuele sollen, vun där mer elo emol nach net wëssen, wéi mer se sollen an d'Praxis ëmsetzen.

Den Här Minister oder d'Madame Statssekretärin kënnen eis awer vläicht duerno heiriwwer Detailler ginn an eis soen, wéi wäit se mat dem AUSAARbechte vun deem Règlement sinn.

Et ass awer ze begrëissen, dass d'Geldstrofe par rapport zu där éischter Mouture op alle Fall méi de Realitéiten ugepasst si ginn.

Och gesinn d'Dispositiounen vum Text vir, dass déi Leit, déi e Mupp besëtzen, eng Haftpflichtverséicherung mussen ofschlëssen, déi da spilt, wann en Hond e Schued verursaacht. Do ass awer an der Kommissioun och effectivement präziséiert ginn, an ech mengen och am Exposé des motifs oder an der Erklärung zu verschiddenen Artikelen, dass een net eng speziell Haftpflicht brauch fir en Hond, mä dass déi allgemeng Haftpflicht gëllt an deem Fall.

Des Weidere sinn eng ganz Rei vu Prozeduren virgesinn, wat d'Umellen an d'Omfelle vun den Hënn an deene jeeweilige Gemengen ubelaangt. Do sinn och eng ganz Rei vu Pièces justificatives virgesinn. Ech brauch hei net méi an den Detail ze goen, de Rapporteur huet dat scho gemaach.

Här Präsident, ier ech zum Schluss kommen, wëll ech dann och op eng Saach ze schwätze kommen, déi an der Kommissioun diskutéiert ginn ass, an dat ass déi, dass ee präziséiere soll, dass beim Dresséieren vu Juegdhënn drop verzicht gëtt, dass déi trainéiert ginn, liewegt Wëld ze joen. Also, fir ganz kloer ze sinn, si sollen net op Hetzjuegd trainéiert ginn, wat an eisen Aen alleguerten Tierquälerei ass.

Et ass eis awer och effectivement gesot ginn an der Kommissioun, dass schon e Règlement grand-ducal vum 18. Mäerz 2000 dat formellement verbitt.

Här Präsident, wann ech dës Text Revue passéieren, muss ech lech soen, dass et mer schwéierfält, en eenheetleche Jugement ofzeginn, besonnesch well heivunner all Hond betraff ass, also och déi gutt a brav Hënn, déi Hënn, déi anstänneg erzu sinn.

Mir stelle fest, dass mer op där enger Säit d'Fräiheet vun de Leit, déi e Mupp hunn, an och besonnesch dem Mupp seng Fräiheet aschränken. Genausou richtig ass et awer och, dass d'Fräiheet vun där Persoun, déi den Trottoir beispillsweis wiessele muss aus Angscht virun engem Hond, och ageschränkt ass.

Mir stelle fest, dass, op d'mannst mat d'Morphologie vun den Hënn ubelaangt, bestëmmte Rasse méi geféierlech si wéi aneren an duerfir och am Text opgeléicht sinn.

Mir stellen awer och fest, dass praktesch all Mupp à la rigueur geféierlech ka sinn oder geféierlech ka gemaach ginn, an duerfir hu mer Regele fir all Mupp festgehalen.

Mir stelle weider fest, dass et de Muppen hir Schold net ass, mä éischter eis eegen, oder besser gesot, vereenzelte Muppebesëtzer hir, dass mer iwwerhaupt haut mussen hei op där Plaz légiféieren.

Mir stellen also fest, dass mer als Gesellschaft net à même sinn, eis richtig ëm en Hond ze bekëmmen, an duerfir leeë mer eis elo Constraints op. Mir gehéieren also un d'Léngt. A well mer eben esou sinn, wéi mer sinn, huele mer den Hond mat drun.

Här Präsident, Dir Dammen an Dir Hären, et ass net einfach fir e Liberalen, sech un eng

Léngt huelen ze loosenen oder Gesetzer ze stëmmen, déi d'Fräiheet aschränken. Mä e Liberale weess och, wat fir eng Verantwortung hien huet vis-à-vis vu sech an awer och vun deenen anere Leit, an duerfir, Här President, wäert d'Demokratesch Partei dësem Gesetz mat gemëschter Gefiller zoustëmmen.

Ech soen Iech Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Ech soen dem Här Carlo Wagner Merci. Als nächste Riedner ass den Här Romain Schneider agedroen. Här Schneider, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Romain Schneider (LSAP).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech géif mech fir d'éischt beim Marcel Oberweis, dem Rapporteur, bedanke fir säi mënschlechen, awer och mëndleche Rapport, deen hien de Mëtteg hei gemaach huet, niewent sengem exzellente schrëftlechen, deen hien eis ofgeliiwert huet an deen déi ganz Problematik vum Hondsgesetz erëmgespigelt huet.

Am Rapport fanne mer ganz genau d'Originen erm, déi un der Basis louchen, fir dëst Gesetz opzebauen, dat sougenannt Hondsgesetz. E Gesetz, mat deem mer eis hei de Mëtteg eng ganz wichteg legal Basis schafen, fir éischters Mëssbräich entgéintziewierken an zweetens virun allem fir schwéier Accidenter probéieren ze éviéieren.

Och wa mer - de Marcel Oberweis huet et zitiiert an de Carlo Wagner zum Deel och - hei zu Lëtzebuerg mat Wëssen nach keng ganz schwéier Fäll vun déidlechen Attacken haten, esou wësse mer awer alleguerten aus eisem Bekanntekrees, datt et och hei zu Lëtzebuerg u Kanner respektiv u Leit esou eng Attacke gi sinn a meeschtens dës Leit oder dës Kanner virun allem fir hiert Liewen entstallt sinn.

Och dat soll gewosst sinn, wa mer hei iwwer dëst Hondsgesetz schwätzen. A wa mer och hei zu Lëtzebuerg Gott sei Dank eng Press hunn, déi esou eng Faiten net esou grouss opspilt, wéi dat am Ausland de Fall ass, wou dann all Kéiers op där éischter Säit grouss Fotoen ofgemoolt sinn an dat och derniewent zitiiert ass, solle mer hei schonn dës Basis schafen, fir deem entgéintziewierken. Well meng Devise ass déi, datt selbstverständlech jiddferen zu sengem Recht soll kommen.

Ech hunn déi grouss Chance, selwer en Hondbesëtzer ze sinn, a freeë mech och all Dag mat deem Déier kënnen zesummen ze sinn, wéi och eng ganz Rei vun Deputéierten heibannen an dausende vu Leit dobaussen. Mä derniewent muss een och all Mënsch hei zu Lëtzebuerg an och am Ausland d'Recht zougustoen, datt hien effektiv Angscht virun engem Déier kann hunn, datt e Respekt virun deenen Déieren huet.

Hei muss eis Gesellschaft och wierklech virbildlech ëmgoen domat, fir och ganz einfach där Angscht vun de Leit virun den Déieren, virun den Hänn entgéintziewierken.

Duerfir mengen ech och, datt mer dëst Gesetz esou opgebaut hunn. No der éischter Revisioun vum Statsrot hu mer alles gemaach als Kommissioun, alles gemaach als Fraktiounen, alles gemaach als Politiker, fir eenzel Organisatiounen ze empfänken, fir eis mat deenen zesummenzesetzen, fir ze probéieren, e Gesetz ze maachen, dat eis all Méiglechkeete vu Strofe respektiv

Restriktiounen opmécht, mä dat derniewent awer och all deenen dausende Leit, déi korrekt mat hiren Hänn ëmginn, d'Méiglechkeet gëtt, weiderzefunctionnéieren an deem Sënn, an deem se eigentlech och hiert Déier ugeschaaft hunn, aus Déiereléift souzesoen, als Frënd vum Mënsch, deen - mengen ech - och a schwéiere Situatiounen de Leit Bäistand ka ginn.

Derniewent awer wéi gesot hu mer deen anere Phenomeen, datt eng ganz Rei vu Leit - et ass eng minimal Zuel - effektiv Hänn benotzen, éischters, fir ganz einfach Mëssbrauch domat ze maachen, fir anzuschüchteren an derniewent awer och fir Gewalt auszeüben.

Dat kënnen mer eis als Gesellschaft net erlaben. Mir mussen och als Politiker hei d'Veantwortung iwwerhuelen, fir e Gesetz ze maachen, mat deem mer déi legal Basis schafen, fir deem entgéintziewierken, wann dat de Fall ass. Dat war bis elo net méiglech, an duerfir ass et gutt, datt mer esou e Gesetz schafen.

Et ass och gutt, datt mer no deene Gespräicher, déi mer mat deenen eenzelnen Organisatiounen haten, e flotte Wee fonnt hunn, fir dat ze ëmgoen an eigentlech e gudd Cumul ze fannen tèschent enger praktescher Handhabung an enger theoretescher Applikatioun.

Wéi gesäit elo deen nogebesserte Projet de loi aus? - An ech betounen hei effektiv no-„bessert“, well ech wierklech fannen, datt dee Projet, deen elo de Mëtteg zur Ofstëmmung hei virläit, e verbesserte Projet ass par rapport zum Projet, dee mer am Ufank haten, dee sech awer och erginn huet opgrond vun enger Rei Experienzen, déi och am Ausland waren, awer och virun allem opgrond vun enger Rei Aussoen, déi mer vun Organisatiounen a Gruppementen kritt hunn.

Deen neie Projet de loi gesäit also vir - an deem stëmmen ech ganz zou, well et wichteg ass -, datt mer déi elektronesch Erfassung kréien. Am Ausland ass dat jo ganz dacks de Fall. Mir wëssen, wa mer heiansdo mat den Hänn an d'Vakanz ginn, da muss ee schonn esou een Chip hunn, fir en Hond kënnen matzehuelen. Et ass also gutt, datt mer eis och hei ulehnen un déi international Regeln, déi et generell an dësem Beräich gëtt.

Derniewent ass d'Léngt awer och wichteg. Et war jo och eng ganz grouss Diskussioun an der Press, an der geschwatener an an der geschriwwener Press, doriwwer, wat de Léngtzwang betrëfft. Ech mengen, hei hu mer eng flott Formel fonnt, andeem et effektiv do, wou eng grouss Usammlung vu Leit ass, wierklech eng Obligatioun ass, den Hond un d'Léngt ze huelen. Wou awer keen an der Géigend ass, wou effektiv den Hond sech ka fräi bewegen, wou effektiv kee muss den Hond fäerten, jiddferen och d'Recht huet, sech fräi ze bewegen, do besteet d'Méiglechkeet, och den Hond lafen ze loosenen, den Hond sech défouléieren ze loosenen, esou wéi mir dat als Mënschen...

(Hilarité)

...och heiansdo gäre selwer maachen. Déi Fräiheet, mengen ech, muss een den Déiere loosenen an déi gi mer hinne gären.

Derniewent muss mer alleguerten eis Verantwortung iwwerhuelen. Hei zitiiere ech virun allem de Propriétaire, dee seng Verantwortung muss iwwerhuelen, andeem hien drop oppasst, wann eng Persoun him entgéintkënn, an dann einfach den Hond direkt un d'Léngt hëlt an effektiv direkt déi éischt Angscht virun enger Attack respektiv virun engem Beschneider ewechhält, well deen anere jo net wësse kann, ob den Hond geféierlech ass oder net. Dat Recht muss ee jiddferengem zougustoen.

Et ass och gutt, datt mer d'Zorte vun de Rassen op e Minimum reduzéiert hunn. Mä

vun deene Rassen, déi hei zitiiert ginn, krute mer och ganz kloer vun Experte gesot, datt se effektiv am Fong méi geféierlech sinn, wéi aner Rassen.

Selbstverständlech gëtt am Prinzip all Hond esou geféierlech, esou aggressiv, wéi en effektiv vu sengem Propriétaire gemaach gëtt. Mä dat hei sinn effektiv verschidde Rassen, wou dat awer méi no läit.

Et ass och wichteg ze soen, datt, och wa mer am éischen Text eigentlech d'Roll vum Buergermeeschter nach vill méi agéent haten, mer eng nei Formel fonnt hunn. Ech géif awer och selwer op dëser Plaz soen, och als Buergermeeschter vun enger Stad, datt och hei déi politesch Verantwortlech hir Responsabilitéit mussen iwwerhuelen.

Et kann net sinn, datt, wann op Plazen d'Leit no Sécherheet froen, d'Leit no Appui froen, fir effektiv a Sécherheet kënnen ze liewen, de Buergermeeschter net eng Verantwortung muss iwwerhuelen. Hien ass selbstverständlech net déi Persoun, déi driwwer jugéiere kann, ob en Hond dann elo aggressiv ass oder net, dat schéngt mer kloer. Mä hie muss awer déi Persoun sinn, déi als Éischt ka kontaktéiert ginn, fir dat dann ebe weiderzeginn un déi Verwaltung, déi duerfir Spezialisten huet, fir dat doten ze ënnersichen.

Ech fannen, datt mer hei zesummen e flotte Kompromëss fonnt hunn, wou op där enger Säit d'Responsabilitéit bewahrt bleift, an op där anerer Säit d'Kompetenz awer och ganz kloer verdeelt ass.

D'Gemenge kréien an deem Kontext och eng ganz Rei vun Aarbechten derbäi. Dat ass gewosst. Mir mussen och am Ufank probéieren, zesumme mam Innenminister eng Circulaire auszuschaffen, déi dat eise Gemengebeamte verständlech eriwuerbréngt.

Mir mussen och Kontakt opheue mat dem zustänneger Syndikat, dem SIGI, fir e Formulaire auszuschaffen, deen uniform ass, e Formulaire-type fir d'Umeldung vun den Hänn, respektiv och mat all de Piëcen. De Marcel Oberweis huet zitiiert, wat alles derbäigehéiert zu esou engem sougenannte Carnet, zu esou enger Umeldung, an derniewent och zitiiert, wat derbäigehéiert beim Transfert vun der Adress vun engem Hondbesëtzer mat sengem Hond. All déi Saache mussen am Virfeld ganz kloer mat de Gemengen ofgecheckt ginn.

Mir haten an der leschter Kommissioun och déi Diskussioun doriwwer, an déi Bereetschaft ass direkt komm, fir op dee Wee ze goen, wéi et eigentlech ëmmer bei Gesetzer ass, déi iwwergräifend op d'Gemenge sinn.

Wat d'Strofe betrëfft, wësse mer, datt se zum Deel reduzéiert goufen, datt se zum Deel virun allem e repressiven, pénale Charakter kritt hunn. Och hei ass et e Wee, deen eng Rei Méiglechkeeten opmécht.

Eng gutt Léisung hu mer och fonnt fir d'Fourriären, wou fir d'éischt geduecht war, datt jiddferen esou eng Fourrière misst stellen, awer datt dat relativ onméiglech ass, wësse mer alleguerten. Et kënnen net de Moment 116 Gemenge sech eng Fourrière uleeën. Hei gesäit de Projet elo ganz kloer vir, datt mer eis e Syndicat intercommunal de fourrières kënnen virstellen, respektiv iwwer den Déierenasyl zesumme kënnen ausschaffen, wéi eng Méiglechkeete bestinn, déi Déieren dann dee Moment ënnerdaach ze bréngen, wann et effektiv muss sinn.

Dat meescht iwwert de Fong vum Gesetz, dat meescht iwwert déi eenzel Dispositiounen ass gesot gi vum Rapporteur an och ergänzend vum Carlo Wagner. Ech mengen nach eng Kéier zur Ofschluss, datt mer wierklech eng wichteg legal Basis hei schafen, déi eis géint Mëssbräich schützt an déi op där anerer Säit awer virun allem

der Freed um Déier kee Stopp gëtt, mä éischter en neien Impuls gëtt, fir eigentlech och hei eis Gesellschaft esou ze forméieren, datt mer, wéi ech gesot hunn, op där enger Säit deenen engen d'Recht ginn, eng Geför ze gesi respektiv Angscht ze hu virun den Déieren, an op där anerer Säit awer och probéieren, datt mer déi 95%, déi wierklech gutt bis elo konnten domat liewen, och virun esou ënnerstëtzten.

An deem Sënn géif ech och säitens der LSAP den Accord zu dësem Gesetz ginn. Ech soen Iech Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Ech soen dem Här Schneider Merci. Als nächste Riedner ass den Här Kox agedroen. Här Kox, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Henri Kox (DÉI GRÉNG).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, am Numm vun der grénger Fraktioun wëll ech fir d'éischt och dem Rapporteur fir säi mëndlechen a schrëftleche Rapport Merci soen.

Dës Gesetzespropos huet jo schonn zu ganz villen Diskussiounen gefouert, net nëmme innerhalb vun der Agrarkommissioun, mä och dobaussen, an dat besonnesch ënner den Hondbesëtzer. Schliesslech ass et jo och zu enger Petitioun komm. Dem Chamberspräsident goufen - mengen ech - iwwer 16.000 Ënnerschrëften iwwerreicht.

Dës Gesetzespropos huet souguer e fréiere Minister dozou verleet, ze schreiwen, datt mir hei zu Lëtzebuerg just nach iwwer Muppe géife schwätzen an déi eigentlech Problemer net méi géife léise respektiv déif gräifend Debatten net méi géife féieren.

Ech hoffen, datt de gudd Mann duerch déi Debatten, déi mer gëschter hei an der Chamber gefouert hunn, enges Besseres beléiert gouf.

(Interruption)

Och d'Muppen dierfen a musse kënnen an engem Parlament behandelt ginn, besonnesch dann, wann et sech erausstellt, datt et jo a sech net den Hond ass, dee mengert ass, mä éischter dem Hond säi Meeschter oder d'Meeschtesch, déi cibléiert sinn.

Och wa mer haut, sechs Joer nom Dépôt vun dësem Gesetz, elo zum Vote hei kommen, sinn déi Gréng mat dësem Gesetz awer nach net averstanen. Sécherlech sinn eng ganz Rei vun Ännerungen agefloss, wouriwwer mir och frou sinn. Et bleiwen awer nach eng ganz Rei vu Punkten an dësem Gesetz, déi mir net kënnen matdroen, an duerfir wäerte mir och net eis Ënnerstëtzung dozou ginn.

Besonnesch dräi Punkte wéilt ech hei méi am Detail behandelen: Dat ass, éischters, d'Andeelung vun de Muppen a gutt an a vermeintlech geféierlech Hänn, zweetens, d'Ausbildung au mordant an dréttens d'Exceptionne fir d'Juegdhänn.

E weidere Punkt, deen een nach hei derbäi kann huelen, ass den administrativen Opwand, deen d'Gemenge mat dësem Gesetz wäerte kréien. Sécherlech sinn eng ganz Rei vu Verbesserungen duerch d'Aarbechte vun der Kommissioun erreicht ginn, et bleift awer nach ëmmer e groussen Deel bei de Gemengen hänken.

Et geet hei ëm e Gesetz, wat beim Dépôt viru sechs Joer nach e ganz restriktiven Émgang mat de Muppe virgeschriwwen hat. Dobäi huet besonnesch deen allgemenge Léngtzwang fir d'Muppen zu där grousser Mobiliséierung ënner den Hondbesëtzer bägedroen. Eng Mobiliséierung, déi schlussendlech och zu enger neier Hondassociatioun gefouert huet. Eng Associatioun, déi sech vill Méi gemaach huet, fir méi eng differenzéiert Approche



Chambre  
des Députés

L U X E M B O U R G

d'Chamber online op  
[www.chd.lu](http://www.chd.lu)

vis-à-vis vun de Muppen unzehuelen. Si huet jiddefalls de Mérite, datt eng ganz Rei Elementer aus dësem Gesetz méi déif gräifend behandelt goufen an och deelweis geännert konnte ginn; net nëmme wat d'Léngtepflicht ugeet, mä och beim allgemengen Émgang mam Hond selwer.

Mä et waren net nëmme si, déi mir gesinn an héieren hunn. Mir hunn eis relativ oft a laang mam Hondsgesetz beschäftegt. Besonnesch op Initiativ vun eisem äifrege Kommissiounspräsident hu mir net nëmme déi nei Associatioun vun de Muppen, déi sougenannten MMMen, gesinn, mä och eng ganz Rei aner Associatiounen, déi sech ëm d'Muppe këmmen. Associatiounen, déi e méi oder manner positiv Bild innerhalb vun der Kommissioun hannerlooss hunn. Mat dëser Meenung stinn ech och net eleng bei menge Kommissiounsmemberen do.

Et ass sécherlech net üblech bei engem Gesetz, sämtlech Leit zu Wuert kommen ze loossen a Meenungen ze lauschten. Géife mer deeslewechten Opwand bei anere Gesetzter bedreiwen, wéi dat hei beim Hondsgesetz de Fall war, kéime mer ni zu engem Vote an der Chamber.

Ech muss awer eisem Kommissiounspräsident Merci soen, datt mer eis awer esou vill Zäit gelooss hunn an datt mer esou ville Leit konnten an der Kommissioun zu dësem Gesetz nolauschten. All déi Debatten an der Chamberskommissioun hu mech an eis Fraktioun dora bestätegt, datt et a sech jo net den Hond ass, deen de Problem duerstellt, mä datt et eleng de Mënsch ass, deen duerch säi positiv oder negativ Verhalten am Émgang mam Hond dee gréissten Ausléiser vum Geforepotenzial a sech ass.

Et war scho spannend ze erliwen, wéi sech déi eenzel Associatiounen innerhalb der Kommissioun presentéiert an duergestallt an hir Philosophie duergeluecht hunn, wéi si mam Hond ëmginn a wéi si sech mat him beschäftegen. Bei dëser Feststellung - an dat hunn ech scho virdru gesot - stinn ech net eleng do.

Erlaabt mer, datt ech hei e Verglach benotzen, deen och schonn an aneren Debatte gebraucht gouf an nach ëmmer gebraucht gëtt. Dëse Verglach gëtt besonnesch bei der Réforme territoriale benotzt: Wéi verhält sech de Mënsch haut beim Émgang mam Hond a mat den Déieren am Allgemengen?

Do weist et sech, datt et der gëtt, déi sech nach ëmmer am Postkutschenzäitalter befannen, an där, déi schonn am 21. Jorhonnert ukomm sinn, wou d'Déiere méttlerweil hir Plaz an der Verfassung fonnt hunn.

Et geet nämlech bei der Debatt vum Hondsgesetz respektiv ëm d'Hënn am Allgemengen net dorëms, géint den Hond ze schaffen, mä mat dem Hond. Et geet drëms, mam Déier an net géint d'Déier virzegoen. Déi Erkenntnis ass leider nach net an eiser esou héich entwéckelter Gesellschaft bei jiddferengem ukomm.

Et ass grad dee fundamentalen Ënnerschied, dee fir déi Gréng ausschlaggebend war an dee schlussendlech och zu enger oflehrender Bewäertung vun dësem Gesetz gefouert huet. Déi sëlliche Gesprécher, déi mir an der Kommissioun gefouert hunn an déi ech och selwer nach konnt féieren, hu mech ëmmer nees an dëser Aschtzung bestätegt.

#### (M. Lucien Weiler reprend la Présidence)

Duerfir ass et och fir déi Gréng ganz kloer, datt mir eng Ausbildung au mordant ofleihen an och net akzeptéiere kënnen. Eng Ausbildung oder och nach sougenanntene Sport, déi fir eis ganz kloer net méi an d'Bild vun 21. Jorhonnert passen. D'Philosophie, datt all Hond en aggressivt Verhalten a sech schlummeren huet an nëmme da ka sécher beherrscht ginn, wann déi Aggressivitéit eng Kéier aktivéiert gouf, kënnen mir net deelen. Dëst Verhaltensmuster gëtt och vu ganz villen Experte souwuel hei am Land wéi och am Ausland net gedeelt.

Et geet net drëm, fir géint den Hond virzegoen, mä mam Hond ze schaffen. D'Verhältnis vun Herr a Max, wat jo oft bei den Hënn gebraucht gëtt, léisst sech och mat ganz...

» Une voix.- Net nëmme bei den Hënn. (Hilarité)

» M. Henri Kox (DÉI GRÉNG).- ...anere Moyer verwickelen, ouni müssen eng sougenannte schlummernd Aggressivitéit ze aktivéieren. Eng Aggressivitéit, déi ganz kloer bei der Ausbildung au mordant ee vun den Haaptbestanddeeler ass an duerfir och vun deene Gréngen ofgelehnt gëtt.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ee vun de wichtigste Punkte vun dësem Gesetz war an ass nach ëmmer d'Klassifikatioun vun den Hënn a sougenannt gutt

oder potenziell geféierlech Hënn. Eng Klassifikatioun, déi déi Gréng bis haut nach ëmmer net als néideg ugesinn.

Sécherlech, déi opräisseresch Biller, déi duerch d'Medië gaange sinn, wou e sougenannte potenziell geféierlech Hond e Kand verletz, souguer doutgebass huet, léisen och bei mir eng Oflehnung vun esou engem Hond aus. Mä all Etüde weisen, datt dëst Verhalten net eigentlech dem Hond zoueschreiwen ass, mä d'Vehaltensmuster vum Mënsch vis-à-vis vum Hond den Ausléiser ass.

Et konnt mir bis haut nach keen eng Statistik dohinnerleeën, déi drop hiweist, datt duerch eng Klassifikatioun vun den Hënn de Problem vum aggressive Verhaltensmuster an de Grëff ze kréien ass. Och am Ausland, wou et schonn esou Gesetzter mat enger Klassifikatioun gëtt, gëtt et keng Statistik - jiddefalls konnt kee mir esou eng an der Kommissioun virweisen -, déi dat soll beweisen.

Grad de Contraire ass de Fall. D'Auswärtung vun der Meldeflicht vu Bëss duerch Hënn an der Schwäiz weist eppes ganz aneschtens aus. Et beweist och fir déi Gréng, datt eng Klassifikatioun net de richtige Wee ass an och nëmme no baussen e falschen Aktivismus virtüsch.

E puer Zuelen aus där Etüd: Esou ass schonn emol direkt feststellen, datt bei den „Hundebisse bei Menschen“, wou iwwer 1.000 Fäll ënnersicht goufen, d'Opfer oft dem Hond bekannt ass. 50% vun deenen Hënn sinn direkt doheem, wou d'Onfäll passéieren. Et kënn nach derbäi, datt d'Virfäll am öffentliche Raum oft dann net gemellt gi respektiv och net weidergi ginn.

Zweetens: „Kinder sind besonders gefährdet.“ Dat ass och scho virdru gesot ginn. „So betreffen 18% der gemeldeten Vorfälle Kinder bis zehn Jahre“, wann e Bëss geschitt; oft doheem an net am öffentliche Raum.

Wou ginn d'Kanner natierlech verletzt? Bei de Kanner, well se sech an der Héicht vum Hond bewegen, ass et zu iwwer 50% am Beräich vum Gesiicht respektiv vum Hals.

Si kommen zur Konklusioun, zu dësem Deel jiddefalls: „Die Angabe verdeutlicht die Bedeutung der Prävention. Kinder haben nicht nur ein höheres Risiko, gebissen zu werden, als Erwachsene, die Verletzungen sind zudem schwerwiegender. Die Prävention“ - an dat ass ee vun deene wichtigste Voleten och bei dësem Gesetz - „muss deshalb bei den Kindern ansetzen und Hundehalter wie Eltern mit einbeziehen, damit sie Risikosituationen zu erkennen lernen.“ Dat zumindest zu de Bëss.

Wat sinn dann elo déi Hondstypen, déi déi Bëss ausléisen? Sinn et déi Astufungen, déi mer hei virgeholl hunn an dësem Gesetz?

„Über 200 verschiedene Hundetypen waren in den Meldungen vermerkt.“ Wann ech d'Klassifikatioun kucken, esou sinn 28,8% bei 1.319 gemellte Fäll „Schäferhunde, inklusive Mischlinge“. Dat heescht, duerno komme Mischlinge mat 11,7%, mat 10,5%: zum Beispill Appenzeller, Berner Sennenhond, Großer Schweizer. Op véierter Plaz kommen zum Beispill mat 11,1% eréischt all déi Rassen, déi mir an eisem Hondsgesetz elo identifizéiert hunn an entsprechend do festgehalen hunn. Et gëtt där jo och manner. De Problem läit net bei der Rass, mä e läit scho virdru beim Émgang mat den Hënn vun de Leit.

Dës Etüd weist, datt eng Klassifikatioun vun den Hënn a gutt an a potenziell geféierlech net den eigentleche Problem léist. Dir fannt also bei villen Hënn Verhaltensmuster, déi zu Accidenter kënnen féieren. Et weist sech och weiderhin, datt, esou wéi schonns e puermol hei gesot gouf, et u sech de Mënsch ass, deen de gréisste Problem duerstellt.

Bei der Ausféierung stelle sech zu där Klassifikatioun awer och nach eng ganz Rei vun anere Froen.

Wéi ass et mat der Assurance? All Hondbesëtzer muss jo bekanntlech schliesslech eng Haftpflicht virweisen. No mengem Informatioun gëtt et eng Rei Assurancen, déi dëst fir déi klassifizéiert Hënn net méi wëllen ubidden.

Wat passéiert, wann en Tourist mat engem klassifizéierten Hond an d'Land erakënn? Och dat ass net festgehalen. Muss den Tourist dann direkt an eng Formatioun oder muss den Tourist d'Land direkt erëm verloossen? Oder muss vläicht den Hotelier nach kontrolléieren, ob alles mam Hond an der Rei ass?

Wien ass zoustänneg fir déi sougenannte Wesenstester duerchzuféieren? Si genuch ausgebildete Leit do, fir esou Tester kënnen auszuféieren? Wie mécht déi praktesch Ausbildung um Terrain? Sinn och do genuch Ausbilder ze fannen?

Wat passéiert mat de klassifizéierten Hënn an den Déierenasyler? Wien iwwerhëlt do d'Flicht vun der Ausbildung? Oder sinn déi all elo zum Doud veruerteelt?

Froen, déi, niewent dem Fakt, datt iwwerhaapt eng Klassifikatioun muss gemaach ginn, net all geléist sinn; duerfir lehnen DÉI GRÉNG och dësen Artikel of.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, e weidere Punkt, oder besser gesot eng Rei vu Punkten aus dësem Gesetz, déi mir net guttheeschen, sinn d'Exceptiounen fir d'Juegdhënn.

Och hei gesi mir net méi an, datt déi Exceptiounen nach ëmmer kënnen am 21. Jorhonnert oprechterhale ginn. Och dat ass e Relikt aus dem Postkutschenzäitalter.

Ass et iwwerhaapt nach fir eng ziviliséiert Gesellschaft kompatibel, datt et haut nach erlaabt ass, datt Déieren ausgebild ginn, fir op aner Déiere lassgelooss ze ginn? Eng Ausbildung, déi zwar - esou gesäit et emol e Gesetz respektiv e Règlement vir - net därerf um liewegen Déier ausgeübt ginn. Op der Juegd awer gëtt deen Hond op aner lieweg Déiere lassgelooss.

Dës Praxis kënnen a wäerten DÉI GRÉNG weiderhin net akzeptéieren!

» Plusieurs voix.- Très bien!

» M. Henri Kox (DÉI GRÉNG).- Firwat en Déiereschutzgesetz an e Vermierk an der Verfassung, wann esou Praktiken nach ëmmer gedult ginn?!

DÉI GRÉNG bleiwen derbäi, datt esou Praktiken am 21. Jorhonnert näischt an enger sougenannter fortschrëttlecher Gesellschaft ze sichen hunn, woufir mir och déi Exceptiounen am Hondsgesetz fir d'Juegdhënn net kënnen ënnerstëtzen.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, dëst Gesetz huet awer och eng Rei vu positiven Elementer, déi mir mat ënnerstëtzen.

D'elektronesch Identifikatioun vun all Hond ass zum Beispill e Punkt, dee mir hei an dësem Gesetz mat ënnerstëtzt hunn. Wann dës Identifikatioun och nach derzou féiert, datt mir och hei zu Lëtzebuerg endlech eng Statistik kënnen opbauen, fënnst dës Mesure ëmsou méi eis Ënnerstëtzung.

Mir hunn nämlech d'Gefill, datt mir hei - wéi esou oft hei zu Lëtzebuerg - eng Navigation à vue maachen, an der Hoffnung richteg gehandelt ze hunn, well keng eng Statistik iwwer Bëss hei am Lëtzebuerger Land de Moment ze fannen ass.

Och de Prinzip vun der Léngtepflicht kënnen mir matdroen. Mir mengen awer, datt och do nach esou munech Diskussiounen dobausse wäerte kommen. Besonnesch d'Ëmsetzung an e Landgemenge wäert nach zu Komplikatoune féieren.

E puer Iwwerleeungen awer nach zu de Gemengen. Hei ass oft a vill iwwer de Rôle vun de Gemengen an der Kommissioun debattéiert ginn. Och wann e puer Erlichterungen duerch d'Interventioun vun der Agrarkommissioun konnten erreecht ginn, esou zum Beispill, datt et net de Buergermeeschter ass, deen d'Entscheidung trëfft, ob en Hond geféierlech ass oder net, mä dëst iwwer d'Vétérinaren, esou bleiwen awer nach eng ganz Rei vun neien Aufgaben fir d'Gemeng iwwreg. Nei Aufgaben, déi vill administrativen Opwand bedeite wäerten. Ech hoffen, datt och déi néideg Hëllefstellung vu Säiten der Vétérinairesverwaltung nach wäerte kommen, fir déi sëlliche Regelungen, déi bei de Muppe musse gemaach ginn.

Datt net méi all Gemeng eng Fourrière muss hunn, mä sech zesumme kann doe mat anere Gemengen, ass och e positiv Element. Et stellt sech awer nach ëmmer d'Fro, ob d'Déierenasyler déi néideg Moyer a Leit hunn, fir déi Aufgab ze iwwerhuelen. Si si net deelweis iwwerfuert, well déi néideg finanziell Ënnerstëtzung oft net duergeet?

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech kommen zum Schluss vu mengem Ausféierungen zu engem Gesetz, wat mir an där Form net kënnen mat ënnerstëtzen. Besonnesch dräi Punkte stéieren eis an dësem Gesetz: 1. d'Klassifikatioun, well d'Etüden aus der Schwäiz eis dozou Recht ginn; 2. an 3. Punkt, de Mordant an d'Juegdhënn, well dat ee Relikt aus dem Postkutschenzäitalter ass.

Wichtig bleibt, an dat hunn all meng Virriedner hei ënnerstrach, datt mer eng offensiv Campagne vis-à-vis vun all den Hondbesëtzer an Nethondsbesëtzer maachen, fir e richtegen a gudden Émgang mat den Hënn kënnen ze verwickelen.

Dozou ass dann näischt méi bäizefügen. Merci.

» Plusieurs voix.- Très bien!

» M. le Président.- Merci, Här Kox. Den Här Mehlen huet elo d'Wuert.

» M. Robert Mehlen (ADR).- Merci, Här President. Déi Diskussioun iwwer dee Projet hei huet keng gesellschaftspolitesch Dimension, wéi dat gësch de Fall war, an trotzdem ass et e Projet, dee sécher ganz vill Leit betrëfft an dobaussen interesséiert.

Iwwer d'Noutwendegkeet fir ze léigféiere ginn d'Meenungen net allz wäit auserneen. Mir hunn am Ausland eng Partie Fäll erlieft, wou Persounen, virun allem Kanner, duerch Hënn aggresséiert gi sinn. Dat ware Virfäll mat schwéiere Verletzungen an deelweis souguer Doudesfäll, déi mer alleguer an der Press gesinn hunn. Dat ass jo eppes, wat dann d'öffentlech Meenung ëmmer erëm a Bewegung bréngt, och wann et, wann een dat zum Beispill un de Verkéiersaccidenter gemooss kuckt, awer leschtenenns déi grouss Exceptioun ass.

Mir si Gott sei Dank bis elo wäitgehend virun esou Fäll verschont bliwwen, mä eng gewëss Gefor besteet sécherlech och bei eis, dass et déi eng oder aner Kéier zu esou engem schwéieren Tëschefall kënn.

Et ass awer eng Gefor, déi och dann nach besteet, wann dat Gesetz hei gestëmmt ass, well et ass eng Gefor, déi een och net duerch d'Gesetz zu 100% eliminéiert kritt. Duerfir soll dëst Gesetz esou wäit wéi et méiglech ass e preventive Charakter hunn, deen esou Virfäll esou wäit wéi méiglech soll virgräifen. Dat ass eng Approche, mat där mir als ADR am Prinzip d'accord sinn.

Déi Preventioun, déi soll erreecht ginn - ech ernimmen dat eng Kéier ganz kuerz - duerch verschidde Moosnamen. Den elektronesch Enregistrement, dee bewierkt sécher keng Preventioun, mä doduerch, datt den Hond emol registréiert ass, erkennbar ass, kann en identifizéiert ginn, wann eppes virgefall ass. Duerfir huet dat och an engem gewëssene Sënn sécher e preventive Charakter.

Den Artikel 2 regelt de Léngtenzwang. Dat war jo do, wou op eng Kéier d'Gemiddler a Wallung gerode sinn a wou d'Lieserbréiwer geschriwwen si ginn; an ech mengen och net zu Onrecht. Den Hond ass effektiv, wéi och virdru schonn hei gesot ginn ass, e Wiesen, wat vun Natur aus sech gäre fräi beweegt, wat muss Auslaf hunn, an et geet sécherlech net, fir e permanenten a flächendeckende Léngtenzwang ze verhängen. Duerfir hu mer jo och Léisunge fonnt, déi méi oder wéineger praktikabel sinn.

Trotzdeem muss ee sech nach Froe stellen. Wann dosteet „à l'intérieur des agglomérations“, da wësse mer alleguer, datt dat net esou genee ze determinéieren ass. Wa gesot gëtt, dat geet u beim Stroosseschëld: Et sinn och Weeër, déi aus den Uertschaften erausféieren, wou kee Schëld steet. Muss dann elo d'Gemeng dee Perimeter ganz genau definéieren, wat à l'intérieur de l'agglomération ass a wat net?

Ech hoffen och, datt d'Leit selwer eng gewëss Souplesse fannen, fir domadder ëmzegoen. Et gëtt och Uertschaften, déi nëmme aus e puer Haiser bestinn, wou vläicht dräi, véier Bauerenhäff beienee sinn. Ech mengen och do muss een dat da vläicht net esou ganz enk gesinn.

Wichtig schéngt mer och ze sinn, datt et op de Vëlospisten - well et ass jo net onbedéngt esou, datt een Hond ee muss bäissen; et geet jo och schonn duer, datt een engem Cycliste an de Vëlo spréngt, datt et kann zu engem relativ schwéieren Accident kommen - och gëllt, obschonn dat och nach net déi leschte Garantie ass. Een, dee mam Vëlo gewinnt ass op de Pisten ze fieren, weess, datt och Hënn, déi u Léngte gehale ginn, wa se net ganz kuerz gehale ginn, dee Moment kënnen awer op eng Kéier eng Reaktioun hunn, mat där kee gerechent huet, an da rabbelt et.

Et ass eng Regelung, déi sécher an der Applikatioun och nach weiderhin hir Froe wäert opwerfen.

Den Artikel 9 ass e wichtige Artikel, well en handelt vun deenen Hënn, déi am Verdacht stinn, geféierlech ze sinn. Ech mengen, datt déi Regelung, déi mer do fonnt hunn, eng gutt Regelung ass. Et sinn

effektiv déi Hënn, déi susceptibel sinn, déi opfälleg sinn. Wann een do zur Zäit intervenéiert, dat géif am Prinzip duergoen, fir deene schwéieren Accidenter virzepräifen, datt do ka Meldung gemaach ginn, ouni datt mer awer an en Denunziantentum ounigläiche verfallen.

Duerfir gëtt et jo och déi Regelung, wann een esou eng Meldung mécht, déi wierklech un den Hoer erbäigezunn ass - an dat ka jo am Fall vun engem Noperschaftssträit virkommen -, datt dann deejeinegelwer muss fir d'Fraisé vum Examen opkommen.

Dann déi passionnant Fro vun de Rassen oder Kräizungen, déi als geféierlech agestuift ginn. Mir deelen och déi Meenung, datt keng Rass per se geféierlech ass. Mä mir wëssen awer, datt déi sougenannte Kampfënn duerch d'Bank eng vill méi staark Bäisskraaft hunn, dat heescht, wann ee vun deenen agresséiert an e léisst net méi lass, dann ass dat effektiv an deem Sënn méi geféierlech, wéi e klengen Mippchen, dee vläicht aggressiv ass.

Richtig ass och onbestritten, dat huet sech jo och aus deenen Entrevuen erginn, déi mer mat de Fachleit haten, datt eigentlech d'Erzéiung vun Hond determinant ass fir säi Verhalten. Et gëtt ganz sécher sougenannt Kampfënn, déi absolut friddlech sinn, well se eng gutt Erzéiung kriit hunn a well se och op d'Wuert follegen, an et kann een e klengen Terrier hunn, deen eng - wéi een et op gutt Lëtzebuergesch seet - rose Louder ka sinn, déi ee bal net an de Grëff kriit.

Et stellt een och ganz dacks fest, datt de Charakter vun Hond oder seng Aggressivitéit ganz dacks och op de Charakter vu sengem Meeschter zréckzeféieren ass.

Den Artikel 15 seet - an ech muss soen, mir sinn doriwwer net onbedéngt mat deene Gréngen enger Meenung -, datt ee Mesuren ergräift fir déi geféierlech Hondsrassen, andeem, wann een esou eppes wëllt importéieren, duerfir eng spezial Autorisatioun vum Minister muss kommen. Domadder kann een et op d'Längt fäerdeg bréngen, fir déi Rassen dach awer lues a lues auszedechnen hei zu Lëtzebuerg.

Ech mengen, jiddferen, deen en Hond hale wëllt, huet e risegrousse Choix vu Rassen a souguer vu Baascherten, wat och net ëmmer déi Schlecht sinn. Et muss jo net onbedéngt dann esou en Hond sinn, deen duerch seng Morphologie awer e bësse méi geféierlech ass wéi aner.

Da kann ech mer net verknäifen, e Wuert zum Artikel 23 ze soen. Do steet dann dran, wann en Hond wahrhafteg net an de Grëff ze kréien ass an einfach geféierlech ass, da kann duerch Ordonnance vum Procureur zur Euthanasie procédéiert ginn.

Wéi ech dat gelies hunn, am Réckgrëff op déi Sitzung, déi mer gëschter haten, hunn ech den Ausdrock éierlech gesot net ganz glécklech fonnt. Datt een eng Mise à mort mécht ënnert deene Konditiounen, wéi d'Déiereschutzgesetz dat virschreift, dat hätt ech éier richteg fonnt, mä, wa mer an deem enge Kontext schwätze vu Stierfegedung a vun enger Hëllef, dann ass et hei jo awer ganz sécher net de Wëlle vun deem Concernéierten, fir datt dat soll duerchgeféiert ginn. Ech ka mer wéi gesot déi Remarque net ganz verknäifen.

Här President, de Pro a Kontra zu deem Gesetz: Mir sinn d'accord, datt de Problem net grondsätzlech beim Hond läit, mä wéi gesot bei sengem Meeschter. Duerfir ass et wichteg, datt Wäert op eng uerdentlech Erzéiung vun den Hënn geluecht gëtt. Dat fanne mer zum Deel am Gesetz erëm.

D'Kohabitatioun tëschent deene Leit, déi Hënn hunn, an deenen, déi keng hunn, déi heiandsdo Angscht hunn oder, wéi gesot, déi mam Vélo ënnerwee sinn an esou, gëtt wäitgehend geregelt. Dat si sécher positiv Aspekter vum Gesetz.

Et gëtt der och, déi mir net esou positiv gesinn. Virun allem hätte mir eis gewënscht, datt dëst Gesetz wesentlech méi einfach hätt kënnen ausgefouert ginn. Zum Bürokratiedofbau, dee mer jo awer bei all Geleeënheet hei pronéieren, dréit dëst Gesetz ganz sécher net bäi.

Här President, wa mer schonn en zentralen Enregistrement vun den Hënn maachen iwwer en elektronischen Chip, da gëtt dat

jo och eng zentral Datei. Woufir dann net all déi Froen, déi d'Hënn betreffen, an enger spezieller Abteilung - well d'Veterinärsinspektioun souwisou hei involvéiert ass -, dat Ganz zentral op enger Plaz bei der Veterinärinspektioun ënnerbréngen? Eventuell souguer beim SANITEL déi ganz Enregistrementsgeschichte maache loosse, dee jo duerfir outilléiert ass, dee jo domadder a vill méi engem grouss Mooss gewinnt ass ëmzegoe bei de Béischten?

Et ass jo och net esou, datt d'Randbéischten, d'Päerd oder d'Schwän och alleguer mussen op der Gemeng registriert ginn, gemellt ginn, ëmgemellt ginn, ofgemellt ginn, an ech weess net, wat nach alles.

#### (Interruption)

D'Arbecht muss esou oder esou gemaach ginn. Et wär wahrscheinlech méi rationell, wann een dat alles an enger Hand zesummegefuert hätt.

E Wuert zu der Tax. De Projet seet, eng Tax, wat minimal zéng Euro wären, géif agefuert ginn. D'Hondssteuer geet, wann ech gutt informéiert sinn, ganz, ganz wäit an der Geschicht zréck. An trotzdeem, déi lescht Zäit ass déi Diskussioun jo opkomm: Woufir muss eigentlech e Mensch, deen en Hond huet, dorop eng Steuer bezuelen?

Dat ass eng Fro, déi ee sech awer emol grondsätzlech ka stellen.

Et sinn der vläicht, déi en Hond fir Luxus halen. Ech weess net, ob et esou e Luxus ass. Mä et sinn awer och Leit, déi eleng wunnen, déi vläicht Angscht hunn, a fir déi den Hond en Alarminstrument ass. Mir wëssen, dass Hënn, déi wuechtsam sinn, déi e Laut ginn, ganz effikass kënnen sinn, wann Abriecher sech ronderëm d'Haus oder um Haus ze schafe maachen. Muss een dann elo op d'Sécherheitsanlagen an Zukunft och Taxe bezuelen?

Et gëtt Leit, déi eleng wunnen, fir déi den Hond de stännege Begleeder ass. E Liewensgefährte soi-disant. A mir kenne Geschichte vun Hënn, déi wéi de Meeschter gestuerwen ass, sech effektiv op d'Graf geluecht hunn an net méi do gewach sinn. Et si scho Saachen, déi émouvant sinn. Muss een dann elo op esou engem treie Weggefährten och nach eng Tax bezuelen?

Ech muss soen, effektiv déi Fro sief emol eng Kéier hei gestallt. Et steet esou am Gesetz, an ech fannen et éierlech gesot net ganz glécklech. Datt een en Onkäschtbäitrag muss bezuele fir dat, wat et reell kascht, wa muss registriert ginn an esou, dat kann ee jo novollzéien, mä wat eng Steuer um Hond betrëfft, déi zwar en historischen Hannergrond huet, do kann ee sech wierklech Froen iwwert d'Berechtigung stellen.

Allgemeng ass dat, Här President, wéi gesot, vill ze vill e groussen administrativen Opwand fir zegausende vu sougenannten Hundehalter, fir e puer méiglech Dérapagë vun Accidenter ze verhënnern. Dat ass och d'Meenung vum Conseil d'État gewiescht, deen dat kritiséiert huet.

Nach eng Kéier: Eng honnertprozenteg Sécherheet gëtt et net, a wa mer souguer d'Gesetz nach vill méi restriktiv gemaach hätten.

Da muss een och soen, datt, mat deem ganzen Opwand, deen elo bedriwwen gëtt - ech soen dat e bëssen als Anekdot -, mer d'Hënn am Land elo besser erfaasst hunn, wéi eis Populatioun. Well mir hu festgestallt, zum Beispill an der Stad Lëtzebuerg, datt et an de Bevölkerungsstatistike riseg Differenze gëtt tëschent deenen engen an deenen aneren.

Bei den Hënn, Här President, därerf dat op jidde Fall an Zukunft dann net méi de Fall sinn.

Zum Schluss nach...

#### (Interruption)

Gelifit?

#### (Interruption et hilarité)

Ah, déi si méi treil!

#### (Hilarité)

Här President, zum Schluss nach eent. Hei kënnt jo awer dat eent oder dat anert op d'Leit zou. Et sinn der vill dobaussen, déi betrëfft sinn.

Ech wollt den Här Minister dann och nach froen, wéi et mat der öffentlecher Informatioun vun de Leit iwwert dat Gesetz hei ass, wat jo awer en ëmfangräicht Gesetz ass, wou ganz vill Dispositionen drastinn, fir datt och jiddferen weess, u wat hie sech ze halen loit. Mir soen hei «nul n'est censé ignorer la loi», mä trotzdeem gëtt et däärs Gudden awer e bësse vill, an duerfir wär eng uerdentlech Informatioun, eng verständlech Informatioun fir d'Leit och net verkéiert.

Ech wär domadder um Enn vu mengem Discours, Här President. Mir wäerten eis bei deem Gesetz enthalen, well et eis einfach ze vill e grouss bürokrateschen an administrativen Opwand bedeit fir dat, wat visiéiert gëtt.

Ech soen lech Merci.

» M. le Président. - Merci, Här Mehlen. Als leschte Riedner ass den honorablen Här Jaerling agedroen.

» M. Aly Jaerling (Indépendant).- Merci, Här President. Och dem Här Rapporteur Félicitatiounen fir säin explizite Rapport. Wann ech awer als net Betreffenen dee Projet hei analyséieren, da fällt et mer op, dass sech duerch dat Gesetz awer haaptsächlech op d'geféierlech Hënn focaliséiert gëtt, wéinst enger Rei Accidenter am Ausland an och hei am Land.

Ech si perséinlech der Meenung, dass en Hond oder en Déier iwwerhaapt, genau wéi de Mensch, vun Natur aus net geféierlech ass. All Hond a souguer all Déier kann awer geféierlech ginn, wann en an eng falsch Richtung dresséiert gëtt, provoziert oder och souguer gepéngegt gëtt; wat jo awer och alt emol de Fall ass. Menger Usicht no riichten d'Mënsche bei den Déiere méi Schued un, wéi d'Déiere bei de Mënschen.

Et ass selbstverständlech dramatesch, wann en Hond e Mensch agresséiert. Mä ass dat dann elo dem Hond seng Schold oder net éischer dem Besëtzer vum Hond seng Schold, dee meeschtens net mat engem Hond kann ëmgoen oder e souguer an eng falsch Richtung dresséiert huet? Oder dee sech souguer en Hond oft zu sengem eegene Schutz uleet, well hien net fäeg ass, sech eegestänneg selwer ze behaupten? Oder well hie souguer - an dat ass och ganz oft de Fall - an engem geféierleche Milieu zirkuléiert?

Et ginn och vill Hënn - an dat ass hei net zur Diskussioun bruecht ginn - als Spillsaach fir d'Kanner zougeluecht an dann herno vernoléisegt. Och dat sollt zur Diskussioun gehéieren. Et soll och emol eng Kéier kloer gesot ginn, dass och Leit an deem Sënn méi Verantwortung sollen iwwerhuelen a sech och bewosst sinn, wa se hire Kanner en Hond zouleeën, dass se dann och selwer mat eng gewësse Verantwortung iwwerhuelen, dass et dann herno net ass, fir den Hond ofzeschieben. Am Gesetzesprojekt gëtt ervirgehewen, dass mat dese Mesurë just sollen déi responsabiliséiert ginn, déi net mat Hënn kënnen ëmgoen, déi geféierlech Hënn hunn oder d'Hënn falsch erzeien.

D'Gesetz gesäit och eng Kategorisierung vun Hondsrassen a méi oder wéiniger geféierlech Rasse vir. Ech froe mech just: Wéi kann een esou Kategorien definéieren? Wéi kann ee se iwwerhaapt rechtfertegen?

Kann een dat, andeem en eng Rass vun Hond als geféierlech erkläert, well eng Kéier en Hond aus där Rass eng Persoun ugegraff huet, oder well souguer desen Hond nëmmen doduerch aggressiv ginn ass, well e vu sengem Besëtzer falsch dresséiert, provoziert oder gepéngegt gouf, oder souguer onbewosst eng Kéier verletzt ginn ass? Stellt lech emol vir, ech trëppelen engem Hond op de Schwanz, deen dierf ee sech net wonneren, wann deen aggressiv gëtt. Mä ech mengen awer, dass een déi Kategorisierung do net kann esou stoe loosse.

Sinn déi an deem Gesetz opgezielten Hënn dann elo vu Gebuert aus geféierlech? Wie kann dat definéieren? Oder gi se eréischt geféierlech duerch mënschlech Awierkung oder Iwwerzüchtung, wéi dat hei gesot ginn ass? Dat ass d'Fro. Oder souguer duerch d'Dressur zur Juegd, wou se aggressiv gemaach ginn, fir op aner Déiere lasszegoen; wat jo och nach ëmmer hei erlaabt ass? Dat ass eben hei d'Fro.

Wann een et zur Pflicht mécht, dass d'Hënn aus den opgezielte Rasse mussen op alle Plazen an der Léngt gehale ginn, well se eben anscheinend esou geféierlech sinn, da froen ech mech awer, ob dann net éischer e Maulkuerf ubruecht wier, fir déi Gefor op e Minimum ze reduzéieren, besonnesch a Géigewaart vu Mënschen oder op Plazen, wou Kanner spillen, fir dann all Geforen ze vermeiden. Dat ass eng Diskussioun, déi een hätt kënnen féieren. Mä dat wier natierlech alt erëm eng Kéier eng Péng fir den Hond. Dat wier natierlech alt erëm eng Kéier den Hond responsabel gemaach fir eppes, fir dat en net responsabel ass.

Wat elo d'Léngt betrëfft, esou geet an deem Gesetz keng Rieds, wéi laang dann esou eng Léngt dierf sinn. Et sinn Hondsléngten, déi sinn 20, 30, 40 Meter laang,...

» Plusieurs voix. - Ooohhh!

» M. Aly Jaerling (Indépendant). - ...fir dem Hond e Maximum vu Spillraum ze

loossen. Dat ass Fakt. Et ginn där auszéierbar Léngten. Dann huet een den Hond elo an der Léngt an domat huet et sech.

#### (Interruption)

Ech kann lech vun engem Accident zielen op enger Vélospist. Do ass de Mann riets gaangen, den Hond lénks an dee Mann mam Vélo huet an der Mëtt iwwert d'Léngt de Kopplabunz geschloen.

#### (Hilarité)

Dat ass och schonn an Uertschafte geschitt, wou Leit gaange sinn an dann op eemol den Hond eriwergaangen ass an da louche se de laange Wee op der Nues.

Besonnesch bei sougenannte geféierlechen Hënn misst awer kloer definéiert ginn, dass den Hond muss ganz kuerz gefouert ginn an en a Géigewaart vu Mënsche souguer muss bei Fouss gefouert ginn. Dat léiert ee jo an all deenen Dressurcoursen. Den Hond gëtt dat matgeléiert. Mä wéi gesot - an dat huet den Här Kox scho gesot -: Wie mécht déi Coursen? Wou si se zougängeg? Wien ass verantwortlech? Wien organiséiert dat? Dat ass alles och mat deem Gesetz iwwerhaapt nach guer net kloer.

Egal wéi gutt en Hond dresséiert ass, wann en an der Léngt laang gehale gëtt an e gesäit eng Spillsaach oder e gesäit iergendwéi en aneren Hond dorëmmer lafen, da kënnt der sécher sinn, dann ass et net einfach, en an der Léngt ze halen; a besonnesch net e Pitbull, dee schonn anerer matgeschleift huet wéi mech.

#### (Hilarité)

Dat ass eben a senger Natur.

Eng weider Fro, déi ech mer stellen, déi awer och schonn hei ugeklongen ass, dat ass déi vun der Hondstax. Et gëtt déi Hondstax scho länger. Den Här Mehlen huet elo hei gesot, dat hätt historesch Hannergrënn. Ech kenne se net. Ech weess och net op wat déi Hondstaxe berouen an och op wat dass déi heiten Hondstax berout. Op e Gesetz? Jo, mä awer firwat? A firwat ass se vun Notzen? Dat weess keen. Et ass eng Gemengentax, déi d'Gemengen anhuelen, mä et weess keen, aus wat fir enger Ur-saach.

Och geet zum Beispill aus deem Gesetz net ervir, wat jo a ville Gemengen eng Fro ass, wat d'Verschmutzung vun den Hënn op den öffentleche Plazen ugeet; op de Stroossen oder iwwerall. Esou hätt ee kënnen an deem Gesetz och emol eng Diskussioun féieren, wat dann do elo kéint gemaach ginn.

Engersäits hunn d'Leit mat den Hënn d'Recht spadseieren ze goen, mä muss se dat onbedéngt an enger Uertschaft? A wa se dat maachen, si se dann net verantwortlech, fir deen Dreck, deen op der Strooss läit, opzefären? Et gëtt Länner, do gëtt et bis zu 5.000 Dollar Strof, wann een et leie léisst an net opreeft. Et gëtt vill Leit - an zemoels a Foussgängerzonen, an de Gemengen -, déi sech déi Froe stellen.

Och konnt bis elo kee mir soen - an ech hoffen, dass den Här Minister mer dat da ka soen -, firwat dass dann elo nëmme bei Hënn als Hausdéier Taxen erhuewen ginn an net bei allen Hausdéieren a firwat dass och nëmmen d'Hënn elektronesch erfaasst ginn an net all d'Hausdéieren. Ech huelen un, dass den Här Minister ganz bestëmmt aus senger laanger Erfahrung eraus eng kloer Äntwert wäert fannen.

Här President, ech sinn net iwwerzeegt, ob mer mat deem Gesetz d'Problemer mat den Hënn all kënnen léisen, well ech der Meenung sinn, dass et vu Grond op keng geféierlech Déiere ginn, mä dass sech d'Déiere meeschtens duerch d'Awierkung vum Mensch anormal behuelen. Ech weess aus menger Erfahrung: Et lafe méi geféierlech Ochsen dorëmmer wéi Hënn.

Här President, well dëst Gesetz awer zumindest d'Richtlinie beinhaltet, fir Mensch an Hond deelweis viru sech selwer ze schützen, wäert ech net géint dëst Gesetz stëmme, mä mech enthalen.

Ech soen lech Merci.

» M. le Président. - Merci, Här Jaerling. Här Gira, wann ech gelift.

» M. Camille Gira (DÉI GRÉNG).- Här President, well e puer Kolleegen hei d'Fro opgeworf hunn iwwert d'Berechtigung vun der Hondsteuer a well zoufällig gëschter am „Journal“ e ganz interessante Artikel iwwert déi Steuer war, erluben ech mer ganz einfach de Kolleegen dann ze soen, dass déi Steuer zréckgeet op e kinneleche Beschloss vum 3. Oktober 1825 an dass et primär drëm gaangen ass, d'Zuel vun den Hënn an den Uertschaften ze reduzéieren wéinst der Tollwutgefor. Esou wäit nach eng

## Chambre des Députés

## Compte rendu officiel

## Supplément commun aux quotidiens:

d'Wort, Tageblatt, Lëtzebuurger Journal,  
Zeitung vum Lëtzebuurger Vollek

## Contenu rédactionnel:

Service du compte rendu de la Chambre des Députés  
Service des relations publiques de la Chambre des Députés  
Tél. 466 966-1

## Conception, saisie de texte et mise en page:

Polygraphic Communication SA, Differdange

## Concept et coordination générale:

BRAIN & MORE, agence en communication, Luxembourg

Kéier e Bewäis zur Aktualitéit vun der kommunaler Taxgesetzgebung!

Ech soen lech Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Vu wéini war de Schloss, Här Gira?

» **M. Camille Gira (DÉI GRÉNG).** - Vum 3. Oktober 1825.

» **M. le Président.** - Elo huet d'Regierung d'Wuert, d'Madame Statssekretärin Octavie Modert.

» **M. Robert Mehlen (ADR).** - Hunn déi Kinneklech dat dann net och misse bezuelen?

» **Mme Octavie Modert, Secrétaire d'État à l'Agriculture, à la Viticulture et au Développement rural.** - Neen, déi sinn dervukomm.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech mengen et war sécherlech ni esou de Moment wéi grad elo fir heibannen ze soen: Hënn, déi billen, déi bäissen net. Déi Geleeënheet een net dacks, duerfir sinn ech frou, datt ech dat elo hei ka mat ubrëngen. Ech hunn awer keng Léngt matbruecht.

» **Une voix.** - Ech sinn awer do net esou sécher.

» **Mme Octavie Modert, Secrétaire d'État à l'Agriculture, à la Viticulture et au Développement rural.** - Ech hunn nach kee Bäisse gesinn. Oder wëllt Der ufänken?

» **Une voix.** - Da brauche mer eng Iwwersetzung.

» **Une autre voix.** - Wat wëllt Der domat soen?

» **Mme Octavie Modert, Secrétaire d'État à l'Agriculture, à la Viticulture et au Développement rural.** - Mä ech wollt domadder soen,...

» **M. le Président.** - Loosst d'Madame Statssekretärin ausféieren!

» **Mme Octavie Modert, Secrétaire d'État à l'Agriculture, à la Viticulture et au Développement rural.** - ...datt ech net fir d'Veranschaulechung eng Léngt heihinner matbruecht hunn an och kee Maulkuerf, net datt nach eventuell ee sech deen hätt wëllen undoen. Ech weess net, vu wéi engen anere schwéiere Véierbeenegen ee Moment geschwat ginn ass.

Wat ech jiddefalls ka soen, Här President, dat ass, datt dat hei natierlech e Gesetz ass, wou jiddferee ka matschwätzen, well e jo entweder en Hond huet oder ebe keen huet, oder se féiert oder frou mat hinnen ass. Also ass et schonn emol ganz kloer, datt een och eppes dovunner kennt. Dat ginn dann och ëmmer ganz interessant Diskussiounen.

Ech wëll jiddefalls där gudder Aarbecht, déi de Président-rapporteur, den Här Oberweis, gemaach huet, en Hommage ginn an him Merci soe fir dat, wat hien an der Kommissioun gemaach huet, an och fir déi Detailer, déi hien hei scho virbruecht huet. Domatt kann ech lech déi erspueren.

## (Interruptions)

Et gëtt e Koup Prinzipien, déi deem Gesetz hei ënnerleien an déi awer wichtig sinn. Och wa se vläicht net esou interessant sinn, wann een lech esou nogelauschtert huet.

## (Interruptions)

Däerf ech schwätzen, Här President, oder solle mer e bëssen...?

» **M. le Président.** - Ech géif em Är Opmierksamkeit bieden!

» **Mme Octavie Modert, Secrétaire d'État à l'Agriculture, à la Viticulture et au Développement rural.** - Merci!

Ee Koup Prinzipien, Här President, si wichtig bei deem Gesetz, an ech mengen et muss ee sech däreer bewosst sinn an déi am Kapp behalen, fir richtig anzuschätzen, wat mat deem Gesetz hei geduecht ass an néideg war.

Dat Éischt sinn d'Rechter vum Mënsch an d'Fräiheet vum Déier.

Dat Zweet si Verantwortung a Preventioun.

Dat Drëtt ass d'Subsidiariteit an de Respekt vun der Gemengenautonomie.

An dat Véiert ass d'Lieserlechkeet, d'Uwendbarkeet an d'Proportionaliteit vum Text.

1. Wa mer schwätze vu Rechter vum Mënsch, a Fräiheet vum Déier, esou ass et ganz kloer, datt deen Text hei geduecht ass an néideg war fir d'Zesummeliwe vu Mënsch an Déier ze regelen, well wann e Problem sech stellt, da kënnst een iergendwéi eng Kéier op dee Punkt wou een eppes muss regelen, souguer wann een et vläicht léiwer net géif maachen.

D'Zesummeliwe vu Mënsch an Déier an awer och de Schutz vum Mënsch, well wéi hunn ech ëmmer gesot, e Mënsch muss och d'Recht hunn, en Hond ze féerten. Schutz vum Mënsch an awer och Déiereschutz. En Hond muss och plazeweis fräien Auslaf kënnen hunn. A mir hu probéiert, déi Saachen all ënner een Hutt ze bréngen an an deem Text ze regelen

2. Verantwortung a Preventioun ass en anere Prinzip. Verantwortung vum Hondbesëtzer - e muss den Hond an der Gitt hunn -, Coursen, Haftpflicht, dat si vill wichtige Elementer vun deem Text, an d'Veantwortung vum Hondbesëtzer ass d'Haaptachs vum Gesetz. Dat liest een och ganz kloer doraus eraus, wann een dat wëllt doraus erauslesen. D'Preventioun ass en anert Element, wat gläichzäitig matgeet.

3. Subsidiariteit a Respekt vun der Gemengenautonomie ass och ee vun de wichtige Prinzipien gewiescht. Gemengenautonomie heescht natierlech och Verantwortung.

Hei kënnen d'Gemengen op der enger Säit selwer entscheeden, wou se wëllen a wou se net wëlle plazeweis opmaachen, obscho se op där anerer Säit och eng Handhab hu fir ze wëssen, wou se sech kënnen, wa se wëllen, un allgemeng Richtinnen halen.

4. An eppes wat ganz wichtig dobäi ass, dat ass en Text, dee lieserlech ass - duerfir kann een iwwregens och esou gutt mat driwwer schwätzen, well e lieserlech ass -, en Text, deen uwendbar ass an deen och proportional ass.

Et sinn e puer Ännerungen nogeschoss ginn, well gesi ginn ass, datt mam éischten Text Konfusiounen entstanen sinn, déi net esou drastoungen an net esou geduecht waren, mä déi awer esou gelies gi sinn. Dann ass et besser, et mécht een déi Saache méi lieserlech.

Et ass en Text, deen op seng Uwendbarkeet hi gepréift ginn ass, an deem seng Proportionaliteit garantiert ass bei verschiddene Punkten: fir unzefänken am Strofmooß. Och dat hunn d'Leit net richtig verstanen, wéi se déi éischte Kéier d'Strofmooß gelies hunn. Allerdéngs war et méi erstaunlech, datt och vläicht heibanne gemengt ginn ass, dat wär net esou; well ech mengen de

Législatif, dee weess wuel wéi een en Text vun de Pénalitéiten ze liesen huet an datt en och Vertrauen an d'Richter soll hunn, déi wëssen, wéi ee Mooss se uwende sollen aus där Schéier, déi duerch esou en Text virgi gëtt. Iwwregens kréie mer meeschtens virgeworf, si wären net streng genuch.

De Maulkuerf ass als eng individuell Moossnam agesat ginn an net als eng allgemeng, just wann et au cas par cas sech erweisen huet, datt dat néideg wär.

Uwendbarkeet läit och an de Formalitéiten, déi esou gestalt gi sinn, datt se mat anere Saachen zesummefalen, wou souwisou muss eng Formaliteit gemaach ginn, sou datt se gläichzäitig kënnen duerchgefouert ginn.

Vereinfachung bei de Rassen hate mer och gemaach. Dat Ganzt wäert och iwwer eng Circulaire un d'Gemenge goen, mat Ausféierungsbestëmmungen, déi mer an der Maach hunn, déi nach erkläert ginn a mer doduerch och eng Lieserlechkeet an eng Uwendbarkeet garantiert kréien.

Dëst Gesetz ass eigentlech ee grousst Gemengereglement. A maacht lech keng Illusiounen, maacht lech nâischt vir, well et si vill Gemengen, déi drop waarden. Vill Spillraum ass och hei fir déi Gemengeverantwortelech, déi och Verantwortung huele mussen, well de Pouvoir de police ass déi urreege Kompetenz vum Buergermeeschter. Ech war elo e bësse verwonnert iwwer verschiddene Aussoen heibannen, déi am Fong geholl gemaach hunn, wéi wann de Buergermeeschter déi Kompetenz net méi sollt hunn. Wat mech nawell ganz gewonnert huet.

D'Gemenge kréien och hei mat deem Text eng Handhab, wann eppes virkënnst duerch en Hond. Eng Handhab, déi se bis ewell net haten. D'Datebasis, d'Datei, wäert och garantiieren, datt mer endlech Zuele kréien; Zuelen, déi bis ewell net konnte geliwert gi vun de Gemengen, déi einfach net amstand waren, déi allgemeng zesummendroen. Esou wéi iwwerhaupt den Text eng Handhab gëtt bei verschiddene Obligatiounen vun de Gemengen, och deelweis mat de Formalitéiten, well déi hinne méi einfach a méi kloer kënnen gemaach ginn, a well se sech kënnen op allgemeng Virgabe stäipen an d'Rad net an all Gemeng eenzel nei erfannen ze brauchen.

Och hei am Haus ass op verschiddene Plazen op deen Text hei gewaart ginn. Och wa verschidde Leit elo hei aner Aussoe gemaach hunn, esou hu se dacks op dëser Tribün Froe gestallt, wou dann elo dee Projet dru wier, wéini en endlech géif kommen, well erëm vun iergendwou eng Noriicht komm war, datt en Hond aggressiv gi war, ob am Ausland meeschtens oder heiansdo am Inland.

Also déi Froen däerf een och net vergiessen; ech weess och nach wien déi gestallt huet.

Et sinn iwwregens och - maacht lech och do nâischt vir - ganz vill Leit dobaussen, déi anerer Meinung si wéi dat, wat zum Deel elo hei vu Riedner gesot ginn ass, déi mengen, den Text géif ze wäit goen. Déi Schrëften hutt Dir vläicht net gelies, ech weess dat net. Mä et sinn och ganz vill Zouschrëften a Bréiwer komm, wou Leit gesot hunn, mir mussen eng streng Regelung kréien.

Mir hu probéiert eng Regelung ze fannen, déi fir jiddfereen a fir d'Zesummeliwe géif kënnen liebar sinn.

Och d'Opzielung vun de Rassen, a besonnesch vun de Kräizungen, (déi jo méi wichtig an deem Kontext sinn, well déi Hënn méi geféierlech sinn, well se extra op gewësse Charakteristiken hi geziicht ginn, op gewëssen Tendenzen, déi domadder wëlle staark ënnerstrach ginn), déi Rasselëscht ass och keng Erfindung, déi mir hei gemaach hunn. An de Gesetzer am Ausland besti se, an et sinn deels vill méi staark, vill méi schaarf a vill méi streng Lëschten, wou vill méi Rassen dropstinn, wéi dat hei de Fall ass.

Well eent maache mer net: Mir klasséieren net d'Leit an. Hätt Der dat léiwer gehat?

Wann ech verschiddene Aussoen esou héieren hunn, hätt een dat jo bal kënnen mengen! Ech muss soen, ech war ganz verwonnert. Ech hunn ausser Kritik un där Saach net een eenzege Géigevorschlag dozou héieren, dee liebar gewiescht wär.

Déi Lëschte sinn och en Deel vum preventive Virgoen. Et muss ee jo iergendwou usetzen. Et ginn och soziologesche Ursaachen do derfir. Wou ass dann de Problem, wann ech gelift? Datt een dann an eng Formatioun muss goen? Déi normal a verstänneg Hondbesëtzer hunn domat iwwerhaupt kee Problem. Si waren zu engem Deel schonn an engem Cours an an deem Fall

ass jo och eng Exemptioun méiglech; dat steet am Text vum Gesetz dran.

Iwwerhaupt ass d'Formatioun en Deel vun der Preventioun a vun dem Schutz, deen hei iwwert deem Gesetz wichtig ass. Preventioun ass och d'Haftpflichtversicherung, déi ee per normal Quittung ka beleeden.

Da si ganz verschidden a komplett falsch Aussoen ze héiere gewiescht iwwert d'Juegd.

En Déier ass keng Saach! Et gëtt Déiereschutzkonventiounen. Den Déiereschutz ass an d'Verfassung ageschriwwen ginn, zejoert am Mäerz. Heiansdo mengt een, et wär net gewosst. De „Mordant sportif“ ass scho virun etleche Jore per Reglement verbuede ginn mat liewegen Déieren ze maachen, an et ass och net op d'Wëld ausgeriicht. Ech hunn dat och e puermol an der Chamberskommissioun scho gesot. Et war am Ufank iwwerhaupt net an Uecht geholl ginn. Ech sinn awer ganz frou, datt et déi leschte Kéier dann awer gemierkt ginn ass, datt et tatsächlech verbueden ass.

D'elektronesch Identifikatioun gëtt vu ville Säite begréisst. Et ass eng Sécherheet fir den Hondbesëtzer. Et gëtt eng europäesch Flicht vun 2011 un, a mir hu laang genuch Iwwergangszäite gelooss. D'Reglement dozou ass esou gutt wéi fäerdeg. Dir wësst, dat ass eng Aufgab vun der Exekutiv an net vun der Legislativ.

Här President, dat hei ass e Gesetz, dat d'Veantwortungsbewosstsinn an de Vierdergrond stellt, Verantwortungsbewosstsinn wat wichtig ass. Ech wëll och en Appel maachen un de gesunde Mënscheverstand, Leit, Besëtzer, Autoritéiten, fir dat Gesetz hei esou unzewenden, wéi et geduecht ass, fir d'Ratio legis net ze vergiessen, fir d'Proportionaliteit am Kapp ze halen, an op där anerer Säit allerdéngs och op deene Plazen et anzusetzen, wou Risiken a Gefore kéinte sinn.

Wa weiderhi Problemer géifen entstoën oder bestoen, misste mer d'Gesetz op eemol méi streng maachen.

Kuckt, nach virun dräi Méint ass a Frankräich erëm nach vill méi streng nogeschoss gi bei engem Hondsgesetz, wat scho vill méi streng ass wéi eist.

Dat hei ass en ausgeglacht Gesetz, et ass e Gesetz esou ausgeglacht wéi méiglech, mä ouni Flichte geet et net. An däreer muss ee sech och bewosst sinn an déi däerf een och net a Fro stellen.

Ech mengen och, wa mer gëschter oder virgëschter nach eng Noriicht kréit hätten, datt e Kand vun engem Hond gebass gi wär, da wär vläicht ganz anschters diskutiert ginn.

Ech verstinn, datt ee sech et mat kengem verdierwe wëllt an datt een duerfir esou esou schwätzt, mä dat hei ass e Gesetz, wat esou ausgeglacht wéi méiglech ass.

Mir hunn eng differenziert Léngtepflicht agefouert. Mir hu proportional an ugepasste Moossnamen. De Schutz vum Mënsch ass ganz wichtig, an dat Ganzt zum beschte Wuel vun der Koexistenz tëschent dem Mënsch an dem Hond. Freed a Verantwortung kënnen matenee goen a sollen och matenee goen.

Ech si sécher, datt déi allermeeschte Besëtzer absolut keng Schwierigkeete mat deene Moossnamen hei hunn, datt se déi souwisou schonn uwenden, datt se hiren Hond ënner Kontroll hunn an an der Gitt hunn.

Dat Ganzt ass also e Gesetz, fir datt weiderhin den Hond dem Mënsch an all Mënsch säi beschte Frënd ka bliewen.

Merci fir Är grouss Opmierksamkeit.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Madame Statssekretärin. Mir kommen dann zum Vote iwwert de Projet de loi.

## Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel

De Projet de loi 4985 ass ugehall mat 46 Jo-Stëmmen, bei 7 Nee-Stëmmen a 5 Abstentionen.

Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt, M. Lucien Clement, Mmes

Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen, MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer (par M. Lucien Clement), Marcel Sauber, Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter (par Mme Martine Stein-Mergen);

MM. Marc Angel, Alex Bodry (par M. Romain Schneider), John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err (par Mme Claudia Dall'Agnol), MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein (par M. Roger Negri), Mme Lydia Mutsch (par M. Roland Schreiner), MM. Roger Negri, Jos Scheuer, Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz (par M. Marc Angel);

MM. Eugène Berger, Xavier Bettel (par M. Carlo Wagner), Fernand Etgen, Mme Colette Flesch (par Mme Anne Brasseur), MM. Charles Goerens, Alexandre Krieps, Claude Meisch (par M. Eugène Berger) et Carlo Wagner.

Ont voté non: MM. Claude Adam, François Bausch (par Mme Viviane Loschetter), Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss (par M. Camille Gira), Henri Kox et Mme Viviane Loschetter.

Se sont abstenus: Mme Anne Brasseur;

MM. Gast Gibéryen, Jean-Pierre Koepf (par M. Robert Mehlen) et Robert Mehlen;

M. Aly Jaerling.

Gëtt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

**(Assentiment)**

Dann ass et esou decidéiert.

## 5. Demandes en naturalisation

Dir Dammen an Dir Hären, mir kommen elo zu den Naturalisatiounen. Duerfir muss ech de Huis clos ausspriechechen.

**(Brouhaha général)**

Ech géif bieden, Dir Dammen an Dir Häre vun der Tribün!

**(Hilarité)**

De Huis clos ass ausgesprach.

**(Le huis clos est prononcé à 17.51 heures.)**

\*\*\*

**(Le huis clos est levé à 17.59 heures.)**

Mir huelen déi öffentlech Sitzung erëm op.

D'Chamber huet an hirer net öffentlecher Sitzung 121 Demandes en naturalisation mat Dispens vum zweete Vote constitutionnel ugeholl. Esou wéi d'Gesetz vum 7. Juni 1989 iwwert d'Nimm an d'Virnimm vun de Persounen, déi d'Lëtzebuerger Nationalitéit kréien, et virgesäit, huet d'Chamber sech ebenfalls mat siwen Ännerunge vun Nimm a Virnimm averstanen erkläert.

**Liste des nouvelles demandes en naturalisation adoptées par la Chambre des Députés le 20 février 2008**

1. ACHOUR Mounir, né le 17 février 1973 à Sidi-Bel-Abbès (Algérie), demeurant à Luxembourg

2. ALIĆ Dzevad, né le 21 mai 1977 à Novi Pazar (Serbie), demeurant à Heiderscheid

3. ALMEIDA DE ABREU Marie Cidalina, née le 18 août 1962 à Vale de Remigio/Mortagua (Portugal), demeurant à Luxembourg

La personne préqualifiée est autorisée à porter les nom et prénoms de ABREU Maria Cidalina.

4. BALAJ Tringa, née le 23 juin 1977 à Belgrade (Serbie), demeurant à Pétange

5. BALKAN Fehim, né le 18 décembre 1935 à Velje Polje/Tutin (Serbie), demeurant à Bastendorf

6. PALAMAREVIĆ Stojanka, née le 20 avril 1948 à Godovo (Serbie), demeurant à Bastendorf

7. BAUTISTA AGUILAR José Miguel, né le 1<sup>er</sup> mars 1986 à Trujillo (Pérou), demeurant à Dalheim

8. BAZAZAN Majid, né le 1<sup>er</sup> janvier 1955 à Téhéran (Iran), demeurant à Luxembourg

9. BEKTESHI Myzejene, née le 29 septembre 1965 à Shkoder (Albanie), demeurant à Echternach

10. BENSLIMANE Houyem, née le 6 septembre 1974 à Sousse (Tunisie), demeurant à Consthum

11. BIESIADECKA Karolina Agnieska, née le 3 février 1984 à Tychy (Pologne), demeurant à Hamiville

12. BOUNAIRA Ammar, né le 10 septembre 1948 à Emir Abdelkader (Algérie), demeurant à Luxembourg

13. BOUCEKKINE Samia, née le 18 février 1953 à Bejaia (Algérie), demeurant à Luxembourg

14. BOUNAÏRA Wafa, né le 10 avril 1979 à Sidi Mhamed (Algérie), demeurant à Luxembourg

15. BREZULEANU Anca, née le 15 décembre 1962 à Brasov (Roumanie), demeurant à Hobscheid

16. BRUCCOLERI Calogero, né le 2 septembre 1975 à Wadern (Allemagne), demeurant à Differdange

17. BUNUSEVAĆ Miodrag, né le 20 août 1963 à Zaječar (Serbie), demeurant à Bertrange

18. COSIĆ Jusuf, né le 12 mai 1967 à Junuzovici (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Nocher

19. IMAMOVIĆ Ferida, née le 30 octobre 1975 à Perovici (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Nocher

20. CRÉOLA Audrey Marie Françoise Cany, née le 17 août 1979 à Bastogne (Belgique), demeurant à Saeul

21. CRNIĆ Enes, né le 10 août 1975 à Berane (Monténégro), demeurant à Esch-sur-Alzette

22. CEMAN Sanela, née le 5 juin 1978 à Berane (Monténégro), demeurant à Esch-sur-Alzette

23. DA CRUZ RAMOS João, né le 22 mai 1968 à Santo Crucifixo/Ribeira Grande (Cap-Vert), demeurant à Diekirch

24. DELAPORTE Pierre Hoche Maurice Ghislain, né le 28 juin 1966 à Maubeuge (France), demeurant à Wormeldange

25. DEZSŐ Marianna Eva, née le 8 janvier 1968 à Szerencs (Hongrie) demeurant à Weyer

26. DOS SANTOS RODRIGUES Susana Marlene, née le 3 avril 1981 à Lavos/Figueiredo da Foz (Portugal), demeurant à Differdange

La personne préqualifiée est autorisée à porter les nom et prénoms de RODRIGUES Susana Marlene.

27. DOS SANTOS DIAS Abilio Nascimento, né le 9 mai 1968 à Santo Antão (Cap-Vert), demeurant à Bissen

28. DRAGAN Edith Maria, née le 27 novembre 1975 à Caransebes (Roumanie), demeurant à Niederkorn

29. DULAC Fabrice Richard, né le 20 janvier 1974 à Paris (France), demeurant à Diekirch

30. DZOGOVIĆ Mersud, né le 3 décembre 1981 à Peć (Kosovo), demeurant à Dudelange

31. ÉVORA LIMA Vanda, née le 13 octobre 1970 à Nossa Senhora Da Luz/São Vicente (Cap-Vert), demeurant à Rumelange

32. FECCHI Maurizio, né le 25 novembre 1948 à Gubbio (Italie), demeurant à Bettange-sur-Mess

33. GARCIA Morgane, née le 21 octobre 1988 à Mantes-la-Jolie (France), demeurant à Luxembourg



Chambre  
des Députés

L U X E M B O U R G

d'Chamber live

**Chamber TV**

och an der Rediffusioun

all Sëtzungsdag

vun 19:00 Auer un

d'Chamber online op  
**www.chd.lu**  
mat de Rubriken

- Composition & Organisation
- Séances publiques & Commissions
- Hôtel de la Chambre
- Portail documentaire
- Web TV live

34. GAROT Damien, né le 19 juillet 1976 à Séoul (Corée du Sud), demeurant à Luxembourg

35. GASHI Ramadan, né le 14 janvier 1966 à Prishtinë (Kosovo), demeurant à Echternach

36. GEOFFROY Nadine Marie Christine, née le 15 juillet 1963 à Phalsbourg (France), demeurant à Mullendorf

37. GRULIĆ Jovica, né le 20 août 1960 à Zaječar (Serbie), demeurant à Luxembourg

38. HAJJAOUI Youssef, né le 14 mars 1974 à Rabat (Maroc), demeurant à Bertrange

39. HODZIĆ Refika, née le 10 septembre 1963 à Brcve/Bijelo Polje (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Bissen

40. HU Yi, née le 1<sup>er</sup> mai 1986 à Hangzhou/Zhejiang (Chine), demeurant à Luxembourg

41. IAMPOLSKI Mihail, né le 8 juillet 1988 à Tiraspol (Moldova), demeurant à Luxembourg

42. IBRAIMI Rusina, née le 9 novembre 1972 à Wels (Autriche), demeurant à Larochette

43. IBRIĆ Zlata, née le 25 août 1971 à Zavidovici (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Moesdorf/Mersch

44. JOLDIĆ Edina, née le 22 avril 1971 à Rujnica (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Luxembourg

45. JOLDIĆ Emir, né le 9 mars 1983 à Rujnica (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Luxembourg

46. KALABIĆ Ramo, né le 21 octobre 1969 à Rujnica (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Nocher

47. CATIĆ Saliha, née le 6 janvier 1974 à Gostovic (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Nocher

48. KAMBERI Merita, née le 8 juin 1980 à Tuzla (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Howald

49. KOCAN Alma, née le 15 avril 1983 à Podgorica (Monténégro), demeurant à Ettelbruck

50. KOLA Dorela, née le 25 mai 1988 à Burel-Mat (Albanie), demeurant à Luxembourg

51. KRASNIQI Zeqir, né le 3 août 1975 à Deçan (Kosovo), demeurant à Luxembourg

52. KRIUKOV Sergei, né le 15 août 1988 à Bichkek (Kirghizistan), demeurant à Peppange

53. KRYVOROT Vira, née le 19 juillet 1988 à Sumy (Ukraine), demeurant à Differdange

La personne préqualifiée est autorisée à porter les nom et prénom de ROT Vera.

54. LI Xiaoqing, née le 25 octobre 1962 à Kunming/Yunnan (Chine), demeurant à Luxembourg

55. LIANG Haoxing, né le 18 octobre 1971 à Guangzhou (Chine), demeurant à Luxembourg

56. LIMA CORREIA Roberto Carlos, né le 21 mai 1967 à Nossa Senhora da Luz/São Vicente (Cap-Vert), demeurant à Diekirch

57. DOS SANTOS DIAS Silvina Antónia, née le 28 janvier 1970 à São João Baptista/Porto Novo (Cap-Vert), demeurant à Diekirch

58. LI Lujiao, née le 10 août 1982 à Kunming/Yunnan (Chine), demeurant à Erpeldange (Bous)

59. LOPES Teodora Joana, née le 14 septembre 1973 à Nossa Senhora da Luz/São Vicente (Cap-Vert), demeurant à Niederkorn

60. LÜBBERS Carmen Rita Barbara, née le 3 août 1966 à Trier (Allemagne), demeurant à Wasserbillig

61. LUCA Ervis, né le 19 mai 1981 à Durrës (Albanie), demeurant à Fentange

62. MALUNGU NKIAMBI Michel, né le 22 janvier 1978 à Kinshasa (République Démocratique du Congo), demeurant à Mamer

63. MARTINS DOS SANTOS Deolinda Maria, née le 25 juin 1969 à Vila Franca de Xira (Portugal), demeurant à Schifflange

La personne préqualifiée est autorisée à porter les nom et prénom de MARTINS Linda.

64. MAVER Aurélia Marie Patricia, née le 11 mai 1983 à Arlon (Belgique), demeurant à Steinfort

65. MILENKOVIĆ Milorad, né le 18 novembre 1949 à Zrenjanin (Serbie), demeurant à Soleuvre

66. MIRANDA Gertrudes Helena, née le 20 avril 1971 à Ribeira Grande/Nossa Senhora do Rosário (Cap-Vert), demeurant à Luxembourg

67. MITREA Catalin, né le 31 janvier 1969 à Piatra Neamt (Roumanie), demeurant à Esch-sur-Alzette

68. MOHAMMAD Alla, né le 1<sup>er</sup> janvier 1965 à Baglan (Afghanistan), demeurant à Ettelbruck

69. MONTEIRO ROCHA Maria de Fatima, née le 18 juin 1963 à São Pedro Apóstolo/Santo Antão (Cap-Vert), demeurant à Luxembourg

70. MOSK Dennis Cornelis Louris, né le 28 janvier 1978 à Schagen (Pays-Bas), demeurant à Lamadelaine

71. MUJANOVIĆ Nesib, né le 5 septembre 1969 à Zavidovici (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Wiltz

72. MUJKIĆ Sanela, née le 17 août 1976 à Zavidovici (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Wiltz

73. MUKIĆ Almir, né le 1<sup>er</sup> juillet 1983 à Zavidovici (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Remich

74. MURATOVIĆ Sanela, née le 27 mai 1979 à Podgorica (Monténégro), demeurant à Schieren

75. NAGHI Dan, né le 30 août 1967 à Ploiesti (Roumanie), demeurant à Schifflange

76. NASCIMENTO ANDRADE Joana, née le 9 janvier 1967 à Santo Crucifixo (Cap-Vert), demeurant à Grevenmacher

77. NAZZARO Renato, né le 19 janvier 1981 à Solothurn (Suisse), demeurant à Remich

78. NEBRIAGA Mary Grace Delim, née le 18 septembre 1977 à Malabon/Rizal (Philippines), demeurant à Luxembourg

79. NIKOLOVSKI Blagoj, né le 3 avril 1961 à Titov Veles (Macédoine), demeurant à Echternach

80. SOBEVSKA Roza, née le 22 mai 1965 à Bitola (Macédoine), demeurant à Echternach

81. NORKOULOV Joumanazar, né le 10 avril 1965 à Outchtepa (Ouzbékistan), demeurant à Linger

82. OPPEL Pia, née le 13 octobre 1984 à Bochum (Allemagne), demeurant à Mamer

83. PAÇARADA Ardian, né le 28 juin 1972 à Prishtinë (Kosovo), demeurant à Dudelange

84. PERUGINI Sandro, né le 17 septembre 1961 à Macerata (Italie), demeurant à Lehrhof

85. Bouton Nathalie Evelyne, née le 11 mars 1967 à Uccle (Belgique), demeurant à Lehrhof

86. PINTO GONÇALVES José Avenlin, né le 10 février 1962 à Carva/Murça (Portugal), demeurant à Pettingen

87. PIRES MEDINA Davitson Baptista, né le 24 juin 1988 à São João Baptista/Porto Novo (Cap-Vert), demeurant à Diekirch

88. PIRES SANTOS Lauridania Jacira, née le 4 février 1989 à Nossa Senhora da Luz/São Vicente (Cap-Vert), demeurant à Dudelange

89. PJANIĆ Hariz, né le 19 juin 1960 à Gornji Rainci (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Berchem

90. PROSKURINIKOVA Iryna, née le 22 janvier 1970 à Nijne-Grayvoronka (Russie), demeurant à Altwies

91. QUEIRÓS RIBEIRO Manuel Agostinho, né le 12 janvier 1978 à São Gonçalo/Amarante (Portugal), demeurant à Echternach

92. RAIZADA Vijay, né le 16 décembre 1949 à Kanpur (Inde), demeurant à Strassen

93. RAMSHAD Yasmin Alexandra, née le 21 mai 1966 à Berlin (Allemagne), demeurant à Luxembourg

94. RASTEIRO AMORIM Marta Isabel, née le 25 mai 1980 à Lavos/Figueira da Foz (Portugal), demeurant à Dudelange

95. REKA Mimoza, née le 18 avril 1960 à Tirana (Albanie), demeurant à Luxembourg

96. REXHAJ Labinot, né le 29 octobre 1981 à Mitrovicë (Kosovo), demeurant à Wasserbillig

97. RIBEIRA SILVA Carina Isabel, née le 29 juin 1984 à Sintra (Portugal), demeurant à Diekirch

La personne préqualifiée est autorisée à porter les nom et prénoms de RIBEIRO Carina Isabel.

98. RODRÍGUEZ TREJO Julia Beatriz, née le 12 avril 1966 à Matanzas (Cuba), demeurant à Crauthem

La personne préqualifiée est autorisée à porter les nom et prénom de RODRÍGUEZ Béatrice.

99. ROSAS DAS NEVES Ana Elisa, née le 26 septembre 1978 à Coimbra (Portugal), demeurant à Canach

100. SANTOS DUVAL Helen Elizabeth, née le 7 novembre 1977 à San Jan de la Maguana (République Dominicaine), demeurant à Luxembourg

101. SCHNEIDER Melitta, née le 17 janvier 1950 à Siersburg (Allemagne), demeurant à Luxembourg

102. SHARMA Devki Devi, née le 14 mai 1972 à Delhi (Inde), demeurant à Luxembourg

103. SHIOMURA Jorge Luis, né le 17 septembre 1960 à Lima (Pérou), demeurant à Steinfort

104. SINANOVIĆ Mirnes, né le 20 janvier 1988 à Jelovo Brdo (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Mersch

105. SINUNOVIĆ Nurdin, né le 20 octobre 1982 à Jelovo Brdo (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Pétange

106. SKAPUR Adisa, née le 15 février 1977 à Andernach (Allemagne), demeurant à Luxembourg

107. SOGOLJ Almira, née le 15 juillet 1983 à Zavidovici (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Luxembourg

108. STOFFELS Kurt, né le 26 février 1968 à Malmedy (Belgique), demeurant à Bascharage

109. TER BRUGGEN Jimmy Leonardus Jacobus, né le 22 décembre 1944 à Amsterdam (Pays Bas), demeurant à Osweiler

110. STREZLER Felicitas Angelika, née le 10 mai 1961 à Bitburg (Allemagne), demeurant à Osweiler

111. THOMMES Yvan, né le 10 novembre 1972 à Arlon (Belgique), demeurant à Hautcharage

112. ANSIAUX Catherine, née le 24 mai 1972 à Saint-Mard (Belgique), demeurant à Hautcharage

113. TLEMCANI Zahra, née le 4 octobre 1966 à Oujda (Maroc), demeurant à Luxembourg

114. TRINLEY Rinpoche, né le 22 juin 1981 à Mandong (Tibet), demeurant à Meispelt

115. UY Pun Ha, née le 9 septembre 1961 à Hong Kong (Chine), demeurant à Huldange.

La personne préqualifiée est autorisée à porter les nom et prénoms de UY Pun Ha Teresa.

116. VANLAETHEM Nicolas Pierre Emmanuel, né le 15 février 1978 à Woluwe-Saint-Lambert (Belgique), demeurant à Strassen

117. WASSON Muriel Marie Jeanne Renée Georgette, née le 25 mars 1977 à Verviers (Belgique), demeurant à Luxembourg

118. VELOSO FONTENELLE BEZERRIL Nicole, née le 19 juin 1985 à São Paulo (Brésil), demeurant à Strassen

119. XHAF Merita, née le 23 juillet 1973 à Bastogne (Belgique), demeurant à Wolwelange

120. XIA Mei, née le 17 octobre 1984 à Hecheng/Zhejiang (Chine), demeurant à Mondercange

121. YE Xiuwei, née le 21 novembre 1981 à Zhejiang (Chine), demeurant à Differdange

\*\*\*

Dir Dammen an Dir Hären, mir sinn um Enn vun eisen Diskussiounen ukomm. Déi nächst Sitzung ass fir den 11. März programméiert. Den Ordre du jour gëtt lech schrëftlech matgedeelt.

D'Sitzung ass opgehuewen.

**(Fin de la séance publique à 18.00 heures)**

## Sommaire des séances publiques

Communication	page 301
5380 - Projet de loi sur la commercialisation des semences et plants ainsi que sur la coexistence des cultures génétiquement modifiées, conventionnelles et biologiques et	
5681 - Proposition de loi relative à la modification de la loi modifiée du 20 juillet 1992 portant modification du régime des brevets d'invention	pages 301-309 pages 312-313
Ordre du jour	page 309
5748 - Projet de loi ayant pour objet d'autoriser le Gouvernement à subventionner l'exécution d'un huitième programme quinquennal d'équipement de l'infrastructure touristique	pages 309-312 page 313
Communications	page 317
Ordre du jour	pages 317-318
5584 - Projet de loi relatif aux soins palliatifs, à la directive anticipée et à l'accompagnement en fin de vie et modifiant:	
1. le Code des assurances sociales;	
2. la loi modifiée du 16 avril 1979 fixant le statut général des fonctionnaires de l'État;	
3. la loi modifiée du 24 décembre 1985 fixant le statut général des fonctionnaires communaux;	
4. le Code du Travail	pages 318-327
4909 - Proposition de loi sur le droit de mourir en dignité	pages 327-337
Déclaration de M. Jean Asselborn, Vice-Premier Ministre, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, sur la déclaration d'indépendance du Kosovo, suivie d'un débat	pages 338-342
5686 - Projet de loi transposant la Directive 2005/35/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la pollution causée par les navires et à l'introduction de sanctions en cas d'infractions et la Décision-cadre 2005/667/JAI du Conseil du 12 juillet 2005 visant à renforcer le cadre pénal pour la répression de la pollution causée par les navires	pages 342-343
5769 - Projet de loi portant approbation de l'Accord de partenariat et de coopération établissant un partenariat entre les Communautés européennes et leurs États membres, d'une part, et la République du Turkménistan, d'autre part et de l'Acte final, signés à Bruxelles, le 25 mai 1998	pages 343-344
4985 - Projet de loi relatif aux chiens	pages 344-350
Demandes en naturalisation	pages 350-351

## Sommaire des questions parlementaires

Question N°	Auteur	Objet
2093	M. Alexandre Krieps	Examen pré-nuptial
2099	Mme Marie-Josée Frank	Cours pour jeunes parents
2105	M. Marc Spautz	Assurances «Tous Risques Chantiers»
2128	M. Marcel Oberweis	Constitution d'une plate-forme eurorégionale Meuse-Rhin
2133	M. Jos Scheuer	Pollution atmosphérique à Wasserbillig
2135	Mme Claudia Dall'Agnol	Protection des mineurs
2142	M. Félix Braz	Année européenne du dialogue interculturel
2147	M. Marc Angel	«Électricité verte» dans les bâtiments publics
2149	M. Claude Adam	Suppléants dans l'éducation précoce et dans l'enseignement primaire
2153	M. Henri Kox	Bilan des aides pour l'utilisation rationnelle de l'énergie et la mise en valeur des sources d'énergie renouvelables
2169	M. Camille Gira	Aménagement d'une voie réservée aux transports en commun sur la N6 (Steinfort - Luxembourg-ville)
2173	Mme Claudia Dall'Agnol	Carrière du bibliothécaire dans la fonction publique
2174	M. Marc Spautz et M. Fred Sunnen	Renaturation de l'Alzette
2176	M. Marc Spautz	Avertissements taxés en cas de stationnement non réglementaire
2179	M. Robert Mehlen	Contournement Echternach voie Charly
2185	M. Marcel Oberweis	Place N°52 du Grand-Duché du Luxembourg dans le classement index du climat German Watch 2008
2191	M. Claude Meisch	Boni pour enfants pour personnes non résidentes au Luxembourg
2192	Mme Marie-Josée Frank	Coût des prothèses dentaires
2193	M. Eugène Berger	Protection contre le bruit
2194	M. Roland Schreiner	Maisons relais
2197	M. Aly Jaerling	Feux d'artifice
2198	M. Robert Mehlen	Restructuration du secteur des abattoirs et de la transformation de la viande
2199	M. Aly Jaerling	Droits d'auteur
2200	M. Marcel Oberweis	Valorisation de l'énergie hydraulique par des centrales au fil de l'eau dans le cadre du développement durable
2202	M. Laurent Mosar	Mouvements de nuit des avions de fret et de passagers
2203	M. Gilles Roth	Allocation de subsides au profit des communes en rapport avec la réalisation d'infrastructures scolaires
2206	M. Marco Schank	Construction d'un lycée à Clervaux
2216	M. Xavier Bettel	Incident technique d'une machine de la compagnie MK Airlines
2220	M. Charles Goerens	Éleveurs de porcs luxembourgeois
2223	M. Camille Gira	Phénomène du «Tanktourismus»
2224	M. Camille Gira	Projet d'établissement d'un centre commercial à Wickrange
2226	M. Aly Jaerling	Reclassement des salariés du site de l'aciérie Arcelor-Mittal de Gandrange (France)
2227	M. Robert Mehlen	Réduction des émissions de CO <sub>2</sub> par un mode de conduite économe
2228	M. Robert Mehlen	Lutte contre le gui dans les vergers
2233	M. Marcel Oberweis	Pesticides
2234	M. Ben Fayot	Avis favorable de l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA) pour l'autorisation du maïs MON 810 en UE
2236	M. Claude Adam	Assurance continuée et assurance facultative
2238	M. John Castegnaro	Personnel de la Banque et Caisse d'Épargne de l'État (BCEE)
2243	M. Robert Mehlen	Vaccins contre la fièvre catarrhale
2244	M. Laurent Mosar	Subventions dans le cadre de délocalisations
2246	M. Carlo Wagner	Nouveau plan hospitalier
2247	M. Fernand Diederich	Faillite civile
2252	M. Gast Gibéryen	Site «Koibestrachen» et normes Seveso
2255	M. Laurent Mosar	Arrêt de la Cour européenne des droits de l'Homme sur le droit d'adoption d'une personne célibataire homosexuelle
2257	M. Marcel Oberweis	Organisation d'un Sommet annuel de la Jeunesse de la Grande Région
2262	M. Lucien Thiel	Application de la loi du 14 février 1955 concernant la réglementation de la circulation sur les voies publiques telle que modifiée par la loi du 18 septembre 2007
2263	M. Roger Negri	Mise en oeuvre de l'espace unique de paiements en euros SEPA (Single Euro Payments Area)
2265	M. Fernand Etgen	Recalcul de la taxe sur les véhicules automoteurs
2276	M. Ali Kaes	Réglementation de la vitesse maximale autorisée hors agglomération
2280	M. Xavier Bettel	Médicaments antiviraux
2311 urgente	M. Xavier Bettel	Partage d'une cellule au Centre pénitentiaire de Schressig par plusieurs des mineurs

**Question 2093** (8.11.2007) de **M. Alexandre Krieps (DP)** concernant l'examen pré-nuptial:

L'examen pré-nuptial visait à l'origine à prévenir, contrôler et éduquer les couples sur l'hygiène de vie, les maladies sexuellement transmissibles, la contraception, etc. De nos jours cette consultation se limite souvent à faire des recherches, en vue d'une grossesse, sur la rubéole et la toxoplasmose pour les femmes de moins de 50 ans. A cela s'ajoute la détermination des groupes sanguins afin de dépister d'éventuels problèmes d'incompatibilités de ceux-ci.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre:

- Monsieur le Ministre croit-il que l'examen pré-nuptial a toujours sa raison d'être en l'an 2007?

- Ne pense-t-il pas que cet examen devrait être aboli à l'instar de ce qui a été fait en France étant donné que 80% des couples se fréquentent très longtemps avant le mariage et que plus de 50% des enfants naissent hors mariage?

- Quel a été le nombre des résultats anormaux dans le cadre des examens pré-nuptiaux lors des 20 dernières années et quel a été le coût annuel des examens pré-nuptiaux pratiqués?

**Réponse** (14.12.2007) de **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale:**

Je commencerai par fournir à l'honorable Parlementaire des éléments sur les résultats des examens faits dans le cadre de l'examen pré-nuptial.

Entre mars 2006 et octobre 2007 un seul cas de tuberculose-maladie a été découvert grâce à l'examen pré-nuptial, ceci pour un total de 11.457 tests par intradermo-réaction, suivis de 1.404 radiographies de contrôle.

Les données disponibles pour les années 1990 à 2007 pour les autres examens révèlent que 27,6% des jeunes femmes étaient positives pour la toxoplasmose (donc examen de contrôle pendant la grossesse plus nécessaire) et 7,3% étaient négatives pour la rubéole (donc susceptibles d'être vaccinées).

Il faut cependant relever que depuis le début des années 2000 nous avons atteint un taux de couverture par la vaccination contre la rubéole de plus de 95% ce qui va fortement diminuer le nombre de femmes séronégatives au moment de l'examen pré-nuptial.

Sur la même période nous avons constaté que 0,4% des candidats (hommes et femmes) au mariage présentaient un BW positif lors de la recherche de la syphilis, mais sans préjuger du stade de cette maladie.

Mes services sont en train de réfléchir sur une prise en charge «préventive» plus globale de la population avec bilans de santé ciblés à des âges-clé. L'opportunité du maintien de l'examen pré-nuptial sera examinée dans le cadre de cette étude. Mais d'ores et déjà je pense pouvoir dire que le dépistage de la tuberculose spécifiquement fait en vue du mariage ne se justifie plus.

**Question 2099** (13.11.2007) de **Mme Marie-Josée Frank (CSV)** concernant les **cours pour jeunes parents:**

Depuis la fin du mois d'octobre 2007, des cours pour jeunes parents sont organisés à la Clinique Bohler au Kirchberg. À partir de l'année prochaine, ces cours devraient également être proposés au sein de la Maternité Grand-Duchesse Charlotte à Luxembourg-

Ville et la maternité du Centre hospitalier Emile Mayrisch à Esch/Alzette.

Ces cours sont actuellement organisés par la «Fondation Kannerschlass» et l'école parentale Janusz Korczak.

L'objectif de ces cours est d'aider et de soutenir les jeunes parents dans leurs nouvelles missions éducatives en les sensibilisant sur les besoins de leur enfant. Il s'agit sans aucun doute d'une initiative très importante au regard du bien-être des enfants et qui peut s'inscrire dans une démarche de prévention primaire.

Or, ces cours, contrairement aux cours proposés aux futurs parents par l'association «Liewensufank» qui sont en partie subventionnés par des fonds étatiques, ne bénéficient d'aucune subvention et sont exclusivement financés par des dons privés.

Au vu de ce qui précède, j'aurais aimé poser la question suivante à Madame la Ministre de la Famille et de l'Intégration:

- Le Gouvernement ne pense-t-il pas pouvoir subventionner à l'avenir et au moins pour partie l'organisation de ces cours pour jeunes parents?

**Réponse** (7.2.2008) de **Mme Marie-Josée Jacobs, Ministre de la Famille et de l'Intégration:**

La «Fondation Kannerschlass» est bénéficiaire de trois conventions signées avec le Ministère de la Famille et de l'Intégration, mettant à sa disposition des crédits investis dans le fonctionnement du centre d'accueil pour enfants, du centre d'accueil en milieu ouvert et du centre de formation pour parents «Eltereschoul Janusz Korczak».

La convention attribuée pour les activités de l'«Eltereschoul Janusz Korczak» se base sur la loi ASFT, réglant les relations entre l'État et les organismes œuvrant dans les domaines social, familial et thérapeutique, et sur le règlement grand-ducal du 29 novembre 2006, réglant l'agrément à accorder aux centres de formation et de conseil sociofamilial.

La convention assure une participation forfaitaire aux activités de l'«Eltereschoul Janusz Korczak». Le montant de la subvention, couvrant les frais de personnel et les frais administratifs du service en question est en augmentation constante depuis 2006: 120.049 euros en 2006, 148.296 euros en 2007 et 207.340 euros pour l'année 2008.

Le Ministère de la Famille et de l'Intégration soutient particulièrement les activités de formation sociofamiliale de l'«Eltereschoul Janusz Korczak» et avait proposé l'ajout d'un poste d'éducateur gradué dans la convention établie pour l'année 2008, proposition dont la Chambre des Députés a tenu compte par le vote de la loi budgétaire. De par là, l'«Eltereschoul Janusz Korczak» bénéficie depuis le 1<sup>er</sup> janvier 2008 d'un renforcement de son équipe pédagogique, ce qui permet la prise en charge entière des frais de personnel, qui représentent 75% du total des dépenses du service. Par ailleurs, le montant supplémentaire de 5.133 euros par an permet la prise en charge de frais administratifs.

De même, l'«Eltereschoul Janusz Korczak» bénéficie d'une convention avec la Ville de Luxembourg, mettant à disposition des fonds, alloués à la rémunération d'un éducateur gradué réalisant des activités de formation sur le territoire de la ville de Luxembourg ainsi que des localités propres.

De plus, l'«Eltereschoul Janusz Korczak» dispose de recettes propres provenant des honoraires du personnel éducatif intervenant au sein des communes ainsi que de la participation aux frais des parents inscrits dans certains cours et formations.

Il y a lieu de noter que le Ministère de la Famille et de l'Intégration participe aux frais de fonctionnement et aux frais de personnel d'activités de formation parentale gérées par d'autres institutions telles notamment le Familjen-Center CPF, le Mouvement luxembourgeois pour le Planning familial et l'Éducation sexuelle, l'Action familiale et populaire ou l'Info-Video-Center.

**Question 2105** (14.11.2007) de **M. Marc Spautz** (CSV) concernant les assurances «**Tous Risques Chantiers**»:

L'assurance «Tous Risques Chantiers» garantit, pendant la période de construction, l'indemnisation des dommages matériels à l'ouvrage en cours de réalisation et aux autres biens assurés (ouvrages provisoires, biens existants). Ces dommages peuvent résulter notamment d'événements fortuits (incendie, explosion, foudre, dégâts des eaux, événements naturels, effondrement total) ou être consécutifs à la maladresse, la négligence, la malveillance etc. Cette police d'assurance pourra, en outre, sortir ses effets pendant la période d'entretien qui suit la réception provisoire. La responsabilité civile des différents intervenants au chantier (entreprise générale, architecte, sous-traitant, bureau d'étude) y est également assurable, pour des dommages causés à des tiers et imputables à l'exécution des travaux assurés.

En pratique, beaucoup d'entreprises d'assurances de droit étranger font des offres attractives pour ce type de produits. Après la finition des chantiers, ils chargent des experts étrangers aux expertises douteuses. En cas de contestation de ces expertises par des propriétaires lésés, ces derniers sont forcés de commander des expertises à leurs propres frais.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre du Trésor et du Budget:

1. Est-ce qu'il ne faut pas changer la législation afin de mieux garantir les droits des personnes lésées?
2. Ne faudrait-il pas établir une liste d'experts agréés?

**Réponse** (21.2.2008) de **M. Luc Frieden**, *Ministre du Trésor et du Budget*:

L'assurance «Tous Risques Chantiers» est une forme d'assurance complexe qui comporte à la fois des garanties de protection des biens assurés (incendie, dégâts des eaux, effondrement des terrains, inondations, etc.) et des garanties de responsabilité civile pour cause de malfaçons tant à l'égard du maître de l'ouvrage que des tiers. Ces garanties jouent en règle générale pendant la phase de construction proprement dite et pendant la période de garantie décennale ou biennale imposée par la loi aux architectes, entrepreneurs et autres corps de métiers impliqués dans la construction et dans le parachèvement d'un immeuble.

L'assurance «Tous Risques Chantiers» présente une très grande utilité tant pour le maître de l'ouvrage pendant la période de construction que pour les propriétaires de l'immeuble pendant la période de garantie après l'achèvement. Elle met ces personnes à l'abri d'un défaut d'indemnisation par un architecte, un entrepreneur ou un autre corps de métier qui, tout en étant légalement responsable d'une malfaçon pendant la période décennale ou biennale, se trouverait néanmoins en état d'insolvabilité au moment de la survenance du sinistre. La conclusion d'un contrat d'assurance «Tous Risques Chantiers» est de ce fait, et à raison, présentée par les promoteurs d'immeubles comme un argument de

vente supplémentaire à l'égard de leurs clients.

Malgré l'utilité évidente de l'assurance «Tous Risques Chantiers», sa conclusion reste toutefois facultative. Il en résulte que les conditions générales et spéciales des polices peuvent être librement négociées entre parties, dans le respect des dispositions impératives résultant de la loi modifiée du 27 juillet 1997 sur le contrat d'assurance pour les immeubles situés sur le territoire du Grand-Duché de Luxembourg. Cette loi ne comporte pas de dispositions impératives concernant la désignation et la qualification des experts en cas de sinistre. Il en résulte qu'il est laissé aux soins des parties de déterminer les procédures de désignation des experts et de l'évaluation des dommages.

En règle générale il est prévu que l'entreprise d'assurance désigne son expert et que la partie lésée désigne le sien. En cas de désaccord entre les experts des parties il est souvent prévu de désigner un tiers arbitre, soit d'un commun accord, soit par voie judiciaire.

Le Gouvernement n'a pas d'informations concernant la qualité des experts ainsi désignés. Si une modification législative s'avérait nécessaire à la lumière d'informations plus précises, il y a lieu de noter qu'elle devrait nécessairement tenir compte du principe communautaire de la libre prestation des services.

**Question 2128** (27.11.2007) de **M. Marcel Oberweis** (CSV) concernant la **constitution d'une plate-forme eurorégionale Meuse-Rhin**:

La coopération à caractère territorial concerne la coopération en matière d'aménagement du territoire, de communications et de transports et d'infrastructure. Au sein du Benelux la coopération transfrontalière territoriale poursuit son chemin et en 2006 la création d'une plate-forme eurorégionale des transports publics a été envisagée, une étude visant à fixer les potentialités de transports entre les régions du Benelux et d'autres eurorégions ayant été lancée.

Cette étude devra servir de base à l'établissement d'un plan eurorégional des transports publics constituant le fondement contraignant pour une extension future du réseau de transport transfrontalier. La déclaration d'intention commune a été envisagée d'être signée durant le premier trimestre 2007 en vue de rassembler les acteurs du domaine des transports publics et ceci premièrement pour l'Euregio Meuse-Rhin. En aval d'autres plates-formes pourront être créées.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire:

- Est-ce que la déclaration d'intention de l'Euregio Meuse-Rhin a déjà été signée?
- Quelles sont les retombées pour le Luxembourg de ce plan eurorégional concernant le réseau de transport transfrontalier?

**Réponse** (14.2.2008) de **M. Jean-Marie Halsdorf**, *Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire*:

Comme le Grand-Duché ne fait pas partie de l'Euregio Meuse-Rhin, le Ministère de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire a dû se procurer les éléments de réponse via ses contacts avec la Communauté germanophone de Belgique, qui entretient une coopération transfrontalière tant dans Saar-Lor-Lux que dans l'Euregio Meuse-Rhin.

La déclaration d'intention commune, d'après les renseignements

obtenus, est en phase de signature. Il s'agit d'un processus lourd, puisqu'elle comporte 26 signatures.

La Déclaration a pour objectif de réaliser dans l'Euregio Meuse-Rhin un système de communication intégré de transports en commun transfrontalier, en procédant avec diligence, d'une part, à l'amélioration de la qualité et de la fiabilité des services ferroviaires et d'autobus transfrontaliers existants, et d'autre part, à l'élimination des obstacles techniques, opérationnels, commerciaux et structurels. Les mesures restent cependant générales.

Dans une annexe, la Déclaration fait état de projets déjà entamés ou sur le point de l'être. On y retrouve l'amélioration des dessertes à partir de Liège (point d'entrée, venant de Luxembourg, dans le système de transport de l'Euregio Meuse-Rhin) vers Maastricht, Bruxelles et Aix-la-Chapelle.

D'autres répercussions ne peuvent pas être détectées en ce moment.

**Question 2133** (28.11.2007) de **M. Jos Scheuer** (LSAP) concernant la **pollution atmosphérique à Wasserbillig**:

Le centre de la localité de Wasserbillig constitue un axe de circulation intense emprunté tant par des poids lourds en transit que par des véhicules en provenance ou à destination de la région de Trèves. Selon un article de presse, des comptages ont relevé le passage de quelque 18.000 voitures par jour dont environ 500 poids lourds. Ce trafic se faufile par la route étroite vers la frontière allemande respectivement, en grande partie, vers les stations de service.

Sur l'initiative de l'administration communale de Mertert, une étude sur la pollution de l'atmosphère sur divers sites de la localité de Wasserbillig a été réalisée. D'après l'article précité, les résultats seraient alarmants en ce sens que sur deux sites près de la route nationale N1, les valeurs recueillies concernant les émissions d'azote dépassent les seuils maxima fixés par la directive européenne 1999/30/CE transposée par le règlement grand-ducal du 24 juillet 2000.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes aux ministres compétents:

- Monsieur le Ministre de l'Environnement a-t-il connaissance des faits dont il est question plus haut? Dans l'affirmative, ne serait-il pas opportun de suivre le règlement grand-ducal du 17 mars 1998 transposant la directive 96/62/CE, qui stipule de faire «établir par l'administration des plans ou programmes, permettant d'atteindre la valeur limite dans le délai fixé?»
- Monsieur le Ministre des Transports peut-il me dire en quoi la responsabilité de l'État est engagée en pareil cas?
- Dans l'immédiat, est-ce qu'une interdiction de circulation peut être déclarée en cas de dépassement des seuils? Dans l'affirmative, qui est en droit d'ordonner cette interdiction?
- Quelles sont les interdictions de circulation pour les poids lourds en transit?

- Considérant que les projets d'infrastructure routière dans la région de Trèves peuvent avoir une incidence sur les problèmes constatés à Wasserbillig, Monsieur le Ministre des Travaux publics peut-il me renseigner sur le dossier «Moselaufstieg» reliant les zones commerciales et les localités situées à l'est de Trèves à l'autoroute Luxembourg-Trèves?

- Qu'en est-il d'un pont supplémentaire sur la Moselle?

**Réponse commune** (23.1.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre de l'Environnement*, de **M. Lucien Lux**, *Ministre des Transports* et de **M. Claude Wiseler**, *Ministre des Travaux publics*:

Ad 1) Le Ministre de l'Environnement a connaissance des faits des dépassements éventuels des valeurs limites de la qualité de l'air du dioxyde d'azote (NO<sub>2</sub>) et du benzène (C<sub>6</sub>H<sub>6</sub>).

De ce fait l'Administration de l'Environnement procède depuis 1996 à des contrôles des valeurs limites annuelles en NO<sub>2</sub> et benzène. Les dites campagnes s'étendent sur

une période d'un an pour être conforme aux normes en vigueur.

À l'issue de la première campagne de mesure prospective en 1997 il a été constaté que les sites les plus exposés à la pollution atmosphérique se situent pour le NO<sub>2</sub> dans la Grand-Rue (centre de Wasserbillig), et pour le benzène dans la zone des stations d'essence (route de Wasserbillig). Une seconde campagne de mesure est en cours et se terminera en août 2008. Tous les mesurages annuels réalisés jusqu'à présent ou en cours de réalisation, sont résumés dans le tableau ci dessous:

Relevé des campagnes de mesurages des teneurs en NO <sub>2</sub> et en benzène à Wasserbillig réalisées pour le compte de l'Administration de l'Environnement				
Remarques concernant la valeur limite annuelle inscrite dans une directive européenne et transposée par un règlement grand-ducal	Valeur annuelle de la teneur en NO <sub>2</sub> (µg/m <sup>3</sup> ). La directive européenne 1999/30/CE du Conseil du 22 avril 1999 (transposée par le règlement grand-ducal du 24 juillet 2000) fixe une valeur limite annuelle pour le dioxyde d'azote NO <sub>2</sub> dans l'air ambiant. Cette valeur limite s'applique à la moyenne annuelle		Valeur annuelle de la teneur en benzène (µg/m <sup>3</sup> ). La directive européenne 2000/69/CE du Parlement européen et du Conseil du 16 novembre 2000 (transposée par le règlement grand-ducal du 25 juillet 2002) fixe une valeur limite annuelle pour le benzène C <sub>6</sub> H <sub>6</sub> dans l'air ambiant	
	Valeur limite annuelle à respecter	À partir du 01.01.2010, la valeur limite se situera à 40 µg/m <sup>3</sup>	À partir du 01.01.2010, la valeur limite se situera à 5 µg/m <sup>3</sup>	
Période de mesurage	Grand-Rue	Route de Wasserbillig	Grand-Rue	Route de Wasserbillig
fin avril 1996 à début juin 1997	41.3	n.d.	n.d.	7.4
septembre 2001 à août 2002	n.d.	n.d.	3.4.	5.7
Début: fin juillet 2007	en cours	n.d.	en cours	en cours

n.d.: non déterminé

En ce qui concerne en particulier le dioxyde d'azote (NO<sub>2</sub>) il est à noter que l'Administration de l'Environnement a procédé en 1997 à une première évaluation de la teneur en NO<sub>2</sub>. Il en résulte que dans le centre de Wasserbillig (Grand-Rue) un léger dépassement de la valeur limite annuelle de 40 µg/m<sup>3</sup> a été déterminé. Une nouvelle évaluation de la situation concernant ce polluant qui est en cours et c'est seulement fin août 2008 qu'un bilan annuel pourra être dressé afin de déterminer la situation actuelle, ceci sur la base de douze mois de mesurages sans interruption. Il est envisageable que la valeur limite annuelle de 40 µg/m<sup>3</sup> (à respecter sous peu et au plus tard à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2010), est susceptible d'être de nouveau dépassée ou, dans le meilleur des cas, d'être pratiquement atteinte.

Conformément à l'article 6 - Amélioration de la qualité de l'air ambiant - du règlement grand-ducal du 17 mars 1998 portant application de la directive 96/62/CE du 27 septembre 1996 concernant l'évaluation et la gestion de la qualité de l'air ambiant, le Ministre fait établir par l'Administration des Plans et Programmes d'Action indiquant les mesures à prendre à court terme en cas de risque de dépassement des valeurs limites cibles et/ou des seuils d'alerte, afin de réduire le risque de dépassement et d'en limiter la durée.

À l'issue de la nouvelle évaluation des mesures en cours et vu la date limite 2010 pour ce qui est de l'application de la valeur limite annuelle de 40 µg/m<sup>3</sup> pour le dioxyde d'azote, le Ministre de l'Environnement fera établir par l'Administration un plan d'action adéquat, ceci conformément à l'article 6 du règlement grand-ducal du 17 mars 1998. Ledit plan comportera:

- une liste des principales sources d'émissions et notamment celles responsables de la pollution,

- une quantité totale d'émissions provenant de ces sources,

- des mesures visant à réduire la pollution en NO<sub>2</sub>.

Sans vouloir devancer les analyses concrètes à déterminer dans le cadre du plan d'action, il semble fortement probable que le trafic de passage de poids lourds à travers la localité de Wasserbillig est à considérer comme une source principale pour ce qui est des valeurs élevées en NO<sub>2</sub>.

**Éléments de réponse** (14.2.2008) de **M. Claude Wiseler**, *Ministre des Travaux publics*:

Le projet du «Moselaufstieg», dénommé entre-temps «Westumfahrung Trier», figure actuellement dans le «Bundesverkehrswegeplan» sous la rubrique «weiterer Bedarf», de sorte que le financement de ce projet n'est actuellement pas assuré du côté allemand. Le transfert de ce projet dans la rubrique «vordringlicher Bedarf» du prochain «Bundesverkehrswegeplan» (2009) est un préalable à la réalisation du projet.

La question concernant la réalisation éventuelle d'un nouveau pont supplémentaire sur la Moselle se réfère sans doute au pont projeté aux abords du port de Mertert assurant une liaison directe à l'autoroute A1. Sa réalisation n'est programmée qu'à moyen terme et il ne peut, bien évidemment, être construit qu'avec l'accord et la collaboration des autorités allemandes. Actuellement une étude initiée par l'Administration des Ponts et Chaussées analyse si les deux projets du «Moselaufstieg» et du nouveau pont supplémentaire sont concurrentiels ou complémentaires.

**Question 2142** (30.11.2007) de **M. Félix Braz (DÉI GRENG)** concernant l'Année européenne du dialogue interculturel:

2008 a été déclarée Année européenne du dialogue interculturel.

1. Quel est le dispositif mis en place au Grand-Duché pour répondre à cette volonté politique communautaire?

2. Quelles sont les grandes lignes du programme?

3. Y a-t-il eu ou y aura-t-il un appel à projets?

4. Quels sont les moyens budgétaires nationaux et communautaires affectés à cette année européenne?

**Réponse** (20.2.2008) de **Mme Octavie Modert, Secrétaire d'État à la Culture, à l'Enseignement supérieur et à la Recherche:**

En vertu de la décision N°1983/2006/CE du Parlement européen et du Conseil du 18 décembre 2006, l'année 2008 a été proclamée Année européenne du dialogue interculturel (AEDIC). La promotion du dialogue interculturel doit en effet permettre aux citoyens européens et à tous ceux vivant dans l'Union européenne, riches de leurs diverses identités culturelles et croyances, à explorer les avantages de notre patrimoine culturel et à s'ouvrir sur nos différentes traditions culturelles. Car «le dialogue interculturel est intimement lié à l'ambition fondamentale de la construction européenne, qui consiste à rapprocher les peuples d'Europe».

1. L'Année européenne du dialogue interculturel (2008) a été entérinée par la décision N°1983/2006/CE du 18 décembre 2006. Dans le cadre des préparatifs pour l'Année, la Commission européenne a demandé aux États membres:

- d'élaborer des stratégies nationales exposant le contexte national et identifiant les défis et priorités y afférentes pour l'année 2008,

- de désigner un organe coordinateur pour la mise en œuvre effective.

En réponse à cela, le Luxembourg a tout d'abord nommé le Ministère de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche (Mcesr) en tant qu'organe coordinateur; c'est en effet ce Ministère qui avait - au niveau du groupe de travail communautaire en charge des questions culturelles - participé aux négociations menant à la dite décision.

Par ailleurs, le Mcesr a procédé à l'élaboration d'une stratégie nationale (disponible sur le site [http://ec.europa.eu/culture/eac/dialogue/strategies\\_fr.html](http://ec.europa.eu/culture/eac/dialogue/strategies_fr.html)), ayant notamment consulté pour cela un certain nombre d'organisations directement concernées par la question. En vertu de cette stratégie nationale et en concordance avec les objectifs généraux et particuliers stipulés dans la décision N°1983/2006/CE, le Luxembourg a dès lors choisi de décliner l'Année européenne du dialogue interculturel selon trois angles:

- la coexistence et le dialogue entre un nombre important de communautés étrangères au Luxembourg,

- le dialogue et la relation avec les frontaliers,

- le dialogue entre cultures intergénérationnelles.

2. En vertu de la décision N°1983/2006/CE, «les objectifs généraux de l'Année européenne du dialogue interculturel sont de contribuer à:

- promouvoir le dialogue interculturel en tant que processus par lequel l'ensemble des personnes vivant dans l'UE peuvent améliorer leur capacité de maîtriser un environnement culturel plus ouvert, mais aussi plus complexe, où diverses identités culturelles et croyances coexistent dans les différents États membres et au sein de chacun d'eux;

- mettre en exergue le dialogue interculturel comme une occasion de contribuer à une société diverse et dynamique et d'en tirer parti, non seulement en Europe, mais également dans le reste du monde;

- sensibiliser toutes les personnes vivant dans l'UE, en particulier les jeunes, au fait qu'il est important de développer une citoyenneté européenne active et ouverte sur le monde, respectueuse de la diversité culturelle et fondée sur des valeurs communes de l'UE, telles qu'énoncées à l'article 6 du traité UE et dans la charte des droits fondamentaux de l'UE;

- mettre en lumière l'apport des différentes cultures et expressions de la diversité culturelle au patrimoine et aux modes de vie des États membres.»

En ligne avec ces objectifs généraux, la stratégie nationale luxembourgeoise pour l'Année a identifié les trois défis décrits plus haut et en a fait ses priorités.

À partir de ces constats, le projet proposé a comme objectif de créer une plate-forme de réflexion et d'action pouvant aller jusqu'à déboucher sur un plan d'action concret et durable pour que la dimension interculturelle devienne partie intégrante des débats sociétaux et politiques. Pour ce faire, il est proposé d'organiser une suite de journées d'activités, l'accent étant mis sur le caractère interactif et flexible de ces réunions qui doivent permettre un dialogue vivant et au plus près des participants, ouvert à un certain nombre de projets y relatifs. Dans un esprit de continuité, ces événements en eux-mêmes sont sensés former un ensemble, tout en étant espacés dans le temps, ce qui doit permettre de marquer des pauses de réflexion, de réaliser des évaluations intermédiaires et d'incorporer les réactions, d'intégrer en cours de route les nouveaux éléments et personnes intéressées qui pourraient surgir et se manifester etc.

3. La Commission européenne a lancé deux types d'appels à projets:

1) Appel de propositions ouvert dont le but est de cofinancer un nombre limité d'actions emblématiques d'envergure européenne (8 à 10 projets). Le délai pour ce type de projets (dont la subvention peut aller jusqu'à 80% des coûts totaux) était fixé au 31 juillet 2007.

2) Appel de propositions restreint dont l'objectif est de cofinancer une action nationale par État membre. Par conséquent, la participation à cet appel d'offres était réservée aux organismes nationaux chargés de la coordination de l'année 2008 dans chaque État membre et le délai pour ces demandes était fixé au 14 septembre 2007.

À la lumière de ce qui précède, il faut remarquer que l'Année a dû et doit être préparée sous certaines contraintes temporelles: dépendant de la prise de décision (retardée, comme on le sait) sur le cadre financier communautaire 2007-2013, la décision sur l'Année européenne du dialogue européen n'a en effet elle-même pu être prise qu'avec un certain retard par rapport au temps de préparation souhaitable pour une telle année. Cela a mis beaucoup d'États membres dans un certain dilemme par rapport au calendrier interne des prévisions budgétaires et a aussi entraîné qu'il était quasi impossible de procéder à un appel à projets national (considérant en outre que Luxembourg était Capitale euro-

péenne de la culture en 2007...). Il est à noter par ailleurs que le cofinancement communautaire pour l'activité nationale est réservé à l'organisme national de coordination.

Sachant en outre que les moyens budgétaires auxquels on pouvait s'attendre au niveau communautaire étaient plutôt réduits (voir ci-dessous), le Mcesr a choisi dès lors de ne pas procéder à un appel à projets national, mais d'inclure autant que possible les nombreuses associations et organisations déjà actives dans le domaine du dialogue interculturel en vue de l'établissement d'un état des lieux/inventaire, ce qui correspond par ailleurs au souhait exprimé par un certain nombre d'organismes au cours des consultations menées pour l'élaboration de la stratégie nationale.

4. Au niveau communautaire, l'enveloppe financière pour l'exécution de l'Année européenne du dialogue interculturel est établie à 10.000.000 EUR pour la période s'étendant du 1<sup>er</sup> janvier 2007 au 31 décembre 2008. Ce montant se répartit comme suit:

- cofinancement d'actions à l'échelle communautaire (cf. appel de propositions ouvert mentionné ci-dessus) environ 30% du budget total alloué seront consacrés à ces actions et celles-ci peuvent être subventionnées jusqu'à concurrence de 80% de leur coût total sur le budget général de l'Union européenne;

- cofinancement d'actions à l'échelle nationale (cf. appel de propositions restreint mentionné ci-dessus): environ 30% du budget total alloué seront consacrés à ces actions qui peuvent être subventionnées jusqu'à concurrence de 50% de leur coût total sur le budget général de l'Union européenne;

- actions à l'échelle communautaire (campagne d'information, coopération avec le secteur privé, les médias etc., conception d'un logo, enquêtes, études...): les ressources y consacrées «ne dépassent pas 40% du budget total alloué».

Il est à noter dans ce contexte que les décisions d'octroi de subventions sont prises par la Commission européenne et que la répartition du budget alloué au titre du cofinancement d'actions à l'échelle nationale se fait au prorata du nombre de voix dont dispose chaque État membre au sein du Conseil. Le Luxembourg disposant de six voix, le montant maximal du cofinancement est de 34.782 EUR. Au niveau national, une enveloppe pour l'Année européenne du dialogue interculturel est prévue au budget 2008 au titre de frais d'organisation de colloques, séminaires, stages et journées d'études (étant entendu que 34.782 EUR sont prévus au titre des 50% de cofinancement requis du côté national pour l'obtention du cofinancement communautaire).

**Question 2147** (3.12.2007) de **M. Marc Angel (LSAP)** concernant l'«électricité verte» dans les bâtiments publics:

Dans son discours sur l'État de la nation en date du 9 mai 2007, Monsieur le Premier Ministre avait informé sur la volonté de l'État d'utiliser de l'électricité provenant de sources d'énergie renouvelables, dite «électricité verte», dans les bâtiments publics.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Premier Ministre, Ministre d'État, et à Monsieur le Ministre des Travaux publics:

- Y a-t-il des projets plus concrets en matière d'utilisation d'électricité verte dans les bâtiments publics? Quels sont les objectifs concrets du Gouvernement dans ce domaine?

- Depuis le discours de Monsieur le Premier Ministre, y a-t-il eu des progrès en ce qui concerne l'approvisionnement des bâtiments publics en électricité verte?

- Dans la négative, quels sont les obstacles qui freinent l'utilisation d'électricité verte dans les bâtiments publics?

- Quel est, qu'il s'agisse d'un chiffre exact ou d'une estimation, actuellement la proportion d'électricité verte dans la consommation totale d'électricité dans les bâtiments publics? Ou bien, quelle est la proportion de bâtiments publics approvisionnés en électricité verte?

**Réponse** (22.2.2008) de **M. Claude Wiseler, Ministre des Travaux publics:**

Monsieur le Premier Ministre lors de son discours sur l'État de la nation en date du 9 mai 2007 a fait part de la volonté de l'État d'avoir recours à de l'électricité provenant de sources d'énergie renouvelables, dite «électricité verte», pour l'alimentation des bâtiments publics.

En ce qui concerne la volonté de l'État d'avoir recours à de l'électricité provenant de sources d'énergie renouvelables dite «électricité verte» il convient de relever que les responsables de l'Administration des Bâtiments publics ont élaboré avec leurs fournisseurs d'électricité actuels les modalités d'acquisition de l'énergie verte.

À partir de 2008 la fourniture en électricité verte est à 100% en ce qui concerne l'alimentation des bâtiments gérés par l'Administration des Bâtiments publics.

Cependant, il échet de préciser à ce sujet que depuis la décentralisation des frais d'électricité et des taxes par le biais de la gestion séparée adoptée par toute une série d'administrations et notamment par la majorité des lycées, l'Administration des Bâtiments publics n'est en charge du paiement de ces frais que pour les ministères, les bâtiments administratifs (copropriétés), une partie des institutions internationales (Centre de conférences et annexes, Hémicycle, et Bâtiment Tour) ainsi que pour divers autres services (immeubles domaniaux etc.). Il s'agit en l'occurrence d'environ 20% de la totalité du coût de l'électricité afférent figurant au Budget de l'État.

Le Gouvernement en Conseil a récemment décidé d'inviter les autres départements ministériels qui gèrent des articles budgétaires pour frais d'électricité à acquérir de l'électricité verte.

**Question 2149** (5.12.2007) de **M. Claude Adam (DÉI GRENG)** concernant les suppléments dans l'éducation précoce et dans l'enseignement primaire:

Le programme de «Bachelier Professionnel en Sciences de l'Éducation» propose des études qui visent la formation des enseignants de l'éducation précoce et préscolaire et de l'enseignement primaire. Les enseignements s'articulent autour d'une alternance entre des temps de formation à l'Université et des temps de formation sur le terrain. Les étudiants et étudiantes ne peuvent cependant pas pour autant directement travailler en tant que suppléant dans l'éducation préscolaire ou l'enseignement primaire durant leur temps libre. Pour cela ils doivent suivre une formation comportant surtout une partie pratique qui leur permettra d'obtenir l'attestation habilitant à faire des remplacements dans les écoles primaires et préscolaires.

Dans ce contexte j'aimerais savoir de Monsieur le Ministre de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche et de Madame

la Ministre de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle:

- Les personnes qui suivent la formation de Bachelier Professionnel en Sciences de l'Éducation ne pourraient-elles pas obtenir cette attestation après un certain nombre de semestres accomplis?

- Dans la positive, quelle démarche les deux Ministres comptent-ils entreprendre afin d'éviter ce doublement de la formation aux étudiants et étudiantes intéressés?

**Réponse** (20.2.2008) de **Mme Mady Delvaux-Stehres, Ministre de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle:**

Le stage organisé en vue de l'obtention de l'attestation de remplacement dans les classes primaires et préscolaires est lié à certaines conditions, dont la gestion de classe en présence du titulaire de classe, patron de stage, ainsi que l'évaluation d'une leçon par l'inspecteur de l'enseignement primaire concerné et la rédaction d'un rapport de stage.

La formation de bachelor professionnel organisée par l'Université du Luxembourg comprend des stages qui sont fondés dans un premier temps sur l'observation et les réflexions des étudiants. Ce n'est que par la suite que ceux-ci sont davantage orientés vers la pratique. Partant, le collège des inspecteurs ne saurait accorder automatiquement aux étudiants en question une attestation habilitant à faire des remplacements dans les écoles préscolaires et primaires. Cela ne pourrait se faire tout au plus que sur vu de dossier, une dispense partielle ou totale du stage s'avérant également possible selon les cas.

Par ailleurs rien n'empêche les étudiants de l'Université du Luxembourg d'accomplir le stage organisé par le collège des inspecteurs en vue de l'obtention de l'attestation de remplacement, pour autant que leur emploi du temps leur permette d'assurer des remplacements dans l'éducation préscolaire et/ou dans l'enseignement primaire.

**Question 2153** (6.12.2007) de **M. Henri Kox (DÉI GRENG)** concernant le bilan des aides pour l'utilisation rationnelle de l'énergie et la mise en valeur des sources d'énergie renouvelables:

Par le règlement grand-ducal du 3 août 2005 a été institué/modifié le régime d'aides pour des personnes physiques en ce qui concerne la promotion de l'utilisation rationnelle de l'énergie et la mise en valeur des sources d'énergie renouvelables. Ce règlement prendra fin le 31 décembre 2007 et sera remplacé par un nouveau régime. Parallèlement a été institué/modifié la prime d'encouragement écologique pour l'électricité produite à partir de l'énergie éolienne, hydraulique, de la biomasse et du biogaz.

Afin de pouvoir juger du succès des régimes et primes actuels et conformément à notre règlement, je me permets de poser la question suivante à Monsieur Lucien Lux, Ministre de l'Environnement.

- Pouvez vous me renseigner du nombre et de l'envergure des projets ainsi que des aides étatiques payées depuis août 2005 sur base des règlements grand-ducaux susmentionnés, ceci dans les domaines suivants:

1. Utilisation rationnelle de l'énergie (Nombre de projets, le cas échéant la puissance totale, montant total des aides):

- Raccordements à un réseau de chaleur;

- Pompes à chaleur à des fins de chauffage;

- Cogénérations;
- Ventilations contrôlées munie d'un système de récupération de chaleur;
- Chaudières à condensation.

2. Mise en valeur des sources d'énergie renouvelables (Nombre d'installations, surface active des collecteurs solaires respectivement puissance installée totale, montant total des aides):

- Installations solaires actives thermiques;
- Installations solaires actives photovoltaïques;
- Mise en valeur de l'énergie solaire passive dans les immeubles neufs et existants;
- Réservoirs saisonniers;
- Chaudières à gazéification de bûches de bois;
- Chaudières à copeaux de bois;
- Chaudières et d'un poêle à granulés de bois.

3. Nouvelles habitations à performance énergétique élevée (Nombre de projets, surface habitable totale, montant total des aides):

- dites «à basse énergie»;
- Maisons dites «passives».

4. Réduction de la consommation énergétique et de la mise en valeur de l'énergie solaire passive dans les maisons d'habitation existantes (Nombre de projets, tonnes de CO<sub>2</sub> réduites, montant total des aides).

5. Conseils techniques (Nombre de concepts réalisés, montant total des aides).

6. Prime d'encouragement écologique pour l'électricité produite sur le territoire national et destinée à alimenter le réseau électrique d'un gestionnaire de réseau établi sur le territoire national (Nombre d'installations, puissance totale installée, montant total des aides par an):

- Installations pour exploiter de l'énergie éolienne;
- Installations pour exploiter l'énergie hydraulique;
- Installations pour exploiter la biomasse et le biogaz.

**Réponse** (31.1.2008) de **M. Lucien Lux, Ministre de l'Environnement**:

Ci-après le nombre et l'envergure des projets et des aides étatiques payées depuis août 2005 sur base des règlements grand-ducaux relatifs aux aides en capital et aux primes d'encouragement écologiques.

Nombre et subventions accordés par type d'installation depuis septembre 2005 selon le règlement grand-ducal du 3 août 2005 (situation au 31.12.2007)			
Utilisation rationnelle de l'énergie	Nombre	Puissance thermique (kW)	Subvention accordée (€)
Raccordement à un réseau de chaleur	20	340	7.715,00
Pompe à chaleur	31	310	133. ( )797,60
Ventilation contrôlée avec récupération de chaleur	22	-/-	66.000,00
Échangeur géothermique	7	-/-	3.500,00
Chaudière à condensation	2.939	64.658	339.300,00
Total	3.019	65.308	550.312,60

Mise en valeur des sources d'énergies renouvelables (Bois)	Nombre	Puissance thermique (kW)	Subvention accordée (€)
Chaudière à gazéification de bûches de bois	118	3.601	309.993,75
Chauffage central à copeaux de bois	70	3.309	274.630,35
Chauffage central à granulés de bois	241	5.932	970.280,44
Poêle à granulés de bois	7	68	14.709,11
Total	436	12.910	1.569.613,65

Mise en valeur des sources d'énergies renouvelables (solaire thermique)	Nombre	Surface totale (m <sup>2</sup> )	Subvention accordée (€)
Collecteurs thermiques - eau chaude sanitaire	654	5.283	1.913.197,14
Collecteurs thermiques - chauffage et eau chaude	108	1.289	566.067,25
Total	762	6.572	2.479.264,39

- 4.242 dossiers de demandes ont été introduits depuis la mise en vigueur du règlement grand-ducal modifié du 3 août 2005 pour une des mesures susmentionnées.

- 370 dossiers de demande concernant une des mesures susmentionnées sont à considérer comme incomplet; lesdits dossiers sont tenus en suspens en attendant l'introduction d'informations supplémentaires.

- Il y a lieu de remarquer qu'un dossier de demande peut concerner plusieurs installations.

Mise en valeur des sources d'énergies renouvelables (solaire photovoltaïque)	Nombre	Puissance électrique (kW)	Subvention accordée (€)
Capteur photovoltaïque collectif	12	44,06	39.652,95

- 38 dossiers de demandes ont été introduits depuis la mise en vigueur du règlement grand-ducal modifié du 3 août 2005.

- 26 dossiers de demande de ces demandes sont à considérer comme incomplet; lesdits dossiers sont tenus en suspens en attendant l'introduction d'informations supplémentaires.

Nouvelles habitations à performance énergétique élevée	Nombre	Surface totale (m <sup>2</sup> )	Subvention accordée (€)
Maison passive	2	464,41	50.755,20
Maison à basse énergie	4	1.326,31	53.600,00
SOMME	6	1.790,72	104.344,20

- 93 dossiers de demandes ont été introduits depuis la mise en vigueur du règlement grand-ducal modifié du 3 août 2005.

- 87 dossiers de demande de ces demandes sont à considérer comme incomplet; lesdits dossiers sont tenus en suspens en attendant l'introduction d'informations supplémentaires.

Réduction de la consommation énergétique et la mise en valeur de l'énergie solaire passive dans les maisons d'habitation existantes	Nombre	t CO <sub>2</sub> réduites	Subvention accordée (€)
Assainissement maison individuelle	2	20,09	30.135,00

- 44 dossiers de demandes ont été introduits depuis la mise en vigueur du règlement grand-ducal modifié du 3 août 2005.

- 42 dossiers de demande sont à considérer comme incomplet; lesdits dossiers sont tenus en suspens en attendant l'introduction d'informations supplémentaires.

Conseils techniques et autres subventions	Nombre	Subvention accordée (€)
Analyse d'étanchéité	9	2.250,00
Concept énergétique	7	5.387,50
Thermographie	8	2.000,00
Conseil technique	18	1.565,00
SOMME	42	11.162,50
GRAND TOTAL	4.279	4.784.536,29

Prime d'encouragement écologique depuis septembre 2005 selon le règlement grand-ducal du 3 août 2005 (situation au 31.12.2007)	Nombre	Puissance (kW)	Énergie (kWh)	Prime accordée (€)
Centrale hydroélectrique	2	82	300.895	7.522
Installation fonctionnant au biogaz	3	850	7.061.300	176.533

**Question 2169** (12.12.2007) de **M. Camille Gira (DÉI GRÉNG)** concernant l'aménagement d'une voie réservée aux transports en commun sur la N6 (Steinfort - Luxembourgville):

Malgré plusieurs réalisations, notamment entre le croisement en direction de Hagen/Kleinbettingen et le rond-point Windhof, la situation ne s'est point améliorée. Bien au

contraire, les différentes lignes d'autobus (250, 248, 222, transports scolaires) qui utilisent cette route nationale affichent aux heures de pointe régulièrement un retard de 15 à 20 minutes sur l'horaire. Les voyageurs ont de plus en plus de difficultés à comprendre l'inactivité et l'absence de mesures concrètes sur le terrain et manifes-

tent leur tendance à réutiliser leurs voitures privées.

Compte tenu de ces faits, je me permets, conformément au règlement de la Chambre des Députés, de poser ces questions parlementaires à Monsieur Lucien Lux, Ministre des Transports:

sures sont envisagées pour accorder une priorité au bus face au trafic en provenance du CR d'Olm qui ralentit systématiquement les bus sur la N6 à l'entrée du giratoire? Est-ce qu'une solution à l'aide de feux rouges est envisagée dans ce carrefour?

- Montée du Tosseberg (retard de +/- 5 minutes): Devant les feux rouges au croisement, il y a trois voies permettant d'aller dans les trois directions. Pourquoi n'est-il pas possible de réserver un couloir pour donner priorité aux transports en communs?

- Tronçon sortie Autoroute - carrefour Maternité (retard de +/- 5 minutes): Pour quelles raisons une voie réservée aux transports en commun n'est pas réalisable immédiatement?

**Réponse** (22.2.2008) de **M. Claude Wiseler, Ministre des Travaux publics**:

Les questions posées par le député, Monsieur Camille Gira, ont été débattues au sein du groupe de travail interministériel «Couloir pour Bus» qui a élaboré les propositions afférentes.

En ce qui concerne le giratoire Windhof, il n'y a pas de projet visant le réaménagement proprement dit de ce giratoire. Il existe cependant des projets de réaménagement de la voirie d'approche de ce giratoire. Ainsi le groupe «Couloir pour Bus» propose de prolonger le couloir pour bus sur la N6 en venant de Steinfort, jusqu'à l'approche directe du giratoire. Dans ce contexte la réalisation d'un by-pass du giratoire dans la direction N6-N13 en direction de l'échangeur autoroutier est examinée. En sortant ce flux très important du trafic du giratoire on peut augmenter l'efficacité de ce dernier, occurrence qui vient aussi à profit de l'avancement des bus.

Dans le cadre de l'extension et de la densification de la zone d'activités du Windhof l'aménagement d'une bande de tourne à droite sur l'accès actuel devrait permettre d'augmenter la fluidité du trafic sur la N13.

De même l'assise de la N6 pourra être réaménagée dans le cadre de l'extension des activités de la ZA de Windhof pour y aménager un couloir pour bus en direction du giratoire et de permettre aux bus de dépasser les files d'attente qui se forment à l'approche du giratoire.

En ce qui concerne le giratoire à la sortie de Capellen, il faut examiner la réalisation d'un couloir pour bus continu entre la sortie de Capellen et le couloir déjà existant à l'entrée de la localité de Mamer. Aux abords du carrefour giratoire existant (N6/CR109) un by-pass pourra être réalisé pour le bus. Un by-pass est également projeté sur le nouveau giratoire à réaliser dans le cadre du doublement du CR102 donnant accès à la zone d'activités «Pafebruch/Hierebësch».

Une solution à l'aide de feux rouges n'est pas opérable sur un giratoire.

Pour ce qui est de l'approche par le CR109 en venant de Olm, le groupe de travail «Couloirs pour Bus» propose de faire une étude de faisabilité technique pour l'aménagement d'un couloir pour bus le long de cette route.

Il est évident que tous les aménagements qui nécessitent des interventions constructives ne peuvent être réalisés sous condition que les autorisations nécessaires soient accordées et les emprises éventuellement nécessaires soient disponibles.

Dans la montée du Tosseberg les travaux de réalisation d'un couloir pour bus vont démarrer sous peu. Aux abords du carrefour près du

château d'eau, une des trois voies sera sacrifiée en faveur de l'avancement du couloir pour bus jusqu'aux feux où les bus bénéficient d'une phase préférentielle leur permettant de partir avant le trafic individuel.

Enfin, en ce qui concerne le tronçon de la N6 entre la sortie Autoroute et le carrefour Maternité, il y a un accord entre la Ville de Luxembourg et la commune de Strassen pour réaliser un couloir pour bus dans la direction Luxembourg-Strassen, ceci dans la logique du couloir pour bus déjà existant sur la N6 sur le territoire de la Ville de Luxembourg. Par ailleurs les carrefours «Maternité» et «sortie Autoroute» seront dotés d'un sas pour bus, permettant à ceux-ci de pouvoir partir avant le trafic individuel.

**Question 2173** (13.12.2007) de **Mme Claudia Dall'Agnol (LSAP)** concernant la **carrière du bibliothécaire dans la fonction publique:**

Il ressort de la classification des fonctions de l'administration générale que les bibliothécaires, les bibliothécaires adjoints et les bibliothécaires documentalistes sont classés respectivement aux grades 8 et 9.

Or, selon mes informations, la rémunération diffère selon que le bibliothécaire en tant que tel est employé par une bibliothèque de l'État ou une bibliothèque communale.

- Est-ce que Monsieur le Ministre de la Fonction publique peut confirmer cet état des choses pour la carrière du bibliothécaire, classé au grade 9? Dans l'affirmative, quelles sont les raisons qui expliquent des écarts éventuels?

- Est-ce qu'il existe au Ministère de l'Intérieur un relevé du personnel occupé par les bibliothèques communales, renseignant sur le taux de bibliothécaires proprement dits, donc de personnes revêtant ce titre?

- Quelles possibilités existent au Grand-Duché en matière de formation continue dans le domaine de la bibliothéconomie pour la formation des bénévoles dans le nombre croissant des bibliothèques publiques associatives du pays?

**Réponse commune** (25.2.2008) de **M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire** et de **M. Claude Wiseler, Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative:**

Dans sa question parlementaire N°2173 du 13 décembre 2007, l'honorable Députée Madame Claudia Dall'Agnol désire savoir d'abord s'il existe une différence au niveau de la rémunération de la carrière du bibliothécaire, selon qu'il est employé par une bibliothèque de l'État ou une bibliothèque communale, et dans l'affirmative quelles en sont les raisons, ensuite si le Ministère de l'Intérieur dispose d'un relevé du personnel occupé par les bibliothèques nationales, renseignant sur le taux de bibliothécaires proprement dits et finalement quelles sont les possibilités qui existent au Grand-Duché en matière de formation continue dans le domaine de la bibliothéconomie pour la formation des bénévoles.

Pour ce qui est de la question relative aux écarts éventuels entre bibliothécaires employés par une bibliothèque de l'État ou une bibliothèque communale, il est à relever dans un premier temps qu'en exécution du règlement grand-ducal modifié du 4 avril 1964 portant assimilation des traitements des fonc-

tionnaires des communes, syndicats de communes et établissements publics placés sous la surveillance des communes, à ceux des fonctionnaires de l'État, le classement et le développement de carrières des fonctionnaires communaux occupant un poste de bibliothécaire sont fixés en fonction de la qualification des agents visés.

Ainsi le bibliothécaire remplissant les conditions d'études pour accéder à la carrière supérieure est classé dans la carrière de l'attaché administratif.

Le bibliothécaire ne remplissant pas les conditions d'études pour accéder à un poste de la carrière supérieure, mais qui peut se prévaloir d'au moins trois années d'études post-secondaires, sanctionnées par un diplôme dans la spécialité de son emploi, jouit d'une carrière qui s'étale du grade 10 au grade 14 tel que prévu par le règlement grand-ducal du 7 septembre 1987 portant modification de la législation sur les traitements, sur les pensions et sur les conditions d'admission aux emplois des fonctionnaires communaux.

Au cas où cet agent remplit les conditions d'études requises en vue de l'accès à la carrière moyenne, il est classé dans la carrière du rédacteur.

La rémunération des bibliothécaires engagés sous le statut de l'employé communal est définie en exécution du règlement grand-ducal modifié du 15 novembre 2001 concernant la rémunération des employés communaux, moyennant leur classement dans une carrière répondant à leur niveau respectif de qualification, tandis que la fixation de la rémunération d'un bibliothécaire engagé comme employé privé au service d'une commune relève de la compétence du conseil communal, sous l'approbation du Ministre de l'Intérieur, en tenant compte des principes généraux régissant la rémunération du personnel public.

Quant au secteur de l'État, il est à relever qu'aussi bien le bibliothécaire que le bibliothécaire documentaliste sont classés aux grades 9 à 13. Ils bénéficient d'un premier avancement en traitement au grade II après trois années de grade et d'un deuxième avancement en traitement au grade 13 après douze années de grade.

Par ailleurs, il y a lieu de relever que le ministère de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire ne dispose pas de données statistiques relatives au personnel communal occupant des postes de bibliothécaire et ne dispose pas non plus d'informations spécifiques relatives aux formations dont bénéficient les bénévoles qui travaillent pour des bibliothèques publiques associatives.

Cependant, il est à indiquer qu'en matière de formation continue, l'Institut National d'Administration Publique organise depuis plusieurs années pour le personnel de la Bibliothèque nationale et du réseau des bibliothèques luxembourgeoises géré par la Bibliothèque nationale des formations en:

- Indexation (analyse documentaire, construction des vedettes, recherche, contenu et architecture des répertoires RAMEAU / RVM / LCSH / DDC)

- Initiation à ALEPIJ 500 - Version 16.00 (cours d'initiation générale destiné aux nouveaux catalogues et bibliothécaires)

- Perfectionnement du catalogage dans ALEPH 500 - module 1 (approfondissement des connaissances en matière de catalogage dans les domaines des ouvrages à volumes multiples, des notices analytiques, des périodiques, des collections, des publications électroniques)

- Perfectionnement du catalogage dans ALEPH 500 - module 2 (approfondissement des connais-

sances en matière de catalogage dans les domaines de la gestion des fichiers d'autorité et dans le choix, la forme et la structure des vedettes)

- Perfectionnement du catalogage dans ALEPH 500 - module 3 (approfondissement des connaissances en matière de catalogage dans les domaines des publications spéciales et des non livres)

**Question 2174** (13.12.2007) de **MM. Marc Spautz et Fred Sunnen (CSV)** concernant la **renaturation de l'Alzette:**

Au cours des dernières années les communes d'Esch/Alzette et de Schifflange ont préfinancé les projets de renaturation de l'Alzette. L'objectif principal de ces projets est de redonner au cours d'eau une partie de son espace naturel et de recréer des zones humides et amphibienues. Parallèlement, la renaturation permet également de renforcer la capacité d'auto-épuration de l'Alzette et ainsi améliorer la qualité de l'eau.

La renaturation du lit de l'Alzette ne peut cependant atteindre ses objectifs écologiques que si des efforts sont mis en oeuvre par toutes les communes.

Or, selon mes informations, les eaux résiduaires d'un grand lotissement dans la commune de Bettembourg sont évacuées directement dans l'Alzette sans être traitées dans la station d'épuration,

Conscients du développement durable et de la nécessité de protéger notre environnement et les ressources naturelles nous voudrions poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de l'Environnement:

- Monsieur le Ministre peut-il nous confirmer que les eaux usées du lotissement susmentionné sont directement versées dans l'Alzette?

- Dans l'affirmative, comment Monsieur le Ministre peut-il expliquer ou justifier cette situation?

- Depuis quand cette pratique a-t-elle lieu à Bettembourg?

- Quelles sont les suites que Monsieur le Ministre entend réserver au présent dossier et comment Monsieur le Ministre entend-il intervenir afin de remédier à la situation?

**Réponse** (14.2.2008) de **M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire:**

Dans la question parlementaire, les honorables Députés Marc Spautz et Fred Sunnen évoquent que les eaux usées du lotissement Fankenacker, situé dans la localité de Bettembourg, ne sont pas raccordées à la station d'épuration de Bettembourg, mais que celles-ci se déversent directement dans l'Alzette.

Dans ce contexte il y a lieu de préciser que le lotissement en question a été aménagé en 1992 et dispose d'un réseau d'égouttage mixte et que la station de pompage existante construite dans les années 80, ne permet pas de refouler toutes les eaux usées et pluviales dans le collecteur de la station d'épuration situé sur l'autre rive de l'Alzette.

Les agents de l'Administration de la Gestion de l'Eau ont pris connaissance de cette situation insalubre en 2006, lors de la présentation d'une version préliminaire de l'étude générale du réseau d'assainissement de Bettembourg. À cette occasion, la commune a été invitée d'apporter des solutions. Dès lors la commune a immédiatement chargé un bureau d'études pour élaborer un projet afin de remédier à cette situation.

La solution retenue prévoit de poser un siphon en dessous de l'Alzette et de traiter les eaux usées et pluviales dans le bassin d'orage

central de Bettembourg dont les travaux vont débiter cette année.

En vue d'assurer la protection des eaux de l'Alzette à court terme, une solution provisoire a été mise en place dans l'immédiat. Cette mesure assure l'évacuation de la majorité des eaux usées du lotissement Fankenacker par le collecteur de la station d'épuration, en attendant la réalisation de la solution définitive mentionnée ci-dessus.

**Question 2176** (13.12.2007) de **M. Marc Spautz (CSV)** les **avertissements taxés en cas de stationnement non réglementaire:**

En cas d'avertissement taxé pour stationnement non réglementaire ou en relation avec des contraventions au Code de la Route, les réclamations sont à adresser soit directement à l'agent verbalisant, soit à la police, soit aux autorités judiciaires compétentes.

Dans la pratique, en cas de réclamation, on invite d'office les gens à présenter leurs doléances devant les juridictions compétentes en partant de l'hypothèse que ces personnes sont dans leur tort. Cette suspicion systématique va si loin que les agents de police doutent des preuves matérielles rapportées à l'appui des contestations telles que par exemple des tickets de stationnement.

Force est de constater aussi que les personnes qui ne souhaitent réclamer contre un avertissement taxé ne peuvent le faire tous les jours. En effet, suivant les informations figurant sur les avertissements taxés, les réclamations doivent être portées à la connaissance de la police les lundis, mercredis et vendredis!

Dans ce contexte j'aurais aimé poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de la Justice:

- Le Gouvernement ne pense-t-il pas que la procédure en place n'est plus à jour et qu'il faudrait permettre aux personnes qui veulent réclamer contre un avertissement taxé de le faire directement au niveau de la police elle-même sans devoir passer par des autorités judiciaires?

- Dans le même contexte, ne faudrait-il pas modifier la charge de la preuve et éventuellement introduire le principe de la charge partagée en l'espèce, le réclamant devant justifier le bien-fondé de sa réclamation et la police devant prouver à son tour qu'il n'y a pas eu de faute dans le chef du verbalisant?

- En tout état de cause, le Gouvernement peut-il expliquer comment il est possible de nos jours que les réclamations ne peuvent se faire qu'à des jours fixes et que les réclamants soient systématiquement suspectés de mauvaise foi y compris quand ils présentent des tickets de stationnement valables?

**Réponse** (14.2.2008) de **M. Luc Frieden, Ministre de la Justice:**

La procédure de réclamation en cas d'avertissement taxé prévoit que le contrevenant s'adresse à la police, soit en se présentant au commissariat territorialement compétent, soit en adressant une lettre de réclamation à cette unité ou à la direction générale de la police. En principe, une enquête administrative est diligentée et le contrevenant est informé des conclusions: soit l'avertissement taxé est annulé, soit l'intéressé est invité à payer l'avertissement taxé.

En application de l'article 154 du Code d'instruction criminelle, les constatations faites par les membres de la police valent jusqu'à preuve du contraire. Le Gouvernement n'entend pas apporter des modifications à ce principe de procédure pénale.

Les personnes voulant présenter une réclamation au commissariat de proximité peuvent le faire en-dehors les heures d'ouverture au public.

**Question 2179** (17.12.2007) de **M. Robert Mehlen (ADR)** concernant le **contournement Echternach voie Charly:**

Mat dem Vote vum Gesetz iwwert de Bau vun engem Contournement zeechent sech mëttelfristeg eng Léisung vun der Verkéiersproblematik zu Jonglënster of. Dat gëllt awer net fir d'Stad lechternach, déi weiderhin ënner staarkem Transitverkéier ze leiden huet, dee mat der Eliminatioun vum Knuet zu Jonglënster éischter nach zouhuele wäert.

Dir hutt an Ärer Finanzplanung fir 2008 e Betrag vu 500.000 Euro fir de «Contournement Echternach voie Charly» virgesinn. An Ärem Rapport d'activité vum 2006 schreift Dir, d'Étude générale an d'Étüd betreffend d'Projeten vun der «Voie Charly» a vum Tunnel Prince Henri (laanscht d'Sauer) asw. wäer viru gefouert ginn.

Dat féiert mech derzou an dësem Kontext dës Froen un lech ze riichten:

1. Wéi steet et aktuell ëm de Projet vum Contournement vun lechternach? Besteet de Wëllen an e Konzept, fir de Verkéiersproblem zu lechternach op eng wierklech valabel Aart a Weis ze léisen?
2. Wat ass konkret geplangt a wéi gesäit de viraussichtlechen Zäit- a Finanzplang aus?
3. Wéi steet et ëm déi archeologesch Gruewungen, déi sollten un Tracé vum Tunnel duerchgefouert ginn?

**Réponse** (22.2.2008) de **M. Claude Wiseler, Ministre des Travaux publics:**

Fir de Verkéiersproblem zu lechternach op eng valabel Aart a Weis ze léisen huet d'Stroossebauverwaltung an Zesummenaarbecht mat de Gemengenverrieder e «Projet d'ensemble» ausgeschafft, fir de Reamenagement vun der Waasserbëllegerstrooss u bis de «Kack», vum Kack iwwert d'Bréckstrooss op d'Maartplaz a vun der Lëtzebuergstrooss bis bei d'Kräizung Knepper.

Et ass virgesinn, dësen «Plan d'ensemble» an dräi Etappen ze realisieren. De «Projet d'Exécution» vun der éischter Etapp ass fäerdeg an d'Aarbechte kënnen ausgeschriwwen gi soubal d'Genehmigung vum Ëmweltministère virleien. Déi éischt Etapp begräift den Aménagement vun engem Kreesverkéier op der Kraizung N10/N11a mat dem Reamenagement vun der Strooss bis bei d'al Bréck.

Dëse Kreesverkéier erlaabt och den Parking, deen d'Gemeng finanziert, sécher un d'Stroossenetz unzeschleissen. De Stroosseprojet gëtt iwwert den Budget bezuelt.

Gläichzäiteg gëtt gekuckt fir de Kär vun lechternach och vum Verkéier, dee vun Dikrech erfert kënn, ze entlaaschten, an zwar andeems den Tracé Charly ausgebaut soll ginn. Wéi den éierbaren Députéierte Robert Mehlen richteg an senger Ufro bemierkt huet, sinn an der Finanzplanung vum «Fonds des routes» Kreditter vergesinn, fir déi Aarbechten ze finanzieren. Wann et keng Problemer säitens den Terrainkeef an aner Autorisatiounen gëtt, wäert et méiglech sinn Enn 2008 d'Aarbechten auszeschreiwen.

Wat elo den Tunnel Prince Henri ugeet, weess den éierbaren Députéierte Robert Mehlen, dee jo och an der Chamberskommissioun vun den öffentlechen Aarbechten ass, datt duerch d'Gesetz vum 21. No-

vember 2007 d'europäesch Direktiv (2004/54/CE vum 29. Abrëll 2004) iwwert déi minimal Sécherheitsmoossnamen an den Tunnelen an dat nationaalt Recht ageschriwwen ginn ass. Och wann den Tracé vum eventuellen Tunnel Prince Henri net am transeuropäesche Stroossennetz ass, huet d'Gesetz vum 21. November 2007 virgesinn, datt dës minimal Sécherheitsmoossnamen och Tunnellen, déi net um TERN leien, operluecht kënnen ginn.

Et ass kloer, datt och den Tunnel Prince Henri ënnert dës Tunnelle fällt, an dofir d'Konzert, dat an den 90er Joren ugeduecht ginn ass, haut net méi d'selwecht ëmsetzbar ass.

Den Tunnel Prince Henri muss net nëmmen en Tunnel ginn, deen all dëse Sécherheitsbedingunge Rechnung dréit, mä e muss och den historiesche Site vun lechternach respektéieren, sou wéi eventuell archäologesch Ausgruewungen erméiglechen a schlussendlech de Problem vum Héichwaasser mat aberechnen. All dës Etüden, fir souwuel d'Machbarkeet mat den heitegen Oplagen, wéi och d'Käschten-Notze-Berechnung, sinn amgang bei der Stroosbauverwaltung ausgeschafft ze ginn.

Fir ofzeschlësse wëll ech nach drop hiweisen, datt de Problem vum Transitverkéier an dem Ënnergrupp «Stroosbau» vum Grupp «Transport» an der Groussregioun thematiséiert wäert ginn, fir mat den däitschen Autoritéiten ze kucken, wéi den Transitverkéier aus lechternach méi erausgeholl kéint ginn.

**Question 2185** (18.12.2007) de **M. Marcel Oberweis** (CSV) concernant la **place N°52 du Grand-Duché du Luxembourg dans le classement index du climat German Watch 2008:**

La conférence sur le climat à Bali s'est terminée en invitant les 190 pays présents à écrire une feuille de route pour le futur accord climatique international, l'après Kyoto 2012. Le Luxembourg aussi fut présent et s'est engagé à tenir la promesse de réduire ses émissions des gaz à effet de serre de -28% jusqu'en 2012 par rapport à 1990.

Les rapports des scientifiques disent que les émissions des gaz à effet de serre sont responsables de l'augmentation des températures depuis la révolution industrielle. Les concentrations atmosphériques des niveaux d'anhydride carbonique ont atteint leur plus haut niveau en 650.000 ans et sont plus de 35% plus élevées qu'au début de la révolution industrielle.

Selon le 4<sup>e</sup> rapport du GIEC publié à Valencia en novembre, les changements climatiques pourraient affecter les courants et le niveau des océans, la précipitation régionale et créer davantage de déserts.

Cependant, l'étude récente de German Watch a présenté un classement des pays les plus engagés dans la voie du développement durable. La Suède figure en position N°1, l'Allemagne étant N°2, la Belgique N°12 et la France N°18 tandis que Luxembourg occupe la place N°52, l'Arabie Saoudite figurant en dernière position. Cet index du climat classifie les 56 pays faisant partie du traité 1992 de climat et tient compte des tendances d'émissions, des niveaux d'émissions actuelles et de la politique de climat.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de l'Environnement:

Monsieur le Ministre peut-il me confirmer la position de notre pays

dans le classement de l'étude en question?

- Quelles sont les mesures les plus importantes que le Luxembourg entend mettre en œuvre afin d'avancer dans le classement de l'index du climat?

**Réponse** (30.1.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre de l'Environnement:*

En réponse à la question parlementaire de l'honorable Député, Monsieur Marcel Oberweis, j'ai l'honneur de vous confirmer que le Luxembourg occupe la 52<sup>e</sup> place au classement établi par German Watch. Il convient néanmoins de préciser que ce classement se base sur un certain nombre de critères, lesquels ne reflètent pas forcément de manière adéquate la situation du Luxembourg. Les commentaires suivants s'imposent concernant les critères utilisés:

1. Les tendances d'évolution des émissions par habitant, en comparant les chiffres de 1998-2000 avec ceux de 2003-2005 sont pris en considération, avec un poids de 50%. Il n'est pas surprenant que l'application de ce critère contribue au «mauvais» classement du Luxembourg, tant que nos spécificités nationales, telles que la taille de notre économie et l'impact d'une nouvelle source d'émission sur les émissions totales, l'importance croissante des exportations de carburants, l'augmentation du nombre de frontaliers ainsi que de la population résidente, ne sont pas prises en compte. À titre d'exemple, entre 2000 et 2003, l'installation de Twinerg est entrée en opération, ajoutant en moyenne 960.000 tonnes de CO<sub>2</sub> à nos émissions totales. Les nouvelles installations Arcelor mises en service en 2003/2004 ont également eu un impact important sur le total de nos émissions. À cela s'ajoute la croissance de la cogénération résidentielle et industrielle, avec pour le Luxembourg un impact négatif sur notre bilan Kyoto, au vu de la méthodologie du GIEC.

2. Les niveaux des émissions, avec un poids de 30%. Sont considérées les émissions de CO<sub>2</sub> par unité d'énergie primaire, la consommation d'énergie primaire par unité de PIB, la consommation d'énergie primaire par habitant. Étant donné les ventes de carburants ces dernières années ainsi que l'évolution dans le secteur industriel, il n'y a pas à s'étonner du classement du Luxembourg en application de ce critère.

3. La politique en matière de changement climatique, aussi bien au niveau national qu'au niveau international, avec un poids de 20%. Il est surprenant que le Luxembourg soit considéré plus mauvais que certains autres États membres qui ont adopté des objectifs de limitation de leurs émissions dans le cadre du protocole de Kyoto et non pas un objectif de réduction comme le Luxembourg. Il semble que German Watch ait avant tout pris en compte des mesures qui produisent des réductions immédiates des émissions. Il se peut ainsi que le fait que le potentiel de réduction mobilisable à court terme au Luxembourg soit relativement limité ait joué en notre défaveur.

Je tiens néanmoins à rappeler que le Gouvernement s'est doté en avril 2006 d'un ambitieux plan d'action de réduction des émissions de gaz à effet de serre, renforcé au printemps 2007 par dix «composantes» supplémentaires. La mise en œuvre de ce plan d'action, ainsi que les ressources dont dispose le fonds de financement des mécanismes de Kyoto, alimenté en grande partie selon le principe du pollueur-payeur, devraient permettre au Luxembourg d'améliorer son classement.

**Question 2191** (20.12.2007) de **M. Claude Meisch** (DP) concernant le **boni pour enfants pour personnes non résidentes au Luxembourg:**

En date du 19 décembre 2007 la Chambre des Députés a adopté le projet de loi 5801 qui modifie la législation fiscale sur plusieurs points. Selon les dispositions du projet de loi en question, tous les parents travaillant au Luxembourg auront droit dès l'année 2008 à une prime de 922,50 euros par enfant, prime qui remplacera la modération d'impôts existante.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Finances:

- Monsieur le Ministre peut-il fournir des données chiffrées quant au nombre de personnes non résidentes au Luxembourg qui jusqu'ici ont pu profiter de cette modération d'impôts? Dans quel ordre de grandeur se situait l'envergure financière de cette mesure?

- Enfin, Monsieur le Ministre peut-il me renseigner sur le nombre de personnes, respectivement d'enfants non résidents au Luxembourg qui à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2008 auront droit à la nouvelle prime? Monsieur le Ministre peut-il déjà chiffrer ce montant?

**Réponse** (19.2.2008) de **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre des Finances:*

Pour l'année 2007, le nombre de ménages non résidents ayant pu bénéficier de la modération d'impôt pour enfant s'élevait à 25.000, dont 8.500 n'ont en bénéficié que partiellement. En 2007, le déchet fiscal de la modération d'impôt pour enfant concernant les contribuables non résidents s'élevait à 30 millions d'euros.

Selon les informations reçues de la Caisse nationale des Prestations familiales, le boni pour enfant introduit à compter de l'année 2008 a été attribué au mois de janvier 2008 pour 64.272 enfants non résidents (coût de 59.290.920 euros).

S'y ajoute encore le complément différentiel versé probablement au mois de juillet 2008 pour des enfants non résidents. Il s'agit de la différence entre les allocations françaises, belges et allemandes et le maximum du montant des prestations octroyées au Luxembourg.

**Question 2192** (21.12.2007) de **Mme Marie-Josée Frank** (CSV) concernant le **coût des prothèses dentaires:**

Beaucoup de citoyens se plaignent des coûts énormes dans le domaine des prothèses dentaires. En effet, il me semble que les prestations fournies par les caisses de maladie ne correspondent plus au coût réel desdites prothèses.

Ainsi les patients ayant besoin d'une couronne, d'une prothèse ou d'un implant doivent souvent débours des sommes importantes afin de recevoir les traitements nécessaires.

Au vu de ce qui précède, j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale:

- Le Gouvernement estime-t-il que les montants remboursés par les caisses de maladie pour les prothèses dentaires correspondent au coût réel?

- Le Gouvernement pourrait-il prévoir des mesures afin que les personnes à revenu faible puissent aussi profiter de tous les traitements dentaires utiles et nécessaires?

**Réponse** (19.2.2008) de **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale:*

Dans le dossier évoqué par l'honorable Députée, l'Union des Caisses de Maladie avait chargé un expert étranger d'examiner la nomenclature des médecins dentistes actuelle et de proposer d'éventuelles adaptations des positions au progrès de la médecine dentaire.

Or, il s'est avéré que les propositions soumises sont difficilement transposables telles quelles dans la nomenclature existant actuellement.

Deux alternatives s'offrent aux parties en cause: soit l'élaboration d'une nomenclature radicalement nouvelle, soit la création de nouvelles positions et l'adaptation des tarifs existants.

Le choix appartient en premier lieu aux partenaires sociaux et au groupement professionnel des médecins que j'ai encouragés à maintes reprises à faire avancer ce dossier qui me tient à cœur. Voilà pourquoi j'aurais tendance à suggérer aux parties en cause de procéder à une adaptation de la nomenclature par étapes, en prenant en compte une amélioration immédiate de l'intervention des caisses de maladie dans des chapitres sélectionnés des prestations d'orthodontie (comme par exemple les soins afférents pour enfants et adolescents) et prothétiques.

**Question 2193** (21.12.2007) de **M. Eugène Berger** (DP) concernant la **protection contre le bruit:**

Dans l'objectif de protéger la population contre les effets nocifs du bruit, la Chambre des Députés a voté le 5 septembre 2006 la loi sur la lutte contre le bruit qui transpose en droit national la directive 2002/49/CE. Une des mesures les plus importantes prévues par la loi était l'élaboration d'une cartographie stratégique.

- Monsieur le Ministre peut-il m'informer sur le degré d'avancement de ce projet?

En outre la Chambre des Députés avait invité le Gouvernement dans une motion du 11 juin 2006 à fixer d'ici 2008 des valeurs limites d'exposition au bruit et d'élaborer un catalogue de mesures à prendre en considération si ces valeurs limites sont dépassées.

- La date venant à échéance, je me permets de demander à Monsieur le Ministre de m'informer si de telles valeurs limites d'exposition au bruit ont été fixées par le Ministère?

- Dans l'affirmative, Monsieur le Ministre pourrait-il m'informer sur les éléments ayant servis à fixer ces valeurs limites?

- Dans la négative, Monsieur le Ministre pourrait-il m'informer sur les motifs l'ayant amené à négliger les recommandations de la Chambre des Députés?

D'après la directive 2002/49/CE les autorités compétentes sont tenues d'établir des plans d'action visant à gérer et si nécessaire de réduire le bruit sur leur territoire jusqu'au 18 juillet 2008.

- Compte tenu du fait que ces plans d'actions présupposent l'élaboration d'une cartographie du bruit ainsi que d'un système de valeurs limites, Monsieur le Ministre peut-il m'informer, s'il prévoit de respecter les échéances fixées par la directive?

**Réponse** (14.2.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre de l'Environnement:*

L'Administration de l'Environnement est en train de finaliser les cartes stratégiques du bruit en provenance des infrastructures de

transport routiers, ferroviaires et aéroportuaires, ceci selon les critères déterminés dans le cadre du règlement grand-ducal du 2 août 2006 portant application de la directive 2002/49/CE du Parlement européen et du Conseil du 25 juin 2002 relative à l'évaluation et à la gestion du bruit dans l'environnement. Lesdites cartes pourront être transmises à courte échéance à la Commission européenne.

En ce qui concerne la motion de la Chambre des Députés du 11 juin 2006 invitant le Gouvernement à fixer d'ici 2008 des valeurs limites d'exposition à l'instar des autres pays de l'Union européenne et à élaborer des un catalogue de mesures à prendre en considération si ces valeurs limites sont dépassées, il y a lieu de noter que l'élaboration de valeurs limites est également en phase de finalisation. Ils vont être présentées sous peu. Ont été prises en considération les valeurs indiquées par l'Organisation Mondiale de la Santé (OMS) visant à protéger la population contre les nuisances de bruit, les valeurs limites appliquées par les autres pays de l'Union européenne et les valeurs limites déjà appliquées au Luxembourg pour de projets concrets relatifs aux infrastructures de transport nécessitant une autorisation d'exploitation.

Sur la base de la cartographie stratégique du bruit et les valeurs limites déterminées, tous les efforts nécessaires seront mis en œuvre pour établir les plans d'action requis, aux fins que les délais fixés par la directive soient respectés.

**Question 2194** (21.12.2007) de **M. Roland Schreiner** (LSAP) concernant les **maisons relais:**

Il ressort de la réponse à une question parlementaire N°0747 du député Ben Fayot qu'en 2005 le nombre de structures d'accueil dite «maisons relais» bénéficiant d'une convention avec le Ministère de la Famille et de l'Intégration s'élevait à 87 (cf. *compte rendu N°5/2005-2006*).

- Connaissant les efforts du Gouvernement et des communes pour élargir cette offre, j'aimerais savoir de Madame la Ministre combien de communes disposent fin 2007 d'une telle maison relais. Combien de ces maisons relais offrent un encadrement à journée continue, c'est-à-dire allant de 07.00 heures du matin à 19.00 heures du soir?

- Par ailleurs, combien de communes offrent plusieurs maisons relais à l'instar de la Ville d'Esch/Alzette?

- Sachant qu'il existe trois modes de gestion différents pour les maisons relais et considérant que des 87 maisons relais existantes en 2005, 18 étaient gérées par des associations sans but lucratif, quatre étaient gérées par des syndicats intercommunaux et 65 étaient gérées par des administrations communales, est-ce que Madame la Ministre peut m'informer sur la répartition actuelle tenant compte des maisons relais créées depuis 2005?

- En outre, la convention type pour les maisons relais prévoit l'institution d'un groupe de travail permanent, composé de représentants du Syvicol, du Ministère de la Famille et de l'Entente des Foyers de Jour, «chargé de suivre le dossier des MRE et de soumettre aux décideurs toute proposition éventuelle de modification à la convention».

- Dans ce contexte j'aimerais savoir de Madame la Ministre quelle est l'évolution des travaux de ce groupe de travail et s'il a déjà émis des propositions? Dans l'affirmative, lesquelles?

**Réponse** (30.1.2008) de **Mme Marie-Josée Jacobs, Ministre de la Famille et de l'Intégration:**

La Déclaration gouvernementale d'août 2004 prévoit de promouvoir, dans le cadre d'une meilleure harmonisation entre la vie familiale et la vie professionnelle, l'extension de l'offre flexible de structures d'accueil pour enfants scolarisés en dehors des heures de classe.

Depuis la création en 2005 du concept «Maison Relais pour Enfants» (MRE), l'offre en matière d'accueil des enfants a constamment augmenté pour répondre aux besoins réels des familles aussi bien au niveau du nombre de places disponibles qu'au niveau de la flexibilité proposée.

Fin 2007, le pays compte 100 MRE organisées autour de 202 antennes ou unités, avec une capacité totale de 11.751 places. Sept MRE, pour une capacité de 326 places, accueillent des enfants non scolarisés (âgés de trois mois à trois ans).

1. Le nombre de communes disposant fin 2007 d'une MRE s'élève à 96. 16 autres communes prévoient la mise en place d'une MRE dans les années à venir. Le nombre de places supplémentaires qui sont créées d'après les projets soumis au Ministère de la Famille et de l'Intégration, s'élève à 5.446. Il comprend aussi bien la création de nouvelles institutions que l'extension des mesures existantes.

2. Le nombre de MRE offrant un accueil à journée continue pendant toute l'année (y compris les vacances scolaires) est évalué à 55, ce qui correspond également à un taux de 55%. Il y a lieu de noter que les sept MRE accueillant des enfants non scolarisés sont comprises dans ce chiffre.

3. Le nombre de communes disposant sur leur territoire de plusieurs antennes ou unités s'élève à 31, soit 32% des 96 communes qui se sont dotées d'une MRE.

4. En ce qui concerne les différents modes de gestion, la répartition actuelle est la suivante:

- 20 MRE sont gérées par des associations sans but lucratif qui assurent également les prestations socio-éducatives;

- 6 MRE sont gérées par des syndicats intercommunaux, dont trois assurent eux-mêmes les prestations socio-éducatives et trois autres les délèguent à des associations sans but lucratif;

- 74 MRE sont gérées par des administrations communales, dont 48 sont elles-mêmes prestataires et 26 confient les prestations socio-éducatives à des associations diverses.

5. Le groupe de travail permanent institué par l'article 4 alinéa 8 de la convention pour les MRE est composé de représentants du Syvicol, de l'Entente des Foyers de Jour et du Ministère de la Famille et de l'Intégration. Ce groupe de travail est un organe consultatif qui se voit régulièrement afin d'aviser tout projet ayant un impact direct ou indirect sur les MRE ainsi que toute modification à la convention signée entre l'État et l'organisme gestionnaire. À titre d'exemple, les modalités de participation financière à demander aux parents telles qu'elles sont arrêtées par l'article 4 de la convention ont fait l'objet d'échanges répétés au sein dudit groupe de travail.

**Question 2197** (2.1.2008) de **M. Aly Jaerling (Indépendant)** concernant le **feux d'artifice:**

Während dem Sylvesterabend ass et bei ville Privatfeieren Traditioun ginn, fir Freedefeier lass ze loos- sen. Et gëtt awer verschiddelech och schon am Nomëtteg mutwëlleg ugefaange Knallkierperen ofzschëissen.

Dëst féiert derzou, datt d'Rou vun de Matbierger, besonnesch an der Géigend vu Spideeler, onnéideg gestéiert gëtt. Och ass et esou, datt dat Geknalls bei verschidden Déieren, wéi zum Beispill bei Hënn, déi e ganz feint Gehéier hunn, grous Problemer mat sech bréngt, a se drénner leiden.

Et wier deemno ubruecht, déi Freedefeier zäitlech absolut ze begrenzen, fir d'Rou vun de Matbierger awer och d'Liewesqualitéit vun den Déieren ze respektéieren.

Och ass et esou, datt all Joer, trotz alle Preventivmesuren, méi oder wéineger schlëmm Accidenter duerch Freedefeier geschéien.

A verschidde Stied an Europa sinn d'privat Freedefeier verbueden.

Kënnen déi zoustänneg Ministeren mer duerfir dës Fro beäntweren:

1) Wier et net sënnvoll, d'Zäite während deene privat Freedefeier kënne lassgelooss ginn, strikt ze begrenzen, fir datt d'Rou vun de Matbierger, awer och d'Liewesqualitéit vun den Déieren net ze vill perturbéiert gëtt?

2) Wier et net ze iwweleeë mat de Gemengen ofzsepriechen nach just een offiziell Freedefeier an de Stied ze autoriséieren, an all déi privat Freedefeier ze ënnerbannen, ganz besonnesch dat Geknalls, wat schonns vun nomëttes un lassgeet?

**Réponse commune** (14.2.2008) de **M. Luc Frieden, Ministre de la Justice** et de **M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire:**

Den 18. Dezember 2002 hat den deemolegen Deputéierten, den Här Mars Di Bartolomeo, a senger parlamentarescher Fro N°1973 schonns Fro gestallt am Zesummenhang mat de Freedefeier, déi Privatpersounen op Sylvesterabend lassloossen (cf. *compte rendu N°10/2002-2003*).

Wéi viru fënnf Joer sinn och haut nach d'Rou vun de Matbierger an awer och d'öffentlech Sécherheet, déi bei dëse Spektakelen am Spill sinn, an der Kompetenz vun eise Gemengen. Et ass deemno un all Gemeng fir op hirem Territoire déi néideg Moossnamen ze huelen, fir d'Bierger beim Lassloosse vu Freedefeier ze schützen.

D' Stad Lëtzebuerg huet zum Beispill e Reglement op Grond vun deem fir all Freedefeier eng Autorisation vun Buergermeeschter muss virleien. Dës Autorisation setzt dann d'Konditiounen fest an deenen d'Freedefeier däerf ofgeschoss ginn. Hei kann zum Beispill eng Sécherheitszon définéiert ginn, déi ofhängeg ass, engersäits vun der Plaz wou d'Freedefeier stattfënnt, an anerersäits vun der Gréisst vun de Feierkierperen, déi benotzt ginn. Aner Konditiounen kënnen den Ëmstann no imposéiert gi fir d'Sécherheet an d'Rou vun de Bierger ze garantéieren.

Am Respekt vun dem Prinzip vun der Gemengenautonomie gräift d'Regierung net an dëse Beräich an, an zielt op d'Gemengeresponsabel fir déi noutwendeg Dispositiounen am Interesse vun hire Bierger ze huelen.

Et sief nach erwähnt, dass um 31. Dezember 2007 an um 1. Januar 2008 bei der Police ronn 20 Appeler agaange sinn, déi de Gebrauch vu Freedefeier oder soss Knupperte beträff hunn, woubäi et sech awer a kengem Fall ëm e schwéieren Incident gehandelt huet.

**Question 2198** (2.1.2008) de **M. Robert Mehlen (ADR)** concernant la **restructuration du secteur des abattoirs et de la transformation de la viande:**

An Ärer Äntwert vum 17. März 2005 op meng parlamentaresch Fro N°0303 iwwert déi geplangte Restrukturatioun am Schluecht- haus- a Fleeschveraarbechtungssektor zu Lëtzebuerg hutt Dir op eng Etüd higewisen, déi vun auslänneschen Experte géif gemaach ginn, a wou eischt Resultater géife Mëtt 2005 virleien (cf. *compte rendu N°8/2004-2005*). Virun dësem Hannergrond géif ech lech gären dës Fro stellen:

1. Ass dës Etüd fäerdeg, a wann neen, wat sinn d'Ursaachen, a fir wéini ass mam Ofschluss ze rechnen?

2. Wa se fäerdeg ass, wat sinn déi haaptsächlech Konklusiounen?

3. Besteet d'Bereitschaft bei deene wichtigsten Akteuren, fir op Basis vun der Etüd matzeschaffen? Sinn an där Bezéiung well Initiative geholl ginn?

4. Wéi héich sinn d'Käschte vun der Etüd fir de Lëtzebuurger Stat, a woua gesitt Dir déi konkret Plusvalue, déi sech aus der Etüd ergëtt?

**Réponse** (5.2.2008) de **M. Fernand Boden, Ministre de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural:**

L'honorable Député fait référence à une question parlementaire de mars 2005 pour demander des informations supplémentaires sur une étude qu'a fait réaliser ce Ministère par un bureau d'études et portant sur le secteur agroalimentaire et plus particulièrement sur la filière de la fabrication des viandes et des produits de viande.

L'objectif de cette étude, réalisée par des experts étrangers en collaboration avec les administrations afférentes de mon Ministère, était de mieux cerner les points faibles de ce secteur aux fins de prospecter des pistes générant une plus-value de la production animale de nos cheptels tout en répondant mieux aux demandes du marché de la viande et aux attentes du consommateur.

Les conclusions de cette étude ont été présentées au secteur agroalimentaire début octobre 2007 avec les recommandations de s'orienter vers une exploitation rationnelle des établissements opérant dans le secteur de la viande, de prévoir une chaîne fermée de la production primaire jusqu'à la vente au consommateur, d'orienter d'une manière plus conséquente la production vers des produits de qualité et de développer une stratégie performante de commercialisation par la création d'un «marketing board» regroupant les différents maillons de la chaîne de la production animale.

Ces recommandations ont déjà été partiellement prises en considération par la mise en place de synergies dans nos abattoirs dans l'objectif d'une exploitation plus efficace des capacités d'abattage existantes.

La filière de la fabrication des produits de viande est dans une phase de réflexion concernant les moyens et les adaptations à mettre en œuvre pour mieux répondre aux demandes d'un marché de viande de plus en plus exigeant.

Une accélération du processus d'actualisation de certains labels de qualité est la résultante d'une enquête auprès du consommateur qui s'est exprimé en faveur de produits de qualité et d'origine connue.

La mise en place dans le secteur agroalimentaire d'une stratégie performante de commercialisation sous la forme d'un «marketing board» est en cours.

Quant au coût de cette étude, il résulte d'une convention conclue entre ce Ministère et le bureau d'études que celui-ci est limité à un montant maximum de 70.000 euros.

Finalement, il échet de relever que cette étude a mis en évidence le potentiel des moyens et des capacités de notre secteur agroalimentaire ainsi que les demandes du consommateur. Les opérateurs sur le terrain, conscients des exigences du marché, sont appelés à en tenir compte et à s'y investir d'une manière efficace et rationnelle en concertation avec les administrations concernées de ce Ministère.

**Question 2199** (2.1.2008) de **M. Aly Jaerling (Indépendant)** concernant les **droits d'auteur:**

Laut Gesetz müssen d'Geschäfte eng jährelch Tax vu 55 Euro fir Autorenrecht fir d'SACEM bezuelen. Déi Geschäfte, déi un eng Gemeinschaftsantenn ugeschloss sinn, müssen iwwert déi nach eemol Autorenrecht mat bezuelen, also zweemol.

Et kann awer net sinn, datt ee fir deeselweschte Service zweemol bezilt.

Et ass och einfach net tragbar, datt an engem Geschäft, wéi zum Beispill bei engem Coiffeur, müssen nach extra Autorenrecht bezuelt ginn, wann ee sän eegene Radio lauschtert, deen un eng Gemeinschaftsantenn ugeschloss ass.

Kann den Här Minister mer duerfir dës Fro beäntweren:

1) Wéisou müssen d'Geschäfte, wa se hiren eegene Radio lauschtere wëllen, eemol eng Tax fir d'SACEM bezuelen, an dann nach eemol iwwert d'Gemeinschaftsantenn, wa se dorunner ugeschloss sinn?

2) Wat gedenkt d'Regierung ze ënnerhuelen, fir dës ongerecht Taxéierung ofzeschaffen?

**Réponse** (30.1.2008) de **M. Jeannot Krecké, Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur:**

Well et hautesdags fir en Auteur aus praktesche Grënn quasi onméiglech ass, seng Urheberrecht selwer ze geréieren, ass et Usus, datt en déi Rechter enger Verwertungsgesellschaft uvertraut.

D'Verwertungsgesellschaft geréiert an administréiert dem Auteur seng Rechter a sengem Numm. Zu Lëtzebuerg sinn et d'SACEM Luxembourg an d'AGICOA, déi um Gebitt vun der Musék an dem Audiovisuellen tätég sinn.

Den Artikel 4, Alinea 1 vun der «loi modifiée du 18 avril 2001 sur les droits d'auteur, les droits voisins et les bases de données» gesäit vir, datt «L'auteur d'une œuvre jouit du droit exclusif d'autoriser sa communication au public par un procédé quelconque, y compris sa transmission par filou sans fil, par le moyen de la radiodiffusion, par satellite, par câble ou par réseau.»

Jiddereen, dee Wierker, déi um Répertoire vun enger Verwertungsgesellschaft stinn, öffentlech diffuséiert, muss eng Autorisation dofir hunn an eng Gebühr bezuelen. Aus dësem Grond ass déi Gebühr och net als Tax ze bezeichnen; duerch d'Gebühr bezilt een d'Recht, duerch droits d'auteur geschützte Wierker ze reproduzéieren oder en public ze diffuséieren.

D'Verwertungsgesellschaft lee- den dann d'Gebühren un d'Auteurs weider.

D'Radioen, d'TV-Sender an d'Dis- kothéike müssen d'Verwertungsgesellschaften informéieren, wéi eng Stecker si wéi oft gespilt hunn, fir

datt all Auteur déi Zomm kritt, déi him zousteet. Wat ee Wierker méi oft gespilt gëtt, wat dem Auteur vun deem Wierker méi bezuelt gëtt.

D'Geschäfte bezuelen e Forfait pro Joer, dee méi héich gëtt, wat d'Gesamtfläch vun Buttek an d'Luucht geet.

E Coiffeur muss Urheberrecht bezuelen, fir dei öffentlech Verbreedung vu geschützte Wierker a sengem Geschäft.

De Kabelnetzbedriewer muss Urheberrecht bezuelen, fir dei öffentlech Verbreedung vu geschützte Wierker iwwer säi Réseau.

Alle béid kënnen en Deel vun deene Käschten als Chargé vun de Steieren ofsetzen.

E Coiffeur bezilt also net zweemol droits d'auteur mä nëmmen eemol, an zwar un d'SACEM. Un de Kabelbedriewer bezilt hie just sän Abonnement. An dem Abonnement ginn d'Käschte vun Kabel matverrechen, ënner anerem d'Urheberrecht.

**Question 2200** (4.1.2008) de **M. Marcel Oberweis (CSV)** concernant la **valorisation de l'énergie hydraulique par des centrales au fil de l'eau dans le cadre du développement durable:**

Le Luxembourg s'est engagé à augmenter la part des énergies renouvelables dans la production nationale de l'énergie électrique. À part l'énergie éolienne, la géothermie et l'énergie solaire, il existe encore l'utilisation de l'énergie hydraulique.

Durant les années 1996 à 2000, le Luxembourg a pu moderniser une série de microcentrales hydroélectriques dans le cadre du programme communautaire Thermie, mis au point et coordonné par l'Agence de l'Énergie. La réactivation des 21 micro-centrales a connu le succès escompté et elles participent à la production nationale de l'énergie électrique renouvelable. L'utilisation d'énergie de sources hydrauliques plutôt que celle provenant de sources non renouvelables est globalement positive pour l'environnement. Le bilan en gaz à effet de serre des systèmes hydroélectriques est nettement positif.

En décembre 2007, la Ville de Luxembourg a présenté le projet de la revalorisation de la centrale hydro-électrique au fil de l'eau «Hasteschmillen» sise aux abords de la Pétrusse produisant 500.000 kWh par an, projet qui s'intègre dans la politique du développement durable.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de l'Économie:

- À part cette centrale hydro-électrique au fil de l'eau «Hasteschmillen», existe-t-il encore d'autres endroits où de telles centrales hydro-électriques au fil de l'eau pourraient être revalorisées?

- Dans l'affirmative, l'Agence de l'Énergie ne devrait-elle pas procéder à l'évaluation du potentiel énergétique et à la réactivation de telles centrales hydroélectriques au fil de l'eau?

**Réponse** (14.2.2008) de **M. Jeannot Krecké, Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur:**

Le Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur et le Ministre de l'Environnement ont présenté en mars 2007 une étude de potentiel sur les sources d'énergies renouvelables au Luxembourg (LUXRES) qui définit un cadre pour la promotion des énergies renouvelables au Luxembourg.

La production des installations hydroélectriques s'est chiffrée en 2006 à quelque 108 GWh, dont environ 5 GWh proviennent des 27 micro-centrales installées au Luxembourg.

L'étude LUXRES conclut, pour ce qui concerne le potentiel réalisable dans le domaine de l'énergie hydraulique, qu'il existe encore différents sites sur le territoire national qui se prêteraient à l'implantation de micro-centrales et qui pourraient être activés jusqu'en 2010 respectivement 2020. Vu le potentiel relativement réduit des sites concernés, la production supplémentaire ne permettra qu'une augmentation de façon relativement modeste de la production totale à partir des installations hydroélectriques.

Afin de pouvoir activer les différents sites, le Gouvernement a procédé en général à une adaptation des mesures de soutien dans le domaine des énergies renouvelables et a en particulier procédé à une adaptation des tarifs d'injection pour l'électricité produite à partir des énergies renouvelables. Le règlement grand-ducal y relatif est en procédure réglementaire et sera publié sous peu.

L'Agence de l'Énergie s'impliquera certainement dans la réalisation du potentiel dans le domaine des énergies renouvelables et particulièrement dans le domaine de l'énergie hydraulique ou ceci s'avère opportun et utile.

**Question 2202** (7.1.2008) de **M. Laurent Mosar** (CSV) concernant les **mouvements de nuit des avions de fret et de passagers**:

Selon mes informations, les riverains de l'aéroport et autres habitants de la ville de Luxembourg se plaignent d'un manque de transparence en ce qui concerne le nombre de vols de nuit dont les mouvements ne cessent d'augmenter. Force est de constater que le site Internet du Ministère des Transports renseignant sur les mouvements de nuit des avions de fret et de passagers a particulièrement mal fonctionné en 2007. En effet, seuls les vols de nuit jusqu'à la fin de juillet 2007 étaient comptabilisés.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Transports:

- Quel service est compétent pour mettre à jour le site Internet en question?

- Ne serait-il pas possible, avec les moyens technologiques actuels, de communiquer les mouvements des avions de nuit mois par mois, et au plus tard dans les huit jours après le mois écoulé, ceci afin que les riverains puissent exercer éventuellement des vérifications?

- Quel est le nombre exact de vols de nuits (vols passagers et vols fret) pendant toute l'année 2007?

**Réponse** (14.2.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre des Transports*:

La responsabilité de la mise à jour de ce site Internet et des statistiques de mouvements aériens incombe à l'Administration de la Navigation aérienne qui a succédé à l'Administration de l'Aéroport.

En ce qui concerne la procédure actuelle de publication de ces statistiques, il convient de rappeler que tous les mouvements aériens sont vérifiés individuellement lors de l'élaboration des factures adressées régulièrement aux opérateurs aux fins de paiement des redevances afférentes. C'est sur base de cette validation que la compilation du nombre de mouvements aériens et donc également des vols de nuit est effectuée par la direction de l'Administration. Suite à cette compilation les ser-

vices techniques de l'Administration de la Navigation aérienne assurent la publication des chiffres afférents sur le site de l'Administration.

Les statistiques diffusées reposent donc sur des mouvements aériens qui ont été dûment comptabilisés.

En raison des procédures comparables afférentes, il est normal qu'un certain temps soit nécessaire pour assurer la publication du nombre des mouvements aériens, y compris des vols de nuit, sur le site Internet de l'Administration de la Navigation aérienne. Il s'ajoute que pour l'année 2007 la publication de ces données a connu des retards liés à des difficultés de disponibilité des ressources humaines. Il y a toutefois lieu de préciser que l'Administration de la Navigation aérienne s'efforçant de limiter les délais au minimum a pu évacuer ces retards au début de cette année de sorte que les statistiques des vols de nuit pour l'ensemble de l'année 2007 sont désormais accessibles sur le site de celle-ci.

Il convient encore de noter que l'Administration de la Navigation aérienne s'est dotée depuis le début de cette année d'un nouvel dispositif comptable et est en train de mettre en place un système de facturation plus performant, de sorte qu'à terme une réduction des délais de publication des mouvements aériens est à prévoir.

Le nombre des vols de nuit (entre 23.00 et 06.00 heures locales) comptabilisés en 2007 s'élève à 1.377 unités.

**Question 2203** (7.1.2008) de **M. Gilles Roth** (CSV) concernant l'**allocation de subsides au profit des communes en rapport avec la réalisation d'infrastructures scolaires**:

Il s'avère que le paiement des subsides étatiques au profit des communes ayant réalisé des infrastructures scolaires s'étale actuellement sur une période dépassant les quatre années après la mise en service des dites infrastructures.

Dans ce contexte j'aimerais poser la question suivante à Monsieur le Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire:

1. Quels sont les motifs qui font que la liquidation des subsides s'échelonne sur une si longue durée?

2. Quels sont les critères en fonction desquels l'échéancier du paiement de ces subsides est fixé?

3. Est-ce que les mêmes critères s'appliquent à l'ensemble des communes?

4. Pour quelles raisons les subsides ne sont pas liquidés en fonction de la règle «first in - first served» alors qu'en raison de l'approbation de tout projet par l'autorité de tutelle les délais d'achèvement des infrastructures en question sont généralement connus d'avance?

**Réponse** (19.2.2008) de **M. Jean-Marie Halsdorf**, *Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire*:

En réponse à la question parlementaire N°2203 du 7 janvier 2008 de Monsieur le Député Gilles Roth, j'ai l'honneur de vous informer que les aides allouées par le Ministère de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire aux communes ayant investi dans des projets relevant du domaine de leurs missions obligatoires et concernant entre autres les constructions scolaires sont à considérer comme des aides financières ayant pour but de rétablir une certaine marge de manœuvre au budget communal et non pas comme soutien d'un projet précis. Voilà pourquoi le taux varie en fonction de la situation financière

de la commune et la liquidation n'est pas étroitement liée à la progression du chantier, ni à la présentation de factures.

L'engagement concret et précis de l'aide a lieu seulement après le début des travaux et le paiement de l'aide s'étale en principe sur quatre ou cinq exercices budgétaires, la première tranche ne représentant souvent qu'un montant symbolique et le solde de 20% de l'aide n'étant liquidé qu'après réception du décompte définitif des travaux dûment approuvé par le conseil communal. Le MIAT tente toutefois de verser la dernière tranche dans un délai rapproché après la présentation du décompte des travaux. Cette façon de procéder s'applique bien évidemment à toutes les communes.

L'échéancier de liquidation est fixé en tenant compte du crédit annuel à disposition du MIAT sur l'article budgétaire en question.

Malgré une certaine anticipation, l'évolution des crédits en question n'est pas toujours en phase avec le nombre et l'ordre de grandeur des projets réalisés par les communes. L'équilibre de cet article peut se trouver entravé par la mise en œuvre de projets d'une certaine envergure par une ou plusieurs communes. Il va sans dire que dans ce cas le MIAT sollicite une alimentation plus généreuse de l'article en question par une adaptation des paramètres du programme pluriannuel.

Le début des travaux a été retenu comme critère déclencheur de l'aide étant donné que le vote d'un projet par le conseil communal et son approbation par l'autorité de tutelle ne donnent pas forcément lieu à la réalisation de ce projet, ni à sa mise sur chantier dans un délai précis. Par ailleurs, les projets dont le coût est inférieur à 250.000 euros HTVA ne sont pas soumis à l'approbation par l'autorité de tutelle de sorte que le MIAT est obligé d'attendre le début des travaux pour se prononcer sur l'enveloppe financière à réserver à ce moment-là.

**Question 2206** (8.1.2008) de **M. Marco Schank** (CSV) concernant la **construction d'un lycée à Clervaux**:

Le plan directeur sectoriel «lycées», entré en vigueur en 2005, répartit le pays en quatre pôles d'enseignement - Nord, Sud, Est et Centre - et dans chaque pôle, la meilleure coordination possible est recherchée entre les exigences fonctionnelles des lycées existants et des nouveaux lycées. Chaque pôle scolaire doit offrir la totalité des formations courantes.

En juillet 2007, le Conseil de Gouvernement a approuvé, sur proposition du Ministre des Travaux publics, la liste des avant-projets de loi relatifs à un certain nombre de projets pour lesquels la Chambre des Députés a par après autorisé l'imputation des dépenses pour frais d'études et des frais d'élaboration d'un avant-projet détaillé sur les moyens budgétaires du Ministère des Travaux publics en 2007/2008. Sur cette liste, le site de Clervaux a été retenu pour l'implantation d'un nouveau lycée.

Vu les développements ci-dessus j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Travaux publics:

- Quel est l'état d'avancement du projet d'un lycée au Nord du pays?

- Le Gouvernement a-t-il analysé le site de Clervaux en vue de la construction d'un nouveau lycée?

- Dans l'affirmative, le Gouvernement a-t-il déjà entamé des démarches afin de pouvoir acquérir des terrains éventuels respectivement mené des négociations avec les propriétaires concernés?

**Réponse** (14.2.2008) de **M. Claude Wiseler**, *Ministre des Travaux publics*:

Le projet du lycée de Clervaux a fait l'objet d'une étude préliminaire de la part de l'Administration des Bâtiments publics.

L'étude en question comporte trois chapitres consacrés respectivement à la constructibilité du terrain, au programme de construction et à l'enveloppe budgétaire.

Ladite étude a été soumise en date du 24 janvier 2008 pour un premier examen à la Commission d'analyse critique, ceci conformément à la nouvelle procédure adoptée par la Chambre des Députés.

Le projet fera maintenant l'objet de l'élaboration d'un APS (avant-projet sommaire) et d'un APD (avant-projet détaillé), le dernier servira de base à l'élaboration du projet de loi correspondant.

En ce qui concerne l'acquisition des terrains, il convient de noter que Monsieur le Ministre des Travaux publics, au vu des conclusions de l'étude d'évaluation précitée, a demandé au comité d'acquisition d'entamer les démarches nécessaires pour acheter en plus des terrains initialement prévus, les terrains adjacents supplémentaires.

**Question 2216** (10.1.2008) de **M. Xavier Bettel** (DP) concernant l'**incident technique d'une machine de la compagnie MK Airlines**:

Il me revient que suite à un incident technique apparu après le décollage d'une machine de la compagnie MK Airlines, l'avion en question a dû interrompre son vol en direction du Nigeria et retourner à l'Aéroport de Luxembourg.

La compagnie MK Airlines est connue pour les nombreux incidents techniques subis au cours des dernières années par sa flotte d'avions.

Dans ce contexte j'aimerais savoir poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Transports:

- Monsieur le Ministre peut-il me dire quelle est la fréquence des vols opérés par ladite compagnie à partir de notre aéroport?

- De combien d'incidents techniques, voire d'accidents impliquant la compagnie ses services ont-ils eu connaissance au cours des dernières quinze années?

- Quelles ont été les causes à l'origine de ces incidents et accidents?

- Quelles ont été les initiatives prises par les autorités luxembourgeoises pour empêcher la reproduction de tels incidents à l'avenir?

- Quelles sont notamment les mesures envisageables pour éviter que l'aéroport ou ses corridors d'approche et de décollage ne soient prochainement le théâtre d'une nouvelle déféction aux conséquences fatales?

**Réponse** (22.2.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre des Transports*:

Le 10 décembre dernier, peu de temps après son décollage de l'Aéroport de Luxembourg à destination d'Abuja, au Nigeria, le commandant de bord du vol MKA 813 de la compagnie MK Airlines effectuée sur un Boeing 747-200 cargo de ladite compagnie immatriculée au Royaume-Uni a pris la décision de faire demi-tour pour revenir se poser à Luxembourg, alors qu'il se trouvait à 6.000 m d'altitude, en raison d'une indication de surchauffe sur le circuit de dégivrage de la nacelle moteur numéro 3. Conformément aux procédures en vigueur le pilote a dû délester l'avion d'une partie de son carburant en vol à 5.500 m au-dessus des Vosges, afin d'éviter de se poser en surcharge par rapport à la masse maximale certifiée à l'atter-

rissage sur ce type d'avion long-courrier.

L'atterrissage a eu lieu 30 minutes plus tard sur la piste 24 à Luxembourg, avec le moteur n°3 au régime ralenti, mais non coupé, les paramètres de température étant revenus dans les limites. Les services de sécurité de l'aéroport ont été mis en alerte mais n'ont pas eu à intervenir.

Créée en 1990 au Ghana, la compagnie MK Airlines opère exclusivement des vols cargos essentiellement entre l'Afrique et l'Europe, en particulier sur Ostende-Bruges, sa base principale, Luxembourg et Manston, dans le Kent. Ayant dû faire face à plusieurs accidents dont un ayant fait sept morts au décollage de Halifax au Canada, le 14 octobre 2004, et qui avait mis en évidence de sérieux problèmes de sécurité dans la compagnie, la direction a décidé de recentrer le cœur de ses opérations sur le Royaume-Uni avec le siège social à Hartfield dans le West-Sussex. Depuis septembre 2006, les vols sur l'Europe sont opérés dans le cadre d'un AOC (Certificat de transporteur aérien) de classe A délivré par les autorités de l'aviation civile du Royaume-Uni selon les dispositions applicables à toutes les compagnies exploitant des avions pouvant transporter plus de vingt passagers. La flotte MK Airlines pour l'Europe est composée de huit Boeing 747-200 cargos, tous immatriculés au Royaume-Uni et qui font l'objet d'un suivi de navigabilité conforme aux exigences européennes sous la supervision des autorités britanniques.

Le programme des vols à destination de l'Aéroport de Luxembourg fait l'objet d'une approbation mensuelle par la Direction de l'Aviation Civile avec, en moyenne, environ 100 atterrissages et 100 décollages par mois.

Depuis sa création, en novembre 1990, la compagnie MK Airlines a eu quatre accidents ou incidents graves, dont trois, en 1992, 1996 et 2001, au Nigeria, ayant fait au total une seule victime, et le dernier, en octobre 2004, sans aucun survivant, à Halifax. Depuis cette date et surtout depuis le transfert de l'AOC, des avions et des pilotes sous la supervision des autorités britanniques, la compagnie n'a plus eu d'accident ni d'incident grave. Lors des trois premiers accidents, l'avion a heurté le sol avant la piste, essentiellement en raison de l'absence d'un système de guidage aux instruments sur les aéroports desservis au Nigeria. L'enquête sur l'accident de Halifax en 2004 a mis en évidence que l'équipage n'avait pas corrigé dans le système informatique la masse du fret embarqué lors de l'escale (53 t), ce qui a conduit à l'utilisation de paramètres de pousser des réacteurs et de vitesses de décollage trop faibles. Le décollage ayant eu lieu de nuit, l'équipage ne s'est pas rendu compte de ses erreurs et l'avion a touché de la queue le sol ce qui a provoqué un incendie. À la suite de cet accident, l'équipe dirigeante a été profondément remaniée pour pouvoir obtenir un AGe britannique.

Néanmoins, en tant que compagnie opérant à la fois sur l'Afrique et sur l'Europe, MK Airlines continue de faire l'objet d'inspections régulières, en particulier dans le cadre du programme SAFA (Safety Assessment of Foreign Aircraft) conduit sur tous les aéroports européens sous l'égide de la Commission européenne. En 2006 et 2007, la compagnie a été contrôlée au moins tous les deux mois par plusieurs États et n'a pas révélé de manquement grave aux règles de sécurité. En fonction des informations reçues de la part des autres autorités, la Direction de l'Aviation

Civile a maintenu un rythme d'une inspection tous les deux mois en ce qui concerne MK Airlines, à l'arrivée ou au départ de l'Aéroport de Luxembourg.

Il faut toutefois préciser que, dans le cas de l'incident du 10 décembre 2007, toutes les procédures ont été scrupuleusement respectées et la sécurité n'a pas été mise en cause.

Tout en continuant de renforcer ses effectifs avec des personnels qualifiés et expérimentés, afin de respecter intégralement ses engagements internationaux et notamment européens en matière de certification et de supervision de la sécurité de l'aviation civile, tant vis-à-vis des opérateurs luxembourgeois que des compagnies étrangères desservant l'Aéroport de Luxembourg, la Direction de l'Aviation Civile a recruté et forme parallèlement un certain nombre d'inspecteurs susceptibles de détecter les manquements par rapport à la réglementation internationale qui contribuent à mettre en place le dispositif d'interdiction des compagnies «dangereuses» sur les aéroports de l'Union européenne, baptisé «Liste noire». Dans le même temps, la Direction de l'Aviation Civile est régulièrement auditée (six audits tous domaines confondus sur les douze derniers mois) par l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale et par l'Agence Européenne de la Sécurité Aérienne, afin de détecter d'éventuels manquements ou carences en matière de supervision de la sécurité de l'aviation civile. La Direction de l'Aviation Civile s'est ainsi engagée dans une démarche qualité et un processus d'amélioration continue visant à garantir un haut niveau de sécurité et une efficacité propres à favoriser le développement harmonieux de l'aviation civile et du transport aérien au Luxembourg.

**Question 2220** (11.1.2008) de **M. Charles Goerens (DP)** concernant les **éleveurs de porcs luxembourgeois**:

Récemment les éleveurs de porcs luxembourgeois ont déclaré dans un communiqué de presse que leur situation s'était aggravée considérablement ces derniers temps suite à une situation de concurrence accrue sur le marché et une dégradation consécutive des prix de la viande de porc.

Au vu de ce qui précède, j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural:

- Monsieur le Ministre peut-il me dire si le Gouvernement a déjà prévu des initiatives afin de soutenir les éleveurs de porcs luxembourgeois? Dans l'affirmative, de quelles mesures s'agit-il concrètement?

- Quel est l'avis de Monsieur le Ministre quant aux modèles instaurés en Grande-Bretagne et en Suède où des supermarchés soutiennent les éleveurs de porcs régionaux en achetant leurs produits à un prix supérieur à celui du prix de marché. Monsieur le Ministre pense-t-il qu'un tel modèle serait envisageable au Luxembourg et, le cas échéant, sous l'impulsion du Ministère de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural?

**Réponse** (19.2.2008) de **M. Fernand Boden, Ministre de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural**:

Comme le relève à juste titre l'honorable Député, le secteur de la production de viande porcine se trouve actuellement confronté à

une situation de marché difficile et ce pour le double motif suivant.

D'une part, suite à une extension de la production au niveau de l'Union européenne, les prix payés aux producteurs ont fortement diminué en 2007. À noter que cette évolution s'inscrit dans le cadre des variations cycliques des prix de la viande porcine et fait suite à des augmentations de prix notées au cours de la période 2004-2006.

D'autre part, l'évolution des cours des céréales a sensiblement augmenté les prix des aliments pour animaux et cette augmentation impacte fortement les coûts de production des élevages porcins sans pouvoir être répercutée dans le prix de vente.

Ceci dit, je voudrais souligner que le Gouvernement a fait réaliser récemment une étude sur le secteur de la viande, incluant donc la filière porcine et qui comporte une analyse de toute la chaîne alimentaire de la production à la consommation et englobe tous les acteurs au niveau de la transformation et de la commercialisation des produits viandeux. Cette étude, qui a été présentée à tous les acteurs du secteur en novembre 2007, a notamment démontré que l'amélioration de la situation du secteur de la viande passe par la création d'un «Marketing Board» traitant toutes les questions en relation avec la production, la transformation et la commercialisation et mettant en relation étroite tous les acteurs de la chaîne viandeuse. C'est précisément ce modèle qui est pratiqué en Grande-Bretagne et en Suède, où les acteurs de la chaîne se concertent pour fixer la qualité et les prix des produits viandeux.

La Chambre d'agriculture, la société coopérative Convis et le groupement des producteurs porcins Cochy travaillent actuellement à la mise en place d'un tel «Marketing Board». Le Ministère de l'Agriculture avec les administrations concernées ne manquera pas d'accompagner et de soutenir le Marketing Board dans ses démarches.

**Question 2223** (14.1.2008) de **M. Camille Gira (DÉI GRÉNG)** concernant le **phénomène du «Tanktourismus»:**

Les discussions autour du protocole de Kyoto et les engagements du Luxembourg ne cessent de se concentrer sur les émissions en relation avec le phénomène dit «Tanktourismus». Or, outre les influences sur notre bilan des émissions de CO<sub>2</sub> et sur les recettes du budget de l'État, le phénomène «Tanktourismus» a certainement encore d'autres effets notamment sur la qualité de l'air avec des conséquences pour la santé humaine, l'écosystème ou encore pour les constructions. En plus, le surplus de circulation entraîne inévitablement des dépenses en relation avec l'infrastructure routière, les services publics y relatifs, etc. sans oublier les accidents routiers. Économiquement ce phénomène a certainement une influence sur le marché de l'emploi et le PIB. Afin de mener la discussion autour de ce phénomène dans un cadre objectif, il est indispensable de pouvoir chiffrer ou évaluer les effets susmentionnés.

Dans ce contexte la Chambre avait adopté le 23 février 2005 une motion (I-2004-O-M-0417-01(253)) invitant le Gouvernement à faire une étude d'évaluation sur les conséquences économiques, écologiques et financières du phénomène «Tanktourismus» et à élaborer une stratégie concrète permettant de freiner la consommation de carburants d'ici 2012.

Les mesures du 1<sup>er</sup> plan d'action en vue de la réduction des émissions de CO<sub>2</sub> mises en œuvre et notamment la contribution spéciale Kyoto

moyennant un prélèvement progressif du taux des accises sur les carburants routiers, touchent certains aspects de cette étude notamment les recettes fiscales du «Tanktourismus».

Au vu de ce qui précède, j'aimerais poser, conformément à notre règlement interne, les questions suivantes à Monsieur Lucien Lux, Ministre de l'Environnement:

- Est-ce que tous les aspects mentionnés au premier alinéa en relation avec le phénomène «Tanktourismus», notamment en ce qui concerne les frais engendrés, ont été étudiés?

- Dans l'affirmative, quels sont les résultats de cette étude? Est-ce que Monsieur le Ministre est d'accord de présenter cette étude devant la Commission de l'Environnement?

- Quelles répercussions a eu la contribution spéciale Kyoto sur la vente de carburants et le phénomène «Tanktourismus»?

**Réponse** (21.2.2008) de **M. Lucien Lux, Ministre de l'Environnement**:

En réponse à la question parlementaire de l'honorable Député, Monsieur Camille Gira, je tiens à préciser que, lors des travaux préparatoires au 2<sup>e</sup> plan national d'allocation de quotas d'émissions de gaz à effet de serre, le Gouvernement a étudié et discuté en détail avec l'ensemble des acteurs concernés les impacts directs de l'exportation de carburants en termes de recettes du budget de l'État.

Il convient néanmoins de rappeler que le Luxembourg, en raison de sa situation géographique et de son réseau autoroutier, est un pays de transit, ce qui a indéniablement un effet sur le volume du trafic au Luxembourg. Ainsi, la grande majorité des véhicules traversant le Grand-Duché parcourraient notre pays même s'ils ne s'y approvisionnaient pas en carburant. Il en vaut de même pour les frontaliers, dont la majorité se rend à son lieu de travail en voiture et qui ne font pas non plus des détours pour la simple raison de profiter du carburant bon marché. Seule une petite fraction des carburants exportés est attribuée au phénomène du «tourisme à la pompe» au sens strict du terme, i.e. à des automobilistes qui se déplacent spécialement au Luxembourg pour y acheter entre autres du carburant. Les nuisances et frais engendrés pouvant être attribués directement à l'exportation de carburants se limitent donc en principe à ces courses supplémentaires.

Il s'avère que les impacts économiques, écologiques et financiers mentionnés par l'honorable Député sont difficilement quantifiables.

En dehors des prix des carburants - ce qui inclut les taxes et accises - un grand nombre d'autres facteurs a ainsi une influence sur la demande en carburants au Luxembourg. Il s'agit entre autres de la croissance du trafic international, de l'augmentation de la population et du nombre de frontaliers, du progrès technologique, et évidemment des prix dans nos trois pays voisins. Le poids de ces nombreux facteurs ne peut pas être quantifié de façon précise.

Qui plus est, les modèles de calcul appliqués pour les grandes économies, peu exposées à des facteurs externes, ne se laissent pas transposer à des pays comme le Luxembourg dont l'économie est petite et ouverte. Vu ces difficultés, les impacts mentionnés ci-dessus n'ont pas pu faire l'objet d'une étude approfondie à ce stade.

Quant aux répercussions de la contribution au changement climatique sur la vente de carburants, elles ne pourront être évaluées que d'ici une année, car le relèvement supplémentaire de 1,25 cent du taux des accises sur le diesel n'a été opéré qu'au 1<sup>er</sup> janvier 2008.

On peut néanmoins déjà affirmer que les hausses opérées au 1<sup>er</sup> janvier 2007 (2 cent/litre essence; 1,25 cent/litre diesel) ont provoqué une stabilisation voire un très léger recul des ventes.

**Question 2224** (14.1.2008) de **M. Camille Gira (DÉI GRÉNG)** concernant le **projet d'établissement d'un centre commercial à Wickrange**:

La zone d'activité à Wickrange et le projet récent du centre commercial qui y est prévu ont fait couler beaucoup d'encre en 2007. Selon mes informations, l'autorisation ministérielle pour l'extension de la zone, fut donnée à condition que les activités futures sur la nouvelle zone aient un lien direct avec la firme déjà établie sur le site limitrophe. Or, le projet actuel - à savoir le centre commercial pour entre autres articles de mode - n'est plus en relation directe avec les activités de base de la firme précitée qui se situent dans le domaine de la construction.

En relation avec ce qui précède, j'aimerais poser, conformément à notre règlement interne, les questions suivantes à Monsieur Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire:

- Est-ce que nos informations en relation avec l'autorisation d'extension de cette zone d'activité sont correctes?

- Si oui, quelles sont les conséquences pour l'évolution future dans ce dossier?

**Réponse** (14.2.2008) de **M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire**:

En vue d'exposer le plus clairement la situation actuelle, je tiens à faire un bref rappel des faits:

En 1999 la commission d'aménagement s'est vue adresser une demande d'extension du périmètre d'agglomération de la commune de Reckange-sur-Mess, ainsi qu'un projet d'aménagement particulier couvrant les fonds visés par la demande d'extension du périmètre d'agglomération.

Les pièces versées en cause ne laissent aucun doute quant à l'objet du dossier ainsi introduit, à savoir permettre au propriétaire des fonds concernés la construction d'un hall de stockage, lequel avait effectivement un lien direct avec la société établie sur le site limitrophe.

En date du 13 avril 1999, le conseil communal de Reckange-sur-Mess a adopté provisoirement le projet de modification du plan d'aménagement général de la commune de Reckange-sur-Mess et le projet d'aménagement particulier. Le vote définitif a eu lieu en date du 14 décembre de la même année.

En date du 4 février 2000, le Ministre de l'Intérieur a approuvé le projet d'extension du périmètre d'agglomération, ainsi que le plan d'aménagement particulier, sans pour autant émettre de condition explicite relative aux activités futures sur les fonds concernés.

Force est d'abord de constater que le Ministre de l'Intérieur en tant qu'autorité de tutelle des communes ne peut rien ajouter, ni retrancher à la décision soumise à son contrôle de sorte qu'il n'a pu que procéder à une approbation pure et simple de la décision du conseil communal qui lui été soumis. Comme la tutelle administrative ne permet pas au Ministre de l'Intérieur de s'immiscer dans la gestion des communes et de substituer sa propre décision à celle des autorités communales, il n'a dès lors pas pu émettre de condition relative aux activités futures sur le site concerné.

Il n'en reste pas moins que le Ministre de l'Intérieur a approuvé tant

le projet de modification du plan d'aménagement général de la commune de Reckange-sur-Mess, que le projet d'aménagement particulier couvrant les fonds concernés par l'extension.

Le plan d'aménagement particulier renvoie sans équivoque sur l'implantation des constructions projetées, leur emprise au sol et leurs prescriptions dimensionnelles, l'aménagement des espaces verts, de même que sur la forme de la toiture. Le dossier approuvé tant par les autorités communales que par le Ministre de l'Intérieur contient encore un plan de situation et de coupes.

Bien que ledit plan d'aménagement particulier n'ait jamais été réalisé, il n'en reste pas moins qu'il est toujours en vigueur et couvre une partie des fonds sur lesquels le centre commercial est projeté.

Il va sans dire que projet de construction actuellement prévu ne correspond pas au plan d'aménagement particulier approuvé en date du 4 février 2000, de sorte qu'à l'heure actuelle, aucune autorisation de construire ne peut être délivré en vue de la réalisation du centre commercial.

Ainsi, et avant tout progrès en cause, il appartiendra dès lors au propriétaire des fonds d'entamer une procédure de modification du plan d'aménagement particulier en vue de procéder à son abrogation.

Par courrier du 20 décembre 2007, j'ai d'ailleurs clairement exposé la situation à Monsieur le Bourgmestre, lequel m'a certifié par la suite qu'il inviterait le propriétaire des fonds d'entamer une procédure de modification du plan d'aménagement particulier.

Si ledit plan d'aménagement particulier serait effectivement abrogé, il appartiendra à Monsieur le Bourgmestre de la commune de Reckange-sur-Mess de décider s'il délivre une autorisation de construire en vue de la réalisation du centre commercial, lequel devra en tout état de cause être en tous points conforme au plan d'aménagement général.

À ce moment, toute personne intéressée sera libre d'exploiter les voies de recours dont elle dispose.

**Question 2226** (14.1.2008) de **M. Aly Jaerling (Indépendant)** concernant le **reclassement des salariés du site de l'aciérie ArcelorMittal de Gandrange (France)**:

De Verwaltungsrot vun der Stolgrupp ArcelorMittal huet d'Schleisung vun hirem Site zu Gandrange a Frankräich bestäegt an domadder och d'Oschaft vun 700 Aarbechtsplassen.

D'franzéisesch Gesetzgebung gesäit vir, datt wann eng multinational Gesellschaft Produktiounssitté suppriméiert an Aarbechtsplassen ofschaft, déi Salariéën, déi betraff sinn, an anere vun hire Wierker muss beschäftegen.

Wéi eng Mëtteleisestrooss vun ArcelorMittal am noe Frankräich zougemaaht hat, ware schon déi betraffen 250 Beschäftegt op d'Mëtteleisestrooss op ARBED-Belval iwwerwiese ginn. Dëst ass deemno och an dësem Fall méiglech.

Kënnen déi zoustänneg Ministere mer duerfir folgend Froe beäntwerthen:

- 1) Ass et méiglech oder souguer scho virgesinn, datt déi entloosse Leit vu Gandrange respektiv en Deel vun hinnen op Lëtzebuerg Site vun ArcelorMittal beschäftegt ginn?
- 2) Wéi sou kënnen gesetzlech Bestëmmungen aus Frankräich eis Beschäftegungspolitik dominéieren oder gëtt et an dem Kontext europäesch Direktiven?
- 3) Hunn iwwerhaupt nach Leit, déi bei eiser ADEM ageschriwwen sinn,

eng Chance fir en Job bei ArcelorMittal ze kréien?

**Réponse commune** (1.2.2008) de **M. François Biltgen**, *Ministre du Travail et de l'Emploi* et de **M. Jeannot Krecké**, *Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur*:

Zur éischer Fro verweisen ech den Här Deputéierten op d'Antwort vum Här Wirtschaftsminister vu virun e puer Deeg op seng eege parlamentaresch Ufro N°2219 (*cf. compte rendu N°7/2007-2008*). An dëser Antwort sinn all Elementer dran, déi och am Kader vun der éischer Fro an dëser parlamentarischer Ufro wichteg sinn.

D'Aarbechtsrecht ass territorial applikabel. Dat heescht, datt op franséischem Territoire franséisch Aarbechtsrecht unzuwenden ass, ëmsou méi vill arbeitsrechtlech Dispositiounen «d'ordre public» sinn. Dat wëllt also soen, datt all Situatiounen, déi op dem Territoire vun engem Land entstinn, wéi hei d'Fermeture vun engem Stolwierk, am Beräich vum Aarbechtsrecht ënnert d'Recht vun dësem Land fallen. Et ass also normal, datt hei déi franséisch Gesetzer iwwert d'Schléissung vu Siten duerch multinationalen Gesellschaften unzuwenden sinn. Dat bedeit, datt ArcelorMittal kucke muss déi Leit an anere Siten ënnerdach ze kréien, egal wou dës Sittë leien. Dat sinn iwwerengs ganz ähnlech Dispositiounen wéi bei eis am Kader vum «plan de maintien dans l'emploi» oder och am Kader vum «plan social», wou fir d'éischt muss gekuckt gi fir Entloossungen ze verhënneren, ënner anerem duerch d'Affektatioun vun de Beschäftigten op aner Plazen.

Dat heescht jo absolut net, datt hei franséisch Beschäftigungspolitik prioritär zur Lëtzebuurger Beschäftigungspolitik ass, wéi den Här Deputéierte fälschlecherweis undeit. Dat grenziwwerschreidend Element kënnt hei nëmmen dran, well de Betrieb ënner anerem d'Méiglechkeet huet, seng Leit op engem Site net wäit vu Gandrange ënnerdach ze kréien. Dat misst den Här Deputéierten eigentlech appreciéieren, well heiderch an der Groussregioun massiv Entloossunge verhënnert kënne ginn.

Déi europäesch Direktiven, déi hei mindestens mussen agehalen ginn, sinn déi iwwer kollektiv Entloossungen an och iwwer Betriebs-iwwergang.

D'ADEM ass a permanentem Kontakt mat ArcelorMittal. Sou huet de Betrieb 2007 58 vakant Plaze gemellt, fir déi Ateliere mat Chomeure stattfont hunn. Fir jidderee vun dësen Ateliere waren 30 Leit ouni Aarbecht selektionéiert ginn. 19 Chomeure sinn dunn an ArcelorMittal vermëttelt ginn. Doniewert huet de Betrieb 97 Leit agestallt, déi bei WSA, TDK, Technicolor a Villeroy hir Plaz verluer hunn. Iwwer 100 Leit vum Lëtzebuurger Aarbechtsmaart sinn also bei ArcelorMittal ënnerdach komm. D'Zuel vun de vakante Postë bei ArcelorMittal ass net erofgaangen. Den nächsten Atelier mat Chomeuren ass den 29. Januar. Am Prinzip ass iwwerengs fir dësse Betrieb een esou een Atelier pro Mount. Beim Recrutement vun de Chomeure spillt natierlech - wéi dat souwiesou de Fall ass, och ouni déi aktuell Evenementer -, d'Qualifikatioun vun den disponiblen Leit par rapport zu den ze besetzende Plazen a par rapport zu de Qualifikatiounen, déi aner Leit hunn, déi sech fir dës Plaze bewerben, déi entscheidend Roll.

**Question 2227** (14.1.2008) de **M. Robert Mehlen** (ADR) concernant la **réduction des émissions de CO<sub>2</sub> par un mode de conduite économe**:

Den Autosverkäier ass fir Lëtzebuerg eng vun de gréisste Quelle vum CO<sub>2</sub>-Ausstouss. Et ass evident, datt et duerfir an dësem Sec-

teur grous Potenzial gëtt, fir de Verbrauch vu fossilen Energieträger, dat heescht vu Bensin an Diesel an domat och den Ausstouss vun CO<sub>2</sub> ze reduzéieren. Nieft dem Bau vu Motoren mat engem spezifesch niddrege Verbrauch ass virun allem d'Aart a Weis wéi gefuer gëtt entscheidend fir den Duerchschnittsverbrauch. Bei entsprechehenden Tester am Ausland ass festgestallt ginn, datt am Schnëtt bis zu 2 Liter op 100 Kilometer duerch eng spuersam Fuerweis kuerzfristeg kënne gespuert ginn, wat eng enorm Reduzéierung (ouni grous technesch Innovation) duerstellt. Duerfir géif ech lech, Här Minister, gären dës Fro stellen:

1. Gehéiert dës Volet fir lech zur nationaler CO<sub>2</sub>-Reduktiounsstrategie, a wa jo, wat fir eng Bedeutung huet hie fir lech?

2. Wann Dir hei e bedeitend Reduktiounspotenzial gesitt, wat fir Mesurë wëllt Dir an d'Wee leeden, fir op dësem Gebitt zu konkrete Resultater ze kommen?

3. Wäer et - ënner anerem - net wichteg, fir besonnesch bei dem Führerschäinapprentissage och e Volet «spuersam Fueren» mat ze enseignéieren? Sinn eventuell scho konkret Schrëtt an déi Richtung an d'Wee geleet?

4. Wat haalt Dir vun der Iddi, fir bei Autoen, déi eng elektronesch Verbrauchsmessung hunn, bei engem entsprechechend niddrege Duerchschnittsverbrauch eng Reduktioun op der Autosteier zouzegeue an domat en zousätzlechen Ureiz fir e spuersaamt Fueren ze schafen?

**Réponse** (20.2.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre de l'Environnement*:

1. Op déi 1. Fro vum honorablen Deputéierten Robert Mehlen ass d'Antwort ganz kloer jo. D'Sensibiliséierung zu engem méi spuersamer Fuerweis ass e wichtegen Aspekt deen, niwint dem Ureiz fir méi spuersam Autoen a selbstverständlech weideren Efforte fir den öffentliche Transport auszubauen an ze verbessern, onerlässlech ass fir den CO<sub>2</sub>-Ausstouss aus dem Transportsektor ze reduzéieren.

2. Viru sechs Méint hunn ech meng Servicer ugewise sech emol am Ausland e geneet Bild iwwert de Sujet vun der «Conduite écologique» ze maachen, fir ze kucke wéi een hei zu Lëtzebuerg eng méi ökologesch Fuerweis kéint promovéieren.

Op Grund vun den Erkenntnisser, déi mir op internationale Konferenzen zu Paräis op dem internationalen Transport Forum an zu München am Kader vun engem Workshop zum Thema «Ecodriving» gesammelt hunn, hunn ech verschidde Mesuren zu deem Sujet an d'Wee geleed gelooss.

Wat dat not Ausland ugeet, sou si virun allem ons hollännesch Nooperen ee Virreider a Saachen «Conduite écologique». Mat verschidde Publicitéitscampagnen a mat einfache Recommandatiounen, hu si probéiert d'Bierger iwwert de Potenzial vun engem méi ökologeschen an ekonomeschen Fuerweis opzklären. Dobäi hu si och op d'Virdeeler a punkto Verkäierssicherheit higewisen, déi sech duerch eng anticipativ Fuerweis opdoen.

Ausserdem erlaben ech mir fir lech ze informéieren, datt den Transportministère zesumme mat der staatlecher Verkäierskommissioun den 8. Mee 2008 ee Séminaire speziell zum Thema «Conduite écologique» wäert organiséieren.

Dës Séminaire soll deene verschiddenen involvéierten Acteuren grad wéi dem breede Public een Iwwerbléck iwwert d'Virdeeler vun der «Conduite écologique» ginn a gläichzäiteg d'Bierger fir de Sujet sensibiliséieren.

Doriwwer eraus soll och déi nächste «Semaine de la Mobilité», déi am September stattfënnt, ganz am

Zeeche vun der ökologeschen Fuerweis stoen. Och hei sinn déi éischt Gesprecher an Organisationsaarbechten ugelaft. Nëmmen andeems mir ons mat enger Villzuel vun concernéierten Acteuren zesummesetzen, kënne mir bei engem Maximum vun de Bierger een Emdenken errechen.

Dofir sinn ech der Meenung, datt mir duerch déi genannten Initiativen éischt konkret Resultater um Gebitt vun der «Conduite écologique» kënnen erzielen. Gläichzäiteg sinn ech mer awer bewosst, dat déi Mesuren alleng net wäerten duergoen a mir nach weider Efforten ënnerhuele mussen.

3. Aus dem Grund hunn ech meng Servicer ugewise ze analyséieren wéi een de Volet vun der «Conduite écologique» kann an den Apprentissage vun Führerschäin, souwuel an d'Theorie, wéi och an d'Praxis, mat affléisse ka loosser. Et ass kee Geheimnis, dat eng Refonte vum Apprentissage net nëmmen noutwendig, mä och opwendeg ass. Den Aarbechtsgrupp, dee sech mat der Refonte beschäftegt, huet schonns mat der Aarbecht ugelaangen. Ech hu Wëlles, datt de Volet vum spuersam Fueren als moyen terme ee Pilier vun eiser Führerschäinbildung gëtt.

Et soll een awer och net vergiesse, dat elo schonns am Kader vum theoreteschen Examen eng Partie vu Froe sech op eng méi spuersam Fuerweis bezéien. Mä vir och der Importenz vun der «Conduite écologique» Rechnung ze droen, soll een extrat Kapitel dozou am nächste Code de la Route populaire erschéngen.

Gläichzäiteg hunn ech d'Examinatore ugewise, sech am Ausland an der Technik vun der «Conduite écologique» forméieren ze loosse. Si wäerten déiselwech Formationen absolvéieren, wéi d'Fahrlehrer, déi och schonns hir Bereetschaft ugekënnegt hu fir sech dem Sujet unzehuelen.

Fir awer och dem Bierger d'Geleeënheet ze bidden fir sech elo schonns mat der Technik vun der «Conduite écologique» vertraut ze maachen, hunn ech mam Direkter vum Centre de Formation pour Conducteurs ofgemaach fir esou Formationen an Zukunft op hirem Site zu Colmar-Berg unzebidden, woubäi déi genee Detailler dovunner awer nach ze kläre bleiwen.

Als weidere konkrete Schrëtt wëll ech nach erwähnen, datt an der Formation vun de professionelle Chauffieren, déi ab September 2008 fir Bus-, an ab September 2009 fir Camionschauffieren obligatoresch gëtt, d'«Conduite écologique» ee wesentleche Bestandteil wäert sinn. Besonnesch bei der Kategorie vun de Poids lourds ass den Aspuerpotenzial vu Bensin respektiv Diesel, a sou mat och vun Emissiounen, héich.

4. Ofschléissend wollt ech bemierken, datt menger Ansicht no eng elektronesch Verbrauchsmessung zwar e sënnavollt Instrument ass fir den Automobilist op seng méi oder manner spuersam Fuerweis opmierksam ze maachen, anerersäits awer keng valable Basis duerstellt, fir eventuell Reduktiounen op der Autosteier zouzegeue.

**Question 2228** (14.1.2008) de **M. Robert Mehlen** (ADR) concernant la **lutte contre le gui dans les vergers**:

An der aktueller Naturschutz- a Biodiversitéitspolitik vun der Regierung spillt d'Erhale vun den traditionellen Uebstbongerten eng wichteg Roll. D'Fleeg an den Ënnerhalt vun dësen Bongerten ass an deene leschte Joren aus ekonomescher Grënn leider ëmmer méi vernoléisst ginn. Eng vun de Saiten dovun ass, datt de planzeleche Schmarotzer «Mëspelt» (Viscum album) sech onheemlech op den Uebstbeem breetgemaach huet a

kuerzfristeg déi gréisst Gefor fir eis Uebstbongerten duerstelt.

Well d'Bekämpfung respektiv d'Ewechmaache vum Mëspelt awer enorm arbeitsintensiv ass an déi wéinegst Propriétaires Zäit hunn, fir sech domat ze ameséieren, sinn eis Bongerte gréisstendeels zum Doud veruerteelt, wann net ganz séier an engesgesch géint dës Schmarotzer virgaange gëtt. Niewelaanscht sief bemierkt, datt een ëmmer méi Mëspelt och op anere Bamzorte gesäit, wou es fréier kaum ze gesi war. Virun dësem Hannergrond wollt ech lech, Här Minister, dës Fro stellen:

1. Ass dës Situatioun lech bekannt, a wéi gesitt Dir dës Problem?

2. Sidd Dir gewëllt an dëser Fro mat Determinatioun eppes ze ënnerhuelen oder mengt Dir éier, et sollt een der Natur hire fräie Laf loosser?

3. Wann Dir gewëllt sidd géint d'Iwwerhandhuele vum Mëspelt virzegeen, wéi gesäit déi betreffend Strategie aus?

**Réponse** (20.2.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre de l'Environnement*:

Les vergers à haute tige représentent un élément caractéristique de nos paysages et constituent des biotopes d'une diversité animale et végétale d'une importance particulière pour nos régions. Suite à une perte de rentabilité de l'exploitation des vergers par rapport à d'autres utilisations des sols, notamment l'agriculture, la construction de logements, l'aménagement de zones d'activité etc., la superficie totale des vergers a diminué fortement au cours des trente dernières années, comme en témoignent les résultats du monitoring paysagers, réalisés pour le compte du Ministère de l'Environnement et présenté en 2006. En effet, entre 1962 et 1999, les vergers ont diminué de plus de 58% en surface. En parallèle, l'abandon progressif de l'entretien des vergers, dû notamment à des changements des habitudes alimentaires du consommateur, fait que les vergers subsistants encourent un vieillissement et une dégradation inévitables.

La propagation du gui est la conséquence logique de cette évolution et la lutte contre le gui doit s'inscrire d'une part dans les efforts proactifs de préservation et de gestion des vergers ainsi que dans le cadre d'une valorisation des produits issus des vergers sur le territoire national.

La plantation, la préservation et la gestion de vergers sont subventionnés à travers le règlement Grand-ducal du 22 mars 2002 instituant un ensemble de régimes d'aides pour la sauvegarde de la diversité biologique et le règlement grand-ducal du 22 octobre 1990 concernant les aides pour l'amélioration de l'environnement naturel. Un projet de règlement grand-ducal modifiant le règlement grand-ducal du 22 octobre 1990 est actuellement en cours de procédure visant notamment une adaptation des subsides visant la plantation de vergers. À noter également que les vergers font partie intégrante des biotopes répertoriés dans le cadre du cadastre des biotopes, prévu par le Plan national concernant la protection de la nature.

La valorisation des produits issus des vergers est assurée à travers de nombreux projets, dont l'initiative «Bongert» mise en œuvre dans le cadre du programme Leader dans les régions du Müllertal et de la Moselle. Les bienfaits pour l'homme et la nature des produits des vergers fera partie intégrante d'une campagne de sensibilisation en faveur de la préservation de la biodiversité et qui sera lancée au deuxième trimestre 2008 dans le cadre de l'initiative «Countdown 2010», visant à enrayer la perte de la diversité biologique d'ici 2010.

**Question 2233** (16.1.2008) de **M. Marcel Oberweis** (CSV) concernant les **pesticides**:

L'article «Les pesticides favorisent l'asthme chez les agricultrices» paru dans le quotidien «Le Monde» du 10 janvier 2008 évoque que le contact avec les pesticides au cours des travaux agricoles augmenterait le risque d'asthme d'origine allergique chez les personnes travaillant dans les exploitations agricoles.

Cet article se réfère à l'étude publiée de l'«American Journal of Respiratory and Critical Care Medicine». L'étude en question élabore par une équipe américaine dirigée par Jane Hoppin de l'Institut national des sciences de la santé environnementale met en lumière un lien entre le fait d'employer des pesticides et la survenue de cette affection.

Les auteurs concluent que l'exposition précoce aux pesticides dans les exploitations agricoles module le risque d'asthme allergique. Le risque est même majoré de près de 50% chez les femmes appliquant ou mélangeant les pesticides. D'après ce qui précède, j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de la Santé:

- Est-ce que le Ministère a connaissance de cette étude?

- Dans l'affirmative, quelles sont les premières conclusions à tirer en vue de protéger au mieux les agriculteurs des effets si nuisibles des pesticides?

**Réponse** (14.2.2008) de **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*:

L'étude dont fait référence l'honorable Député s'intitule «Pesticides and Atopic and Nonatopic Asthma among Farm Women in the Agricultural Health Study» et a été publiée dans l'«American Journal of Respiratory Critical Case Medicine 2008; 177:11-18».

L'objectif de l'étude était d'évaluer l'exposition professionnelle aux pesticides comme facteur de risque de l'asthme chez l'adulte de sexe féminin.

L'étude a mis en évidence que le fait de passer son enfance dans une exploitation agricole confère une certaine protection contre l'asthme allergique et, à un degré moindre, contre l'asthme non allergique. En effet, sur l'ensemble des 25.814 femmes incluses dans l'étude, le taux de prévalence d'asthme allergique le plus faible a été constaté chez les agricultrices n'appliquant jamais de pesticides.

Par contre la prévalence d'asthme allergique a été trouvée par l'étude plus élevée chez les agricultrices employant des pesticides que dans la population normale de référence. Cette constatation ne s'est cependant pas vérifiée pour l'asthme non allergique.

L'étude a porté sur 16 insecticides, 11 herbicides et quatre fongicides. Elle a révélé que ce sont surtout les organophosphorés qui engendrent une hyperréactivité bronchique. Cinq des produits considérés dans l'étude sont constitués d'organophosphorés. Or il s'avère que, conformément aux dispositions communautaires en la matière, appliquée au Luxembourg, quatre de ces produits sont interdits d'application et de vente au Luxembourg depuis le 1<sup>er</sup> septembre 2006, et cela tant à usage ménager qu'à usage agricole.

L'interdiction pour le cinquième de ces produits sera d'application à partir du 22 août 2008.

**Question 2234** (17.1.2008) de **M. Ben Fayot** (LSAP) concernant l'avis favorable de l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA) pour l'autorisation du maïs MON 810 en UE:

La France vient d'activer la clause de sauvegarde sur le maïs Monsanto 810, permettant d'interdire provisoirement la culture de cet organisme génétiquement modifié (OGM) autorisé par Bruxelles. Elle rejoint ainsi l'Autriche et la Hongrie, qui ont pris des mesures de sauvegarde contre le même maïs en invoquant la protection de l'environnement et l'impact du maïs MON 810 sur certaines espèces de papillons.

Pour justifier sa décision, la France fait état d'éléments scientifiques nouveaux qui concernent la pollinisation croisée entre les cultures et les effets sur la faune. Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre:

- Monsieur le Ministre a-t-il connaissance des conclusions des études scientifiques récentes sur lesquelles le Gouvernement français base sa décision?

- Comment Monsieur le Ministre explique-t-il que l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA) ait donné un avis favorable pour autoriser le maïs MON 810 en Union européenne, tandis que des études scientifiques de trois pays membres de l'Union en viennent à la conclusion que cette culture représente un risque environnemental?

- Quelle est la position du Gouvernement luxembourgeois face à la décision française?

**Réponse** (19.2.2008) de **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*:

Mes services ont connaissance de l'avis sur lequel les autorités françaises se sont basées pour invoquer la clause de sauvegarde et interdire provisoirement la culture du maïs MON 810. Cette étude peut être consultée sur le site du Ministère de l'Écologie de Développement et de l'Aménagement durables (<http://www.developpement-durable.gouv.fr>).

En relation avec la publication de plusieurs faits scientifiques nouveaux, l'avis fournit des points plutôt défavorables à ce produit, mais relève également des points favorables. Parmi les points défavorables l'avis cite que la dissémination et la persistance de la toxine Bt ont été démontrées. Pour la faune, notamment la «faune non cible», l'avis cite des études qui documentent «la possibilité d'effets toxiques avérés à long terme» sur les lombrics, isopodes, les nématodes et sur les papillons monarques. Parmi les éléments favorables, l'avis cite qu'il n'y a «pas de fait nouveau sur les insectes cibles principaux (pas de résistance démontrée)».

La lignée de maïs génétiquement modifié MON 810 a été mise sur le marché par décision de la Commission (98/294/CE) du 22 avril 1998 sous la directive 90/220/CEE. À l'époque la Commission avait recueilli de la part du comité scientifique des plantes un avis concluant qu'il n'y avait pas lieu de penser que la mise sur le marché du produit aurait des effets indésirables sur la santé humaine ou sur l'environnement. Le même comité scientifique avait conclu lors de l'invocation de la clause de sauvegarde par l'Autriche en 1999 que les informations soumises par ce pays n'étaient pas nouvelles par rapport

à celles déjà antérieurement considérées. Suite aux modifications de la législation communautaire en matière d'OGM, en l'occurrence la directive 2001/18/CE et le règlement 1829/2003/CE, et à la mise en place de l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA), cette dernière a été chargée d'émettre les avis relatifs à l'invocation de la clause de sauvegarde de deux États membres, la Hongrie en 2005 et la Grèce en 2006.

L'invocation de la clause de sauvegarde par la Hongrie en 2005 et la Grèce en 2006 a subi le même sort. Il faut cependant dire que ces pays se sont basés sur la littérature scientifique connue et publiée plutôt que sur des études nationales nouvelles.

Lors du vote intervenu en avril 1998, le Luxembourg avait émis un vote négatif. Toutefois, contrairement à la France et à l'Espagne, la lignée de maïs MON 810 n'est pas mise en culture au Luxembourg. Ce maïs secrète une protéine insecticide Bt (une toxine produite naturellement par *Bacillus Thuringiensis*) ciblant les chenilles de la pyrale et de la sésamie. Ces deux ravageurs de maïs qui peuvent créer d'importants dégâts, sont plutôt présents dans les régions du sud de l'Europe. La pyrale n'a été que rarement détectée dans notre pays. Bien que certaines variétés de culture du maïs MON 810 puissent pousser sous les conditions climatiques prévalant au Luxembourg, l'intérêt agronomique de la mise en culture de ce maïs produisant un insecticide contre un ravageur absent sur le terrain, n'est pour l'instant pas donné.

En ce qui concerne la dernière question de l'honorable Député, le Gouvernement luxembourgeois s'est engagé à maintenir et promouvoir le principe de précaution en matière d'autorisation de semences et plants génétiquement modifiés, aussi bien au niveau national qu'au niveau européen. Il collabore d'autre part intensément avec les autres gouvernements de l'Union européenne et les autres autorités face aux possibles conséquences négatives de l'utilisation de plants et semences génétiquement modifiés.

**Question 2236** (17.1.2008) de **M. Claude Adam** (DÉI GRENG) concernant l'assurance continuée et l'assurance facultative:

Suite à ma question parlementaire N°1474 du 21 décembre 2006 (*cf. compte rendu N°7/2006-2007*), Monsieur le Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative a précisé que ses «services sont sur le point de finaliser le texte d'un projet de règlement grand-ducal qui devrait s'inspirer largement des règlements grand-ducaux des 29 janvier 1988 déterminant les conditions et modalités relatives à la mise en compte des périodes prévues à l'article 172 du Code des assurances sociales, et du 5 mai 1999 concernant l'assurance continuée, l'assurance complémentaire, l'achat rétroactif de périodes d'assurance et la restitution de cotisations remboursées dans le régime général d'assurance pension».

Ce règlement grand-ducal n'est actuellement toujours pas en vigueur malgré sa base légale de 1998. Il s'en suit que les fonctionnaires intéressés se trouvent en conséquence toujours dans un vide juridique qui complique la conciliation de leur vie professionnelle et privée.

Dans ce contexte j'aimerais savoir:

- Quand Monsieur le Ministre envisage-t-il de prendre le règlement grand-ducal nécessaire à l'exécution de la loi de 1998?

**Réponse** (25.2.2008) de **M. Claude Wiseler**, *Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative*:

Le projet de règlement grand-ducal auquel se réfère l'honorable Député Claude ADAM fait partie d'une série de règlements d'exécution à prendre une fois que les nouvelles dispositions inscrites au projet de loi portant modification de la loi modifiée du 28 juillet 2000 ayant pour objet la coordination des régimes légaux de pension seront en vigueur.

Mes services viennent d'apprendre que le projet de loi visé vient d'être engagé dans la voie législative. Or c'est dans le sillage de ce projet de loi que tous les textes des règlements grand-ducaux d'exécution concernant l'assurance volontaire ont été élaborés de concert avec les instances compétentes du régime de pension général. Comme les deux règlements concernant respectivement le régime général et les régimes spéciaux sont intimement liés, la saisine des instances des textes en cause se fera sous peu et de manière simultanée par les deux départements concernés, à savoir, le Ministère de la Sécurité sociale et le Ministère de la Fonction publique et de la Réforme administrative.

À noter que par rapport à la situation de décembre 2006 où l'honorable Député Claude Adam avait introduit une première question parlementaire portant sur le même sujet, une seule demande portant sur l'assurance volontaire est venue s'ajouter aux cinq demandes recensées à ce moment-là.

**Question 2238** (17.1.2008) de **M. John Castegnaro** (LSAP) concernant le personnel de la Banque et Caisse d'Épargne de l'État (BCEE):

Le 14 février 2007, par le biais d'une circulaire, la direction générale de la Banque et Caisse d'Épargne de l'État a décidé de changer les modalités d'attribution des grades de substitution tout en se basant sur un arrêté ministériel du 23 mars 1992.

Dans ce contexte j'aimerais connaître l'avis de Monsieur le Ministre sur l'application d'un arrêté qui ne correspond plus à l'actualité, car entre-temps presque la totalité des fonctions énumérées dans cet arrêté n'existent plus dans l'organigramme de la BCEE.

Par ailleurs, il me revient que la direction générale refuse de communiquer au personnel et à ses associations la teneur exacte de l'arrêté précité.

- Est-ce que Monsieur le Ministre peut confirmer cet état des choses et, dans l'affirmative, m'éclaircir sur les raisons de ce refus? Est-ce que Monsieur le Ministre n'est pas d'avis que ce document devrait parvenir aux associations du personnel, sachant que le statut général des fonctionnaires de l'État stipule notamment dans son article 36 que «la représentation du personnel a pour mission de se prononcer, dès l'élaboration, sur les modifications à apporter au régime de service du personnel de l'administration qu'elle représente ainsi qu'aux règlements relatifs à l'organisation et au fonctionnement des services»?

- Quelle est l'appréciation de Monsieur le Ministre sur ces manières de faire qui n'avaient plus cours au sein de cet établissement bancaire depuis la réforme de 1989?

- Par ailleurs, j'aimerais savoir pour quelles raisons et selon quelles procédures les modalités d'attribution des grades de substitution, certes prévues par le règlement grand-ducal du 27 avril 1987, n'ont pas été appliquées pendant plus de 20 ans et pour quelles raisons la direction générale décide d'un

coup de les appliquer sans pour autant respecter les modalités et procédures précises prévues, notamment dans le cadre des points 1 et 2 de l'article 5 du règlement grand-ducal précité?

- D'autre part, pourquoi la teneur de l'alinéa 2 de l'article 6 du même règlement grand-ducal, stipulant que le Ministre procède sous forme d'arrêté à la désignation des fonctionnaires pouvant accéder aux grades de substitution, n'a-t-elle pas été respectée dans le cas de figure sous rubrique?

- Pour des raisons de transparence et d'information du personnel, ne faudrait-il pas publier la liste précise des fonctions éligibles pour un grade de substitution correspondant au nouvel organigramme de la BCEE par l'intermédiaire d'un arrêté ministériel conformément au règlement grand-ducal précité?

**Réponse** (20.2.2008) de **M. Luc Frieden**, *Ministre du Trésor et du Budget*:

Les modalités d'accès aux grades de substitution sont déterminées par le règlement grand-ducal afférent du 26 avril 1987 et par l'article 22 section VII de la loi modifiée du 22 juin 1963 fixant le régime des traitements des fonctionnaires de l'État.

C'est en exécution de ces textes que le Ministre du Trésor a, pour la dernière fois par un arrêté ministériel du 23 mars 1992, désigné les emplois à responsabilité particulière dans la carrière du rédacteur à la BCEE. Par la suite, en vertu de l'article 2 du règlement grand-ducal modifié du 16 octobre 1993 fixant les conditions générales du statut des agents de la BCEE, la compétence pour désigner les emplois à responsabilité particulière auprès de la BCEE a été transférée du Ministre au comité de direction de la BCEE. L'arrêté ministériel du 23 mars 1992, n'ayant plus de base légale, a ainsi été implicitement abrogé par l'entrée en vigueur du règlement grand-ducal du 16 octobre 1993 et a été explicitement abrogé par la suite.

Depuis lors, le comité de direction de la BCEE désormais compétent, partant des emplois désignés par l'arrêté ministériel de 1992, a élargi et adapté la liste des emplois à responsabilité particulière auprès de la BCEE.

De nombreux agents de la Banque, occupant un éventail de fonctions très diverses et bien plus large que celui retenu par l'arrêté de 1992, ont ainsi pu bénéficier des grades de substitution, conformément aux articles 2, alinéa 2, et 6 du règlement grand-ducal précité de 1987 et de l'article 2 de celui de 1993, précité à son tour. L'attribution des grades de substitution a ainsi suivi la croissance des activités de la banque, étant entendu que, dans une entreprise commerciale, l'organigramme fonctionnel et les structures de vente sont en évolution constante, de sorte que les fonctions à responsabilité évoluent à leur tour, en nombre et en nature. À chaque fois que le comité de direction de la BCEE a pris une décision en la matière, soit en bloc soit ad hoc, et sur base des compétences qui sont les siennes, il a désigné le ou les emplois à responsabilité afférents, et a nommé par voie de décision le ou les agents audit emploi et, le cas échéant, au grade de substitution. Il convient à cet égard de rappeler que la nomination à un emploi donné rend simplement éligible à l'accès à un grade de substitution, sans y conférer un droit automatique, ainsi qu'il ressort nécessairement, mais clairement, des articles 2 et 6 précités du règlement grand-ducal de 1987.

La circulaire du 14 février 2007, visée par l'honorable Député, n'a en rien modifié la liste des emplois à responsabilité particulière auprès de la BCEE. En procédant au fur et à mesure à de nombreuses nominations d'agents à des fonctions à

responsabilité, et en leur conférant, le cas échéant, des grades de substitution, la direction de la BCEE a donné une publicité implicite à cette liste. Je peux toutefois informer l'honorable Député que le comité de direction de la BCEE envisage d'arrêter et de publier très prochainement un relevé de fonctions qui, eu égard à l'organisation actuelle de la Banque, sont éligibles pour l'accès aux grades de substitution au titre des textes applicables.

La circulaire visée par l'honorable Député confirme et précise l'application large que la direction de la BCEE fait des textes relatifs aux grades de substitution. En effet, d'après l'article 7 du règlement grand-ducal du 26 avril 1987, le fonctionnaire qui cesse d'occuper un emploi à responsabilité particulière, perd de plein droit son grade de substitution le premier jour du mois suivant. La circulaire incriminée accorde un délai de 18 mois afin de permettre aux agents concernés de présenter leur candidature pour les multiples postes et fonctions soumis à la procédure de l'appel de candidatures internes.

Cette approche favorable, que la question de l'honorable Député ne semble pas vouloir mettre en cause, a pu être mise en œuvre sans recourir aux procédures prévues à l'article 36 du statut général des fonctionnaires invoqué par l'honorable Député. En effet, elle ne constitue pas une modification du régime du personnel ni des règlements relatifs à l'organisation et au fonctionnement des services.

**Question 2243** (18.1.2008) de **M. Robert Mehlen** (ADR) concernant les vaccins contre la fièvre catarrhale:

D'Blözongekränk bei de Randbéischten a Schof huet am vergaangene Joer an de Betriber fir vill Misär a Schued gesuert. Et muss trotz der kaler Period am Dezember gefaart ginn, datt dës vu Musticken iwwerdroe Viruskränkt och an dësem Joer erëm oprëtt en Onheer urriicht. Duerfir géif ech gären dës Froen un lech riichten:

1. Wéi steet et de Moment ëm d'Entwécklung vun engem Impfstoff, deen eng Immunisierung kënn bewierken? Wéini steet esou en Impfstoff viraussichtlech zur Verfügung, respektiv wéini ass mat senger Zouloosung ze rechnen?
2. Wéi schätzt Dir d'Chance vun sou engem Vaccin an, fir d'Blözongekränk wierksam kënnen ze bekämpfen? Wéi laang dauert et bis den Impfschutz wierksam gëtt a wéi laang hält d'Immunitéit un?
3. Huet d'Regierung wëlles, am Fall, wou de Vaccin rechtzäiteg verfügbar ass, eng flächendeckend Impfkatioun duerchzeféieren, a wa jo, wéi steet et ëm d'Finanzéierung vun esou enger Aktioun?
4. Ass dru geduecht ginn, eng genügend grouss Quantitéit vun Vaccin fir eist Land ze reservéieren?

**Réponse** (14.2.2008) de **Mme Octavie Modert**, *Secrétaire d'État à l'Agriculture, à la Viticulture et au Développement rural*:

La question parlementaire a trait à la programmation, en 2008, d'une campagne de vaccination du cheptel contre la Fièvre Catarrhale Ovine (FCO).

Rappelons de prime abord que la FCO est une maladie virale émergente des ruminants, transmise par un moucheron piqueur et contre laquelle l'homme est insensible.

L'épidémie de la FCO en 2007 a provoqué une haute morbidité dans nos cheptels entraînant une mortalité de quelque 1.000 bovins et de 1.200 ovins.

Un monitoring, effectué durant la saison hivernale sur les bovins adultes, a mis en évidence une séro-prévalence de 93,3%, confirmant ainsi la haute morbidité du cheptel durant la phase active du virus de la FCO.

Bien que les résultats sérologiques laissent prévoir une évolution épidémiologique plutôt favorable de la FCO durant la saison estivale 2008, il convient de prendre en compte, à l'égard de cette maladie émergente, le manque d'expérience documenté notamment par quelques interprétations divergentes des scientifiques à l'égard de la durée et de l'efficacité de l'immunité acquise par les animaux infectés antérieurement.

Finalement, aux fins de prévenir les séquelles dévastatrices vécues lors de l'épidémie 2007, j'ai opté, en concertation avec l'Administration des Services vétérinaires, pour une stratégie de vaccination en masse de notre cheptel sensible, décision qui est en ligne avec les recommandations de la Commission européenne et qui trouve également l'aval de nos éleveurs.

Les objectifs de cette campagne de vaccination sont multiples et visent notamment une immunisation efficace des animaux sensibles contre le virus de la FCO, une réduction de la circulation virale et par là une régression des pertes d'animaux ainsi que le maintien d'un échange commercial allégé des ruminants.

Dans l'objectif de disposer dans les meilleurs délais d'un vaccin sûr, efficace et en quantités suffisantes, l'Administration des Services vétérinaires est entrée en contact avec l'industrie pharmaceutique concernée, dès le début du mois d'octobre 2007, avec le résultat qu'une première charge de 100.000 doses de vaccin inactivé, actuellement en développement, sera disponible au cours de la 2<sup>e</sup> quinzaine du mois de mai et que le reste du vaccin sera livré au mois de juin. Une procédure accélérée de l'autorisation pour la mise sur le marché du vaccin inactivé FCO 8, en application de la réglementation européenne afférente pour l'activation de laquelle la Commission européenne s'est, en principe, déclarée favorable, devrait permettre à l'industrie pharmaceutique de respecter les délais de livraison convenus.

Au vu de ce calendrier échelonné de la livraison du vaccin, une stratégie de vaccination, basée sur une analyse des risques, devrait assurer dès le mois de mai la protection antivirale du jeune bétail, dépourvu d'immunité acquise, et dans une 2<sup>e</sup> phase de la campagne une immunisation vaccinale du bétail adulte. Cette immunité vaccinale prendra 15 jours pour se développer dans l'organisme et est censée protéger l'animal vacciné pendant douze mois pour autant que les bovins soient soumis à une vaccination de rappel endéans trois à quatre semaines.

Cette campagne de vaccination, placée dans le cadre d'une vaccination d'urgence à caractère obligatoire, profitera du cofinancement de la Commission européenne couvrant la majorité des coûts d'acquisition du vaccin alors que les frais de la vaccination sur le terrain seront répartis entre la Commission, l'État et les éleveurs.

**Question 2244** (18.1.2008) de **M. Laurent Mosar** (CSV) concernant les **subventions dans le cadre de délocalisations**:

Le plus grand constructeur mondial de téléphones cellulaires vient d'annoncer qu'il allait fermer, d'ici six mois, son usine de Bochum en Allemagne.

La fermeture de cette usine, qui fabrique des cellulaires destinés au

marché européen, causera la perte de 2.300 emplois dont la plupart seront transférés en Roumanie, pays de l'Europe qui offre une main-d'œuvre moins coûteuse.

À côté de la firme de Bochum, un certain nombre d'entreprises sous-traitantes, dont au moins une localisée au Luxembourg, devront faire face à des pertes importantes.

L'exemple cité ci-dessus ne constitue qu'un parmi plusieurs cas où des entreprises, par ailleurs également au Luxembourg, ont profité de subventions pour délocaliser par après leur production vers d'autres pays européens.

Au vu de ce qui précède, je voudrais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur:

- Le Gouvernement peut-il me renseigner si une entreprise qui se déplace d'un pays européen vers un autre pourra à nouveau profiter de subventions européennes dans le cadre de cette délocalisation?

- Le cas échéant, afin d'éviter des abus éventuels, ne devrait-on pas légiférer au niveau européen de manière à ce que des subventions, aussi bien nationales qu'européennes versées doivent être remboursées en cas de délocalisation?

**Réponse** (19.2.2008) de **M. Jeannot Krecké**, *Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur*:

La problématique de la délocalisation des entreprises est traitée dans deux règlements communautaires à savoir dans le règlement sur les lignes directrices de la Commission européenne concernant les aides d'État à finalité régionale pour la période 2007-2013 (2006/C54/08) publié au Journal officiel de l'Union européenne le 4 mars 2006 et le règlement (CE) N°1083/2006 du Conseil du 11 juillet 2006 portant dispositions générales sur le Fonds européen de développement régional, le Fonds social européen et le Fonds de cohésion, et abrogeant le règlement (CE) N°1260/1999 (publié au Journal officiel de l'Union européenne le 31 juillet 2006).

En ce qui concerne les aides d'État à finalité régionale:

L'aide est subordonnée au maintien de l'investissement dans la région considérée pour une période minimum de cinq ans après son achèvement. En outre lorsque l'aide est calculée sur la base des coûts salariaux, les emplois doivent être pourvus dans les trois ans de l'achèvement des travaux et chacun des emplois créés grâce à l'investissement doit être maintenu dans la région considérée pour une période de cinq ans à compter de la date à laquelle l'emploi a été pourvu pour la première fois.

Dans le cas où l'entreprise décide d'arrêter ses activités après la période de cinq ans, il n'y a pas de contrainte pour les États membres de demander un remboursement de l'aide. Si la délocalisation a lieu avant la période de cinq ans, les États membres doivent demander le remboursement de l'aide.

Dans la mesure où l'entreprise réalise des investissements nouveaux dans un autre pays de l'Union européenne, cet État membre pourra subventionner le projet d'investissement sur base de son propre régime d'aide régional conformément aux lignes directrices.

En ce qui concerne les subventions versées dans le cadre des fonds structurels, le règlement précité dans son article 57 précise le principe de la pérennité des opérations et demande que l'État membre s'assure que la contribution des fonds communautaires reste acquise à l'opération uniquement si dans un délai de cinq ans à compter de son achèvement, l'opération cofinancée ne connaît pas de modification importante, comme par exemple l'arrêt d'une

activité de production. S'il y a modification importante il y a rapport à la Commission qui en informe tous les autres États membres. Les sommes indûment versées doivent être recouvrées par les soins de l'État membre ayant cofinancé l'opération critiquée.

**Question 2246** (18.1.2008) de **M. Carlo Wagner** (DP) concernant le **nouveau plan hospitalier**:

Le dernier règlement grand-ducal établissant le plan hospitalier national date du 18 avril 2001. Depuis 1982 le plan hospitalier national s'est vu périodiquement révisé. Dans sa réponse datant du 16 octobre 2006 à ma question parlementaire N°1292 (cf. *compte rendu N°2/2006-2007*), Monsieur le Ministre affirme que le plan hospitalier de 2001 «ayant atteint ses objectifs, devra être adapté ou remplacé par un nouveau plan contenant des dispositions qui devront orienter l'évolution tout en énonçant les objectifs à atteindre dans les années à venir». En collaboration avec ses services concernés, Monsieur le Ministre aurait entamé et les réflexions et les discussions afférentes.

Lors de la législature précédente, le LSAP avait réclamé que le plan hospitalier ne soit plus émis sous forme de règlement grand-ducal, mais fasse l'objet d'un projet de loi. Aussi, le parti socialiste s'opposait-il véhément contre la réduction du nombre de «lits aigus» à un taux de cinq lits pour 1.000 habitants prévue dans le plan hospitalier de 2001.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale:

- Où en sont les réflexions et les discussions relatives au nouveau plan hospitalier entamées il y a de cela plus d'un an?

- Quand est-ce qu'un nouveau plan hospitalier sera présenté, sachant que le dernier plan date de 2001 et qu'il est d'usage d'en présenter un nouveau tous les cinq ans?

- Qu'est-ce qui explique ce délai supplémentaire de déjà presque deux ans?

- Monsieur le Ministre va-t-il élaborer un nouveau plan hospitalier sous forme de projet de loi?

- Dans la négative, quelles en sont les raisons?

- Le nouveau plan hospitalier prévoit-il un relèvement du nombre de «lits aigus» à un taux supérieur à cinq lits pour 1.000 habitants? Pourquoi?

**Réponse** (20.2.2008) de **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*:

Les réflexions et discussions au sujet du nouveau plan hospitalier ont abouti et la rédaction du plan est en cours. Je compte le soumettre à court terme aux organes consultatifs.

Ni la loi de base ni le plan hospitalier actuellement en vigueur n'assignent au plan une durée de validité déterminée, de sorte que la question du «délai supplémentaire» dont s'inquiète l'honorable Parlementaire me semble sans objet. L'honorable Parlementaire remarquera d'ailleurs que l'actuel plan, publié en avril 2001 par les soins du précédent Gouvernement, est intervenu sept ans après le précédent plan remontant à mai 1994. Ce n'est donc pas sur ce précédent que l'honorable Parlementaire a pu se baser pour faire état d'un usage voulant que le plan hospitalier soit renouvelé tous les cinq ans.

De toute manière il n'aura pas été inutile de suivre et d'attendre les mouvements en cours en matière

de regroupements, de fusions et de redéfinitions des missions de certains établissements. Ces mouvements, certes induits et favorisés par la législation hospitalière, les plans hospitaliers précédents, ainsi que les lois de financement successives intervenues dans le secteur hospitalier, ont cependant été déclenchés par les établissements eux-mêmes. La recomposition du paysage hospitalier résultant de ces mouvements, encouragés par le Gouvernement, est d'autant mieux acceptée par le secteur qu'il ne l'a pas subie, mais y a activement participé. Le plan à intervenir tiendra compte des changements intervenus et, d'après le principe de la subsidiarité, renforcera le mouvement là où ce sera nécessaire.

Après avoir mûrement réfléchi le pour et le contre je compte présenter le nouveau plan sous forme de règlement grand-ducal et non sous forme de loi, comme j'ai d'ailleurs déjà eu l'occasion de le dire à la tribune de la Chambre. Certaines options fondamentales seront inscrites dans la loi hospitalière lors d'une prochaine révision. Le règlement grand-ducal est cependant l'instrument adéquat pour les options plus concrètes. Il offre aussi la souplesse requise pour procéder à des renouvellements successifs, voire à des adaptations ponctuelles pouvant s'avérer nécessaires en cours de route. Du reste, dans les pays qui nous entourent, les instruments équivalant à notre plan hospitalier sont arrêtés soit par le Gouvernement, soit par une autorité décentralisée, soit par le Ministre du ressort, mais nulle part par le législateur.

La question du nombre de lits, soulevée par l'honorable Parlementaire, ne se pose plus dans les mêmes termes qu'en 2001. En effet, vu le progrès médical en la matière, les traitements en ambulatoire présentent un potentiel considérable et rendent ainsi obsolètes la plupart des discussions précédemment menées autour du nombre de lits.

**Question 2247** (21.1.2008) de **M. Fernand Diederich** (LSAP) concernant la **faillite civile**:

Le programme gouvernemental d'août 2004 avait déjà prévu un examen de la possibilité d'introduire le principe de la «faillite civile» pour les personnes privées. Suite à la publication du rapport quinquennal concernant la loi du 8 décembre 2000 sur le surendettement, la Commission de la Famille, de l'Égalité des chances et de la Jeunesse de la Chambre des Députés, en présence de Madame la Ministre, s'est consacrée fin 2006 pendant plusieurs réunions au sujet du surendettement qui inclut les questions de la faillite civile.

- Dans ce contexte j'aimerais savoir de Madame la Ministre quelles ont été les suites que le Gouvernement a finalement réservées aux différentes propositions contenues dans le rapport quinquennal mentionné.

- Est-ce que Madame la Ministre entend toujours inclure dans la législation sur le surendettement quelques articles sur la faillite civile (cf. rapport de la Commission de la Famille du 18 octobre 2006)?

- Dans l'affirmative, quand est-ce qu'un projet de loi sera disponible et sur quel modèle - allemand («privates Insolvenzverfahren») ou autre - la faillite civile reposera-t-elle?

**Réponse** (14.2.2008) de **Mme Marie-Josée Jacobs**, *Ministre de la Famille et de l'Intégration*:

L'accord de coalition prévoit 1. «de procéder à une modification des procédures prévues dans le cadre de la loi du 8 décembre 2000 concernant la prévention du surendettement» et 2. «d'examiner la

possibilité d'introduction d'un principe de la «faillite civile» pour les personnes privées».

En avril 2006 et en exécution de l'article 31 de la loi du 8 décembre 2000 sur le surendettement, le Gouvernement a présenté dans le cadre de son rapport quinquennal pour la Chambre des Députés ses réflexions quant à une réforme de la loi du 8 décembre 2000 sur le surendettement et quant à l'introduction éventuelle d'un système de faillite civile dans notre législation applicable en matière de surendettement.

Le rapport quinquennal a fait l'objet d'une discussion au sein de la Commission de la Famille, de l'Égalité des chances et de la Jeunesse au cours des séances en date des 21 septembre 2006, 18 octobre 2006 et 5 décembre 2006.

Un groupe de travail a été mis sur pied au sein du Ministère de la Famille et de l'Intégration en vue d'élaborer une proposition d'avant-projet qui est sur le point d'être finalisé et qui fera ensuite l'objet d'un examen conjoint avec le Ministère de la Justice en vue de l'élaboration d'un avant-projet de loi qui sera soumis au Conseil de Gouvernement avant la fin du premier semestre de l'année 2008 pour être ensuite déposé à la Chambre des Députés.

En ce qui concerne le volet «faillite civile» de l'avant-projet de loi à élaborer, le modèle à adopter s'inspire d'avantage des systèmes français et belge, au vu du profit que le droit luxembourgeois saura tirer de la jurisprudence belge et française dans le domaine du surendettement et compte tenu de la proximité du droit commun luxembourgeois aux droits français et belge du fait de leur appartenance aux pays ayant adopté le Code napoléonien.

**Question 2252** (22.1.2008) de **M. Gast Gibéryen** (ADR) concernant le **site «Koibestrachen»** et les **normes Seveso**:

Op meng parlamentaresch Ufro N°2148 betreffend de Sevesosite Luxguard I an Luxguard II zu Diddeleng huet den Här Aarbechtsminister mer op d'Froen N°4 an N°10 Folgendes geäntwert: «De maximale Radius bei deem Verletzung bei de d'Leit, déi sech an deem Radius ophalen ass: fir d' Luxguard I 350 m fir d'Luxguard II 685 m». «Laut Artikel 12 vum Seveso-Reglement däerfen an deenen uewegenannte Radien keng Baugenehmigungen méi erdeelt gi fir Wunneheiser, fir Gebaier wou de Publikum Zougang kritt a fir Betriber déi eng Gefor, déi vun enge vun de Sevesoanlagen ausgeet, vergréissere kënnen, oder déi d'Konsequenze vun engem schwéieren Onfall verschlémmere kënnen».

De Bau vum neie Statslabo ass tëschent Diddeleng a Beetebuerg um Site, genannt «Koibestrachen» virgesinn. D'Gemeng Diddeleng hutt an deene leschte Joren op dem Site Terrain opkaf fir dem Stat zur Verfügung ze stellen. Wann een dovun ausgeet, datt eng Explosioun sech an der Mëtt vun de Gebaier Luxguard I a Luxguard II ereegent, kann en domat rechnen datt e groussen Deel vum Site «Koibestrachen» an de Radius vun der Explosioun fällt.

Kann den Här Aarbechtsminister mer duerfir dës doraus resultéierend Froe beäntwerten:

1. Sinn déi Gemengen, déi Terrain an dese Radien leien hunn, wéi zum Beispiel d'Gemeng Diddeleng an eventuell och Beetebuerg, iwert dës Situatioun informéiert?

2. Wa jo, wéini a vu wem sinn dës Gemengen informéiert ginn?

**Réponse** (21.2.2008) de **M. François Biltgen**, *Ministre du Travail et de l'Emploi*:

Vorbemerkung:

Déi zwee Butan Lagere vun de Luxguard Wierker sinn aus Sécherheitsgrënn op eng Distanz vun zirca 500 m vun deenen zwee Wierker ewech gebaut ginn, sou datt et net realistesch ass vun enger Explosioun auszegoen, déi sech an der Mëtt vun deenen zwou Fabriken ereegent.

Zu de Froen 1 an 2:

Déi betreffend Gemenge si bei der «Commodo»-Prozedur Enn vun den 80er Jore respektiv ufanks vun den 90er Joren iwwert déi betreffend Sécherheits-Radien informéiert ginn; d'Risiko-Studie mat de Sécherheits-Radien waren deemools an deenen zwee Commodossieren.

Déi betreffend Gemenge ginn awer nach eng Kéier déi nächst Woche vun dem Ministère de l'Intérieur an Zesummenaarbecht mat der Inspektion du Travail et des Mines informéiert.

**Question 2255** (22.1.2008) de **M. Laurent Mosar** (CSV) concernant l'arrêt de la Cour européenne des droits de l'Homme sur le droit d'adoption d'une personne célibataire homosexuelle:

La Cour européenne des droits de l'Homme vient de condamner la France pour violation de l'article 14 combiné avec l'article 8 de la Convention de sauvegarde des droits de l'Homme et des libertés fondamentales pour avoir rejeté une demande d'agrément en vue d'adopter un enfant présentée par une personne célibataire homosexuelle en raison de son orientation sexuelle. Désormais, la France ne peut plus refuser un agrément d'adoption à une personne célibataire au motif qu'elle est homosexuelle. Cette décision de la Cour de Strasbourg devrait s'imposer aux juridictions françaises, ainsi qu'à celles des pays européens qui autorisent l'adoption par un/une célibataire.

Dans ce contexte, et alors que le Gouvernement entend - sauf erreur - reformer le droit de l'adoption, j'aurais souhaité savoir de Monsieur le Ministre de la Justice:

- Quelles sont les incidences de cet arrêt au niveau de la réforme projetée du droit de l'adoption?

**Réponse** (14.2.2008) de **M. Luc Frieden**, *Ministre de la Justice*:

Il va sans dire que l'avant-projet de loi en élaboration relatif à l'adoption devra tenir compte de la jurisprudence de la Cour européenne des droits de l'Homme.

Il y a lieu de situer l'arrêt cité avant tout dans le contexte du Code civil français qui ne prévoit pas la distinction opérée par la décision administrative critiquée par la Cour de Strasbourg.

Les travaux en cours tiendront évidemment compte des dispositions de la Convention européenne des droits de l'Homme et de la jurisprudence de la Cour, qui, dans d'autres arrêts, dans cette matière sensible de l'adoption, laisse une large marge d'appréciation aux autorités de chaque État. Dans ses réflexions, le Gouvernement tiendra également compte des avis demandés du comité national d'éthique et de l'Ombudscomité pour les droits de l'enfant.

**Question 2257** (23.1.2008) de **M. Marcel Oberweis** (CSV) concernant l'organisation d'un Sommet annuel de la Jeunesse de la Grande Région:

Lors du 7<sup>e</sup> Sommet de la Grande Région, qui s'est tenu en juin 2003, une étude sur le développement à long terme de la Grande Région proposant des orientations stratégiques en matière d'action afin de faire de la région frontalière une communauté régionale performante et compétitive intitulée «Vision 2020» a été présentée. La mise en place d'un sommet annuel de la jeunesse dans le but de familiariser les jeunes très tôt avec les relations sociales transfrontalières figure parmi les projets clés proposés.

Or, sauf erreur de ma part, aucun sommet regroupant les jeunes de la Grande Région n'a été organisé à ce jour.

Dans ce contexte j'aurais souhaité poser une série de questions à Madame la Ministre de la Famille et de l'Intégration:

- Quelles sont les raisons pour lesquelles aucun Sommet annuel de la Jeunesse de la Grande Région ne s'est tenu à ce jour?

- Le Gouvernement ne pense-t-il pas qu'il soit opportun de mettre en place un tel sommet?

- Le Gouvernement envisage-t-il d'autres mesures pour entre autres favoriser le rapprochement des jeunes des différents pays de la Grande Région et les familiariser avec les réalités sociales souvent complexes caractérisant la Grande Région?

**Réponse** (25.2.2008) de **Mme Marie-Josée Jacobs**, *Ministre de la Famille et de l'Intégration*:

Au niveau de la Grande Région, trois forums de jeunes ont eu lieu jusqu'à cette date, le quatrième forum est prévu pour 2008.

L'organisation du forum incombe, conformément au mandat du 7<sup>e</sup> Sommet des Chefs des Exécutifs de la Grande Région, au groupe de travail «Jeunesse» de la Commission régionale dont la présidence est assurée par le Grand-Duché de Luxembourg. Lors du 9<sup>e</sup> Sommet de la Grande Région tenu le 1<sup>er</sup> juin 2006 à Trèves, les Chefs des Exécutifs ont décidé qu'un forum jeunesse se tiendrait par période de présidence du Sommet (tous les 18 mois). Les conclusions des forums devront régulièrement être présentées lors des Sommets.

- Placé sous le thème du volontariat et du bénévolat, le premier forum s'est déroulé au mois de novembre 2004 à Welschbillig (Trèves). Les entités partenaires ont décidé de nommer le forum pour les jeunes de la Grande Région «JugendForumJeunesse», dénomination qui combine les trois langues officielles parlées dans la Grande Région.

- Le deuxième forum a eu lieu en mars/avril 2006 à Namur: autour du thème de la culture, il réunissait des jeunes et des responsables de structures. Cette formule a permis de mieux assurer un suivi des conclusions des jeunes et de mieux les soutenir dans leurs projets.

- Le troisième forum, placé sous le signe de l'année culturelle, a eu lieu à Luxembourg en novembre 2007. Il rassemblait les personnes du domaine de la pédagogie des jeunes.

- Le Grand-Duché de Luxembourg ayant repris la présidence du 11<sup>e</sup> Sommet de la Grande Région, le prochain (quatrième) forum sera organisé en 2008 et ce à nouveau au Luxembourg. Le forum abordera le thème des préjugés au sein de la Grande Région, s'insérant ainsi dans les grands axes d'action de la coopération et surtout dans le

cadre de l'Année européenne du dialogue interculturel.

La coopération interministérielle, réalisée par le groupe de travail précité, existe déjà depuis de nombreuses années. La coopération en matière de jeunesse dans le cadre de la Grande Région se base sur:

- la «Charte de coopération dans le domaine de la jeunesse de l'espace de coopération Sarre, Lorraine, Rhénanie-Palatinat, Communautés française et germanophone de Belgique, Grand-Duché de Luxembourg», signée en juillet 2002;

- le mandat de la Commission régionale, attribué lors de sa réunion du 18 novembre 2005 à Mayence.

Le groupe de travail «Jeunesse» définit ses priorités d'action en proposant et en abordant de nouveaux chantiers concrets et précise sa coopération dans le cadre d'un plan de travail renouvelé pour chaque période de présidence de la Grande Région.

Outre l'organisation régulière d'un forum jeunesse, les priorités retenues englobent le soutien au volontariat des jeunes, la mise en réseau des structures d'information du secteur jeunesse, l'organisation de la formation pour animateurs interculturels et le soutien aux projets transfrontaliers. Elles peuvent être globalement résumées sous le titre: «Favoriser les échanges entre jeunes et le dialogue au sein du secteur jeunesse dans la Grande Région». Il est à noter que le groupe de travail considère qu'il est important de non seulement opérer directement avec les jeunes, mais d'œuvrer activement envers l'échange et la coopération des structures de jeunesse.

**Question 2262** (28.1.2008) de **M. Lucien Thiel** (CSV) concernant l'application de la loi du 14 février 1955 concernant la réglementation de la circulation sur les voies publiques telle que modifiée par la loi du 18 septembre 2007:

L'application concrète de la loi du 14 février 1955 telle que modifiée par la loi du 18 septembre 2007 pose apparemment un certain nombre de problèmes d'interprétation.

À titre d'exemple, l'alinéa 2, deuxième phrase du paragraphe 1<sup>er</sup> de l'article 13 ne précise pas le cas de récidive visée. Le Conseil d'État avait à l'époque attiré l'attention sur cette problématique et demandé qu'il soit spécifié dans le texte de loi qu'il doit s'agir d'une récidive précise, c'est-à-dire subordonnée à la commission de la même infraction que celle pour laquelle la précédente condamnation a été encourue. La référence au niveau de l'article 1<sup>er</sup> au paragraphe 1<sup>er</sup>, alinéa 2 ne semble pas avoir dissipé les malentendus. En effet, selon mes informations, certains juges ont une interprétation stricte de l'alinéa 2, deuxième phrase du paragraphe 1<sup>er</sup> de l'article 13. Pour eux, la récidive est donnée quelle que soit le délit de dépassement de vitesse. Il en résulte qu'un simple dépassement de quelques kilomètres/heure, qui en temps normal serait sanctionné par un avertissement taxé, peut constituer une récidive en cas de condamnation précédente. Cette interprétation ne correspond pas à la volonté du législateur. À noter que pour les infractions liées à la consommation d'alcool en grande quantité les cas de récidive sont précisés.

Par ailleurs, on peut se demander pourquoi le délai de récidive est de deux ans en cas de condamnation pour consommation d'alcool en grande quantité ou conduite en état d'ivresse, alors qu'il est de trois ans en cas de condamnation

du chef d'un délit en matière de dépassement de la limitation réglementaire de la vitesse. Conduire en état d'ivresse est autant condamnable que conduire sans respecter les limitations de vitesse. Cette inégalité de traitement des délits au Code de la Route est d'autant moins compréhensible que la récidive joue en matière de dépassement de la vitesse quelque soit la gravité de l'infraction<sup>1</sup>.

La pratique montre également que la limitation de la faculté accordée jadis au juge de moduler l'interdiction de conduire est contreproductive en ce sens que les juges accordent maintenant systématiquement le sursis y compris dans les hypothèses où sous l'empire de la législation antérieure, ils prononçaient une interdiction de conduire tout en aménageant des exceptions par exemple pour les trajets professionnels. Cette faculté avait le mérite de tenir compte de chaque situation et de prononcer des sanctions en fonction de la gravité de l'infraction. Par ailleurs, une modulation de la sanction peut être très dissuasive.

Le catalogue des points mériterait également à mes yeux d'être revu dans la mesure où certaines infractions ne sont pas sanctionnées à leur juste valeur. À titre d'exemple, l'omission de céder le passage aux piétons est sanctionnée par le retrait de deux points alors que le défaut du port d'une ceinture de sécurité est sanctionné par un retrait d'un point. Il me semble que la deuxième infraction soit nettement plus grave que la première et mériterait d'être sanctionnée par un retrait de deux points, alors que l'omission de céder le passage pourrait être sanctionnée par le retrait d'un point seulement.

En tout état de cause, il semblerait que la loi du 14 février 1955 telle que modifiée par la loi du 18 septembre 2007 pose un certain nombre de problèmes d'interprétation et d'application aux praticiens du droit ainsi qu'aux forces de police.

Dans ce contexte j'aurais aimé poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Transports:

- Un simple avertissement taxé pour dépassement de vitesse peut-il constituer une récidive au regard de la deuxième phrase de l'alinéa 2 du paragraphe 1<sup>er</sup> de l'article 13? En cas de réponse affirmative, le Gouvernement pense-t-il qu'une telle situation soit justifiée?

- Le Gouvernement ne pense-t-il pas qu'il faille harmoniser les délais de récidive précités?

- Ne faudrait-il pas réinstaurer la faculté pour le juge de moduler les interdictions de conduire qu'il est éventuellement amené à prononcer?

- Ne faudrait-il pas aussi revoir le catalogue des points?

- Le Gouvernement est-il au courant des difficultés d'application et d'interprétation de la loi du 18 septembre 2007 précitée? Dans l'affirmative quelles sont les mesures qu'il entend prendre? Réfléchit-il à une modification voire à une refonte de la loi du 14 février 1955 telle que modifiée afin que les praticiens du droit et les forces de police, mais aussi les citoyens, puissent disposer d'un texte clair et précis?

**Réponse** (12.2.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre des Transports*:

Dans sa question parlementaire, l'honorable Député s'enquiert sur l'application concrète de la loi du 14 février 1955 concernant la réglementation de la circulation sur toutes les voies publiques modifiée par la loi du 18 septembre 2007.

Ainsi, Monsieur le Député souhaite savoir si le décernement d'un simple avertissement taxé pour dépassement de vitesse peut-il

<sup>1</sup> voir paragraphe précédent

constituer une récidive au regard de la deuxième phrase de l'alinéa 2 du paragraphe 1<sup>er</sup> de l'article 13.

Le deuxième alinéa du chiffre 3. de l'article 11bis de la loi modifiée du 14 février 1955 concernant la réglementation de la circulation sur toutes les voies publiques prévoit que «Sera toutefois punie d'une amende de 500 à 10.000 euros et d'une peine d'emprisonnement de huit jours à un an ou d'une de ces peines seulement toute personne qui aura commis de nouveau un dépassement de la limitation réglementaire de la vitesse de plus de 50% du maximum réglementaire de la vitesse autorisée, la vitesse constatée étant d'au moins 20 km/h supérieure à ce maximum, lorsque l'infraction en question aura été commise avant l'expiration d'un délai de trois ans à partir du jour où une précédente condamnation du chef d'une contravention grave ou d'un délit en matière de dépassement de la limitation réglementaire de la vitesse est devenue irrévocable ou à partir du jour où l'intéressé s'est acquitté d'un avertissement taxé encouru du chef d'une même contravention grave (...).»

L'article 7 de la loi modifiée du 14 février 1955, précitée, énumère outre les infractions suivantes, qualifiées de «graves»:

une «vitesse dangereuse selon les circonstances ainsi que l'inobservation de la limitation réglementaire de la vitesse, la vitesse constatée étant supérieure à plus de 15 km/h à la vitesse maximale autorisée en agglomération, à plus de 20 km/h à la vitesse maximale autorisée en dehors des agglomérations ou à plus de 25 km/h à la vitesse maximale autorisée sur autoroute, sans préjudice des dispositions du chiffre 3. de l'article 11bis (...).»

Au vu des développements susmentionnés, il y a récidive (considérée comme délit de grande vitesse) si une personne commet un excès de vitesse par rapport à la vitesse maximale autorisée qui dépasse d'au moins 50% le plafond réglementaire (l'écart constaté devant en tout cas être supérieur à 20 km/h) et ceci endéans les 36 mois qui suivent une première contravention grave ou une condamnation pour un délit en matière de dépassement de la limitation de vitesse.

Soucieux de mettre à disposition des citoyens, des juges ainsi que des membres de la Police grand-ducale un texte législatif compréhensible et clair permettant une application appropriée, mes services se concertent actuellement avec le Parquet, le Ministère de la Justice et avec la Police grand-ducale pour pallier les incongruités du texte actuel.

Partant, je peux vous confirmer que j'envisage de déposer dans les semaines à venir un projet de loi modifiant la loi modifiée du 14 février 1955 susmentionnée ayant, entre autres, pour objet de réinstaurer la faculté pour le juge de moduler certaines interdictions de conduire.

En ce qui concerne le catalogue des points inscrit à l'article 2bis de la loi modifiée du 14 février 1955, précitée, je me permets de vous signaler que j'ai chargé un bureau d'études avec l'analyse du permis à points. De cette étude, je m'attends qu'elle soumette également des propositions pour une adaptation, voire une actualisation du catalogue des points.

**Question 2263** (28.1.2008) de **M. Roger Negri** (LSAP) concernant la mise en oeuvre de l'espace unique de paiements en euros SEPA (Single Euro Payments Area):

Lors de sa réunion du 22 janvier 2008, le Conseil «Affaires écono-

miques et financières» (ECOFIN) de l'UE a retenu ses conclusions au sujet de la mise en œuvre du SEPA (Single Euro Payments Area, espace unique de paiements en euros), en rappelant notamment le rôle de catalyseur que peuvent jouer les autorités publiques pour contribuer à faire avancer le processus de migration vers SEPA.

Ainsi, le Conseil ECOFIN encourage les autorités publiques à adopter rapidement les instruments de paiement SEPA, compte tenu de leur contribution positive à la modernisation de l'administration publique et au plan d'action pour l'administration en ligne. De même, le Conseil de l'UE invite les ministres des finances des États membres, en coopération avec les banques centrales nationales, à continuer d'assurer le suivi de l'évolution du SEPA au niveau national, en particulier en ce qui concerne l'adoption du SEPA par les autorités publiques.

Au vu de ces recommandations, je souhaite poser les questions suivantes à Monsieur le Premier Ministre, Ministre des Finances:

- Comment le Gouvernement accompagne et soutient-il le processus de migration vers SEPA? Le Gouvernement envisage-t-il une transposition rapide de la directive 2007/64/CE du Parlement européen et du Conseil du 13 novembre 2007 concernant les services de paiement dans le marché intérieur?

- À quels niveaux l'administration publique sera-t-elle elle-même concernée par la mise en œuvre du SEPA? Quel est le potentiel de simplification et de modernisation administratives dans le cadre de SEPA? Comment le Gouvernement exploitera-t-il ce potentiel?

**Réponse** (21.2.2008) de **M. Luc Frieden**, *Ministre du Trésor et du Budget*:

Le Gouvernement soutient les efforts du secteur bancaire visant à assurer une mise en œuvre rapide et sans heurts des standards SEPA au Luxembourg. L'ABBL assure la coordination du processus de migration vers le système SEPA. La BcL et la CSSF sont représentées en tant qu'observateurs dans le comité national de coordination.

Des représentants du Ministère des Finances suivent le processus de migration vers SEPA.

Le délai de transposition de la directive 2007/64/CE du Parlement européen et du Conseil du 13 novembre 2007 concernant les services de paiement dans le marché intérieur est fixé au 1<sup>er</sup> novembre 2009.

Le Gouvernement respectera cette date butoir. Il est prévu de soumettre dès octobre 2008 au Conseil de Gouvernement un projet de loi portant transposition de la directive 2007/64/CE de sorte que le Conseil d'État et la Chambre des Députés devraient disposer d'un an pour se prononcer sur le texte. Il conviendra notamment de clarifier d'un point de vue juridique la manière de régulariser les ordres/mandats de domiciliation de créances aux moindres charges administratives.

Tous les services de l'administration publique qui sont appelés à effectuer ou à recevoir des paiements seront concernés par le système SEPA. Il en va ainsi notamment de la Trésorerie de l'État, des administrations fiscales, de la Caisse des prestations familiales, des caisses de pension. Il s'avère difficile de se prononcer à ce stade

sur le potentiel de simplification et de modernisation administratives dans le cadre de SEPA. Le potentiel semble cependant être moins important au Luxembourg que dans d'autres États membres de l'Union européenne dans la mesure où l'utilisation des codes IBAN et BIC est d'ores et déjà obligatoire pour les virements domestiques.

**Question 2265** (29.1.2008) de **M. Fernand Etgen** (DP) concernant le **recalcul de la taxe sur les véhicules automoteurs**:

La loi du 22 septembre 2006 promouvant le maintien dans l'emploi et définissant des mesures spéciales en matière de sécurité routière et de politique d'environnement a instauré un nouveau système pour le calcul de la taxe sur les véhicules automoteurs. Les recalculs de la taxe effectués au cours des dernières semaines par l'Administration des Douanes et Accises ont provoqué de vives réactions, voire de nombreuses contestations non seulement dans les milieux concernés, mais également au sein de la population.

Dans ce contexte je souhaiterais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Finances et à Monsieur le Ministre des Transports:

- Quelle est l'attitude du Gouvernement face au reproche d'inconstitutionnalité avancé par l'ACL quant à la nouvelle taxe? Le nouveau texte légal a-t-il entre-temps été soumis à une analyse critique quant à sa conformité avec la Constitution? Quelles sont, le cas échéant, les conclusions de cette étude?

- Concernant les nombreuses demandes de contribuables visant un recalcul de la taxe qui leur est facturée, Messieurs les Ministres peuvent-ils m'indiquer l'ordre de grandeur des plaintes introduites? Quel est l'état de suivi de ces plaintes? Quel est le pourcentage d'interventions justifiées donnant lieu à une correction?

- L'Administration des Douanes et Accises procédera-t-elle à une restitution des sommes payées en trop si une plainte est introduite par un automobiliste après le règlement du montant de taxe qui lui avait été réclamé?

**Réponse commune** (20.2.2008) de **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre des Finances* et **M. Lucien Lux**, *Ministre des Transports*:

En complément à mes informations que j'ai eu l'honneur de vous transmettre à l'occasion de la réponse à la question parlementaire N°2218 (cf. *compte rendu N°8/2007-2008*), veuillez trouver ce qui suit:

L'ordre de grandeur «des plaintes» introduites est de quelques centaines de lettres. Vu qu'il ne s'agit pas dans la très grande partie des cas de recours contre la fixation de la taxe, mais plutôt contre l'opportunité de celle-ci (par exemple calculs erronés, fausses dates, faux CO<sub>2</sub>, etc...) l'Administration des Douanes et Accises appliquera les dispositions prévues par les textes légaux et réglementaires.

Par contre une demande en remboursement justifiée fera bien entendu l'objet d'un remboursement, pièces à l'appui, des sommes réclamées, sans tarder. Quelques 800 lettres ont ainsi été adressées à l'Administration par les proprié-

étaires de tracteurs agricoles, qui, après avoir reçu un recalcul de la taxe à payer, se sont appelés qu'il fallait introduire une demande pour bénéficier de l'exonération.

Suivant le service concerné de l'Administration, le pourcentage d'interventions justifiées peut être chiffré à 1% sur quelque 450.000 véhicules enregistrés.

Vu que la taxe sur les véhicules routiers est assimilée en tous points à une accise, la seule condition pour profiter d'un remboursement justifié (sommes indûment perçues) consiste dans le respect du délai de trois ans qu'il faut respecter pour introduire une demande.

Finalement, quant au reproche d'inconstitutionnalité que d'aucuns lancent à l'encontre de la loi du 22 décembre 2006, je ne peux que réitérer qu'il s'agit d'une loi fiscale disposant pour le futur (applicable à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2007) traitant ceux qui mettent en circulation un véhicule sur un pied d'égalité quel que soit la date de première mise en circulation en tenant compte dans la mesure du possible, des données disponibles relatives à l'émission du véhicule, ceci avec une option disponible pour les véhicules datant d'avant 2001. Cette loi porte abrogation de l'ancienne législation qui n'est plus en vigueur à cette même date.

Ceci étant, j'estime que cette loi claire respecte entièrement les dispositions constitutionnelles en vigueur. Il appartient d'ailleurs à la seule Cour constitutionnelle, juridiction spécialisée d'apprécier la conformité de la loi à la Constitution.

Pour de plus amples développements, j'ai l'honneur de renvoyer l'honorable Député aux développements avancés dans ma réponse fournie à la question parlementaire N°2218 à l'honorable Député en la matière.

**Question 2276** (31.1.2008) de **M. Ali Kaes** (CSV) concernant la **réglementation de la vitesse maximale autorisée hors agglomération**:

Le Code de la Route définit l'agglomération comme un «Espace de fonds bâtis comprenant au moins dix maisons d'habitation rapprochées et disposant chacune d'au moins un accès individuel à la voie publique. Les limites de l'agglomération sont constituées par le premier et le dernier groupe de trois maisons qui sont distantes les unes des autres de moins de 100 mètres. (...)»

En plus, il précise que la vitesse maximale autorisée à l'intérieur des agglomérations est fixée à 50 km/h pour tous les véhicules. En dehors des agglomérations même en l'absence d'une signalisation ad hoc, cette dernière est limitée à 90 km/h pour tous les véhicules et à 75 km/h pour les autobus les autocars, les ensembles de véhicules couplés ainsi que pour tous les véhicules routiers dont la masse maximale autorisée dépasse 7.500 kg.

Selon mes informations, ces textes sont momentanément appliqués à la lettre causant à certains endroits de vrais problèmes de sécurité routière. En effet, dans des petites localités ou des lieux-dits qui ne tombent pas sous la définition de l'agglomération la vitesse maximale autorisée est passée de 50 à

90 km/h. Si cette adaptation est justifiée à certains endroits, elle peut poser de réels problèmes de sécurité à d'autres.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Transports:

- Monsieur le Ministre n'estime-t-il pas nécessaire de revoir la réglementation en la matière? Plus particulièrement, ne faudrait-il pas analyser au cas par cas si une adaptation de la vitesse maximale hors agglomération se justifie ou pas au regard de la sécurité routière?

**Réponse** (12.2.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre des Transports*:

ans sa question parlementaire, l'honorable Député souhaite s'informer si une révision de la réglementation de la vitesse maximale autorisée, notamment son application dans les petites localités qui ne correspondent pas à la définition d'une agglomération, ne s'avère pas nécessaire.

Je me permets de vous informer que j'ai chargé un groupe de travail de la Commission de Circulation de l'État de réviser le règlement grand-ducal modifié du 29 mars 2004 concernant les limitations de la vitesse dérogatoires sur les voies publiques faisant partie de la voirie de l'État située en dehors des agglomérations et d'examiner si, le cas échéant, une adaptation du terme «agglomération», défini à l'article 2 du Code de la Route, est de mise.

**Question 2280** (1.2.2008) de **M. Xavier Bettel** (DP) concernant les **médicaments antiviraux**:

Afin de se prémunir contre l'arrivée d'une épidémie de la grippe aviaire, le Luxembourg a constitué une réserve nationale de l'antiviral Tamiflu.

Le Centre européen de prévention et de contrôle des maladies de Stockholm vient de signaler dans un communiqué que les résultats préliminaires d'une étude sur l'efficacité des médicaments antiviraux pour lutter contre la grippe saisonnière montrent que certains virus de la souche A (H1N1) en circulation actuellement, présenteraient une résistance à l'oseltamivir, l'antiviral commercialisé sous le nom de Tamiflu. Le réseau européen Virgil a testé 148 échantillons du virus H1N1 isolés dans dix pays européens. Il a été montré que sur ces 148 échantillons, 19 (dont 16 provenant de Norvège) présenteraient une résistance à l'oseltamivir.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre:

- Monsieur le Ministre est-il au courant des résultats de ces études?

- Quelles mesures envisage-t-on?

- Quel est actuellement le volume du stock en Tamiflu de la réserve nationale?

- À quels intervalles ce stock se voit-il renouvelé?

**Réponse** (21.2.2008) de **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*:

Mes services ont connaissance de l'étude dont fait état l'honorable Parlementaire. Ils sont en contact avec le Centre européen de prévention et de contrôle des maladies ainsi qu'avec l'OMS et suivent de près l'évolution en la matière.

Comme spécifié sur le site du

Centre la surveillance est intensifiée pour mieux cerner le problème et décider ensuite d'éventuelles actions à entreprendre. Dans cette attente aucune mesure n'est encore à ce stade recommandée aux autorités sanitaires nationales.

Sur base des observations faites lors des grandes pandémies l'OMS recommande de tenir en réserve un stock permettant de traiter environ 25% de la population. Le stock national actuel suffit pour prendre en charge 35% de la population. Le supplément de réserve est destiné entre autres à la prophylaxie post-exposition des médecins et autres professionnels de la santé.

Les stocks nationaux sont constitués en partie sous forme de gélules et en partie sous forme de poudre. Le fabricant garantit la stabilité du produit-gélule pour cinq ans et la stabilité du produit-poudre pour dix ans.

**Question urgente 2311** (19.2.2008) de **M. Xavier Bettel** (DP) concernant le **partage d'une cellule au Centre pénitentiaire de Schrassig par plusieurs des mineurs**:

Il me revient que plusieurs mineurs doivent actuellement se partager une cellule au Centre pénitentiaire de Schrassig. En plus, leur situation se caractériserait par l'absence d'activité au cours de la journée et un programme sportif réduit (trois heures hebdomadaires).

Partant, je souhaiterais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de la Justice:

- Monsieur le Ministre peut-il me confirmer les faits relatés ci-dessus?

- Monsieur le Ministre peut-il me renseigner sur les raisons de cette situation?

**Réponse** (19.2.2008) de **M. Luc Frieden**, *Ministre de la Justice*:

Actuellement, une unité de vie de trois cellules, strictement séparée des adultes, est réservée à l'hébergement des mineurs.

En date d'aujourd'hui, le CPL héberge cinq mineurs (garçons), dont un est logé seul dans une cellule, les autres étant logés à deux.

Quatre des cinq mineurs sont nés en 1990, l'autre étant né en 1992.

Le programme des activités pour les mineurs comprend

- des cours d'enseignement adapté individuellement leurs niveaux et besoins, du lundi au samedi, d'une durée de deux à quatre heures par jour;

- du lundi au vendredi, une heure d'activité sportive;

- du lundi au vendredi, repas de midi pris en groupe en présence d'un éducateur gradué;

- du lundi au vendredi, une heure d'activité dirigée en présence d'un éducateur gradué;

- tous les jours, une heure de promenade au prévu à l'air libre;

- tous les jours, de 14.00 à 17.00 heures et de 18.30 à 21.00 heures, les cellules restent ouvertes permettant aux mineurs de circuler librement à l'intérieur de l'unité de vie et de faire usage de la salle commune.

Chaque mineur dispose d'une télévision en cellule.

